

## Stadler, Hans; Wilken, Udo Pädagogik bei Körperbehinderung

Weinheim ; Basel ; Berlin : Beltz 2004, 361 S. - (Studientexte zur Geschichte der Behindertenpädagogik; 4)



### Quellenangabe/ Reference:

Stadler, Hans; Wilken, Udo: Pädagogik bei Körperbehinderung. Weinheim ; Basel ; Berlin : Beltz 2004, 361 S. - (Studientexte zur Geschichte der Behindertenpädagogik; 4) - URN: urn:nbn:de:0111-opus-16758 - DOI: 10.25656/01:1675

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-16758>

<https://doi.org/10.25656/01:1675>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.  
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.  
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der:

  
Leibniz-Gemeinschaft

Hans Stadler / Udo Wilken

# **Pädagogik bei Körperbehinderung**

Band 4

der »Studientexte zur Geschichte der Behindertenpädagogik«

Beltz Verlag · Weinheim, Basel, Berlin



Über die Autoren:

*Hans Stadler*, Jg. 1937, Dr. phil., ist Professor an der Universität Dortmund, Lehr- und Forschungsgebiet: Rehabilitation und Pädagogik bei Körperbehinderung.

*Udo Wilken*, Jg. 1939, Dr. phil., ist Professor an der Fachhochschule Hildesheim, Lehr- und Forschungsgebiet: Rehabilitation der Körper-, Geistig- und Mehrfachbehinderten.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Lektorat: Gabriele Pannwitz

© 2004 Beltz Verlag · Weinheim, Basel, Berlin

[www.beltz.de](http://www.beltz.de)

Herstellung: Christine Herth

Satz: Druckhaus »Thomas Müntzer« GmbH, Bad Langensalza

Druck: Druckhaus »Thomas Müntzer« GmbH, Bad Langensalza

Umschlagabbildung: Doris Bambach, Bensheim

Umschlaggestaltung: Atelier Reichert, Stuttgart

Printed in Germany

ISBN (UTB): 3-8252-2378-7

ISBN (Beltz): 3-407-57206-9

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	7
I. Die Entstehung orthopädischer Anstalten und der Schulunterricht für verkrüppelte Kinder (Hans Stadler) .....	13
II. Die Unterrichts- und Beschäftigungsanstalt für krüppelhafte Kinder des Edlen von Kurz in München (Hans Stadler) .....	46
III. Innere Mission und ›Krüppelfürsorge‹ als evangelische Diakonie (Udo Wilken) .....	82
IV. Körperbehindertenfürsorge im Geiste der katholischen Caritas (Hans Stadler) .....	150
V. Überkonfessionelle und staatliche Krüppelfürsorge (Hans Stadler) .....	194
VI. Selbsthilfvereinigungen der Körperbehinderten (Udo Wilken) .....	249
VII. Krüppelfürsorge in der Zeit des Nationalsozialismus und Kontinuitäten in der Nachkriegszeit (Hans Stadler) .....	293
VIII. Von der Fürsorge zur Rehabilitation bei Körperbehinderung (Hans Stadler) .....	328



# Einleitung

## 1. Zur Historiographie der Behindertenpädagogik und zur Quellenlage

In der Historiographie zu Erziehung und Schule wird die Behindertenpädagogik selten und die Körperbehindertenpädagogik nur gelegentlich berücksichtigt. In den bekannten Geschichtswerken zur Pädagogik von Reble (1951, 19. Aufl. 1999), Blättner (1951, 9. Aufl. 1962), Blankertz (1982) wird die Behindertenpädagogik ganz vernachlässigt. Dagegen haben von den Driesch und Esterhues (1952, 462–472) sowohl die »Heilpädagogik« allgemein behandelt als auch die Geschichte der Bildung und Erziehung der »Krüppel« (Müller 1996) seit dem frühen 19. Jh. aufgezeigt.

Hinsichtlich der Geschichte der Behindertenpädagogik, für die auch synonym die Bezeichnungen Heil-, Sonder- und Rehabilitationspädagogik verwendet werden, ist die Situation anders; hier wird die Körperbehindertenpädagogik berücksichtigt, wobei Möckel in seiner »Geschichte der Heilpädagogik« (1988) eine die sonderpädagogischen Fachrichtungen übergreifende Darstellung gibt. Er verweist dabei auf die Ansätze, wie sie u.a. in Sammelbänden von Lesemann (1966) und Solarová (1983) vorliegen. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der historischen Entwicklung sind aber noch nicht eingehender erforscht worden. Es dominieren Arbeiten zu den speziellen Pädagogiken für einzelne »sonderpädagogische Fachrichtungen«. Die Geschichte der Taubstummensbildung fand dabei die gründlichste Bearbeitung und verfügt über eine umfangreiche Sammlung der Quellen. Zu erwähnen ist die viel beachtete Arbeit von Schumann (1940) »Geschichte des deutschen Taubstummwesens«, in der auch die Verknüpfungen mit anderen Zweigen der Heil- und Sonderpädagogik behandelt werden. Die Anfänge der Blindenpädagogik, die Zeit der Einzelversuche und die Gründung von Instituten der Blindenerziehung sind ebenfalls mehrfach bearbeitet worden. Mell (1900) hat bereits ein »Enzyklopädisches Handbuch des Blindenwesens« veröffentlicht. Wanacek (1969) bezieht in seine Beschreibung der Entwicklung auch die Bildung der Taubblinden ein. Von Degenhardt und Rath (2001) liegen aktuelle Bearbeitungen von Quellentexten zur Blinden- und Sehbehindertenpädagogik sowie von Lindmeier und Lindmeier (2002) zur Geistigbehindertenpädagogik vor.

Für die Körperbehindertenpädagogik kann auf Handbuchartikel und erste grundlegende Arbeiten zurückgegriffen werden. Zu nennen sind: 1. der Beitrag von Bläsig (1966) zur Geschichte und Entwicklung des deutschen Sonderschul-

wesens, der die Körperbehinderten- und Krankenhausschulen übergreifend zum Gegenstand hat; 2. der Artikel von Kaiser (1969) im Enzyklopädischen Handbuch der Sonderpädagogik zur Geschichte der Körperbehindertenbildung und -fürsorge; 3. die an Quellen orientierte Monographie zur Fürsorge und Erziehung bei Körperbehinderten von Merkens (1981); 4. der Beitrag von Schmeichel (1983) im Handbuch Pädagogik der Körperbehinderten; 5. die Darstellung zu den sozialen Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber Körperbehinderten und zur Geschichte ihrer Erziehung, Schul- und Berufsbildung von Wilken (1983) im Sammelband von Solarová. Auch Möckel (1988) geht in seiner übergreifenden Darstellung auf die Geschichte der Heimschulen für körperbehinderte Kinder und die »Methode der Körperbehindertenpädagogik« ein. Von Bergeest und Boenisch (2002, 17–30) liegt eine Bibliographie »Körperbehindertenpädagogik« vor, in der auch Veröffentlichungen zur Geschichte und die historischen Zeitschriften dokumentiert sind.

Im Gegensatz zu anderen Fachrichtungen der Behindertenpädagogik ist die »Pädagogik bei Körperbehinderung« eine Disziplin, die ihr Profil noch keineswegs eindeutig konturieren konnte. Die Konstitutionsprozesse waren und sind komplex (Weiß 1999); zu berücksichtigen sind nach Schmeichel (1983): Funktion und Bedeutung von institutionell-professionellen Angeboten in ihrem Verhältnis zum Stellenwert von Eltern und Familie; Tages- und Heimschulen unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips; separative und integrative Formen der Erziehung und Bildung; Einbeziehung schwerstbehinderter Kinder und Jugendlicher; Verknüpfung von Unterricht, Therapie und Pflege.

Deshalb stellt sich die Frage, was in diesem Buch geleistet werden kann. Dazu sei zunächst ein Vergleich mit der Blinden- und Sehbehindertenpädagogik erlaubt, die in dieser Reihe der »Studientexte zur Geschichte der Behindertenpädagogik« von Degenhardt und Rath (2001) bearbeitet wurde. Für die Pädagogik der Sehgeschädigten gab es vom »Blindenvater« J.W. Klein bereits 1819 ein »Lehrbuch zum Unterricht der Blinden, um ihren Zustand zu erleichtern, sie nützlich zu beschäftigen und sie zur bürgerlichen Brauchbarkeit zu bilden«. Vom gleichen Autor erschien dann 1822 eine Veröffentlichung unter dem Titel »Das Blindeninstitut in Wien, wie es entstand, wie es gegenwärtig besteht, und was noch dafür zu wünschen übrig ist: Beschreibung eines gelungenen Versuchs blinde Kinder zur bürgerlichen Brauchbarkeit zu bilden«. Für Maßnahmen und Einrichtungen zur Pädagogik bei Körperbehinderung kann man Entsprechendes erst zu Beginn des 20. Jh. finden, als J. Erhard (1906) »Die Königliche Zentralanstalt für Erziehung und Bildung krüppelhafter Kinder in München« beschrieb, die bis heute besteht und ihre Anfänge auf die Gründung des Edlen von Kurz von 1832 zurückführt.

Der im Alter von zehn Jahren erblindete J.G. Knie (1794–1859), der später selbst Blinden-Oberlehrer an der schlesischen Blinden-Unterrichtsanstalt in Breslau war, veröffentlichte eine Schrift unter dem Titel: »Pädagogische Reise durch Deutsch-

land im Sommer 1835, auf der ich elf Blinden-, verschiedene Taubstumm-, Armen-, Straf- und Waisenanstalten besucht und nachfolgende Blätter beschrieben habe« (1837). Darin beschreibt er die damalige Situation anschaulich und versieht seine Berichte mit vielen statistischen, organisatorischen, architektonischen und didaktisch-methodischen Einzelheiten. Auf die gebrechlichen und krüppelhaften Kinder und entsprechende Einrichtungen für sie geht er nicht ein; offensichtlich waren solche – abgesehen von den orthopädischen Instituten – noch nicht vorhanden oder wenig bekannt.

Im Anhang zu seinem Bericht behandelt Knie (1837) den Stand der Blindenbildung nach den auf seiner Reise gewonnenen Ansichten und formuliert dazu folgende Fragen: »1) In wie weit kann man sagen, der allgemeine Stand der Menschen und der Volksbildung bedingt auch die Blindenbildung? 2) Worin ist der Unterricht der Blinden abweichend von dem der Vollsinnigen, und wie weit ist man gekommen, die abweichende Eigenthümlichkeit aufzufassen? 3) Auf welcher Stufe der intellectuellen Cultur und der Ansichten ihres Faches stehen die gegenwärtigen Blindenlehrer? 4) In wiefern haben die Staatsbehörden der Länder, in welchen der Blindenunterricht stattfindet, bis jetzt fördernd oder hemmend auf denselben eingewirkt?« (Knie 1837, 271) Die Aussagen zum Unterricht in einzelnen Schulfächern, zur geeigneten Schrift der Blinden, zur Qualifizierung der Lehrer und zur staatlichen Förderung boten Anlass, die Blindenbildung und die Professionalisierung der Lehrkräfte weiterzuentwickeln. Interessant ist seine Haltung zur Schrift der Blinden: Die heute gebräuchliche »erhabene« Schrift mit Punkten war zwar schon vorhanden, aber umstritten. Knie gab ihr keine Zukunft – ein Irrtum wie der folgende Siegeszug der Sechspunkte-Schrift zeigte.

Für die Bildung der Körperbehinderten fehlen entsprechende Fragestellungen. Je nach sozialer Herkunft gab es zwar schon Bestrebungen zur schulischen Förderung, aber nicht in speziellen Schulen, sondern in Armen- und Industrieschulen sowie in den Volks- und Bürgerschulen. Konnten es sich die Eltern leisten, so wurde Privatunterricht erteilt, der auf gymnasiale Bildungsgänge vorbereitete oder entsprechende Abschlüsse ermöglichte. Spezifische Formen der Erziehung und des Unterrichts waren an der Schulpädagogik für Nichtbehinderte orientiert und noch weitgehend an orthopädische Institute gebunden (siehe Kap. I). Erst mit der Unterrichts- und Beschäftigungsanstalt, die 1832 in München entstand, lassen sich eigenständige schul- und berufspädagogische Zielsetzungen verfolgen (siehe Kap. II).

Die Quellenlage ist insofern schwierig, als es durchaus Äußerungen zu pädagogischen Intentionen in Bezug auf Körperbehinderte gibt. Die Zuordnung der Texte zur Armenfürsorge, Orthopädie und Pädagogik lässt sich aber erst ab der Mitte des 19. Jh. vornehmen, nachdem Anfänge einer kommunalen und staatlichen Fürsorge vorhanden, orthopädische Institute gegründet und erste schul- und berufspädagogische Einrichtungen entstanden waren.

## 2. Zu den Schwierigkeiten der Forschung und zu den Zielsetzungen der Arbeit

Bei dieser Ausgangssituation kann es nur um einen ersten Versuch der Sammlung und Sichtung von Quellentexten gehen. Bei ihrer Auswahl und Interpretation waren folgende Problembereiche und Leitfragen zu beachten:

1. Anfangs bestand eine enge Verflechtung zwischen Orthopädie und Pädagogik. Die ersten Einrichtungen waren Gründungen von Orthopäden, die aber in der Regel auch für Erziehung und Schulunterricht ihrer Patienten bzw. »Kuristen« sorgten. Kann man bei ihnen die Anfänge der Pädagogik bei Körperbehinderung verorten und Quellen dokumentieren?
2. Körperbehinderung war lange Zeit etwas primär Medizinisches, die Betroffenen galten als Kranke, wenn auch die erhoffte »Heilung« oder Besserung mit pädagogischen Mitteln angestrebt wurde. Im Begriff Orthopädie ist dies eindeutig erkennbar, indem er etymologisch »ein Geraderichten von Gliedmaßen durch erzieherische Beeinflussung« im Sinne einer »unblutigen Medizin« besagt. Wann aber setzt eine eigenständige Pädagogik für Körperbehinderte ein?
3. Der Personenkreis der »Mehrfach- und Schwerstbehinderten« wurde als »Sieche« (schwer leidende, hinfällige, lange Zeit oder dauernd kranke Menschen) anfangs nur bewahrt und betreut, aber nicht für »würdig« gehalten, eine adäquate Erziehung und Unterrichtung in Schulen zu erfahren. Wie kam es zur Ausgrenzung dieser jungen Menschen und zur Verdrängung der Probleme ihrer pädagogischen Förderung?
4. Pädagogik bei Körperbehinderung war und ist mehr als Schulunterricht. Wie entwickelten sich die Heimerziehung, die Berufsausbildung und die Eingliederung in das Arbeitsleben? Welche Rolle spielten die Selbsthilfverbände und die Elternvereinigungen bei der pädagogischen Förderung?
5. Es gab eine starke Bindung an die soziale Arbeit der christlichen Kirchen, ohne deren Initiativen die »Krüppelfürsorge« nicht vorangekommen wäre. Wie verlief diese Entwicklung als Teil der evangelischen Diakonie und der katholischen Caritas?
6. Die Kommunen leisteten seit der Reformation materielle Fürsorge für Arme, die gebrechliche und krüppelhafte Kinder einschloss. Wann setzte die staatliche Krüppelfürsorge ein und welche sozialpolitischen Ziele wurden damit verbunden?
7. Schließlich ist die schulische Segregation und Integration bei Körperbehinderung zu thematisieren. Bedurfte es der »Heimschule für Krüppel« oder war sie nur eine notwendige Zwischenstufe zur heutigen Tages-, Ganztages- und Internatsschule für Körperbehinderte?

Die acht Kapitel des Buches suchen einen Zugang zu den chronologisch und thematisch relevanten Bereichen. Sie berücksichtigen Quellen, präsentieren sie auszugsweise oder bei kürzeren Arbeiten vollständig und geben auch Kommentierungen und Interpretationen, die aber den Leser nicht gängeln, sondern zu eigener Urteilsbildung anregen sollen. Da es sich um Studientexte insbesondere für Studium und Ausbildung an Fach- und Hochschulen handeln soll, wurden zusätzlich Übungsaufgaben beigelegt.

Wenn auch Rück- und Ausblicke bei den behandelten Entwicklungslinien immer wieder angebracht erschienen, so ging es doch schwerpunktmäßig um den Zeitraum zwischen der ersten Gründung eines Orthopädischen Instituts mit Schulunterricht 1780 und dem Zweiten Weltkrieg 1939–1945. Die Krüppelfürsorge in der Zeit des Nationalsozialismus und die personellen und strukturellen Kontinuitäten in der Nachkriegszeit sowie die folgende Entwicklung von der Fürsorge zur Rehabilitation bei Körperbehinderung wurden aber ebenfalls thematisiert. Die jüngsten Empfehlungen der KMK zur sonderpädagogischen Förderung in den Schulen der BRD und zum Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung (Drave u.a. 2000) bilden den Abschluss einer etwa zweihundertjährigen Geschichte der Pädagogik und Rehabilitation bei Körperbehinderung. Auf sie sowie auf die Situation nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 und auf die spezifische Entwicklung des Sonderschulwesens in der ehemaligen DDR (Berndt 1986; Bröse 1998; Wellnitz 1999) konnte nicht eingegangen werden, da dies eigene Darstellungen erfordert und auch einen Vergleich mit den Strukturen und Konzepten in DDR und BRD nahe legt.

Jedem Kapitel sind ein Literaturverzeichnis und Übungsaufgaben beigelegt. Zusätzlich enthalten die Kapitel II–VI Quellentexte.

## Literaturverzeichnis

- Berndt, H. und Autorenkollektiv: Rehabilitationspädagogik für Körperbehinderte. Berlin 1986.
- Bergeest, H./Hansen, G. (Hrsg.): Theorien der Körperbehindertenpädagogik. Bad Heilbrunn 1999.
- Bergeest, H./Boenisch, J.: Körperbehindertenpädagogik. Bibliografie des 20. Jahrhunderts. Bad Heilbrunn 2002.
- Bläsig, W.: Körperbehinderten- und Krankenhausschulen. In: Lesemann 1966, 102–128.
- Blättner, E.: Geschichte der Pädagogik. Heidelberg 1951, 9. Aufl. 1962.
- Blankertz, H.: Die Geschichte der Pädagogik. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Wetzlar 1982.
- Bröse, B.: Die DDR – eine deutsches Land ohne den Verband Deutscher Sonderschulen. In: Möckel, A. (Hrsg.): Erfolg – Niedergang – Neuanfang. 100 Jahre Verband Deutscher Sonderschulen – Fachverband für Behindertenpädagogik. München 1998, 208–219.



- Degenhardt, S./Rath W.: Blinden- und Sehbehindertenpädagogik. Bd. 2 der »Studientexte zur Geschichte der Behindertenpädagogik«. Neuwied 2001.
- Drave, W., Rumpler, F. und Wachtel, P (Hrsg.): Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung. Allgemeine Grundlagen und Förderschwerpunkt (KMK) mit Kommentaren. Würzburg 2000.
- von den Driesch, J./Esterhues, J.: Geschichte der Erziehung und Bildung. Bd. II Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn 2. Aufl. 1952.
- Erhard, J.: Die Königliche Zentralanstalt für Erziehung und Bildung krüppelhafter Kinder in München. München 1906.
- Kaiser, G.: Körperbehindertenbildung und -fürsorge. In: Heese, G./Wegener, H. (Hrsg.): Enzyklopädisches Handbuch der Sonderpädagogik und ihrer Grenzgebiete. 3 Bde. Berlin 1969, Bd. 2, Sp. 1771–1774.
- Klein, J.W.: Lehrbuch zum Unterricht der Blinden, um ihren Zustand zu erleichtern, sie nützlich zu beschäftigen und sie zur bürgerlichen Brauchbarkeit zu bilden. Wien 1819, Nachdruck Würzburg 1991.
- Knie, J.G.: Pädagogische Reise durch Deutschland im Sommer 1835, auf der ich elf Blinden-, verschiedene Taubstummen-, Armen-, Straf- und Waisenanstalten besucht und nachfolgende Blätter beschrieben habe. Stuttgart 1837, Nachdruck Würzburg 1994.
- Lesemann, G. (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte und Entwicklung des deutschen Sonderschulwesens. Berlin 1966.
- Lindmeier, B./Lindmeier, Ch. (Hrsg.): Geistigbehindertenpädagogik. Bd. 3 der »Studientexte zur Geschichte der Behindertenpädagogik«. Weinheim/Basel/Berlin 2002.
- Mell, A.: Enzyklopädisches Handbuch des Blindenwesens. Wien 1900.
- Merkens, L.: Fürsorge und Erziehung bei Körperbehinderten. Eine historische Grundlegung zur Körperbehindertenpädagogik bis 1920. Berlin 1981.
- Möckel, A.: Geschichte der Heilpädagogik. Stuttgart 1988.
- Müller, L.E.: Der Krüppel. *Ethnologia passionis humanae*. München 1996.
- Reble, A.: Geschichte der Pädagogik. Stuttgart 1951, 19. Aufl. 1999.
- Schmeichel, M.: Geschichtliche Determinanten für heutige Ansätze. (1983) In: Haupt, U./Jansen, G. (Hrsg.): Pädagogik der Körperbehinderten. Handbuch der Sonderpädagogik, Bd. 8. Berlin 1983, 4–14.
- Schumann, P.: Geschichte des Taubstummenwesens. Frankfurt a.M. 1940.
- Solarová, S. (Hrsg.): Geschichte der Sonderpädagogik. Stuttgart 1983.
- Wanacek, O: Geschichte der Blindenbildung. Berlin 1969.
- Weiß, H.: Konstitutionsprozesse der Körperbehindertenpädagogik und ihre Bedeutung für heutige Diskussionsthemen des Faches. In: Bergeest/Hansen, a.a.O. 1999, 75–99.
- Wellnitz, B.: Zur Theoriebildung der Körperbehindertenpädagogik in der DDR. In: Bergeest/Hansen, a.a.O. 1999, 101–118.
- Wilken, U: Körperbehindertenpädagogik. In: Solarová 1983, 212–259.

Hans Stadler

# I. Die Entstehung orthopädischer Anstalten und der Schulunterricht für verkrüppelte Kinder

## 1. Zu den Wurzeln der Krüppelfürsorge

- 1.1 Krankheit, Armut, Bettelei und Armenschulen
- 1.2 Klostermedizin, Heilkunde und Krankenversorgung
- 1.3 Nichtbeachtung und Vernachlässigung der Krüppel
- 1.4 Erziehungskunde und Heilpädagogik
- 1.5 Gesellschaftliche Umbrüche und allgemeine Schulpflicht
- 1.6 Folgen der Kinderarbeit und Durchsetzung der Schulpflicht
- 1.7 Bericht über eine pädagogische Reise durch Deutschland 1835

## 2. Zur Geschichte der Orthopädie

- 2.1 Orthopädie als »Erziehung zur geraden Haltung«
- 2.2 Der Vater der Orthopädie J.-A. Venel (1740–1791)
- 2.3 Die erste orthopädische Anstalt in Orbe/Schweiz

## 3. Der Schulunterricht für Verkrüppelte

- 3.1 Ältere und jüngere Sonderschulen
- 3.2 Vorbehalte gegen den Schulunterricht

## 4. Orthopädische Anstalten mit Erziehung und Unterricht

- 4.1 Das Carolinen-Institut in Würzburg
- 4.2 Die Heilanstalt für Verwachsene in Berlin
  - 4.2.1 Ein Quellentext zu Erziehung und Unterricht
  - 4.2.2 Zur Verknüpfung von Orthopädie und Pädagogik
- 4.3 Orthopädische Heilanstalten in Cannstatt und Stuttgart

## 5. Die orthopädische und heilgymnastische Anstalt zu Leipzig

- 5.1 Leben und Wirken von D.G.M. Schreber (1808–1861)
- 5.2 Zu Schrebers Schriften und zu seiner Erziehungslehre
  - 5.2.1 Kallipädie oder Erziehung zur Schönheit
  - 5.2.2 Anstöße für die Pädagogik bei Körperbehinderung

## 6. Rückblick und Ausblick

### Literaturverzeichnis

### Übungsaufgaben

## 1. Zu den Wurzeln der Krüppelfürsorge

Die Krüppelfürsorge wurde erst im beginnenden 20. Jh. zu einem staatlichen Hilfesystem, ihre Wurzeln reichen aber weit in die christlich-abendländische Geschichte zurück. Ein Durchbruch bahnte sich an, nachdem Einrichtungen der Orthopädie, der Erziehung und des Unterrichts für verkrüppelte Kinder entstanden waren. Die Erwerbsbefähigung als berufliche Qualifizierung, die Schaffung von Beschäftigungsanstalten und die Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt brachten die Entwicklung zum Abschluss. Heute wird die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die möglichst weitgehende Selbstverwirklichung in sozialer Integration angestrebt.

### 1.1 *Krankheit, Armut, Bettelei und Armenschulen*

Wie die historischen Darstellungen zum Leben im Mittelalter allgemein (Goetz 1986) und zum Alltagsleben im Besonderen (Borst 1983) zeigen, war das Dasein der Menschen mit Behinderungen mühselig und leidvoll, fügte sich aber in die Lebensbedingungen der Armen im Mittelalter (Mollat 1984) ein. Körperliche Missbildung galt als äußeres Zeichen der Sünde und des göttlichen Zorns. Dem stand die Christenpflicht gegenüber, in jedem Kranken, ob arm oder reich, Gottes Anruf zum Handeln aus Barmherzigkeit zu hören; Krankendienst war Gottesdienst (Borst 1983, 486). Krankheit, Gebrechlichkeit, Not und Armut galten in der jenseitsorientierten Welt des vom Christentum geprägten Mittelalters aber als gottgegeben und waren vom betroffenen Menschen ergehen hinzunehmen. Das Diesseits wurde als eine Station auf dem Weg zum ewigen Seelenheil im Jenseits interpretiert, das man sich durch ein gottgefälliges Leben und gute Werke erwerben konnte. Durch Beachtung des Gebots der Nächstenliebe konnten Bedürftige und damit auch verkrüppelte Kinder in Klöstern, Hospitälern und Asylen Betreuung und Pflege erfahren. Berichtet wird über einzelne Einrichtungen, so über das Spital für elende und arme Sieche in Pforzheim, das durch die Markgräfin Luitgard von Baden 1322 gegründet wurde (Kirmsse 1914, 217).

Schon im Spätmittelalter wird zwischen individuellen und gesellschaftlichen Ursachen der Armut unterschieden. Witwen, Waisen, Krüppel und Kranke waren ohne individuelles Verschulden arm. Gruppen, deren Armut als gesellschaftlich verursacht galt, waren: selbstständige Handwerker mit geringem Einkommen; unselbstständige Lohnabhängige, insbesondere unqualifizierte Tagelöhner; Angehörige »unehrlicher« Berufe wie Totengräber, Schinder, Spielleute und »fahrendes« Volk. Alle genannten Gruppen von Armen galten als legitime Unterstützungsempfänger. Da Kontrollmechanismen fehlten, war der Empfang der Almosen ohne stigmatisierende und entwürdigende Konsequenz für den Empfänger. So war das Betteln eine legitime Form der Existenzsicherung und unterlag in der damaligen Gesellschaft keiner Ächtung. Es gab auch »Berufsbettler«, also gesun-

de und arbeitsfähige, aber arbeitsunwillige Menschen, und religiös motivierte Bettler als Angehörige der christlichen Bettelorden. Arme und Bettler waren akzeptierte Mitglieder der mittelalterlichen Gesellschaft. Erst mit Beginn der Neuzeit im 15. Jh. setzte eine Beschränkung der traditionellen Almosenpraxis ein, und es begann ein Prozess der Ausgrenzung der Armen (Sachße und Tennstedt 1998, 28–30).

Um die Lage verkrüppelter Kinder zu verbessern und gleichzeitig deren Familien und die Gemeinschaft zu entlasten, suchte man ihre Krankheiten zu heilen und sie zur Nützlichkeit bei alltäglichen Arbeiten anzuhalten. Dem stand gegenüber, dass durch Bettelei gerade die Krüppel ein Maß der Sicherung ihres Lebensunterhalts erreichen konnten, das nicht hinter anderen Betätigungen zurückstehen musste. Almosengeben als Ausfluss des Gebots der christlichen Nächstenliebe war dabei die Grundlage. Es förderte das Umherziehen der Krüppel und Siechen (Vagantenunwesen), sodass sie ein unübersehbarer Teil des Alltagslebens waren. Kirmse (1914, 218) berichtet dazu: »Um nun aber den bettelnden Krüppeln in erster Linie die Wohltat von Almosen zu ermöglichen, verfiel man in Berlin auf den Gedanken, ihnen eine Blechmarke zu verabfolgen, die in der Mitte den nach rechts schreitenden Bären – das Berliner Stadtwappen – aufweist, und um den Hals zu tragen war, wie eine solche aus dem Jahre 1587 erhalten ist. Auch in der vom Rate der Städte Berlin und Köln 1596 aufgestellten Bettel- und Armenordnung wird der Krüppel fürsorgend gedacht. Krüppelhaften Kindern, wenn sie zugleich Waisen waren, öffneten sich wohl die Waisenhäuser.« Die Zustände in den Waisenhäusern waren für behandlungsbedürftige Krüppelkinder aber besonders nachteilig, da eine ärztliche Betreuung meist fehlte. Allgemein stellte Armut eine gesundheitliche Gefährdung dar und war mitverursachend bei Erkrankungen und körperlichen Gebrechen (Weiß 1999, 77–78). Blieb der Körperschaden unbehandelt, so konnte das zur Verelendung und zu sozialer Verwahrlosung der Betroffenen beitragen.

Der Massenarmut sollte schließlich durch Schulbildung und Erziehung zur Arbeit entgegengewirkt werden. Die Armenschulen als Mittel der Armenfürsorge reichen bis ins ausgehende Mittelalter zurück (Scherpner 1966, 27–39). Sie nahmen wohl auch Kinder mit Verkrüppelungen auf und wurden zu Vorläufern der Industrieschulen, die im letzten Drittel des 18. Jh. entstanden. Die Armenkinder sollten dort lernen, neben dem Unterricht für Lohn produktiv zu arbeiten; üblich waren Spinnen, Weben und Strümpfestricken sowie Garten- und Feldarbeit. Vertreter des Pietismus und der Aufklärung (Scherpner 1966, 61–116) haben die Entwicklung der Industrieschulen gefördert, indem sie die Armen und deren Kinder zum Fleiß (lat. *industria*) und zur Arbeitsamkeit anhielten. Eine systematische Förderung von Kindern mit Körper- und Sinnesbehinderungen war damit aber noch nicht erreicht.

## 1.2 Klostermedizin, Heilkunde und Krankenversorgung

Schulen und Universitäten standen bis in die Neuzeit unter Aufsicht der Kirche, die auch festlegte, was gelehrt werden durfte. Eine auf neue Erkenntnisse ausgerichtete Forschung wurde durch die Scholastik behindert, die sich als dogmatische Schulweisheit auf eine Verbindung des christlichen Offenbarungsglaubens mit philosophischem Denken konzentrierte und lediglich das Wissen der Antike durch Übersetzung der Schriften großer Ärzte wie Hippokrates und Galen zugänglich machte. Die Medizin konnte sich dadurch nicht weiterentwickeln und blieb auf dem Stand der antiken Heilkunde. Sie wurde vorwiegend von Geistlichen ausgeübt und war vielfach an die Klöster gebunden, in deren Klostergärten auch die Heilkräuter für die »Klostermedizin« wuchsen. Das Konzil von Tours (1163) hatte bestimmt: Die Kirche vergießt kein Blut (*Ecclesia abhorret a sanguine*). Bischofberger 1970, 9). Bei der Behandlung von Patienten sollte der Körper nicht geöffnet und möglichst unblutig vorgegangen werden. So kam es bis in die Neuzeit zu einer Trennung von Medizin und Chirurgie.

Die »Alte Chirurgie« (Rüster 1985) reicht bis in die Steinzeit zurück. Sie hatte in den Hochkulturen in Mesopotamien und Ägypten, aber auch bei Griechen und Römern schon einen beachtlichen Stand erreicht, geriet dann unter religiöse Einflüsse, die ihre Entwicklung hemmten. Der Bedarf an chirurgischen Eingriffen war durch Kriegshandlungen und die grausamen und blutigen Zweikämpfe bei Turnieren aber ständig vorhanden. Im Mittelalter existierte die Chirurgie neben der an Universitäten gelehrt »Schul-Medizin« und wurde überwiegend von handwerklich ausgebildeten und wenig geachteten »Chirurgen« (griech. Handwerker) ausgeübt. Als solche betätigten sich umherziehende Gaukler, Zahnbrecher, Bruch- und Steinschneider besonders auf Jahrmärkten. Die Behandlung von Wunden lag in den Händen von Badern. Die Verletzungen wurden von diesen zwar behandelt, aber die Ergebnisse waren verheerend, weil über die Anatomie des menschlichen Körpers sowie über Antisepsis (Vernichtung von Krankheitserregern), Asepsis (Keimfreiheit) und Anästhesie (Ausschaltung der Schmerzempfindung) kaum Kenntnisse vorhanden waren. Man glaubte an die Notwendigkeit des Eiterns als Teil der Heilung. Eine chirurgische Behandlung wurde fast ausschließlich bei verletzten Erwachsenen vorgenommen, wobei verwundete Soldaten von den so genannten »Feldscheren« behandelt wurden (Widmann/Mörgeli 1998, 152). Dagegen kümmerte sich kaum jemand um die medizinische Behandlung der Krüppelkinder (Rüttimann 1983, 183).

Die Verteilung der medizinischen Berufe war noch im 18. Jahrhundert eine völlig andere als heute. Die Bader führten therapeutische Maßnahmen wie Aderlassen und Schröpfen aus. Die Wundärzte nahmen chirurgische Eingriffe bis zu Amputationen vor. Obwohl die Berufe der Bader und Wundärzte als Handwerk galten, in Zünften organisiert waren und ihr Wissen und Können in einer Art Meisterlehre vermittelt wurden, lag in ihren Händen vorwiegend die medizini-

sche Versorgung der Bevölkerung (Widmann/Mörgeli 1998). Zu den »regulären Heilern« zählten neben den Badern auch Steinschneider, Zahnbrecher und Okulisten (Augenärzte). Die arme Bevölkerung wurde überdies durch heilkundige Laien versorgt, die ihr Wissen von der Heilkraft der Pflanzen, Mineralien und anderer Wirkstoffe nutzten, um nebenberuflich Therapien und Kuren anzubieten. Diese »irregulären Heiler«, so genannte Pfuscher oder Medikaster, spielten als Laienbehandler im Medizinalwesen des 19. Jh. noch eine große Rolle (Schwarzmann-Schafhauer 1999, 4). Ärzte, die an der Universität ausgebildet waren, stellten unter den Heilkundigen eine Minderheit dar und wurden nur von Angehörigen des Adels und des wohlhabenden Bürgertums in Anspruch genommen.

Zu tief greifenden Änderungen kam es erst, nachdem sich die medizinische Versorgung der Bevölkerung im 19. Jh. in den Ballungszentren der aufkommenden Industrie von den privat tätigen »Heilern« in die Krankenhäuser verlagerte. Bei der Auflösung der ständischen Strukturen und Privilegien spielten auch in Deutschland die Auswirkungen der Französischen Revolution von 1789 eine Rolle. Die Ärzte wurden künftig in den Krankenanstalten ausgebildet, mit denen die medizinischen Fakultäten der Universitäten kooperieren mussten. Die Krankenversorgung der Armen besserte sich, nachdem in kommunalen Kliniken bei Bedürftigkeit auch unentgeltlich behandelt wurde. Der Staat sicherte dann zunehmend die Qualität der Medizin, indem er die Ausbildung kontrollierte und das Staatsexamen sowie die Approbation der Ärzte vorschrieb.

### 1.3 *Nichtbeachtung und Vernachlässigung der Krüppel*

Bis ins 18. Jh. kam die Krüppelfürsorge nicht über menschenfreundliche Zuwendung und Nächstenliebe hinaus. Die körperbehinderten Kinder wurden in allgemeine Asyle aufgenommen, wobei man Kinder und Erwachsene nicht trennte. Handlungsleitendes Motiv für die Aufnahme war dabei, sie zu verwahren und vom Straßenbettel und aufdringlichen Almosennehmen fern zu halten. Sicher spielten auch die Ängste vor dem »Teuflischen« eine Rolle, das im Lahmen, Buckligen und Hinkenden vermutet wurde. Hinzu kamen die Befürchtungen, eine Schwangere könne sich an einem Missgestalteten »versehen« und ebenfalls ein so »gezeichnetes« Kind bekommen. Daneben gab es immer selbstlose Hilfsbereitschaft und Mitempfinden, das zu erzieherischen und hygienischen Maßnahmen führte. Die Armenschulen nahmen auch Kinder mit Leibesgebrechen und »Fehlern der Natur« auf, und es gab Spitalschulen, die verkrüppelte Kinder unterrichteten. Ziel war eine »Trias der Hilfeleistung«, wonach möglichst gleichzeitig, gleichwertig und gleichenorts medizinische, pädagogische und berufsbildende Maßnahmen für Krüppelkinder angeboten werden sollen (Rüttimann 1983, 182–183).

Die Nichtbeachtung und Vernachlässigung der »Krüppel« durch die Medizin finden ihre Entsprechung in der Pädagogik. Bis ins 15. Jh. lebten die Menschen

in der Vorstellung, dem Schicksal ausgeliefert zu sein. Gegen die Gewalten der Natur, die Launen der Herrschenden und den unergründlichen Ratschluss eines allmächtigen Gottes konnte man nicht angehen. Ein Umbruch setzte in den aufstrebenden Städten der Renaissance vor allem in Italien ein. Aber auch in den Freien Reichsstädten wies der Spruch »Stadtluft macht frei« auf erste Anfänge politischer Selbstbestimmung der Bürger hin. Ein systematisches wissenschaftliches Suchen und Forschen setzte ein, um die Herrschaft der Natur und ihre Gesetze zu durchschauen. Religiöse Dogmatik wurde durch rationales Erkennen abgelöst. In Bezug auf die speziellen Förderbedürfnisse der verkrüppelten Kinder wurden lange Zeit nur dann Erziehung und Bildung angeboten, wenn betroffene Eltern es für angebracht hielten, aber es sich auch leisten konnten. Oft versuchten die Eltern gebrechliche Kinder in die Obhut von Klöstern zu geben, da ihnen dort noch am ehesten geholfen wurde. Von Ordensgeistlichen ist bekannt, dass sie trotz geburtsbedingter Gebrechen eine akademische Bildung erlangten.

#### 1.4 *Erziehungskunde und Heilpädagogik*

Aufschlussreich ist, dass ein Repräsentant der katholischen Pädagogik, V.E. Milde (1777–1853), der 1805 erster Inhaber der neu eingerichteten »Lehrkanzel für Erziehungskunde« an der Universität Wien wurde und ab 1831 Erzbischof von Wien war, in seinem »Lehrbuch der allgemeinen Erziehungskunde« (1811) auch auf die »Gebrechen des Gebrauchs der Organe und körperlichen Kräfte« einging. Er war von den Gedanken der Aufklärung beeinflusst und sah in der Heilung körperlicher Gebrechen größtenteils eine Sache der Erziehung. Auch wollte er geklärt wissen, ob das Gebrechen wirklich bloß ein Fehler des Gebrauchs oder eine Folge der organischen Beschaffenheit sei. Ist Letzteres der Fall, so hielt er das Heilen für die Sache des Arztes (Ausgabe 1965, 124–126). Eine enge Kooperation von Pädagoge und Arzt wurde also schon damals gefordert.

Bleidick (1978, 17–18) sieht in Mildes Lehrbuch einen wesentlichen Fortschritt im Hinblick auf die Standortbestimmung und Begriffsbildung der späteren Heilpädagogik, für deren Konstituierung ein neuer Abschnitt erreicht wurde. Die »Pädagogik der Notfälle« gelangt damit als »pädagogische Heilkunde« mitten in die allgemeine pädagogische Systematik, und Milde verwendet zur weiteren Differenzierung die Begriffe »Heilmethode« und »Heilmittel«. Die Lehre von den Kinderfehlern erfährt eine Erweiterung auf dauernde und tief greifende Behinderungen – so u.a. auf die »Abarten der Natur in der äußeren Gestalt« und den »inneren Zustand des Körpers«. Hier sind durchaus Anstöße zur Pädagogik bei Körperbehinderung zu finden, wenn Milde (1811, Nachdruck 1965, 88) feststellt, dass die Erziehung zwar die Grenzen der Natur nicht überschreiten, den von Geburt Schwächlichen nicht zum Athleten bilden, aber durch Veranstaltung zweckmäßiger äußerer Einflüsse nicht nur an der Erhaltung, sondern an der Beförderung des Zöglings mitwirken kann.

Die im 19. Jh. aufkommende »Heilpädagogik« (Möckel 1988) enthielt dann weitere Elemente, die für Körperbehinderte bedeutsam waren. Georgens und Deinhardt (1861) haben Heilpädagogik nicht nur als einen »Zweig der Allgemeinen Pädagogik«, sondern auch als ein »Zwischenglied zwischen Medizin und Pädagogik« verstanden. Mit der Medizin verbindet die Heilpädagogik das Ziel der Heilung, mit der allgemeinen Pädagogik die Wahl der Maßnahmen, die allerdings ausschließlich pädagogischer Natur sein können. Pädagogisch zu »heilen« bedeutet, falsche oder unzulängliche Erziehung auszugleichen, nicht aber die »biologische Abnormität« etwa eines Krüppelkindes in die »Norm« zu bringen. Die Heilpädagogik wandte sich anfangs primär den »Intelligenzgeschädigten« (Geistigbehinderten und Lernbehinderten) zu. So beschäftigt sich eine Veröffentlichung mit dem Thema »Die Heilung des Blödsinns auf intellectuellem Wege« (Saegert 1845/46). Saegert (1846, 133) sah hier in medizinischer Analogie eine Gymnastik mit intellektuellen Mitteln, die Hirn und Nervensystem zu einem dem Lebensalter und der körperlichen Entwicklung entsprechenden Grade heranbilden sollte. Erst in den 20er-Jahren des 20. Jh. suchte man dann die Heilpädagogik auch für die pädagogische Arbeit in Krüppelheimen nutzbar zu machen.

### *1.5 Gesellschaftliche Umbrüche und allgemeine Schulpflicht*

In der ersten Hälfte des 19. Jh. war die deutsche Gesellschaft durch den Übergang vom Feudalismus zur konstitutionellen Monarchie, die Auswirkungen der Französischen Revolution von 1789, die napoleonischen Kriege und die staatliche Neuordnung auf dem Wiener Kongress 1815 gekennzeichnet. Die Umbrüche zeigten sich auch im Schulwesen, das den Kirchen immer mehr entzogen und zu einem Instrument staatlicher Herrschaft wurde. Zur Schulpolitik nach dem Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) schreibt Wehler (1987, 285): »Insbesondere in den mitteldeutschen Fürstentümern ging es voran: Die Weimarer Schulordnung von 1619 hat erstmals die allgemeine Schulpflicht verkündet, und im sogenannten Gothaer Schulmethodus von 1642 ist zum ersten Mal das gesamte Volksschulwesen in einem Edikt des Herzogs als weltliche Materie außerhalb der Kirchenordnung geregelt worden. Braunschweig richtete 1651 mit dem Generalinspektorat eine staatliche Aufsichtsbehörde ein. Württemberg führte die Schulpflicht 1649 ein, Preußen folgte 1717, entschiedener aber erst im Generallandesschulreglement von 1763, im selben Jahr wie Sachsen. Kurbayern verabschiedete seine erste staatliche Schulordnung 1774 ...« In Preußen bestand aber nur eine Unterrichtspflicht, die bewirkte, dass ausschließlich Kinder, die nicht durch Hauslehrer oder in Internaten Unterricht erhielten, die Volksschule besuchen mussten. Erst mit der Weimarer Verfassung von 1919 wurde dann die Schulpflicht in Deutschland allgemein eingeführt und durchgesetzt.

Durch sein Allgemeines Landrecht griff Preußen dann erneut in die Ordnung des Schulwesens ein. Dessen Ausarbeitung wurde 1780 von König Friedrich II.



als Kodifikation des gesamten in Preußen geltenden Rechts befohlen. Es trat 1794 in Kraft und enthält auch weit reichende schulrechtliche Vorschriften; so wird u.a. bestimmt: »§ 1. Schulen und Universitäten sind Veranstaltungen des Staats, welche den Unterricht der Jugend in nützlichen Kenntnissen und Wissenschaften zur Absicht haben. § 2. Dergleichen Anstalten sollen nur mit Vorwissen und Genehmigung des Staats errichtet werden. § 3. Wer eine Privaterziehungs- oder sogenannte Pensionsanstalt errichten will, muß bey derjenigen Behörde, welcher die Aufsicht über das Schul- und Erziehungswesen des Orts aufgetragen ist, seine Tüchtigkeit zu diesem Geschäfte nachweisen, und seinen Plan, sowohl in der Erziehung, als auch des Unterrichts, zur Genehmigung vorlegen.« (Zit. n. Michael und Schepp 1973, 79) Nach spezifischen Bestimmungen zum Unterricht für Kinder mit Behinderungen sucht man zwar vergeblich; die Vorschriften galten aber auch schon für die im Entstehen begriffenen Anstalten für Taubstumme und Blinde.

### 1.6 *Folgen der Kinderarbeit und Durchsetzung der Schulpflicht*

Den Eltern stand es nach § 7 des preußischen Landrechts immer noch frei, »den Unterricht und die Erziehung ihrer Kinder auch in ihren Häusern zu besorgen«. Um ihren körperlich gebrechlichen Kindern eine elementare und – wenn von den Voraussetzungen her möglich – eine gymnasiale Bildung zu vermitteln, machten wohlhabende Eltern davon Gebrauch, indem sie Hausunterricht von Privatlehrern erteilen ließen. Die Kinder »niederer« Sozialschichten waren dagegen auf die öffentlichen Volksschulen verwiesen, so lange es noch keine besonderen Schulen für Taubstumme, Blinde und Krüppel gab. Die Qualität der Volksschulen besserte sich allmählich durch neue Gebäude, Einrichtung von Ausbildungsseminaren, Erlass von Prüfungsordnungen und schließlich durch eine staatlich geregelte Besoldung für Lehrkräfte.

Durch Krankheiten und frühe Beteiligung an körperlicher Arbeit waren die Kinder sowohl auf dem Lande als auch in den wachsenden Städten gefährdet. Merkens (1981, 18–23) sieht in der Industrialisierung des 19. Jh. die Ursache für das vermehrte Auftreten von Körperbehinderungen. Die Arbeitsverhältnisse der industriellen Frühzeit und die täglichen Arbeitszeiten von 13 bis 14 Stunden führten zu Unfällen und körperlichen Schäden, wobei Kinder- und Frauenarbeit selbstverständlich waren. »Die Kinder wurden zu 10- bis 14-stündiger Arbeit für einen Taglohn von zwei Groschen angeheuert, die Bezahlung der Aufseher erfolgte nach den Leistungen der Kinder. Mit der Einführung von Maschinen wuchsen die Probleme. Viele Arbeiterfamilien besaßen in den rasch wachsenden Industriezentren infolge von Mietpreisspekulationen nur ein einziges Zimmer als Wohnung. Häufig mussten drei und mehr Personen in einem Bett schlafen. Unzählige Menschen, durch zunächst hohe Lohnsätze angelockt und durch Zwangsmittel aller Art zu doppelten Arbeitsschichten angetrieben, starben infol-

ge von Überanstrengung oder hinterließen psychisch und physisch geschwächte Nachkommen.« (Merkens 1981, 19)

Die Volksschule konnte diese Kinder aus Not leidenden und verelendeten Familien nicht angemessen fördern, was zu neuen Formen der Armenschulen führte: einerseits die Fabrikschulen, in denen arbeitende Kinder unmittelbar zwischen und nach der Arbeit unterrichtet wurden, und andererseits die Industrieschulen, die »den Armen« auf eine asketische Lebensführung vorbereiten und zur industriellen Arbeit befähigen sollten. Die Arbeitstugenden des Fleißes, der Zuverlässigkeit, der Pünktlichkeit etc. sollten vermittelt werden. Mit der Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht erwuchs dann auch ein Schutz für die Kinder, da sie durch den Schulbesuch gehindert waren, in der Landwirtschaft, im Handwerk und in der Industrie schwere körperliche Arbeit zu leisten. Allerdings gab es lange Zeit Ausnahmeregelungen, sodass die Kinderarbeit und ihre negativen Folgen immer wieder Gegenstand schul- und sozialpolitischer Auseinandersetzungen waren.

### *1.7 Bericht über eine pädagogische Reise durch Deutschland 1835*

Im Bericht zu seiner »pädagogischen Reise«, auf der er elf Blinden-, verschiedene Taubstummen-, Armen-, Straf- und Waisenanstalten besuchte, behandelt Knie (1837, 239–245) auch die 1806 gegründete Blindenanstalt in Berlin. Dabei geht er auf eine Stiftung ein, die eine Erweiterung der Anstalt um eine Blindenversorgungsanstalt in Berlin zum Ziel hatte; der Stifter wollte »zuvörderst Blindgeborne, in Ermangelung dieser arme Blindgewordene und in Ermangelung auch dieser arme verkrüppelt Geborne oder schutzlos Gewordene« aufgenommen wissen. Die Not der Krüppel war offensichtlich bekannt; eigene Einrichtungen für sie fehlten noch.

Knie (1837, 330–345) besuchte nicht nur die damals bestehenden Blindenanstalten, sondern auch »Waisen-, Armen-, Besserungs- und Straf-Häuser«. Ihm war bewusst, dass »die Mehrzahl der Blinden dem Stande der Armuth (angehört), und daher das Fach des Blinden-Unterrichtes, besonders in allen Beziehungen, wo es darauf ankommt, die Blinden zu werktätigen, und sich wo möglich zu selbst ernährenden Gliedern der bürgerlichen Gesellschaft zu machen, ganz entschieden als ein nur besonderer Zweig der allgemeinen Sorge für Armen-Pflege und Armen-Industrie angesehen werden muß« (330). Seine Schlussfolgerungen zur Armenpflege gelten auch für die Gebrechlichen und Verkrüppelten, die unterstützt werden sollten, ohne den Müßiggang zu fördern: »Diejenigen Armen, welche dagegen Krankheit, Altersschwäche, Gebrechlichkeit, sowie gänzliche leibliche oder geistige Unfähigkeit verhindern, sich auch nur das Nothwendigste von dem zu erwerben, was sie brauchen, muß man allerdings mehr oder weniger unterstützen.« (338) Knie wendet sich aber dagegen, dass die Armenpflege nur durch »zeitweise Geldvertheilung zu helfen sucht«, und kritisiert den

»allgemeinen Bettelsinn«, nachdem auf seiner Reise in Böhmen und Mähren »vor jedem Orte ganze Schaaren von Kindern, selbst Erwachsene, unseren Reisewagen bittend und singend umringten«, um sich Geld zu erbetteln. Zum Schulunterricht der armen Kinder entwickelt er Vorschläge, die auf eine Trennung von den Eltern hinauslaufen. Fast überall werde hinreichend für sie gesorgt, aber die elterliche Erziehung sei ungünstig: »Wäre es möglich die Kinder aller unsittlichen armen Eltern von diesen zu entfernen und unter bessern Einwirkungen zu erziehen, so würde man den Faulbaum der Armuth und Unsittlichkeit am sichersten entwurzeln.« (341) In einer Verbringung der Kinder aus den Städten aufs Land sieht Knie die Lösung: »die Beschäftigung mit dem Garten und Landbau« sei besser und vielseitiger als »Fabrikbeschäftigung«.

Als notwendig wurde die Einrichtung von »Beschäftigungsanstalten« erkannt, da sowohl Blinde als auch Körperbehinderte dem Konkurrenzdruck im allgemeinen Arbeits- und Wirtschaftsleben noch lange nicht standhielten. Knie (1837, 325) fordert: »Die Blindenanstalten müssen nicht mehr bloße Erziehungsanstalten für Kinder, sondern auch Beschäftigungs-Lehranstalten für Erwachsene seyn.« Es zeigte sich, dass Blinde nur bedingt von ihrer Hände Arbeit den Lebensunterhalt bestreiten konnten und ohne zusätzliche Unterstützung wieder zu Almosen-Empfängern und Bettlern wurden. Für die Krüppel dürfte die soziale Lage nicht besser gewesen sein. Die Erziehungs- und Unterrichtsanstalten wurden deshalb mit verschiedenen Arten der landwirtschaftlichen, handwerklichen und fabrikmäßigen Betätigung verbunden. So etwa bei den Blinden-Werkstätten für das Korbflechten, Stuhlflechten etc. und bei den Körperbehinderten in München ab 1833 eine Fabrik oder Industrieanstalt für das Anfertigen von Mustern zum Ausnähen und Sticken, Bemalen von Bilderbogen und Herstellen geometrischer Körper etc.

## **2. Zur Geschichte der Orthopädie**

Die Geschichte der Orthopädie (Valentin 1961) einschließlich der Traumatologie (Vander Elst 1990) lässt sich bis in die Prähistorie, nach Alt-Ägypten und zu den Völkern der Antike zurückverfolgen. Bis Ende des 19. Jh. war sie ein Teilgebiet der Chirurgie, von der sie sich dann erst im 20. Jh. löste. Speziell mit der Heilung von Krüppelleiden beschäftigte sich dann der Franzose Ambroise Paré (1510–1590), der als Barbiergehilfe begann und als königlicher Chirurg zu einem Reformator der Chirurgie wurde. Sein Werk »Opera Chirurgica« erschien 1575; darin beschreibt er die Behandlung von Krüppelgebrechen und geht auf das Korsett für Rückgratverkrümmte, den Klumpfußstiefel und künstliche Extremitäten ein (Kirmsse 1914, 219). Er soll den ältesten Versuch, eine Wirbelsäulen-Verbiegung durch einen korsettartigen Apparat zu behandeln, durchgeführt haben (Valentin 1961, 18). Als Handwerker-Chirurg, der vier französischen Königen diente und mit Kriegsverletzten Erfahrungen sammelte, galt er als bescheiden und glei-

chermaßen gegenüber Reichen und Armen hilfsbereit. Sein Berufsethos drückt sich in einem Dialog zwischen dem König Karl IX. und ihm aus, das folgenden Inhalt hatte: »Ich hoffe, du wirst den König besser behandeln als die Armen? Nein, Sire, das ist unmöglich. Und warum? Weil ich sie wie Könige behandle.« (Vander Elst 1990, 1619)

Der Begriff Orthopädie geht aber auf den französischen Hochschularzt und Geistlichen Nicolas André (genannt Andry 1658–1742) zurück. Schon in einer 1723 erschienen Schrift empfahl er mäßige Leibesübungen als bestes Vorbeugungsmittel gegen Krankheiten (Kirmsse 1914, 219). In seinem 1741 veröffentlichten medizinischen Lehrbuch »L'orthopédie ou l'art de prévenir et de corriger dans les enfans les difformités du corps« wird der Begriff erstmals verwendet. Es ist schon 1744 in Berlin in deutscher Übersetzung unter folgendem Titel erschienen: »Orthopädie, oder die Kunst, bey den Kindern die Ungestaltetheit des Leibes zu verhüten und zu verbessern. Alles durch solche Mittel, welche in der Väter und Mütter, und aller der Personen Vermögen sind, welche Kinder zu erziehen haben. Durch Herrn Andry, Königl. Rath, Leser und Professor in der Artzeney-Wissenschaft, bey dem Königl. Collegio Rector, und Alten Dechant der Medicinischen Facultät zu Paris, u.s.w.«. Mit den zusammengefügt griechischen Worten *orthos* (gerade, ohne Missbildung) und *pais* (Kind) bzw. *paideia* (Erziehung) wollte er wohl das Ziel des neuen Fachgebiets kennzeichnen, nämlich die Anwendung von Methoden der Prävention und Korrektur von Körpermissbildungen bei Kindern. Als Symbol dafür wählte er einen gebogenen Baum, der von einer Stütze gehalten und durch Bänder in seinem Wuchs gerade gerichtet wird. Beim Menschen sollte dies u.a. durch Korsetts und Stützapparate zur Haltungskorrektur erreicht werden. Sein Wirken fiel in das Zeitalter der Aufklärung, das nicht zuletzt Verbesserungen der Lebensbedingungen durch Erziehung erwartete, sodass das neue medizinische Fachgebiet begeistert aufgenommen wurde.

## 2.1 *Orthopädie als »Erziehung zur geraden Haltung«*

Schwarzmann-Schafhauser (1999, 31) verweist darauf, dass Andry unter dem von ihm geprägten Namen Orthopädie die Kunst verstand, die »Ungestaltetheiten« des Leibes – und zwar auch jene der Haut, Augen, Zähne, Ohren, Zunge usw. – zu verhüten und zu verbessern, sodass er im heutigen Sinne mehr als Pädiater, denn als Orthopäde dachte. Er habe weniger auf eine mechano-therapeutische Korrektur schon bestehender Deformitäten abgezielt, sondern vielmehr durch erzieherische Wachstumslenkung »Ungestaltetheiten« verhüten wollen. Andrys »Erziehung zur geraden Haltung« war also eine Form pädagogischer Prävention.

Missbildungen des Körpers durch Erziehung zu verbessern oder gar zu heilen stieß aber immer noch auf Vorbehalte. So forderte der berühmte Aufklärer J.J. Rousseau (1712–1778) in seinem Erziehungsroman »Emile oder über die Erziehung« (Emile ou l'éducation 1762) zwar eine neue Pädagogik, war aber skeptisch

gegenüber Eingriffen in den Körper, da er den Lauf der Natur nicht stören wollte. Nachdem Denis Diderot (1713–1784), Herausgeber der französischen »Encyclopédie«, in diesem Standardwerk der Aufklärung das neue Lehrbuch der Orthopädie von Andry würdigte, änderte sich die öffentliche Meinung.

Der Begriff Orthopädie war aber keineswegs unumstritten; es gab für die Kindererziehung schon den Begriff »Kallipédie« und für das neue Gebiet wurden auch andere Bezeichnungen vorgeschlagen, wie »Orthosomatie« und »Orthomorphie«. Auch wurde eingewandt, dass die Bezeichnung nur Kinder erfasst und eine Verwechslung mit dem Stammwort Fuß (lat. pes, pedis) möglich ist, was dann eine Einschränkung auf Fußkrankungen bedeuten würde. Durchgesetzt hat sich trotzdem der Begriff »Orthopädie«, der die Geraderichtekunst und die Kindererziehung zusammenfasst. Eine orthopädische Anstalt ist von daher durchaus auch eine Einrichtung der Erziehung. Die Orthopädie richtete sich dann an Patienten aller Altersgruppen und befasst sich heute mit folgenden Aufgaben: Vorbeugung, Erkennung, Behandlung von angeborenen und erworbenen Formveränderungen und Funktionsstörungen, Erkrankungen, Verletzungen und Verletzungsfolgen der Stütz- und Bewegungsorgane wie Wirbelsäule, Brustkorb, Becken und Gliedmaßen. Durch die weitere Differenzierung der Medizin haben sich aber Teilgebiete verselbstständigt, sodass es heute auch eine Kinder-Orthopädie oder eine Kiefer-Orthopädie als Spezialdisziplinen gibt. Bei den Behandlungsmethoden ist manches noch aus den Anfängen erhalten, so etwa die Massage, die Gymnastik und die Chirotherapie; auch die früh entwickelten Stützvorrichtungen wie Einlagen in Schuhen, Korsetts sowie Bandagen, Orthesen (Stützhilfen) und Prothesen (Ersatzstücke) werden heute noch bei der Behandlung eingesetzt.

## 2.2 *Der Vater der Orthopädie J.-A. Venel (1740–1791)*

Über das Leben und Wirken von Venel, dem »Vater der Orthopädie« (Valentin 1956) und »wichtigen Arzt des Aufklärungszeitalters« (Bischofberger 1970) liegen mehrere Veröffentlichungen vor. Da er in dem von ihm gegründeten ersten orthopädischen Institut auch Lehrkräfte für Erziehung und Unterricht seiner jungen Patienten beschäftigte, ist er besonders für die Pädagogik von Interesse.

Jean-André Venel wurde 1740 als Sohn eines »Bader-Chirurgen« und als Nachkomme vertriebener französischer Hugenotten in Morges (Waadtland) in der Schweiz geboren. Mit sieben Jahren verlor er seinen Vater. Er besuchte eine öffentlichen Schule im Nachbarort Cossonay und wurde mit 16 Jahren nach Genf zu einem Chirurgen und Geburtshelfer in die Lehre geschickt. In Genf blieb er sechs Jahre, um sich dann 1762 am Königlichen Kolleg für Chirurgie der Universität in Montpellier einzuschreiben. Schon nach einem Jahr verließ er die medizinische Fakultät in Montpellier ohne einen akademischen Abschluss. Er kehrte in die Schweiz zurück und wurde 1763 in Orbe (Waadtland) als Chirurg

tätig. 1765 heiratete er, verließ aber im gleichen Jahr Orbe erneut, um in Paris und Straßburg bei berühmten Geburtshelfern eine weiterführende Ausbildung zu machen. Kurze Zeit kehrte er dann in seine Heimat zurück, um aber schon 1770 in den Dienst eines polnischen Grafen zu treten, mit dessen Familie er ausgedehnte Reisen durch Europa machte. Über diese Zeit verfasste er ein Buch mit dem Titel »Die Gesundheit und medizinische Erziehung allein stehender junger Damen«, das er der Grafentochter widmete. Nach seiner Rückkehr 1775 ließ er sich dann als Chirurg in Yverdon (Ifferten) nieder; 1778 gründete er dort eine Schule für Hebammen, mit der er sehr erfolgreich war und bei der Regierung in Bern Anerkennung fand.

Venels erste Frau Marianne war krank und blieb während seiner Reisen mit den Kindern zu Hause; sie starb 1786 mit zweiundvierzig Jahren an Tuberkulose. Von seinen vier Kindern erreichten nur zwei das Erwachsenenalter; ein überlebender Sohn wurde Geograph und Pädagoge. Seine zweite Ehe blieb kinderlos. Auch Venel starb 1791 schon im Alter von einundfünfzig Jahren an Lungentuberkulose. Ein Bruder und ein Neffe setzten sein Werk fort, waren aber weniger populär und hatten dadurch geringeren Zulauf.

### 2.3 *Die erste orthopädische Anstalt in Orbe/Schweiz*

Bedeutsam wurde Venel aber vor allem als Begründer eines ersten Hospitals für Orthopädie. Anlass dazu gab die erfolgreiche Behandlung eines siebenjährigen Jungen, der rechtsseitig an einem schweren Klumpfuß und linksseitig an einem Knickfuß litt. Nach intensiver einjähriger Kur konnte diese Körperschädigung vollständig korrigiert werden. Damit war Venels Interesse an der Orthopädie geweckt. Zur Vertiefung seiner anatomischen Kenntnisse ging er 1779 wieder an das Kolleg für Chirurgie nach Montpellier. Zurückgekehrt nach Orbe, kaufte er die Ruinen eines alten Gebäudes, die »Abbaye«, das heute noch existiert, restaurierte es, passte es seinen Bedürfnissen an und eröffnete 1780 sein orthopädisches Institut.

Durch einen Bericht des englischen Kirchenmanns und Historikers William Coxe (1747–1828) hat man Einblick in das Alltagsleben in der »Abbaye« in Orbe, die er in seinen »Reisen in der Schweiz« von 1789 wie folgt beschrieb: »Monsieur Venel, ein hochangesehener Chirurg dieses Ortes, hat, unter dem Schutz der Regierung in Bern, eine Einrichtung aufgebaut, die wirklich die Aufmerksamkeit des humanen und neugierigen Reisenden verdient. Es ist ein Krankenhaus für die Aufnahme jener Objekte, die mit verdrehten Gliedmaßen geboren wurden oder dieses Unglück einem Unfall verdanken. Die Kinder werden im Haus untergebracht und unter der Obhut seines Assistenten gepflegt, der die Verantwortung für alle Belange des Haushalts übernimmt und diejenigen unterrichtet, deren Alter es erforderlich macht, ihre Erziehung nicht zu vernachlässigen.« (Zit. n. Böni/Rüttimann 1994, 2007–2008 – Übersetzung des Verfassers aus dem Engli-

schen) Coxe geht in seiner Reisebeschreibung besonders auf Maschinen und Apparate ein, die Venel für Kinder zwischen vier und zehn Jahren erfand und einsetzte. Er spricht von einer sanften Behandlung und kontinuierlicher Kontrolle. So fertigte Venel am Beginn und Ende der Behandlung Gipsabdrücke von den verdrehten Gliedmaßen an, die seine Behandlungs- und Kurerfolge dokumentierten. Die Kinder haben auf Coxe einen vergnügten Eindruck gemacht, wenn sie trotz der angelegten Maschinen über den Boden krabbelten. Im Untergeschoss befand sich eine Werkstatt für Prothesen, die von Handwerkern hergestellt wurden.

Venel wurde so zum Pionier eines auch die Pädagogik umfassenden Rehabilitationskonzepts, da mit ihm »außer einem Inspektor, einer Anzahl Pflegerinnen, noch zwei Lehrer für den Unterricht« tätig waren (Kirmse 1914, 222). Es wurden also Erziehung und Unterricht für die Kinder im Schulalter sichergestellt. Dass dies aus heutiger Sicht mit vielen Unzulänglichkeiten verknüpft gewesen sein kann, ändert nichts an der zukunftsweisenden Konzeption, die Orthopädie und Pädagogik zusammenführte. Leider sind weiter gehende Berichte und Dokumente zu diesen Anfängen einer Pädagogik für Körperbehinderte nicht bekannt.

### **3. Der Schulunterricht für Verkrüppelte**

Unter günstigen familiären Umständen hat es schon früh eine Unterrichtung für verkrüppelte und gebrechliche Kinder und Jugendliche gegeben. Verwiesen sei auf den »hällischen Wundermann« Thomas Schweicker aus (Schwäbisch) Hall, dessen Lebensgeschichte zeigt, dass bereits im 16. Jh. für einen jungen Menschen ohne Arme eine umfassende Schulbildung möglich war. Er schrieb mit dem Fuß und war als »Schreibmeister« beruflich und sozial in das Leben der Freien Reichsstadt integriert (siehe dazu die schulpädagogische Aufarbeitung in Stadler 2001).

Die Anfänge der Schule für Körperbehinderte (Schulen an Krüppelheimen, Krüppelschulen) auf medizinische Einrichtungen zurückzuführen ist umstritten. Möckel (1988, 88–92) widerspricht dem, obwohl auch er diese Schulen mit den Orthopädischen Instituten in Verbindung bringt. Er sieht die Anfänge in »Industrieschulen für körperbehinderte Kinder«, wie der Münchner Gründung von 1832/33 des Edlen von Kurz, und in den Krüppelheimen der Inneren Mission (siehe Kap. II und III).

Andererseits rechnet Möckel (1988, 2001, 8) die Schulen für Körperbehinderte (Krüppelschulen) zu den »älteren Sonderschulen« und sieht folgenden historischen Zusammenhang: »Das Sonderschulwesen ist im bürgerlichen Zeitalter entstanden, das man mit den beiden Revolutionen, der Französischen und der Weltkriegsrevolution, zeitlich eingrenzen kann. (...) Das bürgerliche Zeitalter gab dem öffentlichen Schulwesen großen Auftrieb. Bezeichnend sind die Pläne der französischen Nationalversammlung. Die Forderung der Nationalerziehung entsprach dem revolutionären Umbruch. Die Revolution des Dritten Standes wollte

jedem Bürger zu politischen Rechten verhelfen. Die Nationalschule stand im Dienste nationaler Gerechtigkeit. Wohlfahrt des Bürgers war eine Aufgabe des Staates. (...) Der große Aufschwung, den die heilpädagogischen Anstalten in Deutschland nahmen, lässt sich auf das Zusammentreffen der älteren christlichen, obrigkeitsstaatlichen und der modernen, demokratischen Denkweise zurückführen. Freilich waren es weder die staatlichen noch die kirchlichen Behörden, die sich der behinderten Kinder annahmen und sie unterrichteten, sondern es waren gesellschaftliche Kräfte, die einzelne Personen veranlassten, die Not der behinderten Kinder zu erkennen und zu beseitigen.« (Möckel 2001, 8–9)

### 3.1 Ältere und jüngere Sonderschulen

Ein Widerspruch in der Argumentation von Möckel (2001, 14–15) ergibt sich, weil er die älteren Sonderschulen von den jüngeren dadurch unterscheidet, »dass die älteren behinderte Kinder aufnahmen, die bis dahin vergeblich an die Türe der Volksschulen geklopft hatten. Sie kamen gleichsam aus dem Elternhaus entweder direkt in die Sonderschulen oder mussten zu Hause ohne Unterricht aufwachsen, es sei denn die Familie konnte einen Hauslehrer bezahlen ... Die älteren Sonderschulen boten Kindern erstmals einen Unterricht. Die jüngeren boten Kindern einen zweiten Unterricht an. Die älteren Sonderschulen halfen, weil Kinder in den Familien zu verwahrlosen drohten ... (sie) entstanden im Umkreis philanthropischer Gesellschaften, der Medizin, der Armenverwaltung, der Inneren Mission und der Caritas, der Wohlfahrt. Träger dieser Schulen waren meistens Vereine, die Heime mit Schulen gründeten und unterhielten und die Lehrerinnen und Lehrer selbst suchten und anstellten.«

Bekanntlich nahm aber von Kurz in seine Münchner Anstalt nur Kinder auf, die »werktagsschulfrei« waren, also die Volksschule schon abgeschlossen hatten (siehe Kap. II). Der Schulunterricht für jüngere Kinder setzte erst später ein. Der Begründungszusammenhang ist offensichtlich ein anderer:

- Die Schulen für Körperbehinderte lassen sich insoweit auf die ersten orthopädischen Anstalten zurückführen, als diese auch Erziehung und Unterricht anboten.
- Der Schulunterricht ähnelte dem der heutigen Schulen für Kranke bzw. Schulen im Bereich der Krankenanstalten für Kinder und Jugendliche in der Onkologie und Psychiatrie. Sie sind »Durchgangsschulen«; der zeitweilige Unterricht kann die Schulausbildung von der Grundschule bis zur gymnasialen Oberstufe erfassen.
- Erst die Schulen an den Krüppelheimen waren vorrangig für Kinder, die zwar soweit notwendig orthopädisch behandelt wurden, aber auch nach der Heilung dort verbleiben konnten. Zwischen den Schulen für Kranke und den Schulen für Körperbehinderte gab es fließende Übergänge.



- Das erste Orthopädische Institut des J.-A. Venel von 1780 in Orbe in der Schweiz war ebenso mit Erziehung und Unterricht verbunden wie weitere im 19. Jh. gegründete Orthopädische Privatanstalten in Deutschland. Bei ihnen lassen sich Erziehung und Unterricht als Bestandteil des therapeutischen und pädagogischen Programms nachweisen.

### 3.2 Vorbehalte gegen den Schulunterricht

Wie erwähnt, war ein Motiv für die Forderung einer staatlichen Krüppelfürsorge ein heute schwer nachvollziehbares: Schwangere Frauen sollten vor dem Anblick von Klumpfüßigen und anderen Missgestalteten bewahrt werden, damit sie sich an diesen Personen nicht versähen. Die abergläubische Vorstellung des »Versehens« wird ernsthaft als Begründung verwendet, wie folgende Äußerung von J.G. Krünitz von 1791 zeigt: »Es ist eine höchst wichtige Pflicht der Obrigkeit, die Straßen, die öffentlichen Örter, und die Kirchen, von Krüppeln und anderen ungestalteten Gegenständen zu befreyn, indem die traurigen Folgen von der Vernachlässigung einer bessern Anstalt für das ganze menschliche Geschlecht, in Ansehung der Schwangeren, die sich von solchen Elenden einen tiefen Eindruck machen, am Tage liegen. Insonderheit sollte die Obrigkeit in Kriegs-Zeiten, da eine Menge krüppeliger Leute auf den Straßen betteln, ihre Sorgfalt darauf richten. Es ist zu bewundern, daß bey der in manchen großen Städten in diesem Punkte herrschenden Unordnung nicht mehrere betrübte Fälle entstehen; wiewohl die traurigen Beyspiele auch nicht selten sind, und vielleicht noch mehrere, als vielen bekannt werden.« (Zit. n. Valentin 1961, 219)

Aber auch noch 85 Jahre später wird von einem Göttinger Professor das »Versehen« als Grund für das Eingreifen des Staates angeführt. Es handelt sich um die vielfach zitierte Äußerung, die K.F.H. Marx 1876 in seinen »Ausprüchen eines Heilkundigen über Vergangenes« machte: »Mitleid mit Krüppeln und Personen, die an ekelhaften Übeln laborieren, hat sich darauf zu beschränken, für deren angemessenen Aufenthalt in Siechenhäusern mit Gärten, die sie jedoch nie verlassen dürfen, zu sorgen. Der widrige Anblick solcher Unglücklichen muß dem öffentlichen Verkehr entzogen bleiben, denn der Eindruck auf Empfindsame, oder gar Schwangere, ist höchst bedenklich.« (Zit. n. Valentin 1961, 219)

Von Seiten der Ärzte wurden auch soziale Gründe für eine staatliche Krüppelfürsorge angeführt, als bereits die ersten orthopädischen Anstalten existierten, weil diese die »armen Krüppelkinder« nur ausnahmsweise aufnahmen und behandelten. Deshalb gründete G.F.L. Stromeyer 1829 in Hannover eine »Heilanstalt für Verkrümmte«. Auch J.F. Dieffenbach forderte 1841 für Kinder armer Eltern die Aufnahme in entsprechende Anstalten, traf damit aber auf den Widerstand der Betroffenen, die sich von Bettelei ernährten, und deren Eltern. Er schreibt dazu: »Mehreren solcher hiesiger Bettler habe ich vorgeschlagen, sich heilen zu lassen, sie wiesen das aber immer zurück; einer derselben mit exquisi-

ten Klumpfüßen antwortet mir auf eine brutale Weise: ›Was ich denn dächte, das wäre ja das Beste an ihm, denn davon lebte er ja ohne zu arbeiten.‹ Als einstens mir von der hiesigen Armendirektion ein kleiner Klumpfußtaugenichts von Bettler, welcher im Thiergarten mit seinem nackten Klumpfuß viel Bettelunfug getrieben hatte, zugesendet wurde, kam die jähzornige Mutter mit den Worten zu mir und sagte: ›Der verdient mehr als mein Mann (ein Weber), er soll so bleiben.‹ Und der Prediger ihrer Kirche, sollte man es glauben, hatte unter das Aktenstück der Armendirektion einen langen gebenedeiten Sermon gesetzt, dass er die Heilung des Knaben ganz mißbilligte, denn der Mensch solle nicht ändern, was Gott gemacht! Das ist Aufklärung im neunzehnten Jahrhundert!« (Zit. n. Valentin 1961, 220)

Auch die hilfebedürftigen jungen Menschen und ihre Eltern mussten also erst überzeugt werden, dass medizinische Heilung und Schulunterricht ihre materielle Lage verbessern. Das Leben in Armut war offensichtlich relativ: Durch Almosen-Nehmen konnte der Lebensunterhalt angemessen bestritten und auch noch für Angehörige gesorgt werden – zumindest in den Städten. In Bauerndörfern und auf dem Lande war das wohl anders: Nicht durch die anonyme Spende eines Vorbeigehenden, sondern nur durch nützliche Teilnahme am Leben in Haus, Hof und auf den Feldern fand sich eine Existenzgrundlage. Bildung war noch nicht als Wert für eine berufliche Tätigkeit und Existenzsicherung erkannt.

#### **4. Orthopädische Anstalten mit Erziehung und Unterricht**

Ausgehend von der Notwendigkeit, die Kinder und Jugendlichen mit körperlichen Gebrechen längere Zeit in der Einrichtung aufzunehmen, kam es im Anschluss an das erste orthopädische Institut von J.-A. Venel in Orbe zu der Konzeption, während der ärztlichen Behandlung auch eine erzieherische Betreuung sicherzustellen und Unterricht anzubieten. Da sich die Institute als private Unternehmungen vorrangig an zahlungskräftige Eltern richteten, war man damit von der heutigen Schule im Krankenhaus noch weit entfernt. Es wurde aber schon Einzelunterricht erteilt, in kleinen Gruppen unterrichtet und nach Bedarf und Wunsch der Eltern in einzelnen Schulfächern eine gymnasiale Bildung vermittelt.

Nach Marquardt (1960, 178–179) wurden die ersten orthopädischen Institute in Deutschland 1808 von Dr. med. Leithoff in Lübeck und 1816 in Würzburg von dem Instrumentenmacher J.G. Heine gegründet. Er führt dann folgende weitere Gründungen an: 1823 in Berlin durch Blömer, 1825 in Würzburg durch Mayer, 1826 in Königsberg durch Werner, 1829 in Cannstatt (heute ein Stadtteil von Stuttgart) durch Jakob Heine, einen Neffen des Würzburger Gründers J.G. Heine und 1829 in Hannover durch Stomeyer; alle diese privaten Institute gingen in der Folgezeit aber wieder ein.

Im Folgenden wird nur auf Institute eingegangen, bei denen Erziehung und Unterricht für die jungen Patienten angeboten wurde.

#### 4.1 *Das Carolinen-Institut in Würzburg*

Johann Georg Heine (1771–1838) wurde in Lauterbach bei Schramberg im württembergischen Schwarzwald geboren. Er gilt als eine geniale Persönlichkeit, die die Instrumentenkunde verbesserte und sie durch Neukonstruktionen bereicherte (Marquardt 1960, 179). In den napoleonischen Kriegen florierte die Instrumentenmacherei. So soll Heine auch für ein württembergisches Korps, das mit Napoleon in Russland kämpfte, Instrumente geliefert haben. An der medizinischen Fakultät der Universität und am Juliusspital in Würzburg wurde Heine seit 1802 als Instrumentenmacher beschäftigt und 1824 zum Assessor und Demonstrator der Orthopädie ernannt. Als Nicht-Arzt gründete er 1816 das erste orthopädische Institut in Deutschland. Es erhielt 1822 den Namen »Carolinen-Institut« nach der Königin-Witwe von Bayern, Caroline, und bestand bis 1838. Auf Empfehlung Goethes ernannte die Universität Jena Heine 1823 zum Ehrendoktor (Marquardt 1960, 223–225). Er verließ 1828 Würzburg und übergab seine Anstalt seinem Neffen und Schwiegersohn Bernhard Heine und siedelte nach Holland über. Dort errichtete er in Scheveningen eine »orthopädische Seebadeanstalt«. Er verstarb 1838 in Den Haag. In Konkurrenz zu J.-A. Venel wird auch J.G. Heine als »Vater der Orthopädie« bezeichnet.

Heine durchlief zunächst eine handwerkliche Ausbildung zum Messerschmied, kam als wandernder Handwerker in Eßlingen und Mannheim mit der chirurgischen Instrumentenmacherei in Kontakt und bildete sich in Straßburg zum Instrumentenmacher weiter. Er gilt heute auch als früher Orthopädiemechaniker und Bandagist. Sein Leben und Wirken wurden Gegenstand einer kritischen Analyse zur Entwicklung der Orthopädie am Anfang des 19. Jh.; an seiner Person wird die Problematik der Professionalisierung der Orthopäden im Spannungsfeld von irregulären Heilern, Bader-Chirurgen und akademischen Ärzten deutlich. Man kann in Heine einen »irregulären Heiler und sich akademisierenden Orthopäden« sehen (Schwarzmann-Schafhauser 1999, 8).

Hier ist er von Interesse, weil in seinem Institut auch Unterricht erteilt wurde. Die jungen Patienten waren sowohl im Vorschul- als auch im Schulalter, wenn man krankheitsbedingte Verzögerungen und eine gymnasiale Bildung berücksichtigt. Möckel (1988, 90–92) errechnete anhand von Berichten, die Heine an das Bayerische Staatsministerium des Innern erstattete, dass das Durchschnittsalter der Patienten zunächst sechs Jahre (bei einer Spanne von einem bis zu 18 Jahren), später 14 Jahre (bei einer Spanne von einem bis 22 Jahren) betrug. Sie entstammten meist wohlhabenden Ständen, reisten in Begleitung von Angehörigen, Wärtern und Dienern aus deutschen und europäischen Staaten zu ihm nach Würzburg und erwarteten primär Heilung von ihren Gebrechen.

Nach Möckel (1988) lag Heine der »Gedanke einer Erziehung trotz Behinderung« fern, »auch wenn er im Institut zwei Elementarlehrer, Geistliche beider christlichen Konfessionen, einen Gymnasialprofessor, Fremdsprachen-, Musik-

und Zeichenlehrer nach Bedarf und Absprache mit den Eltern beschäftigte«. Es muss den Eltern also doch um eine Anbahnung oder Fortsetzung der schulischen Bildung gegangen sein. Heines Institut in Würzburg und die übrigen orthopädischen Institute lassen sich insofern als Vorläufer der Krankenhaus-schulen verstehen. Bei vielen Patienten war wohl schon vor dem Eintritt mit Schul- und Hausunterricht begonnen worden, der dann weitergeführt wurde. Ein direkter Weg von orthopädischen Instituten zu Schulen für Körperbehinderte, wie sie heute bestehen, ist nicht nachweisbar. Möckel (1988, 92) stellt weiter fest: »Die Orthopäden waren medizinisch erfolgreich. Erziehung stellte für sie keinen Ersatz für medizinische Heilmittel dar. Patienten mit spastischen Lähmungen ohne Aussicht auf Heilung nahmen die Leiter der orthopädischen Institute, soweit das festzustellen ist, nicht auf.« In Anstalten für Kinder mit geistiger Behinderung sei Erziehung dagegen von Anfang an Bestandteil der Heilmethode gewesen.

#### 4.2 *Die Heilanstalt für Verwachsene in Berlin*

Zur Lebensgeschichte des Gründers, J.G. Blömer, und zu seinem Wirken konnten keine Daten und Fakten recherchiert werden, die über seine bekannte Schrift von 1827 hinausgehen. Es handelt sich um 34 Seiten Text und zwei Tafeln im Anhang mit Figuren zu orthopädischen Geräten.

Der Titel lautet: »Beschreibung der Heilanstalt für Verwachsene. Begründet von J.G. Blömer Doctor der Medizin und Chirurgie etc. Berlin 1827 Spittelbrücke Nr 2 u. 3«; sie ist »Sr. Majestät dem Könige von Preußen Friedrich Wilhelm III, dem erhabenen Beförderer des Wohles seines Volkes, dem huldvollen Beschützer der Künste und Wissenschaften in tiefster Verehrung allerunterthänigst gewidmet vom Verfasser«. Der Text ist in sieben Abschnitte gegliedert; unter I. wird auf »Andry, Professor der medizinischen Fakultät zu Paris« und sein »Werk über Orthopädie« sowie auf Venel, der »mit der Heilkunde zugleich Kenntnisse der Mechanik verband« verwiesen. Von Venel heißt es weiter: Er »gründete in Orbe im Waatlande in der Schweiz 1780 ein Institut für Verwachsene, und war glücklich in seinen Kuren«. Auch das orthopädische Institut in Würzburg wird erwähnt, das sich besonders »in Heilung von Verkrümmungen schon seit mehreren Jahren rühmlich hervortat«. Außerdem nennt Blömer »Heilanstalten in Lübeck, Leipzig, Paris, London u.a.m.«, die mit dem Würzburger Institut wetteiferen.

Unter II. berichtet Blömer über seine Gründung, zu der ihn »nicht Gewinn-sucht, sondern das heiße Interesse für den Gegenstand selbst« veranlasst habe: »Im Oktober 1823 errichtete ich in einem beschränkten Lokale die in Rede stehende Anstalt, und widmete ihr meine ganze Thätigkeit, nachdem ich schon seit mehreren Jahren vorher auf die vorzüglichsten Universitäten Deutschlands und zum Theile auch anderer Länder alle auf Verkrümmungen und Deformitäten des

menschlichen Körpers Bezug habende Erfindungen aufzusammeln bemüht gewesen war und nachher dergleichen Kranke mit Glück in ihren Wohnungen behandelt hatte.«

Unter III. führt er die »Verunstaltungen« auf, mit deren Heilung sich seine Anstalt beschäftigt, gibt jeweils kurze Beschreibungen und nennt teilweise auch die lateinischen Fachbegriffe. Er teilt wie folgt ein:

- I. Am Kopfe. 1. Das Schielen. 2. Der schiefe Hals.
- II. Am Rumpfe. 1. Verunstaltungen der Wirbelsäule – a. Nach der Seite – b. Nach hinten – c. Nach vorne. 2. Verunstaltungen der Brust. Des Brustbeins.
- III. An den Gliedmaßen. 1. An den obern. a. Contracturen im Ellbogen-Gelenke. b. Die Klumphand. c. Verkrümmungen der Röhrenknochen. 2. An den untern. a. Contractur des Hüftgelenks und deren Folgen ... b. Fehlerhafte Anziehung oder Abziehung der Schenkel ... c. Contractur des Kniegelenks ... d. Ein- und Auswärtsbiegung der Knie. e. Der Plattfuß. f. Der Klumpfuß ... g. Der Pferdefuß oder Spitzfuß ...

Um auch weitere Krankheiten heilen zu können – Blömer nennt »z.B. Rhachitis, Skropheln, Gicht, Entzündung und Vereiterung der Knochen« –, müsse der Arzt als »Heilkünstler außer der Wissenschaft der Mechanik zugleich Kenntniß der Pathologie und Therapie genannter Krankheiten in sich vereinigen«. Wie nicht anders zu erwarten, werden neurologische Erkrankungen wie frühkindliche oder später erworbene Hirnschädigungen (infantile Cerebralparesen, Folgen von Entzündungsprozessen oder Verletzungen des Gehirns) nicht erwähnt. Ihre Ätiologie, Pathologie und mögliche Therapie waren im ersten Drittel des 19. Jh. nur ansatzweise bekannt.

Blömer geht dann unter V. auf folgende Aspekte ein: Das Lokal. Bedienung. Kost und Verpflegung. Unterricht. Unterhaltungen.

Seine Ausführungen zu Erziehung und Unterricht sind eine Quelle für pädagogische Intentionen, aber auch für individual- und sozialpsychologische Ansätze zur Erklärung des Verhaltens junger Körperbehinderter.

#### 4.2.1 Ein Quellentext zu Erziehung und Unterricht

Blömer (1827, 26–28) äußert sich zu Erziehung und Unterricht in seiner Berliner Heilanstalt für Erwachsene wie folgt:

»Unterricht.

Da ein großer Theil der Kranken, die das Institut beziehen, sich noch im jugendlichen Alter befindet, so mußte auf ihre Erziehung und Unterrichtung eine besondere Sorgfalt verwendet werden. Damit nun diese Kranken in ihrer geistigen Ausbildung durch den oft langdauernden Aufenthalt in der Anstalt nicht gehemmt werden, mußte mein Bemühen dahin gerichtet seyn, daß ihnen ein fortlaufender,

ihren Jahren und Fähigkeiten angemessener Unterricht ertheilt werde, um so mehr, da bei Leidenden dieser Art der Geist gewöhnlich sehr aufgeweckt und thätig ist. Aber auch noch aus einer andern Rücksicht bin ich veranlaßt worden, dem Gegenstande der Erziehung eine besondere Achtsamkeit zu widmen. Man wirft im gemeinen Leben denen, die an einer Verunstaltung des Körpers leiden, gewöhnlich eine gewisse Verstecktheit des Charakters vor, und leider nicht immer mit Unrecht. Eine ganz natürliche Ursache hiervon sind die Neckereien, denen diese Unglücklichen häufig genug von ihren leichtsinnigen Spielkameraden ausgesetzt sind. Man zieht sich von ihnen zurück, weil ihre Krankheit ihnen nicht erlaubt, an vielen muntern Spielen der Kindheit und Jugend Theil zu nehmen; sie sind daher meistens nur auf sich selbst beschränkt und werden in dieser Abgeschlossenheit verschlossen und nicht selten auch schadenfroh. Diese Fehler sind aber in dem Institute aus dem kindlichen und jugendlichen Gemüthe bei einem fortlaufenden moralischen und geistigen Unterrichte um so leichter noch zu entfernen, weil hier wegen der Gleichheit oder Aehnlichkeit des Leidens mehr Offenheit und wechselseitige Theilnahme herrscht.

Zwei Erzieherinnen, deren Wohnstuben sich unmittelbar neben denen der ihrer Obhut anvertrauten weiblichen Jugend befinden, um auch außer der Zeit des Unterrichts die nöthige Aufsicht über das sittliche Betragen derselben zu führen, sind dazu bestimmt, für das geistige Wohl ihrer Zöglinge zu sorgen, dieselben auf dem Wege der Moralität mütterlich zu leiten, und sie in allen Wissenschaften zu unterrichten, die einstens ihr häusliches Glück begründen können. Deutsche und französische Sprache, Musik und alle feinen weiblichen Handarbeiten sind Gegenstände dieser gemeinschaftlichen Unterrichtung.

Die Erziehung der in der Anstalt befindlichen Knaben, die gewöhnlich die geringere Anzahl von Kranken ausmachen, ist einem besondern Lehrer anvertraut, der über ihre Sittlichkeit väterlich wacht und dieselben in den verschiedensten Schul-Wissenschaften unterrichtet.

Daß aber diese so wichtigen Stellen stets mit kenntnißreichen und sittlich guten Subjekten besetzt sind, muß natürlich meine größte Sorge seyn.

Wird in irgend einer Kunst oder Wissenschaft noch besondere Unterweisung gewünscht, so findet sich hierzu durch Privatlehrer und Lehrerinnen jede befriedigende und zugleich billige Gelegenheit.

Es ist natürlich, daß in mancher Hinsicht der Unterricht verändert, oder gar für eine gewisse Zeit unterbrochen werden muß, sobald es auf Erlernung von Fertigkeiten ankommt, bei der eine Stellung des Körpers erforderlich ist, welche die zu heilende Verunstaltung desselben leicht vermehren oder doch dem Gelingen der Kur Hindernisse in den Weg legen würde.

Eltern und Vorgesetzte, welche mir ihre Kinder und Pflegebefohlenen zur Heilung anvertrauen, mögen sich daher überzeugt halten, daß nichts versäumt wird, was nur immer zum physischen, geistigen und moralischen Wohle derselben führt.«

#### 4.2.2 Zur Verknüpfung von Orthopädie und Pädagogik

Analog zur Begründung Venels nimmt auch Blömer den »oft langdauernden Aufenthalt in der Anstalt« zum Anlass, auf Erziehung und Unterricht besondere Sorgfalt zu verwenden. Er beschäftigt zwei Erzieherinnen, denen er die Obhut der weiblichen Jugend anvertraut. Auch außerhalb des Unterrichts sollen sie die Aufsicht über deren sittliches Betragen führen, für das geistige Wohl ihrer Zöglinge sorgen, sie mütterlich auf dem »Wege der Moralität« leiten, aber sie auch in allen Wissenschaften unterrichten, die »einstens ihr häusliches Glück begründen können«. Es zeigt sich ein weibliches Rollenbild als Hausfrau und Mutter, wie es in der ersten Hälfte des 19. Jh. (Biedermeier-Zeit) typisch war. Dass die Mädchen aber auch in deutscher und französischer Sprache, Musik und allen Handarbeiten unterrichtet wurden, weist auf deren Herkunft hin. Es waren wohl keine Kinder der Armen, sondern des gehobenen Bürgertums.

Interessant wäre zu wissen, warum die in der Anstalt befindlichen Jungen gewöhnlich die geringere Zahl der Kranken ausmachten. In den Schulen für Körperbehinderte ist seit langem das Verhältnis von Knaben zu Mädchen bei etwa 60 zu 40 Prozent. Auch dafür gibt es keine schlüssige Begründung. Bezüglich der Knaben beschäftigte Blömer einen »besondern Lehrer«, der über die Sittlichkeit väterlich zu wachen, sie aber auch in den verschiedensten Schulwissenschaften zu unterrichten hatte. Dabei musste es sich um »kenntnisreiche und sittlich gute Subjekte« handeln. Wurde von den Eltern eine besondere Unterweisung gewünscht, so konnten »in irgend einer Kunst oder Wissenschaft« weitere Privatlehrer zugezogen werden.

Erste Hinweise gibt Blömer auch auf notwendige Modifikationen des Unterrichts, sofern die körperliche Schädigung dies erfordert. Bis heute gilt, dass Pädagogik und Therapie im Schulunterricht Körperbehinderter aufeinander abgestimmt werden müssen. Gesprochen wird dabei vom »therapie-immanenten« Unterricht bzw. von einer »unterrichtsimmanenten« Therapie.

Auch gedankliche Ansätze zu einem Konzept der »Krüppelseele« sind erkennbar, wenn es heißt: »Man wirft im gemeinen Leben denen, die an einer Verunstaltung des Körpers leiden, gewöhnlich eine gewisse Verstecktheit des Charakters vor, und leider nicht immer mit Unrecht.« Eine Ursache sieht Blömer im negativen Verhalten der Spielkameraden, auf das körperbehinderte Kinder mit Rückzug reagieren. Inwieweit sie in »dieser Abgeschiedenheit verschlossen und nicht selten auch schadenfroh« werden, ist eine Zuschreibung, die sich bei späteren individual- und sozialpsychologischen Erklärungsversuchen des Verhaltens Körperbehinderter wieder findet (siehe dazu die Ausführungen in Kap. V. zum Konzept der Krüppelseele, wie es von Würtz vertreten wurde).

Die Blömersche Anstalt hat offensichtlich nicht lange bestanden. Das Konzept ist aber ein Beispiel für das Zusammenwirken von Medizin, Erziehung und Unterricht bei der Rehabilitation junger Menschen mit körperlichen Gebrechen.

Sicher ist das eine Bewertung aus heutiger Sicht, also »hodiezentrisch«, aber es gibt weitere Belege für die erzieherische Komponente der Orthopädie und deren Kooperation mit der Pädagogik.

#### 4.3 *Orthopädische Heilanstalten in Cannstatt und Stuttgart*

Ausgehend von Johann Georg Heine entwickelte sich eine Art »Orthopädiendynastie« (Schwarzmann-Schafhauser 1999, 180–204), zu der neben seinem Sohn Joseph auch seine Neffen Bernhard und Jacob Heine gehörten. Ihnen gelangen erste orthopädiesspezifische akademische Laufbahnen.

Jacob Heine (1800–1879) wurde ebenfalls in Lauterbach im württembergischen Schwarzwald geboren und wuchs als Knabe bei seinem Onkel J.G. Heine in Würzburg auf. Er eröffnete 1829 in Cannstatt bei Stuttgart in einem Privathaus eine orthopädische Heilanstalt; auf dem Gelände seiner Anstalt befand sich ein Mineralwassersee, den er zu Heilzwecken und für eine Badeanstalt nutzte. Auch diese Einrichtung war mit einem pädagogischen Angebot verbunden. In einem von Valentin (1961, 231) zitierten Bericht Heines über die 25-jährige Wirksamkeit seiner Anstalt heißt es: »Neben der körperlichen Pflege ist auch für geistige Fortbildung der Curanten durch Erziehung und Unterricht von Geistlichen der verschiedenen Confessionen, Lehrern und Gouvernanten, Religion, Elementar- und Realfächern, Sprachen, Musik, Zeichnen, Tanzen und weiblichen Arbeiten entsprechend gesorgt.«

Auch der Instrumentenmacher J.G. Ebner (1793–1877) ersuchte um die Erlaubnis zur Gründung eines orthopädischen Instituts in Stuttgart, das aber vom württembergischen Medizinalkollegium zunächst abgelehnt wurde, weil er kein Arzt war. Erst nachdem er sich mit dem Mediziner F. Blumhardt (1804–1853) zusammentat, kam es 1835 zur Gründung und gemeinsamen Leitung. Blumhardt machte sich 1840 selbstständig, sodass Ebner zwei andere Ärzte gewinnen musste, nämlich Camerer und Heller, die dann zehn Jahre mit Ebner verbunden blieben. Marquardt (1960) beschreibt die Geschichte der »ältesten fortbestehenden orthopädischen Klinik der Welt«, der »Paulinen-Hülfe« in Stuttgart, und zeigt die Verbindungen zu anderen Gründungen und Gründerpersönlichkeiten der ersten Anstalten in Deutschland auf. Er verweist im Übrigen darauf, dass in Württemberg die staatliche Fürsorge für Körperbehinderte mit einer königlichen Verfügung von 1834 zur Behandlung armer orthopädisch Kranker begann. Entsprechend frühe Fürsorgemaßnahmen für Körperbehinderte seien für keinen anderen deutschen Bundesstaat bekannt (Marquardt 1960, 180).

J.W. Camerer (1806–1862) wurde 1806 in Stuttgart als Sohn eines Prälaten geboren; er studierte von 1824 bis 1828 zuerst in Würzburg und dann in Tübingen Medizin. In seiner Würzburger Zeit dürfte er auch die Orthopädie des J.G. Heine am Carolinen-Institut kennen gelernt haben. Er ließ sich 1829 als praktischer Arzt in Stuttgart nieder. Camerer verstarb 1862. Von 1840 an war er zu-



sammen mit Heller leitender Arzt an der orthopädischen Anstalt in Stuttgart, die ab 1843 Paulinen-Institut genannt wurde. Es war »wohlorganisiert« und mit Bädern, einer gymnastischen Abteilung, den notwendigen Maschinen, »einem vollständigen Schulbetrieb« sowie mit der neuen elektrischen Therapie ausgestattet (Marquardt 1960, 182). Der Wundarzt C.C.J. Heller (1801–1878) war ebenfalls am Paulinen-Institut; er wollte auch der armen Bevölkerung eine Möglichkeit zu orthopädischen Kuren verschaffen (Valentin 1961, 230–233). Die Kosten einer Behandlung mussten von den Patienten oder ihren Eltern selbst getragen werden, sodass nur Wohlhabende aufgenommen werden konnten.

Erst die Paulinen-Hilfe, eine »Armen-Anstalt für Verkrümmte«, brachte eine Verbesserung. Sie wurde 1845 von Camerer und Heller in Stuttgart gegründet und ebenfalls nach der württembergischen Königin Pauline benannt. Dazu berichtet Marquardt (1960, 184): »Ebner stellte zu der Armenheilanstalt um einen geringen Mietpreis ein Gartenhaus zu Verfügung, das 30 Kuranden aufnehmen konnte. Er arbeitete am Armeninstitut bei der Beaufsichtigung mit. (...) Der Unterricht wurde auf Religion und die Fächer der deutschen Schule beschränkt, während am Paulineninstitut für die Kuranden der höheren Klassen ein volles höheres Schulbildungsprogramm einschließlich Musikunterricht geboten wurde.« Im ersten Jahresbericht 1846 wurden von Camerer und Heller Motivation und Programm umrissen: »Als Vorsteher der orthopädischen Heilanstalt, Paulinen-Institut, hatten wir Gelegenheit, uns täglich davon zu überzeugen, wie gar häufig Verkrümmungen bei Kindern aus den ärmeren Classen vorkommen, welche, da sie aus eigenen Mitteln die Kosten der Heilung unmöglich bestreiten konnten, und auch die Gemeinden in der Regel nicht in der Lage waren, so bedeutende Summen auf einzelne Glieder zu verwenden, meist ungeheilt bleiben mussten. (...) Dieß brachte uns auf die Idee, zwar in Verbindung mit unserer orthopädischen Anstalt, aber ökonomisch vollständig von ihr getrennt, eine solche Heilanstalt ausschließlich für Arme bestimmt, zu errichten.« (Zit. n. Thomann 1995, 30)

## 5. Die orthopädische und heilgymnastische Anstalt zu Leipzig

Das erzieherische Anliegen der Orthopädie wird schon bei J.-A. Venel, aber besonders bei den exemplarisch ausgewählten Begründern und Leitern orthopädischer Anstalten erkennbar. Die Verknüpfung von medizinischer Behandlung, Erziehung und Schulunterricht dürfte zwar auf pragmatischen Überlegungen fußen, aber nicht zufällig gegeben gewesen sein. Wie stark Medizin und Pädagogik aber einander durchdrungen haben, wird an Daniel Gottlob Moritz Schreiber deutlich.

Rethschulte (1995) hat die Erziehungslehre und den Beitrag zur Körperbehindertenhilfe dieses Orthopäden eingehend analysiert. Im Gegensatz zu den orthopädischen Anstalten in Würzburg, Berlin, Cannstatt und Stuttgart gab es aber an der Schreiberschen Anstalt in Leipzig offensichtlich für die »orthopädisch Kran-

ken« kaum Angebote zu Erziehung und Unterricht. Zwar verweist Rethschulte (1995, 125–126) darauf, dass die Patienten in orthopädischen Instituten Unter- richtung in Geographie, Geschichte, Naturgeschichte, Fremdsprachen und Musik genossen haben sollen. Auch für die Ablenkung der Kinder von ihren Behinde- rungen und Beschwerden durch ständige Beschäftigung im Wechsel mit körper- licher Bewegung sei gesorgt gewesen. Bezüglich der Leipziger Anstalt kann er aber nur auf eine Mitteilung von Bormann (1859, 2) verweisen. Wenn man ihr Glauben schenkt, wurden die Schreber »zur Cur übergebenen Kinder in einer besonderen Klasse in seinem Hause unterrichtet«.

### 5.1 *Leben und Wirken von D.G.M. Schreber (1808–1861)*

Schreber wurde am 1808 in Leipzig geboren, erhielt dort auch seine Elementar- und Gymnasialausbildung und studierte ab 1826 an der Leipziger Universität Medizin. Neben den medizinischen Vorlesungen interessierte er sich auch für Philosophie, Anthropologie und Naturwissenschaften. Auch in den Fächern Psy- chologie und Pädagogik soll er Vorlesungen belegt haben. Er schloss sein Studi- um 1831 ab und wurde 1833 zum Doktor der Medizin promoviert. Nach einer Tätigkeit als Leibarzt eines russischen Adligen und Studienreisen nach Wien, Prag und Berlin ließ er sich 1836 als praktischer Arzt in Leipzig nieder. Nebenbe- ruflich engagierte er sich als Privatdozent für innere Medizin und Heilmittellehre an der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig.

Er heiratete 1838 Pauline Haase, die Tochter seines medizinischen Lehrers und damaligen Rektors der Universität Leipzig. Das Ehepaar hatte zwei Söhne und drei Töchter. Aus psychoanalytischer Sicht gilt Schreber als »sadistisch ver- anlagter Haustyrann«; in der »Schrebergartenliteratur« wurde er dagegen als ide- aler Familienvater dargestellt (Rethschulte 1995, 26).

Die Beziehung zwischen Schreber und seinem jüngsten Sohn Daniel Paul Schreber wurde als »Fall Schreber« thematisiert (Israels 1989); dem Vater wurde unterstellt, die Wahnvorstellungen seines psychisch kranken Sohnes durch Zwang und Härte in seinem Erziehungsverhalten mitverursacht zu haben.

Nachdem er sich vergeblich um die Lizenz zur Errichtung einer Kinderheil- anstalt bemüht hatte, übernahm er 1844 die private orthopädische Heilanstalt des Dr. E.A. Carus in Leipzig. Seine Patienten waren vornehmlich im Kindesalter und stammten aus wohlhabenden Familien, die die Kosten der Behandlung zah- len konnten. Er behandelte überwiegend ambulant; nur sieben bis zehn »Pensio- näre« sollen jeweils in der Anstalt gepflegt und versorgt worden sein. Neben Kranken mit orthopädischen Leiden wurden auch jugendliche und erwachsene Patienten mit anderen Krankheitsbildern vornehmlich mit den Methoden seiner ärztlichen Heilgymnastik behandelt. Folgende Krankheitsbilder werden genannt: Muskellähmungen, Brustkrankheiten, beginnende TBC, periodisches Asthma, Unterleibsstockungen, krankhafte Venösität, Hypochondrie und Hysterie, chro-

nische Muskelkrämpfe, chronischer Rheumatismus, Gicht und Rückgratsverkrümmungen (Lordosis, Kyphosis, Scoliosis). Der Arzt Dr. Schildbach arbeitete in der orthopädischen und heilgymnastischen Anstalt seit 1859 mit und leitete sie nach dem Tode von Schreber 1861. Schildbach habilitierte sich 1875 und überführte die private Schrebersche Anstalt 1876 in eine orthopädische Poliklinik an der Universität Leipzig (Rethschulte 1995, 23–25).

Die Beurteilung Schrebers ist widersprüchlich: Er war als Förderer der Volksgesundheit und der Gymnastik geachtet, wurde aber vor allem als vermeintlicher Begründer der so genannten »Schrebergarten-Bewegung« bekannt. Von Kritikern der »Schwarzen Pädagogik«, die sich mit Fragestellungen der Psychologie und Soziologie der Erziehung sowie der Psychoanalyse befassen, wurde er neben berühmten Philanthropen wie Basedow und Salzmann, aber auch Pädagogen wie Pestalozzi und Fröbel als typischer Repräsentant einer autoritären bürgerlichen Erziehung abqualifiziert. So zitierte Rutschky (1977, 50–52) auch Passagen aus seiner »Kallipädie« als Beispiel für eine Unterdrückungs- und Misshandlungs-Maschinerie gegen Kinder. Wie erwähnt, sehen ihn die Kritiker aus der Psychoanalyse als »Sadisten und Haustyrannen mit gottähnlicher Machtfülle«, weil er sich seiner orthopädischen Apparaturen auch in der Erziehung seiner eigenen Kinder bediente. Israels (1989) sieht ihn als Arzt und Pädagogen und würdigt seine vielfältige Wirkung. Für Rethschulte (1995) ist er vor allem als Begründer einer systematischen Heilgymnastik bedeutsam.

## 5.2 *Zu Schrebers Schriften und zu seiner Erziehungslehre*

Das Schrifttum von D.G.M. Schreber umfasst sowohl Veröffentlichungen zur Gesundheitserziehung im Sinne ärztlicher Ratgeberliteratur (Diätetik- und Hygiene-Erziehung) als auch zur geistig-moralischen Erziehung. Von Interesse sind seine Schriften zur Schulerziehung – wie »Ein ärztlicher Blick in das Schulwesen« (1858) und »Ueber Volkserziehung« (1860) – und seine Erziehungslehre, die er in seinem Hauptwerk »Kallipädie« (1858) darlegte.

### 5.2.1 *Kallipädie oder Erziehung zur Schönheit*

Der vollständige Titel enthält bereits viel Programmatisches: »Kallipädie oder Erziehung zur Schönheit durch naturgetreue und gleichmässige Förderung normaler Körperbildung, lebensstüchtiger Gesundheit und geistiger Veredelung und insbesondere durch möglichste Benutzung specieller Erziehungsmittel. Für Aeltern, Erzieher und Lehrer von Dr. med. Daniel Gottlob Moritz Schreber, pract. Arzt und Director der orthopädischen und heilgymnastischen Anstalt zu Leipzig.« Gegliedert ist das Werk in vier Hauptteile, die den Entwicklungsphasen des Kindes- und Jugendalters folgen und denen die Erziehung mit entsprechenden »Modificationen« Rechnung zu tragen habe. Diese Phasen sind: das von der Geburt bis zum Erscheinen der Zähne (8.–12. Monat) verlaufende »Säuglingsalter«,

das mit Beginn des zweiten Lebensjahres bis zum Zahnwechsel dauernde »Spielalter« (2.–7. Lebensjahr), das im achten Lebensjahr einsetzende und bis zum Ende der Pubertätsphase (14.–17. Lebensjahr) verlaufende »Lernalter« und schließlich das »Jünglings- und Jungfrauenalter« (17.–20. Lebensjahr) als »Übergang zur Selbstständigkeit«.

Schon im Vorwort wird Schrebers (1858, V–VIII) erzieherische Intention deutlich: »Unter den hochwichtigen Lebensfragen der Menschheit steht die Erziehung der aufwachsenden Generationen oben an. Jeder Mensch hat zwar eine gewisse angeborene Eigenthümlichkeit, die seiner körperlichen und geistigen Entwicklung mehr oder weniger das individuelle Gepräge gibt. Sodann ist auch den gelegentlichen und unberechneten Einflüssen des Lebens auf den einzelnen Menschen eine nicht unbedeutende miterziehende Einwirkung zuzuerkennen. Dessenungeachtet aber ist die Erziehung im engeren und eigentlichen Sinne, d.h. die gesammte den Menschen mögliche planmässig heraufbildende Einwirkung auf das Kind, offenbar die Hauptgrundlage der künftigen körperlichen und geistigen Beschaffenheit. Selbst sehr mangelhafte Naturmitgabe ist oft in staunenerregender Weise ausgleichbar durch wohlberechnete Erziehung, wovon die augenfälligsten maassgebenden Beispiele in den immer höher steigenden Resultaten der Erziehungsanstalten für Taubstumme, Blinde, Blödsinnige, Cretinen, sittlich verwaahrloste Kinder u.s.w. zu erblicken sind. Die glücklichste Naturmitgabe ist aber der Verkümmern preisgegeben, wenn die erziehende Entwicklung derselben fehlt. (...) Wie aber der gewissenhafte Erzieher an seinem Zöglinge alle innig zu einem Ganzen vereinigen Seiten der menschlichen Natur, die körperliche, gemüthliche und geistige, gleichmässig in's Auge zu fassen hat, so hat auch eine Schrift, welche die Grund- und Lehrsätze und die naturgemässe Methode der Erziehung als ein abgerundetes Ganzes darlegen soll, eben diese Allseitigkeit des Umfanges durchaus nothwendig. Denn die Trennung der verschiedenen einzelnen Seiten der Menschennatur von einander ist ja mehr ein künstlicher Nothbehelf für unser sprachliches Verständnis.«

In der Einleitung legt er dann seine anthropologischen Ansichten dar und beschreibt die Funktion der Erziehung sowie ihm bedeutsame pädagogische Grundsätze und Normen. Für ihn verlangt das »hochwichtige Erziehungsgeschäft« nach klarer Erkenntnis der Natur und Bestimmung des Menschen: »Es setzt voraus eine Erziehungswissenschaft – eine Wissenschaft, welche für die ganze Menschheit die wichtigste und unentbehrlichste ist.« (Schreber 1858, 24) Die Übel und Mängel der Zeit sollen bei der Wurzel erfasst werden, und zwar durch »Klärung und Verbreitung der wahren Begriffe und Grundsätze der Erziehung und durch Einführung derselben in's Leben«. Als wesentliche Zeitbedürfnisse betrachtet er: »höhere allseitige Vervollkommenung der Lehrämter über Pädagogik, Gelegenheit zum gründlichen Studium der physischen, ästhetischen und disciplinären Erziehungswissenschaft (bis jetzt macht nur der doctrinelle Theil derselben, der Unterricht, fast das ganze Studium der Pädagogen aus, die Hauptbasis, ein

gründliches Studium der Anatomie und Physiologie, fehlt fast gänzlich), Einführung praktischer Curse für die zu Pädagogen sich bilden Wollenden in Waisenhäusern, Kinderbewahranstalten, Kindergärten und ähnlichen Instituten, Aufstellung von Preisfragen über wichtige Capitel der Erziehungswissenschaft u. dgl. mehr« (Schreber 1858, 25).

Diese Forderungen haben heute noch in der Lehrerbildung allgemein ihre Berechtigung, insbesondere aber für Lehrkräfte, die junge Menschen mit körperlichen Gebrechen erziehen und unterrichten. Folgt man Schreber, so sind neben Didaktik und Methodik auch Anatomie und Physiologie zu studieren und pädagogische Arbeitsfelder zu erkunden. Eine Durchdringung aller Bereiche der Erziehungswissenschaft war für ihn unabdingbar. Wie »aufgeklärt« und entwicklungspsychologisch er argumentierte, wird deutlich, wenn er einen Einfluss auf das Kind während der Schwangerschaft zwar unterstellte, aber »lediglich ein indirecter und auch als solcher nicht von jener Entschiedenheit, wie ihn früherer Volkswahn z.B. unter der des s.g. ›Versehens‹ sich dachte« (Schreber 1858, 22).

### 5.2.2 Anstöße für die Pädagogik bei Körperbehinderung

Wie die oben erwähnten Krankheitsbilder seiner Patienten zeigen, war Schreber als Orthopäde mit körperlichen Gebrechen und chronischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen vertraut. Deshalb irritiert es, wenn er einem körperlichen Schönheitsideal huldigt, das für viele dieser jungen Menschen nicht erreichbar ist. So will er dem Erzieher die Ausbildung folgender Bereiche zur Pflicht machen: 1. des Körpers im Ganzen wie in seinen Teilen zu möglichst schöner, edler Form und zu voller, dauerhaft fester Lebensfähigkeit. 2. des Gemüts zu voller edler Wärme des Gefühls und reinsten Liebe (hier ergänzt er »im christlichen Sinne«). 3. der Denkkraft zu voller Klarheit, Selbstständigkeit, selbstschöpferischer Tätigkeit, möglicher Fülle von innig angeeigneten Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten nach der mutmaßlichen Lebensstellung. 4. des Charakters zu festem, edlem, selbstständigem Willen. 5. der vollen Harmonie aller dieser einzelnen Seiten des Menschen untereinander (Schreber 1858, 26–27).

Schreber strebt die »Ausbildung der vollen Harmonie« des Menschen auf Grund einer »vernunft- und naturgemäßen Erziehung« an und will die Individualisierung zum obersten Grundsatz machen: »Für die Erziehungs-*Methode* gilt unter allen Verhältnissen als allgemeiner und oberster Grundsatz die umsichtige *Individualisierung*. Da die individuellen Verschiedenheiten auch bei Kindern unendlich sind, so verlangt die Erziehung in einzelnen gegebenen Fällen vor Allem genaue Kenntniss der individuellen Besonderheiten der Kinder, denen das ganze erzieherische Verfahren möglichst genau anzupassen ist.« (Schreber 1858, 27) Auch heute gilt die Individualisierung als didaktisch-methodische Komponente des Unterrichts für junge Menschen mit körperlichen Schädigungen und Er-

krankungen. Wenn auch Überlegungen im Hinblick auf deren spezifische Bedürfnisse in den Erziehungslehren Schrebers fehlen, so können seine Ausführungen zur »körperlichen und geistigen Seite« der Erziehung und zum Unterricht (225–235) durchaus anregend sein.

Der Beitrag Schrebers zur Körperbehindertenhilfe lag mehr in seinem »orthopädisch-heilgymnastischen Ansatz«, den Rethschulte (1995, 127–136) aufzeigt. Danach ist das pädagogisch-therapeutische Ziel eine allseitige körperliche Ausbildung, wie sie durch Gymnastik und insbesondere Turnen gefördert wird. Die Turngymnastik ist für Gesunde, seine »Kinesiatrik« (Schreber 1852) als »Bewegungsheilmethode« für Kranke bestimmt. Er nutzt dabei die »zu Heilzwecken dienende Bewegung«, die in Qualität und Quantität auf den Einzelfall berechnet sein muss. »Sie bewirkt entweder durch Selbstthätigkeit des Kranken: active Bewegung (eigentliche Muskelbewegung), oder durch äussere Kraft: passive Bewegung, oder durch Beides zugleich: gemischte Bewegung.« (Schreber 1852, 1) Bewegungsförderung ist auch heute durchgängiges Prinzip im Unterricht für Körperbehinderte.

Durch die erwähnten »Missdeutungen« von Schrebers familiärem Erziehungsverhalten und seine »Vereinnahmung« durch die »Schrebergartenbewegung« blieb vieles aus seinem Leben und Wirken unbeachtet. Die wenigen Auszüge aus seinen Schriften, die hier referiert werden konnten, sollten zeigen, dass sich eine vertiefende Beschäftigung mit seinen Erziehungslehren lohnt.

## 6. Rückblick und Ausblick

Die orthopädische Medizin gilt als eine »geschichtliche Determinante für heutige Ansätze« in der Pädagogik und Rehabilitation bei Körperbehinderung (Schmeichel 1983, 1). Es konnte verdeutlicht werden, dass sich der Schulunterricht für »orthopädisch kranke« Kinder in Verbindung mit den orthopädischen Anstalten entfaltet hat. Damit war aber nur ansatzweise – etwa bei Blömer (1827) – eine pädagogische Konzeption verbunden. Vielmehr zeigte sich, wie stark Erziehung und Unterricht für diesen Personenkreis an die soziale Herkunft gebunden waren. So wurde in Stuttgart an der Paulinen-Hilfe für die armen verkrüppelten Kinder lediglich eine Elementarbildung angeboten, während am Paulinen-Institut eine höhere Bildung für die Kinder der Wohlhabenden selbstverständlich war.

Erst durch das Zusammenwirken von Medizin, Schul- und Berufs-Ausbildung konnte auch der junge Mensch mit einem körperlichen Gebrechen ein »nützliches Staatsglied« werden. Schon seit 1832 war mit der Münchner Unterrichts- und Beschäftigungsanstalt für krüppelhafte Kinder (siehe Kap. II) eine Einrichtung mit entsprechenden Zielsetzungen vorhanden, der es aber noch an einem adäquaten orthopädischen Angebot mangelte. Die Nützlichkeitsabwägungen waren aber für die Menschen mit Gebrechen nachteilig, die nur wenig oder

gar nichts zum materiellen Wohl der Gesellschaft beitragen konnten. Ihr Recht auf medizinische Behandlung und schulische Förderung wurde bis ins 20. Jh. immer wieder in Abrede gestellt. Insofern waren Orthopädie und Pädagogik nur für diejenigen hilfreich, deren körperliches Leiden geheilt oder gebessert und die einer Erwerbstätigkeit zugeführt werden konnten. Fortschritte kamen für sie durch Schaffung von Krüppelheimen, die von Seiten der evangelischen Diakonie als Zweig der Inneren Mission und der katholischen Caritas im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jh. gegründet wurden (siehe Kap. III und IV).

In ihrer Untersuchung zur historischen Entwicklung der Fürsorge und Erziehung bei Körperbehinderten bis zum Erlass des Preußischen Krüppelfürsorgegesetzes von 1920 verweist Merckens (1981, 74–77) auf 66 Gründungen zwischen 1808 und 1913. Diese boten aber keineswegs alle Schulunterricht an. Die Krüppelanstalten betreuten um 1900 etwa 3.250 körperbehinderte Kinder und Jugendliche und waren überwiegend in kirchlicher Trägerschaft. Nach einer Umfrage von 1910 unterhielten 39 Anstalten 35 Schulen mit 66 Klassen für normalbegabte Körperbehinderte; dazu kamen noch 14 Klassen für »schwachsinnige« Körperbehinderte und 12 »Fröbelklassen«, die wohl für Kinder im Vorschulalter bestimmt waren. Unterrichtet wurden sie von staatlich geprüften haupt- und nebenamtlichen Lehrkräften, aber auch von Theologen, Diakonen und Diakonissen sowie von Fröbellehrerinnen. Eine spezifische Ausbildung der Lehrkräfte für Körperbehinderte und staatliche Prüfungsordnungen gab es noch nicht. Es wurde auch immer noch zwischen »Siechen« und den Krüppeln getrennt, die eine »Erwerbsbefähigung« erlangen konnten.

Weiter vorangebracht hat dann die Hilfe und Fürsorge für Krüppel wieder ein Orthopäde, nämlich Konrad Biesalski, der mit Hilfe der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge, einem Zusammenschluss von Ärzten, Pädagogen und Seelsorgern, auch die Übernahme der Finanzierung durch den Staat erreichte (siehe Kap. V). In einer Zusammenschau von Vergangenheit und Gegenwart äußerte sich Biesalski 1913 wie folgt: »Krüppelfürsorge ist aus charitativer Liebesarbeit entstandene Betätigung sozialer Barmherzigkeit an den körperlich Gebrechlichen, und ihre geschichtliche Entwicklung ist ein Gradmesser für die zunehmende Gesittung: Während barbarische Zeiten die Krüppel aus der Volksgemeinschaft ausmerzten, das Mittelalter sie als Hausnarren verspottete, sind sie uns heute unschuldig leidende Brüder, die zu heilen, zu pflegen und der Lebensfreude zurückzugeben uns als eine heilige und selbstverständliche Pflicht erscheint.« (Zit. n. Thomann 1995, 16)

Der Schulunterricht für alle verkrüppelte Kinder konnte erst sichergestellt werden, nachdem deren Bildungsfähigkeit unabhängig von Art und Grad der Behinderung anerkannt wurde. Der massive Rückfall in längst überholt geglaubte Formen des Umgangs mit Behinderten durch Sozialdarwinismus und Nationalsozialismus (siehe Kap. VII), führte zur Ausgrenzung der »Bildungsunfähigen« nach dem Reichsschulpflichtgesetz von 1938 und im Zuge der Euthanasie-

Aktionen zur Ermordung vieler. Erst in den Siebzigerjahren des 20. Jh. wurde dann den »Siechen«, die heute als Mehrfach- und Schwerstbehinderte gekennzeichnet werden, die Aufnahme in die Schule und damit eine pädagogische Förderung zugestanden (siehe Kap. VIII).

## Literaturverzeichnis

- Bischofberger, R.: Jean André Venel (1740–1791) – ein wichtiger Arzt des Aufklärungszeitalters. Zürich 1970.
- Bleidick, U.: Pädagogik der Behinderten. Grundzüge einer Theorie der Erziehung behinderter Kinder und Jugendlicher. Berlin 1972, 3. Aufl. 1978.
- Blömer, J.G.: Beschreibung der Heilanstalt für Erwachsene. Berlin 1827.
- Böni, Th./Rüttimann, B.: Historische Perspektiven – Jean-André Venel (1740–1791). In: Spine 19 (1994), 2007–2011.
- Bormann, F.A.: Besprechung der Dr. Schreberschen Schrift: Ein ärztlicher Blick in das Schulwesen mit besonderer Berücksichtigung des Turnens in der Volksschule. Döbeln 1859.
- Borst, A.: Alltagsleben im Mittelalter. Frankfurt 1983.
- Georgens J.D./Deinhardt, H.M.: Die Heilpädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Idiotie und der Idiotenanstalten. Erster Band. Leipzig 1861.
- Goetz, H.-W.: Leben im Mittelalter vom 7. bis 13. Jahrhundert. München <sup>2</sup>1986.
- Israels, H.: Schreber: Vater und Sohn. Eine Biographie. München 1989.
- Kirmsse, M.: Joh. Andreas Venel, der Begründer der Krüppelbehandlungsinstitute. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 7 (1914), 216–223.
- Knie, J.G.: Pädagogische Reise durch Deutschland im Sommer 1835, auf der ich elf Blinden-, verschiedene Taubstummen-, Armen-, Straf- und Waisenanstalten besucht und nachfolgende Blätter beschrieben habe. Stuttgart und Tübingen 1837, Nachdruck Würzburg 1994.
- Marquardt, W.: Die Geschichte der orthopädischen Heilanstalt »Paulinenhilfe« in Stuttgart. In: Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte 1960. Herausgegeben von P.J. Briefs u.a. im Selbstverlag der Deutschen Vereinigung zur Förderung der Körperbehindertenfürsorge e.V. in Heidelberg 1960, 178–195.
- Merkens, L.: Fürsorge und Erziehung bei Körperbehinderten. Eine historische Grundlegung zur Körperbehindertenpädagogik bis 1920. Berlin 1981.
- Michael, B./Schepp, H.H. (Hrsg.): Politik und Schule von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. Eine Quellensammlung zum Verhältnis von Gesellschaft, Schule und Staat im 19. und 20. Jahrhundert. Band 1. Frankfurt 1973.
- Milde, V.E.: Lehrbuch der allgemeinen Erziehungskunde zum Gebrauche der öffentlichen Vorlesungen. Wien 1811 (von K.G. Fischer besorgte und kommentierte Ausgabe der Teile I. und II. in einem Band Paderborn 1965).
- Möckel, A.: Geschichte der Heilpädagogik. Stuttgart 1988.
- Möckel, A.: Geschichte der besonderen Grund- und Hauptschule. Heidelberg 2001; 4. erw. Aufl. von: Die besondere Grund- und Hauptschule. Von der Hilfsschule zum kooperativen Schulzentrum. Rheinstetten 1976.
- Mollat, M.: Die Armen im Mittelalter. München 1984.



- Rethschulte, C.: Daniel Gottlob Moritz Schreber – seine Erziehungstheorie und sein Beitrag zur Körperbehindertenhilfe im 19. Jahrhundert. Heidelberg 1995.
- Rüster, D.: Alte Chirurgie. Legende und Wirklichkeit. Berlin 1985.
- Rüttimann, B.: Wilhelm Schulthess (1855–1917) und die Schweizer Orthopädie seiner Zeit. Zürich 1983.
- Rutschky, K.: Schwarze Pädagogik. Quellen zur Naturgeschichte der bürgerlichen Erziehung. Frankfurt/M. 1977.
- Sachße Ch./Tennstedt, F.: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Band 1: Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg. Stuttgart 1980, <sup>2</sup>1998.
- Saegert, C.W.: Die Heilung des Blödsinns auf intellectuellem Wege. Teil I, Berlin 1845 – II. Teil: Psychische Anthropologie mit Beispielen. Berlin 1846.
- Scherpner, H.: Geschichte der Jugendfürsorge. Göttingen 1966.
- Schmeichel, M.: Geschichtliche Determinanten für heutige Ansätze. In: Haupt, U./Jansen, G.W. (Hrsg.): Pädagogik der Körperbehinderten. Handbuch der Sonderpädagogik Bd. 8, Berlin 1983, 4–14.
- Schreber, D.G.M.: Kinesiatrik oder die gymnastische Heilmethode: Für Ärzte und gebildete Nichtärzte nach eigenen Erfahrungen dargestellt. Leipzig 1852.
- Schreber, D.G.M.: Kallipädie oder Erziehung zur Schönheit. Leipzig 1858.
- Schwarzmann-Schafhauser, D.: Im Spannungsfeld zwischen Medikasterei und »wissenschaftlicher« Heilkunde. Johann Georg Heine und die akademischen Anfänge der Orthopädie. Aachen 1999.
- Stadler, H.: Behinderung als Unterrichtsthema – Leben und Wirken von Menschen ohne Arme und Hände, Abschnitt: Thomas Schweicker, der »hällische Wundermann« (1540–1602) – Leben und Wirken eines Mannes ohne Arme und Hände in der Reichsstadt Hall. In: Die Unterrichtspraxis, Beilage zu »Bildung und Wissenschaft« 35 (2001) 5, 38–40.
- Thomann, K.-D.: Das behinderte Kind. »Krüppelfürsorge« und Orthopädie in Deutschland 1886–1920. Stuttgart 1995.
- Valentin, B.: Jean-André Venel, der »Vater der Orthopädie«. In: Sudhoffs Arch. Gesch. Med. 40 (1956), 305–336.
- Valentin, B.: Geschichte der Orthopädie. Stuttgart 1961.
- Vander Elst, E.: Geschichte der Orthopädie und der Traumatologie. In: Toellner, R.: Illustrierte Geschichte der Medizin. Deutsche Ausgabe von »Histoire de la Médecine ...« Paris 1978. Bd. 3, Salzburg 1990, 1601–1667.
- Wehler, H.-U.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Erster Band: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära. 1700–1815. München 1987.
- Weiß, H.: Konstitutionsprozesse der Körperbehindertenpädagogik und ihre Bedeutung für heutige Diskussionsthemen des Faches. In: Bergeest, H./Hansen, G. (Hrsg.): Theorien der Körperbehindertenpädagogik. Bad Heilbrunn 1999, 75–99.
- Widmann, M./Mörgeli, Ch.: Bader und Wundarzt. Medizinisches Handwerk in vergangenen Tagen. Zürich 1998.

## Übungsaufgaben

1. **Die Wurzeln der Krüppelfürsorge lassen sich bis ins Mittelalter zurückverfolgen.**
  - Seit wann gibt es Armenschulen und was wollte man durch sie erreichen?
  - Welcher Zusammenhang besteht zwischen Armut und körperlichen Gebrechen?
2. **Die Krankenversorgung entwickelte sich aus der mittelalterlichen Klostermedizin.**
  - Inwiefern fand die Vernachlässigung der Krüppel durch die Medizin ihre Entsprechung in der Pädagogik?
3. **Nach dem Pädagogen V.E. Milde (1777–1837) ist die Heilung körperlicher Gebrechen größtenteils eine Sache der Erziehung.**
  - Was spricht für, was gegen seine Meinung?
  - Inwiefern kann man die Heilpädagogik als Zwischenglied zwischen Medizin und Pädagogik sehen?
4. **Seit dem ausgehenden 18. Jh. entstanden Fürsorge- und Bildungseinrichtungen für Behinderte.**
  - Welche entsprechenden Einrichtungen gab es um 1835 in Deutschland?
5. **Die Orthopädie entwickelte sich als medizinische Disziplin aus der Chirurgie.**
  - Inwiefern kann man Orthopädie auch als pädagogische Prävention verstehen?
  - Wo liegen Verknüpfungen zwischen Orthopädie und Pädagogik?
  - Welche Bedeutung hat J.-A. Venel als »Vater der Orthopädie« für die Pädagogik bei Körperbehinderung?
6. **Orthopädische Anstalten boten häufig auch Erziehung und Unterricht an.**
  - Liegen bei ihnen auch die Anfänge der Schulen für Kranke und für Körperbehinderte?
  - Warum gab es bei Eltern Vorbehalte gegen den Schulunterricht für ihre verkrüppelten Kinder?
7. **Im Quellentext von J.G. Blömer über seine Heilanstalt für Erwachsene spricht er von einer »gewissen Verstecktheit des Charakter« bei denen, die »an einer Verunstaltung des Körpers leiden«.**
  - Wie begründet er seine Feststellung und wie ist sie zu bewerten?
  - Inwiefern sollte im Unterricht auf die »Stellung des Körpers« geachtet werden?
8. **D.G.M. Schreber (1808–1861) war ein Orthopäde, der sich in seinen Schriften auch zur Schulerziehung äußerte und eine eigene Erziehungslehre entwickelte.**
  - Wodurch ist Schreber vor allem bekannt geworden?
  - Welche Auffassungen zur Erziehung und Heilgymnastik vertrat er?
  - Hat Schreber auch Anstöße für eine Pädagogik bei Körperbehinderung gegeben?

## **II. Die Unterrichts- und Beschäftigungsanstalt für krüppelhafte Kinder des Edlen von Kurz in München**

- 1. Lebensgeschichte des Edlen von Kurz**
- 2. Eine Einrichtung für verkrüppelte Kinder**
  - 2.1 Der Antrag zur Institutsgründung
  - 2.2 Der Personenkreis der aufzunehmenden Kinder
  - 2.3 Das Menschenbild des Edlen von Kurz
- 3. Das Vorhaben und seine Umsetzung**
  - 3.1 Die geplante Struktur der Anstalt
  - 3.2 Die Aufnahmebedingungen
  - 3.3 Die ärztliche Versorgung
  - 3.4 Der Verbleib der Absolventen
- 4. Öffentliche Beachtung und persönliche Tragödie**
- 5. Würdigung des Wirkens des Edlen von Kurz**
  - 5.1 Die Bewertung in der Sonderpädagogik
  - 5.2 Ein Mann der Caritas und Pionier der Krüppelfürsorge

### **Literaturverzeichnis**

### **Übungsaufgaben**

#### **Quellentexte**

Quelle 1: Auszug aus Akten über die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse des Johann Nepomuk Menrad Edler von Kurz.

Quelle 2: J.N. von Kurz: Antrag an den König. München, 31. Oktober 1832.

Quelle 3: Auszüge aus: J.N. von Kurz: Kurze Abhandlung. München 1856.

Quelle 4: Statuten der technischen Industrie-Anstalt für arme krüppelhafte Kinder vom 21. September 1833.

Quelle 5: Einladung und Anstalts-Programm von 1838.

Quelle 6: Auszüge aus den Aufnahmebedingungen und Institutsleistungen von 1841.

## 1. Lebensgeschichte des Edlen von Kurz

Johann Nepomuk Menrad Edler von Kurz wurde am 28. Februar 1783 in München geboren und verstarb dort am 13. Januar 1865. Über sein langes Leben gibt es zahlreiche Dokumente und Berichte; er hat sich auch selbst häufig in Anträgen und Eingaben an Behörden und schließlich in einer »Rechtfertigungsschrift« über seine Lage geäußert. Seine Lebensgeschichte lässt Hartnäckigkeit im Verfolgen seiner Ziele sowie pädagogisches und soziales Engagement erkennen; sie ist aber auch von Enttäuschungen und Misserfolgen und besonders im Alter von Not und Bitterkeit geprägt. Seine persönlichen und dienstlichen Verhältnisse sind in amtlichen Einträgen dokumentiert (siehe Quelle 1).

Sein Vater war Kurfürstlicher Hofkammerrat und konnte ihm auf Grund seiner privilegierten Stellung ein Gymnasial-Studium und ein Studium der Philosophie ermöglichen. Er wollte den Sohn in seinem Amt am Fürstenhof zum Nachfolger vorbereiten. Die Abschaffung des Privilegs der Nachfolge, der so genannten Adjunktion, durch den neuen Kurfürsten und der frühe Tod des Vaters verhinderten, dass der Sohn den geplanten Berufsweg einschlagen konnte. Sein Onkel, ein Oberst von Riedl, übernahm die Vormundschaft und verschaffte seinem Neffen am »Militärisch topographischen Bureau« in München, wo er selbst Direktor war, eine Stellung. Nach einer Zeit als Volontär und Praktikant trat von Kurz am 5. März 1806 dort die Stelle als Dessinateur (Musterzeichner) an. Er wurde dann Registrator und schließlich am 8. September 1808 »Conservator mit dem Range eines Legations-Sekretärs«, womit ein Jahresgehalt von 1.000 Gulden verbunden war. Am 30. November 1837 wurde er mit jährlich 900 Gulden Gehalt »quiesziert«, also in den Ruhestand versetzt. Der Pensionierung mit 54 Jahren ging aber eine rechtliche Auseinandersetzung voraus. Von Kurz war in Verdacht geraten, für ein »Kassenmanko« in seinem Arbeitsbereich verantwortlich zu sein, und wurde vom Dienst beurlaubt. Solange das Verfahren gegen ihn in der Schwebe war, bekam er sein Gehalt weiter; 1829 bot man ihm an, zur Tilgung des Fehlbetrags auf einen Teil seines Gehalts zu verzichten. Schließlich konnte die Angelegenheit durch sein vorzeitiges Ausscheiden 1837 bereinigt werden. Er war nun »quieszierter, königlich bayerischer Conservator«, ein Titel, mit dem er künftig seine Anträge und Schriftstücke unterzeichnete.

Die finanzielle Situation war und blieb aber schwierig. Von Kurz hatte sich verschuldet, als er für seinen Onkel eine kartografische Arbeit übernahm. Es ging dabei um die Anfertigung einer Landkarte mit den Flüssen in Bayern; für die entstehenden Kosten nahm er Geld auf und bürgte mit seinem Erbe. Nach dem unerwarteten Tod des Onkels forderten seine Gläubiger die Rückzahlung der Schulden, wozu er so schnell nicht in der Lage war. Er kam dauerhaft in finanzielle Nöte, worunter auch seine Familie zu leiden hatte.

Von Kurz heiratete 1810 Regina del Moro, »Tochter eines Handelsmannes«. Dem Paar wurde 1811 der Sohn Joseph geboren; ihn bereitete er auf pädagogi-

sche Aufgaben vor und wollte ihn später zum Teilhaber und Nachfolger seiner Institutsgründung machen. Joseph war dann auch Lehrer an der väterlichen Anstalt, verstarb aber 1844, sodass er die Nachfolge nicht antreten konnte. Es folgten noch weitere sieben Kinder, von denen aber nur drei Mädchen das Erwachsenenalter erreichten. Die Töchter lebten in seinem Haushalt, sodass von Kurz auch für sie und deren Kinder sorgen musste.

Nach seinem vorzeitigen und wohl auch ungewollten Ausscheiden aus dem Staatsdienst suchte von Kurz nach einer wirtschaftlichen Betätigung. Durch seinen beruflichen Umgang mit Schriftstücken aller Art entwickelte er Ideen, wie man aus Papier-Masse Gegenstände herstellen und sie Gewinn bringend verkaufen konnte. Er schreibt dazu: »Ich war im Jahre 1833 und erweisbar hier der Erste welcher Cachir (Papiercaché) und Massa-Arbeiten (Carton pîerre) anfertigte und diesen damals hier noch neuen Fabrikationszweig einführte.« (von Kurz 1856, 16) Aus diesem Material konnte man sowohl Mittel zur Bekleidung als auch zur Verwahrung von Gegenständen herstellen; so z.B. wasserdichte Käppchen und Hüte, Tornister, Futterale, Patronentaschen, Feuerlöscheimer und Bucheinbände. Bereits 1828 hatte zunächst seine Frau und dann er – zusammen mit einem Wenzeslaus Steigauf – ein Privileg zur Anfertigung dieser wasserdichten Gegenstände für den Zeitraum von zehn Jahren erhalten. Seine beruflichen Erfahrungen als Musterzeichner im topografischen Büro gaben wohl den Anstoß dafür, dass in seinen pädagogischen Konzepten die »Zeichenkunst« eine große Rolle spielte.

## 2. Eine Einrichtung für verkrüppelte Kinder

Im Familienbogen des Staatsarchivs München findet sich der Eintrag bei Stand und Gewerbe (siehe Quelle 1): »Conservator im königl. bayrisch militärisch topographischen Bureau Bürger u. Fabrikant«. Für sein pädagogisches Engagement ist das aufschlussreich, denn er versuchte die Herstellung wasserdichter Gegenstände praktisch zu nutzen und sich als »Sozialunternehmer« zu betätigen. Als gebildeter und sozial aufgeschlossener Bürger hatte er die Notlage der armen und verkrüppelten Kinder erkannt, für deren berufliche Bildung sich weder die christlichen Kirchen noch der Staat, aber auch noch keine Privatleute verantwortlich fühlten. Deshalb wollte er seine wirtschaftliche Unternehmung mit berufspädagogischen Aufgaben verknüpfen.

### 2.1 *Der Antrag zur Institutsgründung*

Am 31. Oktober 1832 richtete von Kurz einen Antrag an den König (siehe Quelle 2), in dem er sein Vorhaben eingehend darlegte. Er wollte ein Institut gründen, »welches aus einer technischen Vakanz-Industrie-Schule für Knaben, dann einer bildenden technischen Beschäftigungs-Anstalt, für arme und besonders für verkrüppelte Kinder beyderley Geschlechts bestehen würde«. Wenn er die benötig-

te Unterstützung erhalte, werde er diese Einrichtung »mittelst meines ältesten, hierzu seit drey Jahren eigens gebildeten Sohnes Joseph« leiten. Daraus wird erkennbar, dass er das Vorhaben von Anfang an zusammen mit seinem Sohn realisieren wollte. Mit »Vakanz-Industrie-Schule« wollte er ausdrücken, den Unterricht in der arbeitsfreien Zeit, also insbesondere an Sonn- und Feiertagen, stattfinden zu lassen. Die technische Beschäftigung sollte andererseits auch bildend sein, also durch eine methodische Anleitung ergänzt werden, die über das Vermitteln von mechanischen Fertigkeiten hinausging.

Geschickt bezieht sich von Kurz in seinem Antrag dann auf die Situation des Bildungswesens im Königreich Bayern und argumentiert in Bezug auf sein Vorhaben wie folgt: »Es fehlt hier gewiß nicht an Schulen jeder Art zur Bildung des Geistes, und nur eine Lücke zeigt sich dem Jugendfreunde, man vermißt den Zeitforderungen nach nämlich noch eine technische Vakanz Industrie Schule für Knaben – Eine Vorbereitungs-Lehranstalt, in welcher Knaben von sieben bis fünfzehn Jahren, Anweisung zur practisch mathematischen Zeichnungskunst, zum Formen (...), zum Gießen (...), zu anderen kleinen chemischen Prozeduren (...), so wie technologischen Unterricht (...), endlich Mittheilung der nöthigsten geschichtlichen Notizen, von dem Ursprunge und vormaligen Zustande der Künste und Handwerke ... (erhalten).« Diese »Vorbereitungs-Lehranstalt« für Knaben von sieben bis fünfzehn Jahre konnte er später aber nicht realisieren, denn er nahm nur »werktagsschulfreie« Knaben im Alter von dreizehn und vierzehn Jahren auf. Die pädagogischen Ziele waren aber bemerkenswert: Es sollten nicht nur Anweisungen zur mathematischen Zeichenkunst, zum Formen, Gießen und zu chemischen Prozeduren gegeben werden, sondern auch »technologischer Unterricht« über Naturprodukte, Materialien, Werkzeuge und Maschinen. Auch eine Einführung in die Geschichte der Künste und Handwerke wurde vorgesehen. Insgesamt handelt es sich um ein anspruchsvolles Programm zur Grundlegung beruflicher Bildung.

Von Kurz kommt dann auch auf spezifische Erfordernisse für die »krüppelhaften« Knaben zu sprechen und verweist auch auf seine Erfahrungen als Privat-Lehrer: »In einer solchen practisch technischen allgemeinen Vorbereitungs Klasse, welche ich unter hohem Schutze zu halten beabsichtige, nachdem ich bisher Privat-Unterricht erteilt habe, würden Knaben auch ihre Hände vortheilhaft zu gebrauchen lernen, wozu bisher die erforderliche Gelegenheit fehlt. (...) Aber welcher Unterricht, außer im Schönschreiben und der Zeichnung wird entgegen den Knaben zur Bildung ihrer Hände im Allgemeinen als nöthige Vorbereitung zu ihrem künftigen Stande erteilt?« Der Gebrauch der Hände und das Üben der Feinmotorik wird als eine Aufgabe herausgestellt. Diese Aufgabenstellung beeinflusst die berufliche Vorbereitung für Körperbehinderte in der Schule und die Inhalte der Arbeitslehre bis heute.

Obwohl er die Mädchen nicht ausschließen will, sieht er bei ihnen weniger Handlungsbedarf: »Für die Mädchen ist in dieser Hinsicht mehr fürsorgt, selbe

lernen außer in allen ihrem Geschlechte zuständigen Büchern Kenntniße, auch ihre Hände wohl anwenden, indem selbe auch practische Unterweisung im Spinnen, Stricken, Nähen, Sticken (...), in der Verfertigung von Frauenkleidern und Frauenputz, in Verfertigung künstlicher Blumen, feiner Flechtarbeiten, in Kochen et erhalten.« Dem traditionellen Frauenbild konnte er sich nicht entziehen; der Weg zu einer gleichwertigen Berücksichtigung der »krüppelhaften« Mädchen in der Schul- und Berufsbildung war noch weit.

Mit folgenden Vorschlägen zu einer über die allgemeine Volksschule hinausreichenden Bildung und zum Zugang zu anerkannten Berufen auch für Körperbehinderte ist von Kurz der Entwicklung dagegen weit voraus: »Eine solche Vorbildung würde denselben den Eintritt in die Klasse der practischen Mechanik an der Feyertagsschule, in die höhere Bürgerschule, in die polytechnische Schule und endlich in die königliche Studien-Anstalt erleichtern, so wie dieselben auch bey der späteren Wahl des künftigen Berufes wohlthätig leiten, und endlich das Erlernen des ergriffenen Handwerks selbst wesentlich befördern helfen.« Der Zugang zur gymnasialen Bildung und zum Hochschulstudium wurde dann erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erreicht.

Von Kurz sieht einen Mangel im Bildungsangebot der Knaben: »Es fehlt denselben aber auch an Gelegenheit, sich die im Leben so nöthigen anschauenden Erkenntniße dynamischer Art zu erwerben, welche keinem Staatsbürger fehlen sollen, und welche nur durch eigene Kraftanwendung, durch eigenes Handanlegen verschafft werden können ...« Er will durch »Verbindung von Unterricht mit methodischer Handbeschäftigung« einen »ansehnlichen Vorrat« an technologischen und Naturkenntnissen vermitteln und wendet sich gegen die herkömmliche Beschäftigung von Armen: »Statt die Kinder zu dem ungesunden Wollstreichen oder Spinnen, und zu dem einförmigen Stricken, wie es in Armen-Beschäftigungs-Häusern geschieht, gegen ihre Neigung allein zu zwingen, würden dieselben nach Verhältniß ihrer geistigen und physischen Kräfte bey mir mit bildenden Handarbeiten abwechselungsweise beschäftigt werden. ...« Auch hier wird eine berufspädagogische Intention erkennbar.

Er erklärt, dass er selbst unterrichten will und unterwirft sich »in dieser Function gleich einem anderen Elementar Lehrer auch allen den Anordnungen, welche in Beziehung auf das Schulwesen im Allgemeinen als Norm zur Darnachachtung aufgestellt sind«. Seine Konzeption fasst er dann wie folgt zusammen: »Ich erkläre mich weiters bereit, durch die fabrikmäßige Anfertigung mehrerer mir bereits schon gnädigst bewilligten Industrie und Fabrik-Gegenstände, armen und besonders verkrüppelten Kindern, Bildung und Verdienst zu verschaffen, gleichzeitig auch ein Industrie-Institut, daher eine bildende technische Beschäftigungs-Anstalt für Knaben und verkrüppelte Kinder zu gründen, in welchem die gesunden Kinder Beschäftigung und die nöthige technische Vorbildung zur Erlernung eines Handwerkes, die Verkrüppelten aber bildende technische Beschäftigung und andauernden Verdienst erhalten würden.« Hier kommt seine ethische

Intention zum Ausdruck: Zuwendung und Hilfe für Schwächere; Eintreten der Gesunden für die »Verkrüppelten«.

## 2.2 *Der Personenkreis der aufzunehmenden Kinder*

Ergänzend zu seinem Antrag an den König richtete von Kurz im November 1832 und im Januar 1833 Anträge an den Stadtmagistrat von München zur Errichtung einer technischen Bildungs- und Beschäftigungs-Anstalt für arme Kinder. Da die Entscheidung des Magistrats auf sich warten ließ, schloss er mit der Beschäftigungs-Kommission des Armenpflegschaftsrats einen Vertrag und startete seine Unternehmung mit sechs Zöglingen in seiner Privatwohnung am Rindermarkt 4 in München.

Für sein humanitäres Anliegen ist die persönliche Situation dieser sechs Jungen aufschlussreich (Chronologisches Verzeichnis der Gesuche wegen Aufnahme. Staatsarchiv München RA 19.588/1). Das Alter bewegte sich zwischen 12 und 14 Jahren; einer war Vaterwaise, drei unehelich; sie waren alle katholisch, kamen aus München und einer auch aus Unterfranken. Sie waren Kinder von Tagelöhnern, Fuhrleuten und anderen Bediensteten. Zu den Krankheitsbildern heißt es: »Ist eng brustig und hat an der linken Hand zwey lahme Finger. Gehet an der Krücke und hat einen lahmen linken Fuß. Ist im Wachsthum unnatürlich zurück geblieben. Leidet an Urin Beschwerden.« Zwei werden als »taubstumm« gekennzeichnet. Bei den Gebrechen handelt sich um organische Erkrankungen und motorische Beeinträchtigungen, die im heutigen Verständnis einen sonderpädagogischen Förderbedarf beinhalten. Dass er auch Taubstumme (Gehörlose und/oder Schwerhörige) aufnahm, macht die Unbestimmtheit des Begriffs »krüppelhafte Kinder« deutlich; es weist aber auch darauf hin, dass diese Kinder vielfach – trotz bestehender Taubstumm-Anstalten – noch schulisch unversorgt und beruflich nicht eingegliedert waren.

## 2.3 *Das Menschenbild des Edlen von Kurz*

Das Menschenbild des Edlen von Kurz und damit auch sein Verständnis von Behinderung sowie seine ethischen und religiösen Motive werden an folgenden Aussagen deutlich (Quelle 3): »Weise hat auch Gott seine Gaben unter die Menschen vertheilt. – Dem Einen gab er viel, dem Andern gab er wenig; dem Einen Ueberfluß, dem Andern Dürftigkeit; diesem viele Gaben des Geistes, jenem viele Gaben des Leibes! Ist er nicht Vater aller Menschen? Umfaßt er nicht alle seine Kinder mit gleicher Liebe? O, er liebt uns Alle mehr als ein Vater seine Kinder, er ist die Liebe selbst. Er vertheilt seine Gaben so ungleich, damit der Eine das Andere bedürfe, Einer dem Andern helfe, so alle einander lieben und viele und große Gelegenheit haben, einander wohl zu thun, zu helfen und zu dienen. Was ihr



dem Geringsten aus diesen meinen Brüdern werdet gethan haben, das werdet ihr mir gethan haben, dies ist das Wort Jesu.«

Er sieht die unterschiedlichen Begabungen des Geistes und die Unterschiede in den »Gaben des Leibes«, also in der körperlichen Befindlichkeit, geht aber von der Gleichwertigkeit aller Menschen aus. Einer solle dem anderen helfen, womit er wohl zuerst die Erwachsenen anspricht, die sich den Förderbedürfnissen der Kinder zuwenden sollen. Sein Ansatzpunkt ist das christliche Gebot der Nächstenliebe, an dem er seine Handlungen ausrichten will.

### **3. Das Vorhaben und seine Umsetzung**

In der ersten Hälfte des 19. Jh. gab es schon Bildungseinrichtungen für Taubstumme und Blinde und orthopädische Anstalten, in denen junge Menschen mit körperlichen Gebrechen nicht nur medizinisch behandelt, sondern auch erzogen und unterrichtet wurden. Allerdings waren die armen verkrüppelten Kinder davon noch weitgehend ausgeschlossen (siehe Kap. I); zu ihrer schulischen und beruflichen Qualifizierung sollte das Vorhaben beitragen.

#### *3.1 Die geplante Struktur der Anstalt*

Das entwickelte Konzept erfuhr dann in einem Anstaltsprogramm seine konkrete Ausgestaltung, das 1838 veröffentlicht wurde (Quelle 5). Danach plante von Kurz nun eine Einrichtung, die in drei Teile gegliedert werden sollte:

- A. Neben der Kreisgewerbeschule eine praktisch-technische Industrie-Vorbereitungsschule für Knaben von allen Ständen.
- B. Neben dem Blinden- und Taubstummen-Institut eine praktisch-technische Unterrichts- und Beschäftigungsanstalt für krüppelhafte Kinder.
- C. Eine Fabrik (Industrie-Anstalt) zur Beschäftigung und Versorgung der in der Unterrichtsanstalt herangebildeten armen krüppelhaften Kinder.

In Teil A., der Industrie-Vorbereitungsschule, sollten Knaben »ihre Hände vorteilhaft gebrauchen lernen, sowie sich die möglichste Menge der im Leben so nötigen anschauenden Erkenntnisse dynamischer Art erwerben, wozu denselben durch den Unterricht in der geometrischen Zeichnungskunst, im Modellieren und durch andere technische Anleitung hinlänglich Gelegenheit verschafft wird ...«. Aus den Quellen geht nicht klar hervor, inwieweit diese pädagogische Konzeption verwirklicht werden konnte.

Als Teil B. bildete die »praktisch-technische Unterrichts- und Beschäftigungsanstalt für krüppelhafte Kinder« den Kern der Anstalt. Es heißt dazu: »Dieselbe soll nach höchster Anordnung und allergnädigster Unterstützung Sr. Majestät des Königs neben dem Blinden und Taubstummen-Institute als eine spezielle

Handwerksschule für krüppelhafte Kinder bestehen, um solche, welche aus der Armenschule entlassen, von keinem zünftigen Meister in die Lehre genommen wurden hierin zu unterrichten, zu beschäftigen und moralisch zu veredeln, damit dieselben von Bettel und dessen unheilbringenden Folgen, sowie von der Dieberei errettet und zu nützlichen Staatsgliedern herangebildet werden.« Die Statuten dazu wurden schon 1834 vom Rektorat der Kreis-Landwirtschafts- und Gewerbeschule gutgeheißen (Quelle 4). Damals wurde als Zweck bestimmt: »Werktagsschulfreie dreizehn bis vierzehn Jahre alte, arme krüppelhafte Kinder, welche wegen Ihrer körperlichen Mängel zu zünftigen Gewerben und andern Berufsarten nicht wohl taugen, durch mechanische Übungen in verschiedenen denselben angemessene Beschäftigungen zu Fabrik-Arbeitern zu bilden oder denselben auch in der Anstalt selbst andauernden Verdienst zu verschaffen, um sie vor dem Müßiggang und den daraus hervorgehenden Lastern zu bewahren.« Die Anfertigung der Gegenstände sollte den Zöglingen methodisch gelehrt werden. Es konnten aber nur solche hergestellt werden, die nach dem Gewerbegesetz von 1825 freigegeben waren. Die fabrikmäßige Herstellung von Waren durfte demnach nicht zur Konkurrenz der in Zünften verfassten Handwerker und Gewerbetreibenden werden. Auf ein Lernjahr der Zöglinge folgten zwei Arbeitsjahre mit praktischer Tätigkeit in der Produktion.

Als Teil C. war die Fabrik (Industrie-Anstalt) als ein eigenständiger Zweig mit folgender Aufgabenstellung konzipiert: »In derselben werden von solchen Jünglingen und Mädchen angefertigt: alle Arten von Kinderspielzeugen, verschiedene Apparate zur Versinnlichung des Unterrichts, bildliche Darstellungen zur Erweckung religiöser Gefühle, die mannigfaltigen Galanterie-, Papp- Etuis-, Futteral-Massa- und Modell-Arbeiten, wasserdichte Gegenstände, kleine physikalische und ökonomische Apparate, bunte Papiere, gedruckte Teppiche auf Leinen, Zwilch und Tuch ec. ec. In einer eigenen im Lokale getrennt gehaltenen plastischen Werkstätte werden von volljährigen herangebildeten Gehilfen aus Pappsteinmasse (Carton pierre) weiteres angefertigt: Larven, Thiere, anatomische Figuren, Vasen, Leuchter, Verzierungen, Rahmen ec. ec. Zur Anfertigung sämtlicher Gegenstände, als freie Gewerbe und Gewerbsarten, wurde der Anstalt die obrigkeitliche Bewilligung nach dem bestehenden Gewerbegesetz erteilt.« Nur wer außerhalb keine Arbeit finden konnte, sollte in der Industrie-Anstalt (Fabrik) Beschäftigung und Versorgung finden. Damit nahm von Kurz Intentionen vorweg, wie sie den heutigen Werkstätten für Behinderte zu Grunde liegen.

### 3.2 Die Aufnahmebedingungen

Die Aufnahmebedingungen der »Unterrichts- und Beschäftigungsanstalt« wurden mit der Zeit präzisiert und um die »Gegenleistungen« ergänzt. Sie wurden 1841 veröffentlicht (Quelle 6) und sind aus heutiger Sicht »aussondernd«; schlossen sie doch diejenigen aus, die schwerere und mehrfache Behinderungen

aufwiesen. Aufgenommen wurden nur krüppelhafte Kinder mit hautreinem Gesundheitszustand, gesunden Augen, brauchbaren Armen und Händen und gutem Auffassungsvermögen. Als Schädigungsformen wurden akzeptiert: kurz- und krummfüßig; auf einem Fuß lahm; bucklicht (Rückenschäden); mit Leibscha-den behaftet (Schaden an den inneren Organen); brustschwach (Atmungsstörungen); wachstumsgestört (Kleinwuchs). Nicht aufgenommen wurden: jüngere Kinder, die noch nicht werktagschulfrei waren; blödsinnige, also im heutigen Verständnis geistigbehinderte; halb blinde oder kurzsichtige Kinder; Missgeburten ohne Arme; Kinder, die nicht allein gehen können, sondern getragen werden müssen; Kinder, die einer ärztlichen Kur oder Operation bedürfen sowie unheilbare, so genannte bresthafte Kinder. Auch Mädchen wurden nicht aufgenommen, weil eine getrennte Unterbringung nicht möglich war.

### 3.3 *Die ärztliche Versorgung*

Bezüglich der ärztlichen Betreuung wird darauf verwiesen, dass das Institut weder ein »allgemeines Krankenhaus, noch eine spezielle Heilanstalt (wie z.B. ein orthopädisches Institut, Augenheilanstalt) noch ein Versorgungshaus (Spital)«, sondern eine Lehr- und Beschäftigungsanstalt ist (Quelle 6).

Die ärztliche Versorgung und die orthopädische Behandlung blieben dann lange Zeit problematisch, wie aus einer Schrift der Bayerischen Landesschule für Körperbehinderte (1994, 10–17) zu entnehmen ist, die aus der von Kurz'schen Gründung hervorging. Danach nahm erst 1853 der Orthopäde Ludwig Krieger (1830–1880) einige Zöglinge in apparative, heilgymnastische und orthopädische Behandlung und veranlasste regelmäßigen Turnunterricht. 1859 eröffnete Krieger zusammen mit einem weiteren Orthopäden eine Orthopädische Heilanstalt in München, die sich um die orthopädische Behandlung der Zöglinge des Instituts für krüppelhafte Kinder kümmerte.

1903 wurde Dr. Fritz Lange zum Arzt »an der Krüppelfürsorge« ernannt und 1906 auf die neu errichtete Professur für Orthopädie in München berufen. Erst 1907 wurde aber in Verbindung mit der »Königlichen Landesanstalt für krüppelhafte Kinder«, wie die Einrichtung inzwischen hieß, eine Orthopädische Klinik errichtet. Nach deren Satzung war den Zöglingen der Landesanstalt sowohl die orthopädische als auch die anderweitige ärztliche Behandlung unentgeltlich in der Klinik zu gewähren. Seit 1913 befinden sich beide auf einem Areal in München-Harlaching (Kurzstraße 2 – mit dem Straßennamen fand der Edle von Kurz eine Würdigung). Schule und Klinik arbeiten zusammen, waren und sind aber eigenständige Einrichtungen.

### 3.4 *Der Verbleib der Absolventen*

Im Verlauf seiner Tätigkeit von 1832 bis 1844 erreichten von Kurz als Vorsteher der »Unterrichts- und Beschäftigungsanstalt für arme gebrechliche (krüppelhafte) Kinder« 125 Gesuche um Aufnahme, darunter neun für Mädchen; 50 Knaben hat er als Lernzöglinge aufgenommen. Sieben davon starben, neun wechselten in eine Buchbinderei, drei in eine Futteralfabrik, siebzehn wandten sich anderen Gewerben zu, sechs arbeiteten als Galanterie-Arbeiter und Gehilfen und acht befanden sich bei der Verstaatlichung 1844 noch in der Anstalt (vgl. Staatsarchiv München, Kreis und Stadtgericht Nr. 269 »Nachweisung über Anerkennung und Leistungen«).

Die relativ große Anzahl an Todesfällen lässt auf die Schwere der körperlichen Schädigung, aber auch auf die unzureichende medizinische Versorgung schließen. Im Übrigen zeigt sich der Erfolg der beruflichen und damit ansatzweise auch der sozialen Eingliederung für junge Menschen, die bis dahin vielfach der Bettelei und in ihrer Not der Kriminalität preisgegeben waren. Da die getrennte Unterbringung der Mädchen nicht sichergestellt werden konnte, blieben ihnen entsprechenden Berufs- und Lebenschancen verwehrt. Waren Aufnahmesuchende schon über vierzehn Jahre, so konnten sie nicht aufgenommen werden.

## 4. **Öffentliche Beachtung und persönliche Tragödie**

Durch die zahlreichen Berichte in Zeitungen und Zeitschriften, die von Kurz in seiner »Kurzen Abhandlung« (1856, 21–61; Anhang mit »Abschriften einer Auswahl gedruckter, öffentlicher Anerkennungen in Werken und Tagblättern, meiner vielseitigen Leistungen und einzeln erhaltene Arbeitsattestate 1856«) aufnahm, war sein Institut in Deutschland und darüber hinaus bekannt geworden.

Ein umfangreicher Artikel von Otfried Mylius unter der Überschrift »Bei verkrüppelten Künstlern«, in dem eingehend über das Institut, nun unter Leitung von Direktor Ludwig Ostermayer, und die dort geförderten jungen Menschen berichtet wurde, findet sich in der Zeitschrift »Gartenlaube« (Jahrgang 1866, 545–547). Über die Krankheitsbilder heißt es: »Viele von ihnen hatten Krücken dicht neben sich an der Bank gelehnt stehen, andere die schwächlichen Fußgelenke in eiserne Maschinen gespannt; Lahmheit war in verschiedenen Graden und Arten vertreten; einige Knaben waren nur halb gelähmt, bei anderen waren durch eine seltsame Laune der Natur die zehn Finger so verkrümmt und verdreht, daß es kaum glaublich erschien, wie dieselben jemals die Verrichtungen von menschlichen Händen zu erlernen vermöchten. Auch Buckelige waren da, vielleicht noch die Glücklichsten von allen, denn sie versprachen gemeinhin den meisten Erfolg. Der Mehrzahl jener Verkrüppelungen und Verkrümmungen liegt Scrophulose zu Grunde, die bei den Buckeligen weit seltener vorkommt.« (546)

Die 1866 genannten Schadensbilder zeigen, dass offensichtlich auch Kinder beschult wurden, die eine orthopädische Behandlung erfahren hatten. So wenn von »eisernen Maschinen« gesprochen wird, die die »schmächtigen Fußgelenke« umspannen. Bei der Skrofulose handelt es sich um eine historische Bezeichnung für Haut- und Lymphknoten-Erkrankungen im Kindesalter, die mit der Tuberkulose in Zusammenhang gebracht wurden. Sie war aber wohl nicht die zutreffende Diagnose für die Mehrzahl der Verkrüppelungen und Verkrümmungen. Gefördert wurden zum Zeitpunkt des Berichts immer noch ausschließlich Knaben; Mädchen wurden erst ab 1877 aufgenommen.

Durch die positiven Berichte wurde erreicht, dass sich die Öffentlichkeit und vor allem auch die Adeligen und Herrschenden für diese Kinder interessierten. Man bewunderte ihre handwerklichen und künstlerischen Leistungen. Sie galten nicht länger als Mitleid erregende »Kreaturen«, sondern als Menschen, die nützliche Arbeit verrichten und »bürgerlich brauchbar« sind, womit einem gesellschaftlichen Anliegen Rechnung getragen wurde. Die Initiative des Edlen von Kurz trug Früchte: Er ist zweifelsohne der Pionier der Berufspädagogik für Körperbehinderte. Seine Absicht, die schulische Bildung der armen und krüppelhaften Kinder durch eine gesonderte Industrie-Vorbereitungsschule zu verbessern, macht ihn auch für die Schulpädagogik der Körperbehinderten bedeutsam. Er erkannte, dass sowohl eine intensive Förderung des Geistes als auch der Feinmotorik der Hände für eine beruflich-soziale Integration notwendig ist. Von Kurz genoss die Unterstützung des bayerischen Königs Ludwig I., der sich für die Verstaatlichung der Anstalt einsetzte, um sie vor dem Ruin zu retten und um die wirtschaftliche Lage des Gründers zu bessern.

Seine »Kurze Abhandlung« (von Kurz 1856) kann man als »eine einzige Klage« gegen das Geschehene und zugleich »eine demütige Bettelei um Gerechtigkeit« sehen. Dass das Jahr der Übernahme durch den Staat 1844 für von Kurz letztlich einen wirtschaftlichen und sozialen Niedergang einleitete, bewertet Hierdeis (1996, 215) wie folgt: »Hinter dem Datum verbirgt sich einerseits eine persönliche Tragödie des Institutsgründers, andererseits der Sieg einer bornierten Bürokratie gegen ein privates Unternehmen, für das sie kein Verständnis hat. Schließlich – und aus der historischen Distanz betrachtet – ist die Entprivatisierung der Behindertenanstalt angesichts der bereits vorausgegangenen Übernahme von Taubstummen- und Blindenanstalten durch den Staat nur konsequent und ein weiterer Schritt zu einer (damals noch nicht absehbaren) verstärkten Institutionalisierung der pädagogischen Körperbehindertenbetreuung.«

Die Behandlung durch die staatliche Bürokratie musste von Kurz bitter erleben, hatte er doch erhebliche private Mittel in sein Institut investiert, das er dann nach zwölf Jahren der Leitung und pädagogischen Arbeit abgeben musste. Die Erfolge mit den handwerklichen Produkten seiner Schüler, die auch öffentlich prämiert worden waren, und die öffentliche Anerkennung und das Wohlwollen der königlichen Familie galten nichts mehr. Auf Anordnung des Regierungspräsi-

diums von Oberbayern musste er die von ihm genutzten Gebäude kurzfristig räumen, wodurch er auch finanzielle Einbußen hatte. Die vom König veranlasste Verstaatlichung rettet zwar sein Institut, aber andere führten nun sein Werk weiter.

## 5. Würdigung des Wirkens des Edlen von Kurz

Die Münchner Einrichtung wurde immer wieder als exemplarisch für die Entwicklung der schulischen und beruflichen Rehabilitation bei Körperbehinderung herausgestellt. Eine Gesamtdarstellung des Wirkens ihres Gründers steht aber noch aus.

### 5.1 *Die Bewertung in der Sonderpädagogik*

Für Wilken (1983, 242–245) ist dieses Institut der erste eigenständige pädagogische Versuch, »über die Befähigung zu einer Ausbildung als Existenzgrundlage, die soziale Situation Körperbehinderter zu sichern«. Die Bedeutsamkeit der pädagogischen Intention des Edlen von Kurz erhelle sich erst voll »aus dem inferioren gesellschaftlichen Stellenwert, der in jener historischen Epoche selbst den leistungsfähigen Körperbehinderten zukam«. Dessen Ziel, mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln diese Personengruppe vom Bettel und dessen Unheil bringenden Folgen zu bewahren und sie wenigstens zu Fabrikarbeitern zu bilden, dürfe nicht dazu verleiten, »das ganze Unternehmen vorschnell allein auf ein ökonomisch-utilitaristisches Motiv zu verkürzen«. Man begegne »hier dem ersten Versuch innerhalb der Körperbehindertenhilfe angesichts des Ausmaßes menschlichen Elends mit pädagogischen Hilfen zu dessen Minimierung beizutragen«. Wilken verweist auf analoge Intentionen bei J.H. Pestalozzi, der ebenfalls eine Einheit von sittlicher Erziehung und Berufsbildung anstrebte, die mehr sein sollte als die »Bildung zu einer isolierten Elendigkeit einer Fabrikätigkeit« (Pestalozzi).

Wie die Quellen zeigen, hat sich von Kurz mit den pädagogischen Bestrebungen seiner Zeit auseinander gesetzt; so erwähnt er bereits in seinem »Antrag an den König« (siehe Quelle 2) von 1832 Pestalozzi und die Philanthropen C. G. Salzmann, den Begründer der Erziehungsanstalt in Schnepfental bei Gotha, sowie dessen Mitarbeiters J.C.F. Gutsmuths. Man kann von Kurz einerseits als engagierten Christen mit sozialpolitischen Intentionen der Armenfürsorge und andererseits als einen Philanthropen (Menschenfreund) sehen, der einer lange vernachlässigten Gruppe von Kindern konkret half. Die philanthropische Bewegung, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ihren Höhepunkt hatte (Blankertz 1982, 82–87), hat auch ihn beeinflusst.

Möckel (1988, 96) sieht in der Münchner Anstalt eine Variante der damals weit verbreiteten Industrieschulen, die Schule und Arbeitsanstalt zugleich waren. Er wird damit aber dieser Gründung und ihrem Gründer nicht voll gerecht. Dies

mag daran liegen, dass er wesentliche Quellen nicht genutzt hat; in seinem Literaturverzeichnis führt er weder die »Kurze Abhandlung« (von Kurz 1856) auf, noch bezieht er sich auf den Antrag von 1832 (Quelle 2), der im Staatsarchiv München (RA 19.587/1) zugänglich ist.

Es ist sicher richtig, wenn Möckel (1988, 94–95) feststellt, dass von Kurz ein »Sozialunternehmer« war, dessen Anstalt »zehn Jahre lange eine Zwischenstellung zwischen einem Gewinn bringenden Unternehmen und einer philanthropischen Einrichtung« einnahm und zwei Hilfsvereine ins Leben rief, die sie finanziell unterstützen sollten. Auch den Unterschied zu den orthopädischen Instituten schätzt er zutreffend ein, wenn er schreibt: »Nicht das physische Leiden in der Gegenwart sollte geheilt werden, sondern der zukünftigen sozialen und wirtschaftlichen Not der Schüler sollte vorgebeugt werden.« Ärztliche Versorgung wollte der Gründer nicht sicherstellen, da dies eine andere Konzeption erfordert hätte. Seine Hilfsmittel, um die Not zu wenden, waren »Erziehung und Unterricht zur Arbeit durch Arbeit«, wie Möckel prägnant feststellt. Wie aus seinem »Antrag an den König« von 1832 hervorgeht, war sich von Kurz der Zusammenhänge durchaus bewusst: Es gab »krüppelhafte Kinder«, die zwar eine gewisse allgemeine Schulbildung erfuhren, aber dann für eine handwerkliche Ausbildung als ungeeignet eingestuft wurden. Ihnen eine Perspektive zu eröffnen war sein pädagogisches Anliegen. Dass den »wirklich schwer körperbehinderten und vom Besuch der Volksschulen ausgeschlossenen Kindern weder die orthopädischen Anstalten noch die Industrieschule für arme krüppelhafte Kinder in München helfen« (Möckel 1988, 96) konnten, ist von Kurz nicht anzulasten. Viele von ihnen waren sicher in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung so stark beeinträchtigt, dass sie zum Personenkreis der Mehrfach- und Schwerstbehinderten zu zählen sind. Ihr Bildungsrecht wurde erst in den 70er-Jahren des 20. Jh. durch Aufnahme in die Schulen durchgesetzt; ihre beruflich-soziale Eingliederung stößt auch heute auf große Probleme.

## 5.2 *Ein Mann der Caritas und Pionier der Krüppelfürsorge*

Die Fürsorge für Behinderte galt zur Zeit des Wirkens des Edlen von Kurz vorrangig als religiös-karitative Aufgabe. So verweist Briefs (1960, 25) darauf, dass »die Praxis der Fürsorge ihrer Theorie ... voraus war: ... 1832 (gründete) in München ein Mann der werktätigen Caritas, Joh. Nepomuk Edler von Kurz, das erste auf der Ganzheitsauffassung vom Menschen und der Fürsorge für ihn beruhende Ausbildungsheim für körperbehinderte Jugendliche ...« Merkens (1981, 85–92) geht in ihrer historischen Grundlegung zur Körperbehindertenpädagogik auf die »Königlich-Bayrische Zentralanstalt für krüppelhafte Kinder« in München und ihren Gründer ausführlich ein. Sie sieht diese Anstalt als einen »Schwerpunkt der Heimfürsorge« und Teil der frühen »Fürsorge und Erziehung« bei Körperbehinderten, die durch unterschiedliche kommunale, karitativ-kirchliche und ärztlich-

philanthropische Einrichtungen gekennzeichnet war. Merkens stützt ihre Darstellung auf eine Arbeit von Erhard (1906) sowie auf weitere Zeitschriftenaufsätze von ihm. Das Handeln dieses Pioniers der Krüppelfürsorge wurzelte in den Ideen des Sozial-Katholizismus (siehe Kap. IV) und erweist ihn als einen »Mann der Caritas«. Trotz der vorgebrachten Rechtfertigungen und unterwürfigen Bittgesuche dokumentiert die »Kurze Abhandlung« (1856) mit zahlreichen Beilagen seine beachtliche Lebensleistung. Sein Verdienst bleibt es, erstmals eine umfassende Lösung des Problems der Beschulung und Berufsausbildung der »Krüppel« angestrebt zu haben. Die aus den Armen- und Elementarschulen entlassenen körperbehinderten Jungen und Mädchen sollten ihre vorhandene Motorik und gesunden Geisteskräfte für eine Erwerbstätigkeit in Produktionsbetrieben nutzen können, da man ihnen den Eintritt in eine Lehrstelle verwehrte.

Analysiert man die Inhalte dieser »Rechtfertigungsschrift« (Auszüge in Quelle 3), so sind folgende Aspekte in seiner Argumentation bewerkenswert:

1. Er verweist erstaunt auf die Tatsache, dass zwar schon für Blinde und Taubstumme einerseits und für Arme andererseits schulische Einrichtungen geschaffen wurden, nicht aber für krüppelhafte Kinder.
2. Dies ist ihm umso schwerer verständlich, als körperliche Gebrechlichkeit nicht mit geistigen Mängeln gleichgesetzt werden kann. Er hebt hervor, dass viele Körperbehinderte über große Geistesgaben verfügen, sieht aber auch, dass zwischen Armut und Verkrüppelung offensichtlich ein Zusammenhang besteht.
3. Durch familiäre Vernachlässigung und fehlende schulische Erziehung drohen krüppelhafte Kinder zu verwahrlosen. Sie fallen der Gemeinschaft zur Last und können durch Bettelerei und Diebstahl gefährlich werden oder gar in die Kriminalität geraten. Die Antwort des Staates war bisher das Arbeits- und Zuchthaus.
4. Die Verwahrlosung und Kriminalisierung ist letztlich das Ergebnis menschlicher Lieb- und Herzlosigkeit, die sich in mangelnder Zuwendung und Fürsorge ausdrückt. Die betroffenen Kinder tragen an ihrer Lage keine Schuld, sondern sind Opfer fehlender Hilfen.

Ähnlich wie Pestalozzi, auf den sich von Kurz mehrfach bezieht, war er selbst mit seinen pädagogischen Unternehmungen zunächst gescheitert. Aber seine Gründung war dann unter staatlicher Leitung so erfolgreich, dass sie heute noch als Bayerische Landesschule für Körperbehinderte in München besteht. Der frühe Tod seines Sohnes und die von ihm angestrebte Verstaatlichung, nach der er nur noch als technischer Lehrer mitarbeiten durfte, erlebte er als persönliches Unglück. Das hinderte von Kurz nicht, sich für Kinder einzusetzen, die bis dahin eine Randexistenz führten und keine Zukunftsperspektiven hatten. Ihnen eröffnete er neue Chancen, die er so weit praktisch umsetzte, dass man ihn zu Recht einen Pionier der Krüppelfürsorge nennen kann.



## **Literaturverzeichnis**

- Bayerische Landesschule für Körperbehinderte (Hrsg.): Festschrift – Unser Haus ist fertig. München 1994.
- Blankertz, H.: Die Geschichte der Pädagogik. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Wetzlar 1982.
- Briefs, P.J.: Die Entwicklung des Gedankens der Ganzheit in der Körperbehindertenfürsorge. In: Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte 1960, 19–30. Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung zur Förderung der Körperbehindertenfürsorge e.V. Heidelberg.
- Erhard, J.: Die Königliche Zentralanstalt für Erziehung und Bildung krüppelhafter Kinder in München. München 1906.
- Hierdeis, H.: Zur Geschichte der Sonderschulen für Körperbehinderte. In: Liedtke, M. (Hrsg.): Behinderung als pädagogische und politische Herausforderung. Bad Heilbrunn 1996, 209–220.
- Kurz von, J.N.: Kurze Abhandlung. München 1856.
- Merkens, L.: Fürsorge und Erziehung bei Körperbehinderten. Eine historische Grundlegung zur Körperbehindertenpädagogik bis 1920. Berlin 1981.
- Mertsch, D.: Didaktische Konzepte im Programm des Edlen von Kurz zur Gründung einer schul- und berufspädagogischen Einrichtung für krüppelhafte Kinder 1833 in München. Wissenschaftliche Hausarbeit zum Lehramt Sonderpädagogik, Universität, Fakultät Rehabilitationswissenschaften, Fach Rehabilitation und Pädagogik bei Körperbehinderung. Dortmund 2000.
- Möckel, A.: Geschichte der Heilpädagogik. Stuttgart 1988.
- Schmidt, R.: Johann Nepomuk Edler von Kurz – der Gründer. In: Bayerische Landesschule für Körperbehinderte 1994, 18–25.
- Wilken, U.: Körperbehindertenpädagogik. In: Solarová, S. (Hrsg.): Geschichte der Sonderpädagogik. Stuttgart 1983, 212–259.

## Übungsaufgaben

- 1. In seinem Antrag an den König von 1832 (Quelle 2) legt der Edle von Kurz seine Intentionen dar.**
  - Welche Einrichtungen will er schaffen?
  - Wie begründete er den Bedarf?
  - Auf welche bekannten Pädagogen beruft er sich?
- 2. In seiner »Rechtfertigungsschrift« von 1856 unter dem Titel »Kurze Abhandlung ...« (Quelle 3) wiederholt er seine Intentionen und Begründungen. Er geht zunächst auf die Situation der körperbehinderten Kinder ein und nimmt einen Vergleich mit den »armen blinden und taubstummen« Kindern vor.**
  - Wie war die Schulausbildung der taubstummen und blinden Kinder in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts organisiert? Gab es pädagogische Konzepte?
  - Wie schildert er die Situation der »krüppelhaften« Kinder? Welche Schulen konnten sie besuchen?
  - Welches Menschenbild und welche ethischen und religiösen Motive sind erkennbar?
- 3. Die Statuten der Münchner Anstalt wurden erstmals 1834 öffentlich zur Kenntnis gebracht (Quelle 4).**
  - Was beinhalten sie?
  - Welche bedürftigen Kinder sollten erreicht werden?
  - Was wollte man ihnen vermitteln?
- 4. Das Anstaltsprogramm von 1838 (Quelle 5) zeigt dann die geplante Struktur der Einrichtung auf.**
  - Wie sollte die Anstalt gegliedert werden?
  - Welche Aufgaben wurden den einzelnen Bereichen zugewiesen?
  - Was wird über die Unterrichtsmethode ausgesagt?
- 5. In einer weiteren programmatischen Schrift (Quelle 6) hat von Kurz die Aufnahmebedingungen und Institutsgegenleistungen einander gegenübergestellt.**
  - Wie wurde der Personenkreis bestimmt?
  - Inwiefern können auch »taubstumme« Kinder dazugerechnet werden?
  - Wer wurde nicht aufgenommen?
  - Was waren die Gegenleistungen?
- 6. Erörtern Sie die Bedeutung des Edlen von Kurz für die »Krüppelfürsorge«!**
  - Inwiefern kann man ihn als einen Mann der Caritas und Pionier der Fürsorge für Körperbehinderte bezeichnen?
  - Welche didaktisch-methodischen Überlegungen bildeten die Grundlage für seine pädagogische Arbeit?

## Quellentexte

Über die Einrichtung in München liegen zahlreiche Schriften anlässlich von Jubiläen vor, in denen über die Entwicklung und den Stand, aber auch über den Edlen von Kurz berichtet wird. So die »Festschrift – Unser Haus ist fertig«, die von der Bayerischen Landesschule für Körperbehinderte München 1994 herausgegeben wurde.

Eine Edition von Quellen des Gründers der Münchner Einrichtung erfolgte erstmals in: J.G. Klink (Hrsg.): Zur Geschichte der Sonderschule. Bad Heilbrunn 1966, 18–23. Es handelt sich um Auszüge aus: J.N. Edler von Kurz »Kurze Abhandlung«. München 1856; abgedruckt mit Auslassungen sind dort das »Anstaltsprogramm von 1838« (aus den Beilagen im Anhang, 13–14) und die »Aufnahmebestimmungen und Gegenleistungen von 1841« (aus den Beilagen im Anhang, 52–54).

Im Rahmen einer wissenschaftlichen Hausarbeit zum Staatsexamen für das Lehramt Sonderpädagogik (Universität Dortmund 2000, Fakultät Rehabilitationswissenschaften, Fach Rehabilitation und Pädagogik bei Körperbehinderung) zum Thema: »Didaktische Konzepte im Programm des Edlen von Kurz zur Gründung einer schul- und berufspädagogischen Einrichtung für krüppelhafte Kinder 1833 in München« hat Daniel Mertsch die Quellen in den Akten des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, des Staatsarchivs München und des Stadtarchivs München gesichtet. Relevante Dokumente hat er in einen Quellenband zur Hausarbeit aufgenommen. Da diese Quellen in der Mehrzahl handschriftlich in deutscher Schrift abgefasst sind, hat er überdies eine Übertragung in lateinische Schrift vorgenommen.

### **Quelle 1: Auszug aus Akten über die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse des Johann Nepomuk Menrad Edler von Kurz.**

(Bayerisches Hauptstaatsarchiv München Abt. IV Kriegsarchiv OP 86477)

Hier sind wesentliche Daten zur Lebensgeschichte in deutscher Handschrift festgehalten; sie wurden von Daniel Mertsch in lateinische Schrift übertragen.

Die dazugehörige Tabelle befindet sich auf der nächsten Seite.

### **Quelle 2: J.N. von Kurz: Antrag an den König. München, 31. Oktober 1832.**

Der Antrag liegt in den Akten (Staatsarchiv München RA 19.587/1) handschriftlich in deutscher Schrift vor. Er wurde von Daniel Mertsch in lateinische Schrift übertragen. Die vom Antragsteller unterstrichenen Stellen wurden kursiv wiedergegeben; die Rechtschreibung und der sprachliche Ausdruck wurden unverändert übernommen.



»Durchlauchtigster Fürst, Gnädigster Fürst und Herr!

Euer hochfürstlichen Durchlaucht gilt der goldene Spruch aller Unsterblichen:

»Mehr zu leisten als Pflicht allein fordert.« – Die Verwaltung der Staats-Geschäfte ist bey Allerhöchst Dero unwandelbarer Herzens-Güte eine Reihe menschenfreundlicher Thaten, welche die Wohlfahrt und den Ruhm des Vaterlandes, das Glück der Nation zum Zweck haben. –

Dieses flößt mir Muth ein, es zu wagen, Eurer hochfürstlichen Durchlaucht meinen unmaßgeblichen Plan zur Gründung eines *Institutes*, welches aus *einer technischen Vakanz-Industrie-Schule für Knaben, dann einer bildenden technischen Beschäftigungs-Anstalt, für arme und besonders für verkrüpelte Kinder beyderley Geschlechts* bestehen würde, wie ich es, wenn ich die benötigte Unterstützung erhalte, zu gründen, und mittelst meines *ältesten, hierzu seit drey Jahren eigens gebildeten Sohnes Joseph*, unter meiner Leitung und Beyhülfe auszuführen vorhabe, in aller Unterthänigkeit ehrfurchtvollst hiermit in Vorschlag zu bringen. –

Zu diesem meinem allergehorsamsten Antrag treibt mich mein Patriotismus und eine natürliche Neigung an, und ich fand seit mehreren Jahren als Dessinateur und Conservator bey dem königl. topographischen Bureau, und durch meine eigenen bekannten, technisch chemischen Arbeiten seit zehn Jahren her, vorzüglich Gelegenheit mich hierzu vorzubereiten.

Es fehlt hier gewiß nicht an Schulen jeder Art zur Bildung des Geistes, und nur eine Lücke zeigt sich dem Jugendfreunde, man vermißt den Zeitforderungen nach nämlich noch *eine technische Vakanz Industrie Schule für Knaben* – Eine Vorbereitungs-Lehranstalt, in welcher Knaben von sieben bis fünfzehn Jahren, Anweisung zur practisch mathematischen Zeichnungskunst, zum Formen (modelliren) von mancherley Gegenständen, zum Gießen in Gyps, Wachs und Bley, zu anderen kleinen chemischen Prozeduren, als Tinten-, Farben-, Beitzen-, Kitten-Bereitungen ct., welche bey den Handwerkern vorzüglich vorkommen, so wie technologischen Unterricht über die dem Gewerbetreibenden nöthigen rohen in- und ausländischen Naturproducten im Allgemeinen, so wie insbesondere von den Materialien, die jedes Handwerk hiervon bedarf, den Mitteln, Werkzeugen und Maschinen, welche dasselbe benützt, den Erzeugungen, welche selbe damit hervorbringen, endlich Mittheilung der nöthigsten geschichtlichen Notizen, von dem Ursprunge und vormaligen Zustande der Künste und Handwerker, und der ihnen von hoher Obrigkeit im Vaterlande in neuester Zeit zugestandenen Berechtigungen. In einer solchen practisch technischen allgemeinen Vorbereitungs-Klasse, welche ich unter hohem Schutze zu halten beabsichtige, nachdem ich bisher Privat-Unterricht ertheilt habe, würden Knaben auch ihre Hände vortheilhaft zu gebrauchen lernen, wozu bisher die erforderliche Gelegenheit fehlt. Eine solche Vorbildung würde denselben den Eintritt in die Klasse der practischen Mechanik an der Feyertagsschule, in die höhere Bürgerschule, in die polytechnische Schule und endlich in die königliche Studien-Anstalt erleichtern, so wie dieselben auch bey der späteren Wahl des künftigen Berufes wohlthätig lei-

ten, und endlich das Erlernen des ergriffenen Handwerks selbst wesentlich befördern helfen. –

Für die Mädchen ist in dieser Hinsicht mehr fürgesorgt, selbe lernen außer in allen ihrem Geschlechte zuständigen Büchern Kenntniße, auch ihre Hände wohl anwenden, indem selbe auch practische Unterweisung im Spinnen, Stricken, Nähen, Sticken, Spitzenklöppeln, Spitzen, (...) Schnür und Bändermachen, in der Verfertigung von Frauenkleidern und Frauenputz, in Verfertigung künstlicher Blumen, feiner Flechtarbeiten, in Kochen et erhalten. – Aber welcher Unterricht, außer im Schönschreiben und der Zeichnung wird entgegen den Knaben zur Bildung ihrer Hände im Allgemeinen als nöthige Vorbereitung zu ihrem künftigen Stande ertheilt? Aber der spezielle Unterricht in der practischen Mechanik, welcher in der königl. Feyertags-Schule und in der polytechnischen Schule ertheilt wird, ist als ein höherer Kurs für ein reiferes Alter derselben bestimmt. – Es fehlt denselben aber auch an Gelegenheit, sich die im Leben so nöthigen anschauenden *Erkenntniße dynamischer Art* zu erwerben, welche keinem Staatsbürger fehlen sollen, und welche nur durch eigene Krafterwendung, durch eigenes Handanlegen verschafft werden können, bey denen bekanntlich, je ansehnlicher der Vorrath der erworbenen Grunderkenntniße ist, desto mehr nachgebildete analogische gemacht werden können und um so richtiger ausfallen, was um so wichtiger ist, *als nicht nur alle technologischen Kenntniße von dynamischer Art sind, sondern selbst die Naturkenntniße sind größtentheils dynamische Erkenntniße ct.*

Diesem allem nach dürfte daher eine Lehranstalt, die auch diesem Bedürfniß methodisch abhilft, in München, wo schon so vieles für Jugend-Bildung geschieht, nicht länger mehr fehlen, um so weniger, da eine hohe Landes-Regierung nach den neuesten Schulverordnungen künstliche Hinterniße geschaffen hat, um die Zahl der Studierenden zu vermindern, die Klasse der Gewerbetreibenden aber zu vermehren sucht. – Hat man nun gar keine, oder nur wenige Grunderkenntniße aus der Klasse der dynamischen Erkenntniße, so versteht man weder *die Verfahrens-Art eines Handwerkers, Künstlers oder eines Manufacturisten gehörig* (selbst wenn man ihm zusieht, oder die Beschreibung von seinem Metier liest) noch auch den Chemiker oder Physiker. – Dem Mangel dieser so wichtigen unentbehrlichen anschaulichen Erkenntniße, deren Erwerbung die *Erziehung* gewöhnlich dem *Zufalle* überläßt, muß es größtentheils zugeschrieben werden, *daß es so viele Menschen gibt, denen die Natur ein ganz gleichgültiger Gegenstand ist, und die vor den Werkstädten der Handwerker und Künstler mit einer Schläfrigkeit vorbegehen, die in Erstaunen setzt.* –

Ich bin bereit auf hohes Verlangen hierüber eine kurze Zusammenstellung, was sich über diesen sehr wichtigen Gegenstand in pädagogischer Hinsicht noch mehr sagen lassen möchte, zur Rechtfertigung und Begründung meines Antrages nachträglich ehrfurchtvollst vorzulegen. – In den meisten protestantischen Ländern bestehen bereits seit Jahren her, ähnliche technische practische Bildungs-

Anstalten für Knaben, und den Vorrang, welchen diese auswärtigen Staaten in Beziehung auf Volks-Industrie gegen uns noch immer behaupten, hängt von einer vollständignern Jugendbildung ab. –

Bertuch, Salzmann, Pestalozzi, Gutsmuths etc haben sich in diesem Zweige der Jugendbildung unsterblichen Ruhm erworben, und verdienen gewiß alle Nachahmung. Auch bayerische Gelehrte und Schulmänner haben sich über die Hochwichtigkeit dieses Gegenstandes bereits seit kurzem ausgesprochen. – Professor Schutes [*undeutlich*] führt z.B. in dem Dingler'schen polytechnischen Journal öffentliche Klage, daß in Bayern zu viel auf gelehrte Bildung, beynahe gar nichts für den technischen Volksunterricht und die Hände-Bildung der Knaben verwendet werde, unsere Handwerker daher noch immer hinter den Ausländischen zurück bleiben. –

Der verstorbene Profeßor der Mechanik an der Feyertags-Schule, Alois Ramis, gab auch eine sogenannten Papparbeitenschule, die stark besucht wurde, und seit deßen Tod wieder eingegangen ist. – So rühmt auch der verlebte verdienstvolle Pädagog und Philolog Director Herr Mathias Weichselbaumer in seinem Entwurfe über die Einrichtung der Feyertags-Schule – (Rede am Weihfeste des neuen Schulgebäudes 1804, II.) daß er keine beßeren und empfehlungswürdigeren Verstandesübungen kenne, als die Schüler abwechselungsweise mit geometrischen Figuren Zeichnen ct zu beschäftigen. –

Der Unterricht in Handarbeiten wird also nur von solchen Erziehern als unnütz, gefährlich und zeitraubend verschrien werden, die ihrer Hände manigfaltige Kräfte nie an etwas anderm, als an Feder und Federmeßer, oder einem musikalischen Instrumente geübt haben ct. –

Ein solcher Unterricht in Verbindung mit methodischen Handbeschäftigungen ist daher wohl das beste Vorbauungsmittel gegen leicht mögliche Verirrungen der Jugend, beym Mangel an zweckmäßigen und anziehenden Beschäftigungen, auch sind sie zugleich, durch die heilsame Abwechslung, durch die Erholung, die sie gewähren, ein Sicherungsmittel der Gesundheit. – Statt die Kinder zu dem ungesunden Wollstreichen oder Spinnen, und zu dem einförmigen Stricken, wie es in Armen-Beschäftigungs-Häusern geschieht, gegen ihre Neigung allein zu zwingen, würden dieselben nach Verhältniß ihrer geistigen und physischen Kräfte bey mir mit bildenden Handarbeiten abwechselungsweise beschäftigt werden, welche für Kinder mehr Reitz haben, als z. B. mit der Anfertigung verschiedener Cartonage-Papiermaché und Maßa-Arbeiten, mit der Anfertigung verschiedener bunter Papiere, mit der Anfertigung von Kinderspielwaaren, mit dem Drucken von Teppichen von Leinwand und Tuch ct.

Durch eine solche Auswahl von methodischen Beschäftigungen werden so viele geübt, der Geist, der bey der sonst üblichen Lehrart immer dreßiert wird nach fremden Vorschriften zu handeln, lebt dabey auf, faßt eigene Ideen, erfindet Mittel sie auszuführen; das Auge übt sich die Größen zu meßen, um jedem Theile des auszuführenden Werkes das nöthige Verhältniß zum Ganzen zu geben, und

die Muskeln der Hände werden auf so verschiedene Art geübt, daß sie hernach bey den manigfaltigen Vorfällen des menschlichen Lebens in den Verlegenheiten, in die man oft geräth, sich selbst zu helfen im Stande sind, ohne daß sie immer nöthig haben, zu fremder Hülfe ihre Zuflucht zu nehmen; auch kommt es darauf an, und thut Noth in unserer Zeit, daß die vaterländische Industrie belebt und gehoben werde. –

Nun wird bekanntlich der größte Theil der Fabrikate, welche ich durch arme oder verkrüpelte Kinder hervorbringen will, bisher größtentheils vom Auslande eingeführt, wofür dem Lande bedeutende Summen alljährlich unwiederbringlich verloren gehen. – Meine Teppiche würden nun aber auch ein bedeutenden Ausfuhr-Artikel nach Holland werden können, und daher Geld in das Land schaffen, da sie zum Auskleiden der Kajütten, Gartenhäuser, und für die Zeltenbewohner Asiens ct, dienen, wodurch auch unserer ordinären Leinwand und Zwilchen ein vielleicht bedeutender Absatz verschafft und geführt werden könnte, und wieder viele Hände auf dem Lande nützlich beschäftigt werden würden; ich hierdurch auch die bis jetzt wenig benützte Scheer-Wolle in nützliche Verwendung zu bringen wüßte. – In Beziehung auf die Bewirkung des nöthigen Absatzes und die Führung der Niederlags-Geschäfte hat sich der Kaufmann Steigauf dahier, welcher als ein eben so thätiger als rechtlicher Mann rühmlich bekannt ist, zur Uebernehmung bereit erklärt. –

Da nun Bayern in seiner Stellung zu anderen Staaten, ohnehin noch immer einen großen Nachtheil der Handlungs-Bilanze gegen sich gekehrt sehen muß, da bey und ohngeachtet des bisherigen Allerhöchst ruhmvollen Antheiles S. Königl. Majestaet und den Bestrebungen der hohen Regierungs-Stellen, und der Mehrzahl der Beamten weder die nämliche Gewerbs-Regsamkeit noch ein so großer sich wechselseitig überbietender Wettruf, noch eine unterstützende, patriotische Theilnahme des Kapitalisten Standes sich zeigt, wie in anderen Staaten schon lange besteht, so hat sich jeder Unternehmer neuer Gegenstände bekanntlich nicht nur keiner ermunternden Aufnahme zu erfreuen, sondern selbst eine Zeit lang einen wahrhaften Kampf gegen eingewurzelte Vorurtheile, auf blinder Vorliebe fürs Ausländische gestützt, und gegen das starre Wiederstreben einer engherzigen, egoistischen Politik zu bestehen. Soll daher ein derley wohlthätiges und gewiß vielseitig nützlich Privats-Institut gedeihen, so kann dieses nur unter dem Schutze und mit Unterstützung des allerhöchsten Staatsministeriums geschehen, da eine solche Aufgabe die Kräfte eines pädagogischen Privatmannes weit übersteigt. – Für Allerhöchst derselbe dürfte aber ein solches Institut in vierfacher Beziehung höchst wichtig seyn: Als ein technisches Erziehungs-Institut für arme verwahrloste Kinder, als ein Verpflegungs-Haus für dieselben, als ein bildendes Beschäftigungs Haus für dieselben, und endlich als eine vaterländische Industrie-Anstalt. – Ein solches Institut, das hier wahres Bedürfnis ist, und noch gänzlich mangelt, fällt daher gewiß in die dem Ministerium des Innern gegebene oberste Polizey und Curatel Competenz. –



In diese meine bildende technische Beschäftigungs-Anstalt würde ich also nach und nach alle die Kinder aufnehmen, unterrichten und beschäftigen, die von Seite der Inspection der Armenschule und des Waisenhauses, oder dem Armenpflückschafts-Rathe als hierzu tauglich ausgewählt, und mir entweder für einzelne Stunden, oder für den ganzen Tag zugewiesen werden würden. –

Der baldmöglichsten sicheren Ausführung dieser meiner Lieblings-Idee wegen, wage ich es hiermit, mir die Freyheit zu nehmen, nachstehende, gewiß billige Anträge ehrfurchtvollst gehorsamst zu machen. –

#### I.

- a) Ich unterziehe mich nach diesem meinem unmaßgeblichem Vorschlage an jedem Sonn und Feyertage zwey Unterrichts Stunden Nachmittags zu geben; auch von Zeit zu Zeit an einem Wochen-Vakanz-Tage mit den fleißigsten der Schüler verschiedene Werkstätten zu besuchen. –
- b) Ich unterwerfe mich in dieser Function gleich einem anderen Elementar Lehrer auch allen den Anordnungen, welche in Beziehung auf das Schulwesen im Allgemeinen als Norm zur Darnachachtung aufgestellt sind. –
- c) Ich will zur Erreichung meines Vorhabens die ansehnliche Einrichtung meiner Industrie-Werkstätte (meine Hobelbank, Drehbank, Feilbank, Buchbinder-Werkzeuge, Lakier-Vorrichtung ct so wie die Cachir und Guß-Formen, Papparbeiten-Muster-Sammlung) hierzu benützen, ohne eine Ablösung hiervon zu verlangen; ich werde auch auf die baldeste Erwerbung der nöthigen Producten und Fabrikaten, Muster, Sammlung alle Mühe und Sorgfalt verwenden. –
- d) Auch die Inspection eines ganzen Hauses, in welchem mir meine Lokalität eingeräumt werden würde, erkläre ich mich bereit, ohne einen Gehalt hierfür zu fordern, (eine kleine Entschädigung für meine Leute ausgenommen) zu übernehmen.

#### II.

Ich erkläre mich weiters bereit, durch die fabrikmäßige Anfertigung mehrerer mir bereits schon gnädigst bewilligten Industrie und Fabrik-Gegenstände, armen und besonders verkrüpelten Kindern, Bildung und Verdienst zu verschaffen, gleichzeitig auch ein *Industrie-Institut*, daher eine *bildende technische Beschäftigungs-Anstalt für Knaben und verkrüpelte Kinder* zu gründen, in welchem die gesunden Kinder Beschäftigung und die nöthige technische Vorbildung zur Erlernung eines Handwerkes, die Verkrüpelten aber bildende technische Beschäftigung und andauernden Verdienst erhalten würden. Damit nun der Ausführung dieses meines seit Jahren vorhabenden, wohlmeinenden, gewiß fruchtbringendem pädagogischen und Industrie Unternehmens, bey der ohnehin schon überbürdeten, mitunter sehr kostspieligen Aufgaben, welche auf der Jahres Eigenz [*undeutlich*] lasten, nicht etwa ökonomische Rücksichten bey aller Anerkennung

der Gemeinnützlichkei derselben ein Hinterniß entgegen setzen möchten, so würde ich für dieses Alles von einem allerhöchsten Staatsministerium des Innern keine eigentliche bestimmte Besoldung, sondern:

ad I., nur verlangen, daß mir das benöthigte Lokale und das bedürfende Holz und Licht, für meine technische Industrie Schule und technische Institut, das ich zur Ausführung meines Erziehungs-Planes auch als meine Werkstädte benützen dürfen muß, und eine anstoßende Privat-Wohnung für meine eigene Familie unentgeltlich eingeräumt und verabreicht werden. – Es dürfte dem hiesigen Magistrate nicht schwer fallen, ein eigenes geeignetes brauchbares Lokal für ein solches Wohlthätigkeits-Institut auszumitteln; weßwegen ich mich auch an denselben dießfalls schriftlich wenden werde; – was auch gewiß geschehen würde, wenn von Seite des erlauchten Staatsministerium eine allernädigste empfehlende Aufforderung dießfalls dahingelangen würde, da demselben an der Bildung und Beschäftigung der armen und verkrüpelten Kinder in der Haupt und Residenzstadt ebenfalls alles gelegen seyn und wünschen muß, daß selbe von der Goße wegkommen, von ihrer sittlichen Verderbung zeitig gerettet, und zu nützlichen Gemeinde-Gliedern gebildet werden. – Ein Theil des ehemaligen Schul-Lokales am Anger könnte mir z.B. hierzu angegnnt werden, da ohnehin der Armen Pflschaftsath der Sage nach einige Zimmer zu ebener Erde hiervon anspricht, und nach dem Ausspruche des geheimen Rathes, Dr. von Walther, die Cholera-Kranken im Bedürfnis-Falle in das allgemeine Krankenhaus aufgenommen werden würden, auch eine solche Kranken Anstalt ohnehin von der Stadt entfernt, isolirt gelegen seyn sollte, und daher nicht neben beynahe 400 Pfründnern bestehen kann, weil dieses unter dem Volke leicht Gelegenheit zur aufreizenden Sage geben könnte, als wolle man durch Luftvergiftung diese Armen gewaltsam aus der Verpflegung bringen. – Endlich daß mir *wenigstens 150 G. – als Geschäfts-Anfang-Unterstützungs-Beytrag ein für alle Mal aus der einschlägigen königl. Kaße allerwohlwollenst, allernädigst bewilliget und angewiesen werden.* – Hierfür ertheile ich armen Knaben den geeigneten technischen Unterricht und

ad II. Würde ich das allergehorsamt in Vorschlag gebrachte bildende, unterstützende Industrie-Institut, wodurch nicht nur allein für eine bildende methodische technische Beschäftigung, sondern auch für die sittliche Bildung, ja selbst für die Verpflegung dieser Unglücklichen beyderley Geschlechts alle mögliche Fürsorge getroffen werden würde, für meine Rechnung und Gefahr unternehmen und fortführen, wenn mir von dem Stadtmagistrate oder der Gemeinde, für jeden Instituts-Zögling, bis er arbeitsfähig ist, eine Art Lehrgeld bewilliget und monatlich bezahlt werden würde, als rechtlicher Ersatz für die verabreichende Kost, und das im Anfange mir zu Grunde gerichtet werdende und zu Verlust gehende Material und die Werkzeug Abnutzung.

Hierdurch glaube ich meinerseits nach Kräften alles zur baldesten Ausführung dieses meines patriotisch pädagogischen und Industrie Vorschlages gethan zu haben. –

Euer hochfürstlichen Durchlaucht haben sich bereits selbst schon ausgesprochen und es an großartigen Ermunterungen nicht fehlen lassen, daß Allerhöchstdieselben eine von Stufe zu Stufe hinlänglich vorbereitete, zwar weniger glänzende, aber eben darum nachhaltige Verbeßerung der bayerischen National-Industrie einen vortheilhaft gesicherten innern Markt für die Gewerbetreibenden, Erschwerung und Beschränkung des so sehr schädlichen ausländischen Einflusses allergnädigst bewirkt wissen wollen. – Wird durch dieses beharrliche Allerhöchste Wollen sich nicht bald die allgemeine Sinnes-Art zur Wohlfahrt des Staates und zum Glücke einer dankbaren Nation ändern? –

Ich vertröste mich demnach bey den tiefen Einsichten, wegen Eifer für alles Gute, Zeitgemäße, der unermüdlichen Sorgfalt für das Beste des Staats und der Nation, und der bekannten Gerechtigkeits-Liebe und Billigkeit, von welchem allen Euer hochfürstlichen Durchlaucht so sehr beseelt sind, wenn nur hierbey auch die großen Verdienste meiner verstorbenen Anverwandten, um das Gemeine, Beste der von Riedl und von Barth, so wie mein eigenes bisheriges Bestreben, als eine kleine Anempfehlung allergnädigst angerechnet werden wollte, hinsichtlich dieser meiner gewiß redlichen, gutgemeinten Anträge, einen baldigen, allerduldvollsten Resolution, und ersterbe in allertiefster Ehrfurcht allerunterthänigst treu gehorsamst

Euer hochfürstlichen Durchlaucht

München den 31. Oktober 1832

Allerunterthänigst treu gehorsamster

Joh. Nep. von Kurz

königl. Conservator«

**Quelle 3: Auszüge aus: J.N. von Kurz: Kurze Abhandlung. München 1856.**

Vollständiger Titel: Kurze Abhandlung über den Bestand, den Zweck, das Wirken und den Nutzen der ehemaligen Conservator von Kurz'schen praktisch-technisch-industriellen Privat-Unterrichts-Erziehung- und Beschäftigungsanstalt für arme krüppelhafte Kinder in München, nunmehr königlich bayerisches Erziehungs- und Unterrichts-Institut für krüppelhafte Knaben, bisher einzige der Art in Deutschland.

Es handelt sich um eine Selbstdarstellung des Wirkens und der Lebensgeschichte (1–11), die J.N. von Kurz 1856 in München veröffentlichte. Er hat ihr als Beilagen (Anhang, 12–64) alle aus seiner Sicht relevanten Dokumente angefügt sind. Aus dieser »Streit-, Rechtfertigungs- und Verteidigungsschrift« werden Auszüge zu seinen Intentionen und Begründungen (3–4), zu seinem Menschenbild sowie zu seinen ethischen und religiösen Motiven (5) abgedruckt.

**Zu den Intentionen und Begründungen für seine Initiative (3–4)**

»Eine Reihe von Jahren erfreuen sich in Bayern bekanntlich schon jene unglücklichen Geschöpfe der allergroßmüthigsten Unterstützung seiner Majestät des Königs und dessen höchster Staatsregierung, welche, obschon theilweise der

wichtigsten Sinne beraubt, doch in der Folge eines methodischen *eigenthümlichen Unterrichts*, und einer sorgfältigen, christlichen Erziehung einzeln zu nützlichen, möglichst erwerbsfähigen Gliedern der menschlichen Gesellschaft auf die wohlthätigste Weise herangebildet werden, nämlich *arme, blinde und taubstumme Kinder*.

Es ist geschichtsmerkwürdig, daß, nachdem man diese für sie gegründeten Unterrichts- und Erziehungsanstalten für nützlich, segensreich sogar für nothwendig erachtete und erklärte, und als solche denselben von allen Seiten Unterstützung angedeihen ließ, Bewahranstalten für arme kleine Kinder mit großem Kostenaufwand gründete, und Armenschulen längst bestehen, (wiewohl keine Kinderbeschäftigungs-Anstalten, außer der Raumer-Platner'schen in Nürnberg) man Jahre lang die nicht minder bedauerungswürdigen, unglücklichen, mit *Körpergebrechen behaftete Kinde* beharrlich allein unberücksichtigt ihrem traurigen harten Schicksal überließ, da sie doch von der Natur oder durch Unglücksfälle getroffen, gleichfalls ohne ihre Schuld körperlich verkürzt sind, und gewöhnlich armen Familien angehören, ich meine die *armen gebrechlichen (krüppelhaften) Kinder*.

Man beruhigte sich hiebei mit der Vorgabe, *daß solche Kinder ja in die öffentlichen Schulen gehen, an dem vorgeschriebenen Elementarunterricht theilnehmen*, auch ein Handwerk erlernen können, und wollte nicht zu der Einsicht und Ueberzeugung kommen, daß letzteres Glück nur Wenigen von ihnen ausnahmsweise wirklich zu Theil werde, während die meisten der selben durch ihre Kränklichkeit und Gebrechen öfters am ununterbrochenen Schulbesuche verhindert und unausgebildet aus der Werktagsschule entlassen werden, und in der Mehrzahl von keinem zünftigen Meister oder Fabrikherrn in die Lehre genommen, *unfähig zu irgend einem selbständigen Broderwerb*, dem Müßiggange und seinen unheilvollen Folgen preisgegeben, bekanntlich einen großen Theil der Gassenkinder, und später der Bettler ausmachen und der Gemeinde zu Last fallen, selbst gefährlich werden.

Diese unverantwortliche Verkürzung aus Mangel christlicher Aufmerksamkeit, wahren Mitleidens und Nächstenliebe war um so bedauernswerther und unerklärbarer, als sich sehr viele hievon bei ihren inwohnenden großen Geistesanlagen und Gaben (die man auf unverantwortliche Weise gleichgiltig in ihnen verkümmern ließ) zu sehr brauchbaren Arbeitern, also zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft und des Staats hätten herangebildet und hiernach gewonnen werden können, während die selben als Bettler auf gut Glück erbarmlich sich herumtreiben, kümmerlich nähren, sich selbst zu Pein leben, oder in Zwangsarbeit- und Zuchthäusern ihre durch menschliche Lieb und Herzlosigkeit veranlaßte Verwilderung und Elend bejammern.

Nicht ohne innige Theilnahme wendet sich der Blick nach jenen vielen unglücklichen Kindern, die durch ihre Art zu leben, sich unter Menschen zu bewegen zu jedem fühlenden Menschen mit wehmüthigem Herzen sprechen: Ach wir haben

keinen Vater, keine Mutter, wir haben Niemand, der für uns sorgt, wir sind dem Schicksale frei gegeben!!!

Nur mit Rührung kann man ihr Loos betrachten, nur mit Bangen an die künftigen Tage solcher bedauernswürdigen Geschöpfe denken. Sie haben freilich Vater und Mutter, aber diese verdienen nicht einmal den Namen, sie sind unwürdig dieser Auszeichnung, des Segens, den der Allmächtige und Allgütige an die Elternschaft geknüpft hat. Sie heißen wohl Vater und Mutter, aber sie sind es ihren Kindern nicht.

Die Sorge für sich selbst, wenn sie solche auf sich nehmen, steht ihnen höher, als die Erfüllung der heiligen Pflicht, sich derjenigen nach Vermögen anzunehmen, denen sie das Dasein gegeben haben, mit anderen Worten, es gibt Eltern, die ihre Kinder vernachlässigen; Eltern, die Schuld an dem Unglücke, an dem frühen Untergange ihrer Kinder sind; Eltern, die es versäumen, schon an die Kindheit die erziehende Hand anzulegen, die sogar so gewissenlos sind, dieselben durch Mißhandlungen zum Betteln für sie zu zwingen.

Von manchem Menschenfreund wurde zwar dieser Uebelstand seit Jahren erkannt und der Wunsch ausgesprochen, daß sich eine höchste Staatsregierung auch dieser Klasse verwahrloster, hilfbedürftiger, armer Kinder mit gleicher Großmuth, Berücksichtigung und Sorgfalt mildthätigst annehmen und zu deren Errettung durch geeignete Unterrichtung, Erziehung, Beschäftigung und Verpflegung endlich gleich wohlthätige, wirksame Fürsorge treffen möchte, wie für die armen, blinden und taubstummen Kinder, daß daher hiefür auch eine Centralanstalt (als Muster) in der Hauptstadt des Reichs auf öffentliche Kosten für dieselben begründet dotirt werde.

Eine solche Anstalt kann nämlich bei der Eigenthümlichkeit ihrer Einrichtung und Zweckes einzig und allein nur daselbst, wo sich ein Reichthum von Bildungsmitteln vorfindet, und die größte Absatzmöglichkeit für die Erzeugnisse stattfindet, mit materiellem Vorteil bestehen, so wie eine ausgedehntere Wirksamkeit erlangen, während sie auf dem Lande, oder in einer Provinzialstadt verkümmern würde, und es dürfte hiebei desto mehr die erfolgreiche Wirkung der Centralisirung, als die Hauptkräfte zersplitternde Spezialisirung im Auge behalten werden.

Diese philanthropischen, christlichen, gutmeinenden Wünsche blieben aber noch viele Jahre immer unbeachtet und unerfüllt, bis ich im Jahre 1832 vom innigsten Mitleiden für diese unglücklichen, erbarmungswürdigen armen Kinder erfüllt, und von ihrer Hilfsbedürftigkeit ergriffen, bei meiner Vorliebe für Technik und Industrie, und ächt menschenfreundlicher, nicht aber aus irgend einer interessirter Absicht, es wagte, eine solche Anstalt aus Privatmitteln zu gründen, und trotz unzähliger Schwierigkeiten *zwölf Jahre lang*, bekanntlich mit Ehre und dem glücklichsten, wirksamsten Erfolg aufrecht zu erhalten, um auch für diese ebenfalls unschuldig unglücklichen Kinder ein Asyl zu schaffen, in welchen wenigstens eine Zahl hievon (bei den beschränkten Mitteln genossen bei mir *fünfzig* diesen Vortheil) durch den unentgeltlich erhaltenen passenden Unterricht und

*vielseitige, zeitgemäße, technisch-industrielle Beschäftigung, religiöse Erziehung und väterliche Verpflegung vom Verderben errettet, zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft herangebildet und erwerbsfähig werden können, nachdem dieselben zu anderen Schwereren, mehr anstrengenden Geschäften größtentheils unfähig sind.*«

**Zu seinem Menschenbild sowie zu seinen ethischen und religiösen Motiven (5)**

»So viele Christen unserer Zeit haben nämlich so wenig Sinn für das wahre Gute, für Wohltätigkeit, sogar kein Verlangen, Anderen zu helfen und nützliche Dienste zu leisten; und doch ist thätige Liebe und Wohlthätigkeit die erste aller Christenpflichten, ja sogar das dringendste und edelste Bedürfniß eines jeden Menschenherzens. Wir müssen in jedem Menschen unser Bild, unser Fleisch und Blut erkennen. Ein mächtiger Trieb unsers Herzens zieht uns hin, an den Freuden und Leiden Anderer innigen Antheil zu nehmen, und je edler und unverdorben ein Herz ist, desto mehr sieht es sich angetrieben, die Leiden Anderer zu heben oder zu lindern und ihnen Freude zu bereiten.

Weise hat auch Gott seine Gaben unter die Menschen vertheilt. – Dem Einen gab er viel, dem Andern gab er wenig; dem Einen Ueberfluß, dem Andern Dürftigkeit; diesem viele Gaben des Geistes, jenem viele Gaben des Leibes! Ist er nicht Vater aller Menschen? Umfaßt er nicht alle seine Kinder mit gleicher Liebe? O, er liebt uns Alle mehr als ein Vater seine Kinder, er ist die Liebe selbst. Er vertheilt seine Gaben so ungleich, damit der Eine das Andere bedürfe, Einer dem Andern helfe, so alle einander lieben und viele und große Gelegenheit haben, einander wohl zu thun, zu helfen und zu dienen. Was ihr dem Geringsten aus diesen meinen Brüdern werdet gethan haben, das werdet ihr mir gethan haben, dies ist das Wort Jesu.»

**Quelle 4: Statuten der technischen Industrie-Anstalt für arme krüppelhafte Kinder vom 21. September 1833.**

Entnommen aus den Beilagen zu: J.N. von Kurz »Kurze Abhandlung«. München 1856, Anhang, 12–13.

»Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Nachstehend werden die Statuten der in München von dem Conservator v. Kurz begründeten *technischen Industrie-Anstalt für krüppelhafte Kinder* zu öffentlichen Kenntniß gebracht, nachdem sie durch Königl. Ministerial-Entschließung vom 21. September v. Js., *als ein Nebenzweig der Kreis-Gewerbeschule* oder vielmehr als eine *spezielle Handwerker-Schule für krüppelhafte Kinder aus allen Theilen der Monarchie* erklärt, und dem *Rektorate der Kreis-Gewerbeschule untergeordnet worden ist.*

München, den 3. Februar 1834.

Königlich bayerische Regierung des Isarkreises, Kammer des Innern.

Graf von Seinsheim, Präsident. Hecht.

### Statuten

der von dem Conservator von Kurz in München begründeten technischen Industrie-Anstalt für arme krüppelhafte Kinder.

*Der Zweck der Anstalt ist:* Werktagsschulfreie, dreizehn bis vierzehn Jahre alte, arme krüppelhafte Kinder, welche wegen ihrer körperlichen Mängel zu zünftigen Gewerben und andern Berufsarten nicht wohl taugen, durch *mechanische Uebungen* in verschiedenen denselben angemessene Beschäftigungen zu Fabrik-Arbeitern zu bilden oder denselben auch in der Anstalt selbst andauernden Verdienst zu verschaffen, um sie vor dem Müßigang und den daraus hervorgehenden Lastern zu bewahren.

*Die Gegenstände*, deren fabrikmäßige Anfertigung die Zöglinge methodisch gelehrt werden, sind nur solche, welche nach dem Gewerbegesetz von 1825 frei gegeben sind, daher nicht zunftmäßig gefertigt werden, und auch insbesondere *auf die Bildung des Volksgeschmacks* einwirken, wozu überdieß die Kinder selbst besondere natürliche Neigung und die körperlichen Eigenschaften besitzen, als z.B. *für Knaben:* Die Anfertigung verschiedener Muster zum Ausnähen und Sticken, das Illuminiren von Bilderbogen, die Verfertigung verschiedener geometrischer Körper, Mal-Patronen, Modelle von Gebäuden, Meubeln, Geräthschaften, Cartonage, Papiermachée, Massa-Arbeiten, bunten Papieren, wasserdichten Gegenständen, kleiner physikalischer, ökonomischer Apparate, Kinderspielwaaren; *für die Mädchen:* Die Anfertigung künstlicher Charpie, gedruckter Teppiche auf Leinen, Zwilch und Tuch, die Anfertigung einer neuen Art wasserdichter Schuhe, Strohgeflechte ec.

Durch diese wechselseitige Beschäftigung, welche aber für den Unternehmer mit einem großen Kostenaufwand verbunden ist, dürfte den Institutszöglingen ein anderseitiges Unterkommen möglichst gesichert werden, als z.B. bei einer Fabrik bunter Papiere oder von Spielkarten, von künstlichen Schreibtafeln und Pergament, von Cartonage-Arbeitern, von Massa-Arbeiten, von Kinderspielwaaren, in einer chemischen Druckerei als Gehilfen bei Etuis- und Futteralarbeitern oder endlich im Institute selbst, wo sie einen andauernden Beschäftigungs-Verdienst erhalten können.

*Das Lokal* dieser technischen Lehr- und Beschäftigungs-Anstalt ist zweckmäßig, und die Kinder sind den ganzen Tag in demselben einer beständigen Aufsicht unterworfen.

Die Dauer der Lehr- und Beschäftigungszeit ist an den Werktagen in den Wintermonaten von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, und in den Sommermonaten von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, mit Ausnahme der Mittagsstunde. Die eigentliche Lehrzeit ist für talentvolle fleißige Zöglinge auf ein Jahr festgesetzt.

An Sonn- und Feiertagen werden die Zöglinge zum Besuche ihrer Kirche und der Feiertagsschule angehalten, übrigens wird denselben auch von 10–12 Uhr Vormittags noch besonderer technischer Unterricht im Modelliren verschiedener Gegenstände nach den Regeln der mathematischen Zeichnungskunst in Pappe,

im Gießen in Gyps, Wachs, Blei, in verschiedenen kleinen chemischen Proceduren, als Tinte, Farben, Beitzen, Kitten-Bereitung ertheilt, welche bei den Handwerkern vorzüglich vorkommen.

Aller Unterricht und Anleitung wird den armen krüppelhaften Kindern im Institute unentgeltlich ertheilt.

Auf Rechnung des Unternehmers geht die ganze Erhaltung des Instituts, als die Bestreitung des Lokalzinses, der Kosten für die Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Arbeitszimmer, die Nachschaffung und Unterhaltung der benötigten Werkzeuge und des Arbeits-Materials, sowie der Absatz und Verwerthung der Fabrikate der Anstalt.

*Die Aufnahmebedingungen sind:*

1. Der Ausweis über die Freisprechung aus der Werktagsschule;
2. ein hautreiner Gesundheitszustand;
3. das Versprechen, ein Lern- und zwei Übungs-Ausbildungs-Jahre am Institute zuzubringen;
4. die Vorausbezahlung von fünfundzwanzig Gulden als Ersatz für das bei den Lernversuchen zu Grunde gehende Material.

Sobald die Erzeugnisse eines Zöglings nach überstandener, kürzestens einjähriger Lernzeit brauchbar sind, erhält derselbe von dem unterzeichneten Unternehmer des Instituts angemessene Arbeitslöhnungen, welche nach Verdienst von Zeit erhöht werden.

Im Jänner 1834.

J. v. Kurz.

Gesehen und gutgeheißen durch das k. Rektorat der Kreis-Landwirtschafts- und Gewerbeschule zu München. (L. S.) Pauli.«

### **Quelle 5: Einladung und Anstalts-Programm von 1838.**

Entnommen aus den Beilagen zu: J.N. von Kurz »Kurze Abhandlung«. München 1856, Anhang, 13–14.

»Einladung.

*Anstalts-Programm.*

Der Unterzeichnete erlaubt sich hiermit zu einem wohlwollenden Besuche der seiner Leitung untergestellten *praktisch-technischen Unterrichts- und Beschäftigungs-Anstalt für arme krüppelhafte Kinder der bayerischen Monarchie* ergebenst einzuladen. Dieselbe befindet sich bekanntlich hier in einem öffentlichen Gebäude (dem ehemaligen Isarthor-Theater) A.-V. Theatergasse Nr. 1.

Nach der allergnädigsten Anordnung und Unterstützung seiner Majestät des Königs, als Folge seiner unermüdlichen Regenten-Sorgfalt für die Beförderung der Polytechnik, der bayerischen National-Industrie und der gewerblichen Bildung durch Gründung und Vervollkommenung technischer Unterrichts-Anstalten, wurde auch dieses *praktische technische Lehrinstitut* im Jahre 1832 in das Leben gerufen, und besteht demnach



- A. Neben der k. Kreis-Gewerbeschule aus *einer praktisch-technischen Industrie-Vorbereitungsschule für Knaben von allen Ständen.*
- B. Neben dem Blinden- und Taubstummen-Institut aus einer *praktisch-technischen Unterrichts- und Beschäftigungs-Anstalt für krüppelhafte Kinder.*
- C. Aus einer *Fabrik* (Industrie-Anstalt) zur Beschäftigung und Versorgung der in der Unterrichts-Anstalt herangebildeten *armen krüppelhaften Kinder.*

In derselben werden von solchen Jünglingen und Mädchen angefertigt: alle Arten von Kinderspiel-Waaren, verschiedene Apparate zur Versinnlichung des Unterrichts, bildliche Darstellungen zur Erweckung religiöser Gefühle, die mannigfaltigsten Galanterie-, Papp-, Etuis-, Futteral-, Massa- und Modell-Arbeiten, wasserdichte Gegenstände, kleine physikalische und ökonomische Apparate, bunte Papiere, gedruckte Teppiche auf Leinen, Zwilch und Tuch ec. ec.

In einer eigenen im Lokale getrennt gehaltenen plastischen Werkstätte werden von volljährigen herangebildeten Gehilfen aus Pappsteinmasse (*Carton pierre*) weiters angefertigt: Larven, Thiere, anatomische Figuren, Vasen, Leuchter, Verzierungen, Rahmen ec ec. Zur Anfertigung sämtlicher Gegenstände, als freie Gewerbe und Erwerbsarten, wurde der Anstalt die obrigkeitliche Bewilligung nach dem bestehenden Gewerbegesetz erteilt.

Die Industrie-Ausstellung im Jahre 1835 wurde mit einer Auswahl von Fabrikaten beschenkt und die Jury erkannte mir hiefür, als ermunternde Auszeichnung, die bronzene Medaille zu.

Nach allerhöchster königl. Bestimmung, durch k. Ministerial-Rescript vom 21. September 1833 wurde diese praktisch-technische Bildungsanstalt bekanntlich zu einem *Nebenzweige der k. Kreis-Gewerbeschule erhoben, resp. als eine spezielle Handwerkerschule für krüppelhafte Kinder* aus allen Theilen der Monarchie erklärt, *dem k. Rektorate untergeordnet* und durch die k. Kreis-Intelligenzblätter im ganzen Königreich öffentlich ausgeschrieben.

Nur in dessen weiterer Eigenschaft als Beschäftigungsanstalt (Fabrik), theils der freieren Betreibung des Geschäftes wegen, theils weil bei der Verschiedenheit der Erzeugnisse und dem täglichen Verbräuche der mannigfaltigsten Materialien die Stellung einer amtlichen Rechnung rein unmöglich ist, blieb mir die Leitung derselben und der Betrieb für meine Privatrechnung ausschließlich vorbehalten und überlassen.

ad A. In derselben sollen demnach Knaben auch ihre Hände vorteilhaft gebrauchen lernen, sowie sich die größtmögliche Menge der im Leben so nöthigen anschauenden Erkenntnisse *dynamischer* Art erwerben, wozu denselben durch den Unterricht in der geometrischen Zeichnungskunst, im Modelliren und durch andere technische Anleitung hinlänglich Gelegenheit verschafft wird, zu deren Erwerbung seit dem Tod des verdienstvollen Professors und Mechanikers, Herrn *Alois Ramis*, welcher während einer Reihe von Jahren an der höheren Feiertags-

schule auch öffentlichen Unterricht in Papparbeiten ertheilte, die gehörige Gelegenheit wie bekannt gänzlich hier fehlte.

*Der Versinnlichung des theoretischen Unterrichts* wegen wurde demnach diese Anstalt im Jahre 1833 zu einem Nebenzweig der k. Kreis-Gewerbeschule erhoben.

ad B. Dieselbe soll nach höchster Anordnung und allergnädigster Unterstützung Sr. Majestät des Königs neben dem Blinden- und Taubstummen-Institute als eine *spezielle Handwerksschule für krüppelhafte Kinder* bestehen, um solche, welche aus der Armenschule entlassen, von keinem zünftigen Meister in die Lehre genommen wurden, hierin zu unterrichten, zu *beschäftigen* und moralisch zu veredeln, damit dieselben von Bettel und dessen unheilbringenden Folgen, sowie von der Dieberei errettet und zu nützlichen Staatsgliedern herangebildet werden. Meine Unterrichtsmethode gründet sich auf die möglichste Benützung der Anschauung nach physiologischen Grundsätzen; dieselben sind folgende:

Aller Unterricht soll von Anschauungen ausgehen, dem sich selbst überlassenen Menschen erscheint die Natur als ein unermeßliches Chaos verwirrter Anschauungen, und die Entwicklung der letzteren zur Deutlichkeit kann in ihm nur äußerst langsam von Statten gehen. Die Kunst des Unterrichts soll dem Schüler den ganzen Umfang der Anschauungen nach und nach geordnet vor Augen legen, und durch den Gang der Entwicklung des menschlichen Geistes von dunklen Anschauungen zu deutlichen Begriffen beschleunigen.

Dieß letztere ist der Zweck alles Unterrichts, seine Regel ist systematischer Stufengang. Nur durch genaue Befolgung des letzteren kann der menschliche Geist zweckmäßig gebildet werden. Jede Sphäre von Anschauungen muß in der Seele des Schülers durch eine vorhergehende vollständig begründet werden, d.h. in jenen muß nichts enthalten sein, wovon in dieser nicht die Bestandtheile hinlänglich bis zur Deutlichkeit entwickelt worden wäre.

Diese Grundsätze dürften mit der Natur der Seelenkräfte, deren Entwicklung Zweck der Erziehung ist, am besten übereinstimmen.

In Beziehung auf das Naturzeichnen möchte man annehmen, daß dasselbe der Hauptsache nach nur darin bestehe, daß man dem Schüler eine recht faßliche und immer gleich anwendbare Perspektive lehre, wobei er in dem freien Gebrauche des Auges und der Hand geübt wird, so daß bei ihm Erkennen und Darstellen gleichen Schritt halten, und er stufenweise fortschreitend, erst vom Einfachen zum Zusammengesetzten, dann vom Richtigen zum Schönen übergeht.

Die hierzu gehörigen einfachen Naturkörper und Modelle werden nach dem stufenweisen Fortschreiten der Aufgaben vom günstigsten Gesichtspunkte zum Nachzeichnen und Nachmachen aufgestellt, und in der Anstalt gleich anderen Lehrmitteln zur Versinnlichung des Unterrichts nach den Grundsätzen der Anschaulichkeitslehre angefertigt.

Indem ich mir hiermit die unterthänige Bitte zu stellen erlaube, diese praktisch-technische Unterrichts- und Beschäftigungs-Anstalt eines Besuches zu würdigen

und sie sofort kräftigst in wohlwollenden Schutz zu nehmen, verbleibe ich ehrfurchtsvollst

München, im Jahr 1838.

unterthänigster

Johann Nepomuk Edler von Kurz,

k. Conservator, Instituts-Vorsteher und Mitglied des polytechnischen Vereins für das Königreich Bayern.«

**Quelle 6: Auszüge aus den Aufnahmebedingungen und Institutsleistungen von 1841.**

Entnommen aus den Beilagen zu: J.N. von Kurz »Kurze Abhandlung«. München 1856, Anhang, 52–54.

Die in den Statuten der technischen Industrie-Anstalt für arme krüppelhafte Kinder vom 21. September 1833 (siehe Quelle 4) enthaltenen Aufnahmebedingungen werden hier erweitert, eingehender beschrieben und um die Gegenleistungen des Instituts ergänzt.

» (...)

*In die Anstalt aufgenommen werden:*

Werktagsschulfreie (13 bis 14 Jahre alte) arme krüppelhafte Kinder, welche gehöriges Auffassungsvermögen besitzen, gesunde Augen, brauchbare Arme und Hände haben, und allein gehen können, – als Taubstumme, kurz- und krummfüßige, auf einem Fuß lahme, bucklichte, mit Leibschaden behaftete, brustschwache, im Wachsthum unnatürlich zurückgebliebene Kinder.

Da die Anstalt weder ein allgemeines Krankenhaus, noch eine spezielle Heilanstalt (wie z.B. ein orthopädisches Institut, Augenheilanstalt) noch ein Versorgungshaus (Spital), sondern eine praktisch-technische Lehr- und Beschäftigungsanstalt ist, so können hierin

*nicht aufgenommen werden:*

*Jüngere Kinder*, welche noch werktagschulpflichtig sind, blödsinnige, halbblinde oder kurzsichtige, Missgeburten ohne Arme, oder welche nicht allein gehen können, sondern getragen werden müssen, einer ärztlichen Kur oder Operation bedürftende Kinder, Unheilbare (sogenannte Presthafte), endlich Mädchen, und zwar so lange nicht, bis die Anstalt zu deren im Lokal getrennten Unterbringung und besondere Erhaltung die nöthigen Mittel und Einrichtung erworben haben wird.

*A. Die Aufnahme-Bedingungen sind:*

- 1) Der Ausweis über die Freisprechung aus der Werktagsschule, sowie des erlangten Religionsunterrichts (durch Vorlage des Schulzeugnisses);
- 2) ein Alter von 13 bis 14 Jahren (nachgewiesen durch Vorlegung des Taufscheines);

- 3) ein hautreiner Gesundheitszustand, sowie die Aufnahmefähigkeit nach vorstehender Erklärung. (Wird durch Vorlegung des ärztlichen Zeugnisses nachgewiesen, welchem der Impfschein beizulegen ist.)
- 4) demnach die Möglichkeit, durch Unterricht und mechanische Uebungen in verschiedenen, denselben angemessenen Beschäftigungen wenigstens zu Fabrikarbeitern gebildet werden zu können, um sie hiedurch von dem Müßiggange, Bettel und den daraus hervorgehenden Lastern zu bewahren, und auch, da deren körperliche Mängel das Erlernen eines schweren zünftigen Gewerbes entweder ganz verhindert oder doch erschwert;
- 5) jeder Zögling muß mit sich in die Anstalt bringen: einen, wenn auch dürrtigen, doch ganzen Sonn- und werktägigen Anzug, z.B. einen grautuchenen Stutzfrack, eine derlei Hose, blaues Gilets und blautuchenes Käppel, dann wenigstens 3 Hemden, 4 Paar Socken, 2 Schnupftücher, 2 Halstücher, 2 Paar Bundschuhe oder Stiefel, 2 Handtücher, einen grünleinwandigen Arbeitsschaber. Die nöthige Ergänzung soll von Zeit zu Zeit nachgeschafft werden.
- 6) Für talentvolle, fleißige Zöglinge wird die Lehrzeit auf 3 Jahre festgesetzt.
- 7) So lange ein Zögling im Institute sich befindet, müssen seine Eltern, Verwandte oder Vormünder allen persönlichen Anspruch auf ihn sich begeben, indem er alsdann nur dem Vorstande und Lehrer der Anstalt, und den der Sonn- und Feiertagsschule Gehorsam zu leisten hat.
- 8) Für einen Zögling muß alljährig 125 fl. (in minimum 100 fl.) als Kostenbeitrag im Ganzen vorausbezahlt werden.  
 Durch die Einweisung eines Zöglings wird formell die privatrechtliche Uebereinkunft abgeschlossen, auch für die gleiche Nachzahlung bis zum Abschluß der Lehrzeit forthaftend zu bleiben. Stirbt der Zögling unter dem Lehrjahre, so fällt der gleichsam noch unverzehrte Rest der Anstalt zu, zur wenigstens theilweisen Deckung der bei einer solch schwierigen kostspieligen Unternehmung unvermeidlichen außerordentlichen Unkosten und Schäden. Diese Anforderungen sind der Billigkeit gemäß und unerläßig, da sie wegen der Forterhaltung und Erweiterung dieses gewiß zeitgemäßen, gemeinnützigen Instituts gemacht werden müssen, weil sich dasselbe weder einer hinreichenden Dotation, noch der bedürftenden alljährigen Erhaltungszuschüsse zu erfreuen hat, sondern dem Unternehmer außer der unentgeltlichen Leitung und Unterrichtsertheilung die Deckung des bleibenden alljährigen Ausfalles aus Privatmitteln zur Last fällt.
- 9) Zum ordentlichen Eintritt in die Anstalt ist das Monat Oktober jeden Jahres bestimmt.  
 Spätere Aufnahmen kann man sich nur nothgezwungen gefallen lassen. Der möglichst gleichzeitige Eintritt wird durch den methodischen Unterricht bedingt, da sonst beschwerliche Wiederholungen vorgenommen werden müssen, was einen größeren Kostenaufwand durch Zeitverlust verursacht, daher den Unternehmer beschädigt.

*B. Die Gegenleistungen sind:*

- 1) Der Vorstand des Instituts versichert den Aeltern oder Vormündern und Zöglingen, wie bekannt, eine liebevolle Behandlung und väterliche Sorgfalt für ihre geistige und körperliche Wohlfahrt und Bedürfnisse, so wie ihrer moralische Ausbildung und technischen Befähigung.
- 2) Die Zöglinge sind einer beständigen Aufsicht unterworfen, erhalten täglich regelmäßig das Frühstück Mittags- und Nachtessen in hinreichender Menge und gewiß tadelfreiem Zustande, von was sich Jedermann beliebig überzeugen kann. Das Schlaflokal ist groß, trocken, lüftig, und stoßt an das des Vorstandes an, die Betten sind gut. Bewegung in freier Luft, das Waschen und bei hiezu günstiger Jahreszeit das Baden des Körpers wird nach ärztlichem Rathe zur Beförderung und Erhaltung des Gesundheits- und Körperzustandes solcher Kinder besonders berücksichtigt.

- 3) Im Hause verrichten bekanntlich die Zöglinge alltäglich Morgens, Mittags und Nachts die vorgeschriebenen Gebete, so wie für die lebenden und verstorbenen Gutthäter der Anstalt.

An Sonn- und Feiertagen werden dieselben zum Besuche ihrer Kirche, der Feiertags-Schule und des Zeichnungsunterrichts angehalten. Obgleich hierin außer den Elementar-Gegenständen auch der Religions-Unterricht und die biblische Geschichte wiederholt wird, so erhalten dieselben nach der huldvollsten Fürsorge der k. Regierung zweimal die Woche einen besonderen Religions-Unterricht in der Anstalt.

Zum mehrmaligen Empfange der heiligen Sakramente der Beicht und Communion werden dieselben unter dem Jahre ebenfalls angewiesen.

Bei jeder passenden Gelegenheit werden sie überdieß zur treuen Erfüllung ihrer Christen- und Unterthanspflichten aufgemuntert.

Durch Aufhängung religiöser bildlicher Darstellungen im Schlafsaale und in den Werkstätten und durch gute Bücher aber die Belebung eines christlichen frommen Sinnes fortwährend in Anregung erhalten.

- 4) In der Anstalt erhalten dieselben einen eigenen technischen Lehrunterricht, so wie sie an den Werktagen das ganze Jahr methodisch zu verschiedenen nützlichen Handarbeiten angeleitet, eingeübt und angehalten werden.

Der Unterricht besteht in der Anleitung zur geometrischen Zeichnung, und hernach zur Anfertigung von Körpern und Modellen in Pappe, einer Zuschneidlehre, der Unterweisung im Gießen in Gyps, Wachs, Blei, in verschiedenen kleinen chemischen Proceduren, als Tinte, Farben, Beizen, Kitt-Bereitungen ec., wodurch ihnen Gelegenheit verschafft wird, die größtmögliche Menge der im Leben so wichtigen anschauenden Erkenntnisse dynamischer Art zu erwerben.

An Handarbeiten können die Zöglinge in der Anstalt erlernen und bis zur Fertigkeit einüben.

Die Anfertigung verschiedener Muster zum Ausnähen und Sticken, das Illuminiren von Bilderbogen, die Verfertigung verschiedener geometrischer Körper, Malpatronen, Modelle von Gebäuden, Oefen, Meubeln, Geräthschaften ec. Alle Arten Galanterie-, Papp- (Cartonage-), Etui-, Futteral- und Papiermaché und Massa-Arbeiten, wasserdichte Gegenstände, physikalisch-ökonomische Apparate, bunte Papiere, gedruckte Teppiche auf Leinen, Zwilch und Tuch ec. Kinderspielwaaren, verschiedene Apparate zur Versinnlichung des Unterrichts, bildliche Darstellungen zur Erweckung religiöser Gefühle ec., endlich die Anfertigung von Verzierungen, Rahmen, Lüstern, Leuchtern, Vasen, Larven, Figuren, Thiere ec.

Aller Unterricht und Anleitung wird den armen krüppelhaften Kindern unentgeltlich ertheilt.

- 5) Die Dauer der Lehr- und Beschäftigungszeit ist an den Werktagen in den Wintermonaten von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, und in den Sommermonaten von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends mit Ausnahme der Mittagsstunde.
- 6) Durch diese vielseitige, wechselnde Beschäftigung, welche aber für den Unternehmer mit einem großen Kostenaufwande verbunden ist, dürfte den Instituts-Zöglingen ein anderweitiges Unterkommen möglichst gesichert werden, als z.B. in einer Fabrik bunter Papiere, oder von Spielkarten, von künstlichen Schreibtafeln und Pergament, von Cartonage-Arbeiten, von Massa-Gegenständen, von Kinderspielwaaren, in einer chemischen Druckerei, als Gehülften bei Etui- und Futteralarbeitern, oder endlich in der mit dem Institute verbundenen Fabrik selbst, wo sie einen andauernden Beschäftigungsverdienst erhalten können.

Die in der Anstalt aufgestellte Fabrikaten-Sammlung dürfte die Güte der Lehrmethode nachweisen, sowie nicht minder als überzeugenden Beweis gelten für die vielseitigen wirklichen Leistungen.

München, im Jahre 1841.

Johann Nepomuk von Kurz,

kgl. q. Conservator und Instituts-Vorstand.

Diese Aufnahmebedingungen und Instituts-Gegenleistungen erhielten mittelst k. Regierungsrescripts vom 5. August 1841 die hohe Bestätigung, und die k. hohe Kreisstelle veranlaßte die allgemeine anempfehlende Bekanntmachung in allen Kreisen des Königreichs.«

### **III. Innere Mission und ›Krüppelfürsorge‹ als evangelische Diakonie**

#### **1. Entwicklungslinien der christlichen Gemeinde- und Anstaltsdiakonie**

- 1.1 Von den Anfängen des Christentums bis zur Reformation
- 1.2 Entwicklungsimpulse durch Reformation und Pietismus
- 1.3 Der Einfluss der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts
- 1.4 Die Bildung genossenschaftlicher Vereinigungen und ihr Beitrag zur Verwirklichung einer christlich-sozialen Gemeinschaftsidee im 19. Jahrhundert
- 1.5 Die Mutterhaus-Diakonie
- 1.6 Innere Mission und Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert
  - 1.6.1 Wichern und die Gründung der Inneren Mission
  - 1.6.2 Die sozialstaatliche Entwicklung und die Innere Mission
  - 1.6.3 Innere Mission und Diakonie nach Trennung von ›Thron und Altar‹
  - 1.6.4 Von der Inneren Mission zum Diakonischen Werk

#### **2. Die ›Krüppelfürsorge‹ der Inneren Mission**

- 2.1 Das Oberlinhaus als Modellzentrum anstaltsgebundener ›Krüppelfürsorge‹ der Inneren Mission
  - 2.1.1 Die Entstehung des Oberlinvereins und seine Grundsätze
  - 2.1.2 Die Arbeitsgebiete des Oberlinhauses
  - 2.1.3 Die ›Krüppelfürsorge‹ des Oberlinhauses
- 2.2 Die Verallgemeinerung und Sicherung der Konzeption des ›vollständigen Krüppelheims‹
  - 2.2.1 Die Systematisierung anstaltlicher ›Krüppelfürsorge‹
  - 2.2.2 Die Definition der Zielgruppe Körperbehinderter
  - 2.2.3 Die statistische Erfassung des ›Krüppeltums‹
  - 2.2.4 Folgerungen aus den Krüppelzählungen

#### **3. Kritik, Differenzierung und Alternativen anstaltlicher ›Krüppelfürsorge‹**

- 3.1 Widerstände von Seiten der Eltern
- 3.2 Differenzierende und alternative Konzeptionen
- 3.3 Konflikte bei der Verallgemeinerung der ›Krüppelfürsorge‹

#### **4. Resümee und Ausblick**

#### **Literaturverzeichnis**

#### **Übungsaufgaben**

**Quellentexte**

Quelle 1: Auszug aus R. Baron: Die Entwicklung der Armenpflege in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg.

Quelle 2: Auszug aus Th. Hoppe: Die ersten 25 Jahre. Geschichte der Diakonissenanstalt »Oberlinhaus« zu Nowawes.

Quelle 3: Auszug aus A. Philipsborn: Was muß zur Erhaltung der notleidenden privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands geschehen?

Quelle 4: Auszug aus Th. Schäfer: Das vollständige Krüppelheim.

Quelle 5: Auszug aus Th. Hoppe: Die Fürsorge für die Verkrüppelten.

Quelle 6: Auszug aus Th. Hoppe: Die ersten 25 Jahre. Geschichte der Diakonissenanstalt »Oberlinhaus« zu Nowawes.

**1. Entwicklungslinien der christlichen Gemeinde- und Anstaltsdiakonie***1.1 Von den Anfängen des Christentums bis zur Reformation*

Von seinen Anfängen her hat sich das Christentum nicht nur auf das geistlich-ewige ›Heil‹ der Menschen, sondern auch auf ihr irdisch-leibliches ›Wohl‹ bezogen. Schon in apostolischer Zeit entwickelt sich neben der unmittelbaren persönlichen Wohltätigkeit des Einzelnen, die entsprechend dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lukas 10, 29ff.) als christliche Nächstenliebe praktiziert wird, eine durch die jungen christlichen Gemeinden verantwortlich gestaltete christliche Liebestätigkeit. Diese gemeindlich organisierte ›Diakonie‹ (gr. ›diakonia‹ Dienst, ›diakonein‹ dienen) wird durch männliche Diakone und weibliche Diakonissen praktiziert, die zu diesem Dienst berufen werden (Apostelgeschichte 6,1; Philipper 1,1; Römer 16,1). »Neben das ›Predigtamt‹ tritt das ›Diakonenamt‹ (Rannenberger 1999, 265). Diese gegenwärtig als ›Gemeindediakonie‹ bezeichnete Form organisierter Diakonie zieht sich durch die gesamte Kirchen- und Diakonien-geschichte. Heute werden unter diesem Begriff »alle diakonischen Einrichtungen und Aktivitäten subsumiert, die von Körperschaften der ›verfassten‹ Kirche, also von Landeskirchen, Kirchenkreisen/Dekanaten und Kirchengemeinden, getragen und unterhalten werden« (ebd., 266).

Daneben entsteht, insbesondere mit der ›konstantinischen Wende‹, durch die das Christentum Staatsreligion wurde, eine neuartige Diakoniestruktur. Aus christlicher Sicht versteht Kaiser Konstantin (280–337) die allgemeine Not in seinem Reich zunehmend als öffentliche Aufgabe, deren praktische Bewältigung er der neu installierten ›Reichskirche‹ und ihren Bischöfen überträgt (Ratzinger 1984, 153). Dadurch entwickelt sich unter kirchlicher Leitung, aber getrennt von den spezifischen innergemeindlichen Bedürfnissen der jeweiligen Pfarchie (kirchengemeindlicher Bezirk), eine sozial-diakonische Armenfürsorge unter sozial-politischem Fokus und mit staatlicher Förderung, die sich nicht nur an Christen, sondern an alle Notleidenden wendet. Diese neue Form diakonisch-caritativer Hilfeleistung macht besondere Organisationsstrukturen erforderlich. Der Begriff



›diaconia‹ bezeichnet nun eine ›Wohlfahrtsanstalt‹ unter Regie eines Bischofs, die »Armen, Pilgern, Fremden und Kranken« dient und zunehmend einen klösterlichen Charakter entwickelt. »Am Anfang der öffentlichen, auf die ganze Gesellschaft bezogenen sozialen Wirksamkeit der Kirche nach Konstantin stand damit der karitativwirtschaftliche Typ der Diakoniananstalt.« (Degen 1994, 49) So wurde in Konstantinopel »nicht nur das erste Waisenhaus errichtet, sondern der Vorsteher dieses Heims, Zoticus, gründete zwischen den Jahren 330 und 337 auch die erste Einrichtung für ›Krüppel‹, über die nähere Angaben allerdings nicht zu existieren scheinen« und die bei Kirmsse (1914, 216) als »Haus für Verstümmelte« bezeichnet wird. »Diese Institution stellt also den ... Anfang einer anstaltlichen Krüppelbehandlung dar ...« (ebd.)

Aus dem ursprünglichen Nebeneinander von Gemeindediakonie und Diakoniananstalt entwickelte sich eine Konkurrenz zu Lasten der gemeindlichen Armenpflege, die bis zur Reformation zur weit gehenden »Alleinherrschaft des Anstaltlichen« und der sie tragenden Orden und Genossenschaften führte« (Schäfer 1887, 17). »Die Mittel stammten aus Schenkungen, die Motive für diese Art der Mittelhergabe waren mit den Stichworten Sündervergebung und Erlösung verbunden.« (Degen a.a.O.)

Mit dem Aufblühen der Städte und dem Übergang von der Agrar- zur Geldwirtschaft werden durch die Zünfte der Handwerker und die Gilden der Kaufleute zahlreiche Stiftungen eingerichtet, die zum Teil von den Städten verwaltet werden. Dabei wirkt sich nicht zuletzt das kirchliche Ablasswesen spendenförderlich aus, aber auch die religiösen Impulse des Armutsideals eines Franz von Assisi bleiben prägend.

## 1.2 *Entwicklungsimpulse durch Reformation und Pietismus*

Durch die Reformation mit ihrer Stärkung der Freiheit und Selbstverantwortung des je einzelnen Christenmenschen wird das gesamte Almosenwesen einer kritischen Bewertung und biblisch-theologischen Neubegründung unterzogen. So wird die Armenpflege einerseits zur sozial-ethischen Aufgabe und Verpflichtung des Einzelnen. Im Gegensatz zur scholastischen ›Werkgerechtigkeit‹ mit ihrer starken Motivation hinsichtlich des eigenen Seelenheils des Helfenden, soll Wohltätigkeit wieder allein um des Anderen, des Nächsten willen geleistet werden, und zwar auf der Grundlage der allein von Gott gewährten ›Glaubensgerechtigkeit‹ als der sich im sittlichen Handeln bewährenden Rechtfertigungsgründe (Römer 5,1). Andererseits wird Diakonie – wie zur Zeit der Apostel und der alten Kirche – zur Aufgabe der Kirchengemeinde erklärt. Da dem reformatorischen Denken eine Trennung von Bürger- und Christengemeinde noch fremd ist, sollen bei der Lösung sozialer Notstände beide zusammenwirken. Martin Luther (1483–1546) fordert deshalb vom Staat »nicht nur den Schutz seiner Bürger und eine gesicherte Rechtspflege, sondern auch die Sicherung der ›gemeinen‹

Wohlfahrt, und er wird nicht müde, diese bei Räten und Fürsten anzumahnen« (Rannenbergh 1996, 30). Da in den protestantischen Gebieten die bisherigen Rechte und Pflichten der katholischen Bischöfe in Gestalt des »Summepiskopats« (summus episcopus – oberster Bischof) auf das Kirchenregiment des Landesherrn bzw. des Magistrats und der zu diesem Zweck eingerichteten Konsistorien übergehen (Erlor 1965, 15, 19), wird die Kirche vornehmlich auf die religiösen Bereiche beschränkt. Die Armenpflege wird als Gestaltungsaufgabe der »christlichen Obrigkeit« erkannt und durch Kirchen- und Armenordnungen geregelt. Interessengegensätze, die die reformatorischen Zielvorstellungen in der Armenpflege als zu idealistisch erscheinen lassen (Herbst 1999, 244), führen jedoch dazu, dass sich »je länger desto mehr ... bloß eine äußerliche Verrichtung der staatskirchlich geordneten Barmherzigkeitswerke« einstellt. Zudem fehlt »durch den Wegfall aller klösterlichen und anderer Genossenschaften für die Anstalten der Barmherzigkeit, Spitäler, Siechenhäuser u.s.w., sowie auch für die Ausübung der schwierigeren Fälle der Gemeindepflege ein geeignetes Personal«. Dennoch wird »eine nicht unbedeutende Wohltätigkeit von Einzelnen geübt, wenngleich viele, seit es kein Verdienst mehr war, zu geben, die Freiheit des Evangeliums zum Deckel ... ihres Geizes machten (Schäfer 1887, 28f.).

Durch die »Entwicklung der territorialen Obrigkeit zum modernen Staat mit seiner zentralen Gewalt ... trat das landesherrliche Kirchenregiment immer mehr als die allein bestimmende Instanz ... auf, wobei den Konsistorien und damit auch den Theologen weithin ... nur eine Vollzugsfunktion zufiel« und »das religiöse Leben in strengen Regeln von polizeilichem Charakter« gehalten wurde (Friedrich 1962, 919). Als Reaktion auf solch dogmatisch erstarrtes konfessionelles Staatskirchentum kommt es im Protestantismus zur Bewegung des Pietismus durch die Sammlung »erweckter« Christen als Kern der Gemeinde. Sie sammeln sich in freien Gruppierungen als religiöse Erbauungsgemeinschaften, die bemüht sind, eine individuelle »praxis pietatis« zu leben, die sich aus einer verinnerlichten lebendigen Frömmigkeit heraus auch den vielfältigen sozialen Nöten zuwendet, die auf Grund der Erschütterungen des Dreißigjährigen Krieges bestehen. Aus der Distanz dem Staatskirchentum gegenüber kommt es dabei einerseits – wie bei der vom Reichsgrafen Nikolaus von Zinzendorf (1700–1750) gegründeten Herrnhuter Brüdergemeinde, die noch heute Bestand hat –, zu einem beispielhaften christlich sozialen Engagement, das sich jedoch zuweilen primär auf die eigene Gemeinschaft begrenzt und noch nicht zu einer den Sozialnöten gegenüber adäquaten allgemeinen Gemeinde- und Sozialdiakonie führt. Andererseits erfolgt die Gründung von speziellen diakonischen Einrichtungen, und es entsteht – dem Mittelalter vergleichbar – eine auch ökonomisch eigenständige Anstaltdiakonie. August Hermann Francke (1663–1727) in Halle kann mit seinen Anstalten, vor allem dem Waisenhaus, hierfür als exemplarisch gelten. Diesen pietistisch geprägten anstaltlichen Gemeinwesen, die wie in Halle bei Franckes Tod 2200 Schüler und weiteres Personal zu versorgen hatten, eignet ein auf religiöse

Bekehrung des Individuums gerichteter sittenstrenger asketischer Zug, der sich bis in die Pädagogik hinein auswirkt. Hinzu kommt ein gewisser »Arbeitsfanatismus« (Frick 1962, 1112), der mit ökonomischer Betriebsamkeit gepaart ist, um die Anstalt wirtschaftlich unabhängig undentwicklungsfähig für neue Aufgaben zu halten, wie etwa für die 1706 von Francke begonnene Dänisch-Hallesche Missionsarbeit in Südindien (Grafe 2000, 421). »Was einkam, wurde wieder in die Anstalten hineingesteckt« – das Wirtschaftsprinzip jeder diakonischen Unternehmung bis heute (Frick a.a.O.).

»In der Folge sind es dann die ›großen Persönlichkeiten‹, die als Pioniere bis heute bekannte Einrichtungen ins Leben rufen und eine bahnbrechende Wirksamkeit entfalten«, von der noch zu reden sein wird, wie auch von ihrer Einbettung in zeittypische gesellschaftliche Zusammenhänge (Rannenberg 1999, 267). Auch wenn diese Institutionen bei der Bekämpfung der gesellschaftlicher Notstände anfangs noch nicht dezidiert den sozialen Zusammenhängen und ihren Ursachen nachgehen, haben sie doch dazu beigetragen, in Kirche, Gesellschaft und Staat ein neues soziales Bewusstsein zu fördern. So führt etwa Friedrich Wilhelm I., beeindruckt vom Halleschen Pietismus Franckes, in Preußen 1717 die allgemeine Schulpflicht ein und »bereitete damit dem internationalen Vorsprung Deutschlands auf dem Gebiet des Bildungswesens im 19. Jahrhundert den Boden« (Wendt 1990, 22).

### 1.3 *Der Einfluss der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts*

Indem mit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert die geistesgeschichtliche Bewegung der auf individuelle Autonomie zielenden Aufklärung zu einem einseitigen und starren Rationalismus führt, tritt ihr in der Bewegung des Idealismus und der Romantik eine stärkere Betonung des Gefühls- und Gemeinschaftslebens entgegen (Erler 1965, 51). Diese will unter dem Eindruck der Französischen Revolution und der napoleonischen Kriege, aber auch angesichts der negativen Auswirkungen der industriellen Revolution mit ihrer menschenverachtenden und demoralisierenden kapitalistischen Erwerbsökonomie, an der vorausgegangenen geistigen, kirchlichen und politischen Gesamtlage anknüpfen und entwickelt dafür ein konservativ-bewahrendes und restaurativ-erneuerndes Gegenbild. Als traumatisierend und das kollektive Bewusstsein prägend werden insbesondere in christlichen Kreisen die Auswüchse der Französischen Revolution verinnerlicht. Dazu zählt die Erfahrung der zeitweiligen Auflösung der Kirche, die Verfolgung und Ermordung von Priestern (225 allein in Paris 1792, 30.000 fliehen ins Ausland) und die vorübergehende Abschaffung des Christentums in Frankreich mit der Etablierung eines ersatzreligiösen Kultus mit der Göttin Vernunft auf dem Altar im Chor von Notre Dame zu Paris.

Die durch die Restauration geprägte Mentalität gewinnt im Protestantismus im Rahmen der neupietistischen, biblizistisch-orthodox bestimmten Erwe-

ckungsbewegung Gestalt und breitet sich rasch in unterschiedlichen Regionen Mittel-, Nord- und Süddeutschlands aus. Sowohl in theoretischer (vgl. Friedrich Schleiermacher 1799) als auch in praktischer Hinsicht (Stadler 2001, 79–81) entfaltet sich innerhalb der unterschiedlichen Strömungen dieser Erweckungsbewegung nicht bloß ein restaurativ-reaktionärer Zug, sondern es wird immer stärker ein reform-konservatives Interesse leitend, das sich für eine Verbesserung des Bestehenden in ökonomischer, sittlich-moralischer sowie in familien- und heimpädagogischer Hinsicht zu engagieren weiß (Wendt 1990, 73). Auf der Grundlage einer individuell erfahrenen ›Wiedergeburt‹ fördert die Erweckungsbewegung eine persönlich gelebte Glaubenserfahrung im Modus praktischer gemeinschaftlicher Liebestätigkeit. Die Auswüchse der Revolution betrachtet sie als Gottes Strafgericht, das zu »Buße und Umkehr von den selbstgewählten Idealen ruft« (Fahlbusch 1962, 633). Während »die Revolution von der Selbstverwirklichung des Menschen her zur Veränderung der äußeren Ordnung drängt, sucht die Restauration von den Institutionen aus, die in ihrem Grundriss als unwandelbar gelten, den Menschen in diese Ordnungen einzugliedern« (ebd., 635). Insbesondere in der Berliner Erweckungsbewegung entsteht jedoch unter dem Adel, der sich an den Freiheitskriegen gegen Napoleon begeistert und von der Romantik ergriffen ist, aufs Neue ein reaktionär-patriarchalisches Staatsverständnis, das sich mit einem orthodoxen Kirchentum verbindet. Dieses bleibt unter der Regentschaft von Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861) in Preußen auch im Blick auf die Märzrevolution von 1848 und der sich in ihr entfaltenden demokratischen Intentionen des Bürgertums und der Arbeiterschaft bestimmend.

#### *1.4 Die Bildung genossenschaftlicher Vereinigungen und ihr Beitrag zur Verwirklichung einer christlich-sozialen Gemeinschaftsidee im 19. Jahrhundert*

Mit zunehmender Industrialisierung und der durch sie bedingten Wanderbewegung in die städtischen Produktionszentren lösen sich die bisherigen informellen sozialen Netzwerke auf (Landwehr/Baron 1983, 41; Quelle 1). Zur Überwindung der Einzelzelung der ihres bisherigen sozialen Schutzes verlustig gegangenen Menschen kommt es mit Blick auf eine kollektive Bewältigung der vielfältigen sozialen Problemlagen, die mit dem traditionellen Instrumentarium der kommunalen und kirchlichen Armenpflege nicht mehr zu lösen sind, zur Bildung von genossenschaftlichen Vereinigungen (Assoziationen). Sie wollen dazu beitragen, gesellschaftliche Missstände abzuschaffen, und praktizieren dazu eine Selbsthilfe auf Gegenseitigkeit, die aus einer christlich-konfessionell, philanthropisch, zunehmend aber auch sozialistisch-kommunistisch begründeten Gemeinschaftsidee erwächst (Wendt 1990, 45, 49–51, 69–70). In Distanz zum herrschenden kirchenamtlichen Konservatismus, der den christlich-sozialen Bestrebungen mit Misstrauen begegnet, entwickeln sich innerhalb der Erweckungsbewegung

Gruppierungen mit einer eschatologisch, d.h. endzeitlich gestimmten Reich-Gottes-Idee, die von dem Modell urchristlicher Lebens- und Gütergemeinschaft geprägt sind. Aus der sie leitenden Gemeinschaftsidee heraus kommt es dabei, nach dem Vorbild der Herrenhuter Brüdergemeinde, über die Pflege christlicher Gemeinschaft in ›erweckten‹ Zirkeln hinaus zu christlich-genossenschaftlichen und kommunitären Lebensformen, wie etwa ab 1819 zu dem Lebensgemeinschaftsprojekt im ländlichen württembergischen Korntal und der Zweigkolonie Wilhelmsdorf, das zudem mit seinen Heimschulen und einer für die Restaurationszeit typischen Rettungsanstalt für verwahrloste Kinder (Möckel 1988, 75) auch für weitere Kreise sozial-diakonische Verantwortung übernimmt. Auch die durch den evangelischen Pfarrer Gustav Werner (1809–1887) 1840 gegründete nachmalige ›Gustav Werner Stiftung zum Bruderhaus in Reutlingen‹ hatte vergleichbare Intentionen. Sie wollte u.a. »den Beweis erbringen, daß Betriebe aus christlichem Geist besser zu führen seien« (Neumann 1991, 85). So gründeten Anhänger Werners 1850 einen ›Verein zur gegenseitigen Hilfeleistung‹, um durch gemeinsame Arbeit einander Arbeit und Verdienst zu schaffen. Textil- und Möbelfabriken werden betrieben, eine Papierfabrik sowie landwirtschaftliche Musterbetriebe dienen dabei zugleich der Beschäftigung arbeitsloser und behinderter Personen. Kinderschulen und Lehrlingsheime, Lehrerinnenausbildung, die Pflege von Kranken, Alten und Gebrechlichen sowie die Gründung einer »Krüppelanstalt« (Schäfer 1908, 34) runden die Arbeit ab, die im Württembergischen »flächendeckend« in Angriff genommen wird, dort wo Gustav Werner Not zu erkennen glaubt und »wo sich ihm dazu eine günstige Gelegenheit zu bieten schien« (Neumann 1991, 88).

Als gesellschaftspolitisch-philanthropisches Pendant zu den dargestellten Unternehmungen können die kommunitären Erziehungs-, Arbeits- und Siedlungsprojekte des englischen Sozialisten Robert Owens (1771–1858) gelten (Wendt 1990, 51–54), die auch auf Deutschland ausstrahlen.

In Auseinandersetzung mit diesen Strömungen kann Johann Hinrich Wichern (1808–1881), der Gründer des 1833 als Rettungshaus für verwahrloste Kinder und Jugendliche entstandenen ›Rauhen Hauses‹ zu Horn bei Hamburg, das für die moderne Heimerziehung im Familiensystem stilbildend wurde (Jacobi 1998, 82–85; Lindmeier 1998, 181), durchaus vom Entstehen eines ›christlichen Sozialismus‹ reden (Wichern 1849). Dieser hat sich freilich im Gegenüber zum revolutionären Sozialismus als konservativ-evolutionär und sozial befriedend zu verstehen, wenn er in unterschiedlichen Formen sozialer Hilfe zur Gestaltung des Gemeinwesens im christlichen Verständnis und zur individuellen Betreuung sozial Bedürftiger beitragen möchte.

Aus solcher Tradition heraus entwickelt sich dann im Kaiserreich nach 1871 als »christlicher Gegenentwurf zur Verstädterung in der modernen Industriegesellschaft« die Ortschaft Bethel vor den Toren Bielefelds als ›Stadt der Barmherzigkeit‹, nachdem Friedrich von Bodelschwingh (1831–1910) an das 1869 ge-

gründete Diakonissenhaus berufen wird, das sich besonders der Epileptiker und weiterer behinderter und sozial benachteiligter Menschen annimmt. Bis zu Bodelschwinghs Tod entsteht dort »eine kirchliche und kommunal selbständige Siedlung von über 4.000 Kranken und Gesunden ... die kleinstädtischen Charakter hatte« und wo an über 2.000 »Pfleglingen« Dienst getan wurde (Benad 1998, 122f.), worunter sich auch »Krüppel in Versorgung« befanden (Hoppe 1888, 44).

Erst später kommt es zum Zusammenschluss »religiöser Sozialisten«, die ihren Impetus aus dem Bewusstsein einer erneuerten christlichen Brüderlichkeit und der Bereitschaft zu einer solidarischen (Lorenz 1976; Krautter 1987), allerdings nichtrevolutionären Zeitgenossenschaft empfangen, wie sie exemplarisch der schwäbische Pfarrer Christoph Blumhardt (1842–1919) als Nachfolger seines Vaters Johann Christoph Blumhardt (1805–1880) von Bad Boll aus – zeitweilig als sozialdemokratischer (!) Landtagsabgeordneter – praktiziert.

### 1.5 *Die Mutterhaus-Diakonie*

Als besonders wirksam sollte sich eine spezielle Form gemeinsamen genossenschaftlichen Lebens erweisen. Sie bestand in der aus der Erweckungsbewegung hervorgehenden Wiederbelegung des urchristlichen Diakonats in seiner männlichen, insbesondere aber in seiner weiblichen Form. Neben den auf Wichern zurückgehenden »Brüderhäusern« zur Ausbildung von Diakonen (Häusler 1998), wie sie im Zusammenhang mit dem von ihm gegründeten »Rauhen Haus« eingerichtet werden (Lindmeier 1998, 312), sind es insbesondere die »Diakonissen-Mutterhäuser«, die sich seit der ersten Gründung 1836 in Kaiserswerth durch Theodor Fliedner (1800–1864) rasch ausbreiten. Bis zu ihrer Ergänzung und Ablösung durch freie diakonische Schwesternschaften (Hoppe 1899, 101; Katscher 1998, 153–155) waren die zur Ehelosigkeit verpflichteten Diakonissen der Mutterhäuser bis über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus hinsichtlich der Bewältigung sozial-diakonischer Aufgaben überaus effizient und dies sowohl in gemeindediakonischen als auch in anstaltsdiakonischen Aufgabenbereichen, für die sie jeweils besonders qualifiziert wurden. Neben der Gemeinde-, Kranken- und Armenfürsorge im weitesten Sinne wurde vor allem die Kleinkinderfürsorge und -erziehung bedeutsam. »Durch christliche Unterweisung, Spiel und Stricken sollten die Kinder vor bösen Einflüssen bewahrt, die häufig erwerbstätigen Mütter und älteren Geschwister, die gar nicht recht für die Kleinen sorgen konnten, entlastet und die frühzeitige Beeinflussung im Sinne der frommen Seelenrettung gewährleistet werden.« (Jacobi 1998, 87) Dabei wurde an Praxiserfahrungen der Kleinkinderbetreuung der armen Landbevölkerung und deren Beschäftigung durch junge Mädchen angeknüpft, die seit 1770 von Pfarrer Dr. Johann Friedrich Oberlin (1740–1826) entwickelt und durch seine Mitarbeiterin Luise Scheppeler (1763–1837) im elsässischen Steintal fortgeführt wurden. In Weiterentwicklung der von ihnen begonnenen Arbeit gründet Fliedner 1836 zugleich mit dem Dia-

konissen-Mutterhaus ein Seminar für Kleinkinderlehrerinnen (Kindergärtnerinnen), das von den angehenden Diakonissen wie auch von Seminaristinnen besucht werden konnte; 1844 wird von ihm das erste private evangelische Lehrerinnenseminar in Preußen eröffnet.

Die rasche Ausbreitung der Diakonissenanstalten – 1870 gab es in Deutschland 34 Mutterhäuser, 1929 waren es 66 mit 24.839 Schwestern (Hoppe 1930, 152–154) – ist zugleich »als bahnbrechender Schritt zur Verberuflichung sozialpädagogischer und fürsorglicher Arbeit anzusehen. ... Das Diakonat eröffnete jungen Frauen aus kirchlich gebundenen Milieus biografische Alternativen zu Ehe und Mutterschaft. ... Der parallel sich entwickelnde katholische ›Ordensfrühling‹, der eigentlich ein Frühling tätiger Frauenkongregationen war, unterstreicht diese Tendenz der Entwicklung spezifisch weiblicher Bildungsmilieus im 19. Jahrhundert.« (Jacobi 1998, 86; vgl. 2002, 83)

Im Gegensatz zu den Diakonen, die in der Regel verheiratet waren und ein festes Gehalt benötigten, erhielten die Diakonissen, die nach entsprechender Qualifizierung mit einem Gelohnis in die Diakonissengemeinschaft aufgenommen und in die jeweils anstehenden Arbeitsfelder entsandt wurden, im Allgemeinen neben Kleidung, Unterkunft und Verpflegung nur ein geringes Taschengeld. Dadurch blieben »die Diakonissen ... wirtschaftlich lebenslang an ihr Mutterhaus gebunden«, das ihnen mit Eintritt in den Ruhestand als ›Feierabendhaus‹ zur Verfügung stand und ihre lebenslange Versorgung garantierte (Häusler 1998, 117). Die Leitung eines Diakonissen-Mutterhauses oblag einem Pastor als Vorsteher und einer aus der Schwesternschaft berufenen Oberin.

»In Unterordnung unter den Willen ihres Vorstehers übernahmen Diakone und Diakonissen die für sie ausgewählten Arbeitsstellen, wo sie auch weiterhin der ständigen geistlichen Obhut ihres Brüder- beziehungsweise Mutterhauses unterstanden. Ausschlaggebend für das Sendungsprinzip waren nicht nur disziplinarische Gründe, sondern vor allem auch der Gedanke der ständigen Verfügbarkeit und vorbehaltlosen Einsatzbereitschaft der Diakone und Diakonissen.« (Hoppe 1899, 199–201; Quelle 2) Das Sendungsprinzip stellt den markantesten Baustein eines in Selbstaufopferung kulminierenden Dienstideals dar, das männliche und weibliche Diakonie ebenfalls verbindet. »Mein Lohn ist, daß ich darf!« lautet der zentrale Satz des Diakonissenspruchs des fränkischen Mutterhausvorstehers Wilhelm Löhe (1808–1872), der auch Generationen von Diakonen als Appell an ihr Dienstideal vorgehalten wurde.« (Häusler 1998, 117) Der volle Wortlaut des Diakonissenspruchs von Wilhelm Löhe lautet: »Was will ich? Dienen will ich. Wem will ich dienen? Dem Herrn in Seinen Elenden und Armen. Und was ist mein Lohn? Ich diene weder um Lohn noch um Dank, sondern aus Dank und Liebe; mein Lohn ist, daß ich darf! Und wenn ich dabei umkomme? Komme ich um, so komme ich um, sprach Esther, die doch Ihn nicht kannte, dem zu Liebe ich umkäme und der mich nicht umkommen läßt. Und wenn ich dabei alt werde? So wird mein Herz grünen wie ein Palmbaum, und der Herr

wird mich sättigen mit Gnade und Erbarmen. Ich gehe mit Frieden und Sorge nichts!« (Zit. n. Schuster u.a. 1960, 26)

## 1.6 *Innere Mission und Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert*

### 1.6.1 *Wichern und die Gründung der Inneren Mission*

Die vielfältigen Formen diakonischer Liebestätigkeit, die sich im organisatorischen Rahmen des Genossenschafts- und Vereinswesens herausgebildet hatten und die in einem Selbstverständnis »als Gemeinschaft von Gesinnungsgenossen für bestimmte Zwecke« gründeten (Schäfer 1887, 44), versucht Wichern zu verbinden und organisatorisch zu zentralisieren durch seine Bestrebungen, die auf dem Wittenberger Kirchentag im Revolutionsjahr 1848 den Anstoß zur Gründung der Inneren Mission geben. Es ist nicht allzu verwunderlich, dass angesichts der revolutionären Vorgänge, die auch die Aufhebung des Staatskirchentums intendierten, sowohl von Seiten der herrschenden politischen Restauration und Reaktion als auch seitens der Kirchenregierungen ein gewisses Misstrauen gegenüber den Aktivitäten einer sich organisierenden Diakonie bestand (Frick 1962, 326). Denn die Institutionalisierung der Inneren Mission erfolgte rechtlich »neben und unabhängig von der sog. ›Verfassten Kirche‹ und den von ihr selbst getragenen und daher unselbständigen diakonischen Einrichtungen« (Rannenberg 1999, 267). Die zahlreichen freien vereinsmäßigen Zusammenschlüsse und Aktivitäten waren von Gläubigen aus allen sozialen Schichten – vornehmlich jedoch aus dem bürgerlichen Milieu – veranlasst, zu denen zahlreiche Pastoren traten, die ad personam, nicht aber als Vertreter des Kirchenregiments mitwirkten. »Es ist die Bedeutung des Wittenberger Kirchentages, daß Wichern hier ... die verfaßten Kirchen auf ihre diakonische Verantwortung anspricht und zur Trägerschaft der IM aufruft.« (Frick 1962, 326) Wichern sieht in der Formierung der Inneren Mission in Abhebung zu einer erstarrten und in sozialen Belangen unbeweglichen Staatskirche die Lebensbewegung einer sich dynamisch entfaltenden Volkskirche, gerade auch wegen der zunehmenden Entkirchlichung weiterer Kreise der gebildeten Bevölkerung wie auch der Arbeiterschaft. Insofern zielen seine Bestrebungen dezidiert auf eine innere, d.h. inländische Missionierung, die angesichts der Säkularisierung der Gesellschaft zu deren Rechristianisierung und zu einem Zurückdrängen der »sozialistischen Ideen« (Wichern 1849) beitragen sollen. Mit dem als Koordinierungsgremium gegründeten ›Central-Ausschuß für die Innere Mission‹, wollte Wichern das evangelisch-diakonische Verbandswesen einheitlich strukturieren und damit auch die konfessionalistisch zersplitterten protestantischen Landeskirchen zusammenführen. Insgesamt sollten durch die Innere Mission verstärkt diakonische Initiativen veranlasst und diese kirchlich eingebunden werden, und es sollten die Kirchen stärker für die sozialen Nöte sensibilisiert werden, um öffentlichkeitswirksam und politisch vor allem »zur Besserung der religiösen und sozialen Lage der notleidenden unter-



bürgerlichen Schichten« beizutragen, ohne sich allerdings auf diese zu begrenzen (Kaiser 1998, 21).

Die neuzeitliche Diakonie, die mit der Gründung des Central-Ausschusses für die Innere Mission beginnt, möchte die Lösung der sozialen Frage durch brüderliche Nächstenliebe, durch Befähigung zur Selbsthilfe und durch Bewusstmachung der sozial-politischen Aufgabe des Staates und der Kirche angehen (Seifert 1997, 206). Auch wenn durch Wichern der strukturelle Gegensatz von Kapital und Arbeit noch nicht herausgearbeitet wird, sondern primär das Versagen von beiden, so bleibt es doch sein Verdienst, die sozial-diakonische Aufgabe der Kirche vor Augen gestellt und eine Vielzahl pragmatischer Lösungswege durch die Formierung der Inneren Mission initiiert zu haben. Damit hat Wichern der Kirche und ihrer Diakonie dazu verholfen, ihre Aufgabe als sittlich-moralische Gewissensinstanz auch für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben neu zu erkennen und bewusster wahrzunehmen.

Gleichwohl bestand auch weiterhin ein äußerst spannungsreiches und teilweise konkurrierendes Nebeneinander von gemeindediakonischen Arbeitsfeldern der verfassten Kirche und von selbstständigen diakonischen Einrichtungen der Inneren Mission. Was zusammengehörte, driftete immer wieder auseinander, »obgleich hier wie dort Mitglieder der Kirche und bewusste Christenmenschen – oft sogar kirchliche ›Amtsträger‹ – lebten und ihren Dienst taten« (Rannenbergs 1999, 267).

Diese Situation war auch bedingt durch die unterschiedliche Einschätzung der sozialpolitischen Entwicklung im Kaiserreich. Insbesondere der Berliner Hofprediger und Leiter der ›Berliner Stadtmission‹ Adolf Stoecker (1835–1909) insistiert auf politische Sozialreformen als Voraussetzung zur Bekämpfung der anhaltenden sozialen Missstände während der wirtschaftlichen Wachstumskrise zwischen 1874–1895 (Landwehr/Baron 1983, 27) und zur Wiedergewinnung der Arbeiterschaft für die Kirche. Seine Zeitdiagnose vom Verlust des christlichen Sittengesetzes als Grundproblem der sozialen Frage führt ihn zur Ablehnung der sozialdemokratischen Partei und ihres »umstürzenden Socialismus« (zit. n. Kaiser 1998, 24). Nach Attentaten einzelner Anarchisten auf den Kaiser 1878 (Orthbandt 1980, 42) gründet er zusammen mit dem Nationalökonom Adolph Wagner (1835–1917) die ›Christlich-soziale Arbeiterpartei‹. Stoecker gilt als herausragende, gleichwohl kontroverse Gestalt des staatsloyalen politischen und sozialen Protestantismus (Kaiser 1998, 21–26). Obgleich er ab 1879 über Jahrzehnte als Abgeordneter wirkt und 1890 als Hofprediger entlassen wird, erreicht er politisch die Massen der Arbeiterschaft nicht, sondern – nach Streichung des Wortes ›Arbeiter‹ aus dem Parteinamen – vornehmlich den Mittelstand und das konservative Bildungsbürgertum.

### 1.6.2 Die sozialstaatliche Entwicklung und die Innere Mission

Vor allem die Einführung der Sozialversicherung unter Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck (1815–1898), die parallel zu dem repressiven ›Sozialistengesetz‹ der Jahre 1878–1890 erfolgte, berührt das materielle und ideelle Gefüge der bisherigen Armenpflege bis in den Mikrobereich des Handelns (Wendt 1990, 190). In den Ausführungen zur ersten Unfallversicherungsvorlage wird dies durch Bismarck im Jahre 1881 vor dem Reichstag folgendermaßen angesprochen: »Wer den Armenverhältnissen in großen Städten selbstprüfend näher getreten ist, ... hat beobachten können, wie ein Armer, namentlich wenn er körperlich schwach und verkrüppelt ist, unter Umständen behandelt wird ..., der muß eingestehen, daß jeder gesunde Arbeiter, der dies mit ansieht, sich sagt: es ist doch fürchterlich, daß ein Mensch auf diese Weise ... herunterkommt, wo der Hund seines Nachfolgers es nicht schlimmer hat.« (Bismarck 1881, 713) Deshalb habe an die Stelle von öffentlichen Almosen, caritativer Wohltätigkeit und neben freie genossenschaftliche Selbsthilfe nun der sozialpolitisch garantierte Rechtsanspruch auf notwendige Hilfe bei Krankheit, Invalidität und Alter zu treten. Verwirklicht wurde diese sozialpolitische Intention während der Bismarck-Ära durch die reichsweite Einführung der Krankenversicherung (1883), der Unfallversicherung (1884), sowie der Invaliditäts- und Altersversicherung ab dem 70. Lebensjahr (1889) (vgl. Orthbandt 1980, 44–49). Allerdings schließt die Krankenversicherung zunächst nur 10 bis 15% der Arbeiter ein und ermöglicht lediglich in beschränktem Maße Leistungen für Familienangehörige. Erst 1911 wird sie auf Beschäftigte in der Landwirtschaft und auf Hausgewerbetreibende ausgedehnt. Tagelöhner und Dienstboten werden noch später versicherungspflichtig (Landwehr/Baron 1983, 36–39). Von der Sozialversicherung ausgeschlossen bleiben jedoch jene Menschen, die sich auf Grund von körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen sowie Mängeln, die in einer »unzureichenden Erziehung oder Ausbildung ihre Ursache haben« (ebd., 40), keinen Versicherungsanspruch erwerben können oder wollen (ebd., 46). Es handelt sich dabei um diejenigen Gesellschaftsschichten, die zu einer gemeinsamen Interessenvertretung am wenigsten in der Lage sind und die als Empfänger von Armenunterstützung nach dem ›Bundesgesetz über den Unterstützungswohnsitz‹ von 1871 (Landwehr/Baron 1983, 20f.) zudem vom aktiven und passiven Wahlrecht sowie von bürgerlichen Ehrenrechten ausgeschlossen sind. Dies war eine grundsätzliche Diskriminierung Hilfebedürftiger. Sie bestand bis 1919, auch wenn sie ab 1909 nicht mehr bei Krankenunterstützung, Unterstützung zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf oder bei Betroffenen und Angehörigen griff, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen Anstaltspflege erhielten (Orthband 1989, 29). Die politischen Sozialreformen blieben also weiterhin ergänzungsbedürftig.

Insofern kommt es nach Einführung der Sozialversicherung, die von Bismarck als ein als ›Staats-Sozialismus‹ bezeichnetes Unternehmen befriedender

Arbeiterpolitik bezeichnet wird (Orthband 1980, 53), zu kommunalen Sozialreformen, die eine Ergänzung des Unterstützungswohnsitzgesetzes darstellen. Denn was die Sozialversicherungen zahlen, steht nun zur Milderung anderer gravierender sozialer Problemlagen zur Verfügung: der kommunalen Gesundheits-, Jugend- und Wohnungs- und Erwerbslosenfürsorge. Zugleich wird das wohlhabende Bürgertum stärker als bisher aktiv, sowohl im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung als auch in privaten und kirchlichen Wohltätigkeitsvereinen. So werden in Hannover Mitte der Achtzigerjahre 300 Wohltätigkeitsvereine gezählt und Berlin weist 1896 über 1.000 private Wohltätigkeitseinrichtungen auf (Landwehr/Baron 1983, 30). Auch erfolgt innerhalb der kommunalen Fürsorge-reform zunehmend eine planmäßige Befassung mit den Ursachen und Erscheinungsformen sozialer Probleme und einer nicht mehr nur auf den Individualfall, sondern auf das Volkswohl als Ganzes angelegten, möglichst vorbeugenden ›sozialen Fürsorge‹, deren Inanspruchnahme nicht mehr diskriminiert. In diesem Rahmen entwickelte der 1880 gegründete ›Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit‹, der heute den Namen ›Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge‹ führt, beispielgebende innovative Modelle kommunaler sozialer Fürsorge (Orthbandt 1980, 62–67). Als besonders erfolgreich erwiesen sich dabei Bestrebungen zur Gesundheitsfürsorge, der die Forderungen der Gesundheitswissenschaft, der wissenschaftlichen Hygiene, zu Grunde lagen. Diese bezogen »sich einmal auf besonders gefährdete Adressatengruppen, die gerade keinen Lohnarbeitsstatus hatten: Säuglinge, Kleinkinder, Schüler, Schwangere und Wöchnerinnen; zum anderen auf besondere Krankheitstypen, von denen allerdings die Arbeiterbevölkerung in besonderem Maße betroffen war: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus, psychische Leiden und körperliche Behinderungen« (Tennstedt 1998, 99).

Ein Mix aus Mitteln der Sozialversicherung, der gesetzlichen Armenfürsorge, der freiwilligen kommunalen Fürsorge sowie der privaten und kirchlichen Wohltätigkeitsvereine erlaubte es nun, angesichts dieser für soziales Engagement günstigen Rahmenbedingungen, das diakonische Engagement zu intensivieren, so dass es in den 80er- und 90er-Jahren zu einer ›boomhaften‹ Gründung von Vereinen, Einrichtungen und Anstalten der Inneren Mission kommt (Tennstedt 1998, 101), deren Personalkosten dank des kostengünstigen Einsatzes von Diakonissen äußerst gering sind. Eine Entwicklung, die auch von dem 1897 gegründeten ›Deutschen C(h)aritasverband‹ alsbald positiv mitgestaltet wird (Wilken 1983, 248–249). (Zur Entwicklung der Anstaltsgründungen für Körperbehinderte vgl. Schäfer 1908, 48–49.) Um 1900 verfügt die Innere Mission auf dem sozialstaatlich induzierten ›Fürsorgemarkt‹ über ein umsichtig gelenktes ›Wirtschaftsimperium‹. Zur Sicherung ihres gesellschaftsgestalterischen Einflusses auf der Grundlage ihrer christlich-sozialstaatlichen Vorstellungen strebt sie mit unternehmenspolitischer Vernunft und in verlässlicher Kooperation mit den zuständigen Kostenträgern, nach neuen ›Marktanteilen‹ angesichts eines sich immer

stärker ausdifferenzierenden Bedarfes an sozialen Dienstleistungen (Thomann 1995, 44–47).

### 1.6.3 Innere Mission und Diakonie nach Trennung von ›Thron und Altar‹

Während der ›Weimarer Republik‹ erfolgt – nach vollzogener Trennung von Staat und Kirche – eine fortschreitende Ausgestaltung zum Sozial- und Wohlfahrtsstaat. Die Verabschiedung der nachfolgenden Gesetze kann dafür als beispielhaft gelten: Krüppelfürsorgegesetz 1920, Jugendwohlfahrtsgesetzes 1922, Reichsfürsorgepflichtverordnung 1924, Arbeitslosenversicherung 1927. Dabei führt die staatliche Subventionierung der privaten Wohlfahrtspflege, die seitens der Inneren Mission, der Caritas und weiterer in der ›Liga der freien Wohlfahrtspflege‹ seit 1924 zusammengeschlossenen Verbände geleistet wird (Orthbandt 1980, 249), zu einer anhaltenden Expansion der diakonischen Tätigkeitsfelder. Insofern besteht auch nach vollzogener Trennung von Staat und Kirche eine enge Zusammenarbeit auf sozialem Gebiet, da der Staat ohne die innovative Kompetenz der freien Wohlfahrtspflege, und damit auch der Inneren Mission, die sozialpflegerischen Herausforderungen allein nicht bewältigen konnte. Vor allem auf Grund der Reichsfürsorgepflichtverordnung (§ 5, Abs. 3), – die das der katholischen Soziallehre entstammende Subsidiaritätsprinzip mit seinem bedingten Vorrang der freien vor der öffentlichen Wohlfahrtspflege gesetzlich normiert – entstehen in der Trägerschaft der Inneren Mission vielfältige Sozial- und Jugenddienste. Durch die mit der staatlichen Beauftragung gegebene relative finanzielle Unabhängigkeit kommt es zu Autonomiebestrebungen der Inneren Mission gegenüber der verfassten Kirche. Infolge dessen waren die diakonischen Angebote oftmals nur gering mit den Kirchengemeinden verbunden. Allerdings führt die Abhängigkeit von staatlichen Direktiven auch zu einer Begrenzung diakonischer Gestaltungsräume, wenn ohne Rückbindung an die Kirchengemeinden und ohne eigenständiges Profil »jeweils nur von Fall zu Fall im Rahmen der finanziellen Vorgaben des Staates« soziale Aufgaben übernommen werden (Rannenberg 1996, 75). Die Folgen dieses »additiven Pragmatismus« (ebd.) werden schon während der Inflationszeit bis Ende 1923 deutlich (Philipsborn 1923, 34–39; Quelle 3) und dann – nach dem Verpuffen der wirtschaftlichen Scheinblüte der ›golden twenties‹ – vor allem in der Weltwirtschaftskrise ab Herbst 1929, als trotz der staatlicherseits eingeforderten ›Notprogramme‹ für die einzelnen Zweige des Gesundheitswesens unter Einschluss der ›Krüppelfürsorge‹ (Fuchs 2001, 48) immer mehr Einrichtungen um ihr Überleben kämpfen müssen (Rannenberg 1996, 44–46), die Arbeitslosenzahlen von 15 auf 44% steigen und die gerade 1927 eingeführte Arbeitslosenversicherung zusammenbricht (Kuhlmann 2002, 80). Extrem problematisch wird diese Abhängigkeit jedoch in der Zeit des ›Nationalsozialismus‹, in der »die Taktik aus partieller Verweigerung und Zugeständnissen« als diakonisches Handeln unter den Bedingungen einer Diktatur, nur teilweise Erfolg hat (Kaiser 1998, 36; vgl. Thierfelder 1998; Nowak 1998, 246–

247; Kuhlmann 2002). Im ›Dritten Reich‹ (Hachmeister 1997, 115–122; Pape 1998, 95–96), dann aber auch im real existierenden Sozialismus der ›Deutschen Demokratischen Republik‹, kommt es zunehmend zu einem Ausschluss der Inneren Mission von spezifischen Arbeitsfeldern, die der Staat für sich reklamiert, und vorwiegend zu einer zwangsweisen Begrenzung auf Arbeitsgebiete, die seitens der offiziell verlautbarten Politik in geringerem Maße als produktiv und staatsinterventionsbedürftig gelten (vgl. Kaiser 1998, 25). In der DDR wirkte die Diakonie angesichts der Kluft zwischen politisch proklamierten und faktisch realisierten Zielen (Hübner 2000, 115, 120) insbesondere durch ihr verlässliches Engagement für kranke, pflegebedürftige und schwerbehinderte Menschen sozialdiakonisch in die Gesellschaft hinein (Pehnke 1996, 230–231; Pape 1998, 183; Koch 1999, 76–80). Da in der DDR eine rechtliche Selbstständigkeit nur im Rahmen der verfassten Kirche möglich war, wurde die Diakonie staatlicherseits als ›Nebenbetrieb der Kirche‹ betrachtet (Rannenbergs 1996, 51), mit der Folge, dass sie ungleich enger mit ihr verbunden blieb als in der Bundesrepublik. Dies wird daran deutlich, dass sich den diakonischen Anstalten jeweils kirchliche Paterngemeinden zuordneten, die sie auf vielfältige Weise unterstützten (vgl. Pape 1998, 200).

#### 1.6.4 Von der Inneren Mission zum Diakonischen Werk

In der ›Bundesrepublik Deutschland‹ erfolgt erst 1975 die definitive Zusammenführung von Innerer Mission und Kirche durch die Gründung des ›Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland‹ in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins (e.V.) mit Sitz in Stuttgart. Damit wurde theologisch und rechtlich zum Ausdruck gebracht, dass die Diakonie kein beliebiges Werk neben oder gar abseits der Kirche ist, sondern durch die Zusammenführung von diakonischen und volksmissionarischen Aufgaben eine direkte und unmittelbare ›Wesens- und Lebensäußerung‹ der Kirche (Rannenbergs 1999, 268). Verdeutlicht wird dies nicht zuletzt durch den Namenswechsel von ›Innerer Mission‹ zu ›Diakonischem Werk‹.

1991 kommt es zur Wiedervereinigung der Diakonie auf gesamtdeutscher Ebene. Das Diakonische Werk der EKD selbst ist jedoch kein Einrichtungsträger, sondern ein privatrechtlicher Dachverband mit Koordinationsfunktionen. Es ist zugleich eingetragener Verein, einer der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und Teil der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die eigentliche diakonische Arbeit geschieht jeweils vor Ort durch rechtlich eigenständige und freie diakonische Einrichtungen und Dienste (vgl. Grundgesetz Artikel 140), die über das Diakonische Werk der jeweiligen Landeskirche dem Diakonischen Werk der EKD zugeordnet sind. Mittels dieser Strukturen soll ein Höchstmaß an Selbstständigkeit und Flexibilität der Mitgliedseinrichtungen gesichert werden, die ihrerseits verpflichtet sind, »den ›evangelischen Charakter‹ zu wahren und durch ›amtliche Vertreter‹ die Bezogenheit zur Kirche zu verdeutlichen« (Ran-

nenberg 1999, 268–269). Insgesamt sind in den Diensten und Einrichtungen der Diakonie gegenwärtig »über 400.000 hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Zahl der freiwillig Mitarbeitenden wird auf eine ähnliche Höhe geschätzt.« (Klose 1998, 382) Finanziert wird die diakonische Soziale Arbeit überwiegend im Rahmen des sozialrechtlich bestehenden Dreiecksverhältnisses von Leistungsberechtigtem, Kosten- und Einrichtungsträger sowie durch Kirchensteuer- und Spendenmittel (Brummer/Nethöfel 1997). Allerdings reichen diese Mittel immer weniger aus, sodass die Kirche und ihre Diakonie an der ›Wohlfahrt‹ des Gemeinwesens nicht zum Geringsten durch die Wertschöpfung einer Vielzahl sich freiwillig engagierender Personen beteiligt ist. Dieses spezifische kirchliche Profil der Aktivierung von ›Humanressourcen‹ verdankt sich den biblisch-theologischen Grundlagen, die das Leitbild von Kirche und Diakonie bestimmen.

In dem Maße wie sich solche sozial-diakonische Arbeit »einem universalistischen Hilfsethos« (Theißen 1998, 70) verpflichtet sieht, wird sie auch weiterhin herausgefordert bleiben, ihre ethischen Grundlagen zu kommunizieren mit dem Ziel, dass der »Staat und die ganze menschliche Gesellschaft mehr und mehr von christlichem Geiste durchdrungen werden« (Uhlhorn 1892, 315), um durch Überwindung von Entsolidarisierungsinteressen (Heimbach-Steins/Lienkamp 1997, 157–158) eine Verbesserung der sozial-politischen Verhältnisse zu erreichen und verantwortlich helfen zu können, wo Hilfe nötig ist.

## 2. Die ›Krüppelfürsorge‹ der Inneren Mission

Mit dem Wirksamwerden der Sozialversicherungsgesetze und mit Beginn der Überwindung der wirtschaftlichen Krise in den 80er-Jahren des 19. Jahrhunderts kam es in Ergänzung zu den bestehenden Formen gesetzlicher Armenpflege sowie privater und kirchlich-diakonischer Wohltätigkeit zu einem neuen sozialpolitischen Bewusstsein für eine prinzipiell notwendige ›vorbeugende Armenpflege‹. Dieses führt in Verbindung mit einem erstarkenden sozialhygienischen Interesse (Thomann 1995, 130, 179) zu einer präventiven fürsorgerischen Praxis. Als ›Soziale Fürsorge‹ bzw. ›Wohlfahrtspflege‹ bezeichnet, gestaltete sie sich auf Grund freiwilliger kommunaler Leistungen, die neben der gesetzlichen Armenfürsorge und über sie hinaus gewährt werden (Schäfer 1901, 53; Thomann 1995, 100). Die zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel wurden dabei häufig zur unmittelbaren Ausübung der Fürsorge gemeinnützigen Vereinigungen überlassen (Orthbandt 1980, 64; Landwehr/Baron 1983, 148–149).

Diese neue präventive sozialpolitische Praxis erwies sich auch als wirksam bei der für die Körperbehindertenfürsorge der Inneren Mission modellhaften Entwicklung, die das ›Krüppelheim des Oberlinhauses zu Nowawes bei Potsdam‹ (heute Potsdam-Babelsberg) unter der Leitung von Pastor Theodor Hoppe (1846–1934) seit 1886 nahm. Im Korrespondenzblatt des Oberlinhauses heißt es

dazu: »Auf Anregung der Armen-Direktion zu Berlin nehmen wir geistig normale, krüppelhafte Kinder aus Berlin auf. Der Vorstand des Hauses ist bereit, auch aus anderen Provinzen solche arme, der besonderen Pflege, Aufsicht und Erziehung bedürftige Kinder anzunehmen und nach Kräften Sorge zu tragen, daß dieselben, so weit nach Maß ihrer Kräfte und Anlagen möglich, zur Selbstständigkeit und Erwerbsfähigkeit gelangen. Die bisher festgehaltenen Bedingungen sind: Pflegegeld monatlich 30 M. Kleidergeld monatlich 3 M. Sind auf Attest des dirigierenden Arztes besondere Kost, Bäder, größere Operationen, Schienen, Geh- oder Arbeitsapparate notwendig, so wird die Bewilligung der jedesmaligen Kosten mit der betreffenden Behörde resp. den Eltern der Kinder vorher vereinbart.« (Oberlin-Blatt 1887, 12)

So wurde am 6.5.1886 als erster Körperbehinderter ins Oberlinhaus der Diakonissenanstalt zu Nowawes der am 29. 12. 1875 geborene Ludwig Gerhardt aufgenommen, der ausweislich der im Archiv des Oberlinhaus vorhandenen ›Krüppelkinderliste Nr. 1–476‹ »seit seiner Geburt vollständig gelähmt, sein Geist dagegen normal entwickelt« war. In der Rubrik »Wer zahlt und wieviel?« heißt es: »Armendirektion Berlin zahlt monatlich 30 Mark.«

Die Gewährung ›Sozialer Fürsorge‹ ist in diesem Zusammenhang so bedeutsam, da selbst nach dem 1891 ergänzten Unterstützungswohnsitzgesetz zwar die Verpflichtung bestand »für die Bewahrung, Kur und Pflege der hilfsbedürftigen Geisteskranken, Idioten, Epileptischen, Taubstummen und Blinden« zu sorgen, Körperbehinderte Kinder und Jugendliche – mit Ausnahme ›sicher‹ Personen – danach jedoch nicht als anspruchsberechtigt galten (Thomann 1995, 100; Merckens 1981, 137). Allerdings schien es gerade bei ihnen auf Grund des medizinischen Fortschritts (Wilken 1983, 215–216, 236–241; Thomann 1995, 106) und einer angemessenen Gestaltung der Wahrnehmung schulischer und beruflicher Bildungsangebote Erfolg versprechend, sie weitestgehend zu ›rehabilitieren‹. (Zum Gebrauch des Begriffs ›Rehabilitation‹, der auf F. J. Ritter von Buß zurückgeht, vgl. Kap. IV. 2.2). Das Ziel der ›Sozialen Fürsorge‹ mit ihrer sozialhygienischen Ausrichtung lag hier also darin, bildungsfähige Körperbehinderte, denen auf Grund der Schwere ihrer Schädigung ein kontinuierlicher Schulbesuch oftmals nicht möglich war (Hoppe 1899, 78) und die dadurch von den gesellschaftlich organisierten Bildungsprozessen ausgeschlossen wurden, der Erwerbsbefähigung zuzuführen. Indem sie in Stand gesetzt werden, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern, wird erhofft, künftighin Armut, Bettelei und Müßiggang zu vermeiden und eine Eindämmung permanenter Unterstützungsleistungen zu erreichen.

Am 24. 3. 1895 wird der als erster Körperbehinderter ins Oberlinhaus aufgenommene Ludwig Gerhardt als 19-Jähriger entlassen. In der Akte ist vermerkt: »wurde unterrichtet in Schreiben, Lesen, bibl. Geschichte und im Anfertigen von Papierarbeiten, später lernte er Korbmachen. Durch Massage und systematische Bewegungen lernte er mit Hilfe eines Stockes gehen. Wurde 1891 konfirmiert, bis

zu seiner Entlassung mit Bürstenbinden beschäftigt.« Entlassen wird er »zu seiner Mutter nach Berlin ..., welche halbes Pflegegeld für ihn erhält«. Zur Familiengeschichte ist vermerkt: »Die Eltern sind Cigarrenarbeiter, der Vater ist am 1.2.1895 zum 2. Male in der Irrenanstalt Herzberge untergebracht.«

Unter Berücksichtigung der schwierigen individuellen und familiären Situation dieses Jugendlichen kann hier durchaus von einem positiven Ergebnis rehabilitativer Bemühungen gesprochen werden, das durch zielgerichtete familienergänzende anstaltliche Versorgung und Erziehung, durch medizinische und krankengymnastische Förderung, durch schulischen Unterricht sowie durch eine einfache handwerkliche Berufsausbildung ermöglicht wurde, um in ein zunehmend selbstständigeres Leben eintreten und zum eigenen Lebensunterhalt beitragen zu können.

Bereits die erste dokumentierte Fallgeschichte des Oberlinhauses verdeutlicht, was sich später als organisatorisches Spezifikum der Körperbehindertenfürsorge der Inneren Mission im Unterschied zur Caritas erweisen sollte (Wilken 1983, 246–249), nämlich eine interdisziplinäre Konzeption für eine ganzheitliche Körperbehindertenfürsorge im Rahmen einer »Heil-, Erziehungs- und Pflegeanstalt« (Schäfer 1900, 10–12), die sich durch qualitative Ausgestaltung in einem »vollständigen Krüppelheim« entwickeln soll (Schäfer 1908, 5–18; Quelle 4). Damit ist gemeint, dass medizinisch-orthopädische Behandlung und Pflege, schulische und berufliche Ausbildung sowie ggfs. Dauerversorgung mit Beschäftigungsmöglichkeiten (für ›Sieche‹) in einer Pflegeabteilung im Rahmen einer als ›Vollkrüppelheim‹ bezeichneten Komplexeinrichtung integriert gestaltet werden (Pape 1998, 19) – und nicht institutionell getrennt in jeweils regional separierten speziellen Einrichtungen.

Angesichts des Bedarfs und der sich sozialpolitisch entwickelnden Nachfrage nach rehabilitativen Dienstleistungen für Menschen mit körperlichen Schädigungen und Beeinträchtigungen war es die Innere Mission, die sich auf Grund ihrer gewachsenen Strukturen und einer jeweils neu zu bewährenden unternehmenspolitischen Dynamik (Degen 1994, 136–142) in der Lage sah, diese Situation als aktuelle sozial-diakonische Herausforderung aufzunehmen. Die dabei entstehende handlungs- und leitungsdiakonische Kompetenz bewirkte einen Gründungsimpuls, der dazu beitrug, dass nach 1886 innerhalb von gut zwei Jahrzehnten ein reichsweit vernetztes Angebot von ›Krüppelheimen‹ entsteht, dem nach Überwindung der anfänglich bestehenden »auffälligen Distanz der Orthopäden zur Krüppelfürsorge« (Thomann 1995, 105) eine exemplarische Vorbildfunktion für die weitere Entwicklung der Rehabilitation Körperbehinderter zukommt. Zahlreiche heute bestehende Einrichtungen der Rehabilitation Körperbehinderter gehen auf diese überaus produktive Gründerperiode zurück und sind, wie etwa das ›Annastift‹ in Hannover (Hachmeister 1997, 38–39), auch in ihrer geschichtlichen Entwicklung fachkompetent dokumentiert worden (vgl. Hoppe 1914).



1901 schließen sich die evangelischen Einrichtungen in Nowawes zu einer zunächst losen ›Vereinigung der Krüppelanstalten der Inneren Mission‹ zusammen, die darüber hinaus zum Zwecke der Koordination der Körperbehindertenfürsorge im gleichen Jahr die ›Konferenz der deutschen Anstalten für Krüppelpflege‹ ins Leben ruft. Bis zur Gründung der ›Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge‹ im Jahre 1909 »waren die Tagungen Mittelpunkt der Krüppelpflege. (...) Neben den konfessionellen Leitern der Anstalten nahmen die führenden Diakonissen, Pädagogen, Ärzte, Vertreter der Kommunen, des Staates und von Verbänden teil.« (Thomann 1995, 89) Die Konferenzberichte erschienen im ›Jahrbuch der Krüppelfürsorge‹, dem ersten Publikationsorgan der Körperbehindertenfürsorge in Deutschland, das von D. Th. Schäfer (1845–1914), dem Direktor der Diakonissen-Anstalt zu Altona und des 1898 gegründeten Krüppelheims ›Alte Eichen‹ in Stellingen bei Altona, über zehn Jahrgänge (1899–1908) hin ediert wurde und das im Verlag des Rauhen Hauses in Hamburg in den Jahren 1900–1909 erschien.

1916 erwächst aus der bisher losen ›Vereinigung der Krüppelanstalten der Inneren Mission‹ der ›Verband der deutschen evangelischen Krüppelheime der Inneren Mission‹, der unter der Bezeichnung ›Verband Evangelischer Einrichtungen für die Rehabilitation Behinderter e.V.‹ bis 1997 besteht. Die Konferenzthemen liegen anhand der Konferenzberichte seit 1901 – von Rudolf Lotze ausführlich dokumentiert – vor (Pape 1998, 15, 21).

Durch Fusion mit dem ›Verband evangelischer Einrichtungen für Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung e.V.‹ wird er nach 96-jähriger Verbandsgeschichte in den ›Bundesverband Evangelische Behindertenhilfe (BEB) – Fachverband im Diakonischen Werk der EKD‹ übergeleitet, um im Bereich der Behindertenhilfe insgesamt eine Bündelung der Kräfte zu erreichen (Pape 1998, 20, 55, 173).

## 2.1 *Das Oberlinhaus als Modellzentrum anstaltsgebundener ›Krüppelfürsorge‹ der Inneren Mission*

Nicht von ungefähr entwickelte sich ab 1886 das Oberlinhaus zu Nowawes, dem heutigen Potsdam-Babelsberg, als ein Modellzentrum der anstaltsgebundenen Krüppelfürsorge der Inneren Mission. Bot es doch mit seiner Diakonissenanstalt und der durch sie geleisteten gemeinde- und sozialdiakonischen Dienste Gewähr für eine verlässliche Gestaltung der sozialpolitisch intendierten ›Krüppelpflege‹, die von der Berliner Armen-Direktion an das Oberlinhaus delegiert wurde.

### 2.1.1 *Die Entstehung des Oberlinvereins und seine Grundsätze*

Die Gründung des Oberlinhauses mit seinem Trägerverein geht zurück auf die Initiative des schlesischen Gutsbesitzers und Johanniterritters Dr. Freiherr v. Bissing-Beerberg (1800–1880). Dieser engagierte sich für die Weiterentwicklung der

christlichen Kleinkinderschulbewegung, die sich in Fortführung der Ideen von Johann Friedrich Oberlin bereits in Frankreich und England verbreitet hatte und durch Theodor Fliedner nach Deutschland verpflanzt wurde. Auf seine Anregung wird 1871 in Berlin der deutsche Kleinkinderschulverein ins Leben gerufen, der in Erinnerung an Oberlin den Namen ›Oberlinverein‹ trägt. »Als Vorsitzenden gewann er keinen geringeren als den, dem deutschen Volke wohlbekannten Generalfeldmarschall Graf Moltke. (...) Moltke, der selbst ohne Kinder war, hatte die neue Aufgabe übernommen, nachdem Bissing ihn überzeugt hatte, dass nur aus guterzogenen und gesitteten Knaben tüchtige Soldaten würden.« (Hoppe 1930, 6) Freilich war das Motiv für die Bildung des Oberlinvereins komplexer. Unter Bezug auf Bissing stellt Hoppe die Bedeutung der christlichen Kleinkinderschule folgendermaßen dar: »Der Familie des Armen soll sie dienen als Bewahranstalt, welche arme, unbeaufsichtigte Kindlein in ihre liebenden Arme nimmt und sie vor den Gefahren leiblicher und geistlicher Verwahrlosung bewahrt und ihnen, wenn es not thut, Speise, Kleidung und andere Liebesgaben spendet; aber auch die höheren Stände bedürfen der Hülfe der Kleinkinderschulen, die an die Stelle der durchs Hauswesen und gesellige Verhältnisse in Anspruch genommenen Mutter, der ungebildeten Diensthofen und unzuverlässigen Kindermädchen oder Bonnen tritt. Als Erfahrung gilt ..., daß die christliche Kleinkinderschule die Familienerziehung, je nach den häuslichen Verhältnissen, wo sie gut ist, bereichert, wo sie schlecht ist, verbessert, und wo sie ganz fehlt, ersetzt. (...) In manches Haus, wo von einem Gebete schon lange nichts mehr zu spüren war, hat dasselbe gerade durch die Kleinen wieder Eingang gefunden.« So wird die Kleinkinderschule zur einer »Schule für Mütter und eine Fortbildungsanstalt für Frauen und Jungfrauen zur Vorbildung für ihren Erziehungsberuf. (...) Der Elementarschule soll die Kleinkinderschule schulfähige Kinder schaffen, der Kirche soll sie als Pflanzstätte der Gottesfurcht, des Glaubens und der christlichen Sitte dienen, indem sie ein wohl zugerichtetes Material zum Bau der kirchlichen Gemeinde liefert; durch die Annäherung der verschiedenen Volksklassen soll sie religiöse Duldung und soziale Versöhnung wirken, dem Volke im ganzen soll sie eine moralische Wiedergeburt bringen. Erst wenn ... alle Kinder im Lande eine im Keim gesunde Erziehung erhalten haben werden, ja wenn die Zeit gekommen sein wird, wo die Pflöglinge der Kleinkinderschule von Eltern erzogen werden, die, selbst von ihr gepflegt, ... um Segen für ihre Kinder und ihre Schule bitten werden: – dann wird das Volk mit Gottes gnädigem Beistande in seiner Mehrheit kräftig verjüngt sein, dann werden ... ›Die Verbrecher viel seltener, die Gefängnisse weniger zahlreich ... sein‹. (...) Ob wir nun die idealen Anschauungen Bissings über ... den Wert der christlichen Kleinkinderschule und seine hochgespannten Erwartungen von den Wirkungen und Erfolgen der Kleinkinderschule teilen oder nicht; ob auch manche Theorie die Feuerprobe der Praxis nicht bestanden hat; eins, und zwar das Wichtigste, sowohl in dem theoretischen Aufbau wie in der praktischen Ausführung dieser Gedanken ist echte Di-

akonie und darum bleibend; das ist die Verbindung der Kleinkinderschule mit der Gemeindepflege ...; die Kinderschule veranlaßt den Besuch und die Pflege der kranken Kinder und bahnt damit den Weg in die Familien, und hat eine Mutter am Krankenbett ihres Lieblings die hülfreiche Hand einer Schwester erfahren, so sucht sie, wenn Krankheit bei ihr oder den erwachsenen Gliedern des Hauses einkehrt, vertrauensvoll den Rat und die Hülfe der Gemeindeschwester.« (Hoppe 1899, 49–53)

Die Verbindung von Gemeindepflege und Kleinkinderschule wird hier als Gemeindediakonie verstanden mit der Folge, dass die Kleinkinderschulschwester auch für die Armen- und Krankenpflege auszubilden sind. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sollten nach den Vorstellungen des Oberlinvereins durch die »Gründung neuer Mutterhäuser« geschaffen werden. »Arme, Schwache und Gebrechliche sollten der angelegentlichen und persönlichen Fürsorge der Schwestern sich erfreuen, überhaupt sollte die Gemeindediakonie in dem urgesehichtlich überlieferten neutestamentlichen Sinne seitens des Oberlinvereins ins Auge gefaßt und wieder belebt werden.« (Hoppe 1899, 37) Diese Intentionen finden sich auch in der »Dienstanweisung für Gemeindeschwestern« wieder, wenn es dort heißt: »Die Pflege in begüterten Familien gehört im allgemeinen nicht zu den Aufgaben der Gemeindeschwestern, es müßte denn ein besonderer Notfall sein; in keinem Fall dürfen die *armen Kranken* darunter leiden.« (Hoppe 1899, 209)

### 2.1.2 Die Arbeitsgebiete des Oberlinhauses

1874 konnte der Oberlinverein, für den auch in der Zukunft weitere einflussreiche Persönlichkeiten als Mitglieder gewonnen wurden (Hoppe 1930, 10–11), nach intensiver Vorarbeit eine Bildungsstätte für Kleinkinderlehrerinnen eröffnen. Die Wahl fiel auf die Weberkolonie Nowawes bei Potsdam (nova ves – westslawisch: neue Siedlung). »Der Kinderreichtum der etwa 9000 Seelen zählenden Ortschaft, die Nähe Potsdams und Berlins und die Billigkeit des geplanten Baues waren für die Wahl entscheidend.« (Hoppe 1899, 38) Die Arbeit begann zunächst in gemieteten Räumen. Als aber bereits im Herbst 1875 die Zahl der Schülerinnen 27 betrug, »drängte alles auf ein eigenes, geräumiges Haus, das ... 1878 vollendet wurde« (Hoppe 1930, 7). Nun konnte entsprechend der Zielsetzung die Kleinkinderschule zur Gemeinde- und Krankenpflege erweitert werden und die »Ausbildungsweise eine umfassendere« werden. Zu diesem Zweck wurde 1879 das neu erbaute Oberlinhaus zu einem Diakonissen-Mutterhaus erweitert, in das aus den ausgebildeten ersten fünf Jahrgängen 18 Schwestern eintreten (Hoppe 1899, 101). Als Oberin wird die bisherige Hausmutter des Oberlinhauses, Thusnelda von Saldern, berufen, als Vorsteher Pastor Theodor Hoppe (1846–1934) aus Berlin. Die Einführung beider erfolgte durch niemand Geringeren als den Berliner Hof- und Domprediger Adolf Stöcker; wie denn auch das Mutterhaus der von Theodor Fliedner gegründeten ›Kaiserswerther Generalkonferenz‹

beitritt, dem späteren ›Kaiserswerther Verband deutscher Diakonissen-Mutterhäuser‹.

Da es in Nowawes weder eine Arztpraxis noch eine Apotheke gab, wurde ab 1878 im Oberlinhaus eine kleine Poliklinik mit einer Hausapotheke eingerichtet und ab 1880 eine erste Krankenstation. Die ärztliche Versorgung erfolgt durch Mediziner der Kadettenanstalt in Potsdam, die bei schweren Erkrankungen mehrmals täglich zur Behandlung kommen. 1890 wird auf dem Gelände des Oberlinhauses ein eigenes Krankenhaus gebaut. 1880 beginnt im Zusammenhang mit der Gemeindepflege der Aufbau einer Siechenstation. 1883 wird die seit 1875 bestehende Kleinkinderschule um eine Kinderkrippe und 1888 um einen Jugendhort ergänzt (Hoppe 1899, 56). 1886 beginnen dann mit der Aufnahme eines körperbehinderten Jungen und eines »taubstummlinden« Mädchens weitere Arbeitszweige (Hoppe 1930, 71).

Alle Arbeitsbereiche dienen von Anfang an zugleich der Ausbildung und Qualifizierung der Schwestern. Dabei besteht Kontakt zu anderen Diakonissenhäusern sowie zur Charité in Berlin (Hoppe 1899, 57).

Darüber hinaus werden außerhalb von Nowawes bereits im Jahre 1882 auf 29 Stationen durch das Oberlinwerk 25 Kleinkinderschulen und 9 Gemeindepflegen betrieben, ferner 4 Waisen- und Rettungshäuser sowie die »Landessiechenanstalt« in Hoym i. Anhalt im Auftrag der Herzoglichen Landarmendirektion mit »135 Pfléglingen, von welchen 80 Blöde« (Hoppe 1882, 11). 1885 kommt als völlig neues Arbeitsfeld die »Landes-Heil- und Pflégeanstalt für Geisteskranke zu Bernburg« hinzu (Hoppe 1899, 166). 1899 sind es 62 Außenstationen, die vom Oberlinhaus bedient werden (ebd., 55). Bereits 1882 arbeiten für das Oberlinhaus insgesamt 70 Schwestern, darunter »5 freie Kleinkinderlehrerinnen, welche im Seminar ausgebildet und vom Hause in Dienst genommen sind«. Daneben leiten die Schwestern 12 Sonntagsschulen mit 734 Kindern, 10 Jungfrauen- und Frauen-Vereine mit 203 Mitgliedern sowie 8 Näh- und Strickschulen mit 368 Kindern (Hoppe 1882, 16–17). 1899 zählt die Schwesternschaft »189, von denen 113 eingesegnete Diakonissen sind«, die anderen sind Probe- bzw. Hilfsschwestern (Hoppe 1899, 101).

Entsprechend dem Statut des Oberlinvereins galt als Hauptaufgabe des Oberlinhauses die »Ausbildung von Diakonissen für alle Zweige der christlichen Liebestätigkeit sowie die Versorgung auswärtiger Stationen und Anstalten mit Schwestern. Demgemäß zeigt das Arbeitsgebiet des Oberlinhauses in Nowawes bereits nach kurzer Zeit eine große Mannigfaltigkeit«, die neben gemeindediakonischen Aufgaben alsbald auch anstaltsdiakonische Aufgabengebiete umfasste (Hoppe 1930, 20).

Rückblickend auf fünf Jahrzehnte Diakonissenarbeit resümiert Pastor Hoppe – mittlerweile Ehrendoktor der theologischen wie der medizinischen Fakultät zu Berlin: »An Aufgaben hat es dem Oberlinhause niemals gefehlt; wir haben uns aber oft mehr Schwestern ersehnt, um das in Ruhe leisten zu können, was uns

aufgetragen war.« (Ebd.) Die Zahl der Diakonissen betrug zu diesem Zeitpunkt 315.

Gegenwärtig besteht das Oberlinhaus als Verein alten Rechtes in Potsdam-Babelsberg als diakonisches Rehabilitationszentrum mit einer Orthopädischen Fachklinik, der Oberlinschule für körperbehinderte Kinder und für taubblinde Kinder (vgl. Scheil 2000), einem Wohnbereich für körperbehinderte und taubblinde Menschen sowie einem Berufsbildungswerk und einer Werkstatt für Behinderte. Von den noch lebenden 16 Diakonissen ist eine im aktiven Dienst, die anderen sind Feierabendschwwestern. Gleichwohl entwickelt sich aus der Mitarbeiterschaft heraus eine freie diakonische Schwesternschaft als eine neue, zeitgemäße diakonische Dienstgemeinschaft.

### 2.1.3 Die ›Krüppelfürsorge‹ des Oberlinhauses

Zwei Arbeitsgebiete des Oberlinhauses und damit der diakonischen Initiativen der Inneren Mission, sind es, die in Deutschland eine besonders nachhaltige Wirkung erzielten. Das eine ist die Gründung der ersten »Taubstummlindenanstalt« in Deutschland, die im Anschluss an das Oberlinhaus entstand, nachdem bereits 1886 ein taubstummlindes Mädchen Aufnahme fand (Hoppe 1930, 69); das andere herausragende Arbeitsgebiet ist die Krüppelpflege, die mit der Aufnahme des zehnjährigen Ludwig Gerhardt ebenfalls 1886 begann.

Der umfassende Ansatz einer komplexen Rehabilitation, wie sie das Oberlinhaus auf dem Gebiet der Krüppelfürsorge verfolgte, und zwar durch medizinisch-orthopädische Behandlung und Pflege, schulische und berufliche Ausbildung sowie ggfs. lebenslange Versorgung, erwies sich bereits nach kurzer Zeit als so inspirierend, dass es auf der Pariser Weltausstellung – der EXPOSITION Universelle Internationale 1900 – eine Goldmedaille für seine beispielgebenden Leistungen auf diesem Gebiete erhielt (vgl. Jahrbuch d. Krüppelfürsorge, 5. Jg. 1903, Hamburg 1904). Anders als die von Johann Nepomuk Edler von Kurz gegründete nachmalige ›Königliche Zentralanstalt für krüppelhafte Kinder‹ in Bayern (vgl. Kap. II) oder die 1845 gegründete und von der württembergischen Regierung geförderte ›Armen-Anstalt für Verkrümmte im Paulinen-Institut zu Stuttgart‹ (Thomann 1995, 28; vgl. Kap. I.4.3), die kaum als Impulsgeber für weitere Anstaltsgründungen dienten, »war die Einrichtung der Behindertenfürsorge im Oberlinhaus der Auslöser für eine breite sozial- und gesundheitspolitische Bewegung, die einen tiefgreifenden Einfluß auf die Medizin und die Gesetzgebung haben sollte« (ebd., 53).

Es ist nachvollziehbar, dass dem Berliner Magistrat das Oberlinhaus mit seinen vielfältigen gemeinde- und sozialdiakonischen Dienstleistungen hinreichend Garantie bot für eine zukunftsorientierte, produktive Zusammenarbeit im Blick auf die intendierte kommunale ›soziale Fürsorge‹. Nicht zuletzt deshalb wurde wohl auch der hier neu entstehende Zweig der ›Krüppelpflege‹ durch die Armen-Direktion subventioniert (Oberlin-Blatt 1887, 12). Bereits in Abschnitt 2 wurde

nach Aktenlage die Rehabilitation des ersten körperbehinderten Kindes dargestellt, das 1886 im Oberlinhaus Aufnahme fand. Ende 1888 waren es 12 körperbehinderte Kinder (Hoppe 1888, 44), 1892 »betrug die Zahl der Kinder 35, und fortwährend kamen ... neue Meldungen« (Hoppe 1899, 79).

Das neue Arbeitsfeld erwuchs aus der Gemeindepflege, die durch die Diakonissen des Oberlinhauses praktiziert wurde. Pastor Hoppe beschreibt rückblickend auf die ersten 25 Jahre der Oberlinarbeit den Beginn der ›Krüppelpflege‹ wie folgt: »Die Schwestern fanden in ihren Gemeinden elende verkrüppelte Kinder, welche zu Hause die Pflege und Erziehung nicht hatten, deren sie für ihren gebrechlichen Zustand bedurften, die auch die öffentliche Schule nicht besuchen konnten, Kinder, die an Leib und Seele verkamen. Die Familie ist auch bei gutem Willen nicht imstande, für ein solches Kind in zweckentsprechender Weise zu sorgen; die bestehenden Anstalten für Kinder, Kinderhospitale, Blinden- und Taubstummenanstalten, Waisen- und Rettungshäuser sind für diese Art von Kindern nicht eingerichtet, die geistig normal, aber körperlich unnormal, gelähmt, gekrümmt, bucklich, verkrüppelt und defekt eine eigenartige Behandlungs-, Lebens-, Unterrichts- und Beschäftigungsweise zu ihrer Entwicklung fordern. Die Gemeindeschwestern wußten sich keinen Rat, wie und wo für die verkrüppelten Kinder gesorgt werden könnte und wandten sich an das Mutterhaus.« (Hoppe 1899, 78–79)

Nach Aufnahme der ersten ›Krüppelkinder‹ wurde »möglichst vermieden, zunächst damit in die Öffentlichkeit zu treten, weil dann ein schnelles Anwachsen der Krüppel zu erwarten stand, und doch mußten wir erst selbst in möglichst sorgfältiger Beobachtung des einzelnen Kindes einige Erfahrungen sammeln; auch bedarf die Krüppelpflege einer ungewöhnlichen Zahl von helfenden Kräften, die auch erst allmählich heranzubilden und zu sammeln sind« (Hoppe 1888, 44; vgl. Quelle 5). Obgleich die Arbeit »ganz in der Stille« begann, war es, »als ob es öffentlich bekannt gemacht sei; ein Krüppelkind nach dem andern klopfte an und bat: ›Nehmt mich auf!‹« (Hoppe 1899, 79). Quelle 5 vermittelt einen Eindruck von der Umfänglichkeit der Schädigungsbilder und dem problembelasteten sozialen Hintergrund der Lebenswelt, aus dem diese Kinder und Jugendlichen kommen. Ihre Entwicklungsfortschritte werden hervorgehoben, und es wird ihre Bildungsfähigkeit verdeutlicht, die ihnen durch den Ausschluss vom Schulbesuch bislang nicht zuerkannt worden war. Als Bildungs- und Erziehungsziel wird »die thunlichste persönliche und soziale Selbstständigkeit« erstrebt (Hoppe 1888, 46), die nicht in bloßer Erwerbsbefähigung aufgeht. So heißt es von einem 1887 aufgenommenen 17-jährigen Mädchen, dass es wohl niemals im Stande sein wird, »durch eigene Kraft etwas zu erwerben und es kann sich nur darum handeln, sie im Lesen, vielleicht selbst im Schreiben zu unterrichten, um ihrem Dasein in Zukunft das Behagen einer gewissen Abwechslung, eine gewisse Mannigfaltigkeit der Eindrücke zu verschaffen u.s.w.«. Von besonderem Interesse ist hier auch die Einschätzung des Kostenträgers: »Das Mitglied der Armen-

kommission, ... befürwortet dringend, das Mädchen in das Krüppelhaus aufzunehmen, um ihr ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen.« (Ebd., 45) Im Übrigen gilt von Beginn der Oberlinarbeit an als grundlegendes Prinzip für den professionellen Umgang mit den verkrüppelten Kindern, dass sie im »Selbstvertrauen ... gestärkt werden« sollen (ebd., 44). Ein Prinzip, das auch im Rückblick auf die ersten 25 Jahre des Oberlinhauses und darüber hinaus leitend geblieben ist (Hoppe 1899, 97; vgl. Wilken 2000, 283).

Die anfänglich bezogenen zwei kleinen alten Weberhäuser (Hoppe 1899, 79) konnten dem offenkundig werdenden Bedarf an Plätzen nicht mehr genügen. Deshalb veranlasste der Zentralvorstand den Bau eines neuen Heimkomplexes auf dem vorhandenen Gelände, das sog. »Kinderkrüppelhauses«. Durch eine Vielzahl karitativwirtschaftlich akquirierter Spenden und Zuschüsse konnte das »Krüppelheim«, das für 70–80 Kinder ausgelegt war, 1894 fertig gestellt werden. »Das Haus für verkrüppelte Kinder mußte möglichst ohne Schwellen, ohne Stufen, ohne Treppen sein, die Zimmer geräumig und hoch mit reichlich viel Licht und Luft. Zur rechten Pflege und Erziehung der Kinder gehört viel Raum; außer Wohn-, Unterrichts- und Schlafräumen, Badezimmer, ein Turnraum, in dem sie ihre schwachen Gliedmaßen üben, und ein Beschäftigungsraum, in welchem von den älteren Kinder jedes das lernt, was es noch mit seinen ihm verbliebenen Kräften vermag.« (Ebd., 83–84) Ergänzt wurde der auf weitgehende Barrierefreiheit hin konzipierte Bau durch einen ebensolchen Garten. Der »Bestand der Kinder betrug am Einweihungstage 54, 29 Knaben und 25 Mädchen. (...) In dem neuen Hause begann ein regelrechter nach dem Lehrplan der Volksschule erteilter Unterricht in 3 Klassen. Das erforderte neben den schon unterrichtenden 2 Schwestern eine neue Lehrkraft, und es wurde zu dem Behufe ... ein Theologe angestellt ...« (Ebd., 87)

Zur ärztlichen Versorgung der Bewohner des Körperbehindertenheimes wird 1895 im Oberlinkrankenhaus »neben dem Chefarzt noch ein Assistenzarzt angestellt, der die besondere Aufgabe hat, sich der verkrüppelten Kinder anzunehmen. Er beaufsichtigt und leitet die mediko-mechanischen Übungen und ordnet an, was jedem Kinde bei seinem besonderen Leiden heilsam ist« (ebd., 88). Schwierige Fälle wurden in der Berliner orthopädischen Universitätspoliklinik vorgestellt (Thomann 1995, 51).

1899 kommt es nach weiterer Expansion zum Bau eines eigenen »Schulhauses für Krüppelkinder«, das »durch einen bedeckten Gang« mit dem Kinderkrüppelhaus verbunden ist. »Die drei Klassen haben je 20–25 Schüler; es ist aber in jedem Schulzimmer für 40 Kinder gut Platz.« (Ebd., 91) Rosenfeld (1907, 200) gibt einen Überblick über den Tageslauf der Schülerinnen und Schüler im Oberlinhaus:

»Die Tagesordnung der Zöglinge ist: 6 Uhr Aufstehen, ½ 8 Uhr Kaffee und Andacht, 8–12 Uhr Unterricht, mit 15 Minuten Pause nach jeder Stunde, 8 ¾ bis 9 ¼ Uhr Frühstück, 12 Uhr Mittag, 1–3 Uhr stille Beschäftigung oder Spiele,

3 Uhr Kaffee,  $\frac{1}{2}$  4 bis 5 Uhr Arbeitsstunde, 4–6 Uhr Turnen, Heilgymnastik, Massage, 6 Uhr Abendessen, um 7 Uhr resp. 9 Uhr zu Bett. Sonntags besuchen die größeren den Gottesdienst, um 2 Uhr ist Kindergottesdienst, von  $\frac{1}{2}$  4 Uhr ab Spiele und freigewählte Beschäftigung.

Der Lehrplan des Unterrichts umfaßt in je drei Klassen und einer Hilfsklasse (Knaben und Mädchen getrennt): Religionsunterricht (4 Wochenstunden), deutsche Sprache (2), Schreiben (2), Sprachlehre (1), Aufsatz (1), Rechnen (2), Geographie (1), Geschichte (2), Naturkunde (2), Gesang (2), Zeichnen (1), Turnen (4 Wochenstunden), und zwar Gehübungen, Freiübungen, Geräteturnen am Reck, Barren, Klettertau, Kletterstangen und Schaukelringen.

Die technischen Unterrichtsfächer sind für Knaben: Schneiderei, Schuhmacherei, Bürstenbinden, Korbflechten, Schlosserei, Bandagenarbeiten, Teppichknüpfen und Maschinenstricken; für Mädchen: Nähen, Paramentensticken, Maschinenstricken, Posamentenarbeiten, Haus- und Küchenarbeit.«

Die begonnene anstaltliche Heimerziehung für Körperbehinderte fand somit eine qualitative Ausgestaltung durch die Erweiterung der medizinisch-orthopädischen Behandlungsmöglichkeiten sowie das schulisch ausgebaute Bildungsangebot. Als körperbehindertenspezifischer Schwerpunkt, der über lediglich beliebige Handfertigkeitenübungen hinausging, sind dabei die berufsvorbereitenden technischen Unterrichtsfächer bedeutsam. Dieses schulpädagogische Proprium wird auch von Rosenfeld (1907, 235) aus orthopädischer Sicht begründet, wenn er auf die »Notwendigkeit eines frühzeitigen gewerblichen Unterrichts« hinweist: »Deshalb muss der Krüppel schon bei der Entlassung aus der Schule eine Summe technischer Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen, welche den Kampf um die Existenz mit dem vollkräftigen Gesunden mit gleichen Äquivalenten ermöglichen. Es muss darum ein technischer Unterricht und gewerbliche Ausbildung schon in der Schule beginnen, zu einer Zeit, wo sie der gesunde Schüler noch nicht notwendig hat.« (Zur Kontroverse um die ›vorberufliche Bildung‹ in neuerer Zeit vgl. Wilken 1980, 50–64.)

Als Nächstes galt es nun, den Ausbildungsbereich für die schulentlassenen Jugendlichen weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck erhielten die Mädchen mit Fertigstellung der Schule im Jahre 1899 im oberen Stockwerk eigene Räume, bis sie 1910 in das durch einen Neubau freigewordene ehemalige Krankenhaus umziehen konnten. In diesem ›Maria-Martha-Haus‹ befand sich der Wohn- und Ausbildungsbereich, der »zunächst in der Schneiderei und Kunststickerei« bestand, aber auch in Hauswirtschaft (Hoppe 1930, 66f.). Hinzu kam eine Abteilung für ›siche‹ Frauen (Hoppe 1914, 31).

Die männlichen Jugendlichen versuchte man anfangs »als Lehrlinge bei tüchtigen Handwerksmeistern außerhalb der Anstalt unterzubringen; dieser Weg erwies sich aber bald als unpraktisch; die körperlich behinderten Knaben entsprachen den Erwartungen nicht, die der Meister und die Frau Meisterin in ihre Leistungsfähigkeit setzten, und die Rücksicht, die ihr körperlicher Zustand er-



forderte, konnte nicht geübt werden« (Hoppe 1930, 63). Deshalb wurden im Jahre 1901 weitere Werkstätten im neu erbauten sog. ›Handwerkerhaus‹ eingerichtet. Zu Anfang erfolgte die Ausbildung in Korbmacherei, Schneiderei und Schuhmacherei; später kommen die Tischlerei und Schlosserei hinzu sowie neben anderen Angeboten eine orthopädisch-mechanische Werkstatt und die Buchbinderei.

Da wie beim ›Maria-Martha-Haus‹ sich auch im ›Handwerkerhaus‹ der Wohnbereich befand, entwickelte sich auch dort für schwerbehinderte männliche Erwachsene eine ›Siechenstation‹ (Hoppe 1899, 72). Die unmittelbare Verbindung mit den verschiedenen Arbeitsbereichen ermöglichte den Bewohnern, sich je »nach Wahl und Geschick« irgendwie zu betätigen (Hoppe 1930, 64). Auf dieser ›Siechenstation‹ hat zwischen 1908 und 1919 auch Otto Perl (1882–1951) gelebt, der Initiator des ›Selbsthilfebundes der Körperbehinderten (Otto-Perl-Bund)‹ (vgl. Kap. VI).

In relativ kurzer Zeit entfaltete sich somit die Krüppelfürsorge des Oberlinhauses zu jenem Einrichtungstyp, der unter dem Begriff ›Vollkrüppelheim‹ als bald Modellfunktion übernahm und im November 1899 124 körperbehinderten Personen (65 männlich, 59 weiblich) Platz bot (Hoppe 1899, 92). Wäre es finanziell möglich gewesen, so hätte Hoppe (1914, 31) zusätzlich ein ›Siechenhaus‹ gebaut, »in welchem die bildungsunfähigen Erwachsenen beiderlei Geschlechts Unterkunft finden« sollten; ein Vorhaben, dass von Perl (1926, 33, 40) kritisiert wurde, der die Scheidung der bildungsfähigen von den bildungsunfähigen Körperbehinderten verfocht (vgl. Kap. VI.2.).

## 2.2 *Die Verallgemeinerung und Sicherung der Konzeption des ›vollständigen Krüppelheims‹*

Damit sich Neues entfalten kann, ist es zuweilen nötig, dass eine Vielzahl günstiger Bedingungen zusammentrifft. Dies war bei der Entwicklung der Körperbehindertenfürsorge des Oberlinhaus zweifelsfrei der Fall. Die sozialpolitischen Umstände und das auf Prävention zielende Konzept kommunaler ›sozialer Fürsorge‹ waren sowohl finanziell als auch ideell förderlich. In dem Berliner Stadtschulrat Dr. Bertram gab es zudem einen leitenden Schulaufsichtsbeamten, der die Beschulung derjenigen Kinder im Oberlinhaus unterstützte, die wegen ihrer körperlichen Behinderung die öffentliche Schule nicht besuchen konnten (Hoppe 1888, 44; Thomann 1995, 48). Der Trägerverein des Oberlinwerkes bestand aus einflussreichen Mitgliedern, und seine Leitungsgremien nahmen die sozial-diakonischen Herausforderungen wahr, die sich der Kirche wie der Inneren Mission stellten. Es gab Mitarbeiterinnen, die im Rahmen einer Schwesternschaft auf Grund ihrer christlichen Haltung zu umfassendem diakonischen Engagement bereit waren und die sich Wissen und Können aneigneten nicht allein im Blick auf verschiedene pädagogische Auf-

gabengebiete, sondern auch hinsichtlich der Betreuung von umfänglich pflegebedürftigen Menschen sowie Personen mit gravierenden mentalen Beeinträchtigungen – in damaliger Terminologie: von ›Siechen‹ und ›Blöden‹ –, wie sie etwa in der Landessiechenanstalt zu Hoym oder der Landes-Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke zu Bernburg durch Diakonissen des Oberlinhauses betreut wurden (Hoppe 1899, 162, 166). Zudem konnte in Pastor Hoppe eine Leitungspersönlichkeit gewonnen werden, die sowohl auf Grund ihrer theologischen wie auch ihrer pädagogischen Bildung und Berufserfahrung bereit und in der Lage war, sich in unterschiedliche Arbeitsfelder einzuarbeiten, verbandsstrategisch zu denken und fachlich zu kooperieren. Hoppe hatte neben den theologischen Examina auch die Prüfungen als Lehrer an Mittel- und Höheren Mädchenschulen absolviert und war als solcher etliche Jahre tätig, um sich die Option für die Seminar-Lehrer-Laufbahn zur Ausbildung von Volksschullehrern offen zu halten (Vietor 1929, 130; Hochbaum o.J., 11). Als Anstaltsleiter war er zugleich Schulleiter der Oberlinschule (Bläsig 1966, 105).

Der durch das Oberlinhaus verfolgte interdisziplinäre Ansatz bei der Rehabilitation Körperbehinderter führte dazu, dass neben der Schwesternschaft weitere kompetente Mitarbeiter im orthopädisch-medizinischen Bereich wie auch im Berufsbildungsbereich beschäftigt wurden. Diese qualitätsorientierte Profilierung galt auch für die Taubstummbindenarbeit, für die ab 1891 der wissenschaftlich produktive Taubstummenblindenpädagoge Gustav Riemann (1851–1931) gewonnen wird, dessen »Riemannsches Fingeralphabet« bis 1989 im Oberlinhaus in Gebrauch blieb (Scheil 2000, 299).

### 2.2.1 Die Systematisierung anstaltlicher ›Krüppelfürsorge‹

Von Gründungsbeginn des Oberlinwerkes an ist das Bewusstsein nachweisbar, eine lernende Institution zu sein, die es nötig hat, durch sorgfältige Beobachtung der einzelnen Kinder systematisch Erfahrung zu bündeln. So heißt es von einem fast 12 Jahre alten, geistig und körperlich normal entwickelten Mädchen, das ohne Arme geboren wurde: »Das Mädchen läßt sich ... gut an, liest schon leidlich, schreibt auch, die Feder im Munde; für ihren Unterricht fehlt uns noch mancherlei, dem wir bislang vergeblich nachsinnen.« (Hoppe 1888, 46; vgl. Quelle 5)

Dennoch ist davon auszugehen, dass die Mitarbeiter des Oberlinhauses schon vor Aufnahme der ersten ›verkrüppelten‹ Kinder mit der für diese bestehenden Problematik eines relativ perspektivlosen Lebens konfrontiert waren. Hoppe kannte sowohl die süddeutschen Erfahrungen als auch die Arbeit von Pastor Hans Knudsen (1813–1886) in Kopenhagen und konnte sich an ihnen orientieren (Hoppe 1887; 1888; Thomann 1995, 50). Dabei ließ er sich insbesondere durch Knudsen anregen (Dalhoff 1900; Wilken 1983, 246–247) und unternahm 1889 und 1904 auch Studienreisen nach Dänemark (Hoppe 1930, 58; 1914, 19; Schäfer 1904, 6–10). Knudsens 1872 begonnene Krüppelfürsorge war

durch eine Koordination von medizinischer Behandlung, orthopädischer Hilfsmittelversorgung, schulischer Bildung und beruflicher Ausbildung geprägt. Hoppe war von dieser komplexen, interdisziplinären methodischen Gestaltung so beeindruckt, dass er sie über das Oberlinhaus nach Deutschland »verpflanzte« (Schäfer 1900, 9). Knudsen sah das Ziel seiner Arbeit darin, Körperbehinderten so weit behilflich zu sein, »daß sie ein Leben zu führen vermögen, das demjenigen anderer Menschen soviel wie möglich gleicht, damit sie nicht beständig den Abstand zwischen sich und ihnen – und den Druck, die Stiefkinder der Natur zu sein, empfinden« (Dalhoff 1900, 22). Wenn auch, wie Dalhoff (ebd., 25) darlegt, Knudsen beabsichtigte, »Hilfe zur Selbsthilfe« zu bieten, so mussten nicht nur mit der Zeit für außerhalb Kopenhagens wohnende Rehabilitanden während der medizinischen Behandlung und Versorgung angemessene Unterkunftsmöglichkeiten bereitgestellt werden, sondern es waren auch für diejenigen Schwerbehinderten, die umfanglicherer Hilfen bedurften, neben den ambulanten Angeboten eigene Werkstätten mit Dauerarbeitsplätzen zu schaffen. Dadurch entwickelte sich die Arbeit Knudsens von der mehr ambulanten, offenen und vereinsmäßigen Form zu einer teilweise anstaltlichen Gestalt hin (Schäfer 1900, 9; 1904, 8).

### 2.2.2 Die Definition der Zielgruppe Körperbehinderter

Unter Berücksichtigung der andernorts vorliegenden Erfahrungen betrat der Oberlinverein gleichwohl konzeptionelles Neuland, vor allem hinsichtlich der intendierten komplexen, interdisziplinären Fürsorge für körperbehinderte Kinder, die vom Schulbesuch wegen der Schwere ihrer Körperbehinderung bislang ausgeschlossen waren und für die selbst nach dem 1891 ergänzten Unterstützungswohnsitzgesetz – anders als für ›Geisteskranke, Idioten, Epileptische, Taubstumme und Blinde‹ – kein Anspruch auf entsprechende Förderung bestand. Es ist daher einsichtig, dass entsprechend der mit dem Berliner Magistrat getroffenen Vereinbarung sich die Förderintention zunächst »auf geistig normale, krüppelhafte Kinder« bezog (Oberlin-Blatt 1887, 12). Das Oberlinhaus, so heißt es in den Aufnahmebedingungen, »nimmt körperlich verkrüppelte Kinder in Pflege, Erziehung und Unterricht; ausgeschlossen sind Blödsinnige oder an Krämpfen Leidende. (...) Das Kinderkrüppelhaus ... will Sorge dafür tragen, daß diese Kinder, soweit es nach Maß ihrer Kräfte und Anlagen möglich und thunlich ist, ... zur Selbständigkeit und Erwerbsfähigkeit gelangen. Unterrichtet wird nach dem Lehrplan der Volksschule.« (Hoppe 1899, 221; vgl. Quelle 6)

Dass dabei nicht stets ein eng auf Erwerbsbefähigung begrenzter Förderbegriff leitend war, wird in Quelle 5 am Beispiel jenes 17-jährigen Mädchens deutlich, von dem es heißt, dass es wohl niemals im Stande sein wird, »durch eigene Kraft etwas zu erwerben«; dem aber in Übereinstimmung mit dem Berliner Magistrat nicht zuletzt auch durch ein Bildungsangebot zu einem »menschenwürdigen Dasein« verholfen werden soll (Hoppe 1888, 45). In späteren Jahren hat sich

Hoppe zudem zur Frage der »Aufnahme schwachsinniger Krüppel« differenziert geäußert: »Was die Schwachsinnigen anlangt, so sind sie statutarisch überall ausgeschlossen. Aber die Grenzlinie zwischen wirklich Anormalen und nur schnöde Vernachlässigten ist oft so schwankend und schwer erkennbar, daß man auch in dieser Hinsicht bedenkliche Kinder aufnimmt, in der Hoffnung, daß Pflege und Unterricht den Schaden heben oder doch lindern werden. Wenn sich diese Hoffnung aber nicht verwirklicht, so sind diese Schwachsinnigen ein starkes Hemmnis für Erziehung und Unterricht der geistig Normalen. In ganz vereinzelt Fällen mag die Mischung erträglich sein. Handelt es sich um mehrere Schwachsinnige, so ist nur ein Zweifaches möglich: entweder man überführt die Blöden in eine Idiotenanstalt, oder man richtet eine eigene, ganz gesonderte Pflegeabteilung im Krüppelheim für sie ein.« (Zit. n. Schäfer 1905, 64) Eine andere Meinung vertritt Theodor Schäfer, kongenialer Mitstreiter Hoppes für eine anstaltsbezogene Krüppelfürsorge der Inneren Mission: »Endlich wird von manchen die Frage noch ernstlich erwogen, ob idiotische Krüppel in die Idioten- oder in die Krüppelanstalt gehören. Für mich ist die Frage nach meiner auf Erfahrung gegründeten Kenntnis der Idiotie wie des Krüppeltums nicht mehr zweifelhaft: die Idiotie ist das weit größere, die ganze Persönlichkeit beherrschende Leiden; so muß der Zögling in die Anstalt versetzt werden, welche dafür eingerichtet ist.« (Schäfer 1908, 17; Quelle 4) Problematisch wird es freilich, wenn, wie im Falle der ›Erziehungsanstalt für blödsinnige Kinder‹ im sächsischen Hubertusburg, die Satzung »Gelähmte« von der Aufnahme ausschließt, weil für sie kein entsprechendes Versorgungsangebot besteht (Lindmeier/Lindmeier 2002, 210).

Schäfer (1906, 31) formuliert die in diesem Zusammenhang bestehende Problematik prägnant: »Wenn man einer bestimmten Klasse von Elenden wirklich helfen will, darf man seine Tür nicht jeder Art von Elend öffnen, sonst ist schließlich niemand recht gedient.« Die hier thematisierte Frage des geeigneten Förderortes für mehrfachbehinderte körperbehinderte Schüler insbesondere mit einer geistigen Behinderung besteht gleichwohl als permanente pädagogische Herausforderung bis heute, wenn mangels einer geeigneten körperbehindertenspezifischen Ausstattung, Therapie und Pflege, eine Fördereinrichtung oder Schule für geistig Behinderte nicht als angemessen für körperbehinderte Schüler mit einer geistigen Behinderung erscheint (Stadler 1998, 126–128; Weiss 1999, 91–93).

Unter historischen Aspekten ist zudem zu berücksichtigen, dass die Beschulung von Kindern mit einer geistigen Behinderung in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland sich erst ab den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts durchzusetzen begann und noch die ›Empfehlung zur Ordnung des Sonderschulwesens‹ der Ständigen Konferenz der Kultusminister aus dem Jahre 1972 davon ausging, »daß nicht alle geistigbehinderten Kinder schulfähig sind« (Speck/Thalhammer 1974, 114). Erst 1990 wird mit Vollzug der deutschen Ein-

heit auch in den neuen Ländern die Schulpflicht für geistige Behinderte eingeführt, die sich zwischenzeitlich in den alten Ländern durchgesetzt hatte.

Für das Oberlinhaus und seine Schule hatte diese politische Entwicklung strukturelle Konsequenzen. »Während in der DDR geistig behinderte Kinder als schulbildungsunfähig galten und in Förderpflegeeinrichtungen versorgt wurden, waren sie nun schulpflichtig. Das bedeutete aber auch im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung im Oberlinhaus Veränderungen. In den vielen Jahren erfolgreicher Rehabilitation wurden zwar körperbehinderte Kinder begleitet, gefördert und erzogen, aber niemals geistig Behinderte.« (Scheil 2000, 304) Dieser neuen Aufgabe nahm sich das Oberlinhaus ab 1991 an (ebd.). (Zur Körperbehindertenpädagogik in der DDR vgl. Berndt, H. 1986; v. Pawel 1990; Wellnitz 1999.)

Entsprechend seiner Zielsetzung sah der Oberlinverein zu Beginn der ›Krüppelfürsorge‹ im 19. Jahrhundert – wie auch die in der Folgezeit entstehenden Einrichtungen der Inneren Mission und weiterer Träger – die spezifische Aufgabe in der Förderung körperbehinderter bildungsfähiger Kinder, insbesondere von mittellosen Eltern aus ungünstigen sozialen Verhältnissen, die vom Schulbesuch ausgeschlossen waren. Dabei wird hinsichtlich der Bestimmung der Bildungsfähigkeit verdeutlicht (Schäfer 1908, 11f.; Quelle 4), dass im Einzelfall – in heutiger Terminologie – zu differenzieren ist zwischen eingeschränkten Lernvoraussetzungen auf Grund pseudodebiler Intelligenzleistungs-Rückstände und somatogenen Intelligenz-Entwicklungshemmungen einerseits und einer eingeschränkten Lernfähigkeit andererseits, die durch einen hirnanorganisch bedingten Intelligenzdefekt ausgelöst sein kann (Wilken 1980, 47–48). Diese Erkenntnisse wirkten sich dahingehend aus, dass die Oberlinschule eine ›Hilfsklasse für Schwachbegabte‹ führte (1911, 82f.). Dies wurde in den meisten Einrichtungen der Inneren Mission zur Regel. Allerdings hatte sich diese bereits frühzeitig bestehende Praxis bis 1963 bei weitem noch nicht in den übrigen Internats- und Tagsschulen durchgesetzt, wie eine Aufstellung von Bläsing (1963, 110–111, 114–115) zeigt. Erst mit dem Strukturwandel der Körperbehindertenschule in den Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts, als immer mehr zielgleich lernfähige Körperbehinderte in Regelschulen integriert unterrichtet wurden und sich Integrationsklassen auch um eine zieldifferente Förderung zu bemühen begannen (Wilken, E. 1993), öffneten sich die Körperbehindertenschulen verstärkt den zusätzlich lern- und geistigbehinderten Schülern; dies auch deswegen, weil der Anteil schwer- und mehrfachbehinderter Kinder auf Grund des medizinischen Fortschritts zunehmend bessere Überlebenschancen erhielt (Wilken 1980, 103; Stadler 1998, 78.). Aber noch 1995 bei den Vorüberlegungen zur Fusion des ›Verbandes Evangelischer Einrichtungen für die Rehabilitation Behinderter‹ mit dem ›Verband evangelischer Einrichtung für Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung‹ zum neuen ›Bundesverband Evangelische Behindertenhilfe‹ wird darauf insistiert: »In unserem Verband war die Priorität bei den sog. ›Mehrfachbehinderten‹ immer die Körperbehinderung; was sich in unserem Verband auch dadurch ausdrückte, daß wir keine ›G‹-Schulen, sondern ›K‹-Schulen hatten.« (Pape 1998, 170)

Auf Grund der Konzeption des ›Vollkrüppelheimes‹ hatten sich das Oberlinhaus und die Körperbehindertenfürsorge der Inneren Mission aber von Anfang an auch jenen körperbehinderten Menschen zugewandt, die über die Schulzeit hinaus »ihr Leben lang sog. ›Halbe Kräfte‹ oder ›Viertelkräfte‹ bleiben. Für sie erfolgten vornehmlich im Rahmen einer »Pflegeabteilung der Krüppelanstalt« Angebote, damit »sie wenigstens ein innerlich befriedigtes und ein äußerlich doch vielleicht etwas nützliches Dasein führen« können (Schäfer 1900, 12). Allerdings wird diese Praxis später von Otto Perl kritisiert, der für »Scheidung, Trennung, Auslese der wirklich Bildungs- und Ausbildungsfähigen aus der Masse derer, die nie ganz von der Fremdhilfe loskommen« eintritt und die »Schaffung von Krüppelsiechenhäusern« ablehnt, wie sie Hoppe und die Innere Mission im Rahmen der Konzeption des ›Vollkrüppelheimes‹ verfolgen (Perl 1926, 34, 33).

### 2.2.3 Die statistische Erfassung des ›Krüppeltums‹

Um die Körperbehindertenarbeit des Oberlinhauses abzusichern, erwies es sich als notwendig, sie auf eine breitere Grundlage zu stellen. Zu diesem Zweck wurde 1896 durch Hoppe der ›Krüppelpflege-Verein für Berlin und die Provinz Brandenburg‹ gegründet. Gemäß den Grundsätzen des Vereins will er »bildungsfähigen verkrüppelten Kindern dienen, ... durch körperliche Pflege, christliche Erziehung und Unterricht, ärztliche, orthopädische und hygienische Behandlung, sowie zweckentsprechende Beschäftigung und Ausbildung dafür zu sorgen, daß die Krüppel nicht dem Bettel anheimfallen, wodurch sie körperlich und seelisch verwaahrlosen, sondern daß sie vielmehr durch ehrliche Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen, oder wenigstens dazu beizutragen im Stande sind und ein christlich-sittliches Leben führen. Die verkrüppelten Kinder werden im Kinderkrüppelhaus zu Nowawes, einer Tochteranstalt des Oberlinhauses, untergebracht.« (Hoppe 1899, 224)

Diesem Schritt folgten 1901 der überregionale anfangs lose Zusammenschluss von evangelischen Krüppelanstalten der Inneren Mission und die Gründung der ›Konferenz der deutschen Anstalten für Krüppelpflege‹ (vgl. Kap. III. 2, 103).

Um die Krüppelfürsorge systematisch zu entwickeln, wurde ein Überblick über den tatsächlichen Hilfebedarf benötigt. Dazu veranlasste 1897 der Provinzial-Ausschuss für Innere Mission in der Provinz Brandenburg auf Anregung Hoppes und des ›Krüppelpflege-Vereins für Berlin und die Provinz Brandenburg‹ eine »Zusammenstellung der Krüppel in der Provinz Brandenburg«. Bei 2.571.000 Bewohnern Brandenburgs wurden 1.098 Krüppel gezählt (0,4%). Hochgerechnet auf die Stadt Berlin mit 1.578.000 Einwohnern würde dies 600 Verkrüppelte ergeben, »in Summa Berlin und die Provinz rund 1.700. Auf die Provinz entfallen 365 Kinder vom 1.–14. Lebensjahre, Berlin würde demnach etwa 250 Krüppelkinder unter 14 Jahren haben, zusammen 615. Von diesen können etwa drei Viertel in ihren häuslichen Verhältnissen bleiben und die öffentli-

che Schule besuchen. Es blieben bei dieser Berechnung 150–160 Kinder, die der Anstaltspflege bedürfen, und für diese Zahl würden die Anstalten des Oberlinhauses ungefähr genügen.« (Hoppe 1899, 91f.)

Bereits im Jahre 1888 war auf Grund einer Zählung »innerhalb eines kleinen Bezirkes« der Münsteraner Orthopäde Christoph Temmink – Initiator der 1889 gegründeten ›Heilanstalt für krüppelhafte Gebrechen‹, der späteren ›Hüffterstiftung‹ zu Münster – auf eine geschätzte Zahl von rund einer halben Million im deutschen Reich lebender ›Krüppel‹ gekommen (Thomann 1995, 39). Nach der Erhebung Hoppes kam jedoch 1 Krüppel auf 2342 Einwohner. Hoch gerechnet auf ganz Deutschland, ergab dies »22.000 körperbehinderte Personen im Reich, eine Zahl, die weniger als 5% der von Temmink geschätzten halben Million Krüppel betrug« (Thomann 1995, 71).

Diese widersprüchlichen Daten veranlassten Schäfer mit Hilfe der Provinzialregierung 1897 eine Zählung Körperbehinderter in Schleswig-Holstein durchzuführen. Sie sollte zudem eine argumentative Grundlage für die Notwendigkeit des von ihm geplanten Krüppelheimes bieten. Gleichzeitig wurden mit den Erhebungsbögen nach Art und Ursache der Behinderung geforscht (die Formulierungen des Fragebogens finden sich bei Thomann 1995, 76, Anmerkung 95). Bei einer Bevölkerung Schleswig-Holsteins von 1.286.416 wurden insgesamt 4.779 Krüppel gezählt (3,7‰). 3.475 (2,7‰) waren Erwachsene im Alter von über 16 Jahren; 1.295 (1,0‰) waren Kinder unter 16 Jahren (ebd., 86). Dabei zeigte sich, dass körperliche Behinderungen nur zum geringen Teil angeboren waren, sondern überwiegend erworben wurden. Klumpfüße und Gliedmaßenverluste waren relativ selten. Es »überwogen die sekundären Folgezustände nach verschiedenen Krankheiten, die Versteifung oder Verkrüppelung von Extremitäten und die Lähmungen. Eine wichtige Rolle spielten die Verkrümmungen, zu denen u.a. die Skoliosen gerechnet wurden.« Verursacht wurden die Schädigungen durch Erkrankungen, die durch ungünstige »Lebens- und Umweltbedingungen« hervorgerufen wurden. Dazu gehörten Rachitis, Skrophulose, Tuberkulose der Gelenke und Unfälle (ebd., 73). Dem gemäß schlussfolgert Schäfer: »Verkrüppelung ist in den meisten Fällen ein Leid der Armut, auf schlechter leiblicher Pflege schon der Eltern, oder der Kinder von früher Jugend an, oder sonstigen ungünstigen Lebensbedingungen beruhend. Ausnahmen, daß auch in wohlhabenden Familien körperliche Verunstaltungen vorkommen, bestätigen die Regel. – Und jene Thatsache der Armut als Ursache der Verkrüppelung birgt wieder andere Nöte in sich. Armut verschärft jedes Krankheitsleid.« (Schäfer 1900, 4)

Um zu einem verallgemeinerbaren Überblick zu gelangen und als Argument für weitere Anstaltsgründungen wurden auf Anregung der Inneren Mission weitere amtliche statistische Erhebungen in den Provinzen Mecklenburg (1898), Schlesien (1901), der Rheinprovinz (1902), Sachsen (1904), Westfalen und Braunschweig (1905) durchgeführt. Die Ergebnisse glichen sich weitgehend. Sie

ergaben »im Mittel, daß 5,6‰ der Bevölkerung verkrüppelt war, 1,17‰ waren körperbehinderte Kinder. (...) Verallgemeinerte man die Zahlen für das ganz Deutsche Reich mit 60.600.000 Einwohnern (1905), dann waren 363.000 Personen körperlich behindert, 290.000 von ihnen waren erwachsen und 73.000 hatten das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet.« (Thomann 1995, 86–87) Hinsichtlich des Schulbesuchs ergaben die Statistiken relativ deckungsgleiche Resultate. So erfolgte ein Schulbesuch in etwa 70% der Fälle, 10–13% erhielten keinen Unterricht und 16–20% wurden als nicht schulpflichtig bezeichnet (ebd., 84–85). Es ist davon auszugehen, dass es sich bei Letzteren um jene körperbehinderten Kinder handelt, die heute als schwerst- und mehrfachbehindert bezeichnet werden. Im Blick auf eine Heimaufnahme interpretierte auch Schäfer (1906, 29) die statistischen Ergebnisse ähnlich wie Hoppe: »Aber nicht alle verkrüppelten Kinder bedürfen der Aufnahme in das Krüppelheim, und nicht für alle, welche gern kämen, oder die man gern bringen möchte, ist das Krüppelheim der rechte Platz.«

Es war darum das Interesse der von dem Orthopäden Konrad Biesalski angeregt und 1906 begonnenen staatlichen Zählung der jugendlichen Krüppel in ganz Deutschland unter 15 Jahren – an deren Planung Pastor Hoppe seitens der Inneren Mission beteiligt war –, genauere Angaben zu erhalten über die Zahl der ›heimbedürftigen‹ und ›nichtheimbedürftigen‹ Krüppel aus armen Familien (Thomann, 1995, 124–129; der Fragebogen findet sich bei Hachmeister 1997, 53; vgl. Kap. V.2.1.2). Das statistische Ergebnis dieser Erhebung wies einen Anteil von 1,3‰ Krüppelkinder unter 15 Jahren aus und lag damit im Trend der früheren regionalen Erhebungen, die einen Anteil von 1,17‰ erbracht hatten. Mit diesen Zahlen konnte nun belegt werden, dass für die allein in Preußen gezählten 51.781 Krüppelkinder in den vorhandenen 15 Krüppelheimen lediglich 1.878 Betten zur Verfügung standen, obgleich aber 6.945 Aufnahmewünsche erhoben worden waren (vgl. Thomann 1995, 138). Da in Bayern, Baden und Hessen andere Zählkarten in Gebrauch waren, ergaben sich durch Analogieschluss für das gesamte Deutsche Reich folgende gerundete Zahlenwerte: 100.000 jugendliche Krüppel, 50.000 Heimbedürftige, 10.000 Aufnahme Wünschende, 4.000 vorhandene Betten (ebd., 140; in der Literatur vorfindbare unterschiedliche Häufigkeitsangaben resultieren aus einer von Biesalski vorgenommenen Fortschreibung der Statistik entsprechend dem Bevölkerungswachstum).

## 2.2.4 Folgerungen aus den Krüppelzählungen

Auch wenn an den Krüppelzählungen methodische Kritik geübt wurde und vor einem Zuviel gewarnt wurde (Thomann 1995, 153–159, 168–172), so war mit den vorliegenden statistischen Daten doch das Ausmaß der bestehenden Krüppelnot zu verobjektivieren. Angesichts des bestehenden Rehabilitationsbedarfs hatte deshalb schon auf der dritten ›Konferenz der deutschen Anstalten für Krüppelpflege‹ Pastor D. Martin Ulbrich (1863–1935), Vorsteher der ›Pfeifferschen Stif-



tungen zu Magdeburg-Cracau«, programmatische Leitsätze in Bezug auf »das gesetzliche Recht des Krüppels auf Unterstützung und Ausbildung« formuliert:

»1. Dem Krüppel ist ebenso wie den andern Anormalen (Blinden, Taubstummen usw.) ein gesetzliches Recht auf Versorgung und Ausbildung zuzugestehen. – 2. Dem Krüppel ist sowohl Gelegenheit zu geben, einen seinen Verhältnissen angemessenen Schulunterricht zu genießen, als auch die Möglichkeit zu bieten, einen ihm zusagenden Beruf zu ergreifen. – 3. Das Netz der bestehenden Krüppelanstalten ist auszubauen, daß in der Tat allen Krüppeln, soweit dies nach dem Stande der heutigen Pädagogik und Orthopädik möglich ist, Hilfe geleistet werde. – 4. Von einer Verstaatlichung der bestehenden Krüppelanstalten ist abzusehen, weil der Krüppelpflege der ihr eigene Charakter zu ihrem Nachteile genommen werden würde. – 5. Es ist eine ärztliche Kontrolle der Kinderpflege einzurichten, durch die vorhandene Schäden aufgedeckt und Wege zur Abhilfe gewiesen werden. – 6. Die finanziellen Lasten der Krüppelpflege sind, soweit sie nicht durch private Wohltätigkeit gedeckt werden können, den Kreisen und Provinzen aufzuerlegen. – 7. Eine ausreichende Krüppelfürsorge ist nicht nur vom humanitären, sondern auch vom ökonomischen Standpunkte aus wichtig; denn sie bedeutet bei scheinbarem Mehraufwande in der Gegenwart eine bedeutende Verminderung der Armenlasten in der Zukunft.« (Zit. n. Schäfer 1905, 65)

Der Inneren Mission wie allen weiteren in der Krüppelfürsorge engagierten Organisationen dienten die Statistiken als Mittel, ihre Arbeit in der Öffentlichkeit, vor allem aber gegenüber potenziellen Spendern und den Kostenträgern zu begründen. Dabei wurde eine gesetzliche Regelung angestrebt, wie sie für andere Behindertengruppen zumindestens nach dem Unterstützungswohnsitzgesetz bestand. Es sollte jedoch bis zum Jahre 1920 dauern, bis mit dem »Gesetz betreffend die öffentliche Krüppelfürsorge« staatlicherseits entsprechende Maßnahme eingeleitet wurden (Simon 1927, 587–589; vgl. Kap. V.2.4). Aus strategischen Überlegungen heraus wurde im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auch auf »nationalökonomische Gründe« verwiesen. Ein Aspekt, der später von Biesalski (1908, 12) mit dem Schlagwort ›vom Almosenempfänger zum Steuerzahler‹ propagiert wurde, der aber zugleich geeignet war, eine problematische Kosten-Nutzen-Erwägung zu legitimieren, sobald die christlich-humanitären Grundlagen der Rehabilitation verlassen wurden (vgl. Fuchs 2001, 137–141). Dass diese ethischen Grundlagen nicht selbstverständlich waren, zeigt ein Beitrag im Jahrbuch der Krüppelfürsorge (1908, 66–68), der sich dezidiert gegen Vorstellungen wendet, aus wirtschaftlichen Gründen »Krüppeln das Recht am Leben abzuspochen« oder »Gesetze für die Vernichtung körperlicher und geistiger Krüppel« zu fordern, die als »denk- und fühllose Fleischmassen« bezeichnet werden.

Die oben zitierten Leitsätze von Ulbrich weisen zudem auf einen weiteren, für die Innere Mission bedeutsamen Aspekt hin. Dieser besteht in dem begründeten Interesse an der Sicherung der Unabhängigkeit der Arbeit freier Träger auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips. Die Zeitdiagnose Schäfers (1906, 35)

könnte von heute sein, wenn er dazu ausführt: »... daß der gute Deutsche, statt sich selbst zu helfen, gar sehr geneigt ist, die offiziellen Gewalten anzurufen, dagegen ungeheuer zäh sich gebärdet, wenn's daran gehen soll, Steuern zu bezahlen (...) wir wollen zugeben: es wäre nicht mehr als billig, wenn der Staat – in seinen verschiedenen Stufen – für die Krüppel mehr täte. Er brauchte das nicht in der Form der Verstaatlichung der Anstalten für alle Hilfsbedürftigen zu tun. Denn der Staat wirtschaftet teuer und oft viel zu schematisch. Das Richtigste ist, wenn er die private Initiative vorangehen läßt. Da werden eine Menge von Kräften mobil, welche ihn gar nichts kosten ... Der Staat müßte dann mit zweckdienlichen Gesetzen und Subventionen an solche Anstalten eingreifen, welche sich durch ihre Leistungen dessen wert zeigen. Das ist das System, mit welchem man in den skandinavischen Ländern ausgezeichnete Erfolge erzielt hat.«

### **3. Kritik, Differenzierung und Alternativen anstaltlicher ›Krüppelfürsorge‹**

#### *3.1 Widerstände von Seiten der Eltern*

Durch die vorliegenden statistischen Daten war eine gewisse Planungsgrundlage für potenzielle Einrichtungs- und Kostenträger gegeben, und es bestand mit der Konzeption des ›Vollkrüppelheimes‹ die Voraussetzung für eine qualitätsorientierte ganzheitliche Krüppelfürsorge, die in Modelleinrichtungen wie dem Oberlinhaus zu Nowawes angestrebt wurde. Allerdings stand dem erhobenen allgemeinen Bedarf nicht immer eine entsprechende Nachfrage gegenüber. Nicht nur, weil Kostenträger mangels gesetzlicher Verpflichtung die Zahlung von Pflegegeldern verweigerten, sondern weil von den als ›heimbedürftig‹ erhobenen Körperbehinderten eine tatsächliche Aufnahme in die Krüppelheime nicht in gleichem Maße gewünscht wurde. Schäfer (1906, 35f.) riet deshalb zu Konsequenzen angesichts solch prekärer Situationen: »Besonders empfohlen mag es noch werden, daß man, ehe man sich an den maßgebenden Stellen für einen Krüppel verwendet, sich von ihm und den Seinigen, vielleicht sogar durch Unterschrift versichern läßt, daß er, sobald es zu ermöglichen ist, auch wirklich ins Krüppelheim eintreten will. Es ist schon mehr als einmal vorgekommen, daß alles zum Eintritt vorbereitet war, einschließlich der Erklärung von seiten der Anstaltsleitung, daß dem Eintritt nichts im Wege stehe – siehe, da weigerten sich die Eltern.«

Es mochten mancherlei Gründe sein – bei den Eltern sowohl wie bei den Kindern – die dazu beitrugen, den Eintritt in ein Krüppelheim hinauszuzögern (Thomann 1995, 175–178; vgl. Kap. I.3.2). Nicht zum Geringsten wirkte sich dabei der Begriff ›Krüppel‹ auf Grund seiner sozial stigmatisierenden negativen Konnotationen als hemmend aus (Wilken 1983, 212f.; Thomann 1995, 60–62, 1997, 165f.). Dennoch wurde er aus einer doppelten Strategie heraus beibehalten: Er sollte die Zielgruppe im Sinne einer unterscheidbaren ›Corporate Identity‹ »nachdrück-

lich und deutlich auf das Krüppelheim aufmerksam« machen und damit signalisieren, dass hier Hilfe geboten wird; und er sollte gegenüber der Öffentlichkeit und potenziellen Kostenträgern dazu dienen, unter Inkaufnahme des ›Stigma-Ressourcen-Dilemmas‹ Mittel zu erschließen (Schäfer 1908, 6; vgl. Quelle 4).

Gegenüber emotionalen Widerständen, die Eltern mit einer Heimeinweisung hatten, wurde durchaus Verständnis signalisiert: »In wie manchem Hause ist nicht ein solches Krüppelkind ... der wohlbehütete Augapfel aller Familienglieder! Und ein solches Trostkind sollte man zu fremden Menschen, in eine Anstalt geben, wo es nur eine Nummer ist?« (Wilhelmi 1908, 21) Zwar wird im Blick auf Kinder in schwachen sozialen Verhältnissen zu bedenken gegeben: »... freilich für den Augenblick ist das verkrüppelte Kind wohl aufgehoben, es leidet keinen Mangel und ist in Liebe geborgen; aber wird es so bleiben?« (Ebd.) Neben Erfahrungen mit Kindern, die verwahrlosetem Milieu entstammen, treten solche, wo auf Grund familiärer Überbehütung eine zukunftsorientierte eigenaktive Lebensbewältigung in Frage steht. Hier war vornehmlich erzieherische Beratung angebracht, sodass »die undifferenzierte Gleichsetzung von ›armen‹ und ›heimbedürftigen‹ Krüppeln« nicht mehr angemessen erschien (Weiss 1999, 90). Vor allem aber wurde der Schritt aus der Familie ins Heim dann fragwürdig, wenn vorrangig eine orthopädische Behandlung nötig war.

### 3.2 Differenzierende und alternative Konzeptionen

Dem sich durchsetzenden Mainstream einer anstaltszentrierten ›Krüppelfürsorge‹ gegenüber entwickelten sich denn auch alsbald Alternativen. So engagierte sich etwa die ›Bayrische Genossenschaft des evangelischen Johanniter-Ordens‹ für die Finanzierung von orthopädischen Ambulatorien und Klinikbehandlung für Kinder aus hilfsbedürftigen Familien, »für welche Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Gemeinden in der Regel nicht zahlen« (Castell-Castell 1904, 78–79; vgl. Lange 1931, 10). Diese Kostenprobleme bestanden bis in die Fünfzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts, da oftmals keine eindeutige Klärung darüber bestand, ob im Einzelfall ein so genanntes ›Krüppelleiden‹ als dauernd fehlerhafter Zustand des Körpers vorlag, für den ärztliche Hilfe als nicht erforderlich galt oder eine Krankheit als regelwidriger Körperzustand, die im Sinne der Reichsversicherungsordnung eine Heilbehandlung notwendig machte (Ziem 1956, 94).

Der Orthopäde Peter Bade (1872–1958), der 1902 die ärztliche Leitung der Krüppelpflegeanstalt ›Annastift‹ zu Hannover übernommen hatte, forderte angesichts des therapeutischen Fortschritts strukturelle Konsequenzen für die Krüppelheime. Sie sollten ambulante Behandlungsmöglichkeiten anbieten und sich für kurzfristige Aufenthalte öffnen. Jede erfolgreiche ›Entkrüppelung‹ trage im Übrigen dazu bei, »den Ruf des Krüppelheims in die Lande zu tragen« und die verbreiteten Vorurteile der Eltern gegenüber den ›Krüppelheimen‹ zu verringern.

Dieser Anregung entsprach der Vorstand des Annastiftes 1907 mit der Eröffnung einer Beratungsstelle für Eltern, einem Ambulatorium und klinisch-orthopädischen Behandlungsmöglichkeiten unter drei Monaten (zit. n. Hachmeister 1997, 59).

Ansichts der Heterogenität der Klientel und ihrer differenzierten Förderbedürfnisse werden weitere Alternativen zum Heim thematisiert, wie etwa die Einrichtung von »Tagesschulen für Krüppel«, insbesondere in Großstädten, vergleichbar der Praxis von Knudsen in Kopenhagen (vgl. Kap. V.2.5; Stadler 2000, 93–96). Allerdings wird dabei neben der Sicherung der medizinisch-orthopädischen Behandlung und Versorgung, insbesondere die berufsvorbereitende Kompetenzvermittlung als ein wesentliches körperbehindertenpädagogisches Spezifikum angemahnt, das als fundamentaler Bestandteil des schulischen Unterrichtes besonderer Aufmerksamkeit bedarf (Schäfer 1908, 17; Quelle 4). Denn wie bereits von Hoppe (1899, 79) gefordert, soll trotz unterschiedlicher Schädigungsauswirkungen gewährleistet bleiben, dass die im individuellen Falle jeweils notwendige »eigenartige Behandlungs-, Lebens-, Unterrichts- und Beschäftigungsweise« nicht durch neue Strukturen zur Disposition gestellt wird.

Konsistorialrat Emil Petri, Gründungsmitglied des Annastiftes und seit 1905 Leiter des Krüppelheims »Marienstift, Heil-, Pflege- und Erziehungsanstalt für bildungsfähige Krüppel in Arnstadt«, bemühte sich zudem um eine gemeinwesenorientierte Öffnung des Krüppelheims dadurch, dass den gehfähigen Kindern der Besuch der örtlichen Bürgerschule ermöglicht wird (Biesalski 1911, 98–99). Er meint: »Wo es die Verhältnisse irgend gestatten, dürfte es sich empfehlen, die bewegungsfähigen und sonst einigermaßen normalen Kinder von der Anstalt aus die öffentliche Volksschule des Orts besuchen zu lassen. Dabei wird es ratsam sein, die Pfleglinge der besondern Fürsorge des Schulleiters und der Lehrer zu empfehlen.« (Petri zit. n. Schäfer 1905, 66)

Bei grundsätzlicher Favourisierung der anstaltlichen Krüppelfürsorge wird schließlich seitens der Inneren Mission, einzelner Orthopäden wie auch von Kostenträgern gegen eine zu starke quantitative Ausdehnung Einspruch erhoben. So konstatiert Pastor Martin Ulbrich, Vorsteher der »Pfeifferschen Stiftung zu Magdeburg-Cracau«, im Blick auf Anzahl und Größe von Krüppelanstalten in einzelnen Regionen: »Man mag eine oder zwei, vielleicht ein halbes Dutzend solcher Anstalten unterhalten können, aber nicht mehr. Herr Dr. Biesalski aber will ganz Deutschland mit einem dichtmaschigen Netz solcher Anstalten überziehen. Sache der Gerechtigkeit wäre es, die anderen Elendsgebiete, Blinde, Taubstumme, Idioten, Epileptiker, Sieche hinter dem Krüppelend nicht zurückzusetzen. Auch sie müßten dann ausreichende Anstalten haben.

Zuletzt wird es in Deutschland derart von Anstalten wimmeln, daß die Menschen fehlen, welche in ihnen die Arbeit tun und auch noch die Leute, die das Geld geben. Am Ende müßte man gar ein Anstaltsministerium schaffen, auf daß alles wohlgerate.« (Schäfer 1909, 22, zit. nach Thomann 1995, 157).

### 3.3 Konflikte bei der Verallgemeinerung der ›Krüppelfürsorge‹

In der vorstehend von Ulbrich geäußerten kritischen Einschätzung mag sich durchaus eine nicht immer konfliktfreie Beziehung artikulieren, die zwischen den Krüppelheimen der Inneren Mission und der sich nach Durchführung der Reichsstatistik auf Anregung Biesalskis 1909 etablierenden ›Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge‹ bestand. Denn die von der Inneren Mission begonnene Arbeit hatte sich hinsichtlich der orthopädischen Versorgung – auch in Privatpraxen –, der Trägerschaft von Krüppelheimen und Schulen, von Beratungsstellen und Ambulatorien qualitativ fortentwickelt und deutschlandweit quantitativ verallgemeinert. Nach Überwindung der anfänglichen Irritationen formierte sich jedoch die Krüppelfürsorge unter Einschluss der Inneren Mission verbands- und trägerübergreifend in der ›Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge‹ überaus erfolgreich. Dies spiegeln u.a. die Publikationen der ab 1908 unter der Redaktion von Biesalski erscheinenden ›Zeitschrift für Krüppelfürsorge‹ wider, nachdem die Herausgabe des ›Jahrbuchs der Krüppelfürsorge‹ mit dem 10. Jahrgang (1908/1909) eingestellt wurde. Insbesondere die neuen Aufgaben, die sich der Krüppelfürsorge durch den 1. Weltkrieg (Biesalski 1915; Pape 1998, 58), das Krüppelfürsorgegesetz von 1920, aber auch durch Inflation und Weltwirtschaftskrise stellten, förderten die kooperativen Tendenzen. 1930 kann Pastor Hoppe im Rückblick auf seine Tätigkeit feststellen, dass eine »gründliche, sachliche, humane und christliche Beurteilung und Behandlung der Krüppel« in der Gesellschaft eingetreten ist (Hoppe 1930, 57). Eine Situation, die durch die Antifürsorge der nationalsozialistischen Diktatur gegenüber den sog. ›Minderwertigen‹ alsbald revidiert werden sollte, indem sie den im Sozialdarwinismus wurzelnden Primat der ungleichen Wertigkeit von Menschen sozialrassistisch verwirklichte (vgl. Wilken 1983, 221; Thomann 1994; Kuhlmann 2002).

Freilich bestanden innerhalb der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge auch weiterhin kontroverse Meinungen. So bezweifelt etwa Hans Würtz (1875–1958), Erziehungsdirektor am ›Oscar Helene-Heim für Heilung und Erziehung gebrechlicher Kinder‹ »daß Krüppelarbeit nur auf dem Boden einer überzeugten christlichen Konfession möglich und daß nur humanitäre Einstellung erfolglos ist« (Würtz 1930, 302). Die konfessionellen Träger – Caritas wie Innere Mission – problematisierten den vornehmlich auf »die Erwerbsbefähigung als Endziel der Entkrüppelung« (ebd., 301) gerichteten Ansatz, der sich aus dem Krüppelfürsorgegesetz von 1920 ergab (zur diesbezüglichen Einstellung von Würtz vgl. Musenberg 2002, 186, 236, 290). Obgleich »das Berufsbewußtsein und der Wille zum Beruf« (Briefs 1930, 295) ein zentrales Anliegen ihrer Behindertenarbeit von Anfang an war, begrenzten sie sich nicht darauf, sondern betrachteten die Arbeit des Pädagogen innerhalb der Krüppelfürsorge unter Einschluss »auch der nicht erwerbsfähigen Gebrechlichen« (ebd., 293) als »Dienst an der sittlichen Persönlichkeit des Krüppels, nicht mehr bloß Mitwirkung zur Erreichung eines

so beschränkten Teilzweckes, wie es die Erwerbsbefähigung darstellt« (ebd., 297). Dennoch tritt immer wieder der Versuch hervor, die Gemeinsamkeiten in den Blick zu nehmen und insbesondere in den Bemühungen um die Förderung der ›siechen Krüppel‹ nicht nachzulassen. Es mag deshalb eine treffende und nicht nur auf Konsens zielende Meinung sein, die Pastor Behr, Vorsteher des Marienstiftes in Arnstadt, äußert: »Ich kann mir denken, daß den Anstalten der Caritas und Inneren Mission oft das gelingen wird, was bei der interkonfessionellen Anstalt nicht gelingt, oder umgekehrt.« (Behr 1930, 303)

#### 4. Resümee und Ausblick

Über die Jahre hinweg ist es das artikulierte Interesse und die zunehmend realisierte Praxis christlicher ›Krüppelfürsorge‹ gewesen, vornehmlich interdisziplinär-komplexe diakonische Hilfeleistungen für diejenigen Gruppen körperbehinderter Menschen anzubieten, die im Vorschul- wie im Schulalter sowohl auf Grund der Umfänglichkeit ihrer Schädigung als auch ihrer Herkunft aus sozial schwachem Milieu keine ihrer Bildungsfähigkeit entsprechende Förderung erhielten, um das ihnen mögliche Niveau der Lebensentfaltung und Daseinsgestaltung unter besonderer Berücksichtigung der Erwerbsbefähigung zu erlangen. Dabei diente das christliche Menschenbild immer wieder als Korrektiv der Zuwendung auch zu jenen schwer- und mehrfachbehinderten körperbehinderten Menschen, die – als ›Sieche‹ bezeichnet – den Forderungen nach gesellschaftlicher Verwertung ihrer Arbeitskraft nicht entsprechen konnten. Insofern trug die ›Krüppelfürsorge‹ der Inneren Mission mit ihrer komplexen rehabilitativen und sozialintegrativen Zielsetzung dazu bei, dass sie sich nicht allein durch ihre ›resozialisierenden‹ und erwerbsbefähigenden Ergebnisse rechtfertigte, sondern jenseits utilitaristischer Effizienzlegitimation aus der Würde, die aus christlicher Sicht unterschiedslos jedem Menschen zu Eigen ist (Schibilsky 1992; Wilken 1999). Allerdings stand diese Würde dort zur Disposition, wo, wie etwa in der Maschinenstrickerei des Annastiftes in Hannover Mitte der 20er-Jahre, über ca. 2 m hin das Bibelzitat »So Jemand nicht will arbeiten, Der soll auch nicht essen« als ethischer Imperativ prangte (siehe Hachmeister 1997, 68; vgl. Wilken 1980, 125; Speck 1999, 44). Und sie wurde auch dort nicht gesichert, wo man meinte, »die ›negativen Erbströme‹ stoppen zu müssen« (Nowak 1998, 246) und deshalb der Zwangssterilisation im ›Dritten Reich‹, die durch das ›Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses‹ (abdruckt bei Bleidick 1999) gefordert war, positiv gegenüber stand, wie etwa im Oberlinhaus (Pape 1998, 95).

So wird denn selbstkritisch konzediert, dass die christliche Sicht der Persönlichkeit des Individuums nicht immer ungebrochen in der Wertung behinderten Lebens deutlich wurde. »Die freiwillige Einordnung der Inneren Mission in die Erbgesundheitspolitik des ›Dritten Reiches‹ (Sterilisationen) und die – widerständige – Hinnahme der Vernichtung ›lebensunwerten Lebens‹ (Krankenmor-

de)« (Nowak 1998, 247) werfen dabei ein beklemmendes Schlaglicht auf die Grade und Formen der Verstrickung wie auch der geleisteten Resistenz (vgl. dazu die Dokumentation bei v. Hase 1964).

Eine Konsequenz, die die Innere Mission aus dieser Epoche ihrer Geschichte gezogen hat, besteht in dem erklärten Willen, die Subjekthaftigkeit behinderter Personen stärker zu würdigen und zu schützen und durch kirchengemeindliche Initiativen und gemeinwesenintegrierte Dienste das Einbezogensein behinderter Menschen stärker zu fördern. Nicht zuletzt deshalb soll an Stelle der ›geschlossenen‹ anstaltlichen Behindertenarbeit zunehmend eine ›offene Behindertenhilfe‹ treten, sodass »Anstalten zum Sonderfall« werden (Die Innere Mission 1974, 46; vgl. Hämer 1978, 101–105).

## Literaturverzeichnis

- Behr, F.: Pfarrer Behr, Arnstadt. Zeitschrift für Krüppelfürsorge 23 (1930), 302–303.
- Benad, M.: Eine Stadt für die Barmherzigkeit. In: Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998. Berlin 1998, 122–129.
- Berndt, H.: Interview zur Körperbehindertenpädagogik. In: Seifert, R. (Hrsg.): Autobiographische Reflexionen zur Körperbehindertenpädagogik. Berlin 1999, 51–77.
- Biesalski, K.: Leitfaden der Krüppelfürsorge. Leipzig und Hamburg 1911.
- Biesalski, K.: Kriegskrüppelfürsorge. Leipzig 1915.
- Bismarck, O.: Verhandlungen Reichstag 1881, 713. Zit. n. Landwehr, R./Baron, R. (Hrsg.): Geschichte der Sozialarbeit. Weinheim/Basel 1983, 36.
- Bläsig, W.: Körperbehinderten- und Krankenhausschulen. In: Lesemann, G. (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte und Entwicklung des deutschen Sonderschulwesens. Berlin 1996, 102–128.
- Bleidick, U. (Hrsg.): Allgemeine Behindertenpädagogik. Band 1 der Studentexte zur Geschichte der Behindertenpädagogik. Neuwied/Berlin 1999, 193–195.
- Briefs, P. J.: Berufliche Erziehung jugendlicher Krüppel. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 23 (1930), 285–300.
- Brummer, A./Nethöfel, W. (Hrsg.): Vom Klingelbeutel zum Profitcenter. Strategien und Modelle für das Unternehmen Kirche. Hamburg 1997.
- Castell-Castell, Fürst zu: Die Bayrische Genossenschaft des Johanniter-Ordens. Jahrbuch der Krüppelfürsorge. 5. Jg. 1903. Hamburg 1904, 78–81.
- Dalhoff, N.: Pastor Hans Knudsen, der Begründer der Krüppelfürsorge in Kopenhagen. Jahrbuch der Krüppelfürsorge. 1. Jg. 1899. Hamburg 1900, 14–27.
- Degen, J.: Diakonie als soziale Dienstleistung. Gütersloh 1994.
- Die Innere Mission. In: Zeitschrift des Diakonischen Werkes 64 (1974) ½.
- Erler, A.: Kirchenrecht. München und Berlin <sup>3</sup>1965.
- Fahlbusch, E.: Restauration. In: Brunotte, H./Weber, O. (Hrsg.): Evangelisches Kirchenlexikon. Göttingen <sup>2</sup>1962, (Bd. 3) 632–635.
- Frick, R.: Liebestätigkeit, christliche (Geschichte) (Bd. 2, 1102–1119) sowie Innere Mission (Bd. 2, 323–331). In: Brunotte, H./Weber, O. (Hrsg.): Evangelisches Kirchenlexikon. Göttingen <sup>2</sup>1962.

- Friedrich, O.: Konsistorium. In: Brunotte, H./Weber, O. (Hrsg.): Evangelisches Kirchenlexikon. Göttingen 21962, (Bd. 2) 918–921.
- Fuchs, P.: »Körperbehinderte« zwischen Selbstaufgabe und Emanzipation. Neuwed/Berlin 2001.
- Grafe, H.: Die Arbeit in Indien. In: Lüdemann, E.-A. (Hrsg.): Vision: Gemeinde weltweit. 150 Jahre Hermannsbürger Mission und ev.-luth. Missionswerk in Niedersachsen. Hermannsburg 2000, 357–443.
- Hachmeister, G.: Die Geschichte des Annastiftes. In: Szagun, G. (Hrsg.): Annastift (1897–1997) – 100 Jahre Kompetenz und Nächstenliebe. Hannover 1997, 15–158.
- Hämer, A.: Rehabilitation von unten. Der Platz der Körperbehinderten im Aufgabenfeld der Kirche. Mainz 1978.
- Hase, v. H. Chr. (Hrsg.): Evangelische Dokumente zur Ermordung der »unheilbar Kranken« unter der nationalsozialistischen Herrschaft in den Jahren 1939–1945. Innere Mission und Hilfswerk der EKD, Stuttgart o.J. (1964).
- Häusler, M.: Vom Gehilfen zum Diakon. In: Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998. Berlin 1998, 112–119.
- Heimbach-Steins, M./Lienkamp, A. (Hrsg.): Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. München 1997.
- Herbst, H.R.: Behinderte Menschen in Kirche und Gesellschaft. Stuttgart/Berlin/Köln 1999.
- Hochbaum, W.: D. Theodor Hoppe. Vater der Krüppel und Taubstummblinden. Ein Lebensbild. Stiftungsverlag Potsdam o.J.
- Hoppe, Th.: Das Oberlinhaus, Diakonissen-Mutterhaus für Kleinkinderschule mit Gemeindepflege zu Nowawes. Bericht erstattet von Pastor Th. Hoppe, Vorsteher des Oberlinhauses. Geschrieben September 1882.
- Hoppe, Th.: Die Fürsorge für die Verkrüppelten. In: Oberlin-Blatt. Zeitschrift für Kleinkinderschule und Gemeindepflege. Organ des Oberlinvereins XIX (1888), Nov./Dez., 41–46.
- Hoppe, Th.: Die Pflege der Verkrüppelten, insbesondere die Pflege verkrüppelter Kinder. In: Oberlin-Blatt. Zeitschrift für Kleinkinderschule und Gemeindepflege. Organ des Oberlinvereins XVIII (1897), März/April, 9–11.
- Hoppe, Th.: Die ersten 25. Jahre. Geschichte der Diakonissenanstalt »Oberlinhaus« zu Nowawes 1899.
- Hoppe, Th. (Hrsg.): Deutsche Krüppelheime in Wort und Bild. Halle a.S. 1914.
- Hoppe, Th.: Das Oberlinhaus – fünf Jahrzehnte Diakonissenarbeit. Nowawes 1930.
- Hübner, R.: Die Rehabilitationspädagogik in der DDR. Frankfurt 2000.
- Jacobi, J.: Erziehung als Mission. In: Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998. Berlin 1998, 80–89.
- Jacobi, J.: Regine Jolberg. Sozialpädagogische Frauenbildung im 19. Jahrhundert zwischen Judentum und Pietismus. In: Neue Sammlung 42 (2002) 2, 83–98.
- Jahrbuch der Krüppelfürsorge: 9. Jg. 1907. Hamburg 1908, 66–68.
- Kaiser, J.-Chr.: Innere Mission und Diakonie. In: Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998. Berlin 1998, 14–43.



- Katscher, L.: Die Krankenpflege. In: Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998. Berlin 1998, 152–161.
- Kirmsse, M.: Joh. Andreas Venel, der Begründer der Krüppelbehandlungsinstitute. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge VII (1914), 216–223.
- Klose, R.: Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland – Verein, Verband und der Teil der Evangelischen Kirche. In: Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998. Berlin 1998, 380–382.
- Koch, K.: Frühfördersystem – Überblick, Analyse und perspektivischer Ausblick. Neuwied/Berlin 1999.
- Krautter, S.: Kennt das Neue Testament Solidarität? In: Christ und Sozialist. Blätter der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V. 3 (1987), 1–7.
- Kuhlmann, C.: Soziale Arbeit im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. In: Thole, W. (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. Opladen 2002, 77–96.
- Landwehr, R./Baron, R. (Hrsg.): Geschichte der Sozialarbeit. Weinheim/Basel 1983.
- Lange, F.: Aus der ersten Zeit der ärztlichen Krüppelfürsorge. Vortrag vom 11.10.1931. Wiederabdruck in: Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge. Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte 1953, 6–11.
- Lindmeier, B.: Die Pädagogik des Rauhen Hauses. Bad Heilbrunn 1998.
- Lindmeier, B./Lindmeier, C. (Hrsg.): Geistigbehindertenpädagogik. Band 3 der Studientexte zur Geschichte der Behindertenpädagogik. Weinheim/Berlin 2002, 209–212.
- Lorenz, E.: Protestantische Reaktionen auf die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Mannheim 1890–1933. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Archiv für Sozialgeschichte. Bd. XVI. Bonn-Bad Godesberg 1976, 371–416.
- Möckel, A.: Geschichte der Heilpädagogik. Stuttgart 1988.
- Musenberg, O.: Der Körperbehindertenpädagoge Hans Würtz (1875–1958). Eine kritische Würdigung des psychologischen und pädagogischen Konzeptes vor dem Hintergrund seiner Biographie. Hamburg 2002.
- Neumann, J.: Ursprünge und sozialpolitische Motive der Wohlfahrtspflege in Württemberg, dargestellt an den Anfängen dreier Behindertenheime. In: Baden-Württemberg: eine politische Landeskunde, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 18 (1991), 76–109.
- Nowak, H.: Eugenik, Zwangssterilisation und ›Euthanasie‹. In: Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998. Berlin 1998, 236–247.
- Oberlin-Blatt: Zeitschrift für Kleinkinderschule und Gemeindepflege. Organ des Oberlinvereins 18 (1887).
- Orthandt, E.: Der Deutsche Verein in der Geschichte der deutschen Fürsorge 1880–1980. Frankfurt/M. 1980.
- Pape, F.-W. (Hrsg.): Ein Jahrhundert für Menschen mit Behinderungen. Die Geschichte des Verbandes Evangelischer Einrichtungen für die Rehabilitation Behinderter e.V. 1901–1997. Reutlingen 1998.
- Pawel, v. B.: Zur Entwicklung der Pädagogik und Fürsorge für Körperbehinderte. Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland und DDR. In: Ellger-Rüttgardt, S. (Hrsg.): Bildungs- und Sozialpolitik für Behinderte. München/Basel 1990, 76–89.

- Pehnke, A.: Die schulische Betreuung behinderter Kinder in der ehemaligen DDR. In: Liedtke, M. (Hrsg.): *Behinderung als pädagogische und politische Herausforderung*. Bad Heilbrunn 1996, 223–235.
- Perl, O.: *Krüppeltum und Gesellschaft im Wandel der Zeit*. Gotha 1926. Nachdruck in: Heiden, H.-G./Simon, G./Wilken, U.: *Otto Perl und die Entwicklung von Selbstbestimmung und Selbstkontrolle in der Körperbehinderten-Selbsthilfe-Bewegung*. Krautheim/Jagst 1993.
- Philipsborn, A.: Was muß zur Erhaltung der notleidenden privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands geschehen? In: *Zeitschrift für Krüppelfürsorge* 16 (1923), 34–39.
- Rannenberg, W.: *Tagesordnungspunkt Diakonie*. Hannover 1996.
- Rannenberg, W.: Kirche und diakonische Soziale Arbeit. In: Wilken, E./Vahsen, F. (Hrsg.): *Sonderpädagogik und Soziale Arbeit. Rehabilitation und soziale Integration als gemeinsame Aufgabe*. Neuwied/Berlin 1999, 262–277.
- Ratzinger, G.: *Geschichte der kirchlichen Armenpflege*. Reprint der 2., umgearbeiteten Auflage, Freiburg im Breisgau 1884. Fachhochschulverlag, Kleiststr. 31, Frankfurt/M. 2001.
- Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): *Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998*. Berlin 1998.
- Rosenfeld, L.: *Krüppelfürsorge und Krüppelanstalten nach ihrem heutigen Stande*. In: Riedinger, J. (Hrsg.): *Archiv für Orthopädie, Mechanotherapie und Unfallchirurgie*. Bd. V. Wiesbaden 1907, 182–240.
- Schäfer, Th.: *Leitfaden der inneren Mission*. Hamburg 1887.
- Schäfer, Th.: *Krüppelfürsorge*. In: *Jahrbuch der Krüppelfürsorge* 1 (1899) Hamburg 1900, 3–13.
- Schäfer, Th.: *Ein nachahmenswerter Beschluß*. *Jahrbuch der Krüppelfürsorge* 2 (1900), Hamburg 1901.
- Schäfer, Th.: *Eine Studienreise nach Dänemark, Schweden und Norwegen*. In: *Jahrbuch der Krüppelfürsorge* 5 (1903) Hamburg 1904, 5–39.
- Schäfer, Th.: *Die dritte Konferenz der deutschen Anstalten für Krüppelpflege zu Cracau bei Magdeburg*. In: *Jahrbuch der Krüppelfürsorge* 6 (1904) Hamburg 1905, 59–67.
- Schäfer, Th.: *Bitte an alle, denen das Wohl der Krüppelkinder am Herzen liegt*. In: *Jahrbuch der Krüppelfürsorge* 7 (1905) Hamburg 1906, 29–39.
- Schäfer, Th.: *Das vollständige Krüppelheim*. In: *Jahrbuch der Krüppelfürsorge* 9 (1907) Hamburg 1908, 5–18.
- Schäfer, Th.: *Statistik der Krüppelfürsorge im Deutschen Reich im November 1908*. In: *Jahrbuch der Krüppelfürsorge* 9 (1907) Hamburg 1908, 34–49.
- Schäfer, Th.: *Die fünfte Konferenz der deutschen Anstalten für Krüppelpflege*. In: *Jahrbuch der Krüppelfürsorge* 10 (1908) Hamburg 1909, 10–43 (zit. n. Thomann 1995, 157).
- Scheil, M.: *Die Entwicklung der Schule für Körperbehinderte im Oberlinhaus Potsdam*. In: Ellger-Rüttgardt, S./Wachtel, G. (Hrsg.): *Zehn Jahre Sonderpädagogik und Rehabilitation im vereinten Deutschland*. Neuwied/Berlin 2000, 299–317.
- Schibilsky, M.: Ist Menschenwürde teilbar? Eine Herausforderung an die Verantwortung des Christen. In: Pape, F.-W./Schoch, H. (Hrsg.): *Aus der Geschichte lernen – Die Zukunft gemeinsam gestalten. Christliche Verantwortung für behinderte Menschen. Verband der Evang. Einrichtungen für die Rehabilitation Behinderter Stuttgart; Verband kath. Einrichtungen für Körperbehinderte in Deutschland*. Freiburg 1992, 56–85.

- Schleiermacher, F.: Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihrer Verächtern (1799), hrsg. von Günter Meckenstock. Berlin 1999.
- Schuster, H./Ringshausen, K./Tebbe, W. (Hrsg.): Quellenbuch zur Kirchengeschichte. Bd. III. Frankfurt/Berlin/Bonn 1960.
- Seifert, D.: Zukunft Gottes. Johann Hinrich Wicherns Rede auf dem Wittenberger Kirchentag 1848. In: Nachrichten der evangl.-luth. Kirche in Bayern 52. Jg. (1997) 7, 204–207.
- Simon, W.V.: Krüppelfürsorge. In: Gottstein, A./Schlossmann, A./Teleky, L.: Handbuch der Sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge. Berlin 1927, 568–637.
- Speck, O.: Die Ökonomisierung sozialer Qualität. München 1999.
- Speck, O./Thalhammer, M.: Die Rehabilitation der Geistigbehinderten. München/Basel 1974.
- Stadler, H.: Rehabilitation bei Körperbehinderung. Stuttgart/Berlin/Köln 1998.
- Stadler, H.: Vom »Krüppel« zum Körperbehinderten – Zur Entwicklung der »Krüppelfürsorge« unter dem Einfluß des Christentums. In: Wachtel, G./Dietze, S. (Hrsg.): Heil- und Sonderpädagogik – auch im 21. Jahrhundert eine Herausforderung. Weinheim/Basel 2001, 64–89.
- Stadler, H.: Die schulische Förderung junger Menschen mit Körperbehinderung und chronischer Erkrankung zwischen Segregation und Integration. In: Sonderpädagogik 30 (2000) 2, 88–101.
- Tennstedt, F.: Die Wurzeln des Wohlfahrtsstaats im Deutschen Kaiserreich von 1871. In: Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998. Berlin 1998, 92–101.
- Theißen, G.: Die Rede vom großen Weltgericht (Mt. 25,31–46). Universales Hilfsethos gegenüber allen Menschen? In: Götzelmann u.a. (Hrsg.): Diakonie der Versöhnung. Ethische Reflexion und soziale Arbeit in ökumenischer Verantwortung. Stuttgart 1998, 60–70.
- Thierfelder, J.: Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung. In: Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998. Berlin 1998, 224–235.
- Thomann, K.-D.: »Krüppel sind nicht minderwertig«. Körperbehinderte im Nationalsozialismus. In: Meinel, Chr./Voswinkel, P. (Hrsg.): Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus: Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Stuttgart 1994, 208–220.
- Thomann, K.-D.: Das behinderte Kind. »Krüppelfürsorge« und Orthopädie in Deutschland 1886–1920. Stuttgart/Jena/New York 1995.
- Thomann, K.-D.: Die konfessionelle Körperbehindertenfürsorge. In: Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998. Berlin 1998, 162–173.
- Uhlhorn, G.: Die kirchliche Armenpflege in ihrer Bedeutung für die Gegenwart. In: Cordes, M./Otte, H. (Hrsg.): Gerhard Uhlhorn. Schriften zur Sozialethik und Diakonie. Hanover 1990, 283–339.
- Vietor, H.: Pastor D. Dr. Hoppe. Zeitschrift für Krüppelfürsorge 22 (1929), 129–138.
- Weiss, H.: Konstitutionsprozesse der Körperbehindertenpädagogik und ihre Bedeutung für heutige Diskussionsthemen des Faches. In: Bergeest, H./Hansen, G. (Hrsg.): Theorien der Körperbehindertenpädagogik. Bad Heilbrunn 1999, 75–99.

- Wellmitz, B.: Zur Theoriebildung der Körperbehindertenpädagogik in der DDR. In: Bergeest, H./Hansen, G. (Hrsg.): Theorien der Körperbehindertenpädagogik. Bad Heilbrunn 1999, 101–117.
- Wendt, W. R.: Geschichte der sozialen Arbeit. Stuttgart <sup>3</sup>1990.
- Wichern, J.H.: Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. Eine Denkschrift an die deutsche Nation. Hamburg 1849. In: Schuster, H./Ringshausen, K./Tebbe, W. (Hrsg.): Quellenbuch zur Kirchengeschichte. Bd. III. Frankfurt/Berlin/Bonn 1960, 23–26.
- Wilhelmi, H.: Wer hilft den Krüppeln? In: Jahrbuch der Krüppelfürsorge 9 (1907) Hamburg 1908.
- Wilken, E.: Integration körperbehinderter Kinder in Regelschulen. In: Wellmitz, B./Pawel, B. (Hrsg.): Körperbehinderung. Berlin 1993, 149–155.
- Wilken, U.: Beruf – Freizeit und Behinderung. Der Stellenwert beruflich-sozialer Eingliederung im Rehabilitationsprozeß bei Körperbehinderten mit Lernbehinderung. Bonn 1980.
- Wilken, U.: Körperbehindertenpädagogik. In: Solarová, S.: Geschichte der Sonderpädagogik. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983, 212–259.
- Wilken, U.: Würde und Selbstbestimmung wahren – Das Basisethos offensiver Behindertenpädagogik und seine rehabilitativen Konsequenzen. In: Zeitschrift Behindertenpädagogik 38 (1999) 4, 354–369.
- Wilken, U.: Die Entwicklung sozialer Kompetenz als rehabilitative Aufgabe der Körperbehindertenpädagogik. In: Zeitschrift für Heilpädagogik 51 (2000) 7, 281–288.
- Würtz, H.: Aussprache. Zeitschrift für Krüppelfürsorge 23 (1930), 301–302.
- Ziem, H.: Der Beschädigte und Körperbehinderte im Daseinskampf einst und jetzt. Berlin 1956.

## Übungsaufgaben

1. Vergleichen Sie die sozial-diakonische Gestaltung christlicher Wohltätigkeit mit den gemeindediakonischen Hilfeangeboten und stellen Sie den Unterschied dar. Legen Sie dabei die Abschnitte 1.1–1.3 zu Grunde.
2. Weshalb erwiesen sich die gemeindeorientierten Zielvorstellungen der Armenpflege im Gefolge der Reformation als zu idealistisch und welche Hilfestrukturen wurden deshalb im Pietismus und von den Erweckungsbewegungen entwickelt?
3. Skizzieren Sie die Finanzierung diakonischer Tätigkeiten und begründen Sie, wodurch sich die rehabilitative Arbeit freier Träger kostengünstiger gestaltete.
4. Erläutern Sie den Beitrag der Mutterhaus-Diakonie und der kommunalen ›Sozialen Fürsorge‹ hinsichtlich der Entwicklung der anstaltsbezogenen ›Krüppelfürsorge‹ der Inneren Mission im 19. Jahrhundert.
5. Welche typischen Schädigungsbilder, die zu einer Körperbehinderung führten, wurden im Zusammenhang mit den ›Krüppelzählungen‹ festgestellt und inwiefern besteht heute eine andere Situation?
6. Beschreiben Sie das soziale Umfeld derjenigen körperbehinderten Kinder, für die Anstaltsunterbringung erforderlich erachtet wurde, und führen Sie die Gründe an, die manche Eltern gegen die Aufnahme ihres Kindes in ein ›Krüppelheim‹ geltend machten.

7. Erklären Sie die Struktur der ›Vollkrüppelheime‹ der Inneren Mission.
8. Stellen Sie die Ziele der verschiedenen Krüppelzählungen dar.
9. Welche Begründung erfuhr das Erziehungsziel der Erwerbsertüchtigung und wie wirkte es sich auf die Unterrichtsgestaltung in den Heimschulen der Inneren Mission aus?
10. Stellen Sie die Situation von umfänglich beeinträchtigten Körperbehinderten (›Sieche‹) im Blick auf ihre Fördermöglichkeiten in den ›Krüppelheimen‹ der Inneren Mission dar.
11. Versuchen Sie in Zusammenhang mit Übungsaufgabe 1 die Tendenzen von Integration und Separation bei der Förderung (körper-)behinderter Personen aufzuzeigen, wie sie im Laufe der Diakoniegeschichte deutlich wurden. Berücksichtigen Sie dazu auch Abschnitt 3.

## Quellentexte

### **Quelle 1: Auszug aus R. Baron: Die Entwicklung der Armenpflege in Deutschland vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg.**

Entnommen aus: Landwehr, R./Baron, R. (Hrsg.): Geschichte der Sozialarbeit. Hauptlinien ihrer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Weinheim/Basel 1983, 41.

#### **Bedingungen der Armenpflege in Berlin**

Als Residenzstadt und spätere Hauptstadt des Deutschen Reiches war Berlin immer ein wichtiges Zentrum des politischen, sozialen und ökonomischen Geschehens. Sowohl die Monarchen wie auch die bürgerliche Stadtverwaltung, die erst 1820 das Armenwesen in eigene Regie übernahm, legten besonderen Wert auf ein funktionierendes System der sozialen Versorgung und Kontrolle. Dabei war man jedoch konfrontiert mit einer überdurchschnittlichen Bevölkerungszunahme und allen daraus folgenden Problemen, die weit über das hinausgingen, was andere deutsche Städte in dieser Zeit erlebten; andererseits ist festzustellen, dass die verfügbaren Mittel zur Bewältigung dieser Probleme in Berlin doch immerhin reichlicher flossen als anderswo.

<b>Bevölkerungsentwicklung der Stadt Berlin 1820–1910</b> (nach: Berichte, Stadt Berlin 1842–1912; Hirschberg 1897, 4 und 8)		
Jahr	Bevölkerung	Arbeiter-Anteil in %
1820	180.000	30
1840	320.000	
1860	520.000	
1880	1.130.000	60
1900	1.850.000	
1910	2.040.000	

Dieser Bevölkerungszustrom hatte zusammen mit einer besonders nach der Reichsgründung um sich greifenden Bauspekulation eine Wohnungsnot zur Folge, die sich kaum beschreiben lässt. Um 1860 lebte etwa die Hälfte der Berliner Bevölkerung in Wohnungen mit nur einem oder gar keinem beheizbaren Zimmer mit bis zu 20 Personen zusammen. 43.000 Personen waren nicht einmal in der Lage, mehr als eine bloße »Schlafstelle« zu bezahlen, die sie häufig mit einer vielköpfigen Familie in einem Zimmer nur für die Nacht teilten. 9,2% aller Wohnungen lagen im Keller, bis zu 18 Stufen unter der Erde; sie waren das ganze Jahr über feucht; im Frühjahr stand in ihnen häufig das Wasser bis zu drei Fuß hoch (vgl. Hirschberg 1897, 27).

Zwar galt der Höhepunkt der Wohnungsmisere seit 1875 als überschritten, dennoch stieg die Bewohnerdichte infolge des Mietskasernen-Baus weiter an. Lebten 1861 noch durchschnittlich 48 Einwohner auf einem Hausgrundstück, so waren es 1890 schon 73; in den schlimmsten Arbeitervierteln wie dem heutigen »SO 36« in Kreuzberg drängten sich sogar 127 Einwohner auf einem Hausgrundstück zusammen. Gleichzeitig stiegen die Mieten etwa zwischen 1880 und 1890 gerade in diesen Vierteln bei sonst sinkendem oder gleichbleibendem Preisniveau um 20 bis 25% an.

Das Schlafstellenunwesen wurde dadurch erst recht verschlimmert: 1890 vermieteten 56% aller Berliner Haushalte eine oder mehrere Schlafstellen; fast 40% aller Schlafleute nächtigten in Haushalten mit Kindern in nur einem Zimmer (vgl. Hirschberg 1897, 25–50)! Welche Folgen dies für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen, die Gesundheit und die Lebensmoral der Bevölkerung hatte, kann man sich vorstellen.

**Quelle 2: Auszug aus Th. Hoppe: Die ersten 25 Jahre. Geschichte der Diakonissenanstalt »Oberlinhaus« zu Nowawes. Verlag des Oberlinhauses, Nowawes 1899, 199–201.**

#### Dienstanweisung für die Schulschwestern des Oberlinhauses

Den vom Oberlinhause entsandten Schwestern wird ihr Arbeitsfeld und das Maß ihrer Arbeit nach den zwischen dem Mutterhause und dem zur Leitung der Station befugten Lokalvorstände getroffenen Abmachungen vom Mutterhause zugewiesen. (...)

Die Schwestern haben nach Maßgabe der mit dem Mutterhause getroffenen Vereinbarungen den Anordnungen des Lokalvorstandes Folge zu leisten und sich den Geistlichen ihrer Gemeinde mit Vertrauen anzuschließen; sie halten sich zur Predigt und zum heiligen Abendmahl in der Regel in ihrer Gemeinde. Aller Umgang mit kirchenfeindlichen Sekten und Parteien ist zu meiden. (...)

Die Schulschwestern haben die ihnen anvertrauten Kinder während der festgesetzten Tagesstunden, welche höchsten 8 betragen dürfen, nach den im Mutterhause erhaltenen Anweisungen zu erziehen und zu beschäftigen. Sie haben

nur solche Kinder in ihrer Schule aufzunehmen, welche laufen und sprechen können, in der Regel also solche, welche das 3. Jahr zurückgelegt haben. Mehr als 50–60 Kinder soll eine Schulschwester nicht allein haben; steigt die Zahl der Kinder über 60, so bedarf die Schulschwester einer Gehülfin. Schulpflichtige Kinder sollen sie nicht in der Anstalt behalten. Die wöchentliche Arbeit der Schwestern ist durch die Zeiteinteilung der Kleinkinderschule geregelt, welche von der Schulschwester zu entwerfen und an einer leicht sichtbaren Stelle des Schullokalos anzubringen ist. An einem Nachmittag der Woche ist keine Schule. In ihrer freien Zeit besuchen die Schwestern Kinder ihrer Schulen in den Familien. Sie wirken dazu mit, daß die Kinder den Sonntag auf eine Gott wohlgefällige Weise kindlich, fröhlich zubringen; ältere Kinder ermuntern sie zur Sonntagsschule und konfirmierte Mädchen zu christlicher Sitte und Zucht in Jungfrauenvereinen. (...) Die Schulschwester tritt in keinen Verein lediglich als Mitglied ein.

Die Reinigung der Wohn- und Schulräume ist Sache der Schwester, das Scheuern der Schulräume wird jede Woche einmal durch eine von der Schwester mit Genehmigung des Lokalvorstandes angenommene Scheuerfrau bewirkt.

Ihre Erholung suchen die Schwestern gemeinschaftlich in häuslicher Stille, den vom Mutterhause gegebenen Andachtsordnungen folgend. Der in den Schranken ihres Berufs gebotene Verkehr genügt ihnen. Einladungen zu Mahlzeiten, Konzerten, Vorträgen oder sonstigen Versammlungen folgen sie nicht ohne Vorwissen und Erlaubnis des Mutterhauses. Die Schwestern nehmen ohne zuvor eingeholte Erlaubnis ihres Lokal-Vorstandes und ohne Anzeige im Mutterhause keinen Gast über Nacht auf und haben keine Reise oder Ausfahrt zu Missionsfesten oder dergleichen ohne Anfrage im Mutterhause zu unternehmen.

In den ersten 14 Tagen eines jeden Halbjahres hat die Schulschwester einen Bericht über ihre Wirksamkeit an den Lokal-Vorstand einzusenden, ebenso an das Mutterhaus, falls dasselbe einen solchen Bericht nicht schon in kürzeren Terminen einfordert.

Ueber jedes wesentliche Vorkommnis im Stationsleben giebt die Kleinkinderlehrerin dem Lokalvorstande und dem Vorstande des Oberlinhauses ungesäumt Nachricht. Dahin gehören Krankheit der Kleinkinderlehrerin, epidemische Krankheiten der Kinder, etwaige zeitweilige Schulschließung u.s.w. Die Ferien bestimmt der Lokalvorstand.

Achte noch auf Folgendes: Halte Ordnung in allen Dingen, in Deinen persönlichen Angelegenheiten, in den von Dir zu führenden Listen, Berichten und Rechnungen, Inventar-Verzeichnis u.s.w. Sei treu im Kleinen, gehe keinen Tag zu deinen Kindern ohne gründliche Vorbereitung, fange keinen Tag an ohne Beugung vor Gott und Fürbitte für Deine Schule. Nicht von der Rechenschaft hängt der Wert Deines Thuns ab, die Du dem Menschen gezwungen giebst, sondern von der Rechenschaft, die Du Gott dem Herrn freiwillig darbringst.

Sei auch allezeit eingedenk, daß das Auge der Gemeinde auf Deinen Christenwandel sieht, und daß all Dein Thun vor Gott offenbar ist. Thue Deinen Dienst nicht um vieler Ehre oder um des Lohnes willen, so wird Dir der Herr geben, was Du bedarfst.

Der Vorstand des Oberlinhauses.

**Quelle 3: Auszug aus A. Philipsborn: Was muß zur Erhaltung der notleidenden privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands geschehen?**

Entnommen aus: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 16 (1923) 34–39.

1. Die Notlage der Anstalten und ihre Ursachen.

Keinem Einsichtigen ist die ganz außerordentliche Notlage, in der sich die privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten befinden, zweifelhaft. (...)

Durch die deutsche Bevölkerung geht zurzeit ein Strich, der sie in zwei Teile schneidet: die einen, die nach Goldmark und in wertbeständigem Geld verdienen, und die anderen, deren Einnahmen in Papiermark bestehen. Zu den letzteren gehören die caritativen Anstalten. Dieser Zustand ist um so bedenklicher, als ihre Ausgaben im wesentlichen nach Goldmark berechnet werden, da sie anders weder Kohlen noch Chemikalien erhalten und sich auch die Lebensmittelpreise nach dem Dollar richten. Hierzu kommt, daß die Preise als solche fast durchweg höher sind als im Frieden. (...)

2. Die Notwendigkeit der Erhaltung der Anstalten.

(...) Die Anstalten lassen sich vom Standpunkt der Sozialhygiene überhaupt nicht mehr wegdenken. (...) Um kurz auf die Krüppelpflege zu exemplifizieren, so liegen die Dinge hier folgendermaßen. Es bestanden 1916 in Deutschland 64 Heime mit 7.234 Betten, deren Zahl bei weitem nicht zur Aufnahme der heimbefürftigen Krüppel ausreicht. Denn schon nach der Zählung von 1916 ergaben sich für das Reich allein 98.263 jugendliche Krüppel unter 15 Jahren, von denen 56.325 anstaltsbedürftig waren. Diese Verhältnisse dürften sich seitdem nicht wesentlich geändert haben. (...) Es liegt eben in der Natur der Sache begründet, daß der wirklich gemeinnützige Charakter am unverfälschtesten in den Anstalten der freien Wohlfahrtspflege zum Ausdruck kommt, in denen der Dienst an der caritativen Arbeit und der humanitäre Gedanke alle in der Anstalt tätigen, beseelt, in erster Reihe natürlich die unerreichten Vorbilder der Uneigennützigkeit: die caritativen Schwesternschaften. (...) Ein weiterer, in heutiger Zeit besonders ins Gewicht fallender Vorzug der freien Anstalten ist endlich ihre größere Billigkeit, die nicht nur durch die Geringfügigkeit der Kosten, den die caritativen Schwestern verursachen, sondern auch wesentlich durch die Abwesenheit von Mängeln und Hemmungen begründet ist, die jeder bürokratische schwerfällige Apparat mit sich bringt.



### 3. Die Hilfsmaßnahmen.

(...)

c) ... Zunächst ist es Pflicht der Anstalten, im eigenen Hause anzufangen und die oft gebildeten und besprochenen Regeln bewährter Wirtschaftsführung durchzuführen; die Methoden planmäßiger Arbeitseinteilung des amerikanischen Tailor-Systems, der Betriebskontrolle und Betriebsübersichten, der Heranziehung des Personals, der Pfleglinge und der Kuratoriumsmitglieder zur systematischen Mitarbeit, wiederholte gemeinsame Konferenzen aller leitenden Stellen im Hause. Trotz der oben berührten Billigkeit des Betriebes der freien Anstalten, die sie im Vergleich zu den behördlichen auszeichnet, ist hier auch bei den ersteren noch vieles zu bessern. Andererseits darf auch die Sparsamkeit nicht zu weit getrieben werden. Falsche Sparsamkeit, besonders in Personalfragen, schädigt den Betrieb auf die Dauer. (...)

e) Bei der Durchführung ihrer Aufgaben sehen die freie und behördliche Anstalten, wie öfters gezeigt, mehr und mehr sich aufeinander angewiesen. (...)

Beide Träger der Wohlfahrtspflege werden sich in erster Reihe darüber klar sein müssen, daß nur das wirklich Notwendige erhalten werden kann. (...)

Des weiteren ist es Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften, die Festsetzung gleichmäßiger Pflegesätze für gleichartige Anstalten beider Zweige, die Zahlung angemessener Vorschüsse, die gleichmäßige Belegung aller Anstalten, gemeinschaftlicher Einkauf und die Förderung der Kreditbeschaffung durch gemeinsame Benutzung entsprechender Einrichtungen zu vereinbaren. (...)

#### **Quelle 4: Auszug aus Th. Schäfer: Das vollständige Krüppelheim.**

Entnommen aus: Jahrbuch der Krüppelfürsorge 9 (1907), Hamburg 1908, 5–18.

Das »vollständige Krüppelheim« ist eine Anstalt, welche imstande ist, allen verschiedenartigen Bedürfnissen Verkrüppelter gleicherweise zu dienen. Es handelt sich also bei der Behandlung dieses Themas um die Beantwortung der Frage: Wie muß ein Krüppelheim eingerichtet sein, um den sehr mannigfaltigen Anforderungen derer, welche Aufnahme erbittend an seine Tür klopfen, das ihnen Notwendige bieten zu können? Es ist also eine Frage nach der Qualität der Anstalt. Die Frage nach der Quantität, nach der Größe der Anstalt und nach der Zahl ihrer Pfleglinge und Zöglinge scheint dabei gänzlich auszuscheiden. Dies ist jedoch nur auf den ersten Blick der Fall. Das wird sich unzweifelhaft am Schluß unserer Darlegungen ergeben. Da wird jedem die Wahrheit sich aufdrängen: Ein vollständiges Krüppelheim muß auch ein großes sein, kann wenigstens einer gewissen Größe nicht entbehren. (...) Und um für diese Größe einen leicht faßbaren und behältlichen Maßstab zu geben, hat man gesagt: 100 Zöglinge ist das Mindestmaß einer solchen Anstalt. (...)

Aber würde denn nicht gerade die Kleinheit eine wesentliche Hilfe, ja eine Art Garantie dafür sein, daß die Anstalt den Insassen ein »Heim« werde? Der Aus-

druck bedarf der Erläuterung, denn er ist vielfach mißverstanden worden. Hauptsächlich von denen, welche eine Krüppelanstalt nicht nur in erster Linie, sondern lediglich als eine Krüppelheilstalt ansehen. Ein Kranken- oder Genesungshaus (Maison de santé), in dem man Heilung sucht, pflegt man sobald als irgend möglich wieder zu verlassen, wenn angängig schon nach Tagen, aber doch nach Wochen. (...) Auch die dankbaren Patienten widmen gewöhnlich der Anstalt doch gerade keine Heimatgefühle. Also wenn die Krüppelanstalt nur ein Krankenhaus wäre, in dem man Heilung von seinen Gebrechen sucht, so trüge sie den Namen Krüppelheim wohl mit Unrecht. Aber diese Anstalt ist auch ein Erziehungsheim, in dem man sowohl Schulkenntnisse erwirbt, als einen Lebensberuf erlernt und zu dem Zweck 6, 8, 10 Jahre zubringt. Und solch ein Haus sollte einem Schüler und Lehrling usw. nicht trotz der Liebe zum Elternhaus ein Heim werden können? (...) Jedenfalls bezeichnet der Name Heim das Ideal, dem man nachstrebt ...

Aber widerspricht nicht dieser Tendenz die Zusammenfügung des lieben traulichen Wortes »Heim« mit dem harten, ja fast verächtlichen, jedenfalls rauhen Wort »Krüppel«. Diese letzte Bezeichnung ist mehrfach in alter und jüngster Zeit eben aus Gemütsgründen angefochten worden. Wenn man dieselben auch bis zu einem gewissen Grade würdigt – Verstandesgründe scheinen doch beträchtlich dagegen ins Gewicht zu fallen. Namen sind dazu da, eine Sache deutlich und kenntlich zu machen. Man hat es aber trotz aller Mühe noch nicht fertig gebracht, ein anderes, auch nur annähernd so bezeichnendes Wort von lieblicherem Klang statt des Wortes Krüppel zu finden. Man hat entweder ganz vage, und deshalb völlig undeutliche Namen vorgeschlagen, damit aber allen möglichen Verwechslungen Tür und Tor geöffnet, z.B. »schwache« oder »gebrechliche« oder »anormale« Kinder. Wieviel andere haben auch ein Recht auf diese Bezeichnungen. (...) Oder man hat ellenlange, aus mehreren Wörtern bestehende Bezeichnungen einführen wollen. (...) Aber weil diese langen Namen schwer behältlich, zeitraubend und zungenbrecherisch sind, schmiedet man aus den Anfangsbuchstaben der Teile des langen Namens ganz neue, sinnlose Wörter, welche beim Volk nie Anklang finden werden. So sagt man statt »Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft« Hapag. (...) So mache man es doch auch mit dem Krüppelheim: Man erfinde einen Namen aus mehreren Wörtern und ziehe die Anfangsbuchstaben derselben zusammen. Man wird sehen: Der rauhe Klang des Wortes erregt bei niemand mehr Anstoß – weil ihn niemand versteht. Jedenfalls gilt das von der großen Menge des Volks. Aber ich behaupte: das Volk ist gar nicht so überzartfühlend, und diese Schicht hat es gerade nötig, recht nachdrücklich und deutlich auf das Krüppelheim aufmerksam gemacht zu werden, damit man namentlich auf dem platten Land und in den dunklen Höhlen der großen Städte die verkrüppelten Kinder nicht verkommen lasse, sondern sie dem Krüppelheim zuführe. Zudem haben wir die Erfahrung gemacht, daß der Name Krüppel bald das etwa an ihm Rauhe verliert; deutlich, unmißverständlich bleibt

er immer. Ja, er wird ein lieber Name, wenn er in der Zusammensetzung Krüppelheim in der Tat und Wahrheit ein Haus bezeichnet, wo die Krüppel alles empfangen, was ihnen nötig ist und gewährt werden kann, und das ihnen deshalb, zumal bei längerem Aufenthalt, zum Heim wird. In manchen Fällen mag es ja eine günstige Auskunft sein, wenn neben dem Namen Krüppelheim noch ein anderer existiert, z.B. Krüppelheim »Alten-Eichen« zu Stellingen bei Altona, oder Krüppelheim »Königin Carola-Stiftung« zu Dresden. Aber das Wort Krüppelheim darf von dem zweiten Namen nicht verschluckt werden.

Wem aber soll das Krüppelheim dienen? Der allgemeinen Name faßt verschiedene Arten und Grade des Spezialleidens zusammen; die davon betroffenen Menschen stehen in verschiedenem Alter, nehmen mancherlei Kenntnis- und Bildungsstufen ein, sind auf mannigfache Zukunftspläne angewiesen, sind männlichen und weiblichen Geschlechts usw. Damit sind wir vor die verschiedenen Gruppen der Verkrüppelten gestellt und müssen uns fragen: welche Hauptgruppen sind es, die zu gewissen, von einander verschiedenen Behandlungsweisen auffordern, und wie muß ein Krüppelheim beschaffen sein, das allen diesen aus der Sachlage erwachsenen Anforderungen entspricht? (...)

Wohl die meisten kommen ins Krüppelheim mit der Hoffnung, daß ihrer Verkrüppelung in irgendeinem Maße abgeholfen werden könne, daß ihnen ärztliche Hilfe für ihr Leiden zuteil werde. (...) Das ist auch in gewissem Maß durchaus gerechtfertigt. Es ist ja wahr, die moderne Orthopädie steht hoch über der früheren; sie hat große Fortschritte gemacht und man hat in manchen Fällen außerordentliche Resultate erzielt. Und es ist die erste Pflicht einer solchen Anstalt, alles zu tun, um den Pflinglingen alle Errungenschaften dieser modernen Wissenschaft zugute kommen zu lassen. (...) Aber auch die geschicktesten Spezialisten können durch ihre ärztliche Kunst dem allergrößten Teil der Krüppel nicht helfen. Gerade den ausschweifenden Hoffnungen gegenüber, welche in dieser Hinsicht gehegt und durch irreführende Zeitungsberichte usw. genährt werden, ist es sittliche Pflicht, Pflicht der Wahrhaftigkeit und Nüchternheit, dies mit aller Deutlichkeit und Bestimmtheit zum Ausdruck zu bringen. (...) Eine wichtige Rolle bei diesen – wir wollens mit dem gelindesten Namen nennen – Mißverständnissen, spielt der ganz verschiedene Gebrauch des Wortes Heilung. Gewöhnlich versteht man unter Heilung die Beseitigung eines Leidens, die Zurückführung des Patienten zu dem normalen Zustand oder zu einem der Normalität sehr nahe kommenden Zustand. Ich habe bei meinem Studium der Krüppelsache sog. Geheilte gefunden, an denen man deutlich sehen konnte, daß man in der betreffenden Anstalt einen ganz anderen Begriff mit dem Wort verband. Da war z.B. ein Kind des Gebrauchs seiner Beine beraubt gewesen, ja, es fehlten ihm manche Teile seiner Beine gänzlich; mittels Hessingscher Schienenhülsen wurde es dahin gebracht, daß es gehen konnte, d.h. es konnte sich mit einigen Schritten im Zimmer bewegen, vielleicht auch auf einem ganz ebenen und festen Garten-

weg – nun war es »geheilt«. Es ist ja ein Großes und Dankenswertes erreicht, wenn ein Mensch, der sich vorher gar nicht fortbewegen konnte, dazu gebracht wird, daß er es kann. Aber wenn das Gehvermögen nur zu wenigen Schritten ausreicht, und der Mensch so wackelig ist, daß man ihn mit einem Finger umstoßen könnte, dann ist er doch so weit von dem Normalzustand entfernt, daß man ihn nicht geheilt, sondern nur gebessert nennen kann. (...) Damit aber der tüchtige Spezialist diese guten Resultate erreichen kann, muß ihm das Krüppelheim ein geübtes und gewissenhaftes Pflegepersonal zur Verfügung stellen, sowie die geeigneten Räume und Apparate: Operationszimmer, Turnsaal und Saal für mediko-mechanische Apparate, Liegeräume für die Kranken, falls sie nicht in ihren gewöhnlichen Schlafzimmern sein können. Für die Anfertigung der Bandagen muß ein geschickter Bandagist in erreichbarer Nähe wohnen, wenn das Krüppelheim nicht seine eigene Bandagenwerkstätte hat. (...)

Auch für andere plötzliche Erkrankungen, bei denen die Leidenden nicht transportabel sind, müssen für einzelne Notfälle die geeigneten Räume vorhanden sein. (...) Da erleichtert die Nähe anderer Krankenanstalten die Sache. (...) – In alledem zeigt sich auf Schritt und Tritt, daß ein Krüppelheim nur in der Nähe einer größeren Stadt liegen sollte, und daß es am besten versorgt ist als Glied eines ähnlichen Zwecken dienenden Ganzen.

Die ärztliche Tätigkeit und die ihr dienenden Veranstaltungen nehmen also eine sehr wichtige Stelle im Krüppelheim ein. Aber dies ist nicht das Ganze. Dieser letzteren falschen Meinung scheinen die unverständigen Eltern zu sein, welche ein Kind mit einem gewaltigen Höcker bringen, und wenn der Buckel, der zu seiner Ausbildung 10 Jahre gebraucht hat, in wenigen Monaten nicht weggehext ist, dasselbe wieder nach Hause nehmen: Das Krüppelheim habe ihm ja doch nicht helfen können. Das Krüppelheim hätte dem Kind wohl helfen können darin, wo Menschenhilfe allein noch möglich ist, nämlich in der Ausbildung seiner Brauchbarkeit fürs Leben und in der aufhaltenden Gegenwirkung gegen das Schlimmerwerden seines Leidens. – Dieser falschen Meinung scheinen auch manche praktische Ärzte zu sein, welche, um Rat gefragt, ob dieser oder jene kleine Patient nicht ins Krüppelheim müsse, sagen: »Was soll das Kind im Krüppelheim? Ihm ist ja doch nicht zu helfen!« Oder: »Warum solls weg von seinen Eltern? Was ärztlich getan werden kann, das will ich schon tun; mehr als ich, kann ihm der Krüppeldoktor auch nicht nützen.« Der Krüppeldoktor vielleicht nicht, wohl aber das Krüppelheim, das dem Kind den Schulbesuch und die praktisch-technische Ausbildung ermöglicht trotz, bei und neben allen ärztlichen Kuren.

Das Krüppelheim ist nämlich außer dem medizinischen Teil noch etwas ganz andres, noch viel mehr. »Zahlen sind Strahlen«. Ich führe hier zwei Zahlen an aus dem Mund eines Arztes, der 7 Jahre als Spezialarzt an einer der großen Krüppelanstalten Deutschlands damals gewirkt hatte, des Dr. Reichard an der Anstalt in Cracau. Er teilte auf der letzten Krüppelkonferenz mit: »Unter 340 in Cracau durch meine Hände gegangenen Kindern waren 141, mit denen ärztlich nichts

mehr zu machen war«. In dem Bericht über die Konferenz wird nicht gesagt, wie viel oder wie wenig noch mit den übrigen rund 200 Pflinglingen ärztlich zu machen war, sicher bei manchem viel, bei manchem wenig, und zwischen beiden gabs gewiß sehr verschiedene Stufen. Aber jedenfalls erstreckte sich auf 141 der Kinder seine ärztliche Tätigkeit gar nicht, so genau und ernst er es auch damit nimmt, und so erfolgreich er mit seiner Behandlung ist. Was tun denn die im Krüppelheim? Sind sie zum Vergnügen da? Zum Spielen? Zum Vertrauern ihres Lebens? Zum Faulenzen in den langen Tagesstunden?

Nein, sie bilden zusammen mit denen, an welchen der Arzt sein Heil und seine Kunst versucht, die Gesamtheit derjenigen, die erzogen und geschult werden müssen. Das Krüppelheim ist also neben der Klinik auch eine Schul- und Erziehungsanstalt.

Das wichtigste Moment der Kraft und des Einflusses in einer Erziehungsanstalt sind die Persönlichkeiten, welche an der Spitze stehen, die Leitung der Anstalt haben, und die, welche als die ausführenden und helfenden Organe ihnen zur Seite stehen. Vorausgesetzt, daß diese zusammenhalten und »an Einem Strang ziehen«, erzeugt ihr Sein und Leben, ihr Bild und Vorbild, ihr Reden und Handeln den Hausgeist, das durchwaltende Fluidum, gleichsam die Lebensluft, welche die Zöglinge umgibt, die sie einatmen und die sie vielfach unbewußt und doch sehr stark beeinflußt, mehr als alle direkten Gebot und Verbote und als die beste in Paragraphen gefaßte Hausordnung, von welcher letzterer die meisten Laien und Bürokraten wunder was für Erfolge erwarten.

Für Kern und Art des Hausgeistes ist die religiöse Stellung der erziehenden Persönlichkeiten und die kirchliche Grundlage der Anstalt von entscheidender Bedeutung. Ich halte eine konfessionelle Ausprägung der Anstalt für das einzig Richtige, Zweckmäßige und Erfolgreiche. Eine unklare, verwaschene allgemeine Religion hat keine Kraft. Sie ist eine Abstraktion wie Obst im Allgemeinen. Man kann sich so etwas zurechtdenken; aber in Wirklichkeit gibts kein Obst, das nicht entweder Apfel oder Birne oder Pflaume usw. wäre. So gibts auch keine wirkliche Religion, die nicht evangelisch oder katholisch, christlich oder jüdisch wäre. Da wir in unsern Krüppelheimen wirkliche Religion und nicht nur ein Gedanken Ding nötig haben, so bedürfen wir für dieselbe einer konfessionellen Prägung des religiösen Moments und bemitleiden die Armut derjenigen, welche glauben ohne Konfession und deshalb schließlich auch ohne wirkungskräftige, charakterbildende Religion fertig werden zu können. (...)

Diese Bestimmtheit unsrer religiösen Forderungen legt uns den Wunsch nahe, daß evangelische, katholische, jüdische Anstalten eingerichtet werden möchten. Es kann Notfälle geben, in denen einzelne Zöglinge einer Anstalt fremder Konfession anvertraut werden müssen. Solche haben dann nicht Hausrecht, sondern Gastrecht daselbst. Und das geht auch erfahrungsgemäß ganz gut, wenn auf beiden Seiten Rücksichtnahme waltet, aber nicht die nur Zank gebärende Parität mechanisch gehandhabt werden soll. Propagandistischer Eifer muß gänzlich ver-

bannt sein. Ein Gast fügt sich in die Hausregeln. Ich würde auch von einem Katholiken in unsrer evangelisch-lutherischen Anstalt Assistenz beim Tischgebet und bei der Hausandacht erwarten, aber niemals, daß er »Ein feste Burg« mitsingt. Dagegen würde ich alles Mögliche tun, um ihm zur Befriedigung seiner kirchlichen Bedürfnisse zu helfen. Denn gegen einen Gast muß man rücksichtsvoll sein und ihm möglichst viel zuliebe tun, wenn man auch nicht ihm zuliebe seine eigene ganze Hausordnung umstößt.

Ein sehr wichtiger Teil der Erziehung wird durch den Schulunterricht geleistet. Er wendet seine Hauptkraft und -zeit auf Verstandeskultur und Erwerb von Kenntnissen fürs Leben. Das ist für unsre Zöglinge von der größten praktischen Bedeutung und ist doch bei den weitaus meisten aus Not oder Fahrlässigkeit jämmerlich vernachlässigt worden. Wir können hier keine Untersuchung über die Gründe anstellen, die Tatsache ist da: die Kinder sind in ihrer Erziehung und in Schulkenntnissen meist ebenso geistig verkrüppelt wie an ihren Gliedmaßen. Und es ist die Aufgabe des Krüppelheims auch diese Verkrüppelung zu heilen. Es unterrichten im Krüppelheim Lehrer und Lehrerinnen. Bei dem Lehrermangel heutzutage werden mit Vorliebe Lehrerinnen verwendet; die besondere Gabe des weiblichen Geschlechts eignet sich auch für viele Pflichten, welche die Arbeit an Gebrechlichen aller Art mit sich bringt, in hohem Maße. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Eigenart des Mannes für manche Aufgaben auch ihre Vorzüge hat. Warum verwendet man nicht neben andern auch verkrüppelte Lehrer bei ihren Leidensgenossen, wie man es in Frankreich tut? Vorerst verhindern das unsre deutschen gesetzlichen Bestimmungen. (...) Bei wirklichem Sichversetzen in die Sachlage ... ließen sich sehr gut Modalitäten finden, welche auch Krüppeln in beschränktem Maße den Lehrberuf öffneten.

Die Krüppelschule hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Darunter begreife ich nicht, daß an jedem Tag für den Unterricht nur drei Stunden zur Verfügung stehen und nachmittags ein wenig Lernzeit für die Schulaufgaben zum folgenden Tag. Denn die Kinder dürfen um ihrer Gesundheit willen nicht allzuviel Stunden versitzen, manche halten auch eine längere Zeit einfach gar nicht aus. So ist die genannte Stundenzahl nach fast allgemeiner pädagogischer Erfahrung der durchstehende Usus in unsern Krüppelheimen. Was der Unterrichtsstoff dabei an Ausdehnung einbüßen muss, das kann er bei treuem Fleiß der Lehrenden an Tiefe und Gründlichkeit zulegen. Wenn man die Schwierigkeiten dagegenhält, welche eine einklassige Landschule, die alle Altersstufen umfaßt, und welche eine zahlreiche Stadtschulklasse von 60 und mehr Schülern bietet, so hat die Krüppelschule mit drei aufsteigenden, immer nur kleinen Klassen bedeutenden Vorteil, so daß sie trotz der notwendigerweise verringerten Stundenzahl das Volksschulziel in der Hauptsache doch erreichen könnte, wenn nicht andre Schwierigkeiten sie drückten. Die größte derselben ist die unregelmäßige und viel zu späte Einlie-

ferung der Kinder. Muß man schon zugunsten einer ganzen Reihe körperlicher Leiden, die in vorgerückterem Kindesalter entweder gar nicht, oder nur schwer und unvollkommen zu heilen sind, wünschen, daß die Kinder frühzeitig gebracht werden, so ist dies ganz ebenso wegen der Erziehung und Schulung der Fall. Ich will jetzt nur von der letzteren reden. Jeder Kundige weiß, wie schon eine monatelange Krankheit ein Kind hinter seinen Klassengenossen zurückbleiben läßt, wie solls erst gehen bei den Lücken von Jahren! oder wenn ein Kind bis zum 10. oder 12. Jahr gar keinen Unterricht genossen hat und solchen erst von seiner Einlieferung ins Krüppelheim an bekommt? Keine Tüchtigkeit des Lehrers, kein Fleiß des Schülers ist imstande, in 2 bis 3 Jahren zu vollbringen, was sonst in 8 oder 9 Jahren geleistet wird. Wie kümmerlich siehts da beim Abschluß des Unterrichts z.B. mit dem Schreiben, der Orthographie, dem Rechnen aus! Auch durch den bei den Knaben etwa erfolgenden Fortbildungsunterricht kann das Fehlende nicht ersetzt werden. Wie oft habe ich schon den Lerneifer unsrer Lehrlinge anzuspornen versucht mit den Worten: Was nützt euch später eure Schuhmacher-, eure Tischlerarbeit, wenn ihr eure Ware nicht genau taxieren und nicht einmal ordentliche Rechnungen schreiben könnt! Dazu kommt, daß bei vielen, die so spät zur Schule kommen, der Lerneifer oft nicht groß ist. Der Geist ist eingerostet, nicht arbeitsgewohnt, stumpf, oder schweift umher, kann sich nicht konzentrieren. Und vieles von dem, was einem siebenjährigen Kinde noch Freude macht zu lernen, ist einem zwölfjährigen gründlich langweilig. Es ist eben mit seiner Lebenserfahrung seiner Lernbegabung und Schulung, sowie seinen Kenntnissen, vorausgeeilt.

Dazu kommt die letzte ganz unvermeidliche Schwierigkeit, welche ich in ihrem wahren Grunde erst nach einiger Erfahrung in der Praxis erkannt habe. Zuerst wundere ich mich darüber, daß unsre Klassen so viele Dumme zählten. Ein lahmes Bein oder ein lahmer Arm tangiert doch das Gehirn nicht! Wie aber, wenn der lahme Fuß oder Arm usw. die Folge eines im Gehirn beginnenden Leidens wäre? Wie manche Leiden der Krüppel haben ihre Quelle in Gehirn und Rückenmark. Wie manche haben ihren Grund in skrofulösem oder tuberkulösem oder nervösem Habitus, wodurch Hirn und Bein, Hand und Zunge, Rücken und Sinne gleicherweise geschwächt werden. An spezifisch Blöde oder Schwachsinnige denke ich dabei nicht einmal, die pflegt ein Krüppelheim nicht aufzunehmen, sondern nur an einfach Dumme, wie sie jede Schule hat, die Krüppelschule aber in verstärkter Anzahl. (...) Wenn ein normal begabtes Kind sechs versäumte Schuljahre in zweien nicht wieder einbringen kann, wie sollte ein dummes dazu imstande sein?! Es hat unter dem Schulmangel erst recht sein Leben lang zu leiden. Ja selbst die Besserung seines körperlichen Befindens ist manchmal nicht möglich oder ist geringer bei der geistigen Vernachlässigung. Man ordnet z.B. eine körperliche Übung an, die nicht mit einem Apparat, in einzelnen Stunden, sondern unter steter eigener Aufmerksamkeit des Patienten selbst jahrelang getrieben werden muß, wenn sie Erfolg haben soll. Ein kluges und energisches

Krüppelkind, welches den Nutzen der Sache wirklich versteht, und das Streben der Besserung hat, wirds treu und unverdrossen tun, aber ein dummes und schlaffes wird bald ermatten, weil ihm nicht klar ist oder bleibt, wozu »die Quälerei« dienen soll.

Den Erziehungs- und Schulzielen müssen die Häuser, Räume, Einrichtungen (Schulbänke usw.) entsprechen. Wichern sagt durchaus wahr: Pädagogik und Architektur sind blutsverwandt. Die Bedeutung der Wohnung im weiteren Sinne ist von dem größten erziehlichen Einfluß. (...) Die Baueinrichtung einer Erziehungsanstalt für männliche und weibliche Zöglinge wird bestimmt sowohl durch die ziemlich weitgehende oder ganz durchzuführende Trennung der Geschlechter, welche wohl allgemein als notwendig anerkannt wird, als auch durch die verschiedenen Altersstufen. So wird namentlich ein besonderes Schlaf- und Wohnzimmer sowie Veranda oder Balkon und Spielplatz (und eigne Pflegerin) für die Vorschulpflichtigen vorzusehen sein. Aber dergleichen sind nur Teile des Ganzen, nicht besondere Anstalten. Man hat zur Sonderung der verschiedenen Abteilungen das Wichernsche Familiensystem angeraten; in einer Anstalt, die allein Erziehungsanstalt ist, verdient es den Vorzug. Aber im Krüppelheim kreuzt sich der Erziehungszweck mit dem medizinisch-orthopädischen. Daher scheint mir immer noch ein einschneidend gegliederter Zentralbau das Richtigste. (...)

Aus alledem ist leicht zu ersehen, welche überaus große Bedeutung das Krüppelheim selbst ganz abgesehen von der Orthopädie hat: seine Erziehung und Schule dient denen, welche in der ärztlichen Kur sind, und denen, welchen der Arzt gar nichts mehr helfen kann, vermittelt es eine Geistes- und Charakterbildung, die ihnen daheim eben wegen ihres Körpergebrechens nicht, oder nur sehr unvollkommen, zuteil werden kann, oder doch wird – und welche sie doch fürs Leben noch viel nötiger als der Normale brauchen. (...)

Aber zum Leben bedarfs noch mehr als des gewöhnlichen Schulwissens, man muß etwas können, was dem Broterwerb dient. (...) Was soll eine noch so harmonische und zu den höchsten Zielen fortgeführte Erziehung, was soll ein vollgestopfter Schulsack, wenn man damit oder wenigstens neben alledem nicht den Hunger bannen kann? So ist die Schlußforderung, welche an das Krüppelheim gestellt werden muß: Ausbildung für den Broterwerb; die Knaben in einem Handwerk, die Mädchen in weiblichen Arbeiten, beide in mancherlei Fertigkeiten, welche neben der eigentlichen Lebensarbeit getrieben werden können und einen Nebenverdienst repräsentieren.

Aber bedarfs denn dazu im Krüppelheim besonderer Einrichtungen? Kann nicht ein Krüppelkind, das vom Arzt in seinem körperlichen Befinden möglichst gefördert worden ist, das die Schule regelrecht absolviert hat, bei einem Handwerksmeister, bei einer Schneiderin, bei einer Hausfrau das zum Broterwerb Nötige lernen? Gewiß könnte es das, wenn die beiden vorhergehenden Abteilungen des Krüppelheims: die Klinik und die Schule mit solchem Erfolg gearbeitet haben, daß sie das Kind bis zur vollkommenen Normalität oder nahezu bis dahin



gefördert haben. Aber bei wie wenigen ist das der Fall! Und was soll mit den sehr vielen werden, welche noch starke oder doch irgendwie belangreiche Unvollkommenheiten des Krüppeltums im Konfirmationsalter an sich tragen? Erfahrungsgemäß will kein gewöhnlicher Meister solche Lehrlinge nehmen: es fehlt ihm die Geduld, die dem Gebrechen des Krüppels angepaßte Methode, die besonderen Apparate, welche den Mangel ausgleichen. Mancher hats versucht, nach kurzer Zeit scheiterte der Versuch; ein andres Handwerk wurde gewählt, das ging auch nicht; ein drittes wurde versucht – bis der Lehrling Mut und Lust verlor. Oder die Sache scheiterte an der Frau Meisterin: der gebrechliche Junge war ihr unappetitlich, oder im Hausstand nicht so gut wie ein normaler zu verwenden, oder irgendwelche Sympathie oder Antipathie kam dazwischen – kurz das Ende war: ein Lehrling, der nichts gelernt hatte und in seinem Charakter verpuscht war. Nun erinnert man sich des Krüppelheims; das soll alle Schäden wieder gut machen, und was alle andern an dem Knaben verdorben haben, wieder in Ordnung bringen. (...) Alle Räsonnements und alle Behauptungen der Neunmalklugen, aber Unerfahrenen, die sagen: es müsse doch gehen, helfen rein gar nichts. Es geht eben nicht. Das lehrt die Erfahrung. So müssen also im Krüppelheim Werkstätten eingerichtet werden, in denen eine Reihe der wichtigsten Handwerke und Arbeiten gelernt werden können.

(...) Bisher werden in Krüppelheimen folgende Handwerke betrieben: Schneiderei, Schuhmacherei, Holzpantoffelmacherei, Tischlerei, Buchbinderei (nebst Nebenzeigen, wie Kartonage usw.), Bürstenmacherei, Korbmacherei, Schlosserei nebst Anfertigung orthopädischer Instrumente, Weberei (in den nordischen Anstalten), Anstreichen, Drechslerei. (Außerdem auch Ausbildung als Schreiber.) Die Mädchen werden in folgenden weiblichen Arbeiten unterwiesen und beschäftigt: Kleidermachen, Weißnähen, Maschinennähen, Stopfen und Flicken, Sticken, Stricken (mehrfach auch auf Maschinen), Putzmacherei, häusliche Arbeiten, Kochen, Kinderpflege, Weberei (in den nordischen Anstalten). An Nebenarbeiten, die keinen eigentlichen Lebensberuf repräsentieren und sowohl Knaben als Mädchen zugänglich sind, werden gelehrt und geübt: Teppichknüpfen, Stuhlsitzflechten, Mattenflechten, Wäscheleinenklöppeln, Klöppeln, Filetarbeiten, Posamentenarbeiten, Kerbschnitt und Flachschnitt, Brandmalerei, Laubsägerei, Papparbeit, Tuchend-Schuhmacherei. Ein reiches Menu! Freilich nicht alle diese Arbeiten werden schon jetzt in allen Krüppelheimen gelehrt und geübt. (...) Je größer die Anstalt, desto mannigfaltiger sind aus der Reihe der Zöglinge die Bedürfnisse und die Ansprüche an die Möglichkeit vielfacher Arbeitserlernung; während eine kleine Anstalt die Herstellung vieler Werkstätten, die Anstellung vieler Lehrmeister nicht zu leisten vermag. (...) In der Handwerksabteilung, überhaupt in der Arbeitserlernung, liegt die Verurteilung bzw. die Ungenügend-Erklärung der kleinen Anstalt. In der Schulanstalt ists ebenso. ... Und für die Klinik gilt ganz ähnliches. (...) Also eine große Anstalt ist in jedem Betracht nötig,

namentlich auch dann, wenn die Ausbildung eine vielseitige und gründliche sein soll. (...)

Die Lehrlinge müssen, um später vollgültige Handwerker werden zu können, bei der Handwerkskammer oder bei den betreffenden Innungen eingeschrieben sein und nach vierjähriger Lehrzeit ihr Gesellenexamen machen. Die vierjährige Lehrzeit ist ebenso notwendig als unbeliebt. Es schrieb mir einst jemand: Die vierjährige Lehrzeit ist hier nicht ortsüblich! Ich erwiderte ihm darauf: Ist denn Verkrüppelung bei Ihnen ortsüblich? Nur weil der Junge verkrüppelt ist, verlangen wir eine vierjährige Lehrzeit, sonst würden 3 Jahre genügen. Ein Krüppel steht zunächst immer hinter dem Normalen zurück. Wenn er sein Geschäft nicht tüchtig in der Lehrzeit gelernt hat, hängt's ihm sein ganzes Leben lang nach. Daneben können freilich einzelne in der Lehre sein, denen man das Examen nicht zutraut und zumutet, die man also nicht einschreiben läßt, die dann aber doch Flickschneider, Flickschuster oder in anderen Handwerken Hilfsarbeiter werden können. – Wenn mehr und andersartige Waren angefertigt werden, als in der Anstalt zu verwenden sind, was übrigens für die Ausbildung sehr dienlich ist, muß durch einen Laden oder sonstige Geschäftsmanipulation für den Betrieb gesorgt werden. Auch ist hierdurch Gelegenheit gegeben, daß ausgelernte Zöglinge von ihnen gefertigte Arbeiten ohne Verlust zu Markt bringen können.

Eine vorzügliche Vorschule für den Handwerksbetrieb ist es, wenn schon während der Schuljahre die Zöglinge mancherlei lernen, was oben als sog. Nebenarbeiten angeführt ist. Das übt Hand und Auge, und ein Krüppel muß zum Ausgleich seiner Gebrechen die ihm noch gebliebenen Fähigkeiten doppelt gut durch Übung entwickeln, wenn er im Leben etwas leisten soll. Diese Handfertigkeiten, welche zunächst als Vorübungen dienen, verlangen, wenn sie während der Schuljahre getrieben werden sollen, gleichfalls einen frühzeitigen Eintritt der Pfleglinge ins Krüppelheim. Für diese so sehr heilsamen Vorübungen ist später, während der Handwerkslehre, keine Zeit mehr. Solche Arbeiten verschaffen auch denen, welche, weil zu schwach, ungeschickt oder unbegabt, einen vollgültigen Lebensberuf nicht ergreifen können, einen kleinen Verdienst und dienen endlich auch denen als Beschäftigung, die trotz aller an sie gewendeten Sorgfalt und Mühe immer stumpfer werden, gleichsam verwelken und dem Tod entgegensiechen. Für diese bedauernswerte Klasse ist nun als für die vierte Gruppe im Krüppelheim Raum zu schaffen und Einrichtung zu treffen. Neben der Klinik, der Erziehungsschule, der Arbeitswerkstatt muß in einem vollständigen Krüppelheim eine Krüppelsiechenstation vorhanden sein. Jedes Krüppelheim wird nach und nach einige Kinder, heranwachsende Jünglinge und junge Mädchen unter seinen Zöglingen haben, aus denen nichts wird. Sei es, daß ihr Befinden sich verschlechtert, oder daß ihre geistigen Fähigkeiten und ihre Energie nicht zum Alleinstehen im Leben ausreicht, oder daß sie keinen Angehörigen mehr haben, der sie in ihrem Elend unterstützt, für welche aber andere (Behörden, Korporationen oder Einzelne) gern das Kostgeld weiter bezahlen, wenn sie sie nur gut aufgehoben wis-

sen. Es ist sehr hart, solche Kinder, weil sie in die drei vorher genannten Gruppen nicht mehr passen, aus der Anstalt zu entfernen. Sie ist ihnen bisher doch eine Heimat geworden. Außer diesen langjährigen Insassen, welche von selbst der Krüppelsiechenabteilung zuwachsen, kommen solche in betracht, für welche die Angehörigen usw. auf alles andere verzichten, wenn man sie nur gut pflegen wolle, um deren Aufnahme ein Krüppelheim häufig gebeten wird. Es sind darunter ganz bejammernswerte Existenzen, die keine andere Anstalt aufnehmen will und die doch nicht verkommen dürfen. So lange es sich bei dieser ganzen Gruppe nur um einzelne handelt, kann man sie oft irgendwo in einem Eckchen unter den andern unterbringen und sozusagen mit durchschleppen. Wird ihre Zahl größer, und steigt ihr Alter, so bedarf es dafür besonderer Veranstaltungen. Nur eins ist bei der Aufnahme streng im Auge zu behalten: es handelt sich um ein Krüppelsiechenhaus, nicht um ein allgemeines Siechenhaus. Daß es ein solches werde, dagegen muß man sich vonseiten der Anstaltsleitung konsequent wehren, im wohlverstandenen Interesse derer, welche allein ein ideelles Recht an dies Haus haben, der Krüppel. Allen Arten von Unglücklichen kann man in Einer Anstalt nicht helfen. Wer das versucht, wird finden, daß er dabei keiner Art recht hilft.

(...) Aber sind nicht auch diese letzteren in allgemeinen Siechenhäusern am besten aufgehoben? Nein! Sie bleiben am besten und liebsten in der Anstalt, welche ihre Jugend, ihre noch etwas frischeren Tage gesehen hat. Sie haben sich nun einmal an dieselbe und die leitenden Persönlichkeiten und ihre Kameraden angeschlossen; sie können auch noch je nach ihren Umständen an so manchem in der gewohnten und lieb gewordenen Anstalt teilnehmen: an den Gottesdiensten, an den Festen, an dieser oder jener kleinen Arbeit, wofür die Kräfte noch reichen. Die für Krüppel eingeschulten Pflegekräfte werden ihren Leiden am geschicktesten begegnen, ihre geringen Fähigkeiten am sachgemäßesten verwerten und in Übung erhalten.

Die drei zuerst genannten Anstaltszweige sind für ein Krüppelheim absolut nötig. Das an vierter Stelle genannte ist sehr wünschenswert. Andere, gleichsam Neben- und Anbauten an das Anstaltsganze, sind fraglicher und zweifelhafter Natur. (...) So sprechen sich manche für eine Art Vorhalle – geistig angesehen – des Krüppelheims aus, indem sie in großen Verkehrszentren eine Krüppelklinik, eine orthopädische Beratungsstelle einzurichten vorschlagen. Außer ärztlicher Begutachtung und Beratung würde es sich dabei auch darum handeln, den Leidenden und ihren Angehörigen an die Hand zu gehen mit Hilfe und Aufschlüssen über die Art, wie sie vorgehen müssen bei Behörden, Vereinen usw., um zugunsten der Krüppel etwas zu erlangen, ...

Andere schlagen, in Analogie zu den Hilfsschulen für Schwachbefähigte und Schwachsinnige oder für Blinde, auch solche Tagesschulen für Krüppel vor. Es wäre vielleicht möglich, dergleichen in Großstädten unter gewissen Umständen einzurichten. Jedenfalls müßte darauf gehalten werden, daß neben dem Schulunterricht die Handfertigkeit und die Arbeitserlernung nicht zu kurz käme.

Auch würde der Weg zwischen Schule und Elternhaus morgens und abends bei nicht wenigen Schwierigkeiten machen (Abholen durch einen Omnibus?).

Für verkrüppelte Arbeiter, welche früher Zöglinge der Anstalt waren und augenblicklich keine Stellung haben, hat man zeitweilige Wiederaufnahme in die Krüppelwerkstatt gewünscht und gestattet. (...)

Manche Anstalten nehmen im Bedürfnisfall Unfallversicherte auf, um den Turnsaal, den medikomechanischen Apparat, die Wissenschaft ihres ärztlichen Spezialisten genügend und allseitig zu verwerten. Ob diese Patienten die Disziplin einer Erziehungsanstalt günstig beeinflussen? Ob namentlich diejenigen unter ihnen, welche gar nicht gesund werden, sondern viel lieber die Rente empfangen wollen, der Strebbarkeit und dem Fleiß, worauf das Krüppelheim angelegt ist, nicht Schaden tun werden? (Wie leicht nehmen Kinder das Vorbild und die Ratschläge solcher Menschen an!)

Endlich wird von manchen die Frage noch ernstlich erwogen, ob idiotische Krüppel in die Idioten- oder in die Krüppelanstalt gehören. Für mich ist die Frage nach meiner auf Erfahrung gegründeten Kenntnis der Idiotie wie des Krüppeltums nicht mehr zweifelhaft: die Idiotie ist das weit größere, die ganze Persönlichkeit beherrschende Leiden; so muß der Zögling in die Anstalt versetzt werden, welche dafür eingerichtet ist.

Ich fasse zusammen ...: »Die vollkommene Krüppelanstalt muß alle vier Aufgaben der Krüppelfürsorge erfüllen können: Heilanstalt, Schule, gewerbliche Ausbildungsstätte und Heim für Unheilbare zu sein ...« (...) Deshalb ist meine Lösung: Nicht viele kleine Anstalten, die äußerlich und innerlich nicht zur rechten Blüte kommen können, sondern in einem Land bzw. in einer Provinz Ein Krüppelheim für alle verschiedenen Nöte des Krüppeltums mit dem einen deutlichen Namen. Die Existenz einer solchen Anstalt ist wie eine weithin sichtbare Fahne, welche anzeigt: Hier ist Hilfe für die Krüppel!

**Quelle 5: Auszug aus Th. Hoppe: Die Fürsorge für die Verkrüppelten. Oberlin-Blatt.**

Entnommen aus: Zeitschrift für Kleinkinderschule und Gemeindepflege. Organ des Oberlinvereins XIX, Nov.-Dez. (1888), 44–46, Verlag des Oberlinhauses, Nowawes.

(...) Seit 2 Jahren hat auch das Oberlinhaus in Nowawes die Fürsorge für Verkrüppelte, besonders für verkrüppelte Kinder mit in seinen Arbeitskreis aufgenommen. Schon im Anfang der achtziger Jahre hat ein nun schon heimgegangener Freund unseres Hauses, dem die Kinderwelt am Herzen lag, mit uns ein Statut zur Bildung eines Vereins entworfen. Er starb, und die Zeit mit dieser Arbeit anzufangen, schien uns neben allen anderen Aufgaben unseres Hauses noch nicht gekommen. Da wurden vor 2 Jahren von unseren Berliner Gemeindegewestern in ihrer Pflgearbeit unter den Aermsten einige Krüppelkinder aufge-

funden, die körperlich und geistig aufs Größlichste vernachlässigt waren. Die einzelnen Fälle wurden an den Berliner Magistrat berichtet mit der Bitte um Abhilfe. Der Magistrat kam diesem Gesuch auf das bereitwilligste nach und es ist besonders den Herren Stadtschulrat Professor Bertram, Geh. Sanitätsrath Meyer und Stadtrath Nöldechen, Vorsitzender der Armendirektion, zu danken, daß sie mit barmherzigem Eingehen auf diese Not und mit persönlicher Mühewaltung sich der Krüppelkinder Berlins angenommen haben und fortdauernd annehmen. Zu den Berliner Kindern sind nun auch solche aus andern Gemeinden gekommen, so daß wir jetzt eine kleine Kolonie von 12 solcher Krüppelkinder beisammen haben. Wir haben es möglichst vermieden, zunächst damit in die Oeffentlichkeit zu treten, weil dann ein schnelles Anwachsen der Krüppel zu erwarten stand, und doch mußten wir erst selbst in möglichst sorgfältiger Beobachtung des einzelnen Kindes einige Erfahrung sammeln; auch bedarf die Krüppelpflege einer ungewöhnlichen Zahl von helfenden Kräften, die auch erst allmählich heranzubilden und zu sammeln sind. Auf 3–4 Krüppel ist wegen der mancherlei Hilfeleistungen eine Schwester zu rechnen, so daß 12 Kinder 3 bis 4 Schwestern brauchen. Die meisten Krüppelkinder müssen an- und ausgekleidet werden, können sich nicht selbst waschen und kämmen; zu jedem Wechsel im täglichen Leben brauchen sie helfende Hände, zum Essen, Trinken, Unterricht, Spiel, Beschäftigung. Die Knaben brauchen einen Wärter, der sich in ihre Gebrechen mit helfendem Sinn hineinlebt. In ihrem elementaren und religiösen Wissen sind fast alle verschieden, so daß der individuellste Unterricht nöthig ist; ebenso verschieden sind sie in ihrer Anlage und Fähigkeit und zu Handfertigkeiten. Die älteren Kinder erhalten, nachdem sie soweit gefördert sind, Konfirmandenunterricht. Die Krüppelpflege bedarf eines umsichtigen geduldigen Arztes, der sein Hauptaugenmerk auf die körperliche Kräftigung und die Hebung des Allgemeinbefindens, gymnastische Uebungen und zweckentsprechende orthopädische Mittel zu richten hat; nicht minder nötig ist ein sorgfältiger, mit dem rechten instinktiven Verständnis begabter, möglichst uneigennütziger Bandagist, welcher sich die Erleichterung des Leidens durch Ersatzglieder, Gehmaschinen, Bandagen und Anleitung in der Gebrauchsübung derselben angelegen sein läßt; die Krüppel bedürfen ferner einer unermüdlichen, mit erfinderischer Liebe ausgerüsteten Arbeitslehrerin, die Knaben eines Handwerksmeisters. Arbeitsart und Maß muß den vorhandenen Kräften und dem vorliegenden Maße von Geschicklichkeit angepaßt werden; der langsame Gang der Entwicklung darf sie nicht entmutigen, Ersatzmittel, Hilfsinstrumente für die schwachen oder fehlenden Glieder müssen ersonnen werden und die an Entwicklung ihrer Kräfte nicht gewöhnten Kinder müssen durch Aufmunterung und herablassendes Verständnis aufgemuntert und im Selbstvertrauen, dieser oft völlig mangelnden Charaktereigenschaft, gestärkt werden, Erziehung und Unterricht haben mit der Gewöhnung zur Unthätigkeit, mit Verbitterung, Schlaueit, Eigenwillen, falscher Weichlichkeit und entnervender Schonungsbedürftigkeit zu kämpfen. Es gehört

ein ungewöhnliches Maß an Demut und Geduld dazu, um aus den geringen Erfolgen immer neuen Mut zu schöpfen. (...) Unsere kleine Kolonie umfaßt ein fröhliches und glückliches Völkchen, wovon sich Jedermann überzeugen kann, der mit eigenen Augen sehen möchte; man lernt da auch ernstlich für seine gesunden Gliedmaßen und Sinne dem lieben Gott danken.

Uebersaus erquicklich ist es zu sehen wie, wenn erst die Liebe zu einander Wurzel geschlagen hat, eins dem andern dient und eins dem andern das fehlende Glied zu ersetzen sucht und welches innige herzliche gegenseitige Verständnis die Leiden vergessen macht. Keine größere Freude in der Krüppelkolonie, als wenn ein neuer Ankömmling vorher angekündigt wird.

Ich will Ihnen einige dieser Kinder im Geiste vorführen und schildern, so gut ich's mit Worten vermag.

Im Mai 1886 wurde uns ein Knabe gebracht, der Sohn eines Cigarrenarbeiters, damals 10 Jahre alt, der seit seiner Geburt vollständig gelähmt war, dazu unfähig ein Wort ohne große Anstrengung hervorzubringen. Trotz der nicht ganz ärmlichen Verhältnisse der Eltern und der nach ihrer Weise guten Pflege hatte er doch seinem elenden Zustande nach zu Hause an Allem Mangel gelitten, was Leib und Seele bedurften. Weder für die Uebung und Stärkung seiner schlaffen Glieder – der Arzt erklärte die Haltlosigkeit von Armen und Beinen dahin, daß die Knochen nicht ausgebildet, gewissermaßen aus vielen lose aneinander gereihten Knorpeln beständen – noch für irgend welchen Unterricht wurde gesorgt. Er brachte seine Tage kriechend auf der Erde oder in einem Fahrstühlchen sitzend in Gesellschaft eines jüngeren Kindes zu, während die Eltern in der Fabrik waren. Durch fleißige Uebung des schwachen Gliedes, durch Spielen und Sichbewegen in warmem Sandhaufen, Bäder, Kost usw. haben sich die Knochen dieses Knaben so gefestigt, daß er nun an zwei Stöcken gehen und seinen Wagen vor sich her schieben kann. Im Rechnen, Schreiben, Lesen hat er gute Fortschritte gemacht und im Religionsunterricht giebt er in überlegten Antworten Zeugnis von seinem Seelenleben. Wir haben die Hoffnung, daß er sich später einmal notdürftig selbst unterhalten kann. Er übt sich besonders im Schreiben und in Flechtarbeiten.

Einen zweiten Knaben meldete uns der Magistrat einer märkischen Provinzialstadt an mit dem Bemerken: »Der Knabe hat verkrüppelte Hände und Füße und ist nur im Stande, sich auf Gesäß und Händen fortzubewegen.« Der Geistliche schrieb von ihm: »Der Knabe hält sich, da niemand ihn in Kost und Pflege nehmen will, im hiesigen Kranken- resp. Armenhause auf. Er kann nur kriechen, kann auch die rechte Hand nicht gebrauchen, wohl aber die linke. Ich lernte ihn im vorigen Winter im Krankenhause kennen. Er hat nie eine Schule besucht und war gleich unwissend in geistlichen und weltlichen Dingen. Ich besorgte ihm eine Fiebel und Tafel und gab einem der im Krankenhause befindlichen Rekonvaleszenten den Auftrag, ihn im Lesen und Schreiben zu üben. Da habe ich gesehen, daß der Knabe bildungsfähig und im Besitz seiner geistigen Kräfte ist. Er

lebt nun zwischen den im Krankenhaus aus- und eingehenden Kranken, welche meist der Klasse der Vagabunden angehören usw.«

So kam der Knabe zu uns. 17 Jahre alt, ein Bild leiblicher und seelischer Verwahrlosung. Trotz vieler Sorgen um ihn – und wie könnte das bei seinem Vorleben auch anders sein – erleben wir doch an ihm Erfreuliches. Er rutscht schon lange nicht mehr an der Erde. Nach einigen Monaten gelang es, ihn auf die Füße zu stellen und ihn allmählig, wie ein kleines Kind von zweien geführt, gehen zu lehren; nur beim Flechten, das er lernt, liegt oder hockt er auf der Erde; sonst bewegt er sich mit Hilfe einer Gehmaschine, die ihm der Magistrat auf unsern Antrag hat machen lassen, und mit Hilfe eines Stockes aufrecht; im Garten macht er schon förmliche Spaziergänge. Seine Fortschritte im Lesen und Schreiben sind noch mäßig; er addiert, subtrahiert und multipliziert im Zahlenkreis bis 100; sein Gedächtnis ist gut; im Konfirmandenunterricht ist er rege und aufmerksam. Außer dem Unterricht beschäftigt er sich mit Flechten von Strohmatten; freilich ist dabei die lahme Hand ein großes Hindernis, doch hoffen wir, daß er es darin zu einer gewissen Fertigkeit noch bringen wird. Neben ihm sind viel schwieriger zu erziehen und zu entwickeln 2 Brüder, 9 und 10 Jahre alt, beide gelähmt an Händen und Füßen, beide völlig vernachlässigt und verwahrlost; bei ihrem elenden Zustande scheint ein Resultat der Entwicklung fast ausgeschlossen; erziehlischen Einflüssen sind sie jedoch zugänglich.

Die Mädchenkrüppel, die wir haben, sind fast noch elender daran als die Knaben. Ein 17jähriges Mädchen aus Berlin wurde uns am 1. Februar 1887 gebracht; ein Kind armer Eltern, in früher Jugend erkrankt, dann zwar genesen, aber schwach, besonders an Händen und Füßen, wurde zuerst mit Elektrizität behandelt; als das nicht anschlug, versuchten es die Eltern unter großen Opfern mit einer Badekur in Nauheim. Auch diese Kur half nicht. Inzwischen waren andere Sorgen in den Vordergrund getreten und da alle Hilfe aussichtslos erschien, so kauften die Eltern dem damals noch wohlgestalteten Kinde einen Kinderstuhl. Dieser Kinderstuhl ist dann von früh bis spät, jahraus, jahrein die Welt dieses Kindes gewesen. Die Folge davon war ein jammervoller Zustand des Mädchens. Der recherchierende Arzt sagt von ihr: »Sie ist in ihrer geistigen wie körperlichen Entwicklung in dem Grade zurückgeblieben, daß sie den Eindruck eines Kindes in früher Lebensperiode macht. Durch Verbiegungen und Verkrümmungen an Wirbelsäule und Extremitäten, bei gleichzeitiger Abmagerung am Rumpfe und an den Gliedmaßen, ist sie in dem Maße verkrüppelt, daß sie nicht zu gehen, nicht einmal zu stehen vermag und somit auf Hilfsleistung und Abwartung seitens ihrer Umgebung angewiesen bleibt. Von einem Heilverfahren steht ein Nutzen nicht zu erwarten.« – Unter diesen Umständen wird das Mädchen niemals im Stande sein, durch eigene Kräfte etwas zu erwerben und es kann sich nur darum handeln, sie im Lesen, vielleicht selbst im Schreiben zu unterrichten, um ihrem Dasein in Zukunft das Behagen einer gewissen Abwechslung, eine gewisse Mannigfaltigkeit der Eindrücke zu verschaffen usw. Das Mitglied der Armen-

kommission, welches sich von der Lage der Eltern überzeugte, befürwortet dringend, das Mädchen in das Krüppelhaus aufzunehmen, um ihr ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. »Die Person kommt bald vor Schmutz um und hängt nur in alten Lumpen. Die Schule konnte das Mädchen nicht besuchen, weil dieselbe seit ihrem 6. Jahre nicht mehr gehen konnte und seit der Zeit immer mehr verkommen und verkrüppelt ist, so daß sie jetzt wie ein Kind von 3–4 Jahren ist, welches man beliebig auf die Arme nehmen kann.« – Man mußte das tiefste Erbarmen mit diesem grenzenlos vernachlässigten Mädchen haben. Allmählig ist sie bei uns wach geworden; mit den verkrüppelten Händchen macht sie nun, was sie irgend vermag, hauptsächlich »Zupfen« und ein wenig stricken; auch etwas lesen kann sie schon und ist doch geistlich so weit gefördert, daß sie am Konfirmandenunterricht teilnehmen kann; sie ist freundlicher und weniger egoistisch geworden und ist im Verhältnis zu ihrer früheren Lebensweise glücklich zu nennen.

Ein verständiges kluges Mädchen wurde uns von Hamburg überwiesen, fast 12 Jahre alt, völlig normal entwickelt, geistig und körperlich, aber ohne Arme geboren. Die spekulativen Eltern haben das Elend des Kindes schon nutzbar zu machen verstanden; sie war schon drüben in Amerika und wurde für Geld gezeigt; zu diesem Behufe hatte sie mit den Zehen stricken gelernt, mit den Füßen ist sie sehr geschickt, so daß die anderen Kinder sich anfänglich vor dieser etwas graulichen Fertigkeit fürchteten mit den Füßen thun zu sehen, was andere Leute mit den Händen thun. Das Mädchen läßt sich aber sonst gut an, liest schon leidlich, schreibt auch, die Feder im Munde; für ihren Unterricht fehlt uns noch mancherlei, dem wir bislang vergeblich nachsinnen. Große Freude haben wir an einem lieblichen Kinde von 12 Jahren, welches taubstumm und blind ist. In Folge einer Gehirnhautentzündung in ihrem 6ten Lebensjahre hat sie die drei Sinne verloren; sie wurde uns gebracht, weil, wie man uns von der Armendirektion schrieb, ihr furchtbares Geschrei ihre Erziehung in der Familie, in einem bewohnten berliner Hause, unmöglich machte. Die Ursache jenes krankhaften Geschreies suchen wir in der Unruhe und Unregelmäßigkeit ihres berliner Lebens, da es sich hier nicht wiederholt hat. Sie ist ein ungewöhnlich begabtes Kind. (...) Immer fleißig, immer gleicher fröhlicher Stimmung, immer besonders, gewinnt sie jedem das Herz ab; nur ein bisweilen ungestüm hervorbrechender Eigenwille und damit verbundener Ungehorsam zeigt ihren alten Menschen. Für Jeden, der öfter in ihre Nähe kommt, hat sie ein besonderes Erkennungszeichen, das sie mit großer Sicherheit und Treue festhält. Ihre Geschicklichkeit ist wunderbar; sie galt zuerst nur ihren Puppen; allmählig hat sich der Kreis erweitert; sie hat Stricken und Sticken gelernt, in einer Vollkommenheit, die von sehenden und hörenden Kindern ihres Alters selten erreicht wird. Seit einem Jahre schreibt und liest sie in der Braille'schen Punktirschrift; sie faßt so leicht, so viel sie eben fassen kann, daß wir hoffen dürfen, sie erreicht es noch, so mit Andern verkehren und ihrem lebendigen Innern Aus-



druck geben zu können, vor allem aber Gottes Wort kennen, den Heiland lieben und beten zu lernen. Wie weit Strahlen der Gottesliebe in ihr Herz dringen, wird uns nicht offenbar; aber sie faltet ernst ihre Hände, so oft die andern Kinder beten; sie nickt einverstanden, wenn die Schwester nach oben zeigt und ihr ganzes Wesen ist friedlich und sanft. Man muß sich in acht nehmen, sie den andern Krüppelkindern nicht vorzuziehen. – Aus den mancherlei Anmeldungen ersehen wir, daß das Elend gerade auf diesem Gebiete äußerst vielgestaltig ist. Die durch die Krüppelpflege ans Licht gekommene Not lenkt Blick und Herz auf diese Elenden. Als sicheres Fundament gilt auch in der Krüppelpflege Pflanzung und Pflege echter Herzensfrömmigkeit durch die Liebe zum Heilande; als Ziel für die Zeit die thunlichste persönliche und soziale Selbständigkeit, als Ziel für die Ewigkeit die Verwirklichung der Gotteskindschaft. (...)

**Quelle 6: Auszug aus Th. Hoppe: Die ersten 25 Jahre. Geschichte der Diakonissenanstalt »Oberlinhaus« zu Nowawes. Verlag des Oberlinhauses, Nowawes 1899, 221–223.**

**Bedingungen für die Aufnahme verkrüppelter Kinder im Oberlinhaus zu Nowawes.**

Das Diakonissen-Mutterhaus »Oberlinhaus« in Nowawes nimmt körperlich verkrüppelte Kinder in Pflege, Erziehung und Unterricht; ausgeschlossen sind Blödsinnige oder an Krämpfen Leidende. Krüppel sind besonderer Pflege und Aufsicht bedürftig. Die Familie ist meistens nicht im Stande, die Sorgfalt und die Mittel anzuwenden, welche zur Entwicklung und zum Wohlsein solcher Kinder nötig sind. Das Kinderkrüppelhaus in Nowawes will Sorge dafür tragen, daß diese Kinder, soweit es nach Maß ihrer Kräfte und Anlagen möglich und thunlich ist, unterrichtet, erzogen und beschäftigt werden, und womöglich zur Selbständigkeit und Erwerbsfähigkeit gelangen. Unterrichtet wird nach dem Lehrplan der Volksschule in Religion und allen Elementargegenständen, sowie in äußeren Fertigkeiten, welche durch die vorhandenen Fähigkeiten gewiesen erscheinen. Die Anstalt steht unter der Aufsicht des Arztes; Anschaffungen von Bandagen und maschinellen Hilfsmitteln zur Unterstützung und Bewegung bzw. zur Erlernung von Fertigkeiten werden durch die Anstalt vermittelt. Zur Entscheidung über die Aufnahme eines Kindes ist der anhängende Fragebogen auszufüllen und einzusenden. Bei der Aufnahme ist Taufschein, Impfschein und eine von der Polizei oder vom Gemeindevorstand ausgefertigte Abmeldung mitzubringen. Das Pflegegeld beträgt 37,50 Mark und 3 Mark Kleidergeld monatlich und ist an Herrn Rechnungsrat Kraemer, Potsdam, Waldemarstraße Nr. 10, zu zahlen. (...)

Anmerkung: Nowawes ist ein Vorort von Potsdam. Die Bahnstation heißt Nowawes-Neuendorf und ist von Berlin aus zu erreichen mit den Vorortzügen, welche vom Schlesischen Bahnhof resp. von der Friedrichstraße abfahren, ebenso vom Wannsee-Bahnhof aus.

Das Oberlinhaus liegt 5 Minuten von der Bahnstation. Bei genauer Angabe der Ankunftszeit werden die Kinder von der Bahnstation abgeholt.

Bei der Aufnahme ist folgende Ausstattung mitzubringen:

Knaben-Ausstattung	Mädchen-Ausstattung
1) 3 Paar Unterbeinkleider.	1) 4 Unterröcke (nicht wattiert).
2) 6 Hemden.	2) 3 Untertaillen.
3) 6 Paar Strümpfe.	3) 6 Paar Beinkleider.
4) 6 bunte Taschentücher.	4) 6 Hemden.
5) 6 Handtücher.	5) 6 weiße Taschentücher.
6) 1 Paar wollene Handschuhe.	6) 6 Paar Strümpfe.
7) 1 Paar Stiefel.	7) 6 Handtücher.
8) 1 Paar Schuhe.	8) 1 warme Jacke.
9) 1 Kammkasten mit Zubehör.	9) 1 Paar wollene Handschuhe.
10) 1 Kleiderbürste.	10) 1 Paar hohe Stiefel.
11) 2 Wischbürsten.	11) 1 Paar Hausschuhe.
	12) 1 Kammkasten mit Zubehör.
	13) 1 Kleiderbürste.
	14) 2 Wischbürsten.

Die Oberkleider werden von der Anstalt besorgt, und sind dafür 15 Mark zu entrichten. Wird gewünscht, daß die Anstalt die ganze Ausstattung besorge, so sind dafür 60 Mark zu zahlen.

Fragebogen zum Zwecke der Aufnahme eines verkrüppelten Kindes in die Krüppelstation des Oberlinhauses zu Nowawes.

1. Vor- und Zuname.
2. Jahr und Tag der Geburt.
3. Wohnort nebst Poststation und Kreis.
4. Lebt Vater, Mutter? Sind sie gesund? Was sind sie? Wieviel Geschwister?
5. Welcher Art ist die Verkrüppelung.
6. Ist außer der Verkrüppelung noch eine Lähmung oder eine organische Krankheit vorhanden?
7. Ist die Verkrüppelung angeboren oder später entstanden und wodurch?
8. Ist das Kind geistig gesund?
9. Leidet es an Krämpfen?
10. Wann traten die ersten Krankheits-Erscheinungen auf und welche?
11. Welche Heilungsversuche sind unternommen und wo? (Name des Arztes).
12. Hat das Kind Unterricht empfangen?

Hans Stadler

## **IV. Körperbehindertenfürsorge im Geiste der katholischen Caritas**

### **1. Zu den theologischen Grundlagen**

### **2. Von der christlichen Almosenlehre zur Sozialfürsorge**

- 2.1 Der deutsche Sozial-Katholizismus und die katholische Soziallehre
- 2.2 Einflussreiche Persönlichkeiten und die Katholikentage
- 2.3 Der Kulturkampf und die Gründung des Caritasverbandes

### **3. Die Gründung der Josefs-Gesellschaft für verkrüppelte Personen**

- 3.1 Die Aufnahme-Bedingungen des Josefs-Krüppelheims in Bigge
- 3.2 Der Pionier der katholischen Krüppelfürsorge: Heinrich Sommer
  - 3.2.1 Zu seiner Herkunft und zu seiner Biografie
  - 3.2.2 Zu seinen Intentionen und zu seinem Wirken

### **4. Heilerziehung aus dem christlichen Glauben**

- 4.1 Ein profilierter Repräsentant: Peter Josef Briefs
  - 4.1.1 Seine theologisch und psychologisch begründeten Sichtweisen
  - 4.1.2 Sein berufsethischer Ansatz und sein Konzept eines »Leidensberufs«
  - 4.1.3 Seine Kritik am sozial-biologischen System und seinen philosophischen Wurzeln
- 4.2 Die Haltung von Briefs zur Euthanasie und zum Nationalsozialismus
- 4.3 Die Kontroversen zwischen Briefs und Würtz

### **5. Zur Beachtung und Bewertung in der Pädagogik der Behinderten**

### **6. Resümee**

### **Literaturverzeichnis**

### **Übungsaufgaben**

### **Quellentexte**

Quelle 1: Die Gründung der Josefs-Gesellschaft. Aufruf von Rektor Sommer an Ostern 1904.

Quelle 2: Satzung der Josefs-Gesellschaft – charitativer Verein für Heilung, Pflege und gewerbliche Ausbildung verkrüppelter Personen.

Quelle 3: Auszüge aus: P.J. Briefs: Körperbehindertenfürsorge im Geiste der Caritas. Bigge 1955.

## 1. Zu den theologischen Grundlagen

Die karitativen Aktivitäten der Bischöfe und der Laienorganisationen der katholischen Kirche werden unter dem Namen »Caritas« zusammengefasst. Das Wort ist vom lateinischen Adjektiv »carus« (lieb und wertvoll) abgeleitet; als Substantiv »Caritas« umschreibt es die christliche Nächstenliebe und Wohltätigkeit. Man findet es auch in der älteren Schreibweise als »Charitas« und heute als »Karitas«. Karitative Handlungen wären dann mildtätige und von Nächstenliebe geprägte »gute Werke«.

Theologisch betrachtet geht die »Caritas« auf die Offenbarungen und Grundüberzeugungen des christlichen Glaubens zurück. Im Neuen Testament ist sie die umfassende Bezeichnung für die Liebe als Wesen und Handeln Gottes. Durch tätige Nächstenliebe soll sie auch den Lebensvollzug des Christen bestimmen. Dies gilt über alle konfessionellen Ausformungen und Spaltungen hinweg, wenn diese auch zu Unterschieden in den Begründungen und in der Praxis der sozialen Arbeit führten. Im Evangelium des Matthäus heißt es, dass am Tage des Gerichtes der Maßstab des Richterspruchs sei, ob mit dem Hungrigen das Brot geteilt und dem Nackten das Kleid gereicht wurde. Darin ist der Urauftrag Gottes an den Christen zur Liebestätigkeit zu sehen. Die Gleichnisse vom Weltgericht und vom barmherzigen Samariter erheben die barmherzige Haltung zur christlichen Tugend und wurden damit zur Grundlage der Armenfürsorge und Krankenpflege im christlichen Sinne. Für das Handeln als soziale Praxis schuf das Christentum die Diakonie. Im Griechischen bedeutet »diakonein« das schlichte Dienen, »diakonia« die niedere Dienstleistung jeder Art. Die Verwirklichung des Ideals der Nächsten- und Gottesliebe war eine organisatorische Aufgabe, für die in den frühen Christengemeinden der Bischof verantwortlich war. Das Neue Testament wertete die »niederen« Pflichten der Armen- und Krankenpflege zur Tugend auf und betraute Männer und Frauen gleichermaßen mit praktisch-karitativen und seelsorgerischen Aufgaben. Der Bischof übertrug die »Caritas« dann eigens bestellten und geweihten Diakonen und Diakonissen.

Die Nächstenliebe überragt als Hauptgebot Christi alle übrigen Gebote des christlichen Glaubens. Im Jakobusbrief des Neuen Testaments wird sie als »werk-tätiger Glaube« verstanden. Das alttestamentarische »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!« (Lev 19,18) wird hier mit den guten Werken in Beziehung gesetzt. Es heißt: »So ist auch der Glaube, wenn er keine Werke hat, in sich tot.« (Jak 2,17) Dass nun aber der Mensch durch Werke – etwa durch das Almosen-Geben oder durch die sieben Werke der leiblichen Barmherzigkeit, nämlich Hungrige speisen, Durstige tränken, Nackte bekleiden, Fremde beherbergen, Kranke pflegen, Tote begraben und Gefangene besuchen – gerechtfertigt werde, dem hat bekanntlich der Reformator Martin Luther unter Bezugnahme auf den Brief des Apostels Paulus an die Römer (u.a. Röm 3,24) widersprochen. Die katholische Theologie hielt an der Verdienstlichkeit der guten Werke fest, während Luther

diese Werkgerechtigkeit bekämpfte und die Liebesgesinnung allein aus dem Glauben begründete. Erst die im Protestantismus im 17. Jh. einsetzende religiöse Bewegung des Pietismus legte dann wieder mehr Wert auf die Verbindung von Glauben und dem Vollbringen guter Werke. Ein Tatchristentum wurde für die großen Persönlichkeiten der evangelischen Diakonie des 19. Jh. wie Oberlin, Fliedner, Wichern und von Bodelschwingh handlungsleitend. Die »Caritas« als »Macht der Nächstenliebe« (Röper/Jüllig 1998) bewirkte schließlich auch die Maßnahmen und Einrichtungen der katholischen und evangelischen Krüppelfürsorge.

## 2. Von der christlichen Almosenlehre zur Sozialfürsorge

Die Entwicklung von der frühen Diakonie über die karitativen Einrichtungen der Kirche zum späteren Umgang mit Notleidenden wurde im Hochmittelalter durch die Almosenlehre des hl. Thomas von Aquin (1225–1274) geprägt. Dadurch wurden Arme und Behinderte lange Zeit ein notwendiger Teil der sozialen Ordnung. Seine Lehre beinhaltete folgende Gedanken: Die Armen sind nicht verachtenswert, im Gegenteil sind sie Christi Brüder, und es gilt seine Prophezeiung: Arme werdet ihr immer unter euch haben! Armsein, im Stande der Armut leben, war nach damaliger Auffassung ein Sakrament, das es anzustreben galt. Das Armenproblem sollte dadurch entschärft werden, dass der Reiche und Besitzende etwas von seinem Überfluss an Arme und Notleidende abgab. Die wirtschaftlichen Ursachen für die Armut wurden nicht reflektiert.

Es entstand eine Diskussion um das rechte Maß und den Überfluss: Alles, was über die Bedürfnisbefriedigung eines Menschen, seiner Familie und seines Hausstandes hinausging, war überflüssig. Almosen durften kein Ansporn zu einem Leben ohne Arbeit und ohne Not sein; man sah die Gefahr des Müßiggangs. Es kam die Vorstellung hinzu, dass der Arme leichteren Zugang zu den christlichen Tugenden habe als der Reiche. Armsein ist verdienstvolle Askese und Entsagung gegenüber irdischen Freuden. Man unterschied im Übrigen zwischen der unfreiwilligen Armut durch Krankheit, Unfall, unverschuldete Notlagen (Missernten, Viehseuchen und Naturkatastrophen), die zum Almosen-Nehmen und zur Bettelerei berechtigten, und der freiwilligen Armut, wie sie von den Nonnen und Mönchen der im 13. Jh. aufkommenden Bettelorden der Franziskaner und Dominikaner auf sich genommen wurde. Der hl. Franz von Assisi (1181–1226) wurde zum Begründer einer Bewegung, die die christliche Glaubenslehre besonders durch Askese und ein Leben in Armut zu verwirklichen suchte. Mit seiner ersten Ordensgründung der Minderen Brüder (Minoriten) stellte er die freiwillige Armut ins Zentrum.

Im ausgehenden Mittelalter lehrte Johannes Geiler von Kaysersberg im Elsass (1445–1510) als Münsterprediger von Straßburg, dass die weltliche Obrigkeit der Städte das Recht und die Pflicht zur Versorgung und Kontrolle der Armen habe. Unter Luthers Einfluss wurde dann im Protestantismus die Armenfürsorge zur

Aufgabe der Kommunen. Aus kirchlicher Almosenlehre wurde zunächst kommunales Armenrecht und später staatliche Sozialfürsorge. Auch das heutige Sozialhilfe- und Rehabilitationsrecht wurzelt in dieser Tradition.

## 2.1 *Der deutsche Sozial-Katholizismus und die katholische Soziallehre*

Die Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus und die von ihnen ausgehenden Lösungsansätze für die sozialen Probleme des 19. Jh. wurden von Stegmann und Langhorst (2000) aufgezeigt, worauf im Folgenden Bezug genommen wird.

Nach dem Selbstverständnis der katholischen Kirche steht die Verkündigung der offenbarten Glaubensinhalte und das Spenden der Sakramente zur Weiterführung des Heilswerkes Jesu im Vordergrund ihrer Aufgaben. Wie die Evangelien zeigen, hat sich Jesus nicht unmittelbar um die gesellschaftliche und politische Ordnung seiner Zeit und die Lösung sozialer Probleme gekümmert. Die Zuwendung zum Armen und Schwachen als Kerngehalt der christlichen Botschaft bedeutet noch nicht die Übernahme sozialer Verantwortung oder gar die Gestaltung politischer Verhältnisse. Eine Politisierung des Glaubens oder eine Klerikalisierung der Politik sollte vermieden werden.

Von dem im Sinne der biblischen Offenbarung gedeuteten Personsein des Menschen leitet die katholische Soziallehre für das Zusammenleben das Solidaritäts- und das Subsidiaritätsprinzip ab. Das Prinzip der Solidarität geht davon aus, dass der Mensch seinem Wesen nach auf die Gemeinschaft angewiesen ist. Die Gemeinschaft ihrerseits wurzelt in der menschlichen Sozialnatur. Der Einzelne soll sich für die Gemeinschaft engagieren, sich solidarisch zeigen. Mit Subsidiarität ist die Regelung der Zuständigkeiten zwischen dem Einzelmenschen und der sozialen Gruppierung bis hin zur Gesellschaft und zum Staat gemeint. Die Gemeinschaft muss zwar das tun, was der Einzelne nicht allein leisten kann; sie muss ihn aber auch in den Stand setzen, seine Kräfte zu entfalten und sich zu betätigen. Dem Einzelnen soll nichts entzogen werden, was er selbst zu tun vermag. Entsprechendes gilt dann für Gemeinwesen und für größere kommunale und staatliche Körperschaften, die ebenfalls das Subsidiaritätsprinzip beachten sollen. Auch die soziale Arbeit soll subsidiär geleistet werden: Was Vereine und Verbände tun können, soll der Staat ihnen überlassen und sie überdies finanziell bei der Wahrnehmung solcher Aufgaben unterstützen.

Die Wurzeln des sozialen Katholizismus reichen in die religiös-kirchliche Erneuerung nach der Französischen Revolution zurück. Mit der Säkularisation Anfang des 19. Jh. wurde kirchlicher Besitz eingezogen und verstaatlicht, und die kirchliche Armenfürsorge verlor weitgehend ihre materielle Basis. Die industriellen Veränderungen in der Produktion und die aufkommende »Große Industrie« führten überdies zu tief greifenden Umbrüchen und zu einer »Pauperisierung« im Sinne von Verelendung und Verarmung großer Teile der Bevölkerung. Die

damit entstandene »Soziale Frage« wurde heftig diskutiert und nach Antworten in der Auseinandersetzung mit dem Feudalismus und ständischen Konservatismus, dem Liberalismus und Kapitalismus sowie mit dem Sozialismus und Marxismus gesucht. Lösungsansätze führten dann zur katholisch-sozialen Bewegung. Dabei erwartete man eine Beseitigung der sozialen Misere anfangs vor allem von der Wirkung sittlich-moralischer Kräfte und einem pastoral-karitativen Engagement. Das Massenelend glaubte man als eine Folge des Sittenverfalls und der Entchristlichung erklären zu können. Ähnlich wie auf evangelischer Seite mit der »Inneren Mission« hätte dann die Rückführung zum Glauben und zu einer religiös bestimmten Lebensführung eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse bringen sollen. Deshalb ging es zunächst auch um eine Erneuerung der christlich-moralischen Erziehung besonders durch den Religionsunterricht in den Schulen. Auch eine erneuerte und verstärkte christliche Mildtätigkeit sollte zur Lösung sozialer Probleme beitragen.

Um durch Werke der Nächstenliebe unmittelbar zu helfen, fanden sich katholische Laien in den Pfarreien zu »Elisabeth- und Vinzenz-Konferenzen« zusammen. Katholische Frauen schlossen sich dann ab 1840 in »Elisabeth-Vereinen« und katholische Männer ab 1845 in »Vinzenz-Vereinen« zusammen. Diese karitativ motivierten Gründungen gingen von Frankreich aus, wo neue Ordensgemeinschaften zur Krankenpflege entstanden waren, und hatten die Fürsorge für Arme und Kranke zum Ziel (Stegmann/Langhorst 2000, 621). Später wurden solche Vereine dann auch zu Trägern von orthopädischen Anstalten und Heimen für verkrüppelte und gebrechliche Kinder.

## 2.2 *Einflussreiche Persönlichkeiten und die Katholikentage*

Zu einer einflussreichen Persönlichkeit des sozialen Katholizismus wurde Franz Josef Ritter von Buß (1803–1878), weil er als einer der Ersten die veränderte Aufgabenstellung der Fürsorge für Arme und Kranke erörterte. Er war Professor für Staatswissenschaft, Völker- und Kirchenrecht an der Universität Freiburg im Breisgau, Abgeordneter im Badischen Landtag in Karlsruhe und Begründer des »Katholischen Vereins« in Baden. Die Grundleiden der Zeit und die Ursachen der Verelendung sah er in dem in Kirche und Staat verbreiteten Rationalismus sowie im ökonomischen Nützlichkeitsdenken (Utilitarismus). Die Industrialisierung lehnte er nicht grundsätzlich ab, sondern sah deren Beitrag für den Wohlstand einer Nation durchaus positiv. Er kritisierte aber die unmenschlichen Arbeitsbedingungen durch die neuen technischen Produktionsverfahren, die zu gesundheitlichen Schäden führten – so auch zu Körperschäden und Verkrüppelungen infolge arbeitsbedingter Erkrankungen und Unfälle (Stegmann/Langhorst 2000, 625).

Die erste inhaltliche Bestimmung des Begriffs Rehabilitation stammt von Buß (1846, 331); sie drückt sich in folgender Forderung aus: »Vielmehr soll der heil-

bare Arme vollkommen rehabilitiert werden, er soll sich zu der Stelle wieder erheben, von welcher er herabgestiegen war, er soll das Gefühl seiner persönlichen Würde wiedergewinnen und mit ihm ein neues Leben.« Ursprünglich stammt der Begriff aus dem Spätlateinischen und bedeutete: in den früheren Stand, in frühere Rechte bzw. Ehrenrechte wieder einsetzen. Er wurde also im juristisch-ethischen Sinne benutzt; später bildete sich die Bedeutung »Wiederherstellung von Fähigkeiten« heraus. Euphorisch heißt es dann bei von Buß (1846, 331) weiter: »Die Erinnerung an die erlittenen Übel soll für ihn eine lehrreiche Erfahrung werden, künftighin seine Vorsicht erwecken. Hier erhebt er sich wieder, lebt auf, geht voran, eine heitere Aussicht eröffnet sich ihm in die Zukunft, er wird mit sich selbst ebenso zufrieden als dankbar gegen seine Wohltäter. Er nimmt seinen Rang in der Gesellschaft wieder ein, knüpft wieder seine Verbindungen an, er verdoppelt seine Bemühungen und freut sich dieser glücklichen Genesung.« Zu den »heilbaren Armen«, die von Buß erwähnte, waren dann auch die »Krüppel« zu rechnen, wobei er wohl vorrangig an Erwachsene dachte. Langfristig sollte seine Sicht aber auch für behinderte Kinder und Jugendliche gelten, die medizinisch behandelt, schulisch erzogen und beruflich gebildet – insgesamt also »rehabilitiert« werden sollten. Erkennbar sind auch die traditionellen Vorstellungen, dass der Arme sich »dankbar gegen seine Wohltäter« und nach »glücklicher Genesung« nützlich und brauchbar zeigen müsse.

Im Vordergrund stand anfangs der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit; man suchte Antworten auf die Fragen nach angemessener Entlohnung der Arbeiter und nach materieller Sicherung der Familien und Kinder. Die Fürsorge für Behinderte galt noch lange als vorrangig religiös-karitative Aufgabe. Aber auch die Bestrebungen, etwas gegen die Not und Verelendung der gebrechlichen und verkrüppelten jungen Menschen zu tun, wurzeln in den Ideen des Sozial-Katholizismus. So verweist Briefs (1960, 25) darauf, dass »die Praxis der Fürsorge ihrer Theorie ... voraus war: Gut 12 Jahre vor dem Erscheinen des großen Fürsorge-Werkes des Ritters F.J. von Buß gründete 1832 in München ein Mann der werktätigen Caritas, Joh. Nepomuk Edler von Kurz, das erste auf der Ganzheitsauffassung vom Menschen und der Fürsorge für ihn beruhende Ausbildungsheim für körperbehinderte Jugendliche, das er selbst als »technische Industrieschule für arme krüppelhafte Kinder« nannte.« (Siehe Kap. II)

Neben katholischen Laien wie von Kurz und von Buß wurde für den sozialen Katholizismus besonders der Mainzer Bischof W.E. Freiherr von Ketteler (1811–1877) bedeutsam. Er kritisierte die sozialen Verhältnisse und die Spaltung der Bevölkerung in Besitzende und Nichtbesitzende. Anfangs betonte er die religiös-moralische Sicht der »Sozialen Frage«; den Grund des »Verderbens« sah auch er im Abfall vom Christentum. Er setzte sich aber auch mit Ferdinand Lasalle (1825–1864) auseinander, der als Mitbegründer der Sozialdemokratie andere Konzepte zur Überwindung der Ungerechtigkeiten einer vom Kapitalismus geprägten Wirtschaftsordnung vertrat. Schließlich hielt Ketteler die »Arbeiterfrage«



nicht mehr durch religiöse und karitative Mittel für lösbar, sondern sah nun die wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Problematik, die eine Reform der sozialen und politischen Zustände im umfassenden Sinne erforderte. Der katholische Geistliche und spätere »Gesellenvater« Adolf Kolping (1813–1865) trug durch die Gründung der Gesellenvereine (Kolping-Vereine) ebenfalls zur Besserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft bei (Stegmann/Langhorst 2000, 621–622).

In Mainz fand 1848 die erste »Generalversammlung der Katholiken Deutschlands« statt, zu der Laien und Geistliche zusammenkamen. Aus ihr gingen die Deutschen Katholikentage hervor, die in mehrjährigen Abständen bis heute stattfinden und auch soziale Fragen und deren religiös-moralische Implikationen behandeln. Anfangs wurde noch die Bedeutung der kirchlichen Armenpflege und die karitative Tätigkeit der katholischen Ordensgemeinschaften betont, diskutiert wurden aber auch immer wieder grundsätzliche Fragen der Sozialfürsorge. Der Katholikentag 1903 in Köln beschloss dann Maßnahmen für krüppelhafte Kinder, die schließlich zur Gründung katholischer Krüppelanstalten führten.

### 2.3 *Der Kulturkampf und die Gründung des Caritasverbandes*

Die im Vergleich zur »Inneren Mission« bzw. dem »Diakonischen Werk« der evangelischen Kirche erst spät einsetzende organisatorische Zusammenfassung der sozial-karitativen Arbeit der katholischen Kirche wird auf den »Kulturkampf« zwischen Kirche und Staat zurückgeführt. Die Vorbehalte gegen das Papsttum und die Unterstellung, die römische Kirche wolle Staat im Staate sein, spielten dabei eine Rolle. Nach dem Ersten Vatikanischen Konzil 1869/70, das die Unfehlbarkeit des Papstes und seinen Vorrang als Bischof von Rom zu Glaubenswahrheiten erhob, griff Reichskanzler Otto von Bismarck 1872 die römisch-katholische Kirche scharf an. Er sah in den Bischöfen Werkzeuge und Beamte eines fremden Souveräns, nämlich des absolut herrschenden Papstes. Die deutschen Bischöfe widersprachen zwar, aber der Kampf wurde insbesondere von Seiten Preußens durch die staatliche Schulaufsicht, das Verbot von Vereinen, die Auflösung von Ordensgemeinschaften und die Einstellung staatlicher Leistungen unerbittlich geführt. Erst nach Verhandlungen mit dem Vatikan wurde dann ein Ausgleich gefunden. Unter dem Kulturkampf litten auch die sozial-karitativen Aktivitäten der katholischen Kirche und deren organisatorische Ausformung. Mit der Sozialenzyklika von 1891 des Papstes Leo XIII. (1810–1903) zur Arbeiterfrage (*Rerum novarum*) löste sich die Kirche aus ihrer konservativen Position und nahm zu sozialen Entwicklungen sowie zur Vertretung der Interessen der Arbeiter durch Gewerkschaften Stellung.

Ein »Charitasverband für das katholische Deutschland« wurde 1897 auf Initiative des sozial engagierten Geistlichen Lorenz Werthmann (1858–1921) in Köln gegründet. Er war Kommissar für karitative Angelegenheiten des Erzbis-

tums Freiburg und übernahm auch die Leitung des neuen Verbands mit Sitz in Freiburg. Die deutschen katholischen Bischöfe erkannten den neuen Verband als Instrument zur Wahrnehmung sozialer Angelegenheiten der Kirche an. Als »Deutscher Caritasverband« (DCV), der föderativ aufgebaut und in Orts-, Dekanats-, Bezirks- und Kreisverbände gegliedert ist, firmiert er seit 1921; angeschlossenen sind dem DCV Fachverbände und Ordensgemeinschaften, die in der Sozialarbeit aktiv sind. So ist die »Josefs-Gesellschaft« als katholischer Träger von Einrichtungen zur Rehabilitation Körperbehinderter ebenfalls Mitglied eines Fachverbands des DCV. 1921 wurde der »Verband der katholischen Krüppelanstalten Deutschlands« gegründet, der später in »Verband katholischer Einrichtungen und Dienste für körperbehinderte Menschen e.V.« (VKEDKM) umbenannt wurde. Dieser wurde 2001 mit anderen Fachverbänden zur »Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.« (CBP) zusammengeschlossen.

Der DCV wurde Mitglied der »Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege« und nimmt heute mit den anderen Verbänden, wie dem Diakonischen Werk der evangelischen Kirche und der Arbeiterwohlfahrt, die Interessen von Menschen mit Körperbehinderung gegenüber den Kommunen, den staatlichen Behörden und dem Gesetzgeber wahr. Als moderner »Sozialkonzern« beschäftigt der DCV in den katholischen Einrichtungen heute etwa 430.000 hauptberufliche Mitarbeiter, darunter etwa 17.000 Ordensangehörige; darüber hinaus sind mehr als 500.000 ehrenamtliche Helfer für den DCV tätig.

### 3. Die Gründung der Josefs-Gesellschaft für verkrüppelte Personen

Der Leiter des Kölner Gesundheitsamts gab die Anregung für eine Resolution auf dem Katholikentag 1903 in Köln und ließ durch einen Bürgermeister folgenden Antrag einbringen: »Im Hinblick auf die Tatsache, dass mit körperlichen Gebrechen behaftete Kinder infolge der Schwierigkeit, innerhalb der Familien eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu erlangen, vielfach der Gefahr ausgesetzt sind, körperlich und geistig zu verwaahrlosen, empfiehlt es sich, auf die Errichtung von Anstalten für krüppelhafte Kinder Bedacht zu nehmen.« (Giet et al. Festschrift 1954, 29) Prälat Werthmann war als Leiter des Caritasverbandes auch Vorsitzender des sozial-karitativen Ausschusses des Katholikentags. Er erläuterte den Antrag und verhalf ihm zur Zustimmung.

Zum eigentlichen Pionier wurde dann aber Pastor Heinrich Sommer. Wenn auch unklar ist, ob er selbst am Katholikentag teilnahm, so war doch er es, der sich die beschlossene Resolution zu Eigen machte und zunächst die Josefs-Gesellschaft, schließlich aber ein ganzes Netz von Einrichtungen der katholischen Körperbehindertenfürsorge gründete. Er verhandelte anfangs auch mit der Abteilung Jugendfürsorge des Kölner »Vinzenn-Vereins« wegen einer zu gründenden Krüppel-Einrichtung. Als er 1903 zur Linderung einer Krankheit in ein Sanatorium in Olsberg im Sauerland kam, änderte er seine Pläne. Nach einer

Kneippkur verbrachte er auch einige Zeit im Schloss Schellenstein in Bigge an der Ruhr, lernte den Besitzer, Freiherr Conrad von Wendt zu Grevelinghausen, kennen und berichtete ihm von seinen Plänen. Nachdem dieser von Sommers Vorhaben einer katholischen Krüppelfürsorge überzeugt worden war, konnten weitere einflussreiche Persönlichkeiten gewonnen werden.

Notwendig wurde zunächst die Schaffung eines Träger-Vereins; er wurde am 15. August 1904 in Bigge gegründet und erhielt den Namen: »Josefs-Gesellschaft – charitativer Verein für Heilung, Pflege und gewerbliche Ausbildung verkrüppelter Personen.« Bei den Gründungs- und Vorstandsmitgliedern handelte es sich um den Geheimen Regierungsrat Dr. Federath als Vorsitzenden, den Rittergutsbesitzer Freiherrn von Wendt als dessen Stellvertreter sowie um einen Pfarrer als Schatzmeister, um einen Fabrikanten und je einen Kommerzien-, Medizinal- und Justizrat. Die Vereinsgründer waren demnach Honoratioren, von denen die Durchsetzung der Pläne erwartet werden konnte, da sie auch in den staatlichen Behörden einflussreich waren. Sommer wurde zum Schriftführer bestellt, ein Amt, das er bis Ende 1913 innehatte, aber dann wegen seiner geschwächten Gesundheit niederlegen musste. Zwar gab es auf katholischer Seite schon eine orthopädische Heilanstalt, nämlich die 1899 gegründete »Hüffer-Stiftung« in Münster. Sie bot aber keinen Schulunterricht und keine gewerbliche Ausbildung an, sodass eine umfassendere Lösung gesucht wurde.

Als Hauptzweck des neuen Vereins (siehe die Satzung als Quelle 2) wurde bestimmt, unbemittelten verkrüppelten Personen beiderlei Geschlechts entweder »1. die Möglichkeit einer gänzlichen oder teilweisen Heilung oder 2. dauernde Pflege oder 3. eine gewerbliche Ausbildung zu bieten, welche diese Armen befähigt, ihr Brot selbst zu verdienen«. Aufgenommen werden sollten in die Heilanstalten des Vereins zwar Krüppel aller Konfessionen, Nichtkatholiken aber erst dann, wenn sie in Anstalten ihrer Konfession nicht aufgenommen werden können.

Der neue Verein wurde von der katholischen Bevölkerung begrüßt, da seine Ziele einem dringenden Bedürfnis entsprachen. Von der evangelischen Krüppelfürsorge unterschied sich die Konzeption der Josefs-Gesellschaft dadurch, dass sie dezentrale Angebote mit jeweils eigener Leitung vorsah und insofern vom Konzept des »Vollkrüppelheims« abwich, das alle Angebote in einer Anstalt vereinigte. Man beschloss, an unterschiedlichen Standorten Einrichtungen mit spezifischen Angeboten für Jungen und Mädchen, für Schul- und Berufsausbildung, für orthopädische Behandlung und Pflege, Betreuung und Beschäftigung aufzubauen. Diese Spezialisierung sollte auch ermöglichen, den Rückstand gegenüber den evangelischen Anstalten aufzuholen.

In der Zeit des Wirkens von Pastor Sommer in der Josefs-Gesellschaft wurden vier Einrichtungen geschaffen. Nach Merkens (1981, 102) entstanden in Deutschland bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs noch sieben Heil- und Erziehungsanstalten für Körperbehinderte katholischer Konfession, die nicht von der Josefs-Gesellschaft gegründet wurden. So 1913 die Dormagen-Stiftung in Köln mit dem

Vermögen eines 1886 verstorbenen Arztes, der es für die Betreuung und Unterstützung Körperbehinderter stiftete. Neben Schulunterricht und Berufsausbildung sollten die Kinder dort auch ärztlich behandelt werden.

### 3.1 Die Aufnahme-Bedingungen des Josefs-Krüppelheims in Bigge

Das Josefs-Krüppelheim war die erste Gründung der Josefs-Gesellschaft; in deren Tätigkeitsbericht von 1917 wurden die Bedingungen zur Aufnahme veröffentlicht (Josefs-Gesellschaft 1917, 23–24).

Zunächst wird als Zweck genannt: »ausbildungsfähigen verkrüppelten Knaben katholischer Konfession im Alter von mindestens 14 Jahren neben Pflege, Heilbehandlung und christlicher Erziehung eine *gewerbliche Ausbildung* zu geben. Es wird erstrebt, die Knaben in irgend einem Handwerkszweige so auszubilden, dass sie nach bestandener Gesellenprüfung voll oder teilweise erwerbsfähig in das Leben hinaustreten, möglichst ohne fremde Unterstützung ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und durch eine gute, christliche Erziehung gegen die Gefahren ihrer besonderen Lage geschützt sind. (...) Mit dem Tage der Aufnahme stehen der Anstalt sämtliche Erziehungsrechte zu.« Weiter heißt es dann: »Nicht aufgenommen werden *Idioten und sittlich verdorbene Personen*; ferner sind diejenigen ausgeschlossen, die *an Krämpfen, ekelerregenden oder ansteckenden Krankheiten* leiden.« Die Förderung des Personenkreises der im heutigen Verständnis Mehrfach- und Schwerstbehinderten war demnach nicht Aufgabe des Krüppelheims.

Aufschlussreich sind auch folgende Aussagen zu der Dauer der Ausbildung, den Kosten und Kostenträgern sowie zur Ferienregelung: »Mit Rücksicht auf die körperlichen Gebrechen der Zöglinge, die eine öftere Unterbrechung der Arbeitszeit und ärztliche Behandlung bedingen, dauert die Lehrzeit 4 Jahre. Das vierte Lehrjahr kann jedoch teilweise erlassen werden, wenn das Betragen, der Fleiß und die Leistungen des Lehrlings dies zulassen. Die Pflegekosten betragen vierteljährlich 165 Mk. (...) Übernimmt eine öffentliche Behörde (Provinzialverwaltung, Kreisausschuß, Magistrat, Armenverband, kirchliche Gemeinde usw.) die Zahlungsverpflichtung, so ist eine Vorauszahlung nicht erforderlich. (...) In der Regel wird nur einmal jährlich Erlaubnis zu einer Ferienreise erteilt. Die gemeinsamen Anstaltsferien finden im Monat August statt. (...)«

Im Josefs-Krüppelheim Bigge wurde also der Besuch der Volksschule vorausgesetzt. Anders beim Vincenz-Krüppelheim in Aachen-Burtscheid; es war für »bildungsfähige verkrüppelte und gelähmte Knaben und Mädchen katholischer Konfession vom vollendeten 2.–14. Lebensjahre bestimmt, um ihnen chirurgisch-orthopädische Heilbehandlung, christliche Erziehung, gediegene Pflege und gute Schulbildung zu verschaffen«. Mit dem 14. Lebensjahr mussten die Zöglinge die Anstalt verlassen, und die Knaben konnten dann eine gewerbliche Ausbildung in Bigge, die Mädchen eine »Heranbildung in allen weiblichen

Hand- und Hausarbeiten« bzw. eine Ausbildung im »Handelsfach« aufnehmen (Josefs-Gesellschaft 1917, 68–69, 75–76). Die jeweiligen Ausschlussbestimmungen entsprachen denen im Josefsheim Bigge, wobei in Aachen-Burtscheid auch »blinde und blödsinnige Personen« ausgeschlossen blieben.

### 3.2 *Der Pionier der katholischen Krüppelfürsorge: Heinrich Sommer*

Eine Monographie zu Leben und Wirken dieser bedeutenden Gründerpersönlichkeit fehlt. Dem »Krüppelvater« wurden zwar immer wieder Würdigungen zuteil, die auch auf seine Lebensgeschichte eingehen, aber doch viele Fragen zu seiner Biografie nur unzureichend beantworten (Liese 1927). Bezug genommen wird im Folgenden auf die Festschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum der Josefs-Gesellschaft, in der auch auf Sommer eingegangen wird (Giet u.a. 1954, 113–120). Gewürdigt wird dort vor allem, was er für die Krüppelfürsorge als katholischer Theologe bewirkte und dass ihm beide Elternteile, die ihn »fromm und lebens-tüchtig erzogen«, Eigenschaften vererbten, »die mit der Gnade und dem Segen Gottes ihn zu dem Leben und dem Werke befähigten«, das man bewunderte.

#### 3.2.1 **Zu seiner Herkunft und zu seiner Biografie**

Heinrich Sommer wurde 1872 in Ahlen/Westfalen als jüngstes von sechs Kindern geboren. Sein Vater war Lehrer; da das Lehramt damals eine kinderreiche Familie nicht ausreichend ernähren konnte, betrieben die Eltern auch ein Geschäft für Schreibwaren und Drucksachen. Sommer erhielt eine »fromme« Erziehung und besuchte die Volksschule. In einer so genannten Rektoratsschule in Ahlen, in der akademisch gebildete Rektoren – meist Theologen – altsprachlichen Unterricht erteilten, bereitete er sich auf den Besuch des Gymnasiums Paulinum in Münster vor. Die gymnasiale Bildung musste er aber aus gesundheitlichen Gründen abbrechen, sodass er seinen Wunsch, Priester zu werden, zunächst nicht realisieren konnte. Sommer machte dann eine kaufmännische Ausbildung in einer Drogerie in Remscheid und leitete im Anschluss daran anderthalb Jahre die Drogerie-Filiale seines Lehrherrn in Altenhagen.

In Remscheid lernte er einen Lehrer kennen, dessen Bruder als Steyler-Missionar tätig war. Sommer fand ebenfalls Interesse an einer Missionstätigkeit und trat in die Gesellschaft der Missionare des göttlichen Wortes (Societas Verbi Divini SVD) im niederländischen Steyl ein. Dort konnte er die Hochschulreife erwerben und in deren Studienanstalt in Mödling bei Wien Theologie studieren. Mit 27 Jahren empfing er die Priesterweihe. Nachdem eine medizinische Untersuchung auf seine Tauglichkeit für die Missionsarbeit negativ ausfiel, musste er aber auf ein Wirken als Steyler-Missionar verzichten und schied schließlich aus der Missionsgesellschaft ganz aus.

Die Gründe für seinen schlechten Gesundheitszustand werden nicht näher bestimmt; es wird lediglich auf eine Halskrankheit infolge einer Vergiftung wäh-

rend seiner Tätigkeit als Drogist hingewiesen. Auch eine Ausmeißelung der linken Kieferhöhle und der Nachweis von Infektionen auf Grund einer Blutuntersuchung werden erwähnt. Weiter wird von körperlichen Schmerzen und »Bitternis der Seele« sowie von »angegriffenen Rückenerven« berichtet. Letztlich sind aber die Ursachen seiner immer wiederkehrenden Erkrankungen und seines frühen Todes mit 46 Jahren ungeklärt.

Durch seine eigene Ausbildung zum Drogisten und seine Berufstätigkeit hatte Sommer einen Bezug zur Berufs- und Arbeitswelt. In einem Brief an den Bischof von Limburg schrieb er 1906: »Seit dem Jahre 1891 habe ich die Überzeugung gehabt, dass es mein Beruf sei, für die armen Krüppelkinder einzutreten. Soweit die Umstände es erlaubten, habe ich Studien auf dem Gebiet der Krüppelpflege gemacht und zu diesem Zwecke viele Anstalten besichtigt und eingehend studiert.« (Zit. n. Liese 1927, 199) Er hatte also schon vor dem Katholikentag in Köln 1903, auf dem der Antrag zur Krüppelhilfe im Sozial-Caritas-Ausschuss beraten und beschlossen wurde, eine Beziehung zu seinem späteren Tätigkeitsfeld.

Heinrich Sommer wurde nicht nur Mitgründer der Josefs-Gesellschaft, sondern auch Gründer und erster »geistlicher Rektor« des Josefsheims in Bigge, das er bis zu seiner Ablösung durch den geistlichen Präses Karl Schlüter 1912 leitete. Die Gründe für sein Ausscheiden sind unklar; angeführt werden das impulsive Wesen Sommers und Eigenmächtigkeiten. Die bischöflichen Behörden mussten auf Grund von Klagen aus dem Heim Mahnungen aussprechen. Beklagt wurden mangelnde Aufsicht und ungeordnete Verhältnisse beim Erziehungspersonal wegen häufiger Abwesenheit Sommers.

Ein Angestellter des Heims veranlasste eine unvermutete Untersuchung durch die Bezirksregierung in Arnsberg. Die Revision durch amtliche Stellen brachte aber keine ernsthaften Beanstandungen. Trotzdem führten die Vorkommnisse und Anschuldigungen wohl zu Sommers Resignation Ende Mai 1912. Der Vorstand der Josefs-Gesellschaft stand aber zu Sommer, bezeichnete die erhobenen Anschuldigungen als haltlos und sprach ihm Dank und Anerkennung für seine Arbeit aus. Sommer war noch Vorstandsmitglied bis Ende 1913 und trat dann auch aus der von ihm mitgegründeten Josefs-Gesellschaft aus. Zu seinem Nachfolger Schlüter hatte er aber Kontakt und verfolgte die weitere Entwicklung des Vereines und seiner Einrichtungen. Im April 1918 schrieb er Schlüter noch einen Abschiedsbrief, bevor er am 18. dieses Monats dann verstarb. Er wurde nach Bigge überführt und am 24. April 1918 in der neu errichteten Josefskirche beigesetzt (Liese 1927, 237–239).

### 3.2.2 Zu seinen Intentionen und zu seinem Wirken

Einen Aufruf zur Gründung der Josefs-Gesellschaft (Quelle 1) veröffentlichte Sommer an Ostern 1904 in zahlreichen Zeitungen unter Bezugnahme auf die Resolution des Kölner Katholikentags von 1903. Er schreibt u.a.: »Ich schäme mich fast, diese letzten Zeilen niederzuschreiben; denn es ist doch gar zu traurig, daß

wir Katholiken unsere armen verkrüppelten Glaubensbrüder bisher auf der Straße liegen ließen, damit die protestantische Caritas sich ihrer erbarme. Haben denn die Katholiken kein Herz für ihre armen Krüppel? Hoffentlich bedarf es nur eines Anstoßes, um die nötigen Mittel zur Gründung des ersten katholischen Krüppelheimes im Königreich Preußen zusammen zu bringen.« Sommer verweist darauf, dass alle 13 Krüppelheime in Preußen protestantisch sind. Er wolle ein katholisches Krüppelheim gründen, mit dem eine Industrieschule und später eine orthopädische Klinik verbunden werden sollen. Sein Appell blieb nicht ohne Wirkung, sodass er bald über Spendenmittel verfügen und den Aufbau von Krüppelheimen betreiben konnte.

Nach seinen eigenen Aussagen hat sich Sommer gründlich auf seine Aufgabe in der Krüppelfürsorge vorbereitet. Durch Besuche hatte er bereits bestehende Einrichtungen kennen gelernt, wobei es sich vorwiegend um »Vollkrüppelheime« der Inneren Mission gehandelt haben dürfte (siehe Kap. III). Da die katholische Kirche die Koedukation immer noch kritisch sah, konzipierte er für Mädchen und Jungen getrennte Angebote. Schon die Gründung in Aachen-Burtscheid 1905 wich aber von diesem Grundsatz ab und bot Erziehung und Schulunterricht für beide Geschlechter. Den größten Handlungsbedarf erkannte er in der handwerklichen Ausbildung, die eine gute Möglichkeit bot, der Gefahr einer Verwahrlosung der unheilbar Gebrechlichen zu begegnen. Er begann im Josefsheim Bigge mit der Ausbildung von Lehrlingen zum Buchdrucker und Buchbinder. Dabei könnten die Kenntnisse und Erfahrungen im Geschäft seiner Eltern mit Schreibwaren- und Drucksachen eine Rolle gespielt haben. In einer Würdigung Sommers heißt es: »Der Beruf des Vaters, zu lehren und zu erziehen, ging auf den Sohn über, dazu eine ungewöhnliche Begabung auch für kaufmännische Dinge und ein warmes Interesse für handwerkliche Künste, namentlich Buchbinderei und Buchdruck.« (Giet u.a. 1954, 113)

Für eine handwerkliche Ausbildung der Krüppel argumentiert Sommer (zit. n. Merkens 1981, 98–99) aus folgenden Gründen: »1. Das Handwerk kann leicht zu jeder Zeit, an jedem Ort ohne Aufwendung großer Mittel betrieben werden. 2. Als Handwerker kann der Krüppel auch dann Geld verdienen, wenn er nur mit halben Kräften zu rechnen hat, gleichviel, ob er längere oder kürzere Zeit als ein normaler Handwerker arbeitet. 3. Als Handwerker kann der Krüppel bei seiner Familie wohnen und sich dadurch sittlich hoch halten. 4. Als Handwerker hat der Krüppel sehr darauf zu achten, daß er ein braves Leben führt.« In der Ausübung eines Handwerks sah er offensichtlich die beste Voraussetzung für ein Leben nach christlichen Grundsätzen. Die Ausbildung in einem Fabrikbetrieb sollten dagegen nur folgende Personen erhalten: »1. geistig schwach veranlagte, die nur hinreichende Fähigkeiten für mechanische Arbeiten besitzen; 2. Schwachsichtige, Schwerhörige und Taubstumme; diejenigen, denen so wenig Gliedmaßen zur Verfügung stehen, daß sie ein Handwerk nicht erlernen, aber bestimmte Fähigkeiten in einer Fabrik noch recht gut verwerten können.«

Folgende Gründungen gehen auf die unmittelbare Mitwirkung von Sommer zurück: 1904 das Josefs-Krüppelheim für gewerbliche Ausbildung für krüppelhafte Knaben in Bigge, 1905 das Vinzenz-Krüppelheim für Erziehung und Schulunterricht für Knaben und Mädchen unter 14 Jahren in Aachen-Burtscheid, 1907 das Marien-Krüppelheim für gewerbliche Ausbildung von Mädchen in Bigge und ab 1910 das Antoniusshaus zur gewerblichen Ausbildung krüppelhafter Mädchen in Hochheim am Main. Sommer war aber auch in Bezug auf die ärztliche Behandlung aktiv; so konnte 1908 eine orthopädische Klinik in Bigge eröffnet werden, die unter dem Namen Elisabeth-Klinik noch heute besteht. Seine Absicht, eine große orthopädische Heilanstalt in einer rheinischen Großstadt zu errichten, konnte er nur noch insoweit realisieren, als er das Grundstück für das Eduardus-Krankenhaus in Köln erwarb, das dann aber erst 1926 gegründet wurde.

Er stand in regem Gedankenaustausch mit Repräsentanten der anderen Einrichtungen der Krüppelfürsorge, insbesondere denen der Inneren Mission. Auf den Konferenzen der Anstalten für Krüppelfürsorge referierte er über das von ihm favorisierte Konzept. In der Zeitschrift des DCV »Caritas« berichtete Sommer (1909) über die katholischen Krüppelanstalten, wobei er auch Einrichtungen erwähnte, die nicht von der Josefs-Gesellschaft getragen wurden und die bereits im 19. Jh. entstanden waren. Es handelt sich um ein Referat, das er auf dem ersten Kongress der »Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge« hielt, zu der sich 1909 Einzelpersonen und Vertreter von Behörden, Städten und Körperschaften zusammengeschlossen hatten. Er war Mitglied dieser Vereinigung und publizierte auch in deren »Zeitschrift für Krüppelfürsorge«, deren Mitherausgeber er war. Wie gezeigt, war die Berufsausbildung ein Schwerpunkt seiner Aufbauarbeit und hier besonders das Handwerk, in dem er für seine Klientel Chancen zur beruflichen und sozialen Eingliederung sah. Durch sein Engagement gelang es der »katholischen Seite«, zügig den Anschluss an die Expansion der Krüppelfürsorge zu gewinnen. Sommer konnte aber durch seinen frühen Tod noch während des Ersten Weltkriegs auf die Entwicklung in der Weimarer Republik und die Kontroversen mit der interkonfessionellen Krüppelfürsorge keinen Einfluss mehr nehmen.

#### **4. Heilerziehung aus dem christlichen Glauben**

Die vielfältige Arbeit der katholischen Fürsorge für Menschen mit Körperbehinderung kann hier nicht umfassend aufgezeigt werden. In Theorie und Praxis standen ihre Vertreter im engen Austausch mit den Repräsentanten der evangelischen und der überkonfessionellen Krüppelfürsorge. Neben Vertretern der katholischen Heilpädagogik wie Linus Bopp (1887–1971), der eine »Heilerziehung aus dem Glauben« (1958) postulierte (Schröder 2000), erlangte speziell für die Körperbehindertenpädagogik der Theologe Peter Josef Briefs Bedeutung. Auf seine Konzepte und seine Argumentation soll exemplarisch eingegangen werden,



weil sie als repräsentativ für die Entwicklung zwischen 1920 und 1960 anzusehen sind.

#### 4.1 *Ein profilierter Repräsentant: Peter Josef Briefs*

Peter Josef Briefs wurde am 28.3.1890 in Steinstraß Kreis Jülich geboren und starb am 21.4.1960 in Hochheim am Main. Er studierte katholische Theologie und wurde 1916 in Köln zum Priester geweiht. Nachdem er bereits seit 1916 als Assistent an der Fürsorgeerziehungsanstalt St. Josef am Berg in Bonn tätig war, übernahm er 1919 das Amt eines Rektors an der Stiftung Dr. Dormagen, einem Pflege- und Ausbildungsheim für Körperbehinderte in Köln. 1931 wurde ihm das Amt eines geistlichen Leiters und Erziehers im Antoniushaus in Hochheim am Main übertragen, einer Einrichtung der Josefs-Gesellschaft, die 1910 zur gewerblichen Ausbildung krüppelhafter Mädchen gegründet worden war. Abgesehen von Zeiten einer längeren Erkrankung lebte und wirkte Briefs im Antoniushaus bis zu seinem Tode 1960.

Sowohl durch seine Arbeit in der Leitung pädagogischer Einrichtungen für Körperbehinderte als auch durch seine publizistische Tätigkeit wurde Briefs zu einem der profiliertesten Theoretiker einer katholischen Heilpädagogik. Zum Doktor der Theologie wurde er 1935 an der Universität Freiburg promoviert; seine Dissertation behandelte das Thema: »Das Gebrechlichenproblem und seine Lösung nach Grundsätzen der katholischen Heilpädagogik«. Wegen seiner Verdienste ernannte ihn der Papst 1954 zum Monsignore und verlieh ihm als »Päpstlicher Geheimkämmerer« den Rang eines Prälaten. Neben seiner Mitarbeit im »Verband der katholischen Krüppelanstalten Deutschlands« war er in der überkonfessionellen »Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge« langjähriges und geachtetes Vorstandsmitglied und seit 1954 stellvertretender Vorsitzender. In einem Nachruf hat Luig (1961, 158) Briefs Leben und Wirken gewürdigt.

Schon in den Zwanzigerjahren setzte er sich mit seiner Ansicht nach fragwürdigen Konzepten und Entwicklungen in der »Krüppelpädagogik« und »Krüppelpsychologie« auseinander. Vor allem das »sozial-biologische System der Gebrechlichen-Pädagogik«, wie es von Biesalski und Würtz vertreten wurde, analysierte er mehrfach und kritisierte dessen negative Konsequenzen (siehe Kap. V). Er setzte diesem sein theologisch fundiertes und als sozial- bzw. berufsethisch zu bezeichnendes Konzept einer katholischen Gebrechlichenfürsorge entgegen. Dabei ging auch er von der Hinführung der »Gebrechlichen« zu Arbeit und Beruf aus, kommt aber zu grundlegend anderen Folgerungen, die vor allem die »Siechen« nicht ausklammern, deren Lebens- und Bildungsrecht er uneingeschränkt bejaht. Eine angemessene Würdigung seiner vom katholischen Glauben geprägten Position und seiner Haltung gegenüber der Nazi-Ideologie steht aber noch aus.

Als profilierter Repräsentant leistete Briefs seinen Beitrag zu einer Heilpädagogik als selbstständiger Wissenschaft, die sich von der Medizin und der Psychi-

atrie klar abzugrenzen habe. An der sozial-biologischen Konzeption kritisierte er, dass dort von einer »Pädagogik als Seelenführung mit eigenen Zielen und eigenen Mitteln« nichts mehr übrig bliebe und die Pädagogik »nur noch Schleppenträgerin der Orthopädie« sei (Briefs 1955, 130). Er wollte durch seine Theorie und Praxis zur Unabhängigkeit vor allem von der Orthopädie beitragen. Leider findet sein Wirken nur noch wenig Beachtung, und in der historischen Herleitung der »Konstitutionsprozesse der Körperbehindertenpädagogik« von Weiß (1999) bleibt er gänzlich unberücksichtigt. Weiß (2000) bezieht sich andererseits in der Auseinandersetzung mit Leben und Werk von Hans Würtz ausführlich auf Briefs.

Die Lebensgeschichte von Briefs ist bis heute nicht in einer Monographie zugänglich; es wird darauf nur in Nachrufen und Festschriften eingegangen. Seine zahlreichen Veröffentlichungen und seine Mitarbeit in den Fachverbänden bedürfen ebenfalls noch einer systematischen Analyse. Briefs publizierte in Fachzeitschriften des Caritasverbandes, in »Der Krüppelführer. Zeitschrift der katholischen Krüppelfürsorge« sowie in der »Zeitschrift für Krüppelfürsorge«, in deren Schriftleitung er mitwirkte. Ebenso liegen von ihm mehrere Monographien und Handbuchbeiträge vor. Merckens (1981, 161–163) weist in ihrer Literaturübersicht zur Körperbehindertenfürsorge 30 Arbeiten von Briefs nach. Polze (2001) hat Briefs Leben und Wirken in der Krüppelfürsorge im Hinblick auf die Benennung einer Schule für Körperbehinderte mit seinem Namen analysiert und kommt zu einer positiven Bewertung.

Als Theologe entwickelte Briefs seine Konzeption vor dem Hintergrund katholischer Glaubenslehren; er konnte dabei auch auf praktische Erfahrungen in der pädagogischen Arbeit mit Körperbehinderten zurückgreifen. Durch die Auseinandersetzung mit der von Biesalski (1911, 1924, 1926) und Würtz (1921, 1932) vertretenen Richtung einer »sozialbiologischen« Krüppelfürsorge (Musen-berg 2002, 179–211) akzentuierte er seine Position.

#### 4.1.1 Seine theologisch und psychologisch begründeten Sichtweisen

Im Mittelpunkt christlicher Weltauffassung steht das Heil der unsterblichen Seele; Briefs geht vom Menschen als Ebenbild Gottes und freier Persönlichkeit aus. Im sozial-biologischen Gemeinschaftsgedanken sieht er dagegen das Kollektiv, das der Person keinen Eigenwert zumisst. Nur die christliche Gemeinschaft repräsentiert eigenwertige Glieder und ist für ihn Ganzheit. Kern seiner Konzeption ist neben dieser Sozialethik die Berufsethik: Jeder Mensch, wie stark er auch in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt ist, hat nach christlicher Vorstellung eine Lebensaufgabe, die sich als Berufung und Beruf ausdrücken soll. Briefs trennt dabei zwischen Beruf und Erwerb; der Beruf ist für ihn Dienst an der Gemeinschaft und soll einen Beitrag zum Gemeinwohl erbringen. Der Mensch lebt als soziales Wesen in und von der Gemeinschaft und ist ihr gegenüber zum Dienst verpflichtet. Briefs sieht den Beruf über dem Erwerb stehend, wobei Letzterer als

Erwerbsarbeit der bloßen Existenzsicherung dient. Er unterscheidet außerdem zwischen körperlicher und geistiger Arbeit wobei er eine Pflicht zur körperlichen Arbeit nur für den sieht, der sie leisten kann. Aber auch die stärkste körperliche Hemmung hindert nicht, eine Berufs- und Lebensleistung zu erbringen. Seine Argumentation geht von einer Gleichwertigkeit aller Menschen, unabhängig von ihrem physischen und psychischen Zustand und ihren Leistungspotenzialen aus, womit er eine Gegenposition zum Sozialdarwinismus vertritt, der die Leistungsfähigen bevorzugt und die Schwachen ausgrenzt. Die unselige Aufspaltung in »Krüppel«, die man zur »Erwerbsbefähigung« führen kann, und »Sieche«, die lediglich der Betreuung und Pflege bedürfen, lehnt Briefs ab.

In seinem letzten Buch »Körperbehindertenfürsorge im Geiste der Caritas« (1955) greift er wesentliche Gedanken seiner Sichtweisen zur Theorie und Praxis erneut auf (siehe Auszüge in Quelle 3). Es ist in drei Teile gegliedert: I. Grundfragen einer differentiellen Psychologie der Körperbehinderten. II. Der Versuch einer sozial-biologischen Pädagogik für Körperbehinderte. III. Wesentliche Aufgaben der christlichen Körperbehinderten-Erziehung. In einem Autorenreferat (Briefs 1956, 205–206) kennzeichnet er wichtige Aspekte u.a. wie folgt: »Die ›dynamische Rehabilitation‹ – z.Zt. Schlagwort der Fürsorge – will die dem Körpergeschädigten verbliebenen Kräfte erhalten und so stärken, daß der Geschädigte zu einer optimalen Leistung und zu den ihm angemessenen relativ besten menschlichen Arbeits- und Daseinsbedingungen gelangt. Dazu müssen die geistigen und seelischen Kräfte besonders beitragen. (...) Der Erfolg der Ertüchtigungsmaßnahmen hängt also davon ab, ob der Geschädigte gewillt ist, seine geistig-seelischen Kräfte rückhaltlos für seine Ertüchtigung einzusetzen oder nicht. (...) Die Bemühungen um den Geschädigten – besonders den jugendlichen – haben immer an seine geistig-seelischen Kräfte appelliert. Freilich, beeinflußt von der zeitgenössischen Philosophie und Psychologie, sind diese Bestrebungen nicht zum rechten Verständnis der jugendlichen Psyche und ihrer Beeinflussung durch ein Gebrechen gekommen. Zwei Versuche sind hier eigens zu nennen: die sozial-biologische Auffassung, wie sie in den Erziehungsschriften von H. Würtz und W. Schlüter dargestellt ist, und die individualpsychologische Auffassung nach A. Adler. (...)«

Briefs glaubt die Frage, wie ein Gebrechen auf das seelische Leben des Geschädigten einwirkt, nun »richtiger« beantworten zu können. Für ihn gehört der Leib zu den »ichnahen« Objekten, die das »Selbst« des Menschen ausmachen. Er greift auf Elemente der Psychoanalyse zurück, indem er feststellt, dass das »Ich« nur schwer zu objektivieren ist und man sich kaum davon distanzieren kann. Erkennt der Geschädigte seinen Schaden, so führt das zu innerer Trauer und zu Depressionen, die aber keineswegs immer pathologisch werden müssen. Der »Normale« kann einen missgestalteten und leistungsschwachen Körper ebenfalls nicht ohne weiteres akzeptieren, weil zum Idealbild vom Menschen der gesunde und leistungsfähige Leib gehört.

Seinen Analysen legt er ein »Wechselwirkungs-Modell« zu Grunde: Ein Gebrechen schockiert und trübt das Urteil der Umwelt über den Körperdefekt und über den, der von ihm betroffen ist. Die negative Einstellung der Umwelt bezeichnet er als »Sozialwirkung des Körperschadens«, die wieder auf den Betroffenen zurückwirkt und erneut eine Depression auslöst. Das Verhalten der Umwelt kann dem Körperbehinderten mehr zusetzen, als der Körperschaden selbst, denn der Betroffene sieht und bewertet nur sein Gebrechen, dagegen beurteilen die Menschen der Umwelt nicht das Gebrechen, sondern die Person des Gebrechlichen. Briefs wendet sich gegen den Erklärungsansatz, wonach zwischen Körperschäden und abnormer seelischer Reaktion ein »unentrinnbarer Kausalnexus« oder ein »psycho-physischer Parallelismus« angenommen wird. Aber er sieht die Gefahr einer seelischen Beeinträchtigung wobei der »neurotisierende Faktor« nicht das Gebrechen, sondern die negative Einstellung ist, die beim Geschädigten und seiner Umwelt auftritt.

Briefs hob sich damit auch von Würtz (1921, 1932) ab, der das Ursache-Wirkungs-Verhältnis zwischen Gebrechen und Persönlichkeit stärker betonte. Würtz sah erst nach einer »Entkrüppelung« durch »Erwerbsbefähigung« die Gefahr gebannt, dass der »Krüppel« zum »Problemmenschen« wird.

#### 4.1.2 Sein berufsethischer Ansatz und sein Konzept eines »Leidensberufs«

Immer wieder betont Briefs (1955, 281) das Leistungsprinzip und fordert eine intensive Pflege des Berufsbewusstseins; er schreibt dazu u.a.: »So wird die Gebrechlichenpädagogik ihre Anbefohlenen in allen Fällen, wo das möglich ist, sicher zur körperlichen Leistung, etwa in Form der Arbeit erziehen, andere, die über die erforderliche Begabung nicht verfügen, zur geistigen Leistung führen und schließlich alle ohne Ausnahme zur sittlichen Leistung bringen müssen, sei es als körperlich Arbeitende, sei es als geistig Schaffende, sei es schließlich als Leidende, als Menschen des starken Verzichtes und des heroischen Opfers, zu dem sie ein entschlossenes Ja sagen mit derselben Entschlußkraft und Freudigkeit wie die anderen zu ihrem Schaffen.«

Briefs (1955, 73) argumentiert in Bezug auf den »Leidensberuf« wie folgt: Berufliche Arbeit habe eine doppelte Bedeutung, da sie sowohl für das »Gottesreich« als auch für das »Menschenreich« geleistet wird. In der Körperbehindertenfürsorge steht der Pädagoge vor besonderen Schwierigkeiten, weil wegen der Schwere des Gebrechens eine Arbeit im Sinne wirtschaftlicher Leistung oft nicht möglich ist. Es braucht aber nicht auf die berufliche Erziehung verzichtet zu werden, weil der Schwerstbehinderte innerhalb christlicher Anschauung die Möglichkeit »einer echten und dazu noch hohen beruflichen Leistung« hat. Die Erziehung muss den Schwerstbehinderten dazu bringen, seinen Zustand der Hemmung als »Beruf« aufzufassen. Briefs konstruiert so einen »echten Leidensberuf«, der für ihn keineswegs nur »Passivität«, sondern im christlichen Sinne ein höchst aktiver Beruf ist. Im weiteren legt er dann eine religionspädagogische

Betrachtung zu Grunde: Die »eigentliche Berufsaufgabe besteht darin, das ohne eigene Schuld schicksalhaft, oder nach christlicher Auffassung durch die Vorsehung überkommene Leiden, geduldig und heldenhaft zu tragen und daraus eine echte Sühneleistung zu gestalten für eigene Schuld und für die Schuld der Menschheit im allgemeinen« (ebd., 73).

Diese religiös bestimmte Auffassung von einem »Leidensberuf« der Schwerstbehinderten ist offensichtlich an der »Armen- und Siechenfürsorge« orientiert: Für Almosen und Wohltätigkeiten, die er empfängt, hat der Sieche eine Gegenleistung zu erbringen, nämlich die »Sühne der Menschheitschuld«. Ein solcher Sühnegedanke dürfte heute kaum noch auf Verständnis stoßen. Die historische Vorstellung, der »Krüppel« habe seinen Wohltätern dankbar zu sein, wurde von Betroffenen heftig kritisiert; so sah Otto Perl (1926, 18) darin letztlich eine Befriedigung der »religiösen Selbstsucht seiner Wohltäter«, die sicher in einer humanen Pädagogik keine Legitimation finden kann. Nach Briefs Tod 1960, wurde dieses Konzept allerdings von Reinartz (1967, 357–358) nochmals aufgegriffen. Er sieht den »Hinweis auf den Leidensberuf der Schwerstbehinderten im Rahmen der Ziellehre ... (als) das Grundsätzliche christlich-katholischer Körperbehindertenpädagogik« und fordert im Anschluss an Linus Bopp (1930, 1958), der als katholischer Theologe eine »Heilerziehung aus dem Glauben« postulierte, eine »Hinleitung des Zöglings zur Christusförmigkeit«. Danach spielte das Konzept nur noch in der Kritik an christlichen Erziehungslehren eine Rolle. Heute sind Konzepte, die Menschen mit Behinderungen zum Objekt machen, nicht mehr handlungsleitend. Vielmehr heißt es neuerdings in der Schrift des katholischen Trägers, in dem Briefs wirkte: »Wir – die Josefs-Gesellschaft – solidarisieren uns mit körper- und mehrfachbehinderten sowie kranken Menschen. Damit setzen wir unsere Hoffnung in die Tat um, daß in unserer Gesellschaft auch die Menschen ihren Platz finden, die hinsichtlich ihrer Chancen und Möglichkeiten im Nachteil sind. Wir haben für unsere Hoffnung einen Grund: Jesus Christus hat seinen Entwurf von einer solchen menschenfreundlichen Gesellschaft mit seinem Leben, mit seiner konsequenten Solidarität bis in den Tod beglaubigt. (...) Wir sehen jeden Menschen als Ebenbild Gottes. Seine Würde hat er, weil er von Gott gewollt ist, nicht nach Maßgabe menschlicher Kriterien. Dieses christliche Menschenbild entspricht auf der gesellschaftlichen Ebene dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar!« (Josefs-Gesellschaft 1994, 5) Der behinderte und kranke Mensch wird als Subjekt seiner eigenen Rehabilitation anerkannt. Damit ist auch die Brücke zu Christen anderer Konfession und zu Nichtchristen geschlagen: Soziale Akzeptanz im Umgang miteinander und Solidarität gegenüber Notleidenden sind Erwartungen an jeden Menschen.

#### 4.1.3 Seine Kritik am sozial-biologischen System und seinen philosophischen Wurzeln

Die grundlegenden Differenzen zwischen Würtz als Exponenten einer von den christlichen Konfessionen unabhängigen und Briefs als Vertreter einer kirchlichen, auf der christlichen Caritas basierenden Krüppelfürsorge blieben unüberbrückbar. Briefs (1955, 81–98) hat die geistesgeschichtliche Entwicklung des Problems – ausgehend von der Philosophie Immanuel Kants bis zum amerikanischen Pragmatismus – überzeugend aufgezeigt. Er sieht darin auch die Grundlagen einer »sozial-biologischen Gebrechlichenpädagogik«, der er eine Nähe zu »einem biologischen Materialismus« unterstellt, »der an Verachtung des Geistigen, geschweige denn des Metaphysischen, dem krassen Materialismus eines Feuerbach nichts nachgibt. Und schließlich bedeutet die sozialbiologische Auffassung auch nicht die Überwindung des Pragmatismus.« (Ebd., 91) Im Übrigen suchte sich Würtz in seinen theoretischen Konzepten und in seiner praktischen Arbeit bewusst von der traditionellen karitativen Betreuung der Körperbehinderten abzuheben, sodass es zu dem Gegensatz einer von Diakonie und Caritas bestimmten konfessionellen und einer überkonfessionellen, später dann staatlichen Fürsorge kam.

Am sozial-biologischen System kritisiert Briefs (1955, 144–147) die einseitige Betonung des Soziologischen und seine Abkehr vom christlichen Weltbild. »Die Säkularisierung aller Gebiete des Lebens, die Mediatisierung der Gedanken, ihre Lösung von der religiösen Seinstransparenz hatte sich seit der Aufklärung je länger desto stärker geltend gemacht bis dahin, dass sie schließlich zum völligen Verzicht auf jede Form überweltlicher Transzendenz führte.« (Ebd., 145). Im von Karl Marx und Friedrich Engels geprägten Sozialismus erkennt Briefs eine »neue Ideologie oder besser Utopie, deren Hauptinhalt der materialistisch-hedonistisch aufgefaßte Zukunftsstaat war, das messianische Reich der humanen Wirtschaftsverfassung, die sozialistische Gesellschaft mit der besten Lebenslage der Massen, die Freiheit, Gleichheit, Würde und Gemeinschaft aller Schaffenden« (ebd., 146).

Hart geht Briefs (1955, 156–159) mit den Vorstellungen ins Gericht, die Würtz zum Arbeitsbegriff vom Marxismus übernimmt. Die Aussage von Würtz (1921, 9): »Die Arbeit ist die Kraftquelle der Entkrüppelung«, führe zu einer Überbetonung im Erziehungskonzept. Arbeit werde zur Religion und ihre Ausübung zur religiösen Übung. Unter Bezugnahme auf den Erziehungsroman »Uwes Sendung« (Würtz/Schlüter 1914, 116) verweist Briefs darauf, dass der »Rhythmus der Arbeit« gleichsam als Gottheit erscheine, die ihr Antlitz segnend den Krüppeln zuwende. Auch die Tat werde religiös verklärt und gelte als etwas Heiliges; die Arbeitsstätte, die Tat und Wissen vermähle, werde zum Hochzeitsaal und Tempel des Lebens. Als »marxistischer Höchstwert« vermöge offensichtlich allein die Arbeit Kultur und Sittlichkeit zu schaffen. Der »Götze Arbeit« werde so zum Erlöser der Menschheit, insbesondere der Körperbehinderten, wenn

Würtz und Schlüter behaupten »Erlösen kann den Gebrechlichen nur das Schaffensglück der Arbeit«. Briefs sieht hier eine weitgehende Übereinstimmung mit dem liberalen und marxistischen Naturalismus. Dagegen habe Arbeit im christlichen Verständnis einen wesentlich anderen Charakter: Sie sei gottgewollter Dienst an der Gemeinschaft, zunächst in ihren Untereinheiten Familie, Gemeinde, Volk, dann aber an der Gesamtheit. Sie sei Berufung auf der Grundlage eines christlichen Individualismus.

#### 4.2 *Die Haltung von Briefs zur Euthanasie und zum Nationalsozialismus*

Schon früh äußerte sich Briefs ablehnend zu Eugenik und Euthanasie und warnte vor den Konsequenzen sozialdarwinistischer Konzepte, wie sie dann von den Nationalsozialisten aufgegriffen und während ihrer Herrschaft von 1933 bis 1945 als Legitimation massenhafter Tötungen »lebensunwerten Lebens« missbraucht wurden. Auch die »Verführbarkeit des sozialbiologischen Denkens« erkannte er früh und kritisierte es hart. Schmeichel (1983, 8) charakterisiert Briefs entsprechende Schriften »als Zeichen widerständigen Geistes während des Nationalsozialismus«. Der nationalsozialistischen Gemeinschaftspädagogik (Brill 1994, 94–95) stellte er eine »christliche Gebrechlichenpädagogik als echte Heilerziehung« (Briefs 1955, 229–238) gegenüber. Brill (1994, 131–132), der sich in seiner »Faschismusforschung« mit der »Pädagogik im Spannungsfeld von Eugenik und Euthanasie« beschäftigte, geht auch auf die Krüppelfürsorge und die Position von Briefs ein. Er stellt anerkennend fest, dass dessen religiös motivierte Kritik wohl die entschiedenste und radikalste war, die damals gegen den nationalsozialistischen Ungeist von Eugenik, Zwangssterilisation und Euthanasie vorgebracht wurde. Fuchs (2001, 62) dagegen erwähnt zwar, dass Briefs 1932 gegen die Würtz'sche »Krüppelseelenkunde« Stellung nahm, würdigt seine eindeutige Haltung gegenüber der Euthanasie aber nicht.

Nicht zuletzt durch die Evolutionstheorie des Charles Darwin wurden biologische Konzepte im ersten Drittel des 20. Jh. diskutiert. Die Sozialbiologie betrachtet den Menschen als biologische Einheit; die Körperorgane wirken als Ganzheit und sollten nicht isoliert behandelt werden. Auch der Orthopäde Biesalski (1924, 6) sah das so, wenn er schrieb: »Es soll nicht eine Kniekontraktur behandelt werden, sondern eine bestimmte Persönlichkeit mit Leib und Seele, zu deren Besonderheiten u.a. ein kontraktiertes Knie gehört.« Ein weiterer Aspekt einer sozialbiologischen Krüppelfürsorge, wie sie auch von Würtz vertreten wurde, war die Beziehung der biologischen Einheit »Mensch« zur sozialen Einheit »Gesellschaft«. Hieraus erwuchs die soziale Betätigung des Orthopäden, der dann im Sinne der »Sozialhygiene« einen durch körperliche Schädigung »sozial Minderwertigen« wieder erwerbsfähig und für die Gesellschaft nützlich machen kann. Individuum und Gesellschaft verschmelzen zu einem Organismus, dem »Volkskörper«. Damit näherten sich Biesalski und Würtz rassehygienischen und sozial-

darwinistischen Konzepten, wie sie von den Nationalsozialisten als Eugenik und Euthanasie vertreten und brutal umgesetzt wurden.

Diesen Positionen widersprach Briefs (1932, 241) schon vor der Machtübernahme Hitlers im Rahmen einer Diskussion um den preußischen Staatsratsbeschluss zur Eugenik von 1932: »Mit größtem Nachdruck erkläre ich, daß wir katholischen Geistlichen die in dem Beschluss des Staatsrates empfohlenen eugenetischen Maßnahmen auf das entschiedenste bekämpfen werden im Interesse der Gebrechlichen und hoffentlich im *Verein mit den Gebrechlichen*. Schließlich kann ich nicht umhin, auf einen besonderen Zusammenhang hinzuweisen. Wir haben eine umfangreiche Literatur, die die angeblichen seelischen Zustände des Krüppels zu beschreiben vorgibt. Herr Würtz hat diese Literatur gesammelt. Diese Literaten eines Ernst Mann haben ihr Möglichstes getan, um die Krüppelseele als anormal, die Gebrechlichen als Ausbund darzustellen. Diesen Literaten und ihren Machwerken über die Krüppelseele verdanken wir es größtenteils, dass heute in weiten Kreisen die Ansicht besteht, die Gebrechlichen seien auf alle Fälle minderwertig und deshalb das gegebene Objekt für die Anwendung eugenetischer oder gar euthanasischer Maßnahmen. (...)« Würtz (1932) hatte die »Krüppel-Probleme der Menschheit« in »Wort und Bild« darzustellen versucht; Mann (1922) eine »Erlösung des Menschen vom Elend« thematisiert.

Briefs (1932, 241) fährt dann fort: »Angesichts dieser Sachlage kann man nur noch eines tun: Diesen Literaten und ihrem Anhang den schärfsten Kampf ansagen. Und ich möchte die Gebrechlichen selbst hiermit in aller Form aufgerufen haben zum Kampfe gegen die Versaubeutung der Krüppelseele, wie sie von solchen Literaten viel zu lange schon betrieben worden ist. Erst wenn wir in den Köpfen unserer Volksgenossen die Ansicht entfernt haben, daß der Gebrechliche ein minderwertiges Wesen sei, dürfte es nicht mehr vorkommen, daß man den Gebrechlichen nach einem viel strengeren und härteren Maßstabe mißt, als die Gesunden, nur dann brauchen die Gebrechlichen nicht mehr zu fürchten, daß man sie als eine Art Freiwild, als willkommenes Objekt sogenannter eugenischer Maßnahmen ansieht, denen man jetzt von der Pflicht der Sterilisierung und fast in demselben Atemzug – wie Mann es in geradezu brutaler Weise machte – auch von der Pflicht der Euthanasie, der Pflicht des Selbstmordes zu sprechen wagt.« Briefs hat damit eindeutig Stellung genommen, ist aber offensichtlich nicht auf die notwendige Resonanz gestoßen, wie das Verhalten von Mitarbeitern in den Heimen und Schulen für Körperbehinderte in der NS-Zeit zeigte.

#### 4.3 Die Kontroversen zwischen Briefs und Würtz

Briefs (1955, 135) wirft Würtz einerseits vor, dass dieser für eine »Asylierung« der Siechen »in Sonderheimen« plädiere und dass dessen sozial-biologische Theorie »mit dem Verzicht auf die Gruppe der schwergeschädigten Menschen« einen gefährlichen Weg gehe, der »geradlinig zur Forderung der Euthanasie für die Ge-



brechlichen führen« müsse. Im Übrigen sei die »Asylierung« nur eine »halbe Lösung«. Er geht noch weiter und meint: »Eine Theorie übrigens, die das Problem, das sie lösen will, so stark verengt, wie es die sozial-biologische Anschauung mit dem Gebrechlichenproblem tut, bedeutet keine wahre Auseinandersetzung mit dem Problem, sondern eine Flucht vor ihm. (...)« (Ebd., 135) Bekanntlich kam es dann zu der von Briefs befürchteten Verdrängung des Problems der Siechen, die als »bildungsunfähig« durch das Reichsschulpflichtgesetz von 1938 von der Schulpflicht »befreit« wurden (Wilken 1983, 221). Erst in den Siebzigerjahren wurde ihre Beschulung wieder aufgegriffen und als Förderung und Unterricht für »Schwerstbehinderte« durchgesetzt.

Briefs behauptete auch, Würtz habe die Untaten der NS-Herrschaft begünstigt. Im Einzelnen führt er aus: »Unterdessen hat die Menschheit es mit Schauern erleben müssen, daß der Nationalsozialismus jede Scheu vor dieser letzten Konsequenz ablegte und mit zynischer Brutalität sämtliche Folgerungen aus dem naturalistischen System zog. Eine erhebliche Anzahl unschuldig ermordeter Körperbehinderter war das Ergebnis. So ergibt sich das Paradoxon, daß eine aus dem Ursprünglich-Vitalen begründete, und angeblich nur den sozial-biologischen Gesetzmäßigkeiten folgende pädagogische Theorie schließlich, konsequent durchdacht, vor der Forderung der Vernichtung des Lebens steht. Damit dürfte dann freilich die Unhaltbarkeit der sozial-biologischen Körperbehindertenfürsorge erwiesen sein. Diese Auffassung des Problems hat den traurigen Ruhm, dem nationalsozialistischen Massenmord bezüglich der Körperbehinderten gründlich, wenn auch unbewußt vorgearbeitet zu haben.« (Briefs 1955, 135)

Der Vorwurf, Würtz habe durch sein Wirken dem nationalsozialistischen Massenmord vorgearbeitet und damit die Ausgrenzung und Tötung der »unheilbar Kranken« begünstigt, ist schwer auszuräumen. Auch Musenberg (2002, 306–307), der sich mit dem psychologischen und pädagogischen Konzept von Würtz beschäftigte, kann keine schlüssige Antwort geben. Er schließt sich der Einschätzung von Weiß (2000, 402) an, der zu folgender Wertung kommt: Die aus der sozialbiologischen Theorie resultierende Ausgrenzung des Personenkreises der Schwerstbehinderten sei zwar in Form einer Argumentations- und Legitimationshilfe für die menschenverachtende Selektions- und Tötungspraxis der Nazi-Diktatur missbrauchbar gewesen, und zwar ungeachtet dessen, ob davon Gebrauch gemacht wurde. Inwieweit aber Würtz, der selbst von den Nazis verfolgt wurde, dafür verantwortlich zu machen ist, muss offen bleiben, denn es gibt auch Äußerungen von Würtz, mit denen er sich explizit gegen Eugenik und Euthanasie sowie eine Ausgrenzung Schwerstbehinderter wendet (siehe Kap. V).

Im Konzept der »Krüppelsee«, wie es Würtz (1921) vertrat, sah Briefs den Geist des Materialismus, Naturalismus und Atheismus und in dessen »Krüppelpädagogik« ein Ausweichen gegenüber dem Problem der angemessenen schulischen und beruflichen Bildung der »Siechen«. Zu den Vorwürfen nimmt Würtz auf dem 19. Kongress der Deutschen Vereinigung zur Förderung der Körperbe-

hindertenfürsorge e.V. 1957 in Heidelberg schriftlich Stellung, da er aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen konnte. U.a. führt Würtz (1958, 157–158) aus: »Seit Jahren bin ich infolge altersbedingten Mangels an Konzentration und Fehlens jugendlicher Beschwingung von unserer Arena abgetreten. Die heftigen Angriffe gegen meinen verstorbenen Freund, den tiefreligiösen Tatphilosophen Willi *Schlüter*, der gegen den Materialismus jeglicher Art verbissen kämpfte und auch die Anwürfe gegen mich, zwingen mich jedoch zu einem offenen und freien Bekenntnis. (...)

Ich frage nun, gibt es auch keine Wechselwirkung zwischen dem kranken Körper und der Seele? Hand aufs Herz, mein lieber Prälat *Briefs*, haben Sie die glänzenden Erfolge auf dem Gebiete der Erziehung der Körperbehinderten durch Ihre wissenschaftlichen Abhandlungen oder durch Ihre inbrünstige Liebe zu den Stiefkindern der Natur erzielt? Ich jedenfalls bekenne freimütig, daß ich meinen Grundsatz »Der Wille siegt« zwangsläufig durch den Einfluß der Vertreter der *Caritas* und der *Inneren Mission* in meiner langjährigen Tätigkeit an den Körperbehinderten ergänzen mußte durch ein weiteres Leitwort: »Liebe ist Kraft!« Ich hoffe zuversichtlich, daß diese Synthese »Der Wille siegt« und »Liebe ist Kraft« auch in Zukunft Orthopäden, Seelsorger, Pädagogen, Psychologen, Fürsorger, kurzum alle Betreuer in der Körperbehindertenfürsorge beschwingen wird. (...)«

Die beiden Kontrahenten Briefs und Würtz haben in der »Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge« jahrzehntelang zusammengearbeitet, obwohl sie ihre divergierenden Auffassungen zu anthropologischen und pädagogischen Grundfragen kannten. Auch Briefs (1955, 123–124) hat Würtz wohl die persönliche Lauterkeit nicht abgesprochen, wenn er registriert, dass dieser seine Sichtweisen durchaus »abgemildert« habe.

## 5. Zur Beachtung und Bewertung in der Pädagogik der Behinderten

Die theologisch fundierte Heilpädagogik und ihre Vertreter wie Bopp fanden in der historischen Analyse durch Bleidick (1972, 35–38) angemessene Beachtung; er widmet Bopps »Theorie der Wertverwirklichung« eine eingehende Darstellung und kritische Würdigung (156–165), wobei er auch auf die »Heilerziehung aus dem Glauben« (Bopp 1958) eingeht. Bleidick erwähnt auch Reinartz (1967, 356), der postuliert hatte: »Bei einer christlichen Sonderpädagogik der Körperbehinderten kann es sich nur um eine aus dem Glauben stammende Ziellehre handeln«, um dann festzustellen, dass diese Aussage bereits wenige Jahre später nicht mehr zeitgemäß anmute. Sie entspreche der ersten Phase der Körperbehindertenpädagogik, die sich gemäß ihrer caritativen Herkunft aus der Krüppelfürsorge im Geiste christlicher Caritas konstituiert habe. Als Beleg führt Bleidick (1978, 408) dann Briefs (1955) an, auf den er aber sonst nicht weiter eingeht.

Jansen, Kunert und Sevenig (1983, 33) nehmen eingehender zu diesem Ansatz Stellung. Für sie bilden die theologische und anthropologische Sicht einer-

seits und die natur- und gesellschaftswissenschaftliche Sicht andererseits zwei Schwerpunkte in der Arbeit mit körperbehinderten Kindern, wie sie insbesondere durch Briefs für die »Caritas« und durch Würtz und Biesalski für eine »sozialbiologische Krüppelpädagogik« vertreten wurden. Bezüglich der theologischen Sicht einer Körperbehindertenfürsorge im Geiste der Caritas stellen sie fest: »Die Bemühungen der Caritas wurden insbesondere von Briefs (1955) formuliert und interpretiert. Er geht davon aus, daß der Behinderte eine unehrliche Einstellung zu seinem Körperschaden hat, daß er darüber hinaus negativen Umwelteinflüssen ausgesetzt ist, was letztlich zu einer Verneinung des Eigenwertes führt, die eine Isolierung und Verweigerung von Gemeinschaftsverpflichtungen nach sich zieht. Dieser verhängnisvollen Entwicklung muss nach Briefs eine ›Heilerziehung‹ entgegenwirken, in der eine Pädagogik der Ermutigung zusammen mit einer planmäßigen Umweltgestaltung dem Behinderten eine Lebenserfüllung im Beruf und in der Gemeinschaft entstehen lassen. Diese Lebenserfüllung kann nach Briefs durchaus auch darin liegen, den ›Leidensberuf‹ aufszunehmen, um damit in der Christus-Nachfolge eine Sinnerfüllung zu finden. (...) Inzwischen wird ein solcher Ansatz kaum noch ernsthaft vertreten, wenn auch nicht geleugnet werden kann, dass im individuellen Fall ein Behinderter durchaus in einer solchen Rolle den Sinn seines Lebens erkennen kann.«

Wilken (1983, 255) geht aber davon aus, dass das Anliegen einer christlichen Körperbehindertenpädagogik, wie sie von Briefs vertreten und über die Epoche des Nationalsozialismus hinaus tradiert wurde, auch nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmenden Einfluss auf die Körperbehindertenpädagogik hatte. So weist Schmeichel (1983, 13) noch auf das Konzept der Ganzheitlichkeit von Briefs (1960) hin. Während sich dann bei Leyendecker (1983, 102–103) und Stadler (1998, 38–39) wenigstens noch Erläuterungen zu einer christlichen Konzeption der Pädagogik Körperbehinderter finden, bleibt sie bei Bergeest (2000) unerwähnt.

## 6. Resümee

Die große Zeit der konfessionellen Fürsorge und der Heilpädagogik für Körperbehinderte scheint vorbei. Es stellt sich die Frage: Was bleibt und was hat Zukunft?

Die katholische »Caritas« ist parallel zur evangelischen »Diakonie« zu einem der bedeutendsten Träger von Einrichtungen der Rehabilitation Behinderter geworden. Die Josefs-Gesellschaft ist Mitglied des Deutschen Caritasverbandes und orientiert sich in ihrer praktischen Arbeit auch heute noch an den christlichen Motiven ihres Gründers und Pioniers der katholischen »Krüppelfürsorge« Heinrich Sommer.

Die Bedeutung von Peter Josef Briefs liegt vor allem in seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Sozialdarwinismus und Nationalsozialismus und in seinem Bestreben, die Abhängigkeit der Heilpädagogik von der Orthopädie zu überwinden. Heute ist die Heilpädagogik sicher nicht mehr »die Schleppenträgerin

der Orthopädie«, sondern auf dem Weg zu einer umfassenden Rehabilitationswissenschaft für Menschen mit Körperbehinderung.

Zweifel sind an der Aussage Briefs (1955, 128) angebracht, die Heilpädagogik sei »geschichtlich die Wissenschaft und Kunst, die sich zeitlich zuerst und mit großem Erfolge – zumal in der Zeit, wo sie stark religiös eingestellt war und mit den Kräften der Gnade und des Glaubens arbeitete – der Gebrechlichen annahm, als es noch keine Orthopädie« gab. Dem ist entgegenzuhalten, dass die christlichen Kirchen sich den »verkrüppelten« Kindern vor der Orthopädie nur als Teil ihrer »Liebestätigkeit« angenommen haben. Bis zum 19. Jh. kamen sie über Betreuung und Versorgung in Armenanstalten nicht hinaus. Erst durch die Initiativen katholischer Persönlichkeiten wie des Edlen von Kurz (Kap. II) und evangelischer Geistlicher wie Knudsen und Hoppe (Kap. III) erkannte man die Not der »Krüppel-Kinder«. Die Konkurrenz zwischen den christlichen Konfessionen einerseits und die Herausforderung durch die überkonfessionelle und schließlich staatliche Krüppelfürsorge andererseits haben dann zu den zahlreichen Einrichtungen der konfessionellen Krüppelfürsorge geführt. Entscheidend für soziale und pädagogische Maßnahmen waren aber die Gedanken der Aufklärung, dem menschlichen Leiden durch gesellschaftliche Anstrengungen zu begegnen, und die Fortschritte der Medizin, die in Gestalt der Orthopädie körperliche Gebrechen bessern und teilweise auch heilen konnte. Sie verhalfen den Konzepten der medizinischen, schulischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation zum Durchbruch.

Die Pioniertat des Heinrich Sommer zur Gründung schul- und berufspädagogischer Einrichtungen sowie die praktische und theoretische Arbeit des Peter Josef Briefs werden durch diese Feststellung nicht geschmälert und haben mehr als nur historische Bedeutung. Sicher ist die starke Bindung an religiöse Vorstellungen, die bei Briefs in seinem Konzept eines »Leidensberufs« gipfeln, aus heutiger Sicht kritisch zu sehen. Auf der Grundlage des katholischen Glaubens wird damit aber ein »Menschenbild für die Heilpädagogik« (Haeberlin 1985) angeboten, mit dem eine Beschäftigung lohnt. Die damit intendierte, dezidiert religiöse Position wird heute nur noch bedingt aufgenommen werden. Sie kann aber in einer pluralistischen Gesellschaft Orientierungshilfe bieten, Anstöße für eine »Praktische Ethik in der Heilpädagogik« (Gröschke 1993) liefern und Antworten auf individual- und sozialetische Grundfragen der Behindertenhilfe ermöglichen.

## Literaturverzeichnis

- Bergeest, H.: Körperbehindertenpädagogik. Bad Heilbrunn 2000.  
 Biesalski, K.: Leitfaden der Krüppelfürsorge. Leipzig 1911.  
 Biesalski, K.: Der sozialbiologische Einheitsgedanke in der Orthopädie. Zeitschrift für Krüppelfürsorge 17 (1924), 145–152.

- Biesalski, K.: Grundriß der Krüppelfürsorge. Leipzig 1926.
- Bleidick, U.: Pädagogik der Behinderten. Grundzüge einer Theorie der Erziehung behinderter Kinder und Jugendlicher. Berlin 1972 (3. Aufl. 1978).
- Bopp, L.: Allgemeine Heilpädagogik in systematischer Grundlegung der Jugendfürsorge und mit erziehungspraktischer Einstellung. Freiburg i. Br. 1930.
- Bopp, L.: Heilerziehung aus dem Glauben. Zugleich eine theologische Einführung in die Pädagogik überhaupt. Freiburg i. Br. 1958.
- Briefs, P.J.: Aussprache zu Hans Harmsen: Die eugenische Forderung des Preußischen Staatsrats in ihrer Bedeutung für die Krüppelfürsorge. Zeitschrift für Krüppelfürsorge 25 (1932), 241–242.
- Briefs, P.J.: Körperbehindertenfürsorge im Geiste der Caritas. Bigge 1955.
- Briefs, P.J.: Körperbehindertenfürsorge im Geiste des Ganzen. In: Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte 1956, 205–206. Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung zur Förderung der Körperbehindertenfürsorge e.V. Heidelberg (Selbstverlag).
- Briefs, P.J.: Die Entwicklung des Gedankens der Ganzheit in der Körperbehindertenfürsorge. In: Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte 1960, 19–30. Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung zur Förderung der Körperbehindertenfürsorge e.V. Heidelberg (Selbstverlag).
- Brill, W.: Pädagogik im Spannungsfeld von Eugenik und Euthanasie. Die »Euthanasie«-Diskussion in der Weimarer Republik und zu Beginn der neunziger Jahre. Ein Beitrag zur Faschismusforschung und zur Historiographie der Behindertenpädagogik. St. Ingbert 1994.
- Buß, F.J. Ritter von: System der gesamten Armenpflege nach den Werken des R. von Gerando und nach eigenen Ansichten. Bd. 1–3, 1843–46, ohne Verlagsort, Bd. 3, 1846.
- Fuchs, P.: »Körperbehinderte« zwischen Selbstaufgabe und Emanzipation. Selbsthilfe – Integration – Aussonderung. Neuwied 2001.
- Giet, J./Kochs/Seiffert/Suren, W./Tönne, F./Wand/Zilleken, W.: Festschrift 50 Jahre Josefs-Gesellschaft für Krüppelfürsorge 1904 – 15. August 1954. Bigge/Ruhr.
- Gröschke, D.: Praktische Ethik in der Heilpädagogik. Individual- und sozialetische Reflexionen zu Grundfragen der Behindertenhilfe. Bad Heilbrunn 1993.
- Haeberlin, U.: Das Menschenbild für die Heilpädagogik. Bern 1985.
- Jansen, G./Kunert, S./Sevenig, H.: Aspekte der Persönlichkeitserziehung bei körperbehinderten Kindern. In: Haupt, U./Jansen, G.W. (Hrsg.): Pädagogik der Körperbehinderten. Berlin 1983, 27–51.
- Josefs-Gesellschaft e.V. – Ihre Tätigkeit und ihre Anstalten für Krüppelfürsorge in Bigge, Aachen, Hochheim und Cöln 1904–1917. Bigge/Ruhr 1917.
- Josefs-Gesellschaft e.V. – Katholischer Träger von Einrichtungen zur Rehabilitation Körperbehinderter: Unsere Grundlagen und Ziele. Köln 1994.
- Leyendecker, C.: Erfahrung und Theorie in der Sonderpädagogik Körperbehinderter – ein Diskurs zum Theorie-Praxis-Bezug. In: Die Rehabilitation 22 (1983), 100–109.
- Liese, W.: Der Krüppelvater Heinrich Sommer. Caritas 32 (1927), 198–206, 234–241.
- Luig, Direktor, Köln-Deutz: Monsignore Dr. theol. Peter Josef Briefs. In: Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte 1961. Herausgg. Von der Deutschen Vereinigung zur Förderung der Körperbehindertenfürsorge e.V. Heidelberg (Selbstverlag).
- Mann, E.: Die Erlösung der Menschheit vom Elend. Weimar 1922.

- Merkens, L.: Fürsorge und Erziehung bei Körperbehinderten. Eine historische Grundlegung zur Körperbehindertenpädagogik bis 1920. Berlin 1981.
- Musenberger, O.: Der Körperbehindertenpädagoge Hans Würtz (1875–1958). Hamburg 2002.
- Perl, O.: Krüppeltum und Gesellschaft im Wandel der Zeit. Gotha 1926.
- Polze, S.: Das Leben und Wirken des Pfarrers Peter Josef Briefs in der »Krüppelfürsorge« – Recherchen zu einer Namensgebung einer Schule für Körperbehinderte. Wiss. Hausarbeit zur 1. Staatsprüfung für Sonderschulen. Humboldt-Universität zu Berlin, Abteilung Körperbehindertenpädagogik 2001 (unveröffentlicht).
- Reinartz, A.: Körperbehindertenpädagogik. In: Jussen, H. (Hrsg.): Handbuch der Heilpädagogik in Schule und Jugendhilfe. München 1967, 347–369.
- Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie. (Katalog zur Ausstellung im Deutschen Historischen Museum in Berlin) Berlin 1998.
- Schmeichel, M.: Geschichtliche Determinanten für heutige Ansätze. In: Haupt, U./Jansen G.W. (Hrsg.): Pädagogik der Körperbehinderten. Handbuch der Sonderpädagogik Bd. 8, Berlin 1983, 3–14.
- Schröder, M.S.: Linus Bopp (1887–1971). In: Buchka, M./Grimm, R./Klein, F. (Hrsg.): Lebensbilder bedeutender Heilpädagoginnen und Heilpädagogen des 20. Jahrhunderts. München 2000, 47–58.
- Sommer, H.: Katholische Krüppelanstalten. Caritas 15 (1909), 221–225.
- Stadler, H.: Rehabilitation bei Körperbehinderung. Eine Einführung in schul-, berufs- und sozialpädagogische Aufgaben. Stuttgart 1998.
- Stegmann, F. J./Langhorst, P.: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus. In: Grebing, H. (Hrsg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus-Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Essen 2000, 599–862.
- Weiß, H.: Konstitutionsprozesse der Körperbehindertenpädagogik und ihre Bedeutung für heutige Diskussionsthemen des Faches. In: Bergeest, H./Hansen, G. (Hrsg.): Theorien der Körperbehindertenpädagogik. Bad Heilbrunn 1999, 75–99.
- Weiß, H.: Hans Würtz (1875–1958). In: Buchka, M./Grimm, R./Klein, F. (Hrsg.): Lebensbilder bedeutender Heilpädagoginnen und Heilpädagogen des 20. Jahrhunderts. München 2000, 385–409.
- Wilken, U.: Körperbehindertenpädagogik. In: Solarová, S. (Hrsg.): Geschichte der Sonderpädagogik. Stuttgart 1983, 212–259.
- Würtz, H. unter Mitwirkung von W. Schlüter: Uwes Sendung, ein deutsches Erziehungsbuch mit besonderer Berücksichtigung der Krüppel. Leipzig 1914.
- Würtz, H.: Das Seelenleben des Krüppels. Krüppelseelenkundliche Erziehung und das Gesetz betr. öffentliche Krüppelfürsorge. Leipzig 1921.
- Würtz, H.: Zerbrecht die Krücken. Krüppel-Probleme der Menschheit. Schicksalsstiefkinder aller Zeiten und Völker in Wort und Bild. Leipzig 1932.
- Würtz, H.: Stellungnahme bei der Diskussion der Themengruppe V. Kongressbericht in: Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte 1958. Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung zur Förderung der Körperbehindertenfürsorge e.V. Heidelberg (Selbstverlag), 157–158.

## Übungsaufgaben

1. **In seinem Aufruf an Ostern 1904 zur Gründung der Josefs-Gesellschaft (Quelle 1) nennt Sommer Gründe für sein Vorhaben.**
  - Warum will er eine orthopädische Klinik gründen?
  - Wie begründet er die Notwendigkeit der Erziehung und Ausbildung verkrüppelter Personen?
  - Warum will er besonders den armen Krüppeln helfen?
  - Wie nutzt er die Erfolge der »protestantischen Caritas« für sein Vorhaben?
2. **Der Hauptzweck des 1904 gegründeten »charitativen Vereins für Heilung, Pflege und gewerbliche Ausbildung verkrüppelter Personen« wird in der Satzung (Quelle 2) bestimmt. Die Aufnahme-Bedingungen der ersten Gründung in Bigge sind ebenfalls bekannt (siehe Auszüge in 3.1 im Text).**
  - Welche Zwecke werden im Einzelnen benannt?
  - Welche Einschränkungen ergeben sich durch die Aufnahmebedingungen?
  - Wie beurteilen Sie die Beschränkung auf »ausbildungsfähige verkrüppelte Knaben« und den Ausschluss von »Idioten und sittlich verdorbenen« sowie »an Krämpfen, ekelerregenden oder ansteckenden Krankheiten« leidenden Personen?
  - In welchen Berufen wurde ausgebildet und wer trug die Kosten?
3. **Peter Josef Briefs konzipierte eine »Körperbehindertenfürsorge im Geiste der Caritas« (Quelle 3).**
  - Worin sieht er das Wesen der Schädigung bei seelisch abnormen Körperbehinderten?
  - Wie beurteilt er die Gefahren für eine »abnorme seelische Reaktion« und für das Entstehen eines »Minderwertigkeitsgefühls«?
  - Welche Gefahren beschreibt er in Bezug auf das Erziehungsverhalten von Mutter und Vater gegenüber einem körperbehinderten Kind?
  - Welche Grundforderungen erhebt er zu einer speziellen pädagogischen Führung Gebrechlicher?
  - Was fordert er von der Familie bei der Erziehung »Organgeschädigter«?
  - Inwiefern sieht er im Leistungsgedanken die »beste Stütze für ein gesundes Wertgefühl«?
  - Beschreiben Sie Briefs Auffassung von Berufung, Beruf und Erwerb!
  - Wie bewerten Sie sein Konzept eines »Leidensberufs« für Schwerstbehinderte?

## Quellentexte

### **Quelle 1: Die Gründung der Josefs-Gesellschaft. Aufruf von Rektor Sommer an Ostern 1904.**

Entnommen aus: Josefs-Gesellschaft e.V. – Ihre Tätigkeit und ihre Anstalten für Krüppelfürsorge in Bigge, Aachen, Hochheim und Cöln 1904–1917. Bigge/Ruhr (Eigenverlag Josefs-Druckerei), 5–6.

Am Osterfeste 1904 ging von Rektor Sommer in Olsberg i. Westf. ein Aufruf aus, der Folgendes besagte: »In der letzten General-Versammlung der Katholiken zu Cöln wurde darauf aufmerksam gemacht, daß für verkrüppelte Personen, die in der Heimat keine hinreichende Erziehung bekommen könnten, Erziehungsanstalten errichtet werden möchten. Wie sehr diese Aufforderung berechtigt war, dafür sprechen folgende Punkte:

1. Die große Zahl der Krüppel.

Die Rheinprovinz allein hat nach einer Statistik vom Jahre 1902 49.508 verkrüppelte Personen, von denen 37.251 katholisch sind. – In ganz Preußen schätzt man ihre Zahl auf über 300.000. Es wird einem fast schwindelig, wenn man an das namenlose Elend denkt, welches diese Zahlen in sich bergen.

2. Die großen Erfolge der Medizin auf dem Gebiete der Krüppelheilung.

Unsere moderne Orthopädie hat es weit gebracht. Ein großer Prozentsatz der armen Krüppel könnte dauernd geheilt werden, wenn nur endlich einmal unsere Caritas orthopädische Kliniken ins Leben rief. Ohne Caritas ist hier wenig zu hoffen; denn die Privatanstalten unserer Orthopäden fordern unerschwinglich hohe Summen für Pension und Behandlung.

3. Die überraschenden Resultate auf dem Gebiete der Krüppelfürsorge.

In den Anstalten, welche die Erziehung und Ausbildung verkrüppelter Personen auf industriellem Gebiete pflegen, hat man die Erfahrung gemacht, daß die Krüppel sehr dankbar sind, wenn man ihnen Fähigkeiten beibringt, welche es ihnen ermöglichen, ihr Brot selbst zu verdienen. Man hat ferner gefunden, daß die Resultate der Krüppel-Ausbildung außerordentlich günstig sind. Viele Krüppel, welche man als nutzlose, überflüssige Geschöpfe betrachtet hat, haben sich zu wahren Fachmännern herangebildet und ihre gesunden Kollegen an Tüchtigkeit und Lohn übertroffen.

4. Die geringe Zahl an Krüppelheimen,

in denen diesen Aermsten der Armen die Möglichkeit einer gründlichen Ausbildung geboten ist. – Ganz Preußen mit ca. 325.000 Krüppeln hat nur 13 Krüppelheime – und diese sind alle ohne Ausnahme protestantisch!

Ich schäme mich fast, diese letzten Zeilen niederzuschreiben; denn es ist doch gar zu traurig, daß wir Katholiken unsere armen verkrüppelten Glaubensbrüder bisher auf der Straße liegen ließen, damit die protestantische Caritas sich ihrer erbarme.

Haben denn die Katholiken kein Herz für ihre armen Krüppel? Hoffentlich bedarf es nur eines Anstoßes, um die nötigen Mittel zur Gründung des ersten katholischen Krüppelheimes im Königreich Preußen zusammen zu bringen. Dieser Anstoß sei hiermit gegeben. Nachdem der hochwürdigste Herr Bischof von Paderborn mir die Erlaubnis zur Gründung eines Krüppelheims in seiner Diözese gegeben hat, bitte ich Ew. Hochwohlgeboren dringend, mir behilflich zu sein bei



der Gründung dieses Instituts, mit welchem eine Industrieschule und später eine orthopädische Klinik verbunden werden soll.

Um vielen Personen die Möglichkeit zu bieten, sich an der Erziehung und Ausbildung der armen Krüppel zu beteiligen, wird in den nächsten Tagen ein Verein ins Leben gerufen, der es sich zur Aufgabe macht, die Mittel zur Gründung und Unterhaltung von Krüppelheimen zu beschaffen.

Dieser Verein wird *Josefs-Gesellschaft* genannt werden.«

**Quelle 2: Satzung der Josefs-Gesellschaft – charitativer Verein für Heilung, Pflege und gewerbliche Ausbildung verkrüppelter Personen.**

Entnommen aus: Josefs-Gesellschaft e.V. Bericht über die Gründung und zwölf-einhalbjährige Tätigkeit der Gesellschaft und ihrer Anstalten – August 1904–März 1917, 84–87.

Hinweis: Verfahrenshinweise in der Satzung wurden weggelassen. Die aufgeführten Vorstandsmitglieder sind die 1917 im Amt befindlichen; Pastor Sommer, der bereits 1912 ausschied, fehlt.

§ 1. Am 15. August 1904 hat sich in Bigge in Westfalen unter dem Namen: »Josefs-Gesellschaft, charitativer Verein für Heilung, Pflege und gewerbliche Ausbildung verkrüppelter Personen« ein Verein gebildet.

Der Hauptzweck dieses Vereins ist es, unbemittelten verkrüppelten Personen beiderlei Geschlechtes entweder: 1. die Möglichkeit einer gänzlichen oder teilweisen Heilung oder 2. eine dauernde Pflege oder 3. eine gewerbliche Ausbildung zu bieten, welche diese Armen befähigt, ihr Brot selbständig zu verdienen.

Etwaige Ueberschüsse des Vereins dürfen bis zu einem Drittel zu anderweitigen charitativen Zwecken zugunsten hilfsbedürftiger Deutscher nach Beschluß des Vorstandes verwendet werden.

§ 2. Der Verein hat seinen Sitz in Bigge, Kreis Brilon in Westfalen und ist in das Vereinsregister des Königl. Amtsgerichts Bigge eingetragen worden.

§ 3. Der Verein nimmt in seine Heilanstalten Krüppel aller Konfessionen auf. In den Erziehungsanstalten der Josefs-Gesellschaft sollen Nichtkatholiken erst Aufnahme finden, wenn sie in Anstalten ihrer Konfession nicht aufgenommen werden. \*) Die Josefs-Gesellschaft wurde durch ministeriellen Erlaß vom 3. Dezember 1906 als milde Stiftung anerkannt.

\*) Grundsätzlich nimmt sich die Josefs-Gesellschaft verkrüppelter Personen aller Konfessionen an. In ihren Heilanstalten werden deshalb keinerlei Unterschiede gemacht. Wenn es sich aber um die Erziehung von Krüppeln anderer Konfessionen handelt, so werden die Patienten zunächst auf die zahlreichen Anstalten ihrer Konfessionen aufmerksam gemacht und zwar aus einem doppelten Grunde, zunächst, weil wir diesen Anstalten das Dasein nicht erschweren wollen, dann aber auch, weil wir den andersgläubigen Krüppeln nicht die Erziehung und den Gottesdienst besorgen können, den sie in Anstalten ihrer Konfessionen so leicht haben können. Es ist also keine Zurücksetzung sondern einzig Rücksichtnahme, wenn wir so handeln.

§ 4. Die Mittel, welche dem Verein zur Erreichung seiner Ziele zur Verfügung stehen, sind: 1. Beiträge seiner Mitglieder, 2. Geschenke und Vermächtnisse, 3. die Pflegegelder der zu pflegenden Krüppel, 4. die Erträgnisse der Arbeitsstätten, in denen die verkrüppelten Personen eine gewerbliche Ausbildung erhalten.

§ 5. Die Mitgliedschaft des Vereins wird erworben durch Beitritts-Erklärung und Eintragung in die Liste des Vereins. (...)

Der Mitgliedsbeitrag ist festgesetzt auf mindestens jährlich eine Mark oder einmalige Zahlung von 25 Mark.

§ 6. Stimmberechtigt für die Generalversammlung sind nur diejenigen großjährigen Mitglieder, welche wenigstens 25 Mark eingezahlt haben oder welche wenigstens 3 Jahre lang dem Verein mit einem jährlichen Mitgliedsbeitrag von mindestens 1 Mark angehört haben.

§ 7. Kein Mitglied ist berechtigt, Teilung des Vereinsvermögens oder Auszahlung seines Anteiles zu fordern.

§ 8. Die Organe des Vereins sind: a) der Vorstand, b) die General-Versammlung.

§ 9. Der Verein wird geleitet und in allen seinen Angelegenheiten (...) vertreten durch einen Vorstand von 8 Personen, welche aus der Zahl der stimmberechtigten Mitglieder gewählt werden. (...) Die Vorstandsmitglieder müssen katholischer Konfession sein. (...)

§ 10. Der Vorstand wählt alle 2 Jahre aus seiner Mitte: 1. einen Vorsitzenden, 2. einen Schriftführer, 3. einen Schatzmeister und deren Stellvertreter. (...)

§ 11. Der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter leitet die Verhandlungen des Vorstandes und der General-Versammlung. (...)

§ 12. Der Vorstand faßt seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende. (...)

§ 13. Die Verwaltung der Vereinskasse erfolgt nach der vom Vorstand zu gebenden Anweisung. Es ist jährlich einmal und zwar in der ordentlichen Generalversammlung im Juni (§ 15) Abrechnung zu legen und Entlastung zu beantragen.

§ 14. Zum ausschließlichen Geschäftskreis der Generalversammlung, in welcher jedes persönlich erschienene stimmberechtigte Mitglied (§ 6) eine Stimme hat, gehört: 1. die Wahl der Vorstandsmitglieder, 2. die Entlastung der Jahresrechnung, 3. die Entgegennahme des vom Vorstande alljährlich zu erstattenden und der nächsten staatlichen Aufsichtsbehörde in zwei Exemplaren einzureichenden Geschäftsberichtes, 3. jede Aenderung der Statuten, 4. die etwaige Auflösung des Vereins und Beschlussfassung über die Verwendung des Vereinsvermögens im Falle der Auflösung, wie auch im Falle der Entziehung der Rechtsfähigkeit, jedoch mit der Bestimmung, daß in jedem Falle das Vermögen zugunsten von armen Krüppeln zu verwenden ist.

(Die weiteren Paragraphen 15 bis 18 befassen sich mit Fragen der Tagesordnung und Einberufung der Generalversammlung, der Beschlussfähigkeit, der Wahl der Vorstands-Mitglieder in einem jeweils besonderen Wahlgang und mit dem Verfahren beim Ausscheiden von Vorstandsmitgliedern während der Amtstätigkeit.)

Die gegenwärtigen Vorstandsmitglieder der Josefs-Gesellschaft sind: Rittergutsbesitzer Konrad Frhr. von Wendt, Gevelinghausen, Vorsitzender; Landesrat Dr. H. Horion, Düsseldorf; stellv. Vorsitzender; Geheimer Kommerzienrat Jos. Kremer, Dortmund; Geheimer Justizrat R. Schlüter, Paderborn; Stadtrat W. Menghius, Aachen; Amtsgerichtsrat H. Lucas, Bigge; Pfarrer J. Köper, Bigge; Schatzmeister und stellv. Schriftführer Landesrat M. Kraß, Münster; Geheimer Medizinalrat Prof. Dr. Tillmann, Köln; Landrat H. Jansen, Brilon; Dompropst Prälat Dr. Woker, Paderborn; Dechant Dörner, Aachen; Domkapitular und Generalvikar Dr. Höhler, Limburg a.d. Lahn; Präses K. Schlüter, Bigge, Schriftführer und stellv. Schatzmeister.

**Quelle 3: Briefs, Peter Josef: Körperbehindertenfürsorge im Geiste der Caritas. Bigge, 1955, Auszüge 38–45, 70–73, 126–130.**

*4. Das Wesen der Schädigung bei seelisch abnormen Körperbehinderten.*

Wichtiger als die Herausstellung der typischen Verhaltensweisen von Körperbehinderten ihrem Defekt und dessen sozialen Wirkungen gegenüber ist die Erkenntnis der Qualität des seelischen Erlebens, das entsteht, wenn bei einem Menschen infolge seiner unehrlichen Einstellung zu seinem Leibesschaden und zu dessen sozialen Wirkungen eine abnorme seelische Reaktion eingetreten ist.

Es wurde festgestellt, daß nicht der Defekt als solcher die bewirkende Ursache einer abnormen seelischen Reaktion beim Körperbehinderten ist. Er ist nur Anlaß. Eigentliche Ursache ist die wirklichkeitsfremde oder wirklichkeitsflüchtige, innere unehrliche Einstellung des Gebrechlichen zu seinem Defekt und zu dessen sozialen Wirkungen.

Pathologische Depressionen werden nach allen Erfahrungen durch das Krüppeltum allein nicht verursacht. Wohl dürfte feststehen, daß der Organgeschädigte infolge seines Körperschadens und dessen Wirkungen auf die Umwelt ein eigenartiges Seelenleben hat. Aber dieses bleibt in den meisten Fällen im Rahmen des normalen seelischen Geschehens. Natürlich gibt es auch unter den Körperbehinderten eine gewisse Anzahl echter Psychopathen. Ihr Anteil ist jedoch nicht größer als bei den gleichaltrigen Normalen. In der ersten deutschen Zählung der Körperbehinderten, die durch Prof. Biesalski und Ministerialdirektor Dietrich 1906 durchgeführt wurde, errechnete Biesalski einen Anteil von 15% angeblich echter Psychopathen. Dieser Prozentsatz ist zu hoch gegriffen. Bei dieser ersten Zählung wurde notgedrungen eine Anzahl nichtsachverständiger Zähler eingesetzt. Bezüglich der Diagnose und Aetiologie der einzelnen Gebrechensfälle wurde dabei etwas summarisch verfahren. So wurden Organgeschädigte, die ihr Leben in Klinik und Zimmer verbringen mußten, und darum eine gewisse Vorstellungsarmut zeigten, zu den Psychopathen gezählt. Dasselbe widerfuhr vielen Spastikern, wie es ja überhaupt das Mißgeschick der an spastischer Lähmung leidenden Gebrechlichen war, daß sie jahrzehntelang auch von den Ärzten als geistig beschränkt angesehen wurden, während sie größtenteils geistig normal sind.

Man kann freilich nicht leugnen, daß die Körperbehinderten sich seelisch in einer ausgesprochenen Gefahr befinden. Diese Gefahr erwächst einerseits aus der eigenen unehrlichen Einstellung zur körperlichen Mißbildung oder Hemmung und anderseits – und das ist in den meisten Fällen abnormer seelischer Reaktion der Fall – ist sie Wirkung des Milieus, in dem der Körperbehinderte lebt. Infolge dieser Einwirkung verfallen die meisten Gebrechlichen zeitweise dem Minderwertigkeitsgefühl, viele von ihnen in der einfachen Form der inneren Trauer und des Bedauerns über die Tatsache ihres Gebrechens und über dessen Wirkung auf die Umwelt, manche andere aber in der komplizierten Form, daß sie sich gegen das Urteil der Umwelt auflehnen oder vor diesem Urteil zu fliehen versuchen oder schließlich der Selbsttäuschung über ihren Defekt und über das Urteil der Umwelt verfallen.

Die Lage der Körperbehinderten läßt sich danach auf die folgende Formel bringen: Physiologisch ergeben sich infolge des Körperschadens keinerlei anormale Verhältnisse. Dasselbe gilt von der psychologischen Reaktion. Bezgl. der psychischen Rückwirkung ist zu sagen, daß sich primäre seelische Komplexe, d.h. solche, die unmittelbar durch den Körperschaden entstehen, nur äußerst selten finden, daß aber sekundäre seelische Komplexe, d.h. solche, die durch das Verhalten der Umwelt entstehen, verhältnismäßig oft bei Körperbehinderten festzustellen sind. In die Sprache des gläubigen Menschen übersetzt hat das die Bedeutung, daß die Gebrechlichen sich im allgemeinen leicht und rasch mit dem Schicksal abfinden, das ihnen der Herrgott auferlegt hat, daß sie aber im Gegensatz dazu schwer tragen an dem Lose, das ihnen von den Mitmenschen bereitet wird.

Es besteht also kein kausaler Zusammenhang zwischen der Mißbildung oder Hemmung des Körpers und der Entstehung einer abnormen seelischen Reaktion oder gar einer charakterlichen Minderwertigkeit. Wenn auch tatsächlich alle Körperbehinderten sich in der Gefahr einer ungünstigen seelischen Entwicklung befinden, so gibt es doch keine Berechtigung für die Auffassung, als trete die drohende Schädigung der seelischen Entwicklung zwangsläufig infolge der körperlichen Mißbildung oder der Bewegungshemmung ein. Es besteht immer die Möglichkeit, daß der Gebrechliche zu einer ehrlichen, sachgemäßen Einstellung sowohl seiner körperlichen Mißbildung und Hemmung gegenüber wie auch dem Milieu und dessen Urteil gegenüber kommt, so daß seelische Schäden entweder von vornherein zu vermeiden sind oder aber, wenn sie bereits eingetreten sind, sich beheben lassen. Diese Möglichkeit ist nicht nur dann gegeben, wenn es sich um naive Menschen handelt, welche die Minderung ihres Wertes und ihrer Leistungsfähigkeit noch nicht erfaßt oder in ihrer vollen Tragweite erkannt haben, sie ist auch da, wenn der Körperbehinderte weltanschaulich gegen negative seelische Einflüsse gefeit ist, wenn er eine solide Rangordnung der Werte besitzt, in der die körperlichen Werte richtig eingeordnet sind und unter den vielen höheren seelischen und geistigen Werten rangieren.

Die früher weit verbreitete vulgäre Psychologie, die Krüppeltum und geistig-seelische Erkrankung und charakterliche Minderwertigkeit gleichsetzte, ist damit unhaltbar geworden. Diese Auffassung, die noch aus dem heidnischen Altertum stammt, war bedauerlicherweise auch in weite christliche Kreise eingedrungen und hat auch dort vielfach zu einer falschen Einstellung zum gebrechlichen Mitmenschen geführt und ihm oft schweres Unrecht zugefügt. Die bezeichnenden Schlagworte dieser Auffassung, wie das falsch zitierte Wort des Dichters Juvenal »Mens sana in corpore sano« ist dafür ein klassisches Beispiel. Es wurde dabei aus dem Wunschsatz des Dichters »Ut sit mens sana in corpore sano« (Übersetzung des Verf.: »Ein gesunder Geist möge in einem gesunden Körper wohnen.«) einfach eine apodiktische Behauptung gemacht, wonach der Körperbehinderte ohne weiteres auch seelisch und geistig abnorm sein sollte. Diese Auffassung, die eigentlich die antike heidnische an Gefährlichkeit noch übertrifft, erlebte im Nationalsozialismus eine Renaissance mit sehr üblen Folgen. Auch das altrömische Sprichwort »Cavete signatos« (Übersetzung des Verf.: »Hütet Euch vor den Gezeichneten!«) ist hier zu nennen. Es ist auch heute noch nicht ganz überwunden.

Die Frage nach dem Wesen der seelischen Schädigung beim Körperbehinderten wurde schon früher gestellt und auch wissenschaftlich zu beantworten versucht. Der erste Wunsch kam von der Soziologie her. Sein Hauptvertreter war Pragmatist Wilhelm Schlüter<sup>33</sup>, der langjährige Amanuensis des ersten deutschen Pragmatisten, des Soziologen Ferdinand Tönnies.<sup>34</sup> Schlüter sah das Hauptproblem des körperbehinderten Menschen in der Erschwerung oder Unmöglichkeit seiner Eingliederung in die Gemeinschaft der andern, der sogenannten Normalen. Er sah also den Gebrechlichen im Konflikt mit der Gemeinschaft der andern. Als Ursache dieses Konfliktes erkannte er das Gebrechen als solches, nicht etwa die unzutreffende, unehrliche Einstellung des Körperbehinderten zu seinem Defekt. Die Hemmung der körperlichen Bewegung ist daher für Schlüter der Angelpunkt des Problems. Vorausgesetzt ist bei dieser Auffassung die starke Determination des Menschen zur Gemeinschaft, die man fast als ein Verfallensein an den Gemeinschaftstrieb bezeichnen muß. Die Hemmung der körperlichen Bewegung führe zu einer Schädigung des sozialen »Wesenswillens«, d.h. der Gemeinschaftswilligkeit des Menschen. Der soziale Wesenswille, das Kernstück der Soziologie von F. Tönnies, erleide durch die leibliche Bewegungshemmung eine schwere Schädigung in allen seinen Formen, nämlich in dem Gefallen, der Gewohnheit und dem Gewissen, das für F. Tönnies eine Art des Gedächtnisses darstellt. Hinsichtlich des Gefallens behauptet Schlüter, daß der körperbehinderte Mensch kein Gefallen an sich selbst haben und das Gefallen seiner Mitmenschen nicht

33 Vergl. H. Würtz /W. Schlüter: »Uwes Sendung«, Leipzig 1912.

34 R. Schmidt: »Die Philosophie der Gegenwart in Selbstdarstellungen«, II. und IV. Band. Leipzig, 1924, 226.

gewinnen könne. Daraus erwachse notwendig eine »Verkrüppelung seiner Gesinnung«. Bezüglich der Gewohnheit meint Schlüter, daß der Gebrechliche infolge seiner Bewegungshemmung Sondergewohnheiten ausbilde, welche seine Gewöhnung an die Mitmenschen und noch mehr die Gewöhnung der Mitmenschen an ihn unmöglich machten. So entstehe durch jede Bewegungshemmung notwendig eine Isolierung des Körperbehinderten von der Gemeinschaft. Den schwersten Schaden erleide nach Schlüter durch die Bewegungshemmung die höchste Form des sozialen Wesenswillens, nämlich das Gewissen. Die Sondererlebnisse des Körpergeschädigten infolge seiner Bewegungshemmung verdüsterten sein Gemüt, er werde verbittert, hinterhältig, ein Mensch ohne Gemüt, mit falschem Urteil behaftet, argwöhnisch und mißtrauisch, der die Gemeinschaft einfach ablehne. Er werde egozentrisch, übertrieben ich-bezogen, Autist, gemeinschaftsscheu und schließlich gemeinschaftsfeindlich und gemeinschaftskrank, kurz, der ausgesprochene »Soziopath«.

Diese negative Bewertung des Körperbehinderten gestaltete sich noch schlimmer durch den Geist der Zeit. Es war die Zeit des unbedingten Fortschrittsglaubens. Als einziges Mittel des Fortschrittes galt dieser Zeit die Arbeit im Sinne der wirtschaftlichen Leistung. Karl Marx hatte diese vergötzt und zum Höchstwert erklärt. Gemeinschaft im Sinne von Schlüter und seiner Zeit war vornehmlich oder ausschließlich Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft. In ihr waren nur Glieder berechtigt, die eine wirtschaftliche Leistung vollbringen und so dem Fortschritt dienen konnten. Hier versagte der Körperbehinderte wieder. Die Folge war eine noch vertiefte Isolierung von der Gemeinschaft. Der Gebrechliche müsse dadurch erneut und in verstärktem Maße zum »Soziopathen« werden.

Noch dunkler gestaltete sich dieses Bild vom seelischen Zustand des Gebrechlichen durch die Psychologie der Zeit. Es war die Psychologie ohne Psyche. Die Erscheinungen des seelischen Lebens waren nach dieser Auffassung nur Funktionen des Hirns oder der Nerven. Psychologie war nur ein Teil der Physiologie. Zu einer oberflächlichen Erklärung der seelischen Erscheinungen reichte damals der psychophysische Parallelismus oder die mechanistische Assoziations-Psychologie aus. Diese führte zur Annahme einer zwangsläufig eintretenden seelischen Entartung und charakterlichen Minderwertigkeit bei jedem Körperbehinderten. Die Hemmung oder Aufhebung der körperlichen Bewegung hatte nach dieser Meinung die Aufhebung der geistigen Bewegung zur notwendigen Folge.

So entstand jene aus der Soziologie, dem materialistischen Pragmatismus und der mechanistischen Assoziations-Psychologie hervorgegangene Körperbehinderten-Psychologie, deren Hauptpunkte sich kurz so formulieren lassen:

1. Die seelische Abweichung sei mit der körperlichen Hemmung zwangsläufig gegeben. Jeder Gebrechliche sei notwendig seelisch anormal mit üblen Sondergewohnheiten und mit der Unfähigkeit behaftet, sich in die Gemeinschaft einzugliedern, die sich ihrerseits auch nicht an ihn gewöhnen könne.

2. Art und Maß der körperlichen Bewegungshemmung bestimme auch Art und Maß der seelischen Anomalie. Je stärker die Behinderung, desto größer sei die seelische Schädigung und die charakterliche Minderwertigkeit.
3. Die einzige Ursache dieser seelischen Erkrankung sei die körperliche Bewegungshemmung. Sei diese vollständig, daß eine Enthemmung und damit eine wirtschaftliche Leistung nicht mehr möglich sei, so läge der schwerste Fall auch der seelischen Erkrankung des Gebrechlichen vor. Ein solcher Körperbehinderter sei seelisch nicht zu heilen und deshalb jedes Wertes bar.
4. Da der Bewegungsgehemmte keine wirtschaftliche Gemeinschaftsleistung im Sinne der Arbeit vollbringen könne, vertiefe sich seine Spannung zur Gemeinschaft. Dadurch entstanden besondere charakterliche Schädigungen: Neid, Mißtrauen, Argwohn, Gereiztheit, Geltungs- und Anerkennungsbedürfnis. Schließlich leide der Körperbehinderte an richtiger Soziopathie, die ihn zum menschen scheuen Individuum mache, das die Gemeinschaft ablehne, sogar hasse.
5. Die Heilung der seelischen Schädigung bei Gebrechlichen sei nur möglich, wenn eine Enthemmung des Körpers vorhergegangen sei, die eine Steigerung des sozialen Lebenswillens und die Erfüllung des Gemeinschaftspflicht in der Form der Arbeit ermögliche. Erst dann könne eine Beeinflussung der Psyche des jungen Menschen erfolgen. Damit wird die Erziehung ganz abhängig von der Orthopädie. Das Kernstück der ganzen Fürsorge für Körperbehinderte sei danach die Tätigkeit des orthopädischen Arztes. Von ihm hänge auch der Erfolg der pädagogischen Fürsorge zur Gänze ab.
6. Nach dieser Auffassung hat also jeder Körperbehinderte notwendig auch eine kranke Seele. Es entsteht die Meinung von der Sonderseele des Gebrechlichen, die sich in großen Charakterschwierigkeiten äußere.
7. Körperbehinderte, denen ein Bewegungszuschuß nicht vermittelt werden kann, sind nach dieser Auffassung wertlose Menschen, für die in der Fürsorge und in der Gemeinschaft der Menschen kein Platz mehr ist.
8. Einziges Ziel der Fürsorge für Gebrechliche könne danach nur die Erwerbsbefähigung sein, d.h. die Befähigung zur produktiven Arbeit im wirtschaftlichen Sinne. Wer dazu nicht gebracht werden kann, muß folgerichtig aus der Fürsorge überhaupt ausscheiden, sich selbst überlassen bleiben oder – besonders in Zeiten der Not – der Euthanasie überantwortet werden.<sup>35</sup>

Man wird zugeben können, daß einzelne Äußerungen einer abnormen seelischen Reaktion beim seelisch kranken Körperbehinderten hier gut beobachtet und zutreffend geschildert sind. Das gilt besonders für die übertriebene Ichbezo-

---

35 In diesem Zusammenhang sind nur die Hauptsätze der Schlüter'schen Gebrechlichen-Psychologie berücksichtigt. Eine eingehendere Darstellung des ganzen Systems erfolgt in einer besonderen Abhandlung.

genheit des seelisch kranken Gebrechlichen und die starke Spannung, in der er zur Gemeinschaft der Normalen steht. Es dürfte sich dabei übrigens um polare Erscheinungen handeln: übertriebene Ichbezogenheit und krankhafte Spannung zur Gemeinschaft bedingen einander.

Die seelische Beurteilung der soziologischen und psychologischen Gegebenheiten bei Gebrechlichen wird schon an sich zu dem Ergebnis führen, daß exzessive Ichbezogenheit und Spannung zur Gemeinschaft das Los der seelisch abnormen Körperbehinderten sein werden. Die Psychologie der Jugendlichen hat festgestellt, daß diese Reaktionen das Resultat von Umwelteinflüssen sind, denen Körperbehinderte im allgemeinen ausgesetzt sind, und die gewöhnlich als Verwöhnung und Härte in der Erziehung bezeichnet werden. Verwöhnung und Verzärtelung verhindern, daß der junge Mensch sich sachlich und unbefangen den Menschen seines Milieus zuwendet. Verwöhnte Menschen werden meist zu früh und zu stark auf ihr eigenes Ich hingelenkt. Das Ich wird schließlich für sie der höchste Wert des Lebens, vor dem die eigentlichen Lebensaufgaben verblassen. Die Ichbezogenheit des Verwöhnten verhindert jede Sachlichkeit und jede Hingabe an objektive Werte außer dem eigenen Ich. Die Aufgaben, die das Leben stellt, werden vom Verwöhnten immer nur als Mittel zur Betonung der eigenen Person gesehen und, wenn sie nach seiner Meinung seiner persönlichen Werterhöhung nicht dienen, vernachlässigt.

Auch Härte, die der junge Mensch in der Erziehung erfahren muß, führt leicht zu übertontem ichbezogenem Verhalten. Der harterzogene Mensch fühlt sich meist unverstanden und darum auf sich selbst zurückgeworfen. Er empfindet die harte Erziehung als Unterdrückung seines eigenen Wesens. So kommt es oft bei ihm zu richtigen Angriffstendenzen gegen die Personen seiner Umwelt, die sich in leidenschaftlichem Protest oder sogar in Gewalttätigkeiten äußern können. Ähnlich wie beim verwöhnten jungen Menschen bewegt sich auch der Harterzogene fast immer um sich selbst, und zwar aus innerem Protest gegen die Umwelt, die ihn, wie er meint, nicht zu seinem Recht kommen läßt. Er kommt darum selten oder fast nie zu einer objektiven Hingabe an Menschen und Dinge seiner Umwelt, geschweige denn an Aufgaben und Pflichten des Lebens.

Zur exzessiven Ichbezogenheit gehört in allen Fällen mehr oder minder das Angstgefühl. Der verwöhnte Mensch hat die Angst vor der Wirklichkeit, die er als ihm feindlich gesinnt und hart voraussetzt, der harterzogene leidet an der gleichen Angst, weil er befürchtet, erneut auf Unverständnis, auf Härte und Ablehnung zu stoßen.

Die letzte Ursache dieser Lebensangst wäre also in beiden Fällen die Unfähigkeit zur Sachlichkeit. Unfähigkeit zur Sachlichkeit wurde eben bereits als typisch für die seelische Lage des Körperbehinderten hingestellt. Wohl bei keiner Kategorie Jugendlicher finden sich so oft und so kraß auf dem Lebensweg und besonders in der Jugendzeit Verwöhnung und Härte wie beim Gebrechlichen. Manchmal ist der junge Körperbehinderte hineingestellt zwischen diese konträren Einflüsse der



Umwelt, meist so, daß die Mutter das körperbehinderte Kind nach allen Regeln zu verwöhnen strebt, während der in seinem Familienstolz getroffene Vater das verbittert, mit seinem Schicksal hadernde und sein körperbehindertes Kind mit Härte behandelnde Familienoberhaupt darstellt. So wird man von vornherein bei einer gestörten seelischen Entwicklung bei Gebrechlichen mit einem starken Autismus, einer übertriebenen Ichbezogenheit und ihren Folgen zu rechnen haben.

Es ist jedoch nicht angängig, wie die soziologische oder, wie sie sich selbst nannte, sozial-biologische Auffassung des Krüppelproblems es versucht, die Ursache dieser Entwicklung in der Hemmung oder Aufhebung der körperlichen Bewegung zu suchen. Dieser physiologische Tatbestand kann nicht Ursache einer abnormen seelischen Haltung sein. Diese verlangt eine ausreichende *psychologische* Begründung. Überdies scheitert die Schlüter'sche Auffassung an den Tatsachen der Erfahrung sowie an ihren eigenen Konsequenzen. Was die Erfahrung angeht, so hat diese gezeigt und zeigt immer aufs neue, daß auch bei schwerster körperlicher Bewegungshemmung eine Erziehung durchaus möglich ist. Ja, diese hat oft zu großen Ergebnissen geführt. Als einige Beispiele für viele seien hier der sogenannte »Krüppel von Hohenstein«<sup>36</sup> erwähnt oder auch die heiligen Krüppel, etwa der wegen seines sonnigen, harmonischen Wesens berühmte hl. Servulus von Rom, der Tاتمensch Ignatius von Loyola, die mit einer unerhörten Aktivität ausgestattete hl. Theresia von Avila. Stärkster Bewegungshemmung zum Trotz waren viele Gebrechliche geistig normale und seelisch harmonische Menschen, nicht aus Resignation, sondern weil sie eine Werte-Ordnung besaßen, an deren Spitze ewige Werte standen. Oft konnte festgestellt werden, daß bei Gebrechlichen, die seelisch an ihrem Gebrechen litten, ein reziprokes Verhältnis bestand zwischen der körperlichen Hemmung und der seelischen Schädigung in dem Sinne, daß Menschen mit schwerer Hemmung seelisch völlig ausgeglichen waren, während andere mit unbedeutenden Gebrechen oft schwer an dieser Kleinigkeit litten.

Aus den Konsequenzen dieser Anschauung sei nur eine bezeichnende genannt: Fürsorgefähig und fürsorgewürdig sind nach dieser Meinung nur jene Körperbehinderte, die wirtschaftlich leistungsfähig werden können, die, wie das Schlagwort hieß, aus Almosenempfängern zu Steuerzahlern gemacht werden können. Das heißt, daß die Schwerbehinderten, die, wirtschaftlich gesehen, nur eine Last bedeuten – im übrigen aber sehr wertvolle Menschen sein können – sich von der Fürsorge ausgeschlossen sehen, sich selbst überlassen bleiben, im günstigsten Falle den Armenhäusern zugewiesen oder aber der Euthanasie ausgeliefert werden.

(...)

### 7. Grundforderungen einer speziellen pädagogischen Führung Gebrechlicher.

Wie die bisherigen Ausführungen zeigten, ist beim jugendlichen Organgeschädigten das Wertgefühl oder das Wertbewußtsein, und zwar sowohl das der per-

36 W. von Kügelgen: »Jugenderinnerungen eines alten Mannes«, o. J. Leipzig, Reclam.

sonalen wie sozialen Werthaftigkeit, in großer Gefahr. Im Reifealter, wo sich das Wertbewußtsein in dem altersmäßigen Berufsbewußtsein konzentriert, sieht sich dieses Bewußtsein von schweren Gefahren bedroht. Die Erhaltung und Stärkung des Wertbewußtseins oder in der Reifezeit des Berufsbewußtseins ist darum wesentliche Vorbedingung für die normale seelische und charakterliche Entwicklung des Körperbehinderten.

Die wichtigste Grundforderung der pädagogischen Führung von Körperbehinderten geht deshalb dahin, daß das personale und soziale Wertbewußtsein des Organgeschädigten als das tragende Fundament der gesamten pädagogischen Führung für Körperbehinderte anerkannt wird. Es muß geschützt, vertieft und von allen Übertreibungen rein gehalten werden. Diese pädagogische Forderung ist im stärksten Maße an die erste und wichtigste Erziehungs-Instanz, an die Familie, zu richten. Die unersetzliche Funktion der Familie in der Erziehung überhaupt und in der des jugendlichen Organgeschädigten besonders, wurde bereits dargelegt. Keine andere Instanz kann die Familie bezüglich dieser wichtigen Aufgabe ersetzen. Es kann darum keine erfolgreiche Fürsorge und Erziehung Gebrechlicher geben ohne die starke und energische, verantwortungsbewußte Mitwirkung der Familie des Organgeschädigten.

Diese Forderung muß durch eine weitere, ebenso wichtige ergänzt werden. Es ist unumgänglich notwendig, die Familie zur richtigen Einstellung dem Körperbehinderten gegenüber zu erziehen. Noch ist vielfach der beklagenswerte Zustand vorhanden, daß die Familie ihr organgeschädigtes Kind nicht richtig führt, weil sie meist vollständig jene grundlegende Forderung nach der Gesunderhaltung eines starken personalen Wertbewußtseins übersieht.

Die erste Tatsache, die von den Eltern eines gebrechlichen Kindes anerkannt werden muß, ist die: das körperbehindert geborene Kind ist *unser* Kind, das an uns dieselben Forderungen zu stellen hat wie ein normales Kind, und zwar naturhaft. Die Sorge der Eltern für die Entwicklung des organgeschädigten Kindes in jeder Beziehung muß diesem mit dem gleichen, ja mit mehr Recht zuteil werden wie dem normalen Kind, weil es mehr Hilfe benötigt als jenes. Die kindlichen Äußerungen des personalen Wertgefühls, die kleinen Zärtlichkeitserweise, weiterhin die kleinen Dienste, in denen sich bereits das Gefühl des Sozialwertes des Kindes offenbart, müssen mit echter elterlicher Liebe entgegengenommen werden. Dem gebrechlichen Kinde muß von vornherein und dann je länger desto mehr die Sorge zuteil werden, auf die es Anspruch hat, die ärztlich-orthopädische Hilfe, die Mittel der geistigen Entwicklung wie Erziehung und Beschulung, im fortschreitenden Alter die Entfaltung seiner Persönlichkeit, besonders auch durch die Erfüllung seines Berufsbewußtseins. Der körperbehinderte Jugendliche im Berufsalter muß sehen und erfahren, daß die Eltern an seiner beruflichen Ausbildung ein wirkliches Interesse haben und bereit sind, für ihn alles zu tun, ein wirkliches Opfer zu bringen. Diese Leistungen der Eltern müssen von echter elterlicher Liebe durchdrungen sein, nicht von einer blinden, unverständi-

gen Liebe, welche die kindliche Geborgenheit übertreibt und zu feste und zu lange Bindungen an die Eltern fordert, sondern von jener Liebe, die nur das wahre Wohl des körperbehinderten Kindes im Auge hat, und frei ist von jedem elterlichen Egoismus. Das von Eltern und Geschwistern so betreute gebrechliche Kind erleidet keine Schädigung seines inneren Wertgefühls und Wertbewußtseins und bleibt darum seelisch gesund und charakterlich normal. Wird der Jugendliche älter, so muß er noch stärker fühlen, daß er von den Eltern trotz seines Gebrechens mit Liebe und Wertschätzung behandelt wird. Niemals darf er durch eine Äußerung der Eltern den Eindruck bekommen, daß er nur Last ist, daß er nicht willkommen war.

Weil die Leistung des Menschen die beste natürliche Stütze eines gesunden Wertgefühls darstellt, muß die pädagogische Führung von Körperbehinderten eine Führung zur Leistung sein. Die moderne Gebrechlichenfürsorge hat im Sinne dieser Forderung die Führung zur Leistung als eine ihrer Hauptaufgaben erkannt. Darum hat sie den Gedanken der beruflichen Ertüchtigung aufgenommen und als Pflichtleistung der Fürsorgestellen gesetzlich eingeführt. Die bisherigen Erfahrungen mit diesem Prinzip sind so, daß es nicht mehr entbehrt werden kann. Die moderne Körperbehindertenfürsorge verdankt ihre Erfolge gerade ihrem energischen Appell an die Organgeschädigten, ihre Restkräfte zu mobilisieren und sie in einem richtigen Beruf zum Dienst an der Gemeinschaft einzusetzen. Es muß sich freilich dabei um echte berufliche Leistung handeln, nicht um Scheinleistungen. Der jugendliche Körperbehinderte, der zum ersten Male eine wirkliche Leistung vollbracht hat, lebt förmlich auf. Damit hat er nun den Beweis in Händen, daß er wirklich eine Aufgabe an der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft erfüllen kann. Es ist erforderlich, daß die pädagogische Führung der Gebrechlichen nicht den Erwerbszweck beim Berufe herausstellt, sondern den eigentlichen Berufsgedanken. Es muß dabei betont werden, daß auch der Körperbehinderte berufen ist zur Leistung, daß er auf Grund seines Berufes auch sittlich verpflichtet ist zur Leistung für die Gemeinschaft. Es muß sich darum auch um eine Führung zu dem spezifischen Beruf des gebrechlichen Jugendlichen handeln, der wirklich »sein« Beruf ist, d.h. der seinem persönlichen Berufswunsch und -willen gerecht wird.

Hier ist auf die obigen Ausführungen zum Begriffe »Beruf« zurückzukommen. Dort wurden die beiden Beziehungen des Berufes herausgestellt, die vertikale, durch die der Beruf als echte Berufung auf die höchste Instanz, auf Gott selbst, zurückgeführt wird, der den Beruf gibt und über die Berufserfüllung Rechenschaft fordert, und eine horizontale, weil der Beruf immer Leistung für die Gemeinschaft sein muß. Erst wenn der körperbehinderte Mensch sich zu beiden Beziehungen bekannt hat und den aus ihnen erwachsenden Verpflichtungen nachkommt, hat die berufliche Erziehung ihr Ziel erreicht. Dann bildet der Beruf und die Betätigung in ihm für den Gebrechlichen eine erneute und dauernde Festigung seines Wertgefühls.

Berufliche Arbeit ist also Arbeit für Gottes Reich und für das Menschenreich. Es ist wichtig, diese doppelte Beziehung zu betonen. Auf dem Gebiet der Körperbehindertenfürsorge steht nämlich der Pädagoge vor besonderen Schwierigkeiten, weil oft wegen der Schwere des Gebrechens eine Arbeit im Sinne der wirtschaftlichen Leistung nicht möglich ist. In diesen Fällen braucht nicht auf die berufliche Erziehung verzichtet zu werden. Denn auch der Schwerstbehinderte hat innerhalb christlicher Anschauung die Möglichkeit einer echten und dazu noch einer hohen beruflichen Leistung. In diesen Fällen muß die Erziehung ihn dahin führen, daß er seinen Zustand der Hemmung als »Beruf« auffaßt. Das wäre der Fall eines echten Leidensberufes. Dieser macht zwar zunächst den Eindruck eines nur passiven Verhaltens. Jedoch ist der Leidensberuf niemals Passivität, auch nicht, wie manche meinten, Resignation, oder wie H. Würtz einmal meinte, »heroische Resignation«<sup>65</sup>.

Der Leidensberuf im christlichen Sinne ist ein höchst aktiver Beruf, denn seine eigentliche Berufsaufgabe besteht darin, das ohne eigene Schuld, schicksalhaft, oder nach christlicher Auffassung, durch die Vorsehung überkommene Leiden, geduldig und heldenhaft zu tragen und daraus eine echte Sühneleistung zu gestalten für eigene Schuld und für die Schuld der Menschheit im allgemeinen. Der letzte Umstand stellt sofort die vertikale Beziehung des Leidensberufes zu Gott her. Es eignet jedoch diesem Leidensberuf im christlichen Sinne auch die horizontale Beziehung zur Gemeinschaft der Mitmenschen. Denn die Leidenleistung ist auch für die menschliche Gemeinschaft von höchster Bedeutung. Es seien hier nur ein paar Momente herausgestellt: Die Leidenleistung bietet das Beispiel einer heroischen Geduld, sie ist eine nachhaltige Predigt über die wahren Lebenswerte und über die Vergänglichkeit aller irdischen Werte. Der Körperbehinderte, der einen solchen Leidensberuf hat, muß unbedingt die lebendige Beziehung zu dem leidenden Christus herstellen. Christus am Kreuz ist das erhabene Ur- und Vorbild des Leidensberufes, denn in der Ohnmacht am Kreuze wurde vom Erlöser die höchste und wichtigste Leistung vollbracht, eben die Erlösung der Menschheit. Die Gebrechlichen sind einer solchen Hochführung zum Leidensberuf durchaus fähig. Es gibt unter ihnen wahrhaft heroische Naturen, die sich zur sittlichen Höhe eines solchen Berufes empor-schwingen. Freilich ist das nur aus höchsten religiösen Motiven möglich. Darum finden sich solche gebrechlichen Helden gerade auch unter den Heiligen der Kirche. Als eine Beispiel für viele nenne ich die große hl. Theresia von Avila, die das unerhört aktive Motiv geprägt hat »aut pati, aut mori«, »entweder leiden oder sterben«.

(...)

65 H. Würtz: »Zerbrecht die Krücken«, Krüppelprobleme der Menschheit. Leipzig 1932, 68–70.

b) Die Abhängigkeit der Heilpädagogik von der Orthopädie und die Zerstörung ihres wissenschaftlichen Charakters.

Die sozial-biologische Pädagogik der Körperbehinderten erklärt als notwendige Voraussetzung jeder Art heilpädagogischer Arbeit am Gebrechlichen den Erfolg des Orthopäden in der Form des Bewegungszuschusses. »Ohne den Arzt ist der Pädagoge ohnmächtig.«<sup>134</sup> Damit wird die seelische Entkrüppelung junger Menschen zu einem physiologisch-orthopädischen Vorgang erklärt, bei dem eigentliche Pädagogik als Seelenführung nichts mehr zu tun hat, es sei denn, daß sie mit der Orthopädie »jeden Sieg neuen Könnens« und den damit selbstverständlich eintretenden »kleinen Zuwachs an Arbeitsfreude« feiert.<sup>135</sup> Dadurch wird das Verhältnis der Körperbehindertenphysiologie zur Orthopädie in einem Sinne festgelegt, der vom Standpunkt der Heilpädagogik abgelehnt werden muß. In einer Zeit, wo sich die Heilpädagogik bemüht, ihren Charakter als selbständige Wissenschaft herauszuarbeiten und besonders gegen die Medizin, vorab die Psychiatrie, klar abzugrenzen, vertritt die sozial-biologische Schule eine so weitgehende Verhaftung der Heilpädagogik für die Gebrechlichen mit der Orthopädie, daß von einer Pädagogik als Seelenführung mit eigenem Ziele und eigenen Mitteln nichts mehr übrig bleibt. Diese Pädagogik ist nur noch die Schleppenträgerin der Orthopädie. Als Seelenführung, als Seelsorge mit dem Ziel der Hinführung zu den hohen ethischen Lebenswerten, kann sie nach dieser Auffassung nicht mehr gelten. Es gibt keinen größeren Gegensatz als den zwischen der Auffassung etwa von H. Würtz und derjenigen des Heilpädagogen Toth, der mit Nachdruck betont, daß »es sich bei der pädagogischen Therapie nicht um ein Eingreifen in das Arbeitsfeld des Arztes handelt, auch nicht um irgendwelche Fortsetzung einer ärztlichen Arbeit,<sup>136</sup> daß sich vielmehr der Heilpädagoge vor ganz neue Probleme gestellt sieht, zu deren Lösung mittels Erziehungsmaßnahmen er allein berufen erscheint«. Ähnlich urteilt Vértés.<sup>137</sup>

Die sozial-biologische Ansicht, wonach die Bewegungshemmung die direkte Ursache eines Seelentraumas sei, so daß eine seelische Befreiung und überhaupt eine heilpädagogische Behandlung des Organgeschädigten notwendig die körperliche Enthemmung zur Voraussetzung habe, scheitert schon an der geschichtlichen Tatsache, daß es der Pädagogik gelungen ist, schöne Erfolge zu erzielen an vielen Gebrechlichen, bei denen eine orthopädische Enthemmung des Körpers nicht möglich war. Damit allein fällt die Theorie einer Heilpädagogik, die als notwendige Voraussetzung ihrer Arbeit am Organgeschädigten eine orthopädische Leistung in Gestalt eines körperlichen Bewegungszuschusses fordert. Nach

134 H. Würtz/W. Schlüter: Uwes Sendung, 1914, 300.

135 H. Würtz: Das Seelenleben des Krüppels. Leipzig 1921, 79.

136 Toth: Die Entwicklungslinien der heilpädagogischen Wissenschaft in Bericht über den 5. Kongreß f. Heilpädagogik in Köln. München 1931, 166.

137 Vértés: Heilpädagogische Typologie in Bericht über den 5. Kongreß für Heilpädagogik in Köln. München 1932, 153.

christlicher Auffassung ist die Heilpädagogik eine auf ihrem eigenen Gebiet unabhängige Wissenschaft, mit eigenem Ziel und eigener Methode. Sie ist geschichtlich die Wissenschaft und Kunst, die sich zeitlich zuerst und mit großem Erfolge – zumal in der Zeit, wo sie noch stark religiös eingestellt war und mit den Kräften der Gnade und des Glaubens arbeitete – der Gebrechlichen annahm, als es noch keine Orthopädie und also auch keine Möglichkeit einer körperlichen Enthemmung durch ärztliche Kunst gab. Sie bewahrt auch in der Gegenwart als in der Zeit einer hochentwickelten und im ganzen sehr erfolgreichen orthopädischen Kunst ihre Eigenständigkeit. Die Leistungen der modernen Orthopädie werden gerne von ihr anerkannt. Die Enthemmungen körperlicher Bewegung, soweit sie nur möglich sind, werden von ihr begrüßt. Sie weiß durchaus, daß diese der Orthopädie zu verdankende Befreiung gebundener körperlicher Kräfte und Funktionen meist einen starken Beitrag auch zur seelischen Gesundung eines bis dahin körperlich gehemmten, heilpädagogisch bedürftigen Menschen bedeuten kann. Freilich kann sie nicht zugeben, daß diese Leistungen einer zunächst nur somatischen Kunst *notwendige* Voraussetzungen einer pädagogischen Arbeit am Gebrechlichen seien. Die Heilpädagogik ist sachlich in den meisten Fällen das Primäre, dessen der gebrechliche junge Mensch bedarf. Sie muß deshalb oft schon vor der orthopädischen Bemühung an den Körperbehinderten herangebracht werden. Im Hinblick auf die seelische Lage des Gebrechlichen, wohl in allen Fällen, muß die Heilpädagogik ihre Notwendigkeit auch bei und nach jeder erfolgreichen orthopädischen Bemühung um den Behinderten behaupten. Sie sieht die *Seele* des Gebrechlichen und diese bedarf in allen Phasen der Entwicklung und bei allen noch so verschiedenen Zuständen seiner Körperlichkeit, bei noch so verschiedenem Grad der körperlichen Hemmung einer eigenen Psychagogik – und das will die Heilpädagogik am Gebrechlichen ausschließlich sein. Sie ist in ihrer Arbeitsweise und in ihrer Wirkung von ärztlichen, speziell orthopädischen Bemühungen um den organgeschädigten Menschen unabhängig, wenn auch ein orthopädischer Erfolg ihr die Arbeit oft stark erleichtern kann. Wie die Heilpädagogik historisch, ehe es eine orthopädische Kunst und Wissenschaft gab, sich erfolgreich um die Gebrechlichen bemühte, so ist es auch heute noch zeitlich in vielen Fällen das erste und in allen Fällen das Wichtigste, das dem jugendlichen Organgeschädigten zuteil werden muß. Sie hat länger als die Orthopädie die jugendlichen Körperbehinderten zu betreuen und erfaßt tiefer das innere Wesen des jungen Menschen, da sie grundsätzlich Charaktergestaltung ist.

Hans Stadler

## **V. Überkonfessionelle und staatliche Krüppelfürsorge**

### **1. Die Krüppelfürsorge bis zum Ersten Weltkrieg**

- 1.1 Erste medizinische und schulische Angebote
- 1.2 Auf dem Weg zu staatlichen Einrichtungen

### **2. Das Zusammenwirken von Orthopädie und Pädagogik**

- 2.1 Zur Lebensgeschichte des Orthopäden Konrad Biesalski
  - 2.1.1 Die Haltung Biesalskis zur Eugenik
  - 2.1.2 Die reichsweite Krüppelzählung
- 2.2 Die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge
- 2.3 Das Oscar-Helene-Heim (OHH) in Berlin
- 2.4 Das preußische Krüppelfürsorgegesetz
- 2.5 Ambulante Krüppelschulen und schulische Integration
- 2.6 Zum Leben und Wirken von Hans Würtz
  - 2.6.1 Persönliche und berufliche Entwicklung
  - 2.6.2 Wirken in der Krüppelfürsorge und weiterer Lebensweg
  - 2.6.3 Der Krüppel- und Reformpädagoge
  - 2.6.4 Seine Anstöße zur Lehrerbildung

### **3. Die Beschäftigung mit Hans Würtz – ein Problem?**

- 3.1 War Würtz »Eugeniker« und ein Wegbereiter des Faschismus?
- 3.2 Was beabsichtigte Würtz mit seinem Konzept der »Krüppelseele«?

### **4. Resümee**

#### **Literaturverzeichnis**

#### **Übungsaufgaben**

#### **Quellentexte**

Quelle 1: Auszüge aus K. Biesalski: Leitfaden der Krüppelfürsorge. Leipzig und Hamburg 1911.

Quelle 2: Auszug aus H. Würtz: Die Schulabteilung der Berlin-Brandenburgischen Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt. Zeitschrift für Krüppelfürsorge, Bd. 6, 1913.

Quelle 3: Auszug aus H. Würtz: Die Selbsttätigkeit als Prinzip in der Krüppelerziehung. Zeitschrift für Krüppelfürsorge, Bd. 6, 1913.

Quelle 4: Auszug aus H. Würtz: Ein Beitrag zur Begründung der Krüppelpsychologie. Zeitschrift für Krüppelfürsorge, Bd. 7, 1914.

Quelle 5: Einführung zu H. Würtz unter Mitwirkung von W. Schlüter: Uwes Sendung – ein deutsches Erziehungsbuch mit besonderer Berücksichtigung der Krüppel. Leipzig 1914.

Quelle 6: Auszüge aus H. Würtz: Das Seelenleben des Krüppels. Krüppelseelenkundliche Erziehung und das Gesetz betr. öffentliche Krüppelfürsorge. Leipzig 1921.

Quelle 7: Auszüge aus H. Würtz: Der Lehrer in den Krüppelheimen. Zeitschrift für Krüppelfürsorge, Bd. 21, 1928.

Quelle 8: Auszüge aus H. Würtz: Wandlung durch Wandern als krüppelpädagogische Aufgabe. Zeitschrift für Krüppelfürsorge, Bd. 23, 1930.

Quelle 9: Auszüge aus H. Würtz: Zerbrecht die Krücken. Krüppel-Probleme der Menschheit. Leipzig 1932.

## 1. Die Krüppelfürsorge bis zum Ersten Weltkrieg

In seinem »Leitfaden der Krüppelfürsorge« gibt Biesalski (1911) einen instruktiven Einblick in die Situation vor dem Ersten Weltkrieg (Quelle 1). Noch dominieren die konfessionellen Krüppelheime und die Geistlichen als Leiter. Die inter- bzw. überkonfessionellen Einrichtungen, die also einen »freien« und damit keinen kirchlichen evangelischen oder katholischen Träger haben, machen aber schon einen beachtlichen Anteil aus.

Über die Situation in den deutschen Krüppelheimen und Fürsorgestellen am Ende des Jahres 1910 äußert er sich wie folgt: »Die ersten Begründer von Krüppelheimen waren *Laien* (v. Kurz – München 1832); Süddeutschland ging dem Norden um mehrere Jahrzehnte voran. Erst 1886 begann in Norddeutschland die *innere Mission* in rascher Folge mit ihren Heimen. Die letzten Jahre haben meist *interkonfessionelle* Anstalten gebracht. Wer an die *Spitze des Hauses* gehört, ein Geistlicher, Lehrer, Arzt oder Laie, hängt von den jeweiligen Verhältnissen ab; »Gründung berechtigt zur Leitung« lautet der Beschluß der letzten Konferenz der deutschen Krüppelanstalten. In den letzten Jahren sind vielfach Ärzte mit der Leitung betraut worden, da der Krüppel heute als ein Kranker, den man behandeln muß und heilen kann, aufgefaßt wird. Ein Heim, das allen Aufgaben gerecht werden soll, muß eine Klinik mit Operationssaal, Medicomechanik, Röntgenlaboratorium, und orthopädischer Werkstatt, eine Schule mit Nebenklasse, Fröbelunterricht, Schulturnen, Handarbeitsunterricht und Fortbildungsschule, ferner mehrere Werkstätten unterhalten. Die dazu gehörigen Räume, Einrichtung und fachmännisch geschultes Personal verursachen so große Kosten, daß die *mindeste Zahl von Insassen* wohl 100 betragen muß, um nur die allernotwendigsten Betriebskosten aufzubringen. Bei einer Belegziffer von 200–300 Betten kann, ortsübliche Krankenhauspreise und einen entsprechenden Vereinszuschuß vorausgesetzt, angenommen werden, daß das Haus sich leidlich erhält.« (Biesalski 1911, 76–77)

Von den Trägern der Heime und Fürsorgestellen für Krüppel sind nach Biesalski (1911, 80–81) 26 evangelisch, 5 katholisch, 19 interkonfessionell. Als Leiter der verschiedenen Anstalten und Fürsorgestellen verzeichnet er: 21-mal einen Geistlichen, 5-mal einen Arzt, 2-mal einen Lehrer, 11-mal einen Laien (in seiner Eigen-



schaft als Vorsitzender des besitzenden Vereins) und 6-mal eine Schwester. In einer Tabelle gibt Biesalski (1911, 82–101) Auskunft über 50 Einrichtungen bezüglich Adresse und Konfession der Anstalt, Gründungsjahr und Besitzer, Zahl der Plätze, Altersgrenze, Kostgeld, Freistellen, Personal, Klinik, Schule, Handwerkslehre. Der Streit um den Vorrang zwischen Theologen, Pädagogen und Ärzten wurde so gelöst, dass »Gründung zur Leitung berechtigt«, d.h., die Orthopäden können nur dort die Leitungsposition besetzen, wo sie die Heimgründung initiieren.

Seine Ziele hat Biesalski (1911) eindeutig artikuliert: Der Krüppel ist ein Kranker, der medizinische Behandlung möglichst in einer orthopädischen Klinik braucht. Schulunterricht von der Vorklasse (Fröbelunterricht) bis zur Nebenklasse (gemeint ist wohl die Hilfsklasse für die, die dem Volksschulunterricht nicht folgen können) einschließlich Schulturnen soll Teil des »Vollkrüppelheims« sein. Auch eine Handwerkslehre in eigenen Werkstätten und der Besuch der Fortbildungsschule (heute Berufsschule) gehören zum Konzept, zu dessen Realisierung »fachmännisch geschultes Personal« notwendig ist. Dauerhaft finanzierbar ist eine solche Einrichtung nur ab einer bestimmten Platzzahl und letztlich durch staatliche Mittel, die über ein entsprechendes Leistungs-Gesetz zu sichern sind. Damit war das spätere Krüppelfürsorgegesetz programmatisch vorgezeichnet, das dann aber erst zu Beginn der Weimarer Republik 1920 zu Stande kam und die volle staatliche Kostenträgerschaft begründete.

### 1.1 *Erste medizinische und schulische Angebote*

Die im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert entstandenen orthopädischen Heilanstalten waren medizinische Einrichtungen, die von ihren Gründern – vorwiegend Ärzten, aber auch chirurgische Instrumentenmacher – als »Privatanstalten« betrieben wurden. Während der oft längere Zeit dauernden Behandlung der Kinder und Jugendlichen, die nur wohlhabende Familien finanzieren konnten, wurde aber auch Schulunterricht angeboten (siehe Kap. I). Krüppelhilfe war ansonsten eine Aufgabe der Armenpflege, die von den christlichen Kirchen oder den Kommunen getragen wurde.

Die Pädagogik hat sich erst spät den Krüppelkindern zugewandt; Taubstumme (Gehörlose) und Blinde fanden zuerst das Interesse von Menschenfreunden (Philanthropen). Waren die körperlichen Beeinträchtigungen weniger gravierend, besuchten sie die Elementar- und später die Volksschulen. Dies setzte aber die Anerkennung ihrer Bildungsfähigkeit voraus. Bei angenommener Bildsamkeit wurde ihnen anfangs spezieller Unterricht nur während eines Aufenthalts in orthopädischen Anstalten erteilt. War der Körperschaden schwer und zeigte sich eine Beeinträchtigung im Lernen, so unterstellte man »Bildungsunfähigkeit«.

Eine Beschreibung der Situation der medizinischen und schulischen Angebote um 1860 findet sich bei Georgens und Deinhardt (1861, 348–349): »Die orthopädischen Anstalten haben sich eine allgemein anerkannte Stellung noch

kaum errungen. Hervorragende Anstalten in Deutschland sind: als die älteste die Heine'sche in Würzburg, die Wildberg'sche in Bamberg und die Schreiber'sche in Leipzig. (...) Die Wildbergersche vertritt die Fortschritte der mechanischen Orthopädie und Dr. Schreiber, der Leiter der Leipziger Anstalt entwickelt eine sehr lebhafte und eingreifende literarische Thätigkeit, indem er besonders auch die Beziehung der Heilgymnastik zur Pädagogik herausstellt. (...) Der Unterricht, welcher gegenwärtig in den orthopädischen Anstalten erteilt wird, hat bis jetzt durchaus keinen spezifischen Charakter, sondern ist durchgängig nur ein wegen Zweckmässigkeitsrücksichten in die orthopädischen Anstalten selbst verlegter und aus Schonungsrücksichten beschränkter Schulunterricht der gewöhnlichen Art. Dass die orthopädischen Anstalten, insbesondere diejenigen, in denen Heilgymnastik vorherrscht, ihre Aufgaben erweitern und körperschwache, an chronischen Übeln in verschiedener Art leidende Kinder aufnehmen, liegt nahe ...«

Erst die Heimschulen für Krüppelkinder, die im ausgehenden 19. Jh. entstanden, erteilten dann Unterricht mit »spezifischem Charakter«, der mit der Zeit Gestalt gewann und auch reformpädagogische Konzepte integrierte. Aber auch Krüppelschulen suchten noch die leistungsfähigeren von den »siechen« Krüppeln zu trennen, die nur betreut und gepflegt wurden. Über die Ansprüche der Volksschule ging die Schulbildung bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht hinaus, obwohl es Forderungen nach weiterführender allgemeiner Bildung bis zur Studierfähigkeit gab. In den Heimschulen wurden aber auch »Hilfsklassen« geführt, die sich den »Grenzfällen« annahmen.

## 1.2 Auf dem Weg zu staatlichen Einrichtungen

Die anfangs privat getragene »praktisch-technischen Unterrichts- und Beschäftigungsanstalt für krüppelhafte Kinder« des Edlen von Kurz in München, die aber bereits 1844 als »Königlich-Bayrische Zentralanstalt für krüppelhafte Kinder« verstaatlicht wurde, war bereits eine überkonfessionelle Einrichtung, da sie Kinder katholischen, evangelischen und jüdischen Glaubens aufnahm (Kap. II). Mit der Gründung von Anstalten der »Inneren Mission« (heute Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland) durch die Pastoren Hoppe und Schäfer (Kap. III) sowie der katholischen Josefs-Gesellschaft durch Pastor Sommer (Kap. IV) kam es dann zu einer Dominanz der konfessionellen Krüppelfürsorge.

Ergänzend zum Gesetz über den Unterstützungswohnsitz von 1871, wurde 1891 in Preußen gesetzlich zwar bestimmt, dass die Landesarmenverbände verpflichtet sind, »für die Bewahrung, Kur und Pflege der hilfsbedürftigen Geisteskranken, Idioten, Epileptischen, Taubstummen und Blinden« zu sorgen; den Körperbehinderten gewährte man aber noch keinen gesetzlichen Anspruch auf Unterstützung. Den bestehenden kirchlichen Krüppelheimen wurden die Kosten für den Unterhalt ihrer Pfleglinge als freiwillige Leistung der Kommunen, der Armenverbände und des Staates gewährt, was offensichtlich keine dauerhafte Lö-

sung war. Wollte man die Lage dieser Gruppe von Menschen mit Behinderungen verbessern, mussten auch sie in eine gesetzliche Regelung einbezogen werden.

Die »Konferenz der deutschen Anstalten für Krüppelfürsorge« wurde zur Interessenvertretung der konfessionellen Krüppelheime. Sie trat 1901 in Nowawes (heute Potsdam-Babelsberg) erstmals auf Initiative von Pastor Hoppe (Oberlinhaus Potsdam) und Pastor Schäfer (Stellingen) zusammen. Vertreten wurde das Konzept des Vollkrüppelheims, mit folgenden Bereichen: 1. Schule, 2. orthopädische Behandlung, 3. Berufsausbildung, 4. Werkstätten für die dauerhafte Beschäftigung von Körperbehinderten, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig waren. Auf ihrer dritten Konferenz 1905 forderten sie die gesetzliche Gleichstellung mit anderen Behinderten und formulierten sieben Thesen:

»1. Dem Krüppel ist ebenso wie den anderen Anormalen (Blinden, Taubstummen usw.) ein gesetzliches Recht auf Versorgung und Ausbildung zuzugestehen. 2. Dem Krüppel ist sowohl Gelegenheit zu geben, einen seinen Verhältnissen angemessenen Schulunterricht zu genießen, als auch die Möglichkeit zu bieten, einen ihm zusagenden Beruf zu ergreifen. 3. Das Netz der bestehenden Krüppelanstalten ist auszubauen, daß in der Tat allen Krüppeln, soweit dies nach dem Stande der heutigen Pädagogik und Orthopädie möglich ist, Hilfe geleistet werde. 4. Von einer Verstaatlichung der bestehenden Krüppelanstalten ist abzusehen, weil der Krüppelpflege der ihr eigene Charakter zu ihrem Nachteile genommen werden würde. 5. Es ist eine ärztliche Kontrolle der Kinderpflege einzurichten, durch die vorhandene Schäden aufgedeckt und Wege zur Abhilfe gewiesen werden. 6. Die finanziellen Lasten der Krüppelpflege sind, soweit sie nicht durch private Wohltätigkeit gedeckt werden können, den Kreisen und Provinzen aufzuerlegen. 7. Eine ausreichende Krüppelfürsorge ist nicht nur vom humanitären, sondern auch vom ökonomischen Standpunkte aus wichtig; denn sie bedeutet bei scheinbarem Mehraufwande in der Gegenwart eine bedeutende Verminderung der Armenlasten in der Zukunft.« (Zit. n. Thomann 1995, 100–101)

Eine Kosten-Nutzen-Argumentation sollte also die weitere staatliche Unterstützung sichern. Folgende Ziele sind erkennbar:

- Weiterführung und Ausbau des gewachsenen Systems der kirchlichen Krüppelfürsorge; keine Verstaatlichung, aber staatliche Finanzierung.
- Medizinische Früherkennung und Frühbehandlung; orthopädische Behandlung, Schulunterricht, Berufsausbildung und ggf. dauerhafte Beschäftigung im Krüppelheim.

Damit kamen die Vertreter der kirchlichen Krüppelfürsorge aber in einen Gegensatz zu den Orthopäden, die sich unter sozial-medizinischem Aspekt ebenfalls um orthopädisch Kranke kümmerten und ihre privaten Anstalten gefährdet sahen. Die Ärzte ihrerseits hatten überdies Vorbehalte gegen die etablierte Krüp-

pelhilfe. Thomann (1995, 106–107) macht dafür u.a. Folgendes verantwortlich: Der sozialpolitische Kampfbegriff »Krüppel«, mit dem die Vertreter der konfessionellen Krüppelfürsorge bewusst Mitleid erreichen wollten, war für die Orthopäden zu sehr mit Siechtum und Unheilbarkeit assoziiert. Aus den orthopädischen Praxen waren leistungsfähige Privatkliniken für die Kinder wohlhabender Eltern entstanden. Die Pflegelinge der Krüppelheime kamen aus sozial und finanziell schwachem Milieu und waren keine wirtschaftlich interessanten Patienten für privat liquidierende Ärzte. Im Übrigen gab es eine antikirchliche Tendenz in der Ärzteschaft, die im 19. Jahrhundert von einem naturwissenschaftlichen Weltbild geprägt wurde und den kirchlichen Einfluss auf die Krankenversorgung mit Unbehagen betrachtete.

## 2. Das Zusammenwirken von Orthopädie und Pädagogik

Mit dem Orthopäden Konrad Biesalski wuchs der Krüppelfürsorge dann eine Persönlichkeit zu, die eine Annäherung an die kirchlichen Einrichtungen erreichte. Als Mitbegründer und erster Leiter des Oscar-Helene-Heims (OHH) schuf er 1906 eine »interkonfessionelle« Anstalt und mit der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge 1909 ein Instrument zur Durchsetzung seiner sozialmedizinischen Ziele. Eine ebenfalls für die Krüppelfürsorge einflussreiche Persönlichkeit ist der Pädagoge Hans Würtz. Er wurde 1911 durch Biesalski an das OHH berufen. An den Persönlichkeiten von Biesalski und Würtz kann exemplarisch das Zusammenwirken von Orthopädie und Pädagogik in der Krüppelfürsorge verdeutlicht werden. Ihr Einfluss war auch maßgeblich für deren staatliche Finanzierung und die flächendeckende Einrichtung von Heimen und Fürsorgestellen.

### 2.1 *Zur Lebensgeschichte des Orthopäden Konrad Biesalski*

Konrad Biesalski wurde 1868 in Osterode in Ostpreußen geboren; er begann 1887 sein Medizinstudium in Halle an der Saale, das er 1894 beendete. Schwerpunkte seiner ärztlichen Ausbildung waren die Pädiatrie, die Chirurgie und die Orthopädie. Während seiner klinischen Studien war er auch am Städtischen Krankenhaus »Am Urban« in Berlin. Dort übernahm er später die Leitung der orthopädischen Abteilung und der Röntgenstation. Durch seine Tätigkeit als Schularzt erlebte er die sozialen Probleme der Körperbehinderten, die keine orthopädische Behandlung bekamen und in ihrem »Krüppeltum« verbleiben mussten. Durch das statistische Erfassen des Krüppelelends sollten die Behörden verpflichtet werden, Abhilfe zu schaffen. Biesalski hoffte im Übrigen, seine Berufskollegen der Orthopädie für eine Mitarbeit in diesem Aufgabenfeld zu gewinnen, indem er den »Krüppel«, der bisher als Hilfloser, Gebrechlicher und Siecher »Objekt« der kirchlichen Armenfürsorge war, als »Kranken« defi-

nierte, der vor allem einer orthopädischen Behandlung durch den Arzt bedürfe. Damit war eine Führungsrolle der Orthopäden in der Krüppelfürsorge vorgezeichnet, wie sie dann von ihm im Oscar-Helene-Heim (OHH) auch realisiert wurde.

Biesalski betrieb in Berlin eine orthopädische Privatklinik im Haus Freiligrathstr. 1; dort wurde 1906 mit zehn Betten das erste Heim des »Krüppel-Heil- und Fürsorgevereins für Berlin-Brandenburg« eröffnet. Nach einem zweiten Übergangsdomizil (Am Urban 10–11), in dem auch schon die pädagogische Konzeption mit Schule und Werkstatt realisiert wurde, konnte 1914 in Berlin-Dahlem das OHH bezogen werden. Hier war Biesalski ärztlicher Direktor und Gesamtleiter. Neben seinem Wirken als Facharzt für Orthopädie beeinflusste er wesentlich die Entwicklung der Krüppelfürsorge – insbesondere durch seine Rolle in der »Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge« – bis zu seinem Tode 1930 in Berlin. Dabei ist seine Zusammenarbeit mit Hans Würtz, den er 1911 als Erziehungsinspektor an das OHH berief, zwar von einer klaren Über- und Unterordnung gekennzeichnet. Insgesamt war sie aber für beide wertvoll; konnte so doch der von Biesalski vertretene »sozial-biologische Ansatz« realisiert werden. Er wollte aus Almosenempfängern Steuerzahler machen und verhalf durch sein Wirken für das preußische Krüppelfürsorgegesetz vor allem der »produktiven Krüppelfürsorge« zum Durchbruch. Während die Verdienste Biesalskis um eine Verbesserung der Lage der »heilbaren Krüppel«, die er als »Kranke« sah, anerkannt sind, ist er bezüglich seiner Ansichten zur Eugenik umstritten, denn er teilte die Krüppel in heilbare Kranke und unheilbar Sieche ein.

### 2.1.1 Die Haltung Biesalskis zur Eugenik

Bei Biesalski finden sich im Gegensatz zu Würtz Aussagen (Musenberg 2002, 301), die auf ein sozialdarwinistisches Auslese-Denken nach Art der Lebenswert-Debatte der Zwanzigerjahre des 20. Jahrhunderts schließen lassen. In einem Vortrag anlässlich der Heilpädagogischen Woche in Berlin 1927 äußerte er: »Heute wird viel über die Austilgung lebensunwerten Lebens geschrieben, gesprochen und gestritten, und zwar mit gutem Glauben, weil die Zahl der Unsozialen in einer solchen Weise anschwillt, daß sie als eine kaum noch zu ertragende Belastung des immer geringer werdenden gesunden und erwerbsmäßigen Teiles unserer Volksgemeinschaft empfunden wird. Zu diesem Haufen der Unsozialen: Idioten, Epileptische, Geisteskranke, unheilbare Trinker, Schwindsüchtige und manche andere, wirft man nun manchmal vielfach in rührender Unkenntnis unseres besonderen Arbeitsgebietes auch die Krüppel« (Biesalski o.J.; ca. 1928, 261). Die einzige Möglichkeit, die »Krüppel« »auszumerzen«, sei, sie erwerbsfähig zu machen und so der produktiven »Volksgemeinschaft« einzureihen. Biesalski behält sich das Recht vor, eugenische Maßnahmen zu fordern, jedoch den ihm anvertrauten Personenkreis davon auszuschließen. Bereits 1917 hatte er in einem Schreiben an den preußischen Innenminister in Bezug auf

»Epileptiker, Idioten u. dergl.« ebenfalls von »wertlosem Menschenmaterial« gesprochen; er grenzt die »Geisteskranken und Siechen« von den Kindern ab, die durch Klinik, Schule und Handwerkslehre erwerbsfähig werden können, womit sein Begriff vom »Krüppel« als heilbar Kranken erkennbar wird (Thomann 1995, 297–298, Anm. 4).

### 2.1.2 Die reichsweite Krüppelzählung

Biesalski erreichte die erste amtliche Krüppelzählung im Jahre 1906; es gelang durch seine Initiative, die Zahl der Körperbehinderten im ganzen damaligen Deutschen Reich nach einheitlichen Kriterien zu ermitteln (siehe dazu Auszüge in Quelle 1). Die Zählung ergab 98.263 Krüppel unter 15 Jahren, von denen 56.320 heimbedürftig und 41.943 nicht-heimbedürftig waren. Er interpretiert die Ergebnisse wie folgt: »Es sind also in Deutschland unter 10.000 Menschen 15 Krüppelkinder, von denen mehr als 8 in ein Heim gehören; 12 von ihnen bedürfen ärztlicher Hilfe. Unter 10.000 Kinder gibt es 36 Krüppel.« (Biesalski 1911, 16) Erfasst werden sollten vor allem diejenigen, die einer Heimunterbringung bedürfen. Deshalb wurde in »heimbedürftige« und »nicht-heimbedürftige« Kinder unterschieden, wobei noch zusätzliche Untergruppen gebildet wurden. So etwa auch heimbedürftige »unheilbare Pflegefälle« und nichtheimbedürftige »Bresthafte« (Schwächliche), worunter auch Mehrfachbehinderte fielen, die zusätzlich zur Körperschädigung als Idioten, Taubstumme und Blinde diagnostiziert wurden. Unberücksichtigt blieben die Kinder, deren wohlhabende Eltern selbst für deren ärztliche Behandlung sowie Schul- und Berufsbildung sorgen konnten. Auf Grund der Berücksichtigung vieler subjektiver Faktoren des sozialen Umfeldes, galten die erhobenen Daten als »weich« und angreifbar (Thomann 1995, 133–141, 153–159). Die Vertreter der kirchlichen Heime kritisierten die Ergebnisse der reichsweiten Krüppelzählung und die von Biesalski abgeleiteten sozialmedizinischen Schlussfolgerungen. Sie sahen die konfessionelle Krüppelfürsorge an den Rand gedrängt und wollten nicht akzeptieren, dass Krüppelheime von Ärzten geleitet werden sollten, denn auch in ihren Vollkrüppelheimen sei die ärztliche Versorgung gesichert.

## 2.2 Die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge

Mit dem OHH konnte Biesalski sein Konzept eines »modernen« Krüppelheims verwirklichen. Er wollte aber auch eine zentrale Organisation schaffen, die die Entwicklung der Krüppelfürsorge vorantreiben und die divergierenden Kräfte zusammenfassen sollte. Wie erwähnt, gab es zwar bereits Konferenzen der deutschen Krüppelanstalten, die in zweijährigen Turnus tagten, die aber noch von den konfessionellen Einrichtungen der evangelischen Inneren Mission und der katholischen Josefs-Gesellschaft (heute Teil des Deutschen Caritasverbands) dominiert wurden.

Im Anschluss an einen Orthopädenkongress konnte Biesalski 1909 neunzig Personen zu einer konstituierenden Sitzung der »Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge« (DVfK) gewinnen, überwiegend Orthopäden und Chirurgen. Die evangelischen Pfarrer Hoppe (Nowawes-Potsdam), Schäfer (Stellingen-Altona) und Ulbrich (Cracau-Magdeburg) fehlten allerdings; anwesend war der führende Mann der katholischen Josefs-Gesellschaft, Pastor Heinrich Sommer (Bigge). Die DVfK (heute Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter – DVfR – mit Sitz in Heidelberg) beeinflusste dann die weitere Entwicklung und initiierte auch das Preußische Krüppelfürsorgegesetz, welches 1920 erlassen wurde (Thomann 1995, 219–226; Lotze 1999). Die Rolle der DVfK und die in ihr mitarbeitenden Orthopäden und Pädagogen in der Zeit der NS-Herrschaft ist umstritten (Sierck 1992; Brill 1994; Fuchs 2001).

Der Erste Weltkrieg brachte Veränderungen in der Aufgabenstellung für die DVfK mit sich, da nun die »Kriegskrüppelfürsorge«, die orthopädische Behandlung und die berufliche Wiedereingliederung von Kriegsinvaliden gegenüber der »Friedenskrüppelfürsorge« eine größere Bedeutung bekam. Bei Kriegsausbruch wurde an sie appelliert, sich gleichfalls für die Behandlung und Wiedereingliederung der Kriegsinvaliden einzusetzen. Der Orthopäde Biesalski sah dies durch die mittlerweile 111 Kliniken und Beratungsstellen und durch den medizinischen Fortschritt (Narkose, Anti- und Asepsis, Sehnen- und Nervenverpflanzungen, orthopädische Hilfsmittel, neue Medikamente) gewährleistet. Er forderte aber auch den Ausbau der Arbeitsvermittlung für Erwerbsbeschränkte und die Einrichtung von Umschulungszentren, was durch die Einrichtung von Lazarett- und Übungsschulen verwirklicht wurde.

### 2.3 *Das Oscar-Helene-Heim (OHH) in Berlin*

Zur Bekämpfung des Krüppelends wurde 1905 ein Krüppelkinderheil- und Fürsorgeverein für Berlin-Brandenburg e.V. ins Leben gerufen. Er setzte sich das Ziel, ein eigenes Krüppelheim für Kinder nach dem Grundsatz der Interkonfessionalität zu errichten. Die von ihm 1906 gegründete »Krüppelheil- und Erziehungsanstalt für Berlin-Brandenburg«, die ihre Arbeit mit acht Kindern in Berlin begann, gilt als erste inter- bzw. überkonfessionelle Einrichtung der Krüppelfürsorge. Vorsitzende des Trägervereins wurde Frau Helene Pintsch, der 1912 durch die Vereinssatzung dieses Amt lebenslanglich übertragen wurde. Ihre Stellvertreter waren Prof. Dr. Albert Hoffa, Inhaber des Lehrstuhls für Orthopädie an der Berliner Universität, und Ober-Medizinalrat Prof. Dr. Eduard Dietrich vom preußischen Ministerium für Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. Die Anregung zur Vereinsgründung kam von Biesalski, der Schriftführer des Vereins wurde. Wie erwähnt, hatte er 1906 die Erfassung jugendlicher Krüppel angeregt und bearbeitet, bei der sich ergab, dass Tausende unversorgt waren. Das damals einzige brandenburgische Krüppelheim war das von der Inneren Mission der

Evangelischen Kirche getragene am Oberlinhaus in Nowawes bei Potsdam mit 170 Betten.

Die Armenverwaltung Berlins erkannte die neu entstandene Krüppelheil- und Erziehungsanstalt als Krankenanstalt an und billigte ihr den ortsüblichen Krankenhaus-Pflegesatz zu, sodass die Anstalt unabhängig vom Ertrag von Sammlungen wurde. Durch wachsenden Bedarf, war die Einrichtung aber bald zu klein. Der Vorsitzenden Helene Pintsch gelang es, von der Stadt Berlin im alten »Erziehungshaus« (Am Urban 10–11) Räume für 150 Betten zunächst mietfrei zu erhalten, die Anfang November 1907 bezogen wurden. Bei der Einweihungsfeier im Juli 1908 kam es dann dazu, dass der Gatte von Frau Pintsch, der Fabrikant Oscar Pintsch, »unter dem Eindruck der erhebenden Feier und angesichts des in den Betten ausgebreiteten Elends zum Ausdruck des Dankes dafür, daß Gott ihm eine gesunde Tochter beschert habe, aus der Entschließung des Augenblicks heraus ½ Million Mark schenkte« (Festschrift 1926, 11). Die Schenkung wurde in Form einer Oscar Pintsch-Stiftung angelegt, und die Erträge flossen jährlich dem Trägerverein des Krüppelheims zu. Noch vor dem Ersten Weltkrieg gelang es, ein eigenes Gelände und die erforderlichen Geldmittel für eine große Anstalt mit 300 Betten zu gewinnen. Der Verein erwarb eine Bauparcelle zwischen Dahlem und Zehlendorf und errichtete dort ein »Vollkrüppelheim« mit Klinik, Schule, Handwerksstuben, Wirtschafts- und Nebengebäuden, das im April 1914 mit 156 Pfléglingen aus dem bisherigen Haus Am Urban bezogen wurde. Infolge des Ersten Weltkriegs trat zeitweise neben die »Kinderkrüppelfürsorge« die »Kriegsbeschädigtenfürsorge«. Zusätzlich zu den dort beherbergten 250 Kindern wurde nun noch ein Lazarett mit 100 Betten eingerichtet, das von der chirurgisch-orthopädischen Abteilung betreut wurde.

Nachdem Helene Pintsch zum Andenken an ihren 1911 verstorbenen Ehemann Oscar erneut eine Summe von 150.000 (Gold-)Mark gestiftet hatte, erhielt die Anstalt auf Beschluss des Verwaltungsrats des Vereins den Namen »Oscar Helene-Heim für Heilung und Erziehung gebrechlicher Kinder« (OHH). Helene Pintsch war Mitglied des Zentralvereins der Deutschen Jugendfürsorge und dort Vorsitzende der Abteilung Krüppelfürsorge. Insofern hatte sie bereits einen Zugang zu den Problemen der verarmten und verkrüppelten Kinder und Jugendlichen. So ist es wohl auch zu erklären, dass sie Vorsitzende des Trägervereins für das OHH werden konnte. In der Satzung des neuen Vereins musste aber eine entsprechende Regelung gefunden werden. Der Vorstand nahm den Titel »Präsidium« an, und in der Satzung wurde bestimmt: »Frauen sind zur Begleitung jeden Amtes im Verein befugt.« Trotzdem verlangte die Konvention noch, dass die Vorsitzende bis zu ihrem Tode 1923 als »Frau Oscar Pintsch« geführt wurde. Die konstituierende Sitzung des Vereins fand in der Wohnung von Frau Pintsch in der Tiergartenstraße 4a in Berlin statt. Anwesend waren außerdem Konrad Bialsaki, der damals noch eine eigenständige orthopädische Praxis betrieb und als Schriftführer fungierte, sowie Albert Hoffa und Eduard Dietrich. Da die Beteilig-



ten in der Krüppelfürsorge noch keine ausreichende Erfahrung hatten, holte man sich fachlichen Rat u.a. bei dem in der konfessionellen Krüppelfürsorge ausgewiesenen Pastor Theodor Hoppe vom Oberlinhaus in Potsdam, einer Einrichtung der evangelischen Diakonie.

## 2.4 *Das preußische Krüppelfürsorgegesetz*

Nach langen Vorarbeiten und intensiven Beratungen verabschiedete am 6. Mai 1920 die verfassungsgebende preußische Landesversammlung das Krüppelfürsorgegesetz, das elf Paragraphen umfasst. Hier einige Auszüge:

»§ 1. Der § 31 des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1871 ... in der Fassung ... vom 11. Juli 1891 erhält folgende Fassung: Die Landesarmenverbände sind verpflichtet, für Bewahrung, Kur und Pflege der hilfsbedürftigen Geisteskranken, Idioten, Epileptischen, Taubstummen, Blinden und Krüppel, soweit sie der Anstaltspflege bedürfen, in geeigneten Anstalten Fürsorge zu treffen. Bei Krüppeln unter 18 Jahren umfaßt die Fürsorge auch die Erwerbsbefähigung der Krüppel.

§ 2. Die Fürsorge für Krüppel unter 18 Jahren, die nicht der Anstaltspflege bedürfen, und die Maßnahmen zur Verhütung der Verkrüppelung gehören zu den Aufgaben der Land- und Stadtkreise. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, diese Kreise nötigenfalls zur Erfüllung der Verpflichtung anzuhalten. (...)

(Die §§ 3 bis 7 regeln die Pflicht zur Anzeige beim Kreisarzt für Ärzte, Hebammen, Krankenpflegepersonen und Lehrer, wenn sie Verkrüppelungen wahrnehmen, die Höhe der Geldstrafe bei Verletzung der Anzeigepflicht und Verfahrensfragen.)

§ 8. Jeder Stadt- und Landkreis hat mindestens eine Fürsorgestelle für Krüppel zu schaffen oder sich einer solchen anzugliedern. In dieser Fürsorgestelle wird Beratung für Krüppel oder für solche Personen unter 18 Jahren erteilt, die der Gefahr der Verkrüppelung ausgesetzt sind. Die Beratungsstelle beantragt die Einleitung der notwendig erscheinenden Maßnahmen.

§ 9. Eine Verkrüppelung im Sinne dieses Gesetzes liegt vor, wenn eine Person (Krüppel) infolge eines angeborenen oder erworbenen Knochen-, Gelenk-, Muskel- oder Nervenleidens oder Fehlens eines wichtigen Gliedes oder von Teilen eines solchen in dem Gebrauch ihres Rumpfes oder ihrer Gliedmaßen nicht nur vorübergehend derart behindert ist, daß ihre Erwerbsbefähigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wesentlich beeinträchtigt wird.

§ 10. Mit der Ausführung dieses Gesetzes wird der Minister für Volkswohlfahrt beauftragt.

§ 11. 1) Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1920 in Kraft. 2) Soweit den in § 1 bezeichneten Verbänden geeignete Anstalten in ausreichender Anzahl nicht zur Verfügung stehen, kann der Minister bis zum 31. März 1926 Befreiung von

der Verpflichtung zur Anstaltsunterbringung gewähren.« (Zit. n. Merkens 1981, 143–145)

Die staatliche Krüppelfürsorge wird damit offiziell etabliert: Jeder Stadt- und Landkreis muss eine »Fürsorgestelle für Krüppel« schaffen. Diese Beratungsstellen dienen zur Einleitung von Maßnahmen, also »Bewahrung, Kur und Pflege« sowie »Fürsorge in geeigneten Anstalten«, womit auch die »Krüppelheime« gemeint waren, die Schulunterricht und die »Erwerbsbefähigung« im Sinne der Berufsausbildung anzubieten hatten, aber auch »Maßnahmen zur Verhütung der Verkrüppelung«, also die medizinische und pädagogische Prävention. Das Gesetz wurde bald mit gleich lautenden Bestimmungen in allen Ländern des Deutschen Reiches übernommen.

Für Biesalski, der mit der statistischen Erhebung 1906 und seiner Arbeit in der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge ein entscheidender Vorkämpfer war, war das Gesetz ein großer Erfolg. Seine Definition des Krüppels mit Blick auf eine medizinisch behandelbare Krankheit und die Befähigung zur Erwerbstätigkeit hatte sich ebenso durchgesetzt wie die Kostenübernahme für die heimbefürstigten Krüppel und die Meldepflicht als Voraussetzung für eine orthopädische Frühbehandlung. Das Festhalten an der Heimfürsorge kam auch den konfessionellen Krüppelheimen entgegen. Außer Acht gelassen wurden die Erfahrungen der ambulanten Krüppelfürsorge, womit die Form der Beschulung stark eingeschränkt war. Die separierte Heimschule galt als pädagogisch beste Lösung. Den ambulanten Krüppelschulen bot sich keine Perspektive, und der gemeinsame Unterricht in den allgemeinen Schulen blieb ohne Unterstützung. Mit der Meldepflicht wurde die ärztliche Schweigepflicht durchbrochen, was bis dahin nur zum Schutz der Allgemeinheit bei gefährlichen Infektionskrankheiten erlaubt und gefordert war. Die Eltern waren auch keineswegs aufgeschlossen für die Heimfürsorge; sie fürchteten eine Entfremdung von ihrem Kind durch die Anstaltsbehandlung. Konnten bis dahin wohlhabende Eltern auf die Krüppelheime verzichten und die orthopädische Behandlung ihres »verkrüppelten« Kindes privat finanzieren, so galt die Meldepflicht nun generell (Thomann 1995, 312–313).

## 2.5 *Ambulante Krüppelschulen und schulische Integration*

Nach Biesalskis (1911, 41–50) Meinung läuft neben der Tätigkeit des Arztes die des Lehrers »gleichwertig nebenher«. Wenn die Krüppelfürsorge dauernde Erfolge schaffen wolle, so müsse sie bei den jugendlichen Krüppeln anfangen. Die Krüppelschule war für ihn Schule an einem Krüppelheim. Trotz jahrelanger Behandlung und »einer Operation nach der anderen« könne sie ihre Zöglinge so weit fördern, daß sie das Schulziel in der gleichen Zeit erreichen, wie ihre »gesunden Altersgenossen«. Demgegenüber würden Kinder mit tuberkulösen Kno-

chenerkrankungen jahrelang in Krankenhäusern oder auch zu Hause liegen und entweder gar keinen oder nur gelegentlichen, aber keinesfalls ausreichenden Unterricht erhalten. Da die Kinder in Krüppelheimen aus »niedrigen Volksschichten« kämen, sei das Ziel der Krüppelschule das der Volksschule.

Eingeteilt werden sollte in drei Klassen, die eines »geschickten Lehrers« bedürfen. »Es genügt hier nicht der gute Wille oder ein warmes Herz, sondern der Lehrer muß alle pädagogischen Mittel beherrschen, denn wenn auch der Geist bei den Krüppeln bildungsfähig ist, so ist das Wissen oft sehr ungleichmäßig, die körperliche Schwäche bedarf der Berücksichtigung und häufig spielen auch, wenigstens vorübergehende, geistige Schwächen und Störungen mit hinein. Am zweckmäßigsten ist eine Krüppelschule eingerichtet, wenn sie *halbstündigen Unterricht* hat, so zwar, daß in allen drei Klassen zu gleicher Zeit dasselbe Fach gelehrt wird. Der halbstündige Unterricht bewahrt die Kinder vor Überanstrengung. Das gleichzeitige Ansetzen desselben Faches hat folgende Vorteile. Es kommt vor, daß ein zwölfjähriges Mädchen in das Krüppelheim gebracht wird, welches lesen kann, wie ein zwölfjähriges Kind, schreiben wie ein zehnjähriges und vom Rechnen überhaupt noch keinen Begriff hat. Nun geht es zur Rechenstunde in die Unterstufe, zum Schreiben in die Mittelstufe und zum Lesen in die Oberstufe und kann während dieser Zeit ein anderes Fach nicht versäumen, weil dort zur gleichen Zeit dasselbe gelehrt wird.« (Biesalski 1911, 44)

Auch die Frage nach der ambulanten Krüppelschule wurde von Biesalski (1911, 70) schon angesprochen (siehe dazu Auszüge in Quelle 1). Er verweist auf Erfahrungen in London, wo Krüppelkinder täglich an bestimmten Sammelstellen abgeholt und in Schulen gebracht wurden, in denen sie Unterricht, Körperpflege und Nahrung, vor allem aber medizinische Behandlung erhielten. In Berlin bestand vor dem Ersten Weltkrieg noch die Praxis, dass Kinder, die die Schule nicht besuchen können, zu Hause unterrichtet wurden. Ambulante Krüppelschulen nach Londoner Vorbild schienen Biesalski ökonomischer. Auch ambulante »Fortbildungsschulen«, im heutigen Verständnis berufliche Schulen für Krüppel, die außerhalb des Heims in der Lehre stehen, regte er an.

Die finanzielle Not nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg erschwerte dann die Schaffung von zusätzlichen Heimplätzen, sodass Tagesschulen entstanden und auch eine ambulante Beschulung körperbehinderter Kinder erprobt wurde. Deshalb wurden auch bereits Erfahrungen mit der schulischen Integration gesammelt. Erforderte doch ein Platz in der Tagesschule nur etwa ein Fünftel der Kosten eines Heimplatzes. Erste Tagesschulen wurden schon 1910 in Hamburg und Berlin gegründet. In Breslau gab es seit 1911 Tagesschulklassen; sie wurden 1916 um ambulante Krüppelschulen ergänzt.

Merkens (1981, 120–121) fasst deren Praxis wie folgt zusammen: »Dreimal wöchentlich erhielten zehn körperbehinderte Kinder von 9 bis 11 Uhr einen Sonderunterricht in einem eigens dazu hergerichteten Klassenraum. Nach kurzer Zeit wurde die Schule, die erstmalig in Deutschland keinem Heim für Körperbe-

hinderte angegliedert war, ausgebaut und bot täglichen Unterricht an. Nachbarschulen liehen Lehr – und Lernmaterialien aus oder überließen es der neuen Schule als Schenkung. Die Transportkosten – die körperbehinderten Kinder wurden täglich mit einem Pferdefuhrwerk zur Schule gebracht – wurden eine Zeitlang von drei Spendern getragen. Allmählich wurde die Unterrichtszeit auf täglich insgesamt 1 ½ Stunden erhöht.« Solche ambulanten Krüppelschulen förderten nicht-heimbedürftige sowie heimbefürchtete »orthopädisch-krank« Kinder, die nicht in eine Anstalt aufgenommen wurden, etwa weil es dort an Heimplätzen fehlte. Sie sollten zu Tagesheimschulen (heute meist als Ganztageschulen bezeichnet) ausgestaltet werden und eng mit einer Anstaltsschule kooperieren.

Es wurde offensichtlich nach dem besten Weg der Beschulung gesucht: Die Verfechter der Segregation in Krüppelschulen standen den Befürwortern der Integration in Normalschulen gegenüber (Stadler 2000, 93–96). Ein Gegner der Sonderbeschulung äußerte sich 1922 wie folgt: »Als Kind kommt der Krüppel viel leichter über die eine oder andere Enttäuschung in einer Normalschule fort als wenn er als Erwachsener, nur unter Leidensgenossen erzogen, aus der Enge seiner bisherigen Welt in die rauhe Wirklichkeit versetzt wird. Die Normalschule ist eine bessere Vorbereitung für das Leben als die Krüppelschule.« (Simon 1922, zit. n. Merckens 1981, 122) Eine Sonderbeschulung mit Heimunterbringung galt nur für solche Körperbehinderte als notwendig, die eine so schwerwiegende Beeinträchtigung körperlicher, seelischer oder sozialer Art aufwiesen, dass sie mit einer Beschulung und Berufsausbildung in den allgemeinen Einrichtungen überfordert waren. Der bereits zitierte Befürworter der Integration äußerte sich an anderer Stelle wie folgt: »Das Bestreben sollte dahin gehen, möglichst wenig Krüppelkinder der geschlossenen Fürsorge zuzuführen. Der Krüppel soll keine Sonderstellung in der bürgerlichen Gesellschaft einnehmen und daher dem Einfluß des Elternhauses und dem Verkehr mit gleichaltrigen Gesunden möglichst wenig entzogen werden. (...) Der Krüppel soll dazu erzogen werden, seinen Platz im Leben neben dem gesunden Mitmenschen auszufüllen. Daher muß angestrebt werden, ihn möglichst frühzeitig durch ... gemeinsame Erziehung mit seinen gesunden Altersgenossen zusammenzubringen.« (Simon 1926, zit. n. Merckens 1981, 123) Allerdings gab es noch keine allgemeine Schulpflicht für körperbehinderte Kinder; sie wurde erst mit den Bestimmungen im Reichsschulpflichtgesetz von 1938 eingeführt. Die schulische Förderung junger Menschen mit Körperbehinderung und chronischer Erkrankung bewegt sich bis heute zwischen Segregation und Integration.

## 2.6 *Zum Leben und Wirken von Hans Würtz*

Die folgenden Darstellungen stützen sich wesentlich auf die Studie von O. Munsberg »Das psychologische und pädagogische Konzept von Hans Würtz (1875–

1958) vor dem Hintergrund seiner Biographie – Eine kritische Würdigung im Spannungsfeld sozialbiologischer und reformpädagogischer Positionen aus der Sicht der Körperbehindertenpädagogik«, die 2001 als Dissertation von der Universität Dortmund, Fakultät Rehabilitationswissenschaften, angenommen wurde. Wörtliche und sinngemäße Zitate beziehen sich auf die Buchveröffentlichung (Musenberg 2002).

### **2.6.1 Persönliche und berufliche Entwicklung**

Hans Würtz wurde am 18. Mai 1875 in Heide (Kreis Norddithmarschen in Holstein) als Sohn von Johann Peter Würtz und Johanna Olufs, geb. Hansen, geboren. Seine Mutter verstarb noch im Kindbett; seinen Vater verlor er fünf Jahre später. Da er als uneheliches Kind zur Welt gekommen war, erhielt er vorerst den Namen Johann Peter Heinrich Hansen, den Geburtsnamen seiner Mutter, führte jedoch bereits als junger Mann den Namen Würtz. Nach dem Tod des Vaters wuchs er bei der Familie seines kinderlosen Onkels auf der Nordseeinsel Föhr auf. Mit Beendigung der Schulzeit sollte er im Handelsgeschäft seines Onkels »Würtz und Haberecht« arbeiten, was ihm jedoch widerstrebte. Zu seinen Pflegeeltern entwickelte sich kein gutes Verhältnis, und er wollte nicht in das Geschäft eintreten. Vielmehr entstand bei ihm der Wunsch, Lehrer zu werden und sich hilfebedürftigen Kindern anzunehmen.

Seine Lehrerausbildung begann Würtz auf der Präparandenanstalt in Apenrade (Nordschleswig, heute zu Dänemark gehörend) und nahm nach deren Abschluss eine Stelle als Aushilfslehrer auf Föhr an. Ab 1894 besuchte er das Lehrerseminar in Tondern (ebenfalls heute dänisch), aus dem er aber auf Grund von Auseinandersetzungen mit Dozenten vorzeitig entlassen wurde. Er arbeitete dann als Hauslehrer in einer Pastorenfamilie auf Föhr, die gute Beziehungen zur Obersten Schulbehörde hatte, sodass Würtz am Lehrerseminar in Eckernförde eine zweite Chance bekam, die er erfolgreich nutzte. Nach Beendigung des Seminars erhielt er mit vierundzwanzig Jahren 1899 seine erste Anstellung als Volksschullehrer im Heidedorf Uk in Nordschleswig und absolvierte im April 1902 seine Zweite Lehrerprüfung.

Seine erste Zeit der Tätigkeit als Volksschullehrer zeichnete sich durch großes Engagement aus. Würtz erschien geradezu besessen vom Lehren, gründete einen Leseklub und einen Theaterverein, zog an Sonntagen als Mitglied des Guttemplerordens von Dorf zu Dorf und warnte vor dem Alkoholgenuß. Er verstand sich als Kulturbringer: die Bilder in den Bauernhäusern der Umgebung bezeichnete er als Kitsch und brachte den Bauern andere Bilder zum Schmuck ihrer Häuser. Durch solche Aktivitäten erzeugte er bei den Dorfbewohnern und der Schulbehörde Widerstand, sodass es gegen ihn ein Disziplinarverfahren wegen »Unruhestiftung« und einen unangemeldeten Besuch der Schulinspektion gab. Das Verfahren ging aber zu seinen Gunsten aus, und nach der Überprüfung erhielt er wegen seiner guten Leistungen eine Gehaltszulage.

Die fünfjährige Lehrtätigkeit in Uk endete für Würtz 1904 mit der Berufung als Volksschullehrer nach Altona (damals eigenständig, heute Stadtteil von Hamburg). Hier lernte er Gertrud Nielson (1885–1968) kennen, die er 1907 heiratete. 1908 kam ihre Tochter Gerda zur Welt. In Hamburg bestanden Kontakte zu dem »Biosophen« Willy Schlüter, mit dem ihn dann eine langjährige Freundschaft und Zusammenarbeit verband; 1914 publizierten sie gemeinsam das Buch »Uwes Sendung«. In Altona begegnete er auch Anna Plochow (1853–1924), die sich in der Frauenbewegung engagierte und seinen beruflichen Werdegang beeinflusste. Durch ihre Beziehungen erhielt er 1910 zunächst eine Stelle als Volksschullehrer an der Knabenschule in Berlin-Tegel und schon 1911 den Ruf an die »Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt für Berlin-Brandenburg« in Berlin. Aus dieser Anstalt ging das »Oscar-Helene-Heim« (OHH) hervor, an dem er dann die Stelle des Erziehungsinspektors bekleidete. Würtz, der vom Dorfschullehrer auf dem Lande zum pädagogischen Leiter in der Reichshauptstadt Berlin avancierte, widmete sich von nun an mit großem Engagement der Arbeit mit jungen Körperbehinderten, obwohl ihm bis dahin praktische Erfahrungen in der Krüppelfürsorge fehlten.

In Berlin wurde 1911 sein Sohn Harro Jan, 1912 die zweite Tochter Helga geboren. 1928 wurde die Ehe zwischen Gertrud und Hans Würtz auf Veranlassung von Gertrud Würtz geschieden. Würtz hatte ein Verhältnis mit Rosalie von Molo, geb. Richter, der geschiedenen Frau des Schriftstellers Walter von Molo, die er dann 1928 heiratete.

### 2.6.2 Wirken in der Krüppelfürsorge und weiterer Lebensweg

Die Jahre von 1911 bis 1933 waren für Würtz die produktivste Phase seines Lebens, da er seine Konzepte und Erfahrungen in der »Zeitschrift für Krüppelfürsorge«, deren Mitherausgeber er von 1915 bis 1933 war, darlegen konnte. Außerdem publizierte er in anderen Fachzeitschriften und veröffentlichte mehrere Monographien. Neben der Tätigkeit als Erziehungsinspektor und seit 1915 auch als Verwaltungsdirektor am OHH, war er in Vereinen und Verbänden sowohl der Krüppel- als auch der Waisenfürsorge engagiert. Alle Konzepte zu seiner »Krüppelpädagogik« und »Krüppelpsychologie« entstanden in diesem Zeitraum. Nach dem Tod des Orthopäden Konrad Biesalskis im Jahr 1930, mit dem er partnerschaftlich und gleichberechtigt zusammengearbeitet hatte, war er der wichtigste Repräsentant des OHH. Er wurde auf Grund der vielfältigen Übereinstimmung mit Biesalski in Grundauffassungen der Krüppelfürsorge als »geistige Komplementär-Erscheinung« gesehen (Fuchs 2001, 61).

Direkt nach der Machtergreifung des NS-Regimes 1933 wurde Würtz als Volksfeind, Edelkommunist, Freimaurer, Philosemit und Pazifist verdächtigt, seines Amtes enthoben und verurteilt. Musenberg (2002, 102) geht auf die unterschiedlichen Vorwürfe gegen Würtz ein, und zwar zum einen, dass er »Mißbrauch mit den Bildern Göbbels betreibe«, den er in dem 1932 erschienen Werk »Zerbrecht

die Krücken« gleich zweimal in den Listen berühmter Krüppel wegen dessen Klumpfuß erwähnt hatte. Zum anderen wurde ihm seit dem 15. Mai 1933 durch eine außerordentliche Mitgliederversammlung des »Krüppel-, Heil- und Fürsorgevereins für Berlin-Brandenburg e.V.« als Verfehlung vorgeworfen, »Spendengelder des ›Hilfsbundes Oscar-Helene-Heim‹ veruntreut« und diese zu Privatzwecken, nämlich zum Tilgen von Privatschulden und zur Finanzierung des Buches »Zerbrecht die Krücken«, verwendet zu haben. Die Vorwürfe wurden vor allem durch Dr. Eckhardt, Geschäftsführer der »Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge«, und durch den Lehrer Knabe gemacht, der selbst die Stelle des Erziehungsdirektors am OHH anstrebte.

Eckhardt und Knabe übernahmen dann noch während der Untersuchungshaft von Würtz führende Rollen in der Krüppelfürsorge. Die ihm zum Vorwurf gemachte Veruntreuung von Spendengeldern war wohl nicht der eigentliche Grund für die strafrechtliche Verfolgung. Der Prozess gegen ihn war politisch motiviert, wobei sein Buch »Zerbrecht die Krücken« und eine 1927 unternommene Studienreise in die Sowjetunion in der »Strafsache Würtz« eine große Rolle spielten. Politisch-ideologische Gründe führten letztlich zum Verlust seiner Arbeitsstelle am OHH und zu seiner Emigration.

Er wurde dann 1933 zunächst fristlos und ohne Pension entlassen. Auf Grund von Warnungen floh er Anfang April 1933 in die Tschechoslowakei und lebte dort in Prag bei seinem tschechischen Freund und Kollegen Augustin Bartoš, der in Prag Arzt und Direktor des Prager Krüppelheims war. Von dort kehrte er jedoch bereits am 12. Mai 1933 nach Berlin zurück, um sich gegen die erhobenen Vorwürfe wie Untreue und Verschwendung von Spendengeldern des OHH zu wehren. Er wurde aber sofort in »Schutzhaft« genommen und verbrachte die Zeit vom 17. Mai 1933 bis zum 22. Januar 1934 in der Haftanstalt Berlin-Moabit. Am 22. Januar 1934 wurde er von einer Strafkammer des Landgerichts zu einem Jahr Gefängnisstrafe mit Bewährung verurteilt. Noch am Tag der Haftentlassung verließ er Deutschland wieder, nachdem er durch eine Erzieherin am OHH eine Warnung erhalten hatte. Er ging erneut in die Tschechoslowakei, um so der NS-Verfolgung und der Gefahr der Verschickung ins Konzentrationslager zu entinnen.

Im Sudetengebiet der Tschechoslowakei ließ Würtz sich mit seiner Frau zunächst in Neumark nieder. Von Mai 1935 bis Oktober 1938 wechselten sie mehrmals ihren Wohnort und gingen schließlich nach Wien, wo sie bis 1946 bei der Familie des Bruders seiner Frau lebten. Sowohl während der Emigrationsphase in der Tschechoslowakei als auch in Wien betätigte er sich schriftstellerisch und begann während des Aufenthalts in der Tschechoslowakei das Buch »Weltgefahr-Weltbefreiung«, das 1947 erschien. In Wien erstellte er ein Manuskript zur »Germanischen Götterlehre«, das jedoch nicht veröffentlicht wurde. Er kehrte 1946 nach Berlin zurück, stellte einen Antrag auf Straftilgung und wurde 1947 durch die Aufhebung des Urteils von 1934 und die Tilgung seines Strafregisters

rehabilitiert. 1949 übernahm er, nachdem die Stadt Berlin von der Treuhänderschaft des OHH zurückgetreten war, den Posten des Kurators im sich neu konstituierenden Trägerverein. Am 13. Juli 1958 starb Hans Würtz im Alter von 83 Jahren (Musenbergs 2002, 55–136).

### 2.6.3 Der Krüppel- und Reformpädagoge

Würtz wurde zum exponierten Vertreter einer eigenständigen »Krüppelpädagogik«, die er als Teil einer differenzierten Heilpädagogik sah. Das »Vollkrüppelheim« war für ihn der geeignete schulische Ort für die Bildung der »Krüppel«, wobei er am OHH die Dominanz der Medizin akzeptierte. Seine Kooperation mit dem Orthopäden Biesalski als Leiter des OHH gilt als konstruktiv und fruchtbar für das Erreichen der gemeinsamen Ziele in der Krüppelfürsorge als staatlich finanzierte und von kirchlicher Trägerschaft unabhängiger Aufgabenstellung. Er zeigte sich anfangs zwar aufgeschlossen, später aber eher ambivalent gegenüber der »Ambulanten Krüppelschule«, die er als »Sorgenkind der Krüppelfürsorge« bezeichnete. Den gemeinsamen Unterricht von Nichtbehinderten und Körperbehinderten in »Normalschulen« lehnte er ab und forderte die »unbedingte Sonderbeschulung« (Musenbergs 2002, 256). In seinem Verständnis einer separierten Beschulung im Krüppelheim stimmte Würtz mit den Vertretern der kirchlichen Einrichtungen überein. Eine Gegnerschaft ergab sich aber in Bezug auf eine so genannte »sozial-biologische Pädagogik der Körperbehinderten«, die von Repräsentanten der katholischen Körperbehindertenfürsorge wie dem Prälaten Peter Josef Briefs heftig bekämpft wurde (siehe Kap. IV).

Die von Würtz vertretene »Krüppelpädagogik« war von der Reformpädagogik geprägt und Teil dieser Bewegung. So hat sich Würtz um eine Realisierung des Gedankens der »Gemeinschaftsschule« bemüht. Trennungen aus Standes- und Besitzgründen sowie nach Konfessionen sollten aufgehoben und die Koedukation von Mädchen und Jungen durchgängig praktiziert werden. Bereits 1913 erörterte er die »Selbsttätigkeit als Prinzip in der Krüppelerziehung« (Quelle 3), welches aus dem pädagogischen Gedankengut J.J. Rousseaus in die Reformpädagogik einging und u.a. auch in der Pädagogik Maria Montessoris eine zentrale Rolle spielt. Er will damit dem »starken Hang zur Passivität«, den er beim Krüppel beobachtet, entgegenwirken. Die Schule am OHH war eine Erziehungs- und Gemeinschaftsschule, in der Schülerselbstverwaltung, Schülerzeitung und Schulfahrten selbstverständlich waren (Quelle 6). Problematisch zu sehen ist andererseits die starre Bindung an das Konzept der Arbeitsschule; Arbeit war sowohl Erziehungsmittel als auch in Form der Erwerbsbefähigung Erziehungsziel.

Die reformpädagogischen Intentionen wurden im OHH durch die Förderung des Wanderns und Erlebens der Natur (Quelle 8), durch Buddelplätze, eine Plantschwiese, Sonnenbäder und die Pflanzenpflege umgesetzt. Beachtlich war für damalige Zeit die Form des Unterrichts als »Waldschule« (Quelle 6).



Gedanken aus der Erziehungsphilosophie des J.J. Rousseau nahm Würtz allerdings keineswegs unkritisch auf. In der Vorschule wurde nach Friedrich Fröbel und in der Grundschule nach Konzepten und mit Materialien der Maria Montessori gearbeitet. Die Waldschule war eine der »liebsten Kinder« von Würtz. Da das OHH über einen eigenen Schulwald verfügte, konnte er dem von Rousseau bestimmten reformpädagogischen Gedanken des »Zurück-zur-Natur« folgen. Die Waldschule bot eine Ersatzfunktion für das Leben außerhalb des Heims und ermöglichte ein »frisches, gemeinsames Erleben« (Musenbergs 2002, 217–225, 261–262).

#### **2.6.4 Seine Anstöße zur Lehrerbildung**

Bläsig (1969) verweist darauf, dass die Wegbereiter der Körperbehindertpädagogik um und nach 1900 – er nennt Würtz, Herold und Jaschke – Volksschullehrer waren, die sich als Autodidakten in die Pädagogik und Psychologie bei Körperbehinderung sowie in relevante medizinische Bereiche eingearbeitet haben. Die Konstitutionsgeschichte des Faches als Teil der Heilpädagogik hat Weiß (1999) aufgezeigt. Neuere Entwicklungen werden in Einführungen in das Lehr- und Forschungsgebiet deutlich, so u.a. von Stadler (1998) und Bergeest (2000).

Die spezifische Ausbildung von Lehrkräften für die Schulpädagogik bei Körperbehinderung setzte im Vergleich zu anderen Schulen für Behinderte aber erst spät ein (Stadler 1975). Dies mag mit den Einrichtungen zusammenhängen, die sowohl Körperbehinderte als auch Kranke schulpädagogisch förderten und für alle Schulstufen und Schulformen Lehrkräfte benötigten. Musenbergs (2002, 82–83) hat nun gezeigt, dass Würtz schon in den Zwanzigerjahren an der Ausbildung von »Krüppelpädagogen« beteiligt war. Als Lehrbeauftragter am Heilpädagogischen Seminar Berlin-Brandenburg, einer Abteilung der Diesterweg-Hochschule Berlin, wirkte er an der Lehrerbildung mit. So gibt es einen »Arbeitsplan für den 1. einjährigen Kursus von Oktober 1927 bis September 1928«, auf den sich die Mitarbeit von Würtz bezog.

Seine Auffassungen zu den Zielen und Inhalten der Lehrerbildung und seine Forderungen an die Persönlichkeit des Lehrers in den Krüppelheimen hat Würtz in einem eigenen Beitrag formuliert (Quelle 7). Er strebte eine Gleichstellung mit den Blinden- und Taubstummlehrern an, deren Professionalisierung schon weiter fortgeschritten war als die der Hilfsschullehrer. Die Pädagogik der Körperbehinderten sah er aber als Zweig der Heilpädagogik, eine Konzeption, die dann in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in der eigenständigen Ausbildung von Lehrkräften für Körperbehinderte und Kranke an Hochschulen realisiert wurde.

In seinen Analysen zum Beitrag von Würtz zu den Aufgaben, Kompetenzen und zur Ausbildung des Lehrers an »Krüppelschulen« kommt Musenbergs (2002, 246–250) zu folgenden Erkenntnissen: Obwohl am Oscar-Helene-Heim auch Lehrer unterrichteten, die selbst körperbehindert waren, forderte Würtz den Er-

zieher als »Vollmensch, der alle körperlichen und geistigen Kräfte harmonisch ausgebildet hat« und begründet dies auch näher. So u.a. mit der Forderung, dass die Körperbehinderten »immer wieder eines Zuschusses an Frische und Rüstigkeit« bedürften. Der Erzieher müsse eine selbstbewusste Persönlichkeit sein, der dem Schüler mit »besonders zarter Einfühlung und feinem Takt« begegne, aber nicht zu sensibel sei und dem Schonungsmitleid anheim falle. In seiner Haltung, Sprechweise und Gangart solle er »das Gepräge gemütsfrischer Gerechtigkeit und Güte« ausstrahlen. Er müsse ein »mannhaftes Wesen« besitzen, an dem sich die Schüler aufrichten können. Der Lehrer am Krüppelheim werde mit einer seltenen Mannigfaltigkeit verschiedener Einrichtungen konfrontiert, nämlich Kindergarten, Schule, Werkstatt, Klinik, deren unauflösbare Verbindung er überschauen und aktiv mittragen müsse. Der »Krüppelpädagoge« müsse ein Zusammenschauer, ein Synoptikos, sein, der »Umblick, Einblick und Überblick« in sich zu verbinden weiß. Schließlich sei der Lehrer »Mitarbeiter des Arztes, Psychoanalytiker, experimenteller Psychologe, Heilpädagoge, Statistiker, Organisator und Kenner des Berufs- und Wirtschaftslebens«. Von ihm werde die genaue Kenntnis der Heilpädagogik und aller mit ihr verknüpften psychologischen Forschungsergebnisse erwartet.

Dies erinnert an die übersteigerten Erwartungen an die Berufsrolle des Sonderschullehrers, wie sie im Zuge der Professionalisierung artikuliert wurden (Stadler 1975, 76–81). Schule ist für Würtz weniger eine Wissens-, sondern Willens- und Erziehungsschule mit besonderer sozialpädagogischer Betonung. Im Pädagogen sieht er die Vaterfigur, die den Heimschülern das Elternhaus und die familiären Strukturen ersetzt. Nur eine spezielle Ausbildung werde diesen Aufgaben gerecht, wobei Würtz vom »besonderen Fachpädagogen« spricht.

### **3. Die Beschäftigung mit Hans Würtz – ein Problem?**

Das Leben und Wirken von Hans Würtz war in der Pädagogik bei Körperbehinderung lange Zeit nur mit Vorbehalten Gegenstand fachlicher Erörterungen (Stadler 2002). Vieles war insbesondere bezüglich seiner Biografie und seiner politischen Haltung unklar: Warum musste er emigrieren? Wie konnte er ein Verfolgter der Nazis sein, wenn manche seiner Äußerungen an die Ideologie des Faschismus erinnern? Muss man in ihm einen »Verirrten« sehen, der für seine Klientel, die »Krüppel«, das Gute wollte, aber doch der Nazi-Ideologie vom »lebensunwerten Leben« vorgearbeitet hat? Welche Einflüsse aus der Biosophie und Tatphilosophie von Willy Schlüter nahm er auf?

Kunert (1973, 21) artikuliert schon Anfang der Siebzigerjahre erhebliche Vorbehalte gegen Würtz und Schlüter. Beide gingen davon aus, dass die Ursache der seelischen Andersartigkeit die körperliche Bewegungshemmung sei. Ein schwer körperbehinderter Mensch sei für sie »seelisch nicht zu heilen und deshalb wertlos«. Die Erwerbsfähigkeit werde zum einzigen Ziel der Fürsorge; wer dazu nicht

gebraucht werden könne, müsse folgerichtig »aus der Fürsorge ausscheiden, sich selbst überlassen bleiben oder in Zeiten der Not der Euthanasie überantwortet werden«. Bei der Weichenstellung, die in den Siebzigerjahren in der Pädagogik der Körperbehinderten in Bezug auf die Aufnahme der Schwerstbehinderten in die Sonderschulen und die gemeinsame Unterrichtung in Regelschulen anstand, schien eine Rückbesinnung auf die pädagogische Leistung von Würtz blockiert. Voraussetzung für eine angemessene Würdigung war die Aufarbeitung des umfangreichen Schrifttums von Würtz. Musenberg (2002, 338–343) hat zu dessen Bibliographie 118 Veröffentlichungen nachgewiesen.

Die Auseinandersetzung um den Schulbesuch der Schwerstbehinderten stellt für Oskamp (1978, 179) »eine wiederkehrende Dialektik der frühen Körperbehindertenpädagogik dar«. Unter dem Einfluss von Orthopädie und Reformpädagogik war ein enormer sonderpädagogischer Aufschwung zu verzeichnen. Gleichzeitig erfolgte aber eine Einengung dieses Anspruchs auf eine Auswahl der Schüler im Hinblick auf ihre Verwendbarkeit in einem späteren Beruf. In seiner Analyse reformpädagogischer Ansätze in der frühen Körperbehindertenpädagogik im ersten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts geht Oskamp auch auf Würtz ein. Trotz der Kritik an dessen spekulativ-psychologischem und pädagogisch-voluntaristischem Ansatz sieht er ihn als Reformpädagogen, der in der Krüppelerziehung die Selbsttätigkeit nicht allein als Ziel, sondern zugleich als Erziehungsmittel nutzen wollte.

Leyendecker (1983, 103) kennzeichnet die Schriften von Würtz als eine – »mit Pathos vorgetragene – Pädagogik der Stärkung des biologischen Wesenswillens, und zwar durch Bewegungstraining und Überkompensation«. Er verweist auf die im Nationalsozialismus unter einem biologistisch-selektionistischen Ansatz der Auslese minderwertiger Volkskraft propagierten »Krüppelfürsorgesperren«. Man könne Würtz aber nicht als »direkten Wegbereiter einer solchen Auffassung identifizieren«, weil er selbst auf Grund seines engagierten Einsatzes für die Körperbehinderten als Volksfeind verurteilt, aus seinem Amt entfernt und zur Emigration genötigt wurde.

Die bei Würtz vermutete Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut erschwerte die Auseinandersetzung mit seinem »krüppelpädagogischen« Konzept. Von Pawel (1984, 40) nahm zwar Bezug auf ihn und seine Arbeiten, ging aber nur auf seine fragwürdige Grundhaltung bezüglich des Gedankenguts der Krüppelpsychologie ein und setzte sich nicht näher mit ihm auseinander. Es war Schmeichel (1983), der die Bedeutung von Würtz für die Körperbehindertenpädagogik bewusst machte. Zu seinem 25. Todestag 1983 kennzeichnete er ihn als Wegbereiter der modernen Rehabilitation. Auch Wilken (1983) würdigte die Persönlichkeit von Würtz und seine schulpädagogische Leistung.

Obwohl die Reformpädagogik in den letzten Jahrzehnten starke Beachtung erfuhr, blieben die schulpraktischen Erfahrungen von Würtz aber mehr oder weniger »verschüttet«. Fast zwanzig Jahre dauerte es dann noch, bis man sich auf

diesen frühen »Krüppel-Pädagogen« wieder vermehrt besann. So verweist Bergeest (2000, 68–69) auf die von Würtz entwickelten Unterrichtsmethoden auf reformpädagogischer Basis und dessen einschlägige pädagogische Schriften, ohne sich aber eingehender mit ihm auseinander zu setzen.

Inzwischen liegt eine Würdigung von Weiß (2000) im Sammelband »Lebensbilder bedeutender Heilpädagoginnen und Heilpädagogen des 20. Jahrhunderts« vor. Sie stellt einen »aufklärenden« Beitrag zur Bewertung dar. Mit der Aufnahme in diesen Sammelband erfuhr Würtz gleichzeitig die Anerkennung als »bedeutender Heilpädagoge«. Für Weiß steht aber ein fremdentworfenes Lebensbild in der Gefahr, ungerecht zu sein; er habe versucht, Würtz »als kreative, engagierte Lehrerpersönlichkeit darzustellen«, was ihm zweifelsohne gelungen ist. Die Überhöhung der Erwerbsarbeit und Erwerbsbefähigung, wie sie bei Würtz erkennbar ist, werde heute besonders fragwürdig, wo ein »Leben ohne Erwerbsarbeit« für immer mehr (körper-)behinderte Menschen zu einer dominanten Bedingung ihrer Biografie wird.

### 3.1 *War Würtz »Eugeniker« und ein Wegbereiter des Faschismus?*

Als zentrale Erkenntnis stellt Musenberg (2002, 301) fest: »Während sich bei Biesalski sehr wohl Aussagen finden, die sozialdarwinistisches Auslese-Denken nach Art der Lebenswert-Debatte der Zwanzigerjahre belegen, ist es mir in den Schriften von Hans Würtz nicht gelungen, Vergleichbares zu finden.« Für Biesalski ist Eugenik die einzig richtige Methode, um die »Krüppel« »auszumerzen«, indem man sie erwerbsfähig macht und so der produktiven »Volksgemeinschaft« einreicht. Bei Würtz finden sich derart krasse Formulierungen nicht. Allerdings bewegte sich Würtz in seinen beruflichen Anfangsjahren durch die Verbindung mit dem Kreis der »Volkserzieher« in einem völkisch-rassistischen »Dunstkreis«. Dies fand seinen Niederschlag in seiner ersten Monographie »Uwes Sendung – ein deutsches Erziehungsbuch«, die er 1914 zusammen mit Willy Schlüter veröffentlichte (siehe die Einführung von Würtz in Quelle 5). Durch folgende Passagen aus dem Buch werden rassistische Vorstellungen deutlich: »Das richtige Verständnis für die Enthaltsamkeitsübungen kann man nur gewinnen, wenn man volksorganisch oder im Geiste der Eugenik, der Artveredelungswissenschaft denken lernt.« (78) »Die Germanen sind aber, das wird man nicht leugnen können, die kraftvollste Rasse des Erdballs.« (81)

In der gleichen Schrift finden sich aber bezüglich der eugenischen Forderungen nach Ausmerzung von »Minderwertigen« auch gegenteilige und eindeutig ablehnende Stellungnahmen: »... Rassen und Klassen (verdächtigen) einander als reif für die Auslese, für die schließliche Ausschaltung aus dem Reiche des Lebens. (...) Aber diese Orientierung ist grundfalsch, durch und durch unwissenschaftlich und unbrauchbar. Das hat gerade die moderne Krüppelpflege bewiesen. Die

Anpassungsnorm der kulturellen Menschheit ist die Ethik der absoluten Heilighaltung der sittlichen Tatkraft in allen Menschen.« (238)

Eine weitere Passage aus diesem Buch lautet: »Wir scheinen nun zwar durch unsere gemeinsame Arbeit der Eugenik entgegenzuwirken, wir Ärzte und die Pädagogen. Man möchte den Gott der Genesung als jugendstarken Apollo begrüßen, der den häßlichen Drachen der Entartung und Verkrüppelung siegesheiter vernichtete. Die rücksichtslose Tötung alles dessen, was auf krummen oder zu schwachen Beinen steht, will manchen als wünschenswert erscheinen. Schon der Gedanke der Krüppelpflege muß auf diese Leute wie eine Herausforderung wirken. ›Wendet dieselbe Tatkraft, die ihr auf die häßlichen Krüppel verwendet, doch lieber gesunden Menschen zu!‹ So hören wir häufig. Darum werden nicht alle Zeitgenossen den Bund der Ärzte und Pädagogen willkommen heißen. Doch wir wollen die Krüppel nicht als Schwächlinge, sondern als Tüchtige dem großen Heere der Arbeit einreihen. (...) Die Eugenik erstreckt sich durch die Erziehung zur Tüchtigkeit, die Stärke und Siegeskraft mitteilt, auch auf die Krüppel. Sie ist nicht so zag, daß sie vor äußeren Häßlichkeiten zurückschreckt. Auch wir sind Eugeniker. Wir wollen, daß Edles und Machtverleihendes überall wachse. Unsere Eugenik ist nur umfassender. Statt mit dem sittlichen Gesetz der Heilighaltung des Menschenlebens ohnmächtig zu hadern, führen wir der Kultur in ertüchtigten Krüppeln weiter wackere Streiter zu, die den Gesunden nicht zur Last fallen, sondern munter helfen, die Last und Hitze des Tages zu tragen. Wir sind Eugeniker der Tat.« (Würtz 1914, 188–189) Hier wird ein eigener Begriff von »Eugenik« im Sinne einer »Eugenik der Kultur« entworfen, der sich nicht mit den gängigen Inhalten deckt. Danach beinhaltet Eugenik die Förderung der Fortpflanzung Erbgesunder oder die Eindämmung der Fortpflanzung Erbkranker. Es geht den Verfassern aber um eine pädagogische Ertüchtigung der »Krüppel«.

Auch die viel kritisierte Parole von Würtz »Tat oder Tod«, die sich in seinem Buch »Das Seelenleben des Krüppels« (1921) findet, ist nicht einfach zu interpretieren (siehe Auszüge in Quelle 6). Die Passagen lauten: »Der Gebrechliche muß sein Äußerstes an Kraft geben ... er muß wählen: entweder sieghaftes Niederringen der Gebrechlichkeit oder siechhaftes Dahindämmern im Krüppeltum. Tat oder Tod« (53). »Das Leiden adelt, auch das Krüppelleiden. Die Gebrechlichen, die in nüchterner Erkenntnis ihres Schicksals mit bewußter Folgerichtigkeit sich ein starkes und siegreiches Willensleben erarbeiten, überholen sittlich und oft auch wirtschaftlich die Gesunden, die sich selber nie zuriefen: Tat oder Tod.« (55) Verfälschende Interpretationen dazu finden sich bei Sierck (1992, 18), aber auch bei Kunert (1973, 21). Nach Musenberg (2002, 305) ist folgende Interpretation zutreffend: Mit Tat meint Würtz in Anlehnung an Willy Schlüter ein tatkräftiges Leben, Selbsttätigkeit in der Rehabilitation wie im Erwerbsleben. Tod bezeichnet nicht, wie von Sierck und Kunert missverstanden, den biologischen, physischen Tod, sondern das Gegenteil zur Tat, nämlich ein kraftloses, willenloses Dasein, einen passiv-resignierender Zustand.

### 3.2 Was beabsichtigte Würtz mit seinem Konzept der »Krüppelseele«?

Die Aussagen von Würtz zu einer »Krüppelpsychologie« sind schwer einzuschätzen, da er einerseits dem »Krüppel« Persönlichkeitsmerkmale generalisierend zuordnet, andererseits aber selbst immer wieder vor den Gefahren einer Verallgemeinerung warnt. Nach Musenberg hat man es nicht nur mit Gegensätzen sondern mit Widersprüchen zu tun. Der generalisierende Aspekt legt nahe, dass er den Körperbehinderten auf Grund seines von der Norm abweichenden Bewegenslebens und der daraus resultierenden Andersartigkeit des Gemüts- und Willenslebens als Sonderform des Menschseins oder gar als eigene Menschengattung betrachtet. Damit wäre dann auch eine Sonderanthropologie denkbar, ähnlich wie sie für Blinde konstruiert wurde, denen man eine aus dem Nichtsehen ableitbare »psycho-physische Ichstruktur« zuschrieb.

Der Zusammenhang von körperlicher Schädigung und Persönlichkeitsentwicklung wurde immer wieder reduziert auf die Gleichung: körperliches entspricht seelischem Krüppeltum. Würtz versucht aber bei seiner Beschreibung der Krüppelseele, individuell Psychisches und Soziales als unauflöslich miteinander verbunden darzustellen. In seinem Buch »Das Seelenleben des Krüppels« (1921, 4) stellt er fest, dass im Sinne des psycho-physischen Parallelismus jede körperliche Abweichung vom Normalen einen Schatten auf das Bewusstsein des Betroffenen werfe, dessen Selbstgefühl trübe und den Willen ins Stocken bringe (siehe dazu auch die Auszüge in Quelle 6). Musenberg (2002, 203) verweist darauf, dass Würtz seine Auffassungen zunehmend eingeschränkt und relativiert hat. Dies geschah unter dem Einfluss der Zusammenarbeit mit dem Leipziger Schulpsychologen Dr. Winkler, worauf schon Oskamp (1978, 182) aufmerksam machte. Nach Winkler kann man vom psychologischen Standpunkt aus von keiner einheitlichen Krüppelseele sprechen.

Würtz hat nicht zuletzt durch seine Anhäufung negativer Merkmale der Persönlichkeit des »Krüppels« Vorurteile gefördert. So spricht er von »seelischen Entgleisungen und Schwächen«, die er als erhöhte Empfindlichkeit, Reizbarkeit, Neid, Misstrauen, Starrheit und Härte der Selbstbehauptung, übersteigertem Ehrgefühl und Größenwahn kennzeichnet. Andererseits kommt Musenberg (2002, 300) zu der Feststellung, dass Würtz den Begriff »Krüppelseele« nie eindeutig definierte, sodass es dem Leser seiner Schriften vorbehalten bleibt, ihn mit Inhalt zu füllen. Nach seinen Analysen kommt auch der schärfste Widersacher des sozial-biologischen Ansatzes der Krüppelfürsorge, der katholische Krüppelfürsorger Briefs (1955, 123), zu einer fairen Bewertung: Würtz Verständnis der Krüppelseele könne nicht auf eine Kausalverbindung von biologischer Andersartigkeit und psychischer Abweichung reduziert werden. Briefs geht aber nur so weit, wie er damit sein eigenes, kritisches Argumentationsgebäude gegenüber der Position von Würtz nicht gefährdet (siehe Kap. IV).

Zutreffend ist demnach, was Winkler (1928) bereits auf Grund seiner empirischen Studien feststellte: von einer einheitlichen Krüppelseele kann nicht gesprochen werden. Die Charakterurteile, die sich auf Ausdrucksbewegungen motorisch gestörter Menschen stützen, sind falsch. Sie treffen vor allem Kinder hart, wenn sie charakterologisch als minderwertig eingeschätzt werden, und beeinträchtigen deren seelische Entwicklung. Musenberg (2002, 203) verweist im Übrigen darauf, dass es im Laufe der Zeit zu vielen Einschränkungen und Relativierungen der von Würtz unterstellten Wechselbeziehungen zwischen »Verkrüppelung und Charakterbildung« kam, die sich dann vor allem in seinem Buch »Zerbrecht die Krücken« (1932) niederschlugen (Quelle 9). Aber auch dort wiederholt er das Pauschalurteil zu den Wechselbeziehungen, wie sie in den Bestimmungen zur Ausführung des Krüppelfürsorgegesetzes von 1920 festgeschrieben wurden (Musenberg 2002, 192–211).

#### **4. Resümee**

Die Verstaatlichung der Krüppelfürsorge war Ergebnis der Neuorientierung in der Sozialgesetzgebung, wie sie mit der Verfassung von 1918 in der Weimarer Republik möglich wurde: Aus Armenhilfe und Fürsorge wurde ein Rechtsanspruch auf Heilbehandlung sowie auf Schul- und Berufsbildung. Vieles hat dabei zusammengewirkt, aber der Einfluss einzelner Personen und Vereinigungen ist unübersehbar. Der Rückschlag kam dann mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus, sodass sich das System der Rehabilitation erst in der Gegenwart voll entfalten konnte.

Es sollte verdeutlicht werden, dass Biesalski und Würtz die Entwicklung wesentlich beeinflusst haben. Sie waren und sind keineswegs unumstritten, wie ebenfalls zu zeigen war. Das von ihnen geprägte überkonfessionelle Oscar-Helene-Heim in Berlin dokumentierte eine beachtenswerte historische Entwicklung der ärztlichen sowie der schul- und berufspädagogischen Rehabilitation. Wünschenswert wäre, wenn die reformpädagogischen Anstöße von Würtz zur Didaktik und Methodik der Schul- und Berufsbildung wieder Beachtung fänden. Auch die Tatsache, dass man sich schon vor dem Ersten Weltkrieg um eine ambulante Beschulung der Körperbehinderten Gedanken machte, sollte bei der aktuellen Diskussion um den Gemeinsamen Unterricht in allgemeinen Schulen berücksichtigt werden.

#### **Literaturverzeichnis**

- Bergeest, H.: Körperbehindertenpädagogik. Bad Heilbrunn 2000.  
Biesalski, K.: Leitfaden der Krüppelfürsorge. Leipzig 1911.  
Biesalski, K.: Der sozialbiologische Einheitsgedanke in der Krüppelfürsorge. In: Fuchs, A. (Hrsg.): Die heilpädagogische Woche in Berlin. Vom 15. bis 22. Mai 1927. Berlin ca. 1928, 261–267.

- Bläsig, W.: Ausbildung der Lehrer an Körperbehinderten- und Krankenhausschulen. 1. BRD. In: Heese, G./Wegener, H. (Hrsg.): Enzyklopädisches Handbuch der Sonderpädagogik und ihrer Grenzgebiete. Bd. 1. Berlin 1969, 204–205.
- Briefs, P.J.: Körperbehindertenfürsorge im Geiste der Caritas. Bigge/Ruhr 1955.
- Brill, W.: Pädagogik im Spannungsfeld von Eugenik und Euthanasie. Die »Euthanasie«-Diskussion in der Weimarer Republik und zu Beginn der neunziger Jahre. Ein Beitrag zur Faschismusforschung und zur Historiographie der Behindertenpädagogik. St. Ingbert 1994.
- Festschrift – Zwanzig Jahre Krüppelfürsorge im Oscar Helene-Heim für Heilung und Erziehung gebrechlicher Kinder. Zentral-Forschungs- und Fortbildungsanstalt für die Krüppelfürsorge in Preußen und im Deutschen Reiche. Herausgegeben vom Geschäftsführenden Ausschuss des Krüppel-Heil- und Fürsorge-Vereins für Berlin-Brandenburg e.V. Berlin-Dahlem 1926.
- Fuchs, P.: »Körperbehinderte« zwischen Selbstaufgabe und Emanzipation. Selbsthilfe – Integration – Aussonderung. Neuwied 2001.
- Georgens J.D./Deinhardt, H.M.: Die Heilpädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Idiotie und der Idiotenanstalten. Erster Band. Leipzig 1861.
- Kunert, S.: Verhaltensstörungen und psychagogische Maßnahmen bei körperbehinderten Kindern. Neuburgweiler 1973.
- Leyendecker, C.: Erfahrung und Theorie in der Sonderpädagogik Körperbehinderter – ein Diskurs zum Theorie-Praxis-Bezug. In: Die Rehabilitation 22 (1983), 100–109.
- Lotze, R.: Von der »Krüppelfürsorge« zur Rehabilitation von Menschen mit Behinderung – 90 Jahre Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e.V. Heidelberg 1999.
- Merkens, L.: Fürsorge und Erziehung bei Körperbehinderten. Eine historische Grundlegung zur Körperbehindertenpädagogik bis 1920. Berlin 1981.
- Musenbergh, O.: Der Körperbehindertenpädagoge Hans Würtz (1875–1958). Eine kritische Würdigung des psychologischen und pädagogischen Konzepts vor dem Hintergrund seiner Biographie. Hamburg 2002.
- Oskamp, U.: Reformpädagogische Ansätze in der frühen Körperbehindertenpädagogik aus der »Zeitschrift für Krüppelfürsorge« 1909–1929. In: Die Rehabilitation 17 (1978), 179–187.
- Pawel von, B.: Körperbehindertenpädagogik. Stuttgart 1984.
- Schmeichel, M.: Hans Würtz – Wegbereiter der modernen Rehabilitation. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 130 (1983), 207–208.
- Sierck, U.: Arbeit ist die beste Medizin. Zur Geschichte der Rehabilitationspolitik. Hamburg 1992.
- Stadler, H.: Zum pädagogischen Selbstverständnis von Sonderschullehrern. Rheinstetten 1975.
- Stadler, H.: Rehabilitation bei Körperbehinderung. Eine Einführung in schul-, berufs- und sozialpädagogische Aufgaben. Stuttgart 1998.
- Stadler, H.: Die schulische Förderung junger Menschen mit Körperbehinderung und chronischer Erkrankung zwischen Segregation und Integration. In: Sonderpädagogik 30 (2000), 88–101.
- Stadler, H.: Neue Erkenntnisse zum Leben und Wirken des »Krüppelpädagogen« Hans Würtz (1875–1958). In: Die neue Sonderschule 47 (2002), 426–437.



- Thomann, K.-D.: Das behinderte Kind. »Krüppelfürsorge« und Orthopädie in Deutschland 1886–1920. Stuttgart 1995.
- Weiß, H.: Konstitutionsprozesse der Körperbehindertenpädagogik und ihre Bedeutung für heutige Diskussionsthemen des Faches. In: Bergeest, H./Hansen, G. (Hrsg.): Theorien der Körperbehindertenpädagogik. Bad Heilbrunn 1999, 75–99.
- Weiß, H.: Hans Würtz (1875–1958). In: M. Buchka/R. Grimm/F. Klein (Hrsg.): Lebensbilder bedeutender Heilpädagoginnen und Heilpädagogen im 20. Jahrhundert. München 2000, 385–409.
- Wilken, U.: Körperbehindertenpädagogik. In: Solarová, S. (Hrsg.): Geschichte der Sonderpädagogik. Stuttgart 1983, 212–259.
- Winkler, H.: Psychologische Untersuchungen der Motorik und Charakterologie gebrechlicher Kinder. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 21 (1928), 259–264.
- Würtz, H.: Uwes Sendung – ein deutsches Erziehungsbuch. Leipzig 1914.
- Würtz, H.: Das Seelenleben des Krüppels. Krüppelseelenkundliche Erziehung und das Gesetz betr. öffentliche Krüppelfürsorge. Leipzig 1921.
- Würtz, H.: Zerbrecht die Krücken. Krüppel-Probleme der Menschheit. Schicksalsstiefkin der aller Zeiten und Völker in Wort und Bild. Leipzig 1932.

## Übungsaufgaben

1. **Konrad Biesalski beschreibt in seinem »Leitfaden der Krüppelfürsorge« von 1911 die Situation der ärztlichen und pädagogischen Maßnahmen (Quelle 1).**
  - Wie definiert er den »Krüppel« und wie begründet er die Aufteilung in Heimbedürftige und Nichtheimbedürftige?
  - Was meint er mit seinem Schlagwort, den Krüppel »aus einem Almosenempfänger zu einem Steuerzahler zu machen«?
  - Warum spricht er sich für das Krüppelheim aus und welche Berufe sollen dort zusammenwirken?
  - Auf welche Bereiche der Heim-Krüppelschule geht er ein?
  - Inwiefern gibt er auf Grund von Erfahrungen im Ausland Anstöße für die ambulante Krüppelschule?
2. **Hans Würtz beschreibt die Schulabteilung der Berlin-Brandenburgischen Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt (Quelle 2), an der er tätig war.**
  - Was äußert er zum Konzept der »Arbeitsschule« und zur »Staats-Bürger-Kunde«?
  - Wie beurteilen sie seine diagnostische Arbeit anhand von »Beobachtungslisten über jeden Zögling«?
  - Was verstand man damals unter einer »Fortbildungsschule«?
3. **Selbsttätigkeit ist für Hans Würtz ein Prinzip der Krüppelerziehung (Quelle 3). Er sieht das Wandern als krüppelpädagogische Aufgabe (Quelle 8).**
  - Wie will er im »Krüppel« die Selbsttätigkeit wecken und sie in der Erziehung verwerten?
  - Über welche Erfahrungen mit »Krüppelwanderfahrten« berichtet er?
  - Inwiefern greift er damit Ziele und Methoden der Reformpädagogik auf?

**4. Umstritten ist Hans Würtz wegen seiner Begründungen zur Krüppelpsychologie (Quelle 4) und seiner Ausführungen in »Das Seelenleben des Krüppels« (Quelle 6) und in »Zerbrecht die Krücken« (Quelle 9).**

- Wie ist sein Konzept einer »Krüppelseele« aus heutiger Sicht zu beurteilen?
- Welche Gefahren bringen die Zuschreibungen, der Krüppel neige zu Neid und Missgunst, mit sich?
- Wie begründet er seine Aussage, der typisch Körperbehinderte gehöre zum Problemenschen und müsse zum Charaktermenschen befreit werden?

**5. Hans Würtz forderte die Gleichstellung der »Lehrer in den Krüppelheimen« mit den Blinden- und Taubstummenlehrern (Quelle 7).**

- Wie war der berufliche Status der Blinden- und Taubstummenlehrer damals?
- Warum orientierte er sich nicht an dem der Hilfsschullehrer?
- Wie begründet er seine Forderung?
- Welche Fachdisziplinen sollte der »Krüppellehrer« studieren?
- Welche Eigenschaften erwartet er von der Lehrerpersönlichkeit?
- Wie kennzeichnet er die »Bettkinder-Pädagogik«?

## Quellentexte

### *Vorbemerkung zu den Quellen*

Vom Orthopäden K. Biesalski wurden wegen ihrer grundlegenden Bedeutung Auszüge aus seinem »Leitfaden der Krüppelfürsorge« von 1911 aufgenommen. Er definiert dort den »Krüppel«, referiert die Ergebnisse der Krüppelzählung von 1906 und beschreibt die Situation der Krüppelfürsorge vor dem Ersten Weltkrieg. Aufschlussreich sind seine Ausführungen zur Schule am Krüppelheim und zur ambulanten Krüppelschule.

Zur Bibliographie des Pädagogen H. Würtz sind 118 Veröffentlichungen nachgewiesen (Musenbergs 2002, 338–343). Aufgenommen wurden acht Quellen, die chronologisch nach dem Jahr der Veröffentlichung präsentiert werden. Dabei handelt es sich um kürzere und längere Auszüge, wobei Wiederholungen der inhaltlichen Aussagen nicht völlig vermeidbar waren. Sie geben Einblick in seine psychologischen, schul- und reformpädagogischen Konzepte und seine Auffassungen zur Lehrerbildung.

**Quelle 1: Auszüge aus K. Biesalski: Leitfaden der Krüppelfürsorge. Leipzig und Hamburg 1911, 13–18, 41–50, 63–70.**

#### *»I. Was ist ein Krüppel?*

Diese Frage ist verschiedenartig beantwortet worden je nach dem Beruf oder der Stellung des Antwortenden zur Krüppelfürsorge. Im Jahre 1906 sind sämtliche jugendlichen Krüppel in Deutschland amtlich gezählt worden. Für diese Zählung

ist eine *Begriffsbestimmung* aufgestellt worden, die späterhin von der Deutschen Gesellschaft für orthopädische Chirurgie und von den Bundesstaaten angenommen worden ist. (...) Sie lautet:

*»Ein heimbedürftiger Krüppel ist ein (infolge eines angeborenen oder erworbenen Nerven- oder Knochen- und Gelenkleidens) in dem Gebrauch seines Rumpfes oder seiner Gliedmaßen behinderter Kranker, bei welchem die Wechselwirkung zwischen dem Grad seines Gebrechens (einschließlich sonstiger Krankheiten und Fehler) und der Lebenshaltung seiner Umgebung eine so ungünstige ist, daß die ihm verbliebenen geistigen und körperlichen Kräfte zur höchstmöglichen wirtschaftlichen Selbstständigkeit nur in einer Anstalt entwickelt werden können, welche über die eigens für diesen Zweck notwendige Vielfalt ärztlicher und pädagogischer Einwirkungen gleichzeitig verfügt.«*

Die gesamte öffentliche Krüppelfürsorge Deutschlands befaßt sich nur mit dem Krüppel der armen Bevölkerung. Auch in der Reichsstatistik sind Krüppel wohlhabender Eltern gar nicht vorhanden.

Die obige Begriffsbestimmung betont zunächst, daß der Krüppel ein Kranker ist, daß also der Arzt in der Fürsorge wesentlich mitzusprechen hat. Des weiteren teilt sie die Krüppelfürsorge in zwei große Gruppen ein, nämlich in solche, welche der Fürsorge in einer besonderen Anstalt – einem sogenannten Krüppelheim – bedürfen, dessen Erläuterung in der obigen Begriffsbestimmung zugleich enthalten ist, und in solche, welche auch ohne Heimpflege »entkrüppelt« werden können; »Heimbedürftige« und »Nichtheimbedürftige«.

Wenn ein Kind als Sohn eines wohlhabenden Vaters mit angeborenem Fehlen eines ganzen Armes geboren ist, so ist es doch nicht Gegenstand der öffentlichen Krüppelfürsorge, weil der Vater aus eigenem Vermögen den Jungen zur höchstmöglichen Erwerbsfähigkeit bringen wird. Leidet dagegen ein Kind an einem an sich mäßigen Gebrechen z.B. einer Rückgratsverkrümmung mittleren Grades, ist aber zugleich Vollwaise oder unehelich und schwachsinnig oder taubstumm oder blind und arm zugleich, so bedarf dieses Kind unserer Hilfe, weil es ohne diese körperlich, moralisch und wirtschaftlich verkommen würde. (...)

Bayern, Baden und Hessen hatten 1906 eine abweichende Zählkarte gebraucht, sodaß sie leider bei der Bearbeitung der Statistik gesondert behandelt werden mußten. Rechnet man auch für sie durch Analogieschluß und mit Ergänzung der von ihnen erhobenen Zahlen die betr. Ziffern aus, so ergibt sich, daß *im ganzen Deutschen Reiche einschließlich Bayern, Baden und Hessen 98.263 Krüppel unter 15 Jahren gezählt worden sind, von denen 56.320 heimbedürftig und 41.943 nicht heimbedürftig waren.*(...)

Es sind also in Deutschland unter je 10.000 Menschen 15 Krüppelkinder, von denen mehr als 8 in ein Heim gehören; 12 von ihnen bedürfen ärztlicher Hilfe. Unter 10.000 Kindern gibt es 36 Krüppel. Am schlechtesten ist das Königreich Sachsen daran. Im allgemeinen produzieren Großstädte und Industriebezirke mehr Krüppel als das flache Land mit Ackerbau treibender Bevölkerung. Dem Bekenntnis

nach waren von den insgesamt 75.183 Krüppelkindern 51.200 (68,1%) evangelisch, 22.535 (30%) katholisch, 304 (0,4%) jüdisch, 1.144 (1,5%) anderer Religion oder ohne Angabe der Konfession. Diese Zahlen sind nicht unwichtig, weil die Krüppelfürsorge zu einem großen Teil mit dem Kultus zusammenhängt.

Kein Lebensalter ist vom Krüppeltum verschont; schon unter den Säuglingen gibt es 457 Krüppel. Dann steigt die Kurve steil an bis zum 12. Lebensjahr, um bis zum 15. zur Hälfte wieder abzufallen.

Die Scheidung nach den Geschlechtern ergibt für das weibliche einen etwas geringeren Teil (39.303 zu 35.880), was dadurch erklärt werden kann, daß Knaben in größerer Zahl frühzeitig in schädigende Erwerbsverhältnisse kommen und auch bei ihrem lebhaften Spieltrieb leichter einer Gefahr ausgesetzt sind.

Das oberste *Ziel aller geordneten Krüppelfürsorge* ist, den Krüppel erwerbsfähig zu machen oder kurz und durch ein Schlagwort ausgedrückt, ihn *aus einem Almosenempfänger zu einem Steuerzahler zu machen*. Zu dem Zwecke sind in der Krüppelfürsorge *drei gesonderte Gruppen tätig*. Der *Arzt* heilt das Krüppelgebrechen oder bessert es soweit als möglich. Der *Lehrer* verschafft dem Krüppel die erforderliche Schulbildung, der *Handwerksmeister* bringt ihm die Fähigkeit zu einem Handwerk bei. Diese drei Arbeitsgebiete sind zwar in sich selbständig, stehen aber nicht fremd nebeneinander, sondern arbeiten gleichzeitig mit und in einander, sodaß aus diesen drei Tätigkeiten eine ganz neue selbständige entsteht, nämlich die Krüppelfürsorge. Es ist zweckmäßig, nach dieser Einteilung die Frage weiter zu verfolgen.«

### »III. Die Krüppelschule.

Neben der Tätigkeit des Arztes läuft gleichwertig nebenher die des Lehrers. Jede Krüppelfürsorge, die Dauererfolge schaffen will, muß bei den *jugendlichen Krüppeln anfangen*, weil nur in diesem Alter Körper und Geist umbildungsfähig sind. Alle Versuche *an erwachsenen Krüppeln* sind bisher gescheitert. Ihre Zahl ist mindestens doppelt so groß, wie die der jugendlichen Krüppel. Sie sind zum größten Teil als Unfallverletzte Rentenempfänger (Unfallrentiers, wie sie der Volksmund nennt), haben also schon ärztliche Versorgung und Unterstützung und in den weitaus meisten Fällen gar nicht den Wunsch, ihr Krüppelleiden, welches die Voraussetzung für den Bezug der Rente ist, zu verlieren. Die Übrigbleibenden gehen meistens unaufhaltsam im *Vagabundentum* oder in der *Bettelei* zugrunde. (...)

Dem gegenüber steht der im höchsten Grade pädagogischen Einwirkungen zugängliche *Krüppel des jugendlichen Alters*. Ihrer geistigen Beschaffenheit nach waren von den insgesamt gezählten 75.183 Krüppeln 68.198 geistig gesund, gleich rund 886 vom tausend. Die schulpflichtigen sind an dieser Zahl beteiligt mit 54.336 = 97,8%, d.h. von 100 schulpflichtigen Krüppeln sind nur 2,2 geistig nicht gesund. *Schwachsinnig und blödsinnig* waren 6.481. Obwohl 5.546 Schwachsinnige im schulpflichtigen Alter gezählt waren, haben doch nur 833 einen für sie

passenden Unterricht erhalten. 6.423 Krüppel im schulpflichtigen Alter waren, obwohl bildungsfähig, überhaupt noch ohne Unterricht.

Die meisten Krüppelleiden bedürfen zu ihrer ärztlichen Bewältigung einer sehr langen Zeit, die nicht immer mit Behandlung ausgefüllt ist. Deshalb ist das Vorhandensein einer *Schule in einem Krüppelheim* eine *absolute Notwendigkeit*, denn wenn ein Kind monatelang im Gipsverband liegt oder auch geht, so kann es zwar die öffentliche Schule nicht besuchen, aber sehr wohl am Unterricht in der Anstalt teilnehmen; oder wenn es selbst ans Bett gefesselt ist, kann es im Bett unterrichtet werden, denn es ist fieberfrei, hat keine Schmerzen und das Bedürfnis nach geistiger Tätigkeit.

So vermag die *Krüppelschule* ihre Zöglinge, wenn sie auch jahrelang behandelt werden und einer Operation nach der anderen sich unterziehen müssen, doch so weit zu fördern, daß sie *das Schulziel zur gleichen Zeit erreichen, wie ihre gesunden Altersgenossen*, ein Umstand, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann gegenüber dem Gegenteil, wo Kinder z.B. mit tuberkulösen Knochenerkrankungen jahrelang in Krankenhäusern oder auch zu Hause liegen und hier entweder gar keinen Unterricht oder doch nur einen gelegentlichen, keinesfalls ausreichenden, erhalten; denn Wissen bedeutet Macht, und im Erwerbsleben ist es für einen körperlich Schwachen natürlich von der größten Bedeutung, daß er im Besitze möglichst umfangreicher Kenntnisse ist.

Da es sich nur um die Kinder der niedrigen Volksschichten handelt, so ist das Ziel der Krüppelschule das der Volksschule. Sie wird zweckmäßig in drei Klassen eingeteilt und bedarf besonders geschickter Lehrer. (...)

Der beste Unterricht ist der auf den Prinzipien des Werkunterrichts aufgebaute; er fordert, daß durch Selbstbetätigung der Kinder und durch Vermittelung ihrer Sinne und nicht rein gedächtnismäßig die Kenntnisse erworben werden. (...)

Da unter den heimbefürstigten Krüppeln rund 15 vom 100 geistig nicht normal sind, so ist damit die Notwendigkeit einer Hilfsklasse im Krüppelheim bewiesen, die weiterhin aufgefüllt wird durch die geistig matten und langsamen Kinder, welche erst allmählich zu ausreichender geistiger Stärke kommen, wenn ihr körperliches Übel schwindet. Der Unterricht der Schwachbefähigten hat heute vorzügliche Ergebnisse. Es ist selbstverständlich, daß er auch im Krüppelheim nur von Fachleuten ausgeübt werden sollte. Auch hier steht wieder das Prinzip des Werkunterrichts obenan. (...)

Ein wichtiger Grundsatz der pädagogischen Krüppelfürsorge ist der Begriff der *Lehrwerkstätte*, die darin besteht, daß neben dem Unterricht in einem Handwerk gleichzeitig die Schule die zum Verständnis der Handwerkslehre nötigen Kenntnisse und Theorien liefert. Z.B. wenn der Junge in der Schuhmacherei lernt, wie Pechdraht gemacht wird, so wird er zur gleichen Zeit in der Schule unterrichtet, was Pech ist und wie der Hanf entsteht, aus dem der Pechdraht geflochten wird. Dieses Prinzip ist noch nicht genügend ausgebaut, hat dagegen eine große Zukunft vor sich, wenn ein geeigneter Pädagoge Schule und Handwerksstuben ver-

antwortlich zusammen leitet. Wie einerseits die Schule organisch die Klinik durchdringt und umgekehrt, so muß es andererseits mit der Schule und den Handwerksstuben wechselseitig sein.

In der *Fortbildungsschule (Lehrwerkstätte)* ergänzen die Kinder ihr formales Schulwissen und werden außerdem in Zeichnen, Rechnen, Handelslehre usw. für ihr besonderes Handwerk fortgebildet. Außerdem gibt es noch den *Fachunterricht*, den für jedes Handwerk der betreffende Meister erteilt.

Um die Kinder selbständig zu machen, käme noch ein Grundsatz in Frage, der im Auslande vielfach schon angewandt wird, nämlich die *Selbstverwaltung*, die das gemeinsame Leben der Kinder, aber auch z.B. die Schule und andere Einrichtungen des Hauses den Bestimmungen und der Gerichtsbarkeit der Kinder selber unterstellt.

Wie es in der Krüppelfürsorge eine ambulante ärztliche gibt, so auch eine ambulante pädagogische. Manche Krüppelleiden, z.B. abgelaufene tuberkulöse Gelenkerkrankungen, bedürfen nicht des dauernden Aufenthalts in einem Heim, besonders dann nicht, wenn die häuslichen Verhältnisse eine ausreichende Verpflegung des Kindes und Berücksichtigung seiner körperlichen Schwäche gestatten. Aber der Weg zur Schule wird dem Kinde doch schwer, oder es leidet unter den Hänseleien seiner Mitschüler. Für diese Kinder sind besondere Krüppelschulen von großem Nutzen, über die im V. Kapitel mehr gesagt wird.

In welcher Weise das Zusammenleben der Kinder in einem Heim sich gestaltet, hängt von dem Charakter der Anstalt ab. In den meisten Anstalten werden die Geschlechter getrennt gehalten und die Trennung geht so weit, daß sie gesonderte Gärten, Spielplätze und Turnhallen haben. In andern herrscht das Prinzip der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter, das ja auch sonst in der Pädagogik angewandt wird, besonders in Amerika strichweise verbreitet ist. Was sich auch dagegen für die Normalschule sagen lassen mag, für eine Anstalt und namentlich ein Krüppelheim hat sie mancherlei Gutes. Das die heranreifenden Geschlechter zueinander ziehende Moment wird dann am ungefährlichsten, wenn am wenigsten darauf aufmerksam gemacht wird. (...)

Wie die ärztliche, so hat auch die pädagogische Versorgung der Anstalten eine wesentliche Vertiefung und Verbreiterung erfahren. Von den 50 Anstalten für Krüppelfürsorge kommen für die Tätigkeit der Pädagogen 4 Anstalten nicht in Frage, da sie nur die orthopädische Behandlung ausführen oder Beratungsstellen sind, weitere 4 Anstalten haben nur der Schule entwachsene Zöglinge, die einen Fortbildungsschul-Unterricht erhalten. 1 Anstalt, die nur Kinder bis zum 10. Jahre aufnimmt, verfügt über keine Schulveranstaltungen; in zwei neuerrichteten Anstalten sind die Schulklassen noch im Entstehen. Von den verbleibenden 39 Anstalten werden 35 Schulen und 66 Klassen für geistig normale Krüppel unterhalten; dazu kommen 14 Klassen für schwachsinnige Krüppel (gegen 4 in 1908), 12 Fröbelklassen und 9 Fortbildungsschuleinrichtungen. Den Unterricht erteilen 1 Erziehungsinspektor, 17 staatlich geprüfte Lehrer im Hauptamt und 3 im Ne-

benamt, 8 Theologen, 8 Brüder (Diakonen), 4 Schwestern (Diakonissen), 9 Fröbellehrerinnen, 3 Handarbeitslehrerinnen. Die Zahl der Diakonen, Diakonissen, Schwestern usw. ist gesunken, geprüfte Lehrkräfte sind an ihre Stelle getreten. Die Zahl der Schulen seit der letzten Statistik ist um 6 gestiegen, die der im Hauptamt tätigen Lehrer um 5, die der geprüften Lehrerinnen um 9, die der Kindergärtnerinnen um 2.«

»V. Vorbeugung des Krüppeltums und Fürsorge der Nichtheimbedürftigen.

Eine Abnahme des Mißverhältnisses zwischen Nachfrage und Angebot in der Krüppelfürsorge kann nur dann stattfinden, wenn die Prophylaxe, die Vorbeugung, besser arbeitet, d.h. wenn die ganze Aufklärungsarbeit darauf abzielt, das schon vorhandene Krüppelgebrechen noch vor dem Schuleintritt beseitigen zu lassen, oder mit anderen Worten, wenn das vorschulpflichtige Alter in noch höherem Maße als bisher in Angriff genommen wird. (...)

Im *Ausland* ist die ambulante Form der Krüppelfürsorge höher entwickelt. Typisch dafür ist London, wo freiwillige Helferinnen die einzelnen Quartiere besuchen, sodaß – wie eine erfahrene Führerin auf diesem Gebiete versichert – in dem großen London kein Krüppelkind der Fürsorge entgeht. Dort werden die Kinder *durch Omnibusse von bestimmten Sammelstellen abgeholt* und in die Schulen gebracht, in welchen sie von verschiedenen Spezialärzten untersucht und behandelt werden, wo sie ein Bad finden, geeignete Nahrung, Beschäftigung und vor allem Unterricht. Am Abend werden die Kinder auf dem selben Wege wieder nach Hause gebracht.

Damit ist die Frage berührt, welche in Deutschland noch nirgends angeschnitten ist, aber sicher in naher Zukunft angegriffen werden muß, nämlich die der *ambulanten Krüppelschule*. Die Stadt Berlin z.B. läßt diejenigen Kinder, welche die Schule nicht besuchen können, zu Hause durch ihre Lehrer gegen besonderes Entgelt stundenweise unterrichten. Diese viele Tausende betragende Summe könnte für eine Krüppelschule nach Londoner Muster angewandt ungleich bessere Resultate erzielen. Eine weitere Frage ist eine *ambulante Fortbildungsschule* für Krüppel, welche außerhalb des Heims in der Lehre stehen. (...)«

**Quelle 2: Auszug aus H. Würtz: Die Schulabteilung der Berlin-Brandenburgischen Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt.**

Entnommen aus: Zeitschrift für Krüppelfürsorge Bd. 6 (1913), 139–141.

»Die umfassende Behandlung des Krüppels, die in unserer Anstalt vertreten wird, hat zur Entwicklung eines Verwaltungsorganismus geführt, dem die Schule sich sinngemäß einfügt. Die Beeinflussung der Zöglinge geschieht nach einem *einheitlichen* Plan, in dem die Ärzte, die Helferschaft und die Lehrer, stetig sich neu verständigend, zusammenwirken. Der besondere Charakter der ganz individuell zu behandelnden Krüppel, die alle unter körperlichen Unzulänglichkeiten

und seelischen Depressionen zu leiden haben, bringt es mit sich, daß die Gesamtorganisation sich unausgesetzt ganz speziellen Aufgaben zuzuwenden hat. Eine erfolgreiche Arbeit setzt vor allem eine Beschränkung der Schülerzahl voraus. In der ersten Klasse betrug sie durchschnittlich 18, in der zweiten Klasse 20 und in der Hilfsklasse 12. Die Fröbelschule wurde durchschnittlich von 10 Kindern besucht. Die Einwirkung auf die Zöglinge muß den *Bettunterricht* mit umfassen und sich auf die *Freizeit* erstrecken. Der Krüppel ist in ein vielfach gegliedertes, aber doch einheitlich wirkendes System zu stellen, das sowohl Raum für mitfühlende Güte, als festes Zugreifen hat. Daraus erwachsen für die Pädagogik besondere Forderungen. Die Erziehung *wirklichen Könnens* tritt hier noch ganz anders in den Vordergrund als in anderen Schulen. Denn hier handelt es sich nicht nur darum, den Schüler mit Kenntnissen und Fertigkeiten schlechthin zu versehen, sondern ihn auch mit Rücksicht auf die besonderen Gefahren, die sich aus seiner Eigenschaft eben als Krüppel ergeben, besonders für den Lebenskampf auszurüsten. Das gibt nicht nur dem Lern-Unterricht, sondern auch der *Arbeitschule*, die gemäß den Forderungen namhafter Schulmänner mehr und mehr Raum in der Pädagogik gewinnt, und die sich auch bei uns als erfolgreich bewährt hat, ein besonderes Gepräge. Das Hinwirken auf das Können des Zöglings muß sich hier mehr als anderswo auf das rein Sachliche erstrecken, muß von ganz realistischem Gesichtspunkt geleitet sein. Die Fähigkeit zur Selbstentscheidung im Urteilen und Handeln wird naturgemäß da, wo der Zögling durch seine körperlichen Gebrechen immer wieder in schwierige und ungewohnte Lagen gebracht wird, zu seiner besonders fühlbaren Lebensbedingung. Aus diesem Grunde erscheint es z.B. vorteilhaft, wenn zur Erziehung des Urteilsvermögens im *Lesunterricht* mit der alten Methode gebrochen wird, nach welcher die Lesestücke durch die Lehrer nur einfach abgefragt werden. Wir veranlassen die Schüler, sich gegenseitig Fragen zu stellen und regen sie zu deren präzisen Beantwortung an; so wächst die Urteilskraft organisch aus der kindlichen Seele hervor. Auch der *Rechenunterricht* läßt sich vielfach lebendiger und lebensfrischer gestalten, indem man die selbsttätige Teilnahme der Kinder weckt. Wir halten sie darum auch hier dazu an, sich mit Beziehung auf bestimmte sachliche Verhältnisse sich gegenseitig Aufgaben zu stellen.

Dem Hange zu subjektiven Einseitigkeiten ist durch Ausbildung eines kraftvollen *Rechtsbewusstseins* entgegen zu wirken. Wir hatten das Glück, daß sich Herr Wendt-Charlottenburg in liebenswürdiger Weise erbot, Unterricht in *Staatsbürgerkunde* zu erteilen, an dem alle Zöglinge in der Fortbildungsschule mit großem Interesse teilnahmen, während sie sonst in drei gesonderten Klassen unterrichtet wurden. Als am nachhaltigsten zur Sachlichkeit erziehende Macht wirkt die Arbeit in den *Handwerksstuben* der Anstalt, die dem Zögling immer wieder wirkliche Anschauungsformen vor die Seele führt. Wir haben Werkstuben für Schneider, Schuster und Korbmacher, außerdem eine orthopädische Werkstatt und eine Schlosserei. Zwei Zöglinge aus der Schusterwerkstatt und drei



Schneiderlehrlinge haben in diesem Jahr ihre *Gesellenprüfung* bestanden. Die Beziehung auf die für später zu wählende Berufsarbeit tritt bei uns, wo die sittliche und praktische Ausrüstung des Schülers für den Daseinskampf zu betonen ist, natürlich früher und dringlicher hervor als in anderen Anstalten. Das ist auch bei der Auswahl der Lehrkräfte zu berücksichtigen. In unserer Anstalt wirken außer dem Erziehungsinspektor ein Lehrer, zwei Lehrerinnen und eine Handarbeitslehrerin (sämtlich staatlich geprüft). In der Lehrwerkstatt arbeiten vier geprüfte Meister.

Unsere so stetig auf die besondere Eigenart der Zöglinge gerichtete Arbeit bedingt eine gewissenhafte Aufsicht und Beobachtung der Zöglinge. Jede Lehrperson in der Werkstatt, Schule und Nähstube führt eine *Beobachtungsliste* über jeden Zögling und trägt in diese alle Daten, die als Beitrag zur Kenntnis der Eigenart und seelischen Veranlagung der Kinder irgendwie von Wert sind. In gemeinsamen Konferenzen werden dann alle Einzelzüge zu einem Gesamtbilde des Zöglings zusammengeschlossen. So gewinnen wir ein ziemlich genaues Bild von den Fähigkeiten und Eigenschaften unserer Schüler. Ergänzt wird dieses Bild nicht unwesentlich durch Fragelisten, die teils von den Kindern selbst, teils von den Erziehern ausgefüllt werden. So wird durch planmäßige Beobachtung die Anstaltsarbeit nach der erziehlichen Seite glücklich ergänzt und zur bestimmten Fassung der Erziehungsarbeiten fortgeleitet.

Wo die Kinder sich unmittelbar und unbefangen geben, lassen sie ihre Eigenarten noch offener hervortreten und deutlicher beobachten als dort, wo ihre Aufmerksamkeit in Zucht genommen wird. Solche Beobachtungsgelegenheiten ergeben sich an den *Gesellschafts-Nachmittagen*, wo in freierem Walten der kleinen *Interessen-Wahlgruppen*, die sich bei uns herausgebildet haben, Merkzeichen und Beobachtungstatsachen gewonnen werden, die sich mit der Zeit zu typischen Schülerbildern verarbeiten lassen, und die so ein schätzenswertes Material zu einer besonderen, auf psychologischen Erfahrungen gegründeten *Krüppel-Pädagogik* bieten werden.«

### **Quelle 3: Auszug aus H. Würtz: Die Selbsttätigkeit als Prinzip in der Krüppelerziehung.**

Entnommen aus: Zeitschrift für Krüppelfürsorge Bd. 6 (1913), 184–187.

»Durch die Entwicklung seiner geistigen Kräfte, seiner Vernunft insbesondere, gewinnt der Zögling in zunehmendem Maße die Fähigkeit, seinen eigenen Willen der höheren Gesetzmäßigkeit, die ihm in der Persönlichkeit des Erziehers entgegentritt, unterzuordnen bzw. anzupassen. Der weitere Verlauf des Erziehungsvorganges nähert die Freiwilligkeit durch die Entwicklung und Vertiefung der vernünftigen Einsicht immer mehr der freien Selbstbestimmung im Sinne des freigewählten Gesetzes an.

Die volle Höhe dieser Entwicklung aber wird erst dann erreicht, wenn Gesetz und Freiheit für das subjektive Gefühl völlig zusammenfallen, wenn alle Kräfte

des Individuums im Sinne des Gesetzes frei und ungehindert fließen, wenn die Selbsttätigkeit des Individuums sich im Rahmen der sittlich freien Selbstbestimmung vollzieht. Damit erst ist die höchste Form des inneren Lebens und wahre Harmonie der Lebenskräfte erreicht.

Die Selbsttätigkeit ist eben nicht allein Ziel der Erziehung, sondern sie ist zugleich als Erziehungsmittel zu benutzen. Für die Praxis der Krüppelerziehung lautet also die Frage zunächst:

- In welcher Weise ist in dem Krüppel die Selbsttätigkeit zu wecken, und
- Wie läßt sich diese im Dienste der Krüppelerziehung praktisch *gestalten* und *verwerten*?

Auch die Krüppelerziehung sucht ihre Zöglinge für das bürgerliche Leben tüchtig zu machen, ihr praktisches, gewissermaßen von außen sichtbares Ziel ist also die Lebenstüchtigkeit des Krüppels. Die Erreichung dieses Zieles ist aber von der Art und Beschaffenheit der naturgegebenen Anlagen des Krüppels abhängig. Deren kunstgemäße und planmäßige Entwicklung ist eben die besondere Aufgabe auch des Krüppelerziehers. Für ihn ergeben sich aber aus der Sonderart der durch die Krüppelhaftigkeit bedingten besonderen seelischen Eigentümlichkeiten seines Zöglings, aus den mancherlei Hemmungen und niederdrückenden Einflüssen und Stimmungen, denen dieser durch seine mangelhafte und unvollkommene Konstitution besonders ausgesetzt ist, mancherlei Schwierigkeiten sowohl für die tiefere Einsicht in die innere Natur und die besondere Befähigung des einzelnen als auch für die persönliche Einwirkung auf seinen Tätigkeitstrieb. Oft ist nämlich bei dem Krüppel ein starker Hang zur Passivität zu beobachten, er zieht sich in sich selbst zurück und gibt sich anscheinend ohne selbsttätige Kraft an die auf ihn eindringenden Dinge und Eindrücke hin. Diese Eigenschaft ist eben für die Entwicklung seiner allgemeinen und insbesondere seiner auszeichnenden Fähigkeiten nicht eben günstig. Zugleich aber liegt doch in diesem stillen Sichversenken, der liebevollen Hingebung an äußere Einflüsse die Möglichkeit für den Erzieher, durch besondere gefühlsbetonte Erlebnisse Zugang zu dem Innern seines Zöglings zu gewinnen. Und mittels des Interesses mag es ihm durch methodische Einwirkungen gelingen, die ihrer Art nach gegensätzliche Fähigkeit, die *Aktivität*, das unbehinderte Aus-sich-herausgehen des Krüppels zu entwickeln. Denn die Selbsttätigkeit erfordert doch immer eine von Hemmungseinflüssen nicht behinderte, von depressiven Stimmungen nicht beeinträchtigte Auslösung innerer Spannungen, eine freie Betätigung der Kräfte. Eben weil aber der Krüppel unter der Unzulänglichkeit seiner körperlichen Verfassung, den besonderen Schwierigkeiten seiner Gebrechen und seiner konstitutionellen Schwäche, häufig auch unter nervösen Minderwertigkeiten und Abnormalitäten zu leiden hat, so sind die für seine freie ungehinderte Betätigung hinderlichen Einflüsse besonders stark, und die Zurückdrängung seiner passiven Nei-

gungen, die Stärkung seiner Aktivität, mit einem Wort seine *Selbsttätigkeit* erfordert eine ganz besondere Berücksichtigung.

Die frühere, von falschem Mitleid getragenen Krüppelfürsorge sah nun in dem Krüppel vorwiegend den *Kranken*, den man nur immer zu bedauern hatte und gegen den die vornehmste Pflicht die »*Schonung*« war. Die neuere Krüppelfürsorge tritt zu dieser Auffassung in einen grundsätzlichen Gegensatz; sie erkennt in dem Krüppel ein Wesen, dessen Fähigkeiten positiv zu entwickeln sind. Sie sucht ihn für den Lebensberuf, für den wirtschaftlichen Kampf so tüchtig zu machen, als es eben die in seinem Krüppeltum gegebenen Bedingungen gestatten. Sie sieht als höchste Aufgabe nicht das mitleidende Bedauern, die verzärtelnde Schonung an, sondern die Heilung (durch den Arzt), die Schulung und Entwicklung seiner Fähigkeiten, um ihn von dem Mitleid und der Barmherzigkeit der Menschen möglichst unabhängig zu machen. In dieser durch die planmäßige Erziehung zu erlangenden Befähigung für die wirtschaftliche Selbständigkeit und geistige und sittliche Tüchtigkeit sieht sie das höchste Geschenk und das köstlichste Gut, das man dem Krüppel überhaupt geben kann. Die von uns geforderte Krüppelerziehung unternimmt es, um mit einem von Prof. Biesalski geprägten Worte zu reden, den Krüppel aus einem Almosenempfänger zu einem Steuerzahler auszubilden. Die ärztliche Kunst hat sich bereits zu einer solchen Vollkommenheit entwickelt, daß sie die körperlichen Bedingungen für die Erziehung zur Lebenstüchtigkeit der Krüppel in einem hohen Maße gewährleisten kann, indem sie seine körperlichen Mängel ausgleicht und manche seiner Gebrechen, vor denen die Vergangenheit noch ratlos stand, heilt.

Damit ist freilich die Aufgabe der Erziehung des Krüppels noch nicht gelöst; aber es sind doch für sie weit günstigere Bedingungen geschaffen, und der Krüppelerzieher kann seine erziehliche Tätigkeit bei seinen Zöglingen weit erfolgreicher als früher gestalten. Seine besondere Obliegenheit ist es nun, den Krüppel auch seelisch, geistig und sittlich zur Tüchtigkeit und Selbständigkeit im Lebenskampf zu erziehen. Darum muß der moderne Krüppelerzieher weniger auf die Mängel und Gebrechen des Zöglings sehen als vielmehr auf die ihm noch verbliebenen Fähigkeiten und Kräfte, die sich für die Erziehung und Entwicklung eignen. Er soll wohl die in der besonderen Natur und den Unzulänglichkeiten des Krüppels liegenden Grenzen seiner Leistungsfähigkeit beachten, aber nie in ihm nur den »*Kranken*« sehen. Er darf dem Krüppel vor allem kein Vorrecht auf Selbstverhätchelung und Selbstverzärtelung zugestehen. Der Erzieher selbst darf sich dem Krüppel gegenüber nicht gar zu mitfühlend zeigen. Grundsätzlich muß er jede Äußerung des Bedauerns vermeiden.«

**Quelle 4: Auszug aus H. Würtz: Ein Beitrag zur Begründung der Krüppelpsychologie.**

Entnommen aus: Zeitschrift für Krüppelfürsorge Bd. 7 (1914), 16–17, 19.

»Die Sonderstellung der Krüppelpsychologie innerhalb der Psychologie der Abnormen ist weniger dadurch bedingt, daß Einzelercheinungen des Seelenlebens des Krüppels sich in besonderer Weise hervorheben, als vielmehr dadurch, daß die körperliche Gebrechlichkeit die Zusammenfassung der seelischen Kräfte zu sozialen Leistungen in besonderer Weise erschwert. Verkrüppelt können geistig Gesunde so gut wie Schwachsinnige und Idioten sein, und die Gesunden können an Neid, Beeinträchtigungsgefühl, Scheelsucht und Bosheit ebenso leiden wie recht viele Krüppel. Wirtschaftliche und soziale Schwäche kann genau dieselben Leidenschaften erzeugen wie körperliche Hilflosigkeit.

Natürlich verknüpft sich die Verkrüppelung leichter mit seelischen Abirrungen als die Gesundheit. Frühe Gebrechlichkeit setzt erbliche Belastung voraus, und wenn verderbliche Kräfte im Organismus einmal Boden gewonnen haben, läßt sich ihr Einfluß auch nach der seelischen Seite hin niemals ganz bestimmt begrenzen. Jedoch die Verkrüppelung als *solche* ist scheinbar an keine besondere Art seelischer Sondererscheinungen *so* fest gebunden, daß man schon daraus ohne weiteres eine besondere Krüppelpsychologie ableiten könnte.

Dennoch macht sich das Bedürfnis nach einer besonderen psychologisch orientierten Behandlung der Krüppel mit der Ausbreitung der Krüppelfürsorge immer dringender geltend. Besonders seit der Betonung der *Ertüchtigung* auch für die Krüppel drängt es zur Entwicklung einer Psychologie für die körperlich Gebrechlichen. Trotzdem will sich ein besonderer Inhalt dafür zunächst nicht bieten. Alle statistischen Erhebungen zeigen nur, auf wie mannigfache Weise Verkrüppelungen entstehen, wie normalpsychologische und psychopathische Elemente im Krüppeltum sich begegnen und vermischen. Doch damit sind die Faktoren für die Konstituierung einer besonderen Disziplin noch nicht gegeben. Man muß schon einen besonderen Weg beschreiten, um zu solchen Faktoren zu gelangen.

Es ist nun für unser Ziel bedeutsam, daß die modernen Psychologen mit ganz verschiedenen Arten der Begriffsbildung sich ausrüsten mussten, je nachdem sie ihre *Ansätze* formten. Gingen sie vom *Einzelbewußtsein* aus, wie z.B. *Wundt*, so können sie bis zum Volksleben, ja bis zur Völkerpsychologie vordringen, ohne darum eine wirklich *ausreichende* Orientierung in der besonderen Welt des eigentlichen sozialen Lebens zu gewährleisten. Gerade aber die *innere* Stellung des Krüppels zu seiner sozialen Umwelt birgt vorzüglich Probleme, die ihn *besonders* betreffen. Die äußere Häßlichkeit, die ihm anhaftet, ein fast schon »verbrauchtes« Thema der Literatur, bringt ihn in eine Sonderstellung und beeinflusst ihn dahin, sich innerlich gegen die Gemeinschaft abzuschließen. Daraus entstehen manche Sonderaufgaben für den Pädagogen, die zunächst psychologisch begriffen sein wollen.

Geht nun aber die Psychologie von den *sozialen* Erscheinungen aus, etwa von denen, die auf ein Gesetz von der Erhaltung der *Art* schließen lassen, oder von solchen, die im Interesse der *Nation* rassenhygienische Erwägungen nahe legen, so bleiben die intimeren Seelenvorgänge im wesentlichen unerklärt. Auch macht es dann Schwierigkeiten, eine besondere pflegliche Behandlung gerade der Seele des Krüppels mit zwingender Logik abzuleiten.

Es bleibt eine dritte Art der psychologischen Behandlung, die Soziales und Psychisches *zugleich* ansetzt, nicht aber als zwei für sich bestehende Erscheinungsweisen, sondern als die beiden typischen Seiten einer und derselben seelischen Einheit, in welcher das Eigenseelische am Sozialen und umgekehrt das Soziale am Eigenseelischen Bewußtsein gewinnt. (...)

In solcher Betrachtung wirken somit die geistigen und seelischen Anlagen des Krüppels als wechselseitig sich erhellende Merkmale zusammen. Stellt man sie in andere Zusammenhänge, so ergibt sich kein so klares Bild der Entwicklung. Sie verfließen dann leicht wieder mit den Eigenschaften anderer Gruppen.

Wir wollen den für die Krüppelseele fruchtbaren Begriff des Zugleich des Seelischen und Sozialen den *soziopsychischen* Ansatz nennen. Die Sozialpsychologie wählt einseitig das Soziale zum Ausgangspunkt, die Psychosozilogie das Psychische. Die *Soziopsychik* dagegen ist die Kulturpsychologie, die aus dem grundsätzlich gewählten zweifachen Ansatz sich ergibt.

Sie wurde zuerst von *Schleiermacher* für den psychologischen Teil seiner Ethik vertreten und liegt der modernen Soziologie *Ferdinand Tönnies'* zugrunde. Wie nun die Psychophysik, die von *Fechner* und *Wundt* begründet wurde, die Bausteine für die Psychologie der Schwachsinnigen und Psychopathen lieferte, so gibt uns die moderne Soziopsychik den Grundstein für die Psychologie des Krüppels.«

**Quelle 5: Einführung zu H. Würtz unter Mitwirkung von W. Schlüter: Uwes Sendung – ein deutsches Erziehungsbuch mit besonderer Berücksichtigung der Krüppel. Leipzig 1914, 1–2.**

»Zur Einführung. Goethe betont in seinen Sprüchen wiederholt, daß das Besondere, recht aufgefaßt, das Allgemeine am hellsten sichtbar mache. So wurde meine Aufmerksamkeit, als es mir zum Bewußtsein kam, daß alle Entartung im letzten Grunde auf die Verkümmern der plastischen Kraft des Organismus zurückgeht, auf den Krüppel als den typischen Veranschaulicher einer *allgemeinen* Not gelenkt. Zu dem Krüppel führte mich aber auch mein pädagogischer Forschungsdrang, da eine Psychologie dieses Abnormen bisher in der wissenschaftlichen Literatur in systematischer Form noch nicht geboten worden ist. Das Krüppeltum beschäftigt mich darum sowohl als Kulturerscheinung – als sittliche, seelische und geistige Verkrüppelung – als auch als Spezialobjekt der Seelenforschung und Erziehung. Gleichzeitig aber ist es mein Bemühen, die größere Öff-

fentlichkeit für die Krüppelfürsorge zu interessieren. Es liegt mir daher viel daran, auch zum Gemüte der Leserschaft zu reden. So habe ich denn in diesem Werke versucht, die fachliche Seite meiner Gedanken mit kulturellen Gesichtspunkten zu verknüpfen und die wissenschaftlichen Ergebnisse meiner Arbeit in möglichst volkstümlicher Art vorzuführen. Allerdings verbot es das Überwiegen des fachlichen Zwecks, daß ich meine Ausführungen der künstlerischen Form völlig unterordnete. Wenn es mir aber gelingt, das Interesse für das Problem so lebendig zu gestalten, daß ich dem neuen Gebiete fruchtbare Mitarbeiter gewinne, so ist der Zweck von ›Uwes Sendung‹ erreicht.

Ich konnte meine Forschungsergebnisse auf die Philosophie eines originellen Denkers und Ethikers stützen, des Begründers der Eukratie, Willy Schlüter Berlin, der so zum Mitschöpfer dieses Werkes wurde. Willy Schlüter untersuchte vor allem den praktischen Tatvollzug in Verbindung mit den Problemen der Erkenntniskritik, die er durch seinen Begriff der ›schwebenden Idee‹ neu beleuchtete. In der Ethik gewann er den Begriff der Persönlichkeit als eines Austausches der Kräfte in der Harmonisierung von Naturell und Charakter, von Triebkraft und Richtkraft, von Schöpfung und Leistung. Die Harmonisierungskraft oder ›Spielkraft‹ soll nach ihm den Spannungsmodus der *aufschließenden* Erregung und der *abschließenden* Beherrschung so bestimmen, daß die Kraft zum Können, die ›Könnkraft‹ (das ›Potentive‹ oder ›Kratische‹ als Kind des Psychischen und des Logischen) sich beständig verjüngen kann. So kam Willy Schlüter zu einer Reihe neuer Bezeichnungen für innere Vorgänge, die mir, ganz abgesehen von ihrem erkenntniskritischen Wert, in der Veranschaulichung der Bedürfnisse und Nöte der Krüppelseele große Dienste geleistet haben. Die moderne Pädagogik will auch die Krüppel zu schöpferischer Freitätigkeit erziehen. Willy Schlüter ist es aber auch um die Erhebung des Menschen zum eigenen Schicksalserschöpfer zu tun. Er erstrebt eine ›Schicksalskunde‹, die als ›Biosophie‹ sich die *Erzeugung kultureller Tatkraft* zum Ziele setzt. Durch dieses Ziel ist seine Terminologie, soweit ich sie übernommen habe, bedingt.

Auch die religionspsychologischen Ausführungen, die mir gleichfalls pädagogisch wertvoll erscheinen, verdanke ich Willy Schlüter. Die Psychologie verdankt ihm die Dreiteilung, die Sinnespsychologie, Gemütspsychologie und Tatpsychologie umfaßt. Für die Krüppel und das Ideal der allgemeinen Entkrüppelung mußte mir diese Dreiteilung ganz besonders willkommen sein. Die moderne Pädagogik ist dazu durch die große Kunsterziehungsbewegung inzwischen so allseitig befruchtet worden, daß sie den umfassenderen Begriff der Wissenschaft, der den ganzen Menschen ins Auge faßt, nicht mehr entbehren will und kann. Der moderne Pädagoge ist heute ebenso wie der Philosoph, den Plato sich wünscht, ein Synoptikos, ein Zusammenschauer, der Umblick, Einblick und Überblick kunstgerecht in sich zu verbinden trachtet.

Sehr zustatten kam es meiner Forschung, daß ich an der von dem in der modernen Krüppelfürsorge bahnbrechend wirkenden Professor Dr. Biesalski geleiteten

Berlin-Brandenburgischen Krüppelkinder-Heil- und Erziehungsanstalt wirken durfte, die Orthopädie und Pädagogik harmonisch in sich vereinen will. Sie wird von der edlen Menschenfreundin Frau Helene Pintsch tatkräftig gefördert. An dieser Wirkungsstätte konnte ich immer wieder die Erfahrung selbst zu Rate ziehen. So hat das Leben selbst im wesentlichen dieses Buch geschrieben. Möge es fruchtbar ins Leben zurückwirken! *Berlin*, im Frühling 1914. *Hans Würtz*, Erziehungsinspektor.«

**Quelle 6: Auszüge aus H. Würtz: Das Seelenleben des Krüppels. Krüppelseelenkundliche Erziehung und das Gesetz betr. öffentliche Krüppelfürsorge. Leipzig 1921, 1, 4–6, 75–78, 85–87.**

»1. Allgemeine Einführung.

Krüppelpsychologie und Krüppelpädagogik, die durch das am 1. Oktober 1920 in Kraft getretene Gesetz betreffend öffentliche Krüppelfürsorge als notwendige Wesensbestandteile der Krüppelfürsorge anerkannt sind, haben wie die allgemeine Psychologie und Pädagogik ihre besondere Geschichte. (...)

2. Krüppelpädagogik in Sprüchen.

Was ist ein Krüppel? Der Arzt sagt: »Ein Krüppel ist ein infolge eines angeborenen oder erworbenen Knochen-, Nerven- und Gelenkleidens im Gebrauch seines Rumpfes oder seiner Gliedmaßen behinderter Kranker.« Der Psychologe erklärt: Das Gesetz des beständigen Gleichlaufs und gegenseitigen Entsprechens der körperlich geistigen Funktionen (psychophysischer Parallelismus) bewirkt, daß jede körperliche Abweichung vom Normalen auf das Bewußtsein des Verunstalteten einen Schatten wirft, sein Selbstgefühl trübt und den Willen ins Stocken oder Schwanken bringt. Zum seelischen Erlebnis wird das Krüppeltum in dem Maße, in dem der körperlich Bewegungsbehinderte bewußt an dem Minderkönnen leidet, das sich mit seinem Gebrechen verknüpft.

Führt dieses Leiden dazu, daß der Kranke sein Mindervermögen mit dem Mehrkönnen der Gesunden häufig und lebhaft vergleicht, oder daß er unwillkürlich unter körperlich Gesunden sich nicht wohlfühlt, dann entstehen leicht seelische Entgleisungen und Schwächen, die das typische Krüppelseelentum begründen: verstärkte Selbstfühlbarkeit, Benachteiligungs- und Beeinträchtigungsempfindungen, erhöhte Empfindlichkeit, Reizbarkeit, Neid, Mißtrauen, Starrheit und Härte der Selbstbehauptung, übersteigertes Ehrgefühl und Größenwahn.

Der Krüppelpädagoge stützt sich auf beide Begriffsbestimmungen, sowohl auf die des Arztes, als auch auf die des Psychologen. Er kommt aber von seinen Erfahrungen aus zu besonderen Gesichtspunkten und stellt fest: »Ein Krüppel ist ein Mensch, der sich trotz seiner körperlichen Hemmungen ein Höchstmaß von Selbsttätigkeit erringen soll. Je unabhängiger er sich von fremder Hilfe macht, desto unbefangener kann er am Gemeinschaftsleben teilnehmen, weil sein Selbstgefühl erstarkt und das Gefühl des Gehemmtseins abnimmt. Je mehr er

den Gemeinschaftssinn ausbildet, desto mehr befreit er sich von den seelischen Krüppelschwächen, weil er infolgedessen seine Besonderheit und die dadurch bedingte Benachteiligung weniger empfindet.

Nichts aber macht den Krüppel selbständiger und gemeinschaftlicher als nützliche Arbeit. Führt darum den Körpergebrechlichen in Schulen, in denen der werktätige und handelnde Unterricht gepflegt wird, eröffnet ihm Werkstätten, in denen er so ausgebildet wird, daß er den edlen Wettstreit im Schaffen mit seinen gesunden Kameraden aufnehmen kann.

Ist er für Qualitätsarbeiten nicht begabt, oder kann er infolge seines Gebrechens nicht die volle Leistungsfähigkeit des gesunden Wettbewerbs erlangen, dann verschafft ihm Teilarbeit in den Fabriken. Laßt ihn unter keinen Umständen ohne kraftbildende, vom Selbstbedauern ablenkende Tätigkeit! Erschließt ihm die Schaffensfreude, die ein seelischer Panzer gegen alle Lebensnöte ist. Denn sein Können und Leisten gibt ihm Anwartschaft auf die Achtung seiner Mitmenschen und hebt ihn aus der Besonderheit heraus.«

Wohin gehört darum der Krüppel? Der *Arzt* sagt: »Ins Krüppelheim, wenn die Wechselwirkungen zwischen dem Grad des Hemmungsgebrechens einschließlich sonstiger Umgebung eine so ungünstige ist, daß die dem Gebrechlichen verbliebenen Körper- und Geisteskräfte nur in einem Krüppelheim entwickelt werden können.« Der *Psychologe* vertritt den Standpunkt: »Aus dem Naturrecht der freien Persönlichkeit erwächst der Anspruch des Menschen auf Bildungsmöglichkeit. Zu den Voraussetzungen höchstmöglicher Ausbildung gehört das jedem Zögling auch von Staate gewährleistete Recht, in die Lebens-, Bildungs- und Arbeitsgemeinschaft einzutreten, die seiner natürlichen und geistigen Verfassung und seinen wertbringenden Anlagen entspricht. Solche Kinder, die von der Natur stiefmütterlich bedacht sind, sei es, daß sie nicht vollsinnig, daß sie körperlich leidend oder mißgestaltet sind, bedürfen einer Ausbildung und Pflege, die ihrem Zustande angepaßt ist und die Bildungsmöglichkeiten und –ziele nicht außer acht läßt. Jeder jugendliche Erwachsene oder Bewegungsbehinderte gehört daher ins Krüppelheim. Kinder sind gegeneinander grausam. Sie scheuen keinen Spott und nehmen keine Rücksicht auf die dem Gebrechlichen augenötigten Besonderheiten der Bewegung oder auf die Eigentümlichkeiten des Ausgleichs der durch körperliche Hemmung bedingten Unsicherheiten.« Der *Pädagoge* fordert: »Jedes schulfähige Krüppelkind gehört in eine besondere Krüppelschule, in der unter Berücksichtigung der verschiedenen Gebrechen nach bestimmten Methoden aufgrund einer besonderen Krüppelseelenkunde unterrichtet wird. Das aus dem Krüppelheim als geheilt entlassene Krüppelkind sende man nicht in die Volksschule zurück, sondern führe es in eine dem Heim angeschlossene Ambulanz-Krüppelschule, die nach den selben pädagogischen Grundsätzen und den gleichen Methoden geleitet wird, wie die Krüppelschulen in den Heimen.« (...)



### 3. *Byron als Schulbeispiel für die Krüppelseelenkunde. (...)*

#### 4. *Bedeutung der Krüppelseelenkunde für die Gesamtpädagogik.*

Was bedeutet nun die so immerfort zu gewissen Grundzügen sich zurückwendende Krüppelseelenkunde für die Gesamtpädagogik?

Daß es nicht ohne Bedeutung ist, ob eine bestimmte Art von Seelenkenntnissen von der Gesamterziehung Beachtung findet, beweist gerade der Begründer des heutigen deutschen Erziehungsidealismus: *Heinrich Pestalozzi*. Er vergewendete seine besten Kräfte an Schwachsinnige und Idioten. Immer wieder strebte er zu den Psychopathen zurück, obwohl er mit den Mitteln seiner Methode gerade solche Kinder nicht erziehen konnte. Seine Liebe war unbedingt, sie wollte es nicht gelten lassen, daß irgendeine Gruppe von Zöglingen nicht von ihr erfaßt wurde. Darum nahm sie sich mit einer bewunderungswürdigen, aber falschen Hartnäckigkeit gerade der Kinder an, die einer besonderen Erziehung bedurften. Dieser Irrtum Pestalozzis war auch der Grund dafür, daß die Mitarbeiter des großen Volkspädagogen an ihm irre werden mußten. Wir wissen heute, daß ausgesprochen schwachsinnige Kinder in besonderen Klassen und mit besonderen Lehr- und Beeinflussungsverfahren zu erziehen sind. Es ist infolgedessen eine Arbeitsteilung eingetreten. Die Heilpädagogik ist eine Arbeitswelt ganz für sich. Dadurch ist auch die Gesamtpädagogik entlastet worden. Heute braucht sich keine Pestalozzinatur mit armen Imbezillen zwecklos zu quälen.

Aber steht es mit den Krüppelkindern nicht ähnlich?

Sie können geistig völlig gesund sein, aber gewissen seelischen Zuständlichkeiten können sie sich nicht immer ganz entziehen, vor allem sind sie an die seelischen Folgen gebunden, die aus Besonderheiten der Haltung, Fortbewegung und des Ausgleiches von Schmerzen und Hemmungen fließen. Darum bedürfen auch sie einer besonderen seelischen Heilbehandlung. Sie dürfen auch, wenn sie äußerlich geheilt, aus den Krüppelheimen entlassen werden, nicht in die Schulklassen der gesunden Kinder zurück. Ambulanz-Krüppelschulen müssen in allen Städten errichtet werden, damit sie die als geheilt entlassenen Gebrechlichen aufnehmen. Dadurch werden die Schulen der Gesunden wesentlich entlastet, und gleichzeitig erspart man den Krüppelkindern selbst dadurch schwere Gemütsqualen. Die Gemütspädagogik muß daher auf jeden Fall mindestens soviel von der Krüppelseelenkunde wissen, daß sie bewegungsgehemmte Kinder rechtzeitig aus sich ausscheidet. Krüppelseelenkrank sind dazu auch viele häßliche, untersetzte oder sonstwie körperlich auffällig aussehende Kinder, die nicht den eigentlichen Krüppeln zugewiesen werden dürfen. Solche Schüler sind wie die Krüppel selbst seelisch zu behandeln. Darum muß auch der Erzieher gesunder Kinder Kenner der Krüppelpsyche sein.

Doch hat nicht die Gesamterziehung auch für das Verständnis seelisch gesunder Kinder unendlich viel dadurch gewonnen, daß sie immer mehr die Schwachsinni-

genpsychologie ihren Forschungen einbezog? So wird auch der Lebenskämpfer, der in jedem Kinde steckt, richtiger erfaßt und erfolgreicher belehrt werden, wenn man sich das Lebenskämpfertum im Krüppelkinde veranschaulichen kann. (...)

### 5. Die Beziehungen des Krüppelfürsorgegesetzes zu der krüppelseelenkundlichen Erziehung.

Am 1. Oktober 1920 ist das Gesetz, betreffend öffentliche Krüppelfürsorge vom 6. Mai 1920 in Kraft getreten. (...)

Durch die gesetzliche Anerkennung der krüppelseelenkundlichen Erziehung als der seelischen Betreuung der Gebrechlichen, wirkt sich geschichtlich das Gesetz der fortschreitenden *Arbeitsgliederung* aus, das alle aufsteigende Entwicklung bezeichnet. *Gliederung* ist vereinheitlichendes Vermannigfalten und vermannigfaltendes Vereinheitlichen. Die vereinheitlichende Richtung vertritt in der Krüppelfürsorge der Arzt, dessen Arbeit die lebendige Mitte aller Bemühungen um den Krüppel bleibt. Infolge der Notwendigkeit, die ganze Fülle der verschiedenen psychologischen und ethischen Typen des Krüppeltums individualisierend zu beobachten und zu behandeln, hat die Krüppelpädagogik die *vermannigfaltende* Richtung der Gesamtgliederung unserer Tätigkeit besonders aufmerksam pflegen müssen.

Die moderne Pädagogik fordert schon wegen ihrer Grundrichtung auf gemeinschaftsförderliche *Selbsttätigkeit* die entschiedene Einstellung auf das *Individuelle*. Sie will den einzelnen Schüler in seiner menschlichen Wirklichkeit, in seiner tatsächlichen Leistungsart und Leistungshöhe spezifisch erfassen und verwendet dazu alle Mittel der experimentellen Psychologie, der Intelligenzprüfung, alle Daten vielseitigster Beratung und des eingehenden Fragebogens. Mit gleichem Forschungseifer hat sie sich auch dem Krüppel zugewandt, so daß eine besondere Krüppelseelenkunde und eine besondere Methodik der Krüppelerziehung gewonnen wurde.

Psychologie für sich genommen, hat zwar etwas Zerfließliches. Bewußtseinszustände lassen sich nicht nach außen legen, lassen sich nicht mit genügender Schärfe bestimmt abgrenzen. Sie verlangen eine stetige Verschmelzung, gehen überaus verwickelte Umsetzungen, Verwandlungen ein. Es ist daher die Abneigung mancher Gelehrter, gegen jede Psychologie, die sich vom Physiologischen zu weit entfernt, durchaus begreiflich. Auch der Krüppelpsychologie haftete lange etwas Verschwommenes, wissenschaftlich nicht recht Faßbares an. (...)

Der Krüppel steht nun mit den Besonderheiten seiner Bewegung, Hemmung, Ausgleichsicherung und mit den daran sich knüpfenden Erlebnissen und Erinnerungen stets in einem gewissen Spannungsverhältnis zur Gemeinschaft der Gesunden. Er fühlt sich leichter bedroht, zurückgesetzt, benachteiligt. Sein Lebensrhythmus schmiegt sich dem Bewegungstempo der Gesunden nicht ganz ungezwungen an. Er kann an den Tummelfreuden der nicht in ihrer Bewegung Behinderten nicht unbefangen teilnehmen. Er muß bedächtiger, vorsichtiger sein. Er wird darum auch leicht mißtrauischer und argwöhnischer, eine gewisse

Tendenz auf Neid und Mißgunst kann leichter bei ihm hervortreten. Seine seelischen Schwächen sind somit weniger durch festgegebene besondere Gemütseigenschaften als durch die Weise bedingt, wie er sich infolge seiner Bewegungsbehinderung auf die Gemeinschaft der Gesunden einstellt. Sie erzeugen sich nicht so sehr in seiner Beziehung auf sich selbst als auf dem Wege sozialer *Aufeinanderbeziehung*.

Diesen Gedanken erkennt auch das neue Gesetz an, wenn es sagt: »Jede körperliche Abweichung vom Normalen wirft auf das Bewußtsein des Verunstalteten einen Schatten, trübt sein Selbstgefühl und bringt den Willen ins Stocken und Schwanken. Wenn der Kranke sein Mindervermögen mit dem Mehrkönnen der Gesunden häufig lebhaft vergleicht, tritt nur zu leicht eine mehr oder minder starke Beeinträchtigung seines Wohlbefindens ein. Es entstehen dann leicht seelische Entgleisungen und Schwächen, die das typische Krüppeltum begründen: verstärkte Selbstfühlbarkeit, Benachteiligungs- und Beeinträchtigungsempfindungen, erhöhte Empfindlichkeit, Reizbarkeit, Neid, Mißtrauen, Starrheit und Härte der Selbstbehauptung, sowie übersteigertes Ehrgefühl.«

Es sind also lauter Schwächen, die aus sozialer *Aufeinanderbeziehung* hervorgehen, die das neue preußische Krüppelfürsorgegesetz als typisch aufführt. Mit dem Gemeinschaftsbegriff ist somit tatsächlich der aufhellende *Zuordnungspunkt* gefunden, den weder die Physiologie noch die Psychologie von sich aus erbringen konnten.

Es ist beachtenswert, daß nach der soziologischen Kennzeichnung der seelischen Krüppelmängel, der Gebrechliche sich auch von der Familiengemeinschaft leicht innerlich zu seinem Schaden absondert. Schon aus diesem Grunde ist der Krüppel, auch wenn er zu Hause äußerlich wohl aufgehoben ist, doch der Anstaltsgemeinschaft zuzuführen, in der er Schicksalsgenossen findet, die für seine Bedingungen volles Verständnis haben. Dazu kommt, daß nur die Anstaltsgemeinschaft die ausreichende *ärztliche Hilfe* gewährleistet und die erzieherischen Methoden der körperlichen Hemmungen unter ärztlicher Leitung anpassen kann.

Das neue Gesetz fordert daher mit Recht: »Jedes schulfähige Krüppelkind gehört an sich in eine besondere Krüppelschule, in der es unter Berücksichtigung der verschiedenen Gebrechen nach bestimmten Methoden auf Grund der besonderen Krüppelseelenkunde unterrichtet wird.«

Wenn man das Verhältnis des Krüppels zur Gemeinschaft grundsätzlich erfaßt hat, folgt notwendig eins aus dem andern. Das der Gemeinschaft der Gesunden auch in der Familie sich nur mit gewissen Hemmungen anpassende Krüppelkind braucht eine Anstaltsgemeinschaft, die auch diese Hemmungen *gesunder sozialer Aufeinanderbeziehung* einfügt.

Zu betonen ist hier, daß es sich auch in der soziologisch unterrichteten Kennzeichnung der Krüppelseelenschwächen immer nur um ein Aufmerken auf *Tendenzen* handelt. Alle typischen Krüppelseelenmängel finden sich in irgend welchen Formen auch bei Gesunden. Sie sind bei Krüppeln nur oft stärker betont,

treten bei ihnen leichter hervor, nehmen bei ihnen leicht *dauernde* Gestalt an. Gegen diese Tendenzen wirken aber auch je nach der Eigenart der Charaktere mehr oder minder starke, leichter oder schwerer zu kräftigende Gegentendenzen. Man muß hier vorsichtig verfahren, muß sich stets vor Verallgemeinerungen sorglichst hüten. Stets ist der Arzt zur Beurteilung der einzelnen Mängel mit heranzuziehen. Nie dürfen krüppelpsychologische Beobachtungen *Dogmen* Vorschub leisten. Das wissenschaftliche Denken, das der Arzt schon infolge seines Berufes in hervorragender Weise pflegt, muß immer lezt hin den Ton bestimmen. »Das Krüppelheim«, sagt das Gesetz, »ist eine Anstalt, in welcher durch gleichzeitiges Ineinanderarbeiten von Klinik, Schule, Berufsausbildung und Berufsberatung der Krüppel zur höchstmöglichen wirtschaftlichen Selbständigkeit gebracht werden soll. Der Arzt ist also in ihr, weil der Krüppel als ein Kranker angesehen werden muß, stets die ausschlaggebende Person.« (...)

Das ist auch dadurch begründet, daß die Krüppelpädagogik eine umfangreiche Gruppe besonderer Methoden herausgearbeitet hat, ohne welche die Neuertüchtigung des Krüppels sich nicht durchführen läßt, und die achtsamste, psychologisch allseitig unterrichtete Individualisierung forderte. Eine große Mannigfaltigkeit schulischer Einrichtungen hat sich so entfaltet, von denen keine mehr zu entbehren oder durch ein andere zu ersetzen ist. Mit Recht betont das neue Gesetz, daß gerade beim Krüppel noch mehr als beim Gesunden gute Schulbildung »für die Steigerung der Erwerbsfähigkeit unerlässlich ist.«

Die schulische Organisation hat die neuertüchtigungsfähigen Fälle allseitig zu erfassen und den verschiedenen Gesellschafts- und Bildungsstufen in der Behandlung der ihr anvertrauten Krüppelkinderschar Rechnung zu tragen. In den Vordergrund tritt zunächst zwar die Normalschule, die in den Anstalten das Ziel der Volksschule hat. Sie ist wie eine gewöhnliche Volksschule eingerichtet mit Anpassungen an die besonderen Krüppelhemmungen. Das Prinzip der *Arbeitschule* nimmt in ihr schon darum einen breiten Raum ein, weil alle erzieherischen Einwirkungen und alle Belehrungen des Unterrichts als Endzweck die Selbständigmachung, Verselbständigung der Kinder für den Erwerbskampf ins Auge zu fassen haben.

Darum müssen Anschaulichkeit und Gestaltung miteinander Hand in Hand gehen. *Was das Auge sieht, muß die Hand erformen*, soweit es möglich ist.

Bei allen Maßnahmen sind unter Mitwirkung des Arztes leichtere Ermüdbarkeit und Ablenkbarkeit der Krüppelkinder stets zu berücksichtigen. Der Unterricht muß handelnd sein, eine dramatische Verlebendigung der Stoffe ist hier am Platze. Die Stimmung der Klassenzimmer muß sich möglichst einheitlich gestalten, was durch entsprechenden für die verschiedenen Schulzimmer nach verschiedenen Gesichtspunkten zwar ausgewählten, für jede einzelne Klasse aber zu geschlossener Gesamtwirkung zusammenwirkenden Bilderschmuck zu ermöglichen ist. Solche ästhetischen Einflüsse, die mehr noch unterbewußt oder halb-bewußt die Aufmerksamkeit mit einer gleichartigen Stimmungslage verknüpfen,

wirken auch dem Häßlichen, Mißgeformten, welches das Krüppelkind täglich an sich und um sich sieht, heilsam entgegen. Sie haben darum heilpädagogische Bedeutung und unterstützen so die Arbeit des Arztes, der auch darüber zu entscheiden hat, ob die Sitzgelegenheiten der Schulbänke den besonderen Krüppelleiden entsprechen.

Die *Hilfsklasse* der Krüppelanstalten hat die Normalschule zu ergänzen. Idioten scheiden aus den heutigen Krüppelanstalten aus. Dagegen umfaßt die Hilfsschule der Heime alle Grenzfälle, die Schwachsinnigen und die irgendwie noch erwerbsfähig zu machenden Imbezillen. Unsere Hilfsklassen gestalten sich nach den Normen der sonstigen Hilfsschulen mit den besonderen Einstellungen und Methoden, welche die Krüppelerziehung fordert. Wo körperliche und geistige Minderwertigkeit, Bewegungshinderung und Schwachsinn zusammentreffen, verlangen Erziehung und Unterricht natürlich großen Aufwand an Nachsicht und Geduld. Gerade die krüppelpädagogisch besonders wichtige Willenserweckung und Willensfestigung stößt hier auf starre und fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Die *Vorübungsschule* oder Zwischenschule umfaßt die Kinder von 6 bis 8 Jahren. Es werden in ihr nach besonderen Methoden der Krüppelpädagogik aufgestellte Sinnesübungen vorgenommen. Die Montessorimethode, welche die Kleinen durch eine besondere Art der Anregung und durch eigene Veranschaulichung und Übungen zu Selbstentdeckern der Kunst des Lesens und Schreibens macht, hat in der Vorübungsschule ihre eigentliche Stätte. Durch die Vorübungsschule wird das Kind auch ganz allmählich auf das *analytische* Denken hingeleitet, das ohne besondere Vermittlungen für das Kind zur Qual wird. Kinder schauen und denken ganzheitlich, nicht zerteilend, zerstückelnd. Nur mit Unruhe, Mißbehagen und außerordentlich ablenksam stellen sich Kinder auf die Abstraktionen des Rechnens und Zerlegens ein. Kommt nun noch der Schmerz und die Befangenheit körperlicher Hemmungen hinzu, so wird den Kindern das analytische Denken zu einer Marter, mit der sie innerlich kaum fertig werden. Die Vorübungsschule nimmt darauf besonders Rücksicht und entlastet so den späteren Hauptunterricht von Spannungen, die sonst den Erfolg der Erziehung völlig in Frage stellen.

Besonders kennzeichnend für die Notwendigkeit der Krüppelerziehung ist die *orthopädische Handübungs-klasse*. Sie gestaltet die sonst mechanischen und daher durch ihre Eintönigkeit lästigen Übungen zur Belebung versteifter oder gelähmter Handgelenke durch Gestaltungsaufgaben, die das Interesse angenehm spannen. Das Formen von Ton und Plastelin, das Arbeiten am Witteschen Webeapparat, Holzschnitzarbeiten und Batikaufgaben beschäftigen Muskeln und Augen und geben der Aufmerksamkeit eine besondere Vorwärtsrichtung. Gleichzeitig wird dadurch die Aufmerksamkeit von dem Schmerz abgelenkt, was auch dadurch geschieht, daß munter dramatischbewegte Geschichten erzählt werden. So bereitet das Interesse auch die Selbstspannung zur Willensfestigkeit in späteren Arbeiten vor.

An diese Einrichtungen schließen sich noch Spezialschulen. *Ohn-Händer* lernen in besonderen Klassen mit der Prothese oder mit den Füßen oder mit den Stümpfen arbeiten. Die Übungen mit den Füßen werden insbesondere als Gehirnübungen gewertet. Einfache Übungen bereiten die Fertigkeit vor, sich ohne fremde Unterstützung beim Essen, An- und Ausziehen und bei den natürlichsten Verrichtungen zu helfen. So werden auch die Fertigkeiten und Fähigkeiten des Schreibens und der Bedienung der Schreibmaschine ausgebildet. *Linkshänder* lernen in besonderen Gruppen mit der linken Hand schreiben. Das Schreiben mit der linken Hand wird übrigens in allen Klassen geübt.

Der *Bettunterricht* wird den Kindern erteilt, die nicht mit ihren Betten in die Klasse gebracht werden können und die sich nicht bewegen dürfen. Sie empfangen täglich vom Lehrer Einzelunterricht in der Gestalt, daß sie bei Überwindung der Bettgebundenheit einer der sonstigen Abteilungen der Schule zugewiesen werden können. Auch der Spieltrieb der Bettkinder wird durch geeignete Spielzeuge gepflegt. Es kommt sehr viel darauf an, den Bettkindern über die Längeweile hinwegzuhelfen. Kein Bettkind dürfte ohne Beschäftigung sein. Darum gilt es, auf immer neue Anregungen zu sinnen. Man müßte die großen Auf-Kinder dahin bringen, sich der Leidensgefährten in den Betten anzunehmen in der Form, daß jedes Kind seinen Neigungen entsprechend eine Gruppe Bettkinder beschäftigt und unterhält. Eigentlich erfordert der Unterricht und die Erziehung der Bettkinder besondere Lehrkräfte, da er sich mit vielen besonderen Bedingungen verknüpft.

Von großer Bedeutung ist der *Kindergarten*, der der Mutterschoß und der Quellgrund aller künftigen Erziehung ist. Die erste Kindheit ist besonders bedeutsam. In ihr werden die Grundlagen für das spätere Seelenleben gelegt. Darum ist die Erziehung im Kindergarten mit besonderer Sorglichkeit zu leiten. Schon hier ist die Hand, die Aristoteles mit Recht als das ›Werkzeug aller Werkzeuge‹ bezeichnet, durch geschickte Spielaufgaben zu üben. Der sprechende, singende, lachende, fühlende Mensch im Krüppelkind muß hier schon Unbefangenheit, Zuversicht, Lebensmut als Grundstimmungen erringen. Das Kind muß mit immer neuer Freude, mit Jubel und Staunen entdecken, was es trotz aller Hemmungen doch *alles kann*.

Eine wichtige Schuleinrichtung der Krüppelheime ist auch der *Kinderhort*. Im Kinderhort werden die schulfähigen Krüppelkinder in ihrer freien Zeit beschäftigt, und hier machen sie ihre Schularbeiten und gehen nach Erledigung ihrer Pflichten den Beschäftigungen nach, für die sie besondere Neigungen haben. Kinderhorte müssen das Elternhaus in besonderem Maße ersetzen. Sie müssen darum besonders familienhaft geführt werden und fordern daher besondere Jugendleiter, denen sich die Kinderseelen mit Zutraulichkeit anschließen können.

Alle Krüppelkinder finden sich in der wärmeren Jahreszeit, die die Kleinen ins Freie lockt, in der *Waldschule* zusammen. Es liegt uns viel daran, die Kinder mit der Natur in möglichst innige Fühlung zu bringen. Die Schule im Freien soll

ihnen Unmittelbarkeiten, Unwillkürlichkeiten, Unbefangenheiten geben, die Bewegungsaufgaben der Tummelspiele spenden den Muskeln ungezwungene Zusammenordnungen, die nachher für die Arbeit wichtig sind. So werden Waldschulen und Waldspiele zu Erziehern großer *Elastizität*. Die Kinder treten unwillkürlich miteinander in kameradschaftlichen Wettbewerb, mit Gesunden hätten sie nicht zu wetteifern gewagt. Im Vergleich mit ihnen müssen sie sich stets als unglückselige Minderkötter fühlen. Sie müssen sich dann selbst bedauern, d.h. sich selbst entmutigen, entnerven. Das fällt im Krüppelheim und insbesondere in der Waldschule einer Anstalt fort. Ohne daß es besonderer Ermahnungen und Zureden bedarf, stählt sich der Mut, hebt sich das Selbstvertrauen, erzeugt sich Arbeitsbereitschaft und eine *sachliche* Auffassung des Hemmungsleidens. Diese heilsame Wendung zu innerer Kraft und Gesundheit kann durch eine maßvolle Pflege kleiner *Festlichkeiten* unterstützt werden. Belebte Geselligkeit erzeugt inniges Zusammengehörigkeitsgefühl, macht daher die Krüppel zu Gemeinschaftsmenschen, heilt sie von ihren *wundesten Seelenmängeln*. Man darf sie daher nicht als etwas Spielerisches, nicht als entbehrliche Luxuszutat auffassen. Sie werden von der Krüppelpädagogik *grundsätzlich* gefordert. (...)

6. Stellung der Krüppelpädagogik zur Gemeinschaftsschule Paulsens. (...)«

**Quelle 7: Auszüge aus H. Würtz: Der Lehrer in den Krüppelheimen.**

Entnommen aus: Zeitschrift für Krüppelfürsorge, Bd. 21 (1928), 423–424, 427–428.

»Professor Biesalski kennzeichnet in seinem »Grundriß der Krüppelfürsorge« den Krüppel als eine aus der Wechselwirkung der ihm verbliebenen Kräfte sich erfügende »neue weiter gartete, aber doch wieder in sich geschlossene leiblich-seelische Einheit«, als eine besondere biologische Person, deren eigene Gesetze und Hilfskräfte zu studieren sind.

Der Unterricht und die Erziehung dieser biologischen Sondergestalt fordert eine entsprechende Lehrerpersönlichkeit. Der im Krüppelheim tätige Lehrer muß sich in Anpassung an die Orthopädie vertraut machen mit allen Zweigen der Heilpädagogik, der angewandten Psychologie und Soziologie. Er muß in den organisatorisch reich ausgebauten heutigen Krüppelheimen disziplinatorischen und kollegialen Takt, heilpädagogischen und gemeinschaftsethischen Kontakt und feinfühligstes und einfühlsamstes Verständnis für die Bahnung sittlicher Autonomie besitzen.

Der disziplinatorische Takt schließt in sich, daß der Krüppellehrer alle schulischen Aufgaben im Zusammenhange mit Klinik, Werkstätten und Berufsberatung sieht. Seine Arbeit muß sich den Gesichtspunkten und Maßnahmen der Ärzte, Schwestern, Meister sinngemäß eingliedern. Er muß sich taktvoll dahin bescheiden, sich als Komponent einer großen Zusammenhangersarbeit zu fühlen und die Belange sämtlicher Mitarbeiter an der Ertüchtigung des Krüppels stetig

mitdenken und mitvertreten. Er ist in dem Maße seiner Aufgabe gewachsen, wie er durch einsichtiges Sich-Einfügen ins Ganze sich Urteil und Takt für die Schwierigkeiten jedes Arbeitsgebietes erobert. Dann fallen die Überbetonung fachlicher Einzelgesichtspunkte und damit alle subjektiven Kompetenzstreitigkeiten fort. Alle Helfer und Helferinnen in Krüppelanstalten arbeiten an feinen psychischen und ethischen Geweben körperlich bedrohter Menschen. Scheinbare Kleinwerte, die Haltung, die Lagerung, die Ausgleichsstellung der Gebrechlichen, seelische Besinnungs- und Beruhigungsmomente, die den Heilprozeß unterstützen, Stimmung und Gepräge der Schul- und Aufenthaltsräume, bedürfen des Verständnisses und der Schonung. Ohne strengste Beachtung der Anordnungen des Arztes und der seelischen Bedingungen der Krüppelheilung ist die Einheit der Arbeit gefährdet. Ein vorfühlendes und wahres kollegiales Entgegenkommen aller Helfer ist dafür Grundbedingung.

Der Lehrer im Krüppelheim ist in eine seltene Mannigfaltigkeit verschiedener Einrichtungen gestellt. Er muß Herz und Augen für die Notwendigkeit ärztlicher Maßnahmen, schwesterlicher Pflegearbeit, werkstädtlicher Zucht und Ordnung und verwaltungstechnischer Wirtschaftlichkeit haben. So wird in ganz besonderem Maße ein konkretes organisatorisches Zusammenhangsdenken und Verantwortungswollen von ihm gefordert. Der Lehrer im Krüppelheim muß darum nicht nur ein Fachmann der Pädagogik, sondern auch ein Fachmann der Krüppelfürsorge sein. Nur so gewinnt er jene Fülle von Gesichtspunkten, aus denen der krüppelpädagogische Takt als reife Frucht erwächst. Die Berufseignung für die Krüppelpädagogik ist somit bestimmt begrenzt. Es liegt in ihr ein Auslesemaßstab, der bestimmte Ansprüche an Begabung, Einfühlung und Einstellungsfähigkeit stellt. (...)

Der Lehrer im Krüppelheim muß unermüdlich ein Erfinder von Anregungen sein, die zwanglos gleichzeitig unterrichtliche und erzieherische Zwecke erfüllen. Da im Krüppelkinde immer daß autonome Prinzip der werdenden Persönlichkeit mitwirkt, muß der Krüppelpädagoge ein Maß von Feingefühl und Einfühlung aufbieten, das über die Anforderungen an einen Hilfsschullehrer weit hinausgeht. Die Arbeit des Krüppellehrers ist zudem mit dem Erteilen des Unterrichts nicht erschöpft. Er muß Vater und Freund, Führer und Kamerad des gebrechlichen Kindes und der jugendlichen Krüppel in der Freizeit sein und seine Zöglinge gleichzeitig zur wechselseitigen Erziehung durch die Entfaltung eines freiwilligen, organisch wachsenden Gruppenlebens anregen.

Der Krüppel muß zum Selbstentdecker der Gesetze des geselligen Lebens und zum Selbstbejaher der Gemeinschaftsgesittung werden. Der Lehrer im Krüppelheim hat nur die Aufgabe, durch stillschweigende Anregungen den Willen zum Gruppenleben zu bahnen. Der Krüppel muß aber stets Selbstfinder der Belange, die ihn schöpferisch aufschließen, und Selbstbilliger der Pflichten, die ihn schöpferisch binden, sein. Nur so kann das Gruppenleben, die Gemeinschaft ihm die Gegenkräfte spenden, die seine seelischen Hemmungen überwinden helfen. Nur so gewinnt der Krüppel auch ein Verständnis für die Verantwortungsgehalte des



Gemeinschaftslebens. Er lernt die sittlichen Güter der Verträglichkeit, des Rechts, der wechselseitigen Hilfe, des Vertrauens und des Verständnisses schätzen und bejahen. Das pflegliche Moment der Verantwortung kann noch besonders be-seelt und vertieft werden durch Blumen- und Tierpflege im Schulgarten, durch Bilder, Märchen, Sagen und Erzählungen, welche die Naturliebe verinnigen, durch Anfertigung von Spielen, Spielsachen und Nutzgegenständen. So zeugen Unterricht und Erziehung der Bettkinder mit besonderer Anschaulichkeit die Vielseitigkeit der Anforderungen an den Lehrer im Krüppelheim.

In der *Bettkinder-Pädagogik* faßt sich das Besondere der Krüppelerziehung kenn-zeichnend zusammen. An den Bettkindern kann sie zudem aus dem Grunde schon sich am dankbarsten auswirken, weil diese Kinder viele Jahre hindurch in der Obhut des Lehrers bleiben. Die »Auf-Kinder«, die nicht ans Bett gefesselten Krüppel, sind mehr Durchgangsgäste des Heims. Der Krüppelpädagoge hat den Wechsel in seinen Klassen oft nur zu sehr zu bedauern, da dadurch der Klassen-unterricht fast nur die Funktion eines Einzelunterrichts annimmt. Daher muß der gemeinschaftsfördernde Gesamtunterricht von Zeit zu Zeit als Ausgleich er-teilt werden. Der Gemeinschaftssinn wird ebenfalls durch Arbeitsgruppen gefes-tigt, die im Kinderhort über die Schulzeit hinaus angeregt und gepflegt werden. Es ist Aufgabe des Lehrers, im Kinderhort den Gemeinschaftsgedanken erziehe-risch allseitig zu vertreten. Auch dadurch vergrößert sich seine Aufgabe über die sonstige Pädagogik hinaus. Seine Kraft wird aber auch für die vorschulpflichti-gen Kinder im Kindergarten beansprucht. Bettkinder- und Aufkindererziehung, Kindergarten, Schule und Kinderhort, Lehrlingerziehung und Heimerfassungsschu-le bilden ein pädagogisches Gesamtgefüge, in dem ein Glied ins andere greifen soll. Um diese organische Verschmelzung zu erreichen, muß der Lehrer im Krüppelheim die ganze Fülle der dadurch bestimmten Aufgaben lebendig in sei-ner Seele tragen. Eine so hohe und ideale Aufgabe fordert Lehrer, die freudig und sorgenfrei ihre ungebrochene Kraft dem Heim opfern. Zeit für Nebenerwerb, über die andere Pädagogen verfügen, bleibt ihnen dann nicht.

Es ist darum eine berechnete Forderung der Lehrer in den Krüppelheimen, den Lehrern an Blindenheimen und Taubstummenanstalten in der Besoldung und der Pension gleichgestellt zu werden. (...)«

**Quelle 8: Auszüge aus H. Würtz: *Wandlung durch Wandern als krüppelpädagogische Aufgabe.***

Entnommen aus: Zeitschrift für Krüppelfürsorge, Bd. 23 (1930), 10–12.

»Die moderne Pädagogik stellt das Kind immerfort vor persönliche Entschei-dung. Es soll seinem Lebensalter gemäß werten und wählen, sichten und richten. Grundsätzlich werden dem Kinde vom heutigen Erzieher ungeahnte schöpferi-sche Kräfte zuerkannt. In der Selbsttätigkeit und Selbstentschließung des Kindes deutet sich der Weg an, den seine schöpferischen Anlagen suchen.

Auch für die Krüppelpädagogik gilt diese Grundvoraussetzung. Dem Krüppeltum stellen sich besondere Entscheidungsaufgaben, die es schon vor dem orthopädischen Zeitalter in seinen vorbildlichen Vertretern selbsttätig gelöst hat. Der Gebrechliche mußte zunächst die Unlusteinstellung vor dem eigenen auffälligen Körperbilde überwinden. Solche Überwinder u.a. waren der lahme Epiktet, der bucklige Häßlichkeitskrüppel Mendelssohn und der engbrüstige, asthmatisch beklommene Andeutungskrüppel Kant.

Zur zweiten großen Entscheidung drängte den Krüppel die Orthopädie und Krüppelpädagogik. Es galt für den Gebrechlichen auch das von dem Schonungsmitleid suggerierte Selbstbedauern niederzuringen.

Die schwierigste Aufgabe stellt der Entschluß, der Sicherungsqualen Herr zu werden, die sich unmittelbar aus dem Körpergebrechen ergeben. Der Krüppelorganismus hat andere Gefahren, andere Gewohnheiten, Ausgleichungen, Sicherungen als der Organismus der Gesunden. Dieser elementare Selbstschutz der Lebenseinheit des Krüppels greift tief in sein Seelenleben. Die organische Sicherungstaktik ruft auch die unterbewußten Impulse als Bundesgenossen. Die von der Orthopädie und Krüppelpädagogik bekämpfte Zagheit der Selbstbehauptung kehrt gar zu leicht auf Umwegen wieder. Zu einem solchen Umweg verführt auch das dem Gesunden innewohnende Trägheitsgesetz, daß sich psychologisch als Ruhesucht äußert. Der Krüppel unterliegt gar zu leicht der Gefahr der Verschmelzung seiner Sicherungstaktik mit dieser der Verjüngung und Abwandlung feindlichen Kraftschonungssucht.

Kraft will aber Übung, nicht Schonung. Daraus ergibt sich für den Krüppelpädagogen die Notwendigkeit, über diese Hemmung hinaus zu heben. (...)

So rechtfertigt sich das Wagnis des Oscar Helene-Heims, nahezu 100 körperbehinderte junge Menschen in die Ferne auf Wanderfahrt zu schicken.

Die Organisation einer Krüppelwanderfahrt knüpft sich an die mannigfaltigen Bedingtheiten ihres Gebrechens. Behende Läufer, leicht behinderte Läufer und Nur-Spaziergänger ordnen sich verschiedenen Gruppen zu. Die erste Gruppe nimmt nur Behinderte mit gesunden Beinen auf, also Bucklige, Einarmer, Ohnhänder und Handverstümmelte. Eine Alpenfahrt mit Gletscherbesteigung ins Engadin ist das Ziel. Die zweite Gruppe umfaßt die leicht Beingelähmten und die Einbeinigen, die mit ihrer Prothese gut laufen können. Ihr Ziel ist der Bodensee, dessen südliches Ufer bei Rorschach mit seinen landschaftlichen Schönheiten minder schwere Wanderaufgaben stellt.

Die dritte Gruppe bilden schwer Fußbehinderte und die am Selbstfahrer Gefesselten. Sie wählen die Jugendherberge in Meising am Starnberger See als Standort. Die Wanderer trainierten sich für die größere Fahrt durch Tagesmärsche in der Mark Brandenburg. Auf diese Übungstouren gingen jene Führer als Lehrer mit, welche die Leitung der Fahrten übernehmen sollten. Die Lehrlinge stehen tagsüber unter der Aufsicht des Werkstättenmeisters. Nur in der Berufsschule und abends in den Interessen- und Freiwahlgruppen lernt der Lehrer die

Zöglinge kennen. Es sind Jugendliche mit immerhin schon entwickelten positiven und negativen Charakterzügen. Es war die Frage, wie die Schwächen sich in der Freiheit auswirken würden. Für die Jungen wurde die Wanderung zu einem Abenteuer, zu einer Entdeckungsfahrt in die Ferne, für den Pädagogen zu einer psychologischen Entdeckungsreise.

Auch frühere Jahre sahen unsere Jugendlichen auf Reisen. Die Schwerbehinderten haben mehrere Male die Ostsee in Prerow-Dars besucht. Die Leichtbehinderten fuhren ins Riesengebirge, in den Harz und nach Thüringen. Jene Fahrten wurden wesentlich als Entspannungen vom Anstaltsleben betrachtet.

Schon die Fahrt durch das Ötztal in Tirol wurde aber für die Erzieher zum Prüfstein ihrer Arbeit und für die Zöglinge selbst zu seelischen Gesellenprüfungen. Es kann gesagt werden, daß unser Versuch geglückt ist. Wohl traten typische Krüppelschwächen deutlicher als sonst hervor. Gelegentlich zwar tauchten Quertreibereien und Nörgeleien auf. Gemeinschaftliche Aussprachen brachten aber die Unzufriedenen zur Klärung.«

**Quelle 9: Auszüge aus H. Würtz: *Zerbrecht die Krücken. Krüppel-Probleme der Menschheit. Leipzig, 1932, 47–48, 61–62, 63–67.***

»(...) Für den Psychologen im Krüppelfachmann ist zwar der typische Seelenzustand der Siechen ein Verdeutlicher mancher Hemmungsmomente, die in Ansätzen auch im gesunden Krüppel vertreten sind. Darum umfaßt meine literarische Sammlung auch Bekenntnisse und Geständnisse dieser Schicksalsbenachteiligten.

Die Grenze zwischen eigentlichem Krüppeltum und dem Siechentum ist ebenso fließend wie zwischen Andeutungs-, Wuchs- und Mißwuchskrüppeltum. (...)

Mit den kausalen Zusammenhängen zwischen gebrochener Bewegung und unausgeglichenem Seelenleben beschäftigt sich die unerschöpflich reiche Literatur, die den Krüppel als Haupt- und Nebenfigur behandelt. Aus dem von mir gesammelten Material von mehr als 800 dichterischen Erzeugnissen springt der grundsätzliche Gegensatz zwischen jenen Körperbehinderten hervor, die durch Tüchtigkeit ihrem Leben einen großen Bewegungsspielraum geben konnten, und jenen Gebrechlichen, denen die Befreiung der eingekerkerten Körper- und Seelenbewegung nicht gelang. Der seelische Gesamtausdruck der Bewegungsverkümmerten ist auffällig negativ, wenn sie nicht im religiösen Gemütsleben eine innere Bewegungsfreiheit gewinnen. Während die gesunde und fruchtbare Lebensbejahung dort sich bekennt, wo eben ein bewegtes Kampf- und Arbeitsleben sich entfalten konnte. (...)

Wenn ich einen Schluß aus meinen Erfahrungen am Krüppel ziehen darf, so ist die psychische Auswirkung der stetigen Hemmung der motorischen Funktion immerhin so groß, daß der typisch Körperbehinderte zum Problemmenschen gehört. Die Aufgabe der Krüppelpädagogik ist, den problematischen Krüppel zum Charaktermenschen zu befreien. Es ist darum die Frage zu beantworten,

in welchem Wechselverhältnis Krüppeltum und Charakterbildung zueinander stehen. Wie lebhaft die Ueberzeugung von der Zugehörigkeit des Krüppels zur Schicksalswelt der Problematiker bei Dichtern, Epikern, Malern, Bildhauern ist, erlebe ich als Sammler von Romanen, Erzählungen, Dramen, Bildern und Plastiken, die sich mit der Artung und Gestalt des Krüppels beschäftigen. (...)

Will man ein möglichst objektives Bild von den Wechselbeziehungen zwischen Verkrüppelung und Charakterbildung gewinnen, muß man sowohl die Aussagen der Funktionspsychologie, als auch der Schicksalspsychologie beachten. Die Funktionspsychologie führt im wesentlichen zurück auf die Störung der *motorischen* Kräfte. Die Schicksalspsychologie ist zu ergänzen durch die Aufeinanderbeziehung der psychischen und sozialen Folgen verminderten Leistungskönnens. Psychologisch wie auch soziologisch wirken sich nicht minder die Eindrücke der Auffälligkeit oder Häßlichkeit der Krüppelgestalt aus. Der Nichtfachmann kann sich schwer die Bedeutung des Stetigkeitsmomentes in diesen Erscheinungen zum Erlebnis bringen. Auch der Gesunde kann einmal auffallen oder an psychischen Hemmungen leiden, ohne daß darum ein dauerndes Ohnmachtsdenken oder Minderwertigkeitsempfinden in ihm entsteht. Im Blickpunkt der Funktionsstörung ist das Körperliche das Primäre und das Seelische das Sekundäre.

In der vororthopädischen Zeit glaubte man durch schonende Einfühlung, zart-sinniges Mitleid und verzärtelnde Rücksichtnahme primär den Krüppel heben zu können. So aber wurde in denkbar negativster Art auf die Charakterbildung des Krüppelkindes eingewirkt. Es mußte sich bei solcher Erziehung selbst bedauern. Selbstbedauern führt zur Selbstentnervung. Selbstentnervung ist aber die Wurzel aller Charakterschwäche. Im Ausdruck der Schicksalspsychologie ist das Sozialpsychologische das Primäre und das Individualpsychologische das Sekundäre. Denn die Hemmung des Gemeinschaftserlebnisses ist etwas ebenso Grundwesentliches für das Ethos des Kindes wie die motorische Hemmung für seinen Organismus.

In der vorkrüppelpädagogischen Phase versuchte man die Seele des Krüppelkindes durch Jenseitsvertröstungen und sentimentale Erbaulichkeit in den Gemütsfrieden hineinzustreicheln. Durch diese Methode entsprang dann Schonungsmitleid und entzog der Charakterbildung das für den Krüppel besonders wertvolle Fundament persönlicher Autonomie. Begünstigt wurden diese fehlerhaften Einstellungen früherer Wege durch die gemeinsame Erziehung mit Siechen und Schwachsinnigen. Erst die produktive Krüppelfürsorge schaffte hier Wandel.

Die moderne Orthopädie trennt den heilbaren Krüppel vom unheilbaren Siechen, die moderne Krüppelpädagogik trennt die der Autonomie aufschließbaren, ethisch gesunden Krüppel von sittlich unmündig bleibenden schwachsinnigen Gebrechlichen. Orthopädie und Krüppelpädagogik zusammen ermöglichen eine neue Synthese der Fürsorgearbeit: die planmäßige Anstrengung und Verwirklichung der sozialen Ertüchtigung des Krüppelkindes. Die Ergebnisse dieser Synthese geben erst den Maßstab dafür, was es schicksalspsychologisch bedeutet, daß

der Krüppel früher im wesentlichen seinen Funktionsstörungen führerlos überlassen war.

Das Krüppelkind lebt gleichsam in einem künstlichen Ghetto. Die Funktionsstörung zerbricht das Steuer der unbefangenen Bewegung. Jede Lebens- und Seelenäußerung drückt sich als Bewegung aus. Daher gefährdet die Hemmung der Bewegung den ganzen Menschen. Selbst das Unbefangene und Unwillkürliche der Lebensäußerungen wird bedroht. Alle grundlegenden Ausgleiche des Organismus regeln sich in der Sphäre des Unterbewußten. Darum müssen die Folgen einer bis in diesen schützenden Urgrund vordringenden Störung auch die Charakterbildung erfassen. (...)

Die Funktionsstörung erzeugt eine Gesamtunsicherheit der Bewegung. Diese durchgehende Unsicherheit bewirkt zwangsmäßig eine Verkrampfung der Ausgleichssicherungen, die sich auch als psychische Instinktzerspaltung äußert. Die Instinktzerspaltung zwingt in eine überfrühte und überbewußte Taktik der Selbstbezogenheit. Diese Selbstbezogenheit hemmt in Verbindung mit den Auffälligkeiten seiner Gestalt seine Gemeinschaftsfähigkeit. Die Verständnislosigkeit der Umwelt ruft in ihm sogar leicht gemeinschaftsgegnerrische Gefühle und Impulse wach. Wenn dieser Mechanismus nicht aufgelöst wird, dann bestimmt sich von ihm aus notwendig die Charakterentwicklung. Eine positive Charakterbildung ist nur in dem Maße möglich, wie dieser Mechanismus kompensiert wird. (...)

Die moderne Orthopädie und Krüppelpädagogik erkannte die ausschlaggebende Bedeutung der motorischen Hemmung und widerlegte das alte Vorurteil. Nun konnten auch Forschung und Gesetzgebung die Psyche des Krüppels objektiv würdigen.«

Udo Wilken

## VI. Selbsthilfevereinigungen der Körperbehinderten

### Vorbemerkungen

- 1. Von Ausgliederung und Befürsorgung zur Selbsthilfe**
  - 1.1 Einstellungs- und Verhaltensweisen gegenüber Körperbehinderten
  - 1.2 Anfänge kollektiver Selbsthilfe
  - 1.3 Staatliche Intentionen zur Selbstversorgung der Betroffenen
  - 1.4 Der Beginn vereinsmäßiger und sozialgesetzlicher Hilfen für Körperbehinderte
  - 1.5 Die Gründung von Selbsthilfevereinigungen von Körperbehinderten
- 2. Wirkungen und Grenzen von Otto Perl und seinem Selbsthilfebund**
  - 2.1 Der Lebensweg von Otto Perl
  - 2.2 Die Gründung des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten (Otto Perl-Bund)
  - 2.3 Die Aufgabenbereiche des Selbsthilfebundes – Zielsetzung und Aktivitäten
  - 2.4 Problematische Aspekte
  - 2.5 Der Niedergang des Selbsthilfebundes
  - 2.6 Resümee
- 3. Selbsthilfeentwicklung nach dem 2. Weltkrieg**
  - 3.1 Die Selbsthilfe der Kriegsbeschädigten, Zivilgeschädigten und Elternverbände
  - 3.2 Die emanzipatorische Behindertenbewegung

### Literaturverzeichnis

### Übungsaufgaben

#### Quellentexte

Quelle 1: Eingabe an der Reichstag, betreffend die Gleichstellung der Friedenskrüppel mit den Schwerkriegsbeschädigten.

Quelle 2: Vereinigung der Krüppel zur Selbsthilfe.

Quelle 3: M. Gruhl: Krüppelkinds Werdegang.

## Vorbemerkungen

Über eine chronologische Reihung vergangener Geschehnisse hinaus kann das Interesse an geschichtlichen Vorgängen dazu beitragen, aus der Beschäftigung mit dem Vergangenen nicht nur Verständnis für das Gewordene, sondern auch Perspektiven für mögliche Chancen der Veränderbarkeit aktueller gesellschaftlicher Gegebenheiten zu gewinnen. Insofern können die Darlegungen zur geschichtlichen Entwicklung von Körperbehinderten-Selbsthilfe-Vereinigungen dazu beitragen, Aspekte und Kriterien für eine differenzierte und umfassendere Etablierung von Selbsthilfe-Bewegungen und -Verbänden zu gewinnen.

Angeichts einer gesellschaftspolitischen Situation, die durch eine forcierte Ökonomisierung des Sozialen (vgl. Wilken 2000b) zu einer abermaligen Infragestellung erreichter humanitärer Standards führt, wird einsichtig, dass geschichtliche Ereignisse nicht naturwüchsig sich vollziehende Vorgänge sind, sondern dass sie von Menschen bestimmt und gestaltet werden und dass im Blick auf die Sozialgeschichte nicht vorschnell von einem quasi evolutionistisch erstarkenden Fürsorge- und Solidarisierungswillen ausgegangen werden kann (vgl. Wilken 1999, 72–77). Es bleibt daher lebensbedeutsam, dass sich Menschen mit Behinderungen, ihre Angehörigen und Freunde in Solidarität stärken, um ein selbstbestimmtes, autonomes Leben führen zu können und Selbstverwirklichung in sozialer Teilhabe zu erreichen.

Aus einer ideen- und sozialgeschichtlichen Sicht erscheint allerdings die Entwicklung von Selbsthilfe-Vereinigungen als sich wiederholender Versuch der Beantwortung und Lösung relativ gleichartiger Problemlagen. Dabei ist festzustellen, dass das jeweils errungene Niveau nicht immer gesichert werden konnte. Auch hat das in diesen behinderungsspezifischen Subsystemen gebildete emanzipatorische Bewusstsein das gesellschaftliche Sein als Ganzes nicht auf Dauer bestimmen können. Dennoch sind von diesen alternativen Bewegungen Wirkungen und Einflüsse ausgegangen, die bis in die Sozialgesetzgebung hineinreichen (vgl. Eingabe an den Reichstag 1923, 2–3; Quelle 1).

Gerade in einer Zeit, die geprägt ist von einer weit verbreiteten Resignation angesichts geringer Möglichkeiten politischer Einflussnahme des einzelnen Bürgers auf die Gesellschaft, kann zudem eine alltagsgeschichtliche und biografische Rekonstruktion der Sicht der Akteure dieser anfänglichen Behinderteninitiativen und -bewegungen dazu führen, den Willen zum sozialpolitischen Engagement begründen zu helfen. Dieses Engagement ist noch aus einem anderen Grund geboten. Das Selbstverständnis der Rehabilitation behinderter Menschen befindet sich gegenwärtig in einem Umbruch, der gekennzeichnet ist durch die vielfach von politischen Opportunitätsgründen bestimmte Integrations-/Separationspraxis im pädagogischen Bereich, durch die anhaltende Entinstitutionalisierungs-Debatte im Blick auf Wohnheimstrukturen und die berufliche Rehabilitation sowie durch eine zunehmende ›Rationierung‹ gemäß dem ökonomischen

Paradigma ›von der Kostendeckung zur Kostendeckelung‹, die sich negativ auf die Qualität von angemessenen Hilfestrukturen auswirkt.

Aber Krisen fordern auch zu Klärungen heraus. So führt die öffentliche Diskussion über die Anwendung der pränatalen Diagnostik angesichts einer relativierenden bio-ethischen Sichtweise zu einer deutlichen Artikulation des Lebensrechtes behinderter Menschen. Auch die im Rehabilitationsalltag vielfach beklagte Verobjektivierung behinderter Menschen weicht, dank einer offensiven Einforderung durch aktive Behindertenbewegungen und -verbände, zunehmend einer wissenschaftlich aufgeklärten Sicht des behinderten Menschen als Subjekt seiner ureigensten Bedürfnisse sowie als Akteur seiner individuellen Daseinsentfaltung und Lebensgestaltung. Diesem gewandelten Selbstverständnis entspricht die Forderung behinderter Menschen nach vermehrten Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten in Behinderteneinrichtungen wie auch in traditionellen Verbänden ›für‹ behinderte Menschen, und es wird der Anspruch auf weitestgehende Selbstverwaltung der eigenen Angelegenheiten im Sinne der »Independent-Living-Bewegung« erhoben (Rüggeberg 1990, 448–454; Radtke 1990, 260–263). Daraus erwachsene positive Erfahrungen haben jüngst zu sozialgesetzlichen Konsequenzen im Sinne einer personenbezogenen Leistungsfinanzierung durch das ›Persönliche Budget‹ geführt (Sozialgesetzbuch IX, § 17; vgl. Wansing u.a. 2002, 4–11) sowie im Jahre 2002 zu einem »Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen«.

Die durch die Selbsthilfebewegungen zu Tage tretende individualisierende Orientierung, die sozialpolitisch durch günstigere »kostenmäßige Erwartungshaltungen im Zusammenhang mit Selbsthilfe« gefördert wird (Asam/Heck 1992, 617) und die im individuellen Falle oftmals aus einem anti-institutionellen Impetus gespeist wird, steht gleichwohl vor der Problematik, sich in Vereinzelung zu erschöpfen, sich zu zersplittern und damit ineffektiv zu werden (vgl. Heiler 1984, 88). Es besteht die Gefahr, dass auf Grund durchaus berechtigter Teilinteressen und -bedürfnisse, die Entwicklung einer solidarischen Alltagskultur für alle von Behinderung betroffenen Menschen verloren zu gehen droht. Im Blick auf die Emanzipationsbestrebungen körperbehinderter Personen ergibt sich zudem die Problematik, dass sich oftmals nur die intellektuell kompetenten und sozialpolitisch aktiven Körperbehinderten artikulieren und die Betroffenenperspektive der mehrfach- und schwerstbehinderten Personen, insbesondere derjenigen mit mentalen Beeinträchtigungen, verdrängt wird (vgl. Radtke 1990, 261; Schöbel 1990, 71; Saal 1994, 28–31).

Insofern ist es von Interesse, die Geschichte der Selbsthilfebewegungen auch daraufhin zu verfolgen, wie sich die dialektische Spannung von Verallgemeinerung und Besonderung emanzipatorischer Initiativen entwickelt hat.



## 1. Von Ausgliederung und Befürsorgung zur Selbsthilfe

### 1.1 Einstellungs- und Verhaltensweisen gegenüber Körperbehinderten

Bis in die Urzeit menschlicher Gemeinschaftsbildung lassen sich ambivalente Einstellungs- und Verhaltensweisen gegenüber Menschen mit Behinderungen zurückverfolgen. Die lapidare Feststellung von Otto Perl (1882–1951): »Krüppeltum, das den Betroffenen nicht an der Erfüllung seiner sozialen Pflichten hindert, schließt nicht aus der Gesellschaft aus« (1926, 4), ist daher ergänzungsbedürftig in dem Sinne, dass zwar erst dann, »wenn ein Stamm über ein erwirtschaftetes ständiges Mehrprodukt verfügt ... eine Betreuung Behinderter möglich« wird, »ob sie dann erfolgt, ist allerdings nur noch mittelbar von den ökonomischen Bedingungen abhängig, unmittelbar jedoch von den Normen, Riten, Gebräuchen, magischen Vorstellungen usw., des sich aus dieser Situation entwickelnden Bewusstseins« (Jantzen 1974, 37). Auch unter Rückgriff auf ethnologische Untersuchungen bei Naturvölkern lässt sich überzeugend darlegen, »daß es sowohl Beweise für sehr schlechte Behandlung Behinderter bei sesshaften, wirtschaftlich gut versorgten Stämmen gibt als auch Beweise für ein hohes Maß an Betreuung Behinderter, Alter und Kranken bei einigen Wandervölkern, die auch unter härtesten ökonomischen Bedingungen nicht ihrem Schicksal preisgegeben wurden« (Cloerkes 1979, 275f.).

Trotz der keineswegs starren, sondern dem historischen Wandel unterliegenden gegenseitigen Abhängigkeit von sozioökonomischen und soziokulturellen Prägekräften müssen wir aber davon ausgehen, dass unter archaisch-frühzeitlichen Strukturen Körperbehinderte tendenziell nicht positiv bewertet wurden (Wilken 1999, 72–77). Diese negative Tendenz verstärkt sich im griechisch-römischen Kulturkreis der Antike. Abgesehen von einigen in der Literatur erwähnten Beispielen des Aufziehens und der gesellschaftlichen Anerkennung Behinderter, die sich auf wenige Ausnahmen von Angehörigen der höheren Schichten beziehen (vgl. Würtz 1932, 76), passte der Körperbehinderte nicht in das Menschenbild jener Epoche, das in der Frühzeit im Erziehungsideal der »Wehrhaftmachung« bestand und in der Spätzeit in »der harmonischen Ausbildung zum Vollmenschen« (Wilken 1983, 227).

Auch die Tatsache, dass Philosophen wie Platon, Aristoteles und Seneca die Ausgrenzung und Beseitigung Behinderter propagierten (vgl. die Textdokumentation bei Antor und Bleidick 2000, 129–131), zeigt, wie begrenzt die erkenntnistmäßige Ebene in Bezug auf die Entwicklung eines positiven Einstellungsverhaltens einzuschätzen ist und wie sehr sich hier rationale, irrationale und gefühlsmäßige Tendenzen vermischen (Müller 1996).

Vor allem die christliche Einschätzung der Gleichheit aller Menschen vor Gott und das Gebot der Nächstenliebe lassen den behinderten Menschen in einem neuen Licht erscheinen und nicht mehr allein als nutzlose Ballastexistenz.

So entwickeln sich aus der frühchristlichen Gemeindepflege Ansätze einer anstaltlichen Versorgung behinderter Menschen in Klöstern und Hospitälern (vgl. Kap. III.1.1).

Durch die sich entfaltende mittelalterliche Feudalgesellschaft des Adels und der Großgrundbesitzer verarmt die bäuerliche Bevölkerung und wandert, sofern sie nicht als feudalabhängige Kleinbauern bleiben oder als Knechte dienen, in die Städte ab. Wer dort keine Existenz gründen kann, sinkt gegenüber Handwerk und Handel in den untersten Stand der bettelnden Armen (Jantzen 1974, 42–43). Soweit Körperbehinderte nicht selbstständig nach Almosen gehen und betteln können, werden sie z.T. mit dem Notwendigsten durch Klöster, Hospitäler und Stifte versorgt. Dass in dieser Zeit nur in Ausnahmefällen und unter besonders günstigen Umständen schwer körperbehinderten Menschen eine angemessene Entwicklung ihrer Fähigkeiten zugebilligt wurde, zeigt die bei Wehrli (1968, 11–12) berichtete Lebensgeschichte des Mönchs Hermanus Contractus (1013–1054). Dieser vermutlich auf Grund einer spastischen Diplegie schwerbehinderte Sohn eines Grafen war mit 7 Jahren dem Kloster Reichenau übergeben worden, in dem ein Onkel seiner Mutter als Mönch lebte. Obwohl an Armen und Beinen, an Fingern, Mund und Zunge gelähmt und verrenkt, wurde Herman der Lahme, wie sein Chronist berichtet, ein berühmter Gelehrter des Kloster, der ein bedeutendes dichterisches, musikalisches und mathematisches Werk hinterließ. Ähnliche Versuche weniger begüterter Familien, ihre behinderten Kinder einem Kloster als zukünftige Mönche und Nonnen zu überlassen, ließen sich allerdings als individueller ›Selbstbehelf‹ nicht verallgemeinern (Schumann 1940, 22, Anmerkung 4).

Wenn auch die mittelalterliche Almosenlehre, die von der scholastischen Theologie entwickelt wurde, nicht als »Theorie fürsorglichen Handelns« interpretiert werden kann, stellt sie doch den Versuch dar, innerhalb des mittelalterlichen Staatssystems den Armen und Bedürftigen als solchen zu akzeptieren und ihn auf der untersten Stufe der ständischen Hierarchie zu integrieren. Wohl wird aus einer unbedingten religiös-ethischen Pflicht heraus der Bedürftige vornehmlich als Objekt des Almosenaktes betrachtet, aber ihm wird insofern Beachtung geschenkt, »als seine echte tatsächliche Notlage festgestellt sein muß«, damit die Gabe verdienstlich sein kann.

Da der Arme Anlass gibt zu verdienstlichem Tun, ist er unentbehrlich »im Gefüge dieses vom Diesseits ins Jenseits führenden sozialen Aufbaus als der Empfänger der Almosen, die dem überweltlichen Ziel näher führen«. Der scholastischen Sichtweise entsprechend, stellt seine Bedürftigkeit im geistlichen Sinne kein wirtschaftliches, etwa durch Bildung oder Berufsausbildung zu lösendes Problem dar, sondern eine religiös-ethische Aufgabe, der sich der Arme in Demut zu fügen hat. Durch Aufsichnehmen der Verachtung der Welt, durch asketische Entsagung irdischer Freuden hat er in diesem auf das Jenseits orientierten Weltbild »leichter Zugang zu den christlichen Tugenden als der Reiche« – ent-

sprechend dem »Gleichnis vom Kamel, das eher durchs Nadelöhr geht, als daß der Reiche ins Reich Gottes kommt« (Scherpner 1962, 26–29).

Allerdings weisen die Schilderungen der realen Situation Behinderter darauf hin, dass die Eingliederung, die ersten Versuche einer »Rehabilitation« Körperbehinderter im Stand und Beruf des Armen und Bettlers, sich in der Wirklichkeit des gesellschaftlichen Lebens des Mittelalters nicht so realisieren ließen, wie sie von der scholastischen Theorie beabsichtigt waren. Es machte bereits hier einen nicht zu übersehenden Unterschied, ob etwa, wie in der Gestalt des Heiligen Franziskus von Assisi, Armut als höchstes alternatives Lebensideal freiwillig gewollt werden konnte oder schicksalhaft über einen Menschen hereinbrach bzw. gesellschaftlich determiniert war.

## 1.2 Anfänge kollektiver Selbsthilfe

Da sich am Ausgang des Mittelalters durch Ausweitung von Handel, Verkehr und Geldwirtschaft die bislang auf Naturalwirtschaft und Gütertausch beruhenden ständisch-feudalen Verkehrs- und Produktionsverhältnisse auflösen, auch die Kirche zunehmend korumpiert wird und sich in ihr eine den staatlichen Verhältnissen adäquate feudale Hierarchie herausbildet, kommt es parallel mit der Erschütterung des bisherigen gesellschaftlichen Lebens zu einer Aushöhlung auch der sozial-ethischen Haltung gegenüber Behinderten und Armen.

Als Reaktion hierauf schließen sich manche von ihnen, vergleichbar den zeitgenössischen Orden, Gilden und Zünften, zum Zweck gemeinschaftlicher Selbsthilfe zu Bettler- und Gebrechlichengilden zusammen, wie die um 1454 erwähnte Bruderschaft Körperbehinderter, Blinder und anderer Armen (Merkens 1981, 8–9; Stadler 2001b, 76–77). In Stadt und Land bilden sich die bekannten Szenen, die wir in den Gemälden zeitgenössischer Künstler wieder erkennen (Schlegel 1983). Perl verdeutlicht die Rolle und Funktion dieser ersten Selbsthilfegruppierungen, die als schicksalhafte Notgemeinschaften entstehen und stellt fest: »Was die Fremdhilfe, die Fürsorge der Kirche nicht mehr tun kann, das wird jetzt eine Aufgabe gemeinschaftlicher Selbsthilfe. Der Gruppierung nach gemeinsamen Bedürfnissen folgt die Selbstverwaltung der Maßnahmen, die der Befriedigung der Not dienen.« (Perl 1926, 22)

Als Antwort auf die Organisation der unruhig gewordenen Besitzlosen entsteht als politische Reaktion der herrschenden Bevölkerungskreise das harte Ordnungsgefüge der Wohlfahrtspolizei (vgl. Scherpner 1962, 45–48). Bedingt durch weitere Verelendung des Volkes nimmt das »Vagantenunwesen« überhand. Wo man der Bettler nicht Herr wurde, »trieb man sie unter Sturmgeläut aus der Stadt und verbot ihnen mit Androhung schwerer Strafen (Pranger, Brandmale, Ohrenabschneiden), innerhalb der nächsten drei Jahre in den Ort zurückzukehren« (Merkens 1981, 9). Polizeiordnungen verdrängen die Caritas! So verfiel man in Berlin um 1587 auf den Gedanken, als Nachweis der Bedürftigkeit, den Kör-

perbehinderten »eine Blechmarke zu verabfolgen, die in der Mitte den nach rechts schreitenden Bären – das Berliner Stadtwappen – aufweist, und um den Hals zu tragen war« (Kirmsse 1914, 218; vgl. Scherpner 1962, 210). Zunehmend werden aber auch Körperbehinderte mit Argwohn betrachtet, als minderwertig, ehrlos und als lebensunwürdig angesehen.

Dienten sie noch in der hochmittelalterlichen Werteordnung als Mittel zur Erlangung der ewigen Seligkeit, so schiebt man sie nun, wenn man sich ihrer nicht durch Landesverweisung entledigen kann, am liebsten in Klöster, Spitäler, Siechen- und Elendhäuser ab. Zudem gilt die Geburt behinderter Kinder »als Strafe für geheimen Frevel und macht die Eltern, insbesondere die Mutter verdächtig« (Schumann 1940, 26; vgl. Bachmann 1985). Dennoch gelten Krüppel und Gebrechliche, Blinde und Taube im Volksglauben des Mittelalters als Glücksbringer. Sie erfahren, wie Schumann (1940, 27) darstellt, verehrungsvolle Anteilnahme, »man nennt sie Gottesarme, des Heilands Kammerherren«.

### 1.3 Staatliche Intentionen zur Selbstversorgung der Betroffenen

Wenn auch die kultur- und geistesgeschichtliche Verbindung von Reformation und Renaissance den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt des Denkens rückt, so führt das damit verbundene individualisierende Denken des aufstrebenden Bürgertums zugleich dazu, Armut als ein zu sanktionierendes individuelles Versagen zu interpretieren und Arbeitszwang als Interventionsform des Armenwesens einzuführen.

Welche Ausnahme in dieser Zeit die erziehlich-pädagogische Förderung Körperbehinderter bedeutet, erhellt aus den Berichten, die über Thomas Schweicker (1541–1602), den ›Wundermann von Schwäbisch Hall‹ überkommen sind. Er war Sohn eines als Ratsherr und Zunftmeister angesehenen Bäckermeisters und wurde ohne Arme geboren. Da die Eltern sich weder durch ihre soziale Lage noch sonst genötigt sahen, aus der Behinderung des Kindes etwa durch Schau-stellung und Bettel Gewinn zu ziehen, gingen sie daran, »den Abgang der Arme durch die Bildung des Geistes und Gemütes zu ersetzen« (Wilhelmi 1902, 17). Thomas Schweicker wurde erfolgreich mit der für ihn bestmöglichen Schulbildung ausgerüstet. Er war in der Lage, lateinische Gedichte zu verfassen und entwickelte sich zu einem angesehenen Fußschreibkünstler, der mit Pinsel und Feder hergestellte Kunstblätter und selbst feinste Holzschnitzereien anfertigen konnte. Diese von ihm mit den Füßen ausgeübte kunsthandwerkliche Tätigkeit begründete sein beispielgebendes Ansehen als ›Wundermann‹ von Schwäbisch Hall. Zweimal wurden zu seinen Lebzeiten auf ihn silberne Medaillen geprägt, und ihm wurde das Recht eines Begräbnisplatzes im Chor der berühmten Kirche St. Michel in seiner Heimatstadt zubilligt (Stadler 2001a, 38–40).

Es blieb der Epoche der Aufklärung vorbehalten, schrittweise darauf hinzuwirken, auch den körperbehinderten Menschen auf der Grundlage sorgfältiger

Pflege, orthopädischer Versorgung und Erziehung sowie unter gewissenhafter Ausnutzung der ihm verbliebenen Fähigkeiten ein nützliches, bürgerlich geachtetes Leben führen zu lassen. Allerdings konnte sich dieser medizinische und sozialfürsorgereische Optimismus, der auf erwerbsbefähigende ›Selbstversorgung‹ zielte, politisch nur ansatzweise durchsetzen. Die Praxis der staatlichen Armenpflege blieb restriktiv. Insbesondere findet die liberalistische Theorie von Thomas Robert Malthus (1766–1834) Zustimmung, derzufolge Armenpflege die Not nicht behebe, sondern sie fortsetze, indem sie die Armen ermuntere, sich sorglos fortzupflanzen. Daher habe an Stelle von Fürsorge, Aufklärung der Armen über Geburtenkontrolle zu treten als effektivste Hilfe zur Selbsthilfe. Gegenüber dieser Zuschreibung von Schuld und Verantwortung für das eigene Schicksal artikuliert sich im Zeitalter der Aufklärung, des Naturalismus, Pietismus und Philanthropinismus immer deutlicher eine begründete Abkehr von dem bislang herrschenden statischen Menschenbild (Moser 1995, 203–207). Angeborene Schwächen sollen nicht mehr als unentrinnbares Schicksal gelten, kindliche Verhaltensauffälligkeiten nicht als unveränderbare Charakterstörungen begriffen werden. Auch werden jetzt, wie Schmeichel (1983, 3) darlegt, »als Mitverursacher des sozialen Elends die körperlichen Schädigungen ausgemacht«.

Zwar nehmen die im 19. Jahrhundert entstehenden orthopädischen Institute unbemittelte Körperbehinderte nicht oder nur ausnahmsweise auf (vgl. Kap. I.4). Dennoch tragen ihre medizinischen Erfolge dazu bei, die Idee einer umfassenden Körperbehindertenfürsorge vorzubereiten. Ein Umstand, auf den auch Perl verweist, wenn er schreibt: »In dem Augenblick, in dem der Arzt an die Seite des Krüppels trat, wurde die Stellung des Krüppels in der Gesellschaft von einem Wust sozialer Vorurteile frei.« Und an anderer Stelle: Erst mit der deutlichen »Heraushebung des Krüppels aus der Klasse des Behindertentums durch die medizinisch-wissenschaftlichen Bestimmungen erfuhr auch das Krüppelrecht einen fruchtbaren Anstoß zur Weiterentwicklung« (Perl 1926, 36, 45).

#### *1.4 Der Beginn vereinsmäßiger und sozialgesetzlicher Hilfen für Körperbehinderte*

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gemeinschaftlichen Selbsthilfe als Selbstorganisation der Problembewältigung, der im Zusammenhang mit den Auswirkungen von körperlichen Behinderungen erfolgte, entsteht im 19. Jahrhundert. Unterwarf bislang der absolutistische Staat alle Lebensbereiche seiner Staatsräson, so konnten sich nun auf der Grundlage der Menschenrechtsideen der Französischen Revolution, vor allem aber auf Grund der Gewährung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit und des Vereinsrechts durch die Nationalversammlung 1848 in Frankfurt, gemeinnützige Vereinigungen entwickeln, die zu einem bisher nicht gekannten sozialen Engagement freier gesellschaftlicher Kräfte führten (Schmeichel 1983, 5–6; vgl. Kap. III.1.4).

Dies gilt auch für die nun entstehende ambulante und anstaltliche Körperbehindertenfürsorge, die noch nicht hinreichend durch Sozialgesetze gesichert war. Das Unterstützungswohnsitzgesetz von 1871 sah ab 1891 »das Recht hilfsbedürftiger Personen (Geisteskranke und -schwache, Epileptiker, Blinde und Taubstumme) auf Anstaltspflege vor. Sofern Körperbehinderte zur Gruppe der ›Siechen‹ gehörten, fielen sie ebenfalls unter dieses Gesetz.« Allerdings gehörte die »ärztliche Versorgung, Erziehung und Ausbildung körperbehinderter Kinder und Jugendlicher ... nicht zu den Aufgaben der Armenpflege« (Merkens 1981, 137). Auch wurden die Kosten für benötigte Prothesen von den damals entstehenden Krankenkassen nicht übernommen. Dort, wo die öffentliche Armenfürsorge die Kosten übernahm, »hatte dies für den Vater des betroffenen Kindes den Verlust politischer Rechte, z.B. des Wahlrechts, zur Folge« (Merkens 1974, 209).

Bedingt durch die hohe Zahl von Kriegsbeschädigten des 1. Weltkrieges wurde 1919 das Gesetz über die Schwerbeschädigtenfürsorge erlassen und kurze Zeit später auch auf Unfallverletzte ausgedehnt. Allerdings blieb die Gleichstellung der von Geburt an Körperbehinderten nur eine »Kannbestimmung«. Erst mit der Verabschiedung des preußischen Krüppelfürsorgegesetzes von 1920 (vgl. Kap. V.2.4), das später im gesamten Reichsgebiet maßgebend wurde, sollte sich eine Änderung anbahnen. Mit diesem Gesetz war die seit langem geforderte sozialgesetzliche Gleichstellung Körperbehinderter mit anderen Behindertengruppen vollzogen und erstmalig auch die Erwerbsbefähigung körperbehinderter Jugendlicher bis zum 18. Lebensjahr in den Pflichtenkreis dieses Gesetzes einbezogen (vgl. Merkens 1981, 142–144). Mit dem Körperbehindertenfürsorgegesetz von 1957, dem Bundessozialhilfegesetz von 1961 und den Sozial- und Rehabilitationsgesetzen der Siebzigerjahre, dann mit dem grundgesetzlich in Artikel 3, Abs. 3 verankerten Benachteiligungsverbot (vgl. Heiden 1996), dem 2001 erlassenen Sozialgesetzbuch IX und dem Gleichstellungsgesetz des Jahres 2002 entstanden weitere gesetzliche Grundlagen für Rehabilitation und gesellschaftliche Teilhabe körperbehinderter Menschen (vgl. Miles-Paul/Drewes 2002, 37).

### *1.5 Die Gründung von Selbsthilfevereinigungen von Körperbehinderten*

Zu den gesellschaftlichen Kräften, die am Entstehen des Krüppelfürsorgegesetzes von 1920 aktiv beteiligt waren, zählen nicht nur Verbände und Organisationen, die sich »für« die Belange körperbehinderter Menschen einsetzten, wie etwa die seit 1909 bestehende Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge (heute: Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter) oder die Verbände der konfessionellen Einrichtungen für Körperbehinderte. Es beteiligten sich auch Vereinigungen der unmittelbar Betroffenen. Neben Selbsthilfebünden »von« Körperbehinderten, die bereits während der Kaiserzeit 1912 in Altona, Berlin und München bestanden (Merkens 1981, 133–134; vgl. Zeitschrift für Krüppelfürsorge 1912, 39–42; Quelle 2), sind es vor allem die Verbände der Kriegsoffer des

1. Weltkrieges, wie beispielsweise der 1917 gegründete »Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen«, der bis heute als »Sozialverband Deutschland – ehemals Reichsbund – e.V.« aktiv ist (Reichsbund 1987).

Als besonders engagiert erwies sich der 1919 ins Leben gerufene »Selbsthilfebund der Körperbehinderten«, der nach seinem Mitinitiator auch »Otto Perl-Bund« genannt wurde. In gemeinsamen Eingaben mit der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge drang er darauf, die für »Kriegskrüppel« bestehenden Anspruchsberechtigungen auch für die durch Geburt und Krankheit körperlich behinderten »Friedenskrüppel« gesetzlich zu verankern (Simon 1927, 631; vgl. Quelle 1). Wie aus Perls 1926 erschienenem Hauptwerk »Krüppeltum und Gesellschaft im Wandel der Zeit« deutlich wird, artikuliert sich hier erstmals ein gewandeltes Selbstverständnis schwer körperbehinderter Menschen. Obwohl sie im Blick auf das Krüppelfürsorgegesetz auch wirtschaftliche Interessen verfolgen, ist ihr Engagement, im Unterschied zu den meisten Selbsthilfeorganisationen der damaligen Zeit, nicht auf Alimentierung und Befürsorgung gerichtet, sondern es zielt auf Hilfe zur Selbsthilfe und auf Selbstbestimmung (Perl 1926, 40–41). Die Bezeichnung »Selbsthilfe« bedeutete dem Perlbund, wie Simon (1927, 634–635) ausführt, »von Anfang an ein moralisch-ethisches Programm. (...) Der Perlbund will die Körperbehinderten so weit bringen, daß sie sich selbst im Leben helfen können, daß sie fremder Fürsorge weitgehendst, wenn nicht ganz, entbehren können, denn die beste Fürsorge ist die, die eine Fürsorge unnötig zu machen sucht.«

## 2. Wirkungen und Grenzen von Otto Perl und seinem Selbsthilfebund

### 2.1 Der Lebensweg von Otto Perl

Der von Otto Perl (1882–1951) im Jahre 1919 mitbegründete »Bund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten (Perlbund)« (Gruhl 1919/1920, 1) war »der erste Zusammenschluss der von Geburt oder Kindheit an körperbehinderten Männer und Frauen in der Weimarer Republik« (Fuchs 2001a, 69). Als exemplarisch für die soziale Lage dieser Gruppe Körperbehinderter kann der rückblickende *Lebenslauf von Otto Perl* gelten, wie er ihn 1946 verfasst hat (Perl 1946): »Am 19. Okt. 1882 wurde ich zu Wildenhain im Kreise Torgau geboren. Den Plan meiner Jugend, mich einem geistigen Beruf zuzuwenden, zerschlug eine entzündliche Gelenkerkrankung, die durch ärztliche Verantwortungslosigkeit im Anschluss an meine zweite Pockenimpfung sich entwickelte. Nach Beendigung meiner Schulzeit ergab sich die Notwendigkeit einer längeren klinischen Behandlung, die den wirtschaftlichen Ruin meines kleinbäuerlichen Elternhauses herbeiführte, da in allen Notfällen der landarme Häusler auf sich allein angewiesen war. Im Jahre 1898 musste sich der Fürsorgeverband Torgau meiner Versorgung annehmen, da ein Erwerb auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für

mich nicht in Frage kam. Eine geistige Berufsausbildung, aber auch eine chirurgische Besserung meines Gesundheitszustandes, die beide sehr wohl möglich gewesen wären, hielt die Fürsorge nicht für notwendig. Meine Übersiedlung in das Pflegeheim zu Wittenberg 1899 brachte mich in Verbindung mit sozialgesinnten, gebildeten Menschen ausserhalb des Heims. Mit deren Hilfe gelang es mir, meinen ursprünglichen Plan, mir einen geistigen Lebensberuf zu schaffen, wieder aufzunehmen. Durch Privatstudien und regen Gedankenaustausch mit befreundeten Lehrern hatte ich mich 1902 soweit gefördert, dass ich den Unterricht von kranken Kindern, die die öffentliche Schule nicht besuchen konnten, in der Anstalt übernehmen konnte, und dies trotz meiner schweren körperlichen Behinderung.

In siebenjähriger Unterrichtsarbeit lernte ich eine Vielfalt von fürsorgischen Problemen und das grosse Kinderelend in den deutschen Arbeiterfamilien kennen. Meine Erfahrungen mit der reaktionären Fürsorgebürokratie und ihrer Pfründenwirtschaft führten mich zu dem Entschluss, das deutsche Fürsorgewesen, seine geschichtliche und rechtliche Entwicklung zu studieren, wie die politisch-oekonomische Ideologie derer zu erfassen, in deren Händen sich die Befürsorgung der notleidenden Schichten des deutschen Volkes befand. Deshalb verlegte ich meinen Wohnsitz 1908 nach dem grossen Krüppelheim der Innern Mission in Babelsberg bei Potsdam, wo ich mich literarischen Arbeiten, dem Studium der neuern und klassischen Sprachen, der Soziologie, der Völkerkunde und der Rechtsgeschichte widmete. Durch Sprachunterricht erwarb ich mir die Mittel zur Beschaffung einer wissenschaftlichen Bücherei. Das Jahr 1910 führte mich für mehrere Monate in das Bergische Land, wo ich nicht nur eine Besserung meiner Gesundheit sondern auch im Verkehr mit Bauern und Industriearbeitern neue wertvolle Kenntnisse erwarb; denn hier im Wuppertal hatte Friedrich Engels seine Geburt zum Sozialismus erlebt. Der 1. Weltkrieg fand mich in ununterbrochener wissenschaftlicher Arbeit und in der ideologischen Bearbeitung meiner körperbehinderten Schicksalsgenossen. Am 21. Dezember 1918 erwarb ich mir vor einer Kommission des Brandenburgischen Provinzialschulkollegiums die Reife eines humanistischen Gymnasiums. Vier Wochen vorher hatte ich Karl Liebknecht vom Balkon des Rathauses zur Bevölkerung von Nowawes sprechen hören. Am 10. März 1919 gründete ich mit meinem Schicksalsgefährten Hans Förster aus Leipzig den »Selbsthilfebund der Körperbehinderten (SBK)« in Berlin-Zehlendorf. Mein Ruf an die Körperbehinderten zum Zusammenschluss, zur kulturellen und wirtschaftlichen Selbsthilfe, zur Schaffung von Werkstätten, von Wohn- und Arbeitsheimen für Schwerbehinderte und zur Mitbestimmung über das eigene soziale Schicksal brachte mir keine vier Wochen nach der Gründung SBK die Entlassung aus dem Heim, da, wie der Leiter der Anstalt telephonisch einem Freunde von mir mitteilte, er einen »Spartakisten« in seiner christlichen Anstalt nicht dulden könne. Es begann für mich eine schwere, kampfbolle Zeit. Meine Bücherei, ohne die ich nichts Rechtes tun konnte, musste ich in Kisten verpacken. Auf den Tagungen diffamierte man unsere Bundesarbeit.



Die reaktionären Heim- oder Fürsorgedirektoren waren um ihre nahrhafte Domäne besorgt.

Trotz meiner Behinderung, die einen ständigen Helfer nötig machte, immatrikulierte ich 1922 in der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin, wo ich neben Soziologie, Rechtsgeschichte u.a. auch über Hochkapitalismus bei Werner Sombart hörte. Nach meinem vierten Semester entzog mir der erzreaktionäre Rektor der Universität die Erleichterungen, die mir allein das wissenschaftliche Arbeiten an der Hochschule möglich machten, so dass ich wieder in die für einen geistigen Menschen unerträglichen Verhältnisse der Fürsorge zurückkehren musste. In einer elenden Wagenremise schrieb ich bei winterlichem Wetter, da im vom Tabaksqualm und Lärm erfüllten Krankensaal ein geistiges Arbeiten unmöglich war, mein Buch: »Krüppeltum und Gesellschaft im Wandel der Zeit«, Verlag Leopold Klotz, Leipzig. Um nicht, wie viele Kranke um mich, dem Hunger zu erliegen, war ich gezwungen, ein Drittel meiner Bücherei zu verkaufen. Das Heim (in Berlin-Lichterfelde, U. W.), das dem feudalen Johanniterorden, einem Zweig der Deutschen Adelsgesellschaft, gehörte, diente mit seiner grossen Land- und Gartenwirtschaft mehr den Interessen jener wohlhabenden Kreise als der Not der Armen und Kranken.

Im Jahre 1926 siedelte ich (in das Wichernhaus der Inneren Mission, U. W.) nach Altdorf b. Nürnberg über. Hier widmete ich mich in erster Linie dem Aufbau des bayerischen Landesverbandes im Selbsthilfebund der Körperbehinderten. Meine Vorträge über fürsorgerische Probleme, die ich in kulturellen Veranstaltungen der SPD, aber auch in den Versammlungen der Körperbehinderten hielt, veranlassten die Nazis einen regelrechten Spitzel- und Beobachtungsdienst gegen mich aufzuziehen, der von den nazistischen Angestellten der Anstalt, in der ich meinen Wohnsitz hatte, ausging. Es darf nie vergessen werden, dass viele Fürsorgeheime, noch ehe Hitler an die politische Macht gelangte, Hochburgen und Schrittmacher des Nationalsozialismus gewesen sind, die manchem ihrer Pflegebefohlenen durch Terror das Leben zur Hölle gemacht haben.

Obwohl ich mich politisch nicht betätigte und auch der SPD, in der meine sozialen Bestrebungen und auch ich persönlich viele gute Freunde hatte, angehörte, so erklärten die Nazis mich doch öffentlich für einen »gerissenen Marxisten«, den sie so oder so unschädlich zu machen, entschlossen waren. Sie schickten ihre Anhänger – denn leider gab es auch unter den Körperbehinderten solche, die auf die Schalmeien Hitlers hörten – in unsere Bewegung und sabotierten ihren Ausbau. Mein Antrag in der Verbandsverwaltung, die von mir unter grossen Mühen gesammelten 18000 Reichsmark zur Errichtung eines Wohn- und Arbeitsheims für strebsame Schwerbehinderte zu verwenden, wurde von den Nazianhängern niedergebrüllt. So legte ich mein Amt nieder und trat am 7. März 1932 aus der von mir ins Leben gerufenen Organisation aus. Ein Jahr später hatten ... (es folgen unleserliche Worte, U. W.). Nachfolger das Vermögen der bayerischen Körperbehinderten veruntreut und verjubelt.

Neben meiner sozialen Arbeit hielt ich englische und Esperantosprachkurse für Arbeiterkinder. Auch diese waren den Braunhemden ein Dorn im Auge. Der Sturmbannführer Zahnarzt Molitor-Altendorf stürmte eines Tages mit seiner schwerbewaffneten SA den Garten, in dem ich mit meinen Kursteilnehmern in einer Laube arbeitete. Liess man mich auch körperlich unverletzt, so nahmen mir doch die Hitlerbanditen fast meine ganze Bücherei weg soweit ich sie noch von Lichterfelde her besass und wieder ergänzt hatte. Die Werke von Marx, Engels, Bebel u.a. hatte ich noch kurz zuvor von einem Freunde vergraben lassen. Immerhin meine Bücherei war meine geistige Heimat, die ich mir in zwei Jahrzehnten auf dem Krankenbett erarbeitet und erhungert hatte, diese aber hatte man mir geraubt. Dabei hatte die reaktionäre Geistesverfassung der Heimfürsorge wie früher in Wittenberg, Babelsberg, Lichterfelde sich auch diesmal wieder als Feindin des Fortschritts und als Schleppenträger der kapitalistischen Ideologie gezeigt.

Der Nazilandeshauptmann meiner Heimatprovinz Sachsen ordnete 1934 meine Verlegung nach der Pfeifferstiftung in Magdeburg-Cracau an, wo man mich mit Blöden und einem gefährlichen Epileptiker zusammensteckte. Nur schwer liess sich die Heimverwaltung von dem Unfug einer solchen Unterbringung überzeugen. War es schon unter den früheren zopfigen Verhältnissen für den Befürsorgten nicht leicht, als Mitglied der menschlichen Gesellschaft seine soziale Sonderart zu vertreten, in der Nazifürsorge war es geradezu lebensgefährlich für den Schwerbehinderten, sich auf einen Rechtsstandpunkt in fürsorgerischen Dingen zu stellen. Denn die Henker Hitlers waren mit ihren ›Todeslisten‹ sehr eifrig am Werke. Mancher aus meiner Umgebung musste den Weg zur Giftspritze gehen. Mein Aufenthalt in Magdeburg gab mir wieder Gelegenheit die Verwüstungen der Nazischule an unsern Arbeiterkinder kennenzulernen. Deshalb war es mir eine Freude, ihnen, wie ich es in Bayern getan hatte, zu helfen und ihrem geistigen und sittlichen Menschen Kräfte für eine neue Zukunft mit in das Leben zu geben.«

Otto Perl schrieb diesen Lebenslauf 1946 bei seinem Bruder in Zschorna bei Wurzen, wo er seit 1944, nach Zerstörung der Pfeifferschen-Stiftung durch Luftangriff, lebte. Ab Juli 1946 fand er bis zu seinem Tode am 27. Oktober 1951 wieder Unterkunft im Siechenhaus zu Wittenberg, wo er bereits 1899 Aufnahme gefunden hatte, nachdem er zuvor kurze Zeit im städtischen Siechenhaus Halle untergebracht war (vgl. Simon 1993, 17; Perl 1922, 2).

## 2.2 *Die Gründung des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten* (Otto Perl-Bund)

Das bewusst reflektierte Leiden am rechtlosen Status in der Rolle des Befürsorgten, das Erleben abstumpfender Geistlosigkeit der Pflegenden und Gepflegten sowie die Feindschaft des Anstaltslebens gegen alles Individuelle und Persönliche

lassen in Perl das individuelle »Recht der Selbstbestimmung« (Perl 1926, 41) zum Angelpunkt seiner Selbsthilfebestrebungen werden, die er mit dem Selbsthilfebund der Körperbehinderten zu verwirklichen trachtet. 1919 gründet er den »Bund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten (Perlbund)«, der 1924 in »Selbsthilfebund der Körperbehinderten (Otto Perl-Bund) E.V.« umbenannt wird. Erster Vorsitzender wird Perls Lehrer, Mentor und väterlicher Freund der Potsdamer Gymnasialdirektor Dr. Hermann Rassow, der ihn zur Hochschulreife führte (vgl. Perl 1926, Vorwort, III–VI). Von den weiteren Gründungsmitgliedern, die sämtlich Schwerbehinderte waren, sind bekannt: Hans Förster (1917, 307; 1919, 144), nach seiner Ausbildung in Leipzig, am Oskar-Helene-Heim in Berlin als Fachlehrer für Knabenhandarbeit tätig; Friedrich Malikowski, später langjähriger Geschäftsführer des Perlbundes. Er erkrankte nach seiner Malerlehre so schwer, dass er auf den Rollstuhl angewiesen war; schließlich die Studienrätin Marie Gruhl, auch sie Rollstuhlfahrerin (Fuchs 2001a, 74–76; zu Rassows temporärer Gehbehinderung vgl. Perl 1928, 85). Als Initiatoren des Selbsthilfebundes gelten Förster und Perl, die einander im Krüppelheim des Oberlinhauses zu Nowawes bei Potsdam begegneten, wo Perl nach seinem Umzug aus dem Kaiser Friedrich-Siechenhause zu Wittenberg (vgl. Perl o.J.) seit 1908 lebte und wo Förster möglicherweise aus dienstlicher Veranlassung zu tun hatte. »Bei dankbarer Anerkennung dessen, was Gesunde bisher für die Gebrechlichen geleistet haben und noch leisten, waren doch beide zu der Erkenntnis gelangt, dass an der Überwindung der Krüppelnot die Friedenskrüppel selbst tatkräftig mitarbeiten mußten. Der wirkungsvolle Zusammenschluß der Kriegsbeschädigten macht es ganz selbstverständlich auch den seit Geburt, durch Krankheit oder Unfall mit Krüppeltum Behafteten zur Pflicht, mit der Wahrnehmung ihrer Interessen nicht zurückzustehen.« (Gruhl 1919/20, 1)

Ziel des Bundes, in dem die Mitgliedschaft Behinderten und Nichtbehinderten offen stand, war es, entgegen den Erfahrungen, die Zivilbehinderte bislang machen mussten, dem Körperbehinderten zu weitgehender persönlich verantworteter Freiheit und wenn möglich auch wirtschaftlicher Selbstversorgung zu verhelfen. Als Hauptaufgaben werden genannt: »Individuelle Erfassung und Führung der Jugendlichen und Unerfahrenen im Krüppeltum durch tüchtige und erfahrene Schicksalsgefährten; sachgemäße Beratung in allen Lebensschwierigkeiten; produktive Mitarbeit bei allen Einrichtungen, die der Krüppelfürsorge und -ertüchtigung dienen; Vertretung der Krüppelangelegenheiten vor den Behörden und in der Öffentlichkeit; Beschaffung von Arbeiten, die den Fähigkeiten der Körperbehinderten angepaßt sind; Ermöglichung der Anschaffung von Kunstgliedern, Stützapparaten, Selbstfahrern, Handwerksgeräten und anderen Behelfsmitteln für Körperbehinderte; Zusammenfassung der halben Kräfte zu Arbeitsgenossenschaften; Errichtung von Wohn- und Arbeitsheimen besonders für Schwerbehinderte, Erkämpfung einer gesetzlich gewährleisteten Krüppelhilfe, die den Körperbehinderten in jedem Falle das Existenzminimum sichert.« (Perl

1926, Anhang) Die Arbeit des Bundes, so Marie Gruhl nach Ausführungen Malikowskis (1933, 87), »sei gedacht als eine Ergänzung und Weiterführung der amtlichen und privaten Krüppelfürsorge, aus der Ich-Selbsthilfe, die jeder Körperbehinderte schon um seiner selbst willen treibe, müsse die für das Ganze verantwortliche Wir-Selbsthilfe werden, die Erfahrungen, Kenntnisse und besonderen Kräfte, die der einzelne Körperbehinderte sich in seinem Lebenskampf erwerbe, dürften mit seinem Tode nicht verloren gehen, sondern müssten der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden«.

Es wundert nicht, dass dergleichen emanzipatorische Bestrebungen in der politischen Umbruchszeit vom Kaiserreich zur Weimarer Republik – einer Zeit hierarchisch und patriarchalisch geprägten öffentlichen Bewusstseins – von den meisten Personen, die mit der Körperbehindertenfürsorge befasst waren, anfangs argwöhnisch betrachtet wurden. Dies gilt insbesondere für die organisationssoziologische Kritik des Anstaltswesens als »totale Institution«, wie sie in den folgenden Ausführungen Perls zum Ausdruck kommt: »Der praktische Wille, der verständnisvolle Sinn für die Eigenart der Anstaltsbewohner, der in dem Anfangsleben der meisten Anstalten wohl tuend wirkt, verflüchtigt sich mit dem Größerwerden des Anstaltsbetriebes zu einem geräuschvollen, oft seelenlosen Mechanismus. Man denke sich werdende Menschen in diese zum System erstarrte Welt hineingebannt, wo unter dem Auge der »Ordnung« aufgestanden, gebetet, gearbeitet, gegessen, geschlafen wird! In diesem grausamen Einerlei, diesem Gleichschritt gemachter Ordnung, wohnt jene abstumpfende Geistlosigkeit, die man oft genug an den Bewohnern von Anstalten, an den Pflegenden wie Gepflegten, beobachten kann. Bei jenen kleidet sie sich gewöhnlich in die Form der Autorität, bei diesen in devote Heuchelei. (...) Was nützt mir das warme Bett, das helle Zimmer, wenn ich seelisch erfriere und geistig in Nacht versinke! (...) Das Hauptübel des Anstaltlichen wurzelt in dem Fehlen jedes schaffenden und schöpferischen Lebens, in seiner Feindschaft gegen alles Individuelle und Persönliche. Nicht nur mein Schnupftuch, ich selber auch bin in der Regel in der Anstalt nur eine Nummer und anderen Nummern.« (Perl 1926, 44–45)

Aus Perls Lebenslauf geht hervor, dass seine Gründungsinitiative für ihn die Entlassung aus dem Oberlinhaus brachte (vgl. Fuchs 2001, 78–81). Im »Hauptbuch der Siechenstation des Oberlinhauses ab 1886« ist unter »Nr. 169 Otto Friedrich Perl« diesbezüglich diplomatisch vermerkt: »... überbracht am 21. September 1908 durch Herrn Gymnasialdirektor D. Rassow, Potsdam. Körperliche und geistige Entwicklung und Ausbildung: Herr Perl kam in die Siechenstation. Durch eine Zwiebelkur, empfohlen durch Frau Kaschgar, wurde er soweit hergestellt, daß er an Krücken sich fortbewegen konnte. Durch seine große Energie und eisernen Fleiß erwarb er sich selbst Gymnasialbildung. Darauf wurden ihm die Mauern des Oberlinhauses zu enge. Und da sich ein Professor erbot, seine Gelenksteifigkeit durch Operation zu beseitigen, reiste er in dessen Klinik nach Leipzig. Damit wurde sein Verhältnis zum Oberlinhaus gelöst. Entlassen am

9. April 1919.« Die Information über die Chancen einer Operation hatte Perl allerdings nicht durch das Oberlinhaus erhalten, sondern erst durch seinen Kontakt mit Förster, der 1911 in Leipzig erfolgreich behandelt worden war (vgl. Perl 1926, 29). Perl (1926, 37) kommentiert dies indirekt: »Ist es nicht Tragik, so ist es ein Kuriosum, dass ein Krüppel, der elf Jahre in einem Krüppelheim lebte, erst von einem Leidensgenossen über den notwendigen Weg zur Besserung seiner Behinderung belehrt werden mußte!«

### 2.3 *Die Aufgabenbereiche des Selbsthilfebundes – Zielsetzung und Aktivitäten*

Trotz mancher Schwierigkeiten erwarb sich der Selbsthilfebund alsbald Anerkennung und regen Zuspruch durch Zivilbehinderte. Dass hier »erstmalig die bisher geübte Fürsorge für Körperbehinderte zugunsten des Prinzips der Selbsttätigkeit der Behinderten durchbrochen wurde« (Merkens 1981, 135), nötigte Respekt ab, zumal die »Selbsthilfe« nachhaltigen Erfolg hatte und der Bund sich organisatorisch durch zahlreiche Ortsgruppen und Einzelmitglieder über ganz Deutschland ausbreitete. Hatte der Selbsthilfebund im Jahr seiner Gründung beinahe 500 Mitglieder (Gruhl 1919/20, 2), so bestand er 1929 aus fünf Landesverbänden mit 50 Ortsgruppen und über 6.000 Mitgliedern (Malikowski 1934, 24).

Auch Biesalski (1926, 126), der mit der Reichsstatistik von 1906 die medizinische und soziale Notlage körperbehinderter Kinder und Jugendlicher als Massenproblem belegen konnte, hebt den Otto Perl-Bund als »wohlgefügte« Organisation in seinem »Grundriß der Krüppelfürsorge« hervor. Nicht zuletzt deshalb, weil er hier den von ihm bis in die gesetzliche Festlegung des Krüppelfürsorgegesetzes hinein erfolgreich verfochtenen »sozialbiologischen Einheitsgedanken in der Orthopädie« mitvertreten sieht. Dieser sozialbiologischen Theorie gemäß darf sich die orthopädische Sicht nicht allein auf die medizinisch-biologischen Aspekte begrenzen, sondern sie hat sich im Sinne einer ganzheitlich-rehabilitativen Sichtweise über die Lebenserhaltung hinaus, zugleich auf die mögliche Lebenserächtigung im Sinne von Erwerbsbefähigung als ihrem sozialen Endziel zu erstrecken (Wilken 1983, 215, 240–241).

Von der Anerkennung, die sich der Selbsthilfebund der Körperbehinderten bei den Behörden erwarb, zeugt folgendes Beglaubigungsschreiben der »Abteilung Krüppelfürsorge des Jugendamtes Berlin« vom 18.1.1924: »Einer der wichtigsten Verbände, die den Behörden ihre Unterstützung in weitgehender Weise leihen, ist der ›Selbsthilfebund der Körperbehinderten‹, der fast nur aus Krüppeln besteht und von solchen in musterhafter Weise verwaltet wird. Bei der Berufsberatung und Berufsausbildung der Krüppel leistet er unschätzbare Mitarbeit. Gemäß seinem Grundsatz der Selbsthilfe sucht er die körperlich Behinderten erwerbsfähig und wirtschaftlich selbständig und zu lebensbejahenden, innerlich frohen Menschen zu machen. Mit eiserner Energie und aufopfernder Hingabe verfolgt er unter wirtschaftlich äußerst schwierigen Verhältnissen sein

Ziel.« (Simon 1927, 636) Neben der von Betroffenen für Betroffene geleisteten Beratungstätigkeit werden eigene Betriebe, eine Druckerei, Buchbinderei, Kunstgewerbeabteilung, Näherei, Korb- und Stuhlsitzflechtereie eingerichtet (Perl 1926, Anhang; Simon 1927, 635).

Gegenüber der gesetzlichen Begrenzung der Berufsausbildung bis zum 18. Lebensjahr und einer wenig zukunftsorientiert differenzierten anstaltlichen Berufsausbildung (Perl 1926, 54) strebt der Selbsthilfebund – darin vergleichbar den emanzipatorischen Bestrebungen des Blindenwesens jener Zeit (vgl. Rath 1983, 56, 59) – die Ermöglichung höherer Schulbildung für begabte Körperbehinderte an (vgl. Malikowski 1923, 2; 1930, 330). Eine Forderung, die umso verständlicher wird, wenn man bedenkt, dass »mit an der Spitze der kleinen Gründungsschar Menschen wie Hans Förster, Otto Perl und Marie Gruhl standen, die sich zur Aufgabe ihres Lebens den Lehrberuf erwählt hatten ... (Malikowski 1933, 86). Entsprechend seiner Zielgruppe, die er in den leistungsfähigeren und geistig regen Körperbehinderten sieht, kämpft der Selbsthilfebund denn auch gegen unberechtigte Nivellierungstendenzen. Perl (1926, 55) stellt hierzu dezidiert fest: »Die Kenntnis des Befürsorgtentums und die Notwendigkeit der Auslese der Strebsamen und Begabten aus der Masse derjenigen, die wesentlich Objekt der Fürsorge sind und bleiben müssen, bedarf noch der eifrigsten Ausbreitung unter den Gebrechlichen und unter denen, die die Vernunft oder das Herz zur Mitarbeit an den Bestrebungen des Selbsthilfebundes der Behinderten drängt. Selbst die Deutschen im Ausland und die ausländischen Freunde deutscher Kulturarbeit haben hier ein Feld, an dem sie mit bauen können. Denn mit der bestehenden Methode, die erwerbsbeschränkten erwachsenen Krüppel in Siechen-, Alten-, Kranken- und Krüppelheimen zum Zwecke der Pflege unterzubringen, muß in allen Fällen gebrochen werden, in denen wertvolle geistige Kräfte der Entwicklung und der Betätigung warten, aber auch dann, wenn körperliche Kräfte nutzbar gemacht, also der überlasteten Fürsorge abgenommen werden können. Wir können und dürfen uns heute in Deutschland den Luxus nicht mehr gestatten, wirtschaftlich brauchbare Kräfte für teures Geld zum Nichtstun zu verurteilen und unserer Kultur notwendige Lebensquellen zu verschütten. Der frische und geistig bewegliche Krüppel im erwerbstätigen Alter empfindet die hier vorhandenen organisatorischen Mängel als einen Zwang, der mit den Grundsätzen modernen Persönlichkeitsrechts sich nicht vereinigen lässt. Niemals wird die Hilflosigkeit bürokratischer Verwaltungstechnik das Leben zu erfassen wissen, das im gebrechlichen Menschen oftmals zur Entfaltung und Fruchtbringung drängt. Mancher Krüppel hat auf dem Altar der Menschheit bleibende Schätze niedergelegt. Und sollte es auch nie mehr einem Krüppel möglich sein, ein origineller Künstler oder Denker zu werden, so soll ihm doch die Möglichkeit und Freiheit offen stehen, nachzufühlen und nachzudenken, was die Meister der Schönheit und Weisheit auch ihm zum Vorbild geschaffen haben.«

Das am Ende dieser Ausführungen aufscheinende humanistische Bildungsideal, auf das im Falle behinderungsbedingter Begrenzung der Erwerbsbefähigung

gung insistiert wird, findet sich auch bei Malikowski (1922, 4–5), wenn er gegenüber einer »nur auf Leistung hinarbeitenden Krüppelerziehung« betont: »Darum sollte die Krüppelerziehung bemüht sein, den Krüppel in Unbefangenheit und ohne Absichtlichkeit ins Leben zu stellen. (...) Die Welt bietet soviel reiche vielgestaltige Glücksmöglichkeiten, daß auch wir Bewegungsgehemmten nicht ärmlich beiseite stehen dürfen. Der Krüppel muß wissen, was andere gekonnt haben, die in der gleichen Lage waren wie er, aber es sollte ihm auch nahe gebracht werden, wie viele seiner Gefährten trotz Nichtkönnens glücklich geworden sind. Leistungen allein, und wenn sie noch so hoch und edel sind, bedeuten nicht die letzten Glücksmöglichkeiten. (...) Weil aber dies Einswerden mit dem ganzen Leben, die freudige Krüppelsachlichkeit, zu der auch immer ein Verzichtleisten gehört, am besten in steter Fühlungnahme mit dem natürlichen Gemeinschaftsleben errungen wird, sind wir Krüppel für möglichste Beibehaltung der Familienerziehung, geben aber zu, daß stets individualisiert werden muß.« (Zur Kritik an der Position von Malikowski vgl. Schlüter 1922, 6; zu ihrer positiven Aufnahme vgl. Briefs 1930, 290–291, 296.)

Im Blick auf das für körperbehinderte Menschen eingeforderte Selbstbestimmungsrecht wird auch der von Biesalski für die »Krüppelfürsorge« beanspruchte ärztliche Führungsanspruch relativiert. Denn ob »der Arzt für alle Fragen, die nicht im Kreis des Medizinischen liegen, ebenfalls die zureichende Autorität besitzt ..., muß in all den Fällen verneint werden, in denen es sich um geistig selbständige erwachsene Krüppel handelt« (Perl 1926, 41).

Bereits zum damaligen Zeitpunkt wurde von der Selbsthilfebewegung für eine integrative Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern gestritten (Fuchs 2001a, 95–103). Danach ist der behinderte Mensch, so zu rehabilitieren, dass er »seinen Platz im Leben neben seinen gesunden Mitmenschen« (Simon 1927, 617) ausfüllen kann. Falls nicht zwingende Gründe dagegen sprechen, wird angestrebt, ihn »möglichst frühzeitig durch Verkehr und gemeinsame Erziehung mit seinen gesunden Altersgenossen zusammenzubringen und auf keinen Fall die Anschauung bei ihm zu erwecken, als ob er seiner psychischen Konstruktion nach ein anderes Menschenkind als jene sei« (ebd.; vgl. Gruhl 1921; Quelle 3). In diesem Zusammenhang wandte sich Otto Perl (1926, 40) vehement gegen den von Hans Würtz propagierten »psycho-physischen Parallelismus« und der daraus abgeleiteten »krüppelseelenkundigen Erziehung« (vgl. Simon 1927, 617; Merckens 1988, 59; v. Pawel 1984, 40–43; Brill 1994, 281–285; Fuchs 2001a, 52–63; Musenberg 2002; vgl. Kap. V.3). Diese auf spekulativen Annahmen beruhende »vorwissenschaftliche Krüppelpädagogik« (Oskamp 1978, 181) schloss monokausal von einem bestehenden körperlichen Defekt auf eine abnorme Persönlichkeitsstruktur bzw. -gefährdung. Um den angenommenen charakterlichen und dissoziierenden Fehlentwicklungen vorzubeugen bzw. sie korrigieren zu können, wurde von Würtz (1921, 4–6) mit Nachdruck auf eine Erziehung im »Krüppelheim« bzw. in der »Ambulanz-Krüppelschule« gedrun-

gen. Sowohl die ›psychische Sonderstellung‹ als auch die aus ihr resultierende ›Sondererziehung‹ wurde mit Ausnahme zwingender Gründe von den auch publizistisch aktiven Mitstreitern Perls entschieden abgelehnt (vgl. Fuchs 1999, 2001b). Sie plädieren für »Familienerziehung«, da »die meisten Körpergebrechlichen, die zu einer harmonischen Lebensgestaltung gekommen sind, ihren Erziehungsweg nicht durch das Krüppelheim genommen haben« (Malikowski 1922, 3).

## 2.4 *Problematische Aspekte*

Obschon die Absicht insbesondere der Betroffenen zu begrüßen ist, ihre eigenen Probleme selbstständig zu lösen und sozial-integrierende Förderaspekte unter Einschluss des Abbaus technischer Mobilitätsbarrieren (Perl 1926, 49) einzufordern, so problematisch ist es aber doch, wenn eine solch differenzierende Sicht unnötigerweise zu elitären Ausgliederungstendenzen führt. Es bleibt kritisch zu vermerken, dass innerhalb der Gruppe der leistungsfähigeren Körperbehinderten, wie sie im Otto Perl-Bund organisiert waren, das übliche gesellschaftliche Verhaltensmuster der Hierarchisierung und Ausgrenzung den schwächeren Schicksalsgenossen gegenüber nicht überwunden wird (Merkens 1988, 53). So begegnet uns hier die missbräuchliche Anwendung jener bis in die gegenwärtige Rehabilitationspraxis (Wilken 1999, 7) virulent gebliebenen unseligen Definition und Auseinanderdifferenzierung der Behinderten in so genannte »frische und geistig bewegliche« (Perl 1926, 55) bzw. »geistig und menschlich vollwertige« (Dicke 1960, 63) auf der einen Seite und solchen, die dieses elitären Prädikates für nicht würdig befunden werden. Zwar tritt Perl in seinem Hauptwerk »Krüppeltum und Gesellschaft im Wandel der Zeit« berechtigterweise für eine angemessen differenzierende Förderung der leistungsbereiten und leistungsfähigen Körperbehinderten ein, aber die positiven Eigenschaften »dieser wirklich bedürftigen und geistig wertvollen Elemente« (Perl 1926, 21) werden beständig kontrastiert vor dem negativen Hintergrund jener Körperbehinderten, die als geistig Unnormale, Idioten und Psychopathen stigmatisiert werden (Perl 1926, 40). Nicht dass den jeweiligen Fähigkeiten entsprechend eine differenzierende Förderung angestrebt wird, soll hier kritisiert werden (Wilken 1984, 9), sondern die Konsequenz, die von Perl gezogen wird, wenn er darlegt, dass »der geistig anormale Krüppel zwar bildungsfähig sein kann, aber mit seinem geistig abnormen oder gar intelligenten Leidensgenossen nicht auf die gleiche Stufe der finanziellen Aufwendung gestellt werden darf, wenn es sich um ihre gesundheitliche und gewerbliche Ertüchtigung handelt« (Perl 1926, 36)! Innerhalb der Gruppe der Körperbehinderten kollidiert somit das Bedürfnis auf Durchsetzung differenzierter, legitimer Ansprüche mit sozialdarwinistischen Prinzipien, auf Grund deren die vielfältigen Benachteiligungen, die bislang die Gruppe der Zivilgeschädigten gegenüber der privilegierten Gruppe der Kriegs- und Berufsunfallge-



schädigten hinnehmen musste, nun den schwerer Behinderten aus den eigenen Reihen weitergereicht werden.

Die notwendige Solidarität der Betroffenen wird durch die Bildung von stigmatisierten Untergruppen von Behinderten durchkreuzt, die sich zur Durchsetzung ihrer Teilinteressen auf die Grundsätze des »modernen Persönlichkeitsrechts« berufen und auf »die Notwendigkeit der Auslese der Strebsamen und Begabten aus der Masse derjenigen, die wesentlich Objekt der Fürsorge sind und bleiben müssen« (Perl 1926, 55).

Wenn dabei versucht wird, unter Verweis auf einen vorgeblich wissenschaftlich reinen, gegenüber einem lediglich karitativen Begriff der Bildungsfähigkeit dem Staat nahe zu legen, »mit den verfügbaren Steuerkräften ökonomischer zu verfahren als bisher« (Perl 1926, 36; vgl. 1936, 249), sie also nicht an die schwerer Behinderten zu verschwenden, so macht dies den Mangel an schicksalsgemeinschaftlicher Solidarität deutlich. Es bedarf darum nicht eingehender Begründung, dass Ausführungen dieser Art insgeheim Wasser auf die Mühlen jener bedeutete, denen insbesondere in den Jahren wirtschaftspolitischer Krisen die Zeit günstig erschien, jedwede Ausgaben für Behinderte als in höchstem Maße unnötige Verschwendung zu erklären (vgl. Brill 1994, 285, 299).

Wenn auch die Meinung der Gruppe leistungsfähigerer Körperbehinderter, wie wir sie dargestellt haben, auf dem Hintergrund der dieser Gruppe jeweils gemeinsamen leidvollen individuellen psychosozialen Entwicklung verständlich erscheint, so kann sie gleichwohl nicht akzeptiert werden. Nicht zuletzt auch deshalb, weil der Argumentationsgang jeglichen situationsbedingten Rechtfertigungszwanges entbehrte. Vielmehr stehen wir hier vor dem Irrweg einer sezessionistischen Verselbstständigung leistungsfähigerer Körperbehinderter auf Grund eines elitären Selbstverständnisses, dessen Entsolidarisierungseffekt, wie wir heute erkennen müssen, für die Gesamtgruppe Körperbehinderter eine desintegrierende Wirkung hatte.

Auch heute gilt es zu sichern, dass das für behinderte Menschen anzustrebende »Recht auf Arbeit« nicht pervertiert wird in eine »Rechtfertigung durch Arbeit«. Denn jeder Versuch der Rechtfertigung der Existenz behinderter Menschen durch ihre Arbeitsleistung allein, verkürzt nicht nur das Menschsein auf den Faktor der wirtschaftlichen Verwertbarkeit, sondern führt konsequent und unerbittlich zu einer Sozial-Euthanasie derjenigen, die diesem Kriterium nicht entsprechen (Wilken 1980, 64, 70). Zu den frühen Kritikern einer solchen Reduzierung des Menschen auf Nützlichkeitszwecke zählen insbesondere Malikowski (1922, 3–5, 1930, 331) und der katholische Anstaltstheologe P. J. Briefs (vgl. Kap. IV.4.), der die gleichsinnige Einschätzung von Malikowski hervorhebt (Briefs 1930, 290–291). Zugleich lehnt Briefs die zeitgenössische sozial-biologische Auffassung von Biesalski und Würtz ab wegen ihrer tendenziellen Beschränkung »auf die Oberschicht der Gebrechlichen« (Briefs 1955, 134, vgl. 151–159) und der damit einhergehenden utilitaristischen Reduktion des Menschseins (Leyendecker 1983, 103).

Es bleibt somit festzustellen, dass es nach dem 1. Weltkrieg, nicht zuletzt unter dem Diktat der leeren Kassen der öffentlichen Hand, sehr schnell zu einer Auseinanderdividierung in mehrere Gruppen Körperbehinderter kommt, wobei vornehmlich von der Gruppe der leistungsfähigeren Zivil-, Berufs- und Kriegsgeschädigten erwartet wird, dass ihr auf Kosten der schwächeren Körperbehinderten Hilfe zuteil werden soll. Die Tatsache, dass ursachenspezifische Selbsthilfegruppierungen Körperbehinderter geschaffen waren und sich die Gruppe der leistungsfähigeren an der Ausgliederung der weniger leistungsfähigeren Schicksalsgenossen argumentativ beteiligte, erleichterte dem Nationalsozialismus ab 1933 die Möglichkeit der Durchsetzung seiner eugenischen, rassenpolitischen Ideologie. Die Entwicklung jener skizzierten elitären Einschätzung hat, indem sie das gebotene Ziel der allseitigen Förderung der Gesamtgruppe Körperbehinderter aus den Augen verlor, zwar nicht unmittelbar beabsichtigt, aber dennoch faktisch dem Vorschub geleistet, was dann im Dritten Reich Platz greifen konnte, nämlich der Definition behinderter Menschen in leistungsfähige und in leistungsunfähige, in geistig gesunde und in minderwertige, in förderungswürdige und in förderungsunwürdige, in menschlich vollwertige und in lebensunwerte.

Es liegt daher in der Konsequenz der bisherigen Argumentation Perls, wenn er 1936 im neuen Staat, an Stelle einer solidarischen Fürsorge für die Gesamtgruppe körperlich behinderter Menschen, einer »auswählenden Fürsorge« das Wort redet. Die Polarisierung zwischen »geistig Vollwertigen« und »geistig Minderwertigen« versucht er dabei auch begrifflich zu fassen, indem er die Minderwertigen als »Krüppel«, die Vollwertigen als »Körperbehinderte« bezeichnet (Perl 1936, 247–251). Dem Zeitgeist folgend, macht sich Perl nicht nur einen utilitaristisch auswählenden Begriff der »Bildungsfähigkeit« zu Eigen, sondern er unterstützt nun auch Sterilisierungsmaßnahmen aus eugenischen Gründen – entsprechend dem Vorbild andere Fachleute der Körperbehindertenfürsorge und -selbsthilfe (vgl. Fuchs 2001a, 142–154, 186). Seine Sicht kann er zudem in der renommierten Zeitschrift »Ethik« publizieren: »Wir wissen aber auch, daß von dem Kampf gegen die Ursache der Verkrüppelung, insbesondere gegen die erblichen Krüppelleiden, wesentlich die Lebenskraft unseres Volkes für die Zukunft mit abhängt. Es ist der gesunde Lebenswille des Volkes, daß dem Hilfsbedürftigen in der Not Schutz, Pflege und Förderung zuteil wird, ebenso aber auch, daß die Organisation dieser Hilfsmaßnahmen im Interesse des Ganzen nur nach auswählenden Gesichtspunkten geschehen darf. Es genügt nicht, daß eine Volksseuche, wie sie neben dem Krebs und der Tuberkulose die schweren erblichen Krüppelleiden darstellen, nur therapeutisch bekämpft oder der erblich schwer belastete Gebrechliche durch arbeitspädagogische Maßnahmen wirtschaftlich gefördert wird. Weit wichtiger ist es, das erkannte Erbübel an seiner Quelle zu erfassen und nach bestem Gewissen seine Weiterverbreitung zu verhüten. Keiner begrüßt es daher mit aufrichtigerer Dankbarkeit als der Körperbehinderte selbst, daß die nationalsozialistische Staatsführung sich die Erkenntnisse der erbbiolo-

gischen Forschung zu eigen gemacht und durch eine Reihe von Gesetzesmaßnahmen die Grundlagen für eine neue Volkshygiene geschaffen hat. Denn erst hierdurch bekommt der Auslesegedanke in der Krüppelfürsorge wie überhaupt in der Volksgesundheitspflege seine grundlegende Wichtigkeit für die Durchführung praktischer Hilfsmaßnahmen.

Nach der Auffassung der Ertüchtigungsfürsorge vor dem nationalsozialistischen Umbruch lag keine wesentliche Voraussetzung zur Berufsausbildung darin, ob der Befürsorgte diejenigen geistigen und charakterlichen Leistungswerte besaß, die die kostspieligen Fürsorgemaßnahmen zur Ertüchtigung wirtschaftlich oder ethisch voraussichtlich rechtfertigen würden. Der Begriff der ›Bildungsfähigkeit‹, wie er von der Krüppelfürsorge der Vergangenheit angewendet wurde, erkannte keinen Unterschied in dem geistig Gesunden und dem Psychopathen für die Durchführung von Heilbehandlung und Arbeitsertüchtigung, obwohl im Endeffekt ein erstaunliches Missverhältnis sich geltend machen mußte. Denn es bedarf keiner Begründung, daß der geistig Schwache, der in der Regel nur eine wirtschaftlich belanglose Fertigkeit sich anzueignen vermag, stets in der Obhut anderer wird verbleiben müssen, sei es, daß er bei Angehörigen eine Zuflucht findet oder in offener bzw. geschlossener Fürsorge untergebracht werden muß. Insofern ist eine strenge Auslese, inwieweit in solchen Fällen eine Erwerbsbefähigung zweckmäßig erscheint, zweifellos das Gebotene. Einmal deshalb, um nicht die Fürsorgeverbände zu ungunsten der wirklich ausbildungsfähigen Körperbehinderten zu belasten und andererseits, die Trennung der geistig und sittlich Selbständigen von den geistig Minderwertigen durchzuführen (...).« (Perl 1936, 249)

## 2.5 *Der Niedergang des Selbsthilfebundes*

Allerdings ist zu dieser Zeit der ›Selbsthilfebund der Körperbehinderten‹, der ab 1931 den Namen ›Reichsbund der Körperbehinderten‹ trägt, als solcher bereits ›gleichgeschaltet‹ und seit 1933 der ›Nationalsozialistischen-Volkswohlfahrt (NSV)‹ zugeordnet. Bereits mit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929, begann der wirtschaftliche Niedergang des Selbsthilfebundes, der bis dahin expandieren konnte, nicht zuletzt auch durch eine bedeutende räumliche Vergrößerung seiner Werkstätten. »Zu gewaltig und über unsere Kraft gehend war diese Vergrößerung, aber das stellte sich erst später in vollem Umfange heraus, als von Ende 1929 die Weltwirtschaftskrise in Deutschland sich mehr ausbreitete und schließlich alles zermalmend auch unser Bundeswerk mit vernichtender Wucht traf. (...) In den Wirtschaftsbetrieben setzte der letzte Kampf um die immer seltener werdenden Aufträge ein, die Geldquellen versiegt, der Atem unseres Widerstandes ging kürzer und schwächer und am Anfang des Jahres 1931 wurde es uns zur bitteren Gewissheit, daß wir das Ringen aufgeben mußten, das hieß Auflösung der Organisation und der Wirtschaftsbetriebe, um deren Aufbau und Entwicklung wir während eines Jahrzehntes unsere besten Kräfte hergegeben hatten, die ein Stück

unseres Lebens geworden waren.« (Malikowski 1934, 24) Nach Auflösung des ›Selbsthilfebundes der Körperbehinderten (Reichsbund Deutscher Krüppel) E.V.‹ in seiner bisherigen Form, wurde die Vereinigung im August 1931 neu als ›Reichsbund der Körperbehinderten (R.B.K.) e.V.‹ gegründet (vgl. Fuchs 2001a, 102–105). Perl selbst trat, wie er in seinem Lebenslauf berichtet, 1932 aus dem Reichsbund aus, der ansonsten seinen Verbandsprinzipien in relativer personeller Kontinuität treu blieb, auch wenn der Begriff ›Selbsthilfe‹ im neuen Vereinsnamen entfiel. Da die bisherigen wirtschaftlichen Aktivitäten nicht fortgeführt werden konnten, bezog sich der Vereinszweck nun vornehmlich »auf fürsorgereiche Betreuung und Stärkung des sozialen Zusammenhalts der Mitglieder. Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung blieb ihm im wesentlichen versagt. Im Mai 1933 richtete er zwar noch eine ›Denkschrift über die Entwicklung der Krüppelfürsorge und die Möglichkeiten der Selbsthilfe von Körperbehinderten‹ an die Reichsregierung und den ›Herrn Reichskanzler‹, verbunden mit der Bitte um Empfang einer Abordnung des Bundesvorstandes. (...) Der gewünschte Empfang hat nicht stattgefunden, der Denkschrift blieb jeder Erfolg versagt.« (Simon 1993, 22)

Im September 1933 wird der Bund als korporatives Mitglied der NS-Volkswohlfahrt angeschlossen. Die ›nichtarischen‹ Mitglieder müssen Kraft Gesetz ausscheiden. Sie gründen 1934 die »Selbsthilfegemeinschaft jüdischer Körperbeschädigter in Deutschland (S.J.K.)« (Fuchs 2001b, 89). Für die Tätigkeit des Reichsbundes der Körperbehinderten werden »Richtlinien für die Aufgaben und die Arbeit des Reichsbundes der Körperbehinderten (R.B.D.) e.V.« (1934, 37–38) erlassen. Sie bestimmen u.a.: »Die Mitgliedschaft geistig Unnormaler ist ausgeschlossen.« Des Weiteren hat eine gründliche »Aufklärung der Körperbehinderten ... über die Fragen der Erbmasse und Vererbung sowie auch über die Anwendung und den Wert des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« zu erfolgen. Schule und Ausbildung sollen »je nach Lage des Einzelfalls im Krüppelheim oder in öffentlicher Schule und Lehre« erfolgen (ebd., 37). Abschließend wird festgestellt, dass der Reichsbund der Körperbehinderten durch die Eingliederung in die parteiamtliche NS-Volkswohlfahrt »zur Spitzenorganisation für alle Körperbehinderten bestimmt« wurde (ebd., 38). Obwohl der Reichsbund der Körperbehinderten im ›Dritten Reich‹ neben dem Verband der Kriegsbeschädigten, dem Gesamtverband der Arbeitsopfer sowie den Organisationen der Blinden und Gehörlosen »tatsächlich die einzige vom NS-Regime zugelassene Organisation zur Erfassung körperbehinderter Menschen in ganz Deutschland war« (Fuchs 2001a, 164, zur Mitgliederentwicklung vgl. 222–228), hatte er kaum Einfluss auf die Fürsorgegesetzgebung. Seine Existenz erlosch 1945 als nationalsozialistische Organisation von Amts wegen.

## 2.6 *Resümee*

Mit der durch den Nationalsozialismus eingeleiteten staatspolitischen Wende (Wilken 1983, 221; Bergeest 2000, 70–73) wurde eine Selbsthilfebewegung unterbrochen, in der sich, bei aller um der Sache willen gebotenen Kritik, erstmals ein gewandeltes Selbstverständnis körperbehinderter Menschen artikulierte, das wie selbstverständlich davon ausging: »Der Krüppel weiß am besten, was dem Krüppel not tut.« (Simon 1927, 632) Ihre Identität gewannen die im Otto Perl-Bund zusammengeschlossenen Körperbehinderten dadurch, dass sie sich »aus Empfängern öffentlicher Hilfe zu Mitarbeitern der Körperbehindertenfürsorge machten und behaupteten, daß vor allem aus dem eigenen Erleben der Behinderung eine Neuorientierung in der Welt der Gesunden möglich sei« (Merkens 1974, 288).

Wenn Simon (1927, 569) im Handbuch der sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge Otto Perl unter Bezug auf die Aktivitäten des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten beschreibt als »den Typ des Schwerstkörperbeschädigten ..., den wir mit unseren modernen Fürsorgemaßnahmen heranbilden wollen ..., der nicht sein Leben in stumpfer Resignation verbringt, sondern seines Wertes und seiner Pflicht bewußt energisch mitarbeitet, zum Wohle seiner Mitmenschen und zu seiner eigenen Befriedigung«, so möchte dies abschließend die bleibende Bedeutung und das Verdienst der Persönlichkeit Otto Perls verdeutlichen.

Dass im Übrigen auch der utilitaristische Nachweis selbst herausragender intellektueller Kompetenz schwerstbehinderte junge Menschen vor den Euthanasie-Aktionen des ›Dritten Reiches‹ nicht zu retten vermochte, erwähnt Briefs mit Bezug auf ein Schreiben von Perl an ihn: »Im Jahre 1941 schrieb mir der Schwerbehinderte O. Perl (...), dass unter den Körperbehinderten eines großen mitteldeutschen Heimes, in dem er damals weilte, nebst vielen anderen Gebrechlichen auch ein starkbehinderter junger Mensch zum Euthanasie-Tod verdammt wurde, der in zwei Halbjahreskursen das Lateinische so gut gelernt hatte, dass er die ›Germania‹ des Tacitus ohne Hilfe lesen konnte.

Diese Leistung, die in der nationalsozialistischen Epoche kein Gymnasialabsolvent je erreicht hat, vermochte ihn nicht zu retten. Er verfiel ohne Gnade der Tötung.« (Briefs 1955, 135–137) Dies zeugt dafür, dass sich bei Perl, wie bei vielen seiner Zeitgenossen, durchaus ein kritisches politisches Bewusstsein gegenüber den Machthabern der damaligen Zeit herausgebildet hat (vgl. Simon 1993, 36–40). Dies geht nicht zuletzt auch aus seinem ›Lebenslauf‹ hervor.

Für die Entstehung, Organisation und Funktion von Selbsthilfebewegungen und Selbsthilfeverbänden aber können wir resümieren, dass Selbsthilfe immer dann an ihre Grenzen gelangt, wenn sie aus einer gruppenegoistischen Attitüde heraus, um des eigenen vermeintlichen Vorteils willen, andere benachteiligte Gruppen diskriminiert und diskreditiert. Insofern bedarf es bei Selbsthilfeszusammenschlüssen über den individualisierenden schicksalsgemeinschaftlichen

Aspekt hinaus eines »entindividualisierenden« Bewusstseins (Wendt 1990, 316), das die Partialinteressen überschreitet, um sie in solidarischer Vernetzung und Kommunikation mit Menschen in vergleichbaren Problemlagen aufzuheben (vgl. Wilken 1992). Zu diesem Zweck wurde 1993 die »Stiftung Sächsische Behindertenselbsthilfe – Otto Perl« vom Freistaat Sachsen ins Leben gerufen. Sie fördert die Behindertenselbsthilfe aller Betroffenen und erinnert mit ihrem Namen an den Gründer und das Engagement dieser ersten Selbsthilfebewegung der Zivilgeschädigten.

### 3. Selbsthilfeentwicklung nach dem 2. Weltkrieg

#### 3.1 *Die Selbsthilfe der Kriegsbeschädigten, Zivilgeschädigten und Elternverbände*

Nach dem 2. Weltkrieg sind es vor allem die Kriegsversehrtenorganisationen, die gegenüber den Vorstellungen der Siegermächte die Eigenvertretung ihrer Interessen durchsetzen (vgl. Radtke 1990, 256). Sie werden als Teilgruppen Körperbehinderter gegründet oder reaktiviert, wie etwa der 1917 entstandene »Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen«, der seit 1946 »Reichsbund der Kriegs- und Zivilgeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen« heißt, und seit 1999 als »SoVD Sozialverband – ehemals Reichsbund« firmiert; oder der »VdK« als »Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner«; auch er bezeichnet sich ab 1998 als »Sozialverband – VdK Deutschland«. Von ihrer Verbandsgeschichte her engagierten sich diese Verbände nicht primär für die Gesamtgruppe Körperbehinderter, sondern bemühten sich vornehmlich um die Privilegierung der Kriegsversehrten, danach auch der Unfallgeschädigten. Erst spät, in den 70er-Jahren, öffnen sie sich auch den übrigen Behinderten. Ein Vorgang, der im Verbandsnamen der jeweiligen Organisation dokumentiert wird. Eine vergleichbare Entwicklung fand bei den zahlreichen Ortsvereinen des ehemaligen »Versehrten-Sportverbandes« statt, die sich erst in den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf Grund der Überalterung ihrer Mitglieder, für Behinderte im weitesten Sinne öffnen und die sich nun »Behinderten-Sportverbände« nennen.

Die Selbsthilfebewegung nach dem 2. Weltkrieg ist eine westdeutsche Entwicklung. Vergleichbares fand in der DDR nicht statt. »Als Behindertenverbände bestanden nur die traditionsreichen Verbände der Blinden und Sehschwachen und Gehörlosen und Hörgeschädigten. (...) Eine differenzierte Betrachtung zeigt, dass in der DDR davon ausgegangen wurde, dass es Aufgabe des Staates sei, alles Notwendige für Behinderte zu tun, so wurde Selbsthilfe auf Kritik an staatlicher Versorgung reduziert, Chancen, die Selbsthilfe eröffnen kann, wurden weitgehend ignoriert. (...) Seit 1989 ist die Zahl der Behindertenselbsthilfegruppen auf dem Gebiet der DDR stark angestiegen. (...)« (Lösener 1993, 212f.; Berndt 1999, 69; vgl. Trogisch 2001, 305).

Besonders deutlich lässt sich die dialektische Spannung von Verbesonderung und Verallgemeinerung im Blick auf die verbandliche Zielgruppe an der ›Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge‹ verfolgen. Diese wurde 1909 als Dachorganisation für die Körperbehindertenfürsorge gegründet und nach 1933 gleichgeschaltet und überführt in die ›Reichsarbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung des Krüppeltums‹. 1947 neu etabliert als ›Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge‹, wird sie 1955 umbenannt in ›Deutsche Vereinigung zur Bekämpfung des Krüppeltums‹. Ab 1957 nennt sie sich ›Deutsche Vereinigung zur Förderung der Körperbehindertenfürsorge‹ und wird schließlich 1962 zur ›Deutschen Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter‹. Unabhängig von der Behinderungsform öffnet sie sich heute allen Behinderten in Fragen der Rehabilitation. Mit einer Satzungsänderung im Jahre 1974 stellte sie zudem sicher, dass neben den Trägern der Rehabilitationsleistungen, der Rehabilitationseinrichtungen und der mit der Rehabilitation verbundenen Berufsgruppen auch den Behindertenverbänden auf Bundesebene ein entsprechender Anteil an den Vorstandsentscheidungen eingeräumt wird. Denn noch 1951 musste auf dem 16. Kongress der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge von Eugen Glombig (1952, 96) den Teilnehmern ins Bewusstsein gerufen werden: »Es ist bedauerlich, daß die Körperbehinderten selbst bei derartigen Veranstaltungen wie diese nicht genügend zu Wort kommen. (...) Ich glaube, dass Sie, meine verehrten Damen und Herren, bei der Lösung so entscheidender Probleme ... auf die Mitarbeit der Körperbehinderten überhaupt nicht verzichten können.«

Erst zehn Jahre nach Kriegsende, 1955, gelingt es einer Gruppe nichtprivilegierter Körperbehinderter, einen Selbsthilfe-Verband für Zivilgeschädigte zu gründen und ihre besonderen Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren. Es sind dies zu Anfang vornehmlich Querschnittgelähmte und Poliokranke, die unter Leitung von Eduard Knoll in Krautheim/Jagst die ›Sozialhilfe-Selbsthilfe Körperbehinderter‹ ins Leben rufen, die heute als ›Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.‹ aktiv ist. 2002 verfügte diese Organisation in der gesamten Bundesrepublik über ca. 140 Ortsgruppen mit etwa 45.000 Mitgliedern, davon 6.500 unmittelbar Betroffene. Es wird eine eigene Zeitschrift herausgegeben mit dem Titel ›Leben und Weg – Magazin körperbehinderter Menschen für selbstbestimmtes Leben‹, die als Beratungs-, Informations- und Kommunikationsmedium dient. Ferner unterhält der Verband Wohn-, Erholungs- und Werkstätten. Das Anliegen blieb, Rehabilitation nicht einseitig nur als berufliche Rehabilitation zu verstehen, sondern die gesellschaftliche »Eingliederung in alle Bereiche des täglichen Lebens« als ebenso wichtig und notwendig voranzutreiben. Trotz jahrelanger Arbeit lautet das Resümee engagierter Eigenaktivität aber noch 1973: »Selbsthilfe darf nicht beargwöhnt, sondern muß gefördert und unterstützt werden. Weniger für die Behinderten als vielmehr mit ihnen.« (Knoll 1973, 477)

Gegenwärtig haben sich die Behinderten-Selbsthilfe-Vereinigungen – mit Ausnahme der ehemaligen Kriegsofverbände, der 1971 entstanden ›Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde (BAG cbf)‹ und der sich seit 1986 bildenden ›Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL)‹ – auf Bundesebene zusammengeschlossen und bilden mit 84 Bundesverbänden vornehmlich aus dem Bereich der Gesundheits-Selbsthilfe die ›Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (BAGH)‹. Dieser 1967 gegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft gehören auch jene Verbände an, die Ende der 50er-Jahre zunächst als Elterninitiativen entstanden waren mit dem Ziel, umfassende medizinische, vorschulische, schulische und berufliche Rehabilitation außerhalb der Anstalten für ihre behinderten Kinder zu erwirken, und die letztlich in allen Bundesländern erfolgreich die Einführung der Schulpflichtgesetzgebung für die Gesamtgruppe der Behinderten erkämpfen konnten. Für diese Eltern-Selbsthilfe-Verbände kann der ›Bundesverband für spastisch Gelähmte und andere Körperbehinderte‹ als exemplarisch gelten. Auf Grund skandinavischer und angelsächsischer Erfahrungen kommt es ab 1956, in München, Hamburg und Münster beginnend, zur Gründung von ›Vereinen zur Förderung spastisch gelähmter Kinder‹, die sich 1959, nach Erörterungen anlässlich eines Kongresses der Deutschen Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter, zu einem Dachverband unter dem Namen ›Verband deutscher Vereine zur Förderung und Betreuung spastisch gelähmter Kinder‹ zusammenschließen (vgl. Bundesverband für spastisch Gelähmte 1969, 9–18).

Als sichtbar wird, dass auch die Eltern geistig behinderter und Contergangeschädigter Kinder mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind, kommt es unter Federführung des Spastikerverbandes zur Gründung der oben erwähnten ›Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte‹ als gemeinsamer Interessenvertretung (ebd., 13). Der gleichwohl weiter bestehende Spastikerverband, der ab 1969 ›Bundesverband für spastisch Gelähmte und andere Körperbehinderte‹ heißt, beschließt Ende 1992 eine Namensänderung in ›Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte‹. Damit wird einer Mitgliederveränderung Rechnung getragen. Erfolgte innerhalb der Verbandsgeschichte die Entwicklung von einer Elterninitiative zu einem Behindertenverband, so erweitert sich nun der Personenkreis, den der Verband repräsentiert. Er reicht »von körperbehinderten Menschen, die ein völlig unabhängiges Leben führen können, bis hin zu schwerst- und mehrfachbehinderten Personen, die dauerhaft auf unsere Zuwendung, Hilfe und Unterstützung angewiesen sind« (Dörr 1993, 2). 1999 gehören dem Verband rund 25.000 Mitglieder an.

### 3.2 Die emanzipatorische Behindertenbewegung

Innerhalb der Entwicklung der Behinderten-Selbsthilfe-Vereinigungen nach dem 2. Weltkrieg, konstituierten sich somit als 1. Selbsthilfe-Generation bis Ende der 50er-Jahre die Kriegsofverbände sowie die Behinderten- und Elternvereini-



ungen. Angesichts finanzieller, institutioneller und fachlicher Versorgungslücken stellten sie Staat und Gesellschaft vor neue Ansprüche. Aus lokalen bürgerinitiativen Bewegungen heraus entstanden, machten sie Behinderung als Massenproblem bewusst, nicht zuletzt angesichts der Polio-Epidemie Mitte der 50er-Jahre, kurz vor Entdeckung der Schutzimpfung, vor allem aber auf Grund der ab 1958 auftretenden ›Contergan-Schädigungen‹. In dem Maße, wie sich regionale Initiativen überregional strukturieren, um gemeinsame Anliegen auch gemeinsam und damit effektiver vertreten zu können, kommt es zu einem weiteren Selbsthilfeschub.

In dieser 2. Nachkriegsphase der Selbsthilfeentwicklung, die ab 1970 durch die cbf-Idee der ›Clubs Behinderter und ihrer Freunde‹ geprägt ist, und ab 1971 durch Bildung der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAGC) zunehmend offensiv vertreten wird, verdeutlichen jugendliche Körperbehinderte ihren Willen zur Selbstbestimmung. Bücher wie der ›Behinderten-Report‹ oder ›Behindertsein ist schön‹ (Klee 1974) werden rezipiert. In ihnen, wie in der wachsenden Zahl autobiografischer Literatur von Behinderten, artikuliert sich – wie vordem aus Elternsicht (vgl. Tobias 1968) – eine authentische Betroffenenperspektive (Schlett 1974, 84–85). Im Zusammenhang mit den anti-autoritären Strömungen der 68er-Jahre kommt es aus Jugendgruppen des Spastikerverbandes heraus (Rüggeberg 1990, 454), zur Gründung solcher emanzipatorischer Clubs von Behinderten und Nichtbehinderten. Emanzipativ an ihnen ist nicht nur das Bestreben der Eigenvertretung ihrer Interessen in bewusster Distanz zu den Eltern- und den als anonym erlebten Interessenverbänden, sondern die Intention, aus einem erstarkenden Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl heraus, gemeinsame Aktivitäten mit nichtbehinderten Jugendlichen auf partnerschaftlich-solidarischer und nicht primär karitativer Grundhaltung zu realisieren. Zugleich verbindet sich mit diesen sozial-integrativen Bestrebungen ein anti-institutioneller Gestaltungswille, der aus dem Ghetto-dasein des Behindertenalltags in Sondereinrichtungen herausführen möchte.

Dieser Wille führt dann in einer 3. Phase der Selbsthilfe-Bewegungen über die cbf-Clubs hinaus (vgl. Radtke 1990, 259) zur Bildung ›autonomer Behinderteninitiativen‹ (vgl. Heiler 1984, 86–87). Beispielhaft seien hier die spontan agierenden »Krüppelgruppen« genannt (vgl. Radtke 1987, 67; 1990, 259–260), die, nur lose vernetzt, sich als sozial-politische Protestbewegung verstanden. Öffentlich bekannt wurden sie durch Aktionen während des ›Internationalen Jahres der Behinderten 1981‹, als bei der Eröffnungsveranstaltung der damalige Bundespräsident von einem Behinderten mit der Krücke attackiert wurde. Allerdings drohten sie der Gefahr einer freiwilligen sozialen Gettoisierung durch Ausgrenzung Nichtbehinderter zu erliegen (vgl. Rüggeberg 1990, 450–451) und einer nicht immer reflektierten Instrumentalisierung bei ihren ›Happenings‹. Da Integration ein wechselseitiger Vorgang ist, gefährdete zudem ein oberflächlicher Aktionismus und ein bei manchem Aktivisten vorherrschender »Hang zur Selbstinsze-

nierung« das Entstehen solch wechselseitigen Integrationsinteresses (Sierck 1997, 9; vgl. Christoph 1993, 148–149; Mürner 2000, 144–151).

Eine nachhaltigere Konzeption autonomen Lebens liegt denjenigen Selbsthilfeinitiativen zu Grunde, die sich entsprechend der Philosophie der amerikanischen ›Independent-Living-Bewegung‹ entwickelt haben, die in den USA durch die »enorme Zahl behinderter Vietnam-Heimkehrer« an Einfluss gewinnen konnte (Rüggeberg 1990, 449). Ausgehend von den Initiativen der ›Vereinigung für Integrationsförderung‹ (VIF) in München ab 1978 (vgl. Radtke 1990, 261) bis zu den sich ab 1986 regional etablierenden Netzwerken der heutigen Dachorganisation ›Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. – ISL‹ (vgl. Kräuter u.a. 1991, 26), geht es dabei im Sinne der Gewinnung von »äußerer Autonomie«, um die Verminderung der vielfältigen technischen und sozialen Abhängigkeiten, die durch Institutionen bedingt sind und durch professionelle »Sachzwänge« im Blick auf die benötigten individuellen Hilfen entstehen. Ebenso wird die Gewinnung »innerer Autonomie« angestrebt, da sie für die Bewältigung intrapsychischer Belastungen, insbesondere aber für den Umgang mit entgegenstehenden Autonomieinteressen der »Helfer« basierend ist (Rüggeberg 1990, 441–459). Die Gefährdung des Selbstwertgefühls, die im Falle einer andauernden einseitigen Abhängigkeit von »Helfern« entstehen kann, soll dadurch vermindert werden, dass der »Pflegebedürftige« selbst zum Arbeitgeber wird, »der seine Helfer eigenständig aussucht, anstellt und entlohnt« (Radtke 1990, 261, vgl. Frehe 1991) – ggfs. im Rahmen einer assistenzgenossenschaftlichen Unterstützung (vgl. Frehe 1991). Aufgabe des Staates ist es, die für den Assistenzbedarf benötigten Mittel, die ansonsten für die stationäre Versorgung aufgewandt würden, für die am individuellen Bedarf orientierten ›ambulanten Hilfsdienste‹ zur Verfügung zu stellen (vgl. SGB IX, § 17). Mit dieser dem Betroffenen überlassenen ›Regiekompetenz‹ (vgl. Wilken 2000a, 283) soll sowohl ein konsumentenorientierter als auch ein konsumentenkontrollierter effektiver Mitteleinsatz erfolgen.

Im Sinne einer ganzheitlichen, selbstbestimmten und autonomen Gestaltung behinderten Lebens wird innerhalb der Independent-Living-Bewegung versucht, durch den Ansatz des »Peer Counseling« Betroffene zu kompetenten Beratern von Gleichbetroffenen zu qualifizieren (Österwitz 1989). Gegenüber einem weitgehend fremdbestimmten Fürsorgesystem besteht hier eine Selbsthilfekonzeption, die den behinderten Menschen nicht länger als Objekt karitativer Betreuung, sondern als Subjekt seiner speziellen Bedürfnisregie betrachtet. Dass sich dieses Konzept, angesichts des erforderlichen Maßes an Eigenverantwortlichkeit, bestimmten Ausprägungsgraden von Behinderung entzieht, zeigt, »daß die Entwicklung der Selbsthilfe noch lange nicht zu einem Ende gekommen ist« (Radtke 1990, 261). Allerdings erweist sich das nachlassende Bewusstsein der Betroffenen für die Notwendigkeit solidarischen Engagements für die zukünftige Gestaltung von Selbsthilfeinitiativen als problematisch (vgl. Seidler 1997, 25), vor allem,

wenn man davon ausgehen muss, dass bereits in den zurückliegenden Jahren lediglich 3–5% der Behinderten verbandlich organisiert waren (vgl. Österwitz 1991, 11; Wüstenbecker 2001).

Als eine weitere autonome Selbsthilfebewegung, die gegenüber einer oftmals nicht differenzierenden und starren staatlichen Schulverwaltung das elterliche Mitspracherecht bei der Entscheidung über die Schullaufbahnpfählung in Sonder- oder Regelschule für ihre behinderten Kinder einfordert, entstanden im Verlauf der 80er-Jahre die Initiativgruppen ›Gemeinsam leben – gemeinsam lernen. Eltern gegen Aussonderung‹, die ebenfalls eine Bundesarbeitsgemeinschaft gegründet haben. Als eine selbstbewusste Elterngeneration von behinderten Kindern fordern sie in Zusammenarbeit mit engagierten Fachleuten aus Schule und Hochschule – oftmals gegen den (verdeckten) Willen von Schulbehörden, Ständesvertretern und einer unbeweglichen Verbändelobby, die gleichzeitig Träger von Einrichtungen ist (vgl. Feuser 1982, 50–51) –, dass die erforderlichen Hilfen auch hier kindbezogen und nicht nur institutionsbezogen zur Verfügung gestellt werden. Angesichts des im Blick auf Integrationsmaßnahmen bestehenden grundsätzlichen politischen Finanzierungsvorbehaltes werden dabei auch Rechtsstreite in Kauf genommen (vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1997). In Ergänzung zu einer seit Jahrzehnten erfolgenden lernzielgleichen Integration körperbehinderter Schüler in Regelschulen, wird ein integrativer Unterricht in heterogenen Lerngruppen gefordert, an dem auch jene Kinder teilhaben können, die lernzielfähig zu fördern sind (Wilken, E. 1993). Durch dieses inklusive Integrationsprinzip wird die frühere Auffassung einer bildungsmäßigen Förderbegrenzung, die sich lediglich an eine ›begabte‹ Behinderten-Elite wandte, aufgehoben. Dieser Wille unterscheidet die heutige Selbsthilfebewegung z.B. von der des ›Selbsthilfebundes der Körperbehinderten‹ zur Zeit der Weimarer Republik. Gleichwohl wird die Integrationsdebatte immer wieder durch einen gesinnungsethischen Sozialrigorismus erschwert (vgl. Roebke 2000, 78). Mit seinen indolenten ›Alles-oder-Nichts-Positionen‹ trägt er dazu bei, bestehende andersartige rehabilitative Gestaltungsformen, die durchaus verantwortungsethisch begründet sind, öffentlich zu delegitimieren. Dies führt zu einer problematischen Vermittlung der Selbstevidenz der rehabilitativen Arbeit und damit zu einem nachlassenden gesellschaftlichen Interesse an den Bedürfnissen von Menschen in besonderen Lebenslagen (Wilken 2002, 60).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es innerhalb der geschichtlichen Entwicklung von Selbsthilfe-Initiativen immer wieder zu einer dem gesellschaftlichen Bewusstsein gegenüber notwendigen offensiven Rehabilitations- und Integrationspraxis kommt (vgl. Wilken 1999). Das je subjektiv reflektierte Erleben der durch die Behinderung bedrohten oder betroffenen Existenz weitet sich dabei besonders in jüngster Zeit zunehmend zu einer solidarischen Integrationsbereitschaft sowohl verschiedener Behindertengruppen untereinander als auch innerhalb sozial engagierter Teile der nichtbehinderten Bevölkerung. Es

bleibt zu hoffen, dass dadurch auch künftighin die objektiven Bedingungen von Menschen mit Behinderungen für eine aktive Teilhalbe am Leben der Gesellschaft verbessert werden können.

## Literaturverzeichnis

- Antor, G./Bleidick, U.: Behindertenpädagogik als angewandte Ethik. Stuttgart 2000.
- Asam, W.A./Heck, M.: Selbsthilfegruppen und Rehabilitation. In: Mühlum, A./Oppl, H. (Hrsg.): Handbuch der Rehabilitation. Neuwied/Berlin 1992, 613–629.
- Bachmann, W.: Das unselige Erbe des Christentums: Die Wechselbälge. Gießen 1985.
- Bergeest, H.: Körperbehindertenpädagogik. Bad Heilbrunn 2000.
- Berndt, H.: Interview zur Körperbehindertenpädagogik. In: Seifert, R. (Hrsg.): Autobiographische Reflexionen zur Körperbehindertenpädagogik. Berlin 1999, 51–77.
- Biesalski, K.: Grundriß der Krüppelfürsorge. Leipzig 1926.
- Briefs, P.J.: Berufliche Erziehung jugendlicher Krüppel. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 23 (1930), 285–300.
- Briefs, P.J.: Körperbehindertenfürsorge im Geiste der Caritas. Bigge 1955.
- Brill, W.: Pädagogik im Spannungsfeld von Eugenik und Euthanasie. St. Ingbert 1994.
- Bundesverband für spastisch Gelähmte und andere Körperbehinderte (Hrsg.): 1959–1969, 10 Jahre neue Wege der Hilfe für spastisch Gelähmte. Düsseldorf 1969.
- Christoph, F.: Pädagogische Betroffenheit. In: Münner, Chr./Schriber, S. (Hrsg.): Selbstkritik der Sonderpädagogik? Stellvertretung und Selbstbestimmung. Luzern 1993, 137–153.
- Cloerkes, C.: Einstellung und Verhalten gegenüber Körperbehinderten. Berlin 1979.
- Dicke, W.: Den Körperbehinderten steht die Welt offen. Göttingen 1960.
- Dörr, G.: Selbstbewußtsein statt Resignation. Der Bundesverband hat einen neuen Namen. Was muß ein neues Erscheinungsbild leisten? In: Das Band (1993) 1, 2.
- Eingabe an den Reichstag, betreffend die Gleichstellung der Friedenskrüppel mit den Schwerkriegsbeschädigten. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 16 (1923), 2–3.
- Faltin, B.: Der »Selbsthilfebund der Körperbehinderten (Otto-Perl-Bund)«; Emanzipationsbewegung in der Weimarer Republik. In: Behindertenpädagogik 22 (1983) 3, 266–272.
- Feuser, G.: Arbeit am Behinderten – Arbeit mit Behinderten. Beispiel Schwerstbehinderte. In: Schmidtke, H.-P. (Hrsg.): Sonderpädagogik und Sozialpädagogik. Bericht der 17. Arbeitstagung der Dozenten für Sonderpädagogik in deutschsprachigen Ländern zum Thema »Arbeit am Behinderten oder Arbeit mit Behinderten? Welchen Beitrag leisten Sonder- und Sozialpädagogik?« Heidelberg 1982, 46–59.
- Förster, H.: Mehr Arbeitstherapie für die Friedenskrüppel! In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 10 (1917), 307–310.
- Förster, H.: Gelenkkranker. Fachlehrer Förster. In: Würtz, H.: Sieghafte Lebenskämpfer. München-Leipzig 1919, 144–149.
- Frehe, H.: Assistenzgenossenschaft – Eine neue Qualität ambulanter Hilfe. In: Windisch, M./Miles-Paul, O. (Hrsg.): Selbstbestimmung Behinderter. Kassel (Gesamthochschule) 1991, 35–45.
- Frehe, U.: Behinderte Arbeitgeber/-innen – eine Antwort auf den Pflegenotstand und Alternativen zur Betreuung Behinderter. In: Windisch, M./Miles-Paul, O. (Hrsg.): Selbstbestimmung Behinderter. Kassel (Gesamthochschule) 1991, 47–66.

- Fuchs, P.: Hilde Wulf (1898–1972): Leben und Wirken für die Emanzipation körperbehinderter Menschen in der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus. In: Die neue Sonderschule 44 (1999) 6, 460–466.
- Fuchs, P.: »Körperbehinderte« zwischen Selbstaufgabe und Emanzipation. Neuwied/Berlin 2001a.
- Fuchs, P.: Irma Dresdners Untersuchung »Über Körperbehinderung und seelische Entwicklung«. Leipzig 1933. In: Die neue Sonderschule 46 (2001b) 2, 84–95.
- Glombig, E.: Arbeitsvermittlung und Arbeitsschutz Schwerkörperbehinderter. Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte. Selbstverlag der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge Volmarstein-Ruhr 1952, 96–100.
- Gruhl, M.: Die bisherige Entwicklung unseres Bundes. Nachrichtendienst zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten. Perlbund 1 (1919/20, November), 1–3.
- Gruhl, M.: Krüppelkinds Werdegang. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 14 (1921), 34–37.
- Heiden, H.-G./Simon, G./Wilken, U.: Otto Perl und die Entwicklung von Selbstbestimmung und Selbstkontrolle in der Körperbehinderten-Selbsthilfe-Bewegung. Mit einem Nachdruck des Hauptwerkes von Otto Perl: »Krüppeltum und Gesellschaft im Wandel der Zeit« (Gotha 1926). Krautheim/Jagst 1993.
- Heiden, H.-G. (Hrsg.): »Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden« Grundrechte und Alltag – eine Bestandaufnahme. Reinbeck bei Hamburg 1996.
- Heiler, H.: Behinderteninitiativen/Behindertenverbände. In: Reichmann, E. (Hrsg.): Handbuch der kritischen und materialistischen Behindertenpädagogik und ihrer Nebenwissenschaften. Oberbiel 1984, 79–88.
- Jantzen, W.: Sozialisation und Behinderung. Gießen 1974.
- Kirmse, M.: Joh. Andreas Venel, der Begründer der Krüppelbehandlungsinstitute. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge VII (1914), 216–223.
- Klee, E.: Behinderten-Report. Frankfurt 1974.
- Klee, E.: Behindertsein ist schön. Düsseldorf 1974.
- Knoll, E.: Selbsthilfe Körperbehinderter. In: Die Innere Mission (1973) 10/11, 473–477.
- Kräuter, M./Bosse, R./Streit, Th.: Selbstbestimmt Leben in der Praxis – Neue Ansätze in der Beratung und ambulanten Unterstützung behinderter Menschen am Beispiel der Stadt Bremen. In: Windisch, M./Miles-Paul, O. (Hrsg.): Selbstbestimmung Behinderter. Kassel (Gesamthochschule) 1991, 21–33.
- Leyendecker, Ch.H.: Erfahrung und Theorie in der Sonderpädagogik Körperbehinderter – ein Diskurs zum Theorie-Praxis-Bezug. In: Die Rehabilitation 22 (1983), 100–109.
- Lösener, R.: Zur Situation von Körperbehinderten und ihren Familien. In: Wellnitz, B./v. Pawel, B. (Hrsg.): Körperbehinderung. Berlin 1993, 199–214.
- Malikowski, F.: Krüppelpädagogische Bemerkungen. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 15 (1922), 3–5.
- Malikowski, F.: Schwere Zeiten für die Krüppelselfhilfe. Nachrichtendienst des Bundes zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten. (Otto Perl-Bund) E.V. Nr. 17, November 1923, 1–2.
- Malikowski, F.: Die Auswirkung des Krüppelfürsorgegesetzes auf die Krüppel über 18 Jahre, mit besonderer Berücksichtigung der Berufsausbildung. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 23 (1930), 326–332.
- Malikowski, F.: Persönliches Erleben und organisatorisches Gestalten. In: Der Körperbehinderte. Zeitschrift des Reichsbundes der Körperbehinderten (RBK) 3 (1933) 12, 86–87.

- Malikowski, E.: 15 Jahre Zusammenschluß der Körperbehinderten in Deutschland. In: Der Körperbehinderte. Zeitschrift des Reichsbundes der Körperbehinderten (RBK) 4 (1934) 3, 20–25.
- Merkens, L.: Fürsorge und Erziehungsarbeit bei Körperbehinderten in Deutschland bis zum preußischen Krüppelfürsorgegesetz 1920 mit Ausblick auf die gegenwärtige Situation (Päd.-Diss. Hochschule Rheinland). Köln 1974.
- Merkens, L.: Fürsorge und Erziehung bei Körperbehinderten. Eine historische Grundlegung zur Körperbehindertenpädagogik bis 1920. Berlin 1981.
- Merkens, L.: Einführung in die historische Entwicklung der Behindertenpädagogik in Deutschland unter integrativen Aspekten. München 1988.
- Miles-Paul, O./Drewes, A.: Bundesgleichstellungsgesetz für Behinderte setzt neue Standards in der Bundesrepublik. Impulse – Fachzeitschrift der Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung. Ausgabe 22, Mai 2002, 37–41.
- Moser, V.: Die Ordnung des Schicksals. Zur ideengeschichtlichen Tradition der Sonderpädagogik. Butzbach-Griedel 1995.
- Müller, K.E.: Der Krüppel. *Ethnologia passionis humanae*. München 1996.
- Mürner, Chr.: Verborgene Behinderungen. 25 Porträts bekannter behinderter Persönlichkeiten. Neuwied/Berlin 2000, 144–151.
- Musenberg, O.: Der Körperbehindertenpädagoge Hans Würtz (1875–1958). Eine kritische Würdigung des psychologischen und pädagogischen Konzeptes vor dem Hintergrund seiner Biographie. Hamburg 2002.
- Österwitz, I.: Peer Counseling. Überlegungen zu einem Beratungskonzept für Selbsthilfinitiativen in der Behindertenarbeit. In: Butzke, F./Bordel, R. (Hrsg.): *Leben ohne Beruf? Alternative Lebensgestaltung junger Behinderter ohne berufliche Perspektive*. Heidelberg 1989, 407–416.
- Österwitz, I.: Selbstbestimmt Leben und Sozialpolitik. In: Windisch, M./Miles-Paul, O. (Hrsg.): *Selbstbestimmung Behinderter*. Kassel (Gesamthochschule) 1991, 9–19.
- Oskamp, U.: Reformpädagogische Ansätze in der frühen Körperbehindertenpädagogik aus der »Zeitschrift für Krüppelfürsorge« 1909–1929. In: *Zeitschrift: Die Rehabilitation* 17 (1978), 179–187.
- Orthbandt, E.: *Der Deutsche Verein in der Geschichte der deutschen Fürsorge*. Frankfurt 1980.
- Pawel, v. B.: *Körperbehindertenpädagogik*. Stuttgart 1984.
- Perl, O.: Bilder aus dem Kaiser Friedrich-Siechenhause zu Wittenberg (1908 lt. Meyers Lexikon von 1928 s.v. Perl, Otto).
- Perl, O.: Die Versorgung der pflegebedürftigen Krüppel. *Nachrichtendienst des Bundes zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten (Otto Perl-Bund) E.V.* Nr. 13, August 1922, 1–4.
- Perl, O.: Krüppeltum und Gesellschaft im Wandel der Zeit. Gotha 1926. Nachdruck in: Heiden, H.-G./Simon, G./Wilken, U.: *Otto Perl und die Entwicklung von Selbstbestimmung und Selbstkontrolle in der Körperbehinderten-Selbsthilfe-Bewegung*. Krauthelm/Jagst 1993.
- Perl, O.: Der Ehrenvorsitzende des Selbsthilfebundes 70 Jahre alt! In: *Nachrichtendienst des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten* 9 (1928) 8, 85–86.
- Perl, O.: Auswählende Krüppelfürsorge. In: *Zeitschrift Ethik* 12 (1936), 247–251.

- Perl, O.: Lebenslauf von Otto Perl. Zschorna b. Wurzen, den 19.I.1946. 2 Seiten. ADW, CA 504 d. (ADW=Archiv des Diakonischen Werkes der EKD; CA= Centrausschuß).
- Radtke, P.: Behindertenverbände – Behindertenbewegung: Gedanken über ein Kapitel verlorengegangener Toleranz. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (Hrsg.): Selbsthilfe in der Behindertenarbeit. Bonn 1987, 64–69.
- Radtke, P.: Selbsthilfegruppen. In: Speck, O./Martin, K.-R. (Hrsg.): Handbuch der Sonderpädagogik. Bd. 10: Sonderpädagogik und Sozialarbeit. Berlin 1990, 252–266.
- Rath, W.: Geschichte der Blindenpädagogik. In: Solarová, S. (Hrsg.): Geschichte der Sonderpädagogik. Stuttgart 1983, 49–83.
- Richtlinien für die Aufgaben und die Arbeit des Reichsbundes der Körperbehinderten (R.B.K.) e.V. Mitglied der N.S.-Volkswohlfahrt auf Grund des § 2 der Bundessatzung. In: Zeitschrift der Körperbehinderte 4 (1934) 4, 37–38.
- Roebke, Chr.: Der schwere, aber erfolgreiche Weg der Nichtaussonderung. In: Roebke, Chr./Hüwe, B./Rosenberger, M. (Hrsg.): Leben ohne Aussonderung. Eltern kämpfen für Kinder mit Beeinträchtigungen. Neuwied/Berlin 2000, 44–261.
- Rüggeberg, A.: Autonom-Leben – ein Selbsthilfe-»Konzept« als Alternative zur Rehabilitation und ambulantem Helferservice? In: Speck, O./Martin, K.-R. (Hrsg.): Handbuch der Sonderpädagogik. Bd. 10: Sonderpädagogik und Sozialarbeit. Berlin 1990, 441–459.
- Saal, F.: Ich bin ein gelernter Behinderter. Über den Behindertenadel und das Behinderertenproletariat. In: Saal, F.: Leben kann man nur sich selber. Texte 1960–1994. Düsseldorf 1994, 28–31.
- Scherpner, H.: Theorie der Fürsorge. Göttingen 1962.
- Schlegel, K.F. (Hrsg.): Der Körperbehinderte in Mythologie und Kunst. Stuttgart/New York 1983.
- Schlett, Chr.: Rebellion als Sinn des schwerbehinderten Lebens. In: Klee, E.: Behindertsein ist schön. Düsseldorf 1974, 84–85.
- Schlüter, W.: Darf Krüppelpädagogik Pädagogik sein? In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 15 (1922), 5–11.
- Schmeichel, M.: Geschichtliche Determinanten für heutige Ansätze. In: Haupt, U./Jansen, G.W. (Hrsg.): Handbuch der Sonderpädagogik. Bd. 8: Pädagogik der Körperbehinderten. Berlin 1983, 3–14.
- Schöbel, H.: Stellungnahme. In: Bundesverband für spastisch Gelähmte und andere Körperbehinderte (Hrsg.): Selbstbestimmtes Leben. Lebensberichte und Analysen aus der Sicht behinderter Menschen. Düsseldorf 1990, 71.
- Schumann, P.: Geschichte des Taubstummenwesens vom deutschen Standpunkt aus dargestellt. Frankfurt/M. 1940.
- Seidler, M.: Szene wohin? In: Die Randschau. Zeitschrift für Behindertenpolitik 12 (1997) 3, 25.
- Sierck, U.: Franz Christoph ist tot. Gedanken und Nachrufe auf Franz Christoph. In: Die Randschau. Zeitschrift für Behindertenpolitik 12 (1997) 1, 8–9.
- Simon, W.V.: Krüppelfürsorge. In: Gottstein, A./Schlossmann, A./Teleky, L. (Hrsg.): Handbuch der sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge. Bd. IV. Berlin 1927, 568–637.
- Simon, G.: Otto Perl – das bemerkenswerte Leben eines körperbehinderten Menschen. In: Heiden, H.-G./Simon, G./Wilken, U.: Otto Perl und die Entwicklung von Selbstbe-

- stimmung und Selbstkontrolle in der Körperbehinderten-Selbsthilfe-Bewegung. Krautheim/Jagst 1993, 9–48.
- Stadler, H.: Menschen ohne Arme und Hände – Leben und Wirken. Die Unterrichtspraxis. Beilage zu »Bildung und Wissenschaft«, Zeitung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg 35 (2001a) 5, 37–40.
- Stadler, H.: Vom »Krüppel« zum Körperbehinderten – Zur Entwicklung der »Krüppelfürsorge« unter dem Einfluss des Christentums. In: Wachtel, G./Dietze, S. (Hrsg.): Heil- und Sonderpädagogik – auch im 21. Jahrhundert eine Herausforderung. Weinheim/Basel 2001b, 64–89.
- Tobias, R.: Die großen und die kleinen Hände. Briefe an den Vater eines unheilbar kranken Kindes. München <sup>3</sup>1968 (1. Auflage 1959).
- Trogisch, U./Trogisch, J.: Förderpflege. In: Fröhlich, A./Heinen, N./Lamers, W. (Hrsg.): Schwere Behinderung in Praxis und Theorie. Texte zur Körper- und Mehrfachbehindertenpädagogik. Düsseldorf 2001, 297–307.
- Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Benachteiligungsverbot im Schulwesen (1997). Abgedruckt in: Antor, G./Bleidick, U.: Behindertenpädagogik als angewandte Ethik. Stuttgart 2000, 162–170.
- Wansing, G./Hölscher, P./Wacker, E.: Persönliches Budget. Teilhabe durch personenbezogene Unterstützung. Impulse, Fachzeitschrift der Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung, Nr. 22, Mai 2002, 4–11.
- Wehrli, R.: Geschichte der schweizerischen Schulen für körperbehinderte Kinder von 1864–1966. Bern 1968.
- Wendt, W.R.: Geschichte der sozialen Arbeit. Stuttgart 1990.
- Wilhelmi, H.: Thomas Schweiher, der Wundermann von Schwäbisch-Hall. In: Jahrbuch der Krüppelfürsorge 3. (1901), Hamburg 1902, 16–20.
- Wilken, E.: Integration körperbehinderter Kinder in Regelschulen. In: Wellmitz, B./v. Pawel, B. (Hrsg.): Körperbehinderung. Berlin 1993, 149–155.
- Wilken, U.: Beruf – Freizeit und Behinderung. Der Stellenwert beruflich-sozialer Eingliederung im Rehabilitationsprozeß bei Körperbehinderten mit Lernbehinderung. Bonn 1980.
- Wilken, U.: Geschichte der Körperbehindertenpädagogik. In: Solarová, S. (Hrsg.): Geschichte der Sonderpädagogik. Stuttgart 1983, 212–259.
- Wilken, U.: Erwiderung zu dem Beitrag »Eine sonderbare These der Zeitschrift »Rehabilitation««. In: Zeitschrift Leben und Weg 24 (1984a) 3, 9.
- Wilken, U.: Die Rolle des Behindertenbeauftragten. In: Zeitschrift Selbsthilfe (1992), 5/6, 14–17.
- Wilken, U.: Selbstbestimmt leben II. Handlungsfelder und Chancen einer offensiven Behindertenpädagogik. Hildesheim <sup>3</sup>1999.
- Wilken, U.: Die Entwicklung sozialer Kompetenz als rehabilitative Aufgabe der Körperbehindertenpädagogik. In: Zeitschrift für Heilpädagogik 51 (2000a) 7, 281–288.
- Wilken, U. (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Ethik und Ökonomie. Freiburg 2000b.
- Wilken, U.: Die Rückgewinnung einer sozialen Gerechtigkeitsperspektive angesichts von Individualisierung und Ökonomisierung des Sozialen. In: Greving, H./Gröschke, D. (Hrsg.): Das Sisyphe-Prinzip. Gesellschaftsanalytische und gesellschaftskritische Dimensionen der Heilpädagogik. Bad Heilbrunn 2002, 57–87.



Würtz, H.: Das Seelenleben des Krüppels. Leipzig 1921.

Würtz, H.: Zerbrecht die Krücken. Krüppel-Probleme der Menschheit. Schicksalsstiefkin-der aller Zeit und Völker in Wort und Bild. Leipzig 1932.

Würtz, H.: 10 Jahre Krüppelpädagogik. Rückblick und Ausblick. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 23 (1930), 278–285.

Wüstenbecker, M.: Warum Arme keine Rolle spielen. Einkommensschwache und Interessenvertretung: zu den Grenzen politischer Einflussnahme. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 148 (2001) 1/2, 23–25.

Zeitschrift für Krüppelfürsorge: Vereinigung der Krüppel zur Selbsthilfe. Bd. V, 1912, 39–42.

## Übungsaufgaben

- Erläutern Sie die Stellung behinderter Personen in archaischen Gesellschaften und vergleichen Sie diese mit der Einstellung der großen antiken Philosophen ihnen gegenüber.
- Nennen Sie Beispiele für ambivalente Verhaltensweisen gegenüber Behinderten im Mittelalter und in der frühen Neuzeit.
- Welche Auswirkungen hatte das Menschenbild der Aufklärung auf den Umgang mit behinderten Menschen?
- Stellen Sie die Anfänge kollektiver Selbsthilfe dar und verdeutlichen Sie den Unterschied von Verbänden »für« und Vereinigung »von« Behinderten.
- Skizzieren Sie die Intentionen des Otto Perl-Bundes und die Reaktionen von professioneller Seite auf diese Selbsthilfebewegung.
- Welches Bild von Otto Perl entsteht bei Ihnen beim Lesen seines Lebenslaufes aus dem Jahre 1946? Ziehen Sie auch seinen Beitrag in der Zeitschrift »Ethik« aus dem Jahre 1936 hinzu (Abschnitt 2.4).
- Verdeutlichen Sie die Anstaltskritik und die Integrationsbestrebungen des Selbsthilfebundes und bewerten Sie diese.
- Otto Perl und seine Mitstreiter treten entschieden für eine differenzierende Förderung körperbehinderter Menschen ein. Nehmen Sie dazu pro und contra Stellung.
- Beschreiben Sie die drei Phasen der Selbsthilfeentwicklung nach dem 2. Weltkrieg und die damit jeweils verbundenen Ansprüche.

## Quellentexte

### **Quelle 1: Eingabe an der Reichstag, betreffend die Gleichstellung der Friedenskrüppel mit den Schwerkriegsbeschädigten.**

Entnommen aus: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 16 (1923), 2–3.

Die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge e. V. und der Bund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten (Otto Perlbund) e. V. beantragen gemeinsam: Der Deutsche Reichstag möge in § 7 des ihm vom Reichsarbeitsministerium vorgelegten Gesetzentwurfes zur Änderung des Gesetzes

über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920, Reichsgesetzblatt S. 458, dem 2. Satz folgende Fassung geben: »Derselbe Schutz muß anderen Personen zuerkannt werden, die ohne einen Anspruch auf Renten zu haben durch angeborenes bzw. durch Unfall oder Krankheit erworbenes Krüppeltum an Kopf, Rumpf oder Gliedern in ihren Bewegungen so gehemmt sind, daß ihre Erwerbsfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt um wenigstens 50 v. H. beschränkt ist. (Friedenskrüppel.)

#### Begründung.

In der bisherigen Fassung des § 7 ist zwischen den von Jugend an Erblindeten und den im jugendlichen Alter Verkrüppelten Rentenlosen insofern ein Unterschied gemacht, als die Hauptfürsorgestellten die Blinden den Schwerbeschädigten gleichstellen müssen, die anderen Erwerbsbeschränkten aber nur gleichstellen können. Wir weisen darauf hin, daß dieser Unterschied sonst gesetzlich nirgends gemacht wird. Blinde und durch Krüppeltum Erwerbsbeschränkte werden im allgemeinen gesetzlich ebenso wie in der Fürsorge, Erwerbsbefähigung u. dgl. gleich behandelt, wie es den Bedingungen ihrer Körperbehinderung entspricht. Dies müßte folgerichtig auch bei der Arbeitsvermittlung geschehen. Durch die von uns vorgeschlagene Formulierung des § 7 würde diese Gleichstellung erreicht. Wir halten sie für unbedingt erforderlich, denn die von uns vertretenen im jugendlichen Alter Verkrüppelten haben keine andere Möglichkeit sich vor Hunger zu schützen als die Verwertung ihrer Arbeitskraft, die ihnen mit aller Kraft erleichtert werden muß. Die gesetzliche Festlegung der Arbeitgeber auf die Verpflichtung einen bestimmten Teil der Schwerkriegsbeschädigten einzustellen, bedeutet aber zu gleicher Zeit eine sehr empfindliche Schädigung der Friedenskrüppel. Solange jene Verpflichtung nicht bestand, konnte man in Industrie und Handel willige Arbeitgeber finden, welche Körperbehinderte freiwillig einstellten. Diese Plätze müssen jetzt besetzt werden von Schwerkriegsbeschädigten und kaum ein Arbeitgeber wird darüber hinaus nun noch Friedenskrüppel aus gutem Willen einstellen.

Es ist auch nicht einzusehen, wie das preußische Krüppelfürsorgegesetz, dem ähnliche ja in anderen Ländern bald folgen werden, bis ein Reichsmantelgesetz alle diese Ländergesetze zusammenfaßt, durchgeführt werden soll, wenn nicht die Friedenskrüppel bei der Arbeitsvermittlung den Kriegskrüppeln vollständig gleichgestellt werden. Die Ausbildung der Friedenskrüppel in einem bestimmten Beruf gibt ihnen noch nicht die Erwerbsmöglichkeit. Diese tritt erst dann ein, wenn auch Arbeitsplätze für sie vorhanden sind. Im modernen Wirtschaftsleben gibt es in Handel, Industrie und Landwirtschaft so viele Arbeiten der Beschäftigung für Körperbehinderte, daß es möglich sein muß, einen hohen Prozentsatz von Schwerbeschädigten unterzubringen, ohne dem Arbeitgeber die Härte des Einstellungszwanges allzu sehr fühlen zu lassen. Wir bitten darum die Parteien des Deutschen Reichstages, die von uns vorgeschlagene Fassung des 2. Satzes für

§ 7 nach wohlwollender Prüfung anzunehmen, damit das Gesetz eine wirkliche Stütze für alle schwererwerbsbeschränkten Personen wird.

Der Vorstand der Deutschen Vereinigung  
für Krüppelfürsorge E.V.

Der Vorstand des Bundes zur  
Förderung der Selbsthilfe der  
körperlich Behinderten  
(Otto Perlbund) E.V.

*Dietrich.*

*Rassow.*

## **Quelle 2: Vereinigung der Krüppel zur Selbsthilfe.**

Entnommen aus: Zeitschrift für Krüppelfürsorge V (1912), 39–42.

In Altona ist man dabei, einen Verein von Krüppeln ins Leben zu rufen, der diesen die Möglichkeit geben soll, sich unabhängig von Unterstützung und nur aus eigener Kraft, durch organisierte Selbsthilfe fortzuhelfen. Über die betreffende Versammlung berichten die Zeitungen: »Zwecks Besprechung der Krüppelfürsorge fand unter dem Vorsitz des Herrn Senator Marlow eine Versammlung statt, an der Herr Senator Schütt, Herr Stadtschulrat Wagner, Herr Pastor Hoffmann, Herr Direktor Trenkner und die Armenbezirksvorsteher der Stadt teilnahmen. Der Vorsitzende führte in seiner Ansprache aus, daß nicht die Absicht bestände, hier eine Konkurrenz für die bewährte Krüppelfürsorge-Anstalt »Alten Eichen« zu schaffen. Es solle eine Vereinigung der Krüppel, die nicht in einer Anstalt sich befinden, geschaffen werden.

Die Tätigkeit für die Krüppelfürsorge rege sich im ganzen Reiche. Die Zahl der Krüppelheime und Fürsorgestellen hat sich in den letzten zwei Jahren sehr gesteigert. Es gibt viele Krüppel, die von Jugend auf in dem Alt-Eichen-Heime Aufnahme gefunden haben, denen man aber nicht anders helfen könne, als sie mit Liebe und Treue zu pflegen, bis der Tod sie erlöse. Es gibt aber andere, denen die Kunst der Ärzte so weit geholfen hat, daß sie wie andere gesunde Menschen arbeiten können. Diese bedürfen keiner besonderen Pflege und Sorgfalt. Groß und vielfach abgestuft ist dann endlich die Zahl der zwischen beiden Extremen sich bewegendenden Mittelklasse. Hier wäre nun Hilfe nötig. Zuerst geht es solchen Krüppeln auch oft gut; sie finden Arbeit, indem sie teils aus Neugier, teils aus Barmherzigkeit beschäftigt werden. Aber lange halten dann solche Motive meist nicht vor, die Krüppel werden vernachlässigt, und Not und Verzagttheit kommen über sie. Hier soll nun die Hilfe einsetzen. Aufgabe muß es sein, die Krüppel der Stadt kennen zu lernen, denn erst dann kann man Fürsorge betreiben, die mannigfacher Art sein wird. – Nach diesen Ausführungen ergriff Pastor Hoffmann, der Direktor des Krüppelheims Alten-Eichen, das Wort und schilderte die Krüppel seiner Anstalt, deren Tätigkeit und die Erfolge der Behandlung. Herr Ernst Birkenfeld gab darauf eine detaillierte Aufstellung der Krüppel im Deutschen Reich und teilte mit, das Altona vor Jahren 108 erwachsene Krüppel gehabt habe, und zwar 61 männliche und 47 weibliche über 16 Jahre alt, von diesen seien

99 geistig gesund und neun als nicht normal bezeichnet worden. Herr Senator Schütt schilderte seine Erfahrungen, die er in seiner Tätigkeit als Dezernent des städtischen Armenwesens in der Krüppelfrage gemacht hat. Herr Stadtschulrat Wagner schlug vor, die Direktoren und Lehrer der Schulen mit zu betätigen, um hier zuverlässiges Material zu bekommen. Herr Direktor Trenkner will die Pfleger und Pflegerinnen des Vereins Kinderschutz und Jugendwohlfahrt bei der Feststellung der Krüppel heranziehen. Nachdem sich noch mehrere Herren aus den einzelnen Armenbezirken zu der Frage »wie man am schnellsten und am besten die Krüppelfürsorge ins Leben rufen könne«, geäußert hatten, wurden folgende Beschlüsse gefasst: 1. Es sollen Fragebogen ausgearbeitet werden, die Auskunft über Namen, Wohnsitz, Alter, Leiden, Ursache des Leidens, Erwerbsfähigkeit usw. geben. 2. Herr Stadtarzt Dr. Schröder und Herr Dr. Cimal vom städtischen Krankenhause sollen um ihre Mitarbeit gebeten werden. 3. In den Schulen soll Umfrage nach den Krüppeln gehalten werden. 4. Den Pflegern und Pflegerinnen der Jugendvereine und den Ärzten unserer Stadt sollen diese Fragebogen zugestellt werden, um auf diese Weise möglichst alle Krüppel in der Stadt kennen zu lernen, um alsdann Maßnahmen für die weitere Organisation und Hilfe treffen zu können. (...)«

In bezug auf die Pläne dieses Vereins verbreitet der geistige Urheber des Gedankens Herr E. Birkenfeld, Altona, Gr. Westerstrasse 62, folgendes Rundschreiben:

»Die körperliche Beschaffenheit der Krüppel bringt es mit sich, daß sie dem gesunden Menschen gegenüber eine gewisse Sonderstellung einnehmen, und sich darum auch schwer entschließen, wenn sie sich in einer Notlage befinden, eine Unterstützung, sei es von städtischer oder privater Seite, annehmen. Um dem abzuhelpen, soll ein direkter Zusammenschluß der in Altona wohnenden Krüppel in die Wege geleitet werden, der es sich zur Aufgabe machen will, die soziale und wirtschaftliche Lage der Krüppel nach Kräften zu helfen und zu fördern.

In der sozialen Tätigkeit soll der Ausschuß seine Hauptaufgabe erblicken, und zwar durch Einführung einer Stellenvermittlung, Stellenlosenversicherung und Krankenkasse mit freier Ärztwahl. Zur Unterstützung der Stellenvermittlung sollen nicht nur Privatpersonen, sondern auch staatliche und städtische Behörden herangezogen werden. Letztere müßten angewiesen werden, Krüppel in geeigneten Stellen diätarisch zu beschäftigen. Ebenfalls wird beabsichtigt, mit der Handels- und Handwerkerkammer in steter Verbindung zu stehen. Der wirtschaftliche Kampf zwingt uns, die Stellenlosigkeit usw. weitmöglichst auszuschalten oder wenn möglich doch einzudämmen, und deshalb geht mein Vorschlag dahin, die Heimarbeit unter den Krüppeln noch mehr wie es heute der Fall ist, zu fördern. Von einer Heimarbeit im Hause möchte ich von vornherein Abstand nehmen, da nicht gerade immer Räumlichkeiten zur Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit vorhanden sind. Aus diesem Grunde müßten uns Räumlichkeiten, die allen Anforderungen der Krüppel entsprechen, zur Verfü-

gung gestellt werden. Ist eine Ausführung der Heimarbeit nicht angängig, bin ich der Ansicht, daß dann die Versicherung gegen Stellenlosigkeit in Kraft treten muß. Der Versicherung soll ein Staffeltarif zugrunde gelegt werden. Ein ebenso wichtiger Punkt, wie die beiden vorerwähnten, erscheint mir die Einrichtung einer Krankenkasse; denn es wird als ein allgemeines Übel empfunden, daß bei vielen Kassen der sogenannte Ärztezwang besteht, und es ist wohl eine logische Selbstfolge, daß man sich nur schwer einem Arzt in Behandlung gibt, der einem nicht sympathisch erscheinen will, weshalb bei der zu gründenden Kasse die freie Ärztewahl eingeführt werden soll. Es wird daher beabsichtigt, nur mit den Ärzten einen Vertrag abzuschließen, die dem »Deutschen Ärzte-Verband« angehören und allen Anforderungen der Krüppel entsprechen. Sollte eine selbständige Kasse augenblicklich zu kostspielig erscheinen, soll versucht werden, sich einer Krankenkasse mit freier Ärztewahl als Mitglied anzuschließen. Ein wirtschaftlich schwerwiegender Schritt ist, wie verschiedentlich angeregt wurde, die Aufhebung der Tarifgemeinschaft mit den bestehenden Zentralorganisationen. So folgenswer auch diese Aufhebung erscheinen mag, müssen wir sie jedoch unternehmen, um unseren Mitgliedern eine sichere Existenz zu bieten, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß durch Streik, Aussperrung und Boykott unser ganzes Wirtschaftsleben schwer geschädigt wird.

Besonnene Volkswirtschaftler haben nachgewiesen, daß sich auf friedlichem Wege manches besser erreichen lässt, als durch Streik, Aussperrung usw. Dieses gilt in ganz besonderem Maße auch für die Krüppel. Die Mitglieder sollen allerdings nun nicht meinen, daß hierdurch ihr Lohn gekürzt werden soll, nein, vielmehr wird der Zweck verfolgt, sie ständig in Arbeit zu erhalten, und dadurch wird wieder die Kasse der Stellenlosenversicherung nicht zu sehr in Anspruch genommen. Auch dieses darf man nicht unterschätzen. Die Aufhebung der Tarifgemeinschaft zieht noch eine andere Folge nach sich, und zwar wirft man die Frage unwillkürlich auf: Wie können wir unsere Mitglieder den Zentralorganisationen gleichstellen, und zwar wirtschaftlich. Nur dadurch, daß wir eine ständige Lohnkommission, die sich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzt, bilden. Da in den Lohnfragen-Verhandlungen Fragen rechtlicher Natur nicht ausgeschlossen sind, soll eine Stelle für Rechtsschutz und Rechtsauskunft geschaffen werden. – Dieses wären die sozialen Aufgaben, nun die wirtschaftlichen! Auch hier bietet sich ein reiches Feld der Betätigung. Durch Einrichtung einer Unterstützungs- und Darlehnskasse wollen wir unseren Mitgliedern helfend zur Seite stehen, und zwar in Notfällen jeder Art. Am Eingange meiner Zeilen hatte ich schon erwähnt, daß sich die Krüppel gegen eine Unterstützung von städtischer oder privater Seite sperren. Und darum sollen beide Kassen helfend hier einspringen. Ist ein Mitglied durch Schicksalsschläge usw. in Not geraten, muß es sich, um eine Unterstützung zu erlangen, unter Klarlegung der Gründe, schriftlich an den Vorstand oder Ausschuß wenden. Die zu zahlende Unterstüt-

zung ist nicht abhängig von der Dauer der Mitgliedschaft, sondern allein bestimmend ist die Größe der Not.«

Was hier geplant ist, hat sicherlich den Anspruch auf Beachtung und kann, wenn erst Erfahrungen gesammelt sind, vielleicht der Anstoß zur Nachahmung und Weiterentwicklung werden. Die bisherigen Versuche von Anstalten und Vereinen, den heimentlassenen Krüppeln Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, sind bisher nur von mäßigem Erfolg begleitet gewesen, teils wegen ablehnender Haltung der Arbeitgeber, teils weil die Krüppel die angebotene Arbeit ablehnten. Das wird auch in Zukunft stets da der Fall sein, wo ein Unfallverletzter seine Rente zu verlieren fürchtet, wenn er durch Annahme von Arbeit den Nachweis führt, daß seine Erwerbsunfähigkeit nicht so vermindert ist, als der Rente entspricht. Die nicht mit einer Unfallrente beglückten Krüppel wird man wohl leicht heranziehen können, die »Unfallrentiers« gar nicht oder sehr schwer. In Berlin hat ein »Verein zur Unterstützung erwachsener Krüppel« trotz guter finanzieller Unterlage und ausgezeichnete warmherziger Leitung sich nach 3jährigem Bestehen wieder aufgelöst, weil es ihm nicht gelungen ist, auch nur einen der von der Straße aufgelesenen Krüppel bei der ihm zugewiesenen leichten Arbeit in behaglicher Wohnung festzuhalten. Auch der Berliner »Verein für Arbeitsvermittlung Unfallverletzter« hat vielfach Schwierigkeiten. Der unselige Kampf um die Rente, die Abtötung jedes Altruismus, die Großzüchtung eines absoluten Egoismus und der traumatischen Neurose durch den Rentenbezug sind hier unüberwindliche Hindernisse. Vielleicht schaffen es aber die Krüppel aus sich heraus. Der junge Verein soll sich aber nur die durch Schnaps und jahrelanges faules Herumlungern für jede Arbeit untauglichen Elemente fernhalten, sonst tötet er sich selbst. Dagegen wäre anzuraten, daß er Fühlung sucht mit den Behörden der Unfallversicherung, den Landesversicherungsanstalten, den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung und den Berufsgenossenschaften, die das größte Interesse an der Sache haben. Auch kann man ihn auf die Einrichtungen in Frankreich hinweisen, wo man Arbeitshäuser errichtet hat, in welchen sich täglich die Krüppel zur Arbeit zusammenfinden. (Vgl. diese Zeitschrift, Band II, Seite 127). Herr Pastor D. Schäfer in Altona, der nicht nur Autorität in der Krüppelfürsorge ist, sondern Frankreich und die genannten Einrichtungen auch aus eigener Anschauung kennt, wird darüber die beste Auskunft geben können.

**Quelle 3: Gruhl, M.: Krüppelkinds Werdegang.**

Entnommen aus: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 14 (1921), 34–37.

Der Aufforderung an die Krüppel, durch Darstellung ihres Werdeganges der Krüppelpsychologie neues Material zuzuführen, möchte ich um so mehr nachkommen, als Erziehungsdirektor Würtz mich in dem Artikel »Sondererziehungszwang oder Sondererziehungspflicht« den Lesern dieser Zeitschrift ausdrücklich vorgestellt hat (Heft 1/2, Band 14, 1921). Es heißt dort von mir, ich sei »in be-

sonderen sozialen Verhältnissen aufgewachsen« und habe wie der armlose Unthan »einsichtsvolle Eltern« besessen und »einfühlsame, verständnisvolle Lehrer« gefunden. Wir werden dann mit einigen Gestalten aus der Dichtung zusammengestellt, und wenn ich mich auch dem zarten, immer artigen »Weihnachtsröschen« nur sehr entfernt verwandt fühle, so habe ich mich doch über Herrn Direktor Würtz mächtig gefreut, wenn er sagt, dass es »roh« wäre, Gebrechlichen von unserer Art den Anstaltszwang aufzuerlegen.

Ja, ich habe nicht nur einsichtsvolle, ich habe herrliche Eltern besessen, wie ich sie jedem gesunden und jedem gebrechlichen Kinde nur wünschen kann. Sie haben den Grundstein gelegt zu meinem Lebensmut und meiner Selbständigkeit. Sie haben mich dahin gebracht, daß ich – und das ist das Größte – jetzt ohne sie und doch in ihrem Sinne als froher, freier Mensch leben kann und eben, weil ich den Segen eines köstlichen Familienlebens genießen durfte, möchte ich ihn unserer Krüppeljugend nach Möglichkeit erhalten wissen.

Wie das geschehen kann – ich denke vor allem an die Unterstützung der Mutter, damit sie sich dem Kinde widmen kann, ohne es als Last zu empfinden – soll hier nicht erörtert werden. Ich will nur ganz schlicht meinen Werdegang schildern, mag der Leser dann selber entscheiden, ob ich unter ganz abnormen Verhältnissen groß geworden bin, oder ob es vielleicht ein Ziel ist, des Schweißes der Edlen wert, für eine möglichst große Zahl von Krüppelkindern ähnliche Verhältnisse zu schaffen. Mein Großvater Gruhl war Tischler in Fraustadt. Er hatte sein gutes Auskommen, aber dazu, einen Sohn auf der höheren Schule und Universität zu erhalten, gehört mehr. Der ältere Sohn wurde ebenfalls Tischler und ist heute mit 92 Jahren eine der angesehensten Persönlichkeiten seiner Vaterstadt. Mein Vater war, wie er zuweilen scherzend sagte, zum Tischler zu ungeschickt. Bei einer Revision der Bürgerschule wurde der Schulrat Wendt auf ihn aufmerksam, und auf seinen Rat entschloß mein Großvater sich, den Jungen studieren zu lassen. Als Sekundaner nahm er eine Hauslehrerstelle an, um seinem Vater die Ausgaben zu erleichtern. Mit Stipendien und bei äußerster Bescheidenheit – manches Mittagbrot wurde für den Besuch des Olymp in einem guten Theater geopfert – vollendete er seine Studienzeit.

Als junger Lehrer lernte er in Greifswald die noch nicht erwachsene Tochter seines verehrten Direktors Hiecke kennen. Hiecke hatte die Frau früh verloren und hatte sechs Kinder. Daß die vier Söhne einmal studieren mußten, galt im Gelehrtenhause damals für selbstverständlich. So mußte die den Haushalt leitende Schwester noch durch Aufnahme von Pensionären das Direktorgehalt zu erhöhen suchen. Als auch Hiecke früh starb, nahmen die treuesten Freunde, Direktor Gandtner in Minden die älteste Tochter, zu sich. Mein Vater wurde Prorektor in Hagen und dorthin heiratete das junge Paar ohne einen Pfennig Vermögen. Ja, mein Vater trug von dem bescheidenen Gehalt des Prorektors und späteren Direktors in Mühlheim und Barmen noch zur Unterstützung einer unverheirateten Schwester, die im Elternhause lebte, bei.

Zwölf Jahre lang war mein Bruder der Sonnenschein unserer Eltern. Gesund, wohlgebaut, begabt, ist er seinen Weg durchs Leben so gegangen, daß meine Mutter später manchmal sagte: »An den Sorgen, die andere Eltern mit ihren Söhnen haben, sehe ich erst, wie glücklich ich über das sein muß, was mir immer selbstverständlich erschien, daß des Sohnes Entwicklung den Eltern keine schwere Stunde bereitet hat.« – Mit dem Erscheinen des Krüppelkindes kamen für unsere Eltern ganz neue Aufgaben. Was sie durchkämpft und durchlitten haben, bis sie wußten, ob dieses Kind je sitzen, geschweige denn stehen und gehen lernen würde, ob es seinen Platz im Leben ausfüllen könnte, davon habe ich in der Kindheit wenig gemerkt. Eins aber weiß ich, nicht einen Augenblick haben meine Eltern den Wunsch wohlmeinender Freunde geteilt, der Herrgott möge dieses Kind bald wieder zu sich nehmen. Und nun wuchs ich auf unter sorgsamster Pflege, aber ohne, daß etwas »Besonderes« aus mir gemacht worden wäre.

Meinen sehr großen Eigensinn nicht einfach zu brechen, sondern in Willensstärke umzuformen, war vielleicht die schwerste Aufgabe, vor die meine Eltern sich in der Erziehung gestellt sahen, und doch, dieselbe Aufgabe haben auch die Eltern normaler eigensinniger Kinder. Vater kam als Schulrat nach Berlin und wurde später Vortragender Rat im Kultusministerium. Nachdem er mich ein Jahr lang selbst unterrichtet hatte, erfüllte er meinen brennenden Wunsch, mich zur Schule zu schicken. Damit das lahme Schulrattöchterlein nicht etwa verzogen würde, wählte er nicht die vornehme Privatschule, sondern die entfernter gelegene öffentliche städtische höhere Töchterschule, das Charlotten-Lyzeum, an dem ich jetzt seit zehn Jahren als Oberlehrerin tätig bin. Wo sind nun die »besonderen sozialen Verhältnisse«, in denen ich aufgewachsen bin? Mein Elternhaus war das typische preußische Beamtenhaus, mit seiner Einfachheit und Sparsamkeit, seinem Höhererschätzen des Ideellen gegenüber dem Materiellen, seiner Ordnung und seiner schlichten Frömmigkeit. Und in der Schule? Wir waren anfangs 54 Klassenkameradinnen, und die Doppelschule hatte den zu 19 Klassen gehörenden Lehrkörper. Ich bewahre meinen Lehrern und Lehrerinnen warme, aufrichtige Dankbarkeit, aber wenn ich zustimmen wollte, daß eine so große Schar aus besonders einfühlsamen, verständnisvollen Lehrern zusammengesetzt war, so würden sie selber mich auslachen. Nein, sie waren eben genau so, wie es denn doch gottlob für unseren Lehrstand das Übliche ist, voll freundlichen Verstehens für ihre Schüler, streng und milde, je nach ihrer Lehrerpersönlichkeit, und wir Kinder fügten uns oder waren mal unnütz, auch wie es eben so üblich ist. Auch hier weist mein Lebensgang nichts »Besonderes« auf. Die Kameradinnen waren von natürlicher Hilfsbereitschaft, wo ich Hilfe brauchte, im Übrigen nahmen sie mich als etwas Gegebenes, ließen mich an ihren Erlebnissen durch Erzählen teilnehmen – ich habe an ihren Backfischbällen, obwohl ich nie einen mitgemacht habe, nicht weniger Vergnügen gehabt, als sie – und hielten es für selbstverständlich, daß ich wie sie einem Beruf zustrebte. Wir hatten eine lahme Lehrerin. Ich erinnere mich nicht, daß sie je über unsere Schicksalsgenossenschaft mit mir ge-



sprochen hätte, aber früh schon tauchte, wenn ich sie sich so sicher unter den Gesunden bewegen sah, der Gedanke auf, was die kann, kannst du auch. Ob er mir in einer Anstalt wohl auch gekommen wäre?

Dass ich Lehrerin werden wollte, stand so früh in mir fest, daß ich mir eines genauen Zeitpunktes für diesen Entschluß nicht entsinnen kann, und alles vollzog sich so natürlich, wie bei Gesunden auch. Ich besuchte das Seminar der Königin-Luise-Stiftung. Unter dem Einfluß der dortigen Oberlehrerin reifte der Entschluß, es nicht bei der Lehrerinnenprüfung bewenden zu lassen. Ich besuchte die Universität und andere Kurse, und stets war es mein Ziel, nicht an eine Privatschule zu gehen, oder mir gar Privatschulzirkel einzurichten, sondern Anstellung an einer öffentlichen Schule zu suchen. Am Tage nach meiner Oberlehrerinnenprüfung fragte ich unsern Hausarzt, ob ich auf seine Empfehlung rechnen dürfte. Bei Gelegenheit sagte er mir: »Sie sind zur Anstellung geeigneter als manches bleichsüchtige junge Mädchen mit normalen Gliedern.« Als besonders glückliche Fügung darf ich es bezeichnen, dass einer meiner verehrtesten Lehrer, der inzwischen Direktor des Charlotten-Lyzeums geworden war, mich an die alte, liebe Schule rief.

Woher nahm er den Mut dazu? Daher, daß er das Kind beobachtet hatte, wie es bei Wind und Wetter zur Schule kam, und wie es unter Gesunden sich innerlich gesund entwickelte – ob er denselben Mut gehabt hätte, wenn ein ehemaliger Anstaltszögling sich ihm angeboten hätte? – und nun darf ich seit Jahren unter gesunden Kollegen an gesunden Kindern arbeiten und fühle mich froh und frei und glücklich dabei. Was aber die Schule mir an Zeit und Kraft übrig läßt, das gehört meinen Schicksalsgefährten, besonders der Krüppeljugend. Ihnen eine ebenso normale, gesunde Erziehung verschaffen zu helfen, wie ich sie genießen durfte, das soll der Dank sein, den ich allen denen abstatte, die an meinem Werdegang mitgearbeitet haben. Wenn er wirklich besonders günstig war, so doch wohl so, daß es möglich sein muß, das Wesentliche an ihm für viele Krüppelkinder der verschiedenen Stände zu erreichen. Jedenfalls darf ich ohne Anmaßung Anspruch darauf machen, daß meine Erfahrungen nicht mit einem »Ausnahme bestätigen die Regel« beiseitegeschoben, sondern in Ablehnung oder Zustimmung sachlich gewertet werden.

Marie Gruhl, Studienrat.

Hans Stadler

## VII. Krüppelfürsorge in der Zeit des Nationalsozialismus und Kontinuitäten in der Nachkriegszeit

### Vorbemerkung

- 1. Krüppelfürsorge in der Zeit des Nationalsozialismus**
  - 1.1 Das »Sterilisierungsgesetz« und die Sonderschulen
  - 1.2 Das Reichsschulpflichtgesetz und die Sonderschulpflicht
  - 1.3 Die Schulpädagogik für Körperbehinderte
    - 1.3.1 Lehrpläne und Richtlinien der Volksschule
    - 1.3.2 Vorbehalte gegen die Sonderschulen
    - 1.3.3 Heilpädagogische Aufgaben und Ziele
    - 1.3.4 Heilpädagogische Methoden
  - 1.4 Der Lehrer an den Sonderschulen für Krüppelkinder
- 2. Zwanzig Jahre Preußisches Krüppelfürsorgegesetz: 1920 bis 1940**
  - 2.1 Eine kritische Würdigung durch P.J. Briefs
  - 2.2 Die Beschulung der »siechen Gebrechlichen«
  - 2.3 Die »Werthaftigkeit« der Gebrechlichen
- 3. Personelle und strukturelle Kontinuitäten in der Nachkriegszeit**
  - 3.1 Kriegsende, Besetzung und Entnazifizierung
  - 3.2 Niedergang und »Weitermachen« in der Heilpädagogik
    - 3.2.1 Verdrängung der Nazi-Verbrechen
    - 3.2.2 Kontinuität in der Lehrerausbildung und im Schulrecht
  - 3.3 Verstrickungen in den Nationalsozialismus
    - 3.3.1 Verhalten in Einrichtungen der Josefs-Gesellschaft
    - 3.3.2 Verhalten in Einrichtungen der Inneren Mission
  - 3.4 Von der Nazi-Zeit beeinflusste Biografien
- 4. Resümee**

### Literaturverzeichnis

### Übungsaufgaben

## Vorbemerkung

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 hatten die Nationalsozialisten (NS, Nazis) die Macht übernommen. Die von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) errichtete Diktatur führte zur »Gleichschaltung« des politischen Lebens (u.a. Verbot der Parteien und Gewerkschaften), zur Durchsetzung des »Führerprinzips« und zur Aufhebung der verfassungsmäßigen Grundrechte. Die Verknüpfung des Sozialdarwinismus, der bereits vor dem Ersten Weltkrieg konzipiert und propagiert worden war, mit der NS-Rassenlehre bildete die Grundlage für die Ermordung einer großen Zahl von Menschen mit Behinderungen. Durch Gesetze und Verordnungen setzten die Nazis ihre politischen Ziele durch und begannen schließlich 1939 den Zweiten Weltkrieg.

In der »Krüppel-Pädagogik« während der Nazi-Zeit gab es eine strukturelle und personelle Kontinuität zur Weimarer Republik. Es wurden zwar auch Mitarbeiter in den »Krüppelheimen« aus ihrer beruflichen Stellung entfernt, wie das Beispiel von Hans Würtz (siehe Kap. V) zeigt. Die Schulen und Heime konnten aber in den herkömmlichen Strukturen und mit dem vorhandenen Personal weiterarbeiten. Finanzielle Kürzungen und rechtliche Änderungen trafen sie als Teil der »Krüppelfürsorge«. Eine pädagogische Neuausrichtung wurde durch der NS-Ideologie ergebene Pädagogen erst allmählich angestrebt, was sich an Beiträgen in Fachzeitschriften nachweisen lässt. Die personellen und strukturellen Kontinuitäten beziehen sich auf das »Mitmachen« von Pädagogen in der Nazi-Zeit, aber auch auf deren »Verhaftetsein« im »nationalsozialistischen Erbe« der Sonderpädagogik, das in der Nachkriegszeit noch weiterwirkte.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit zwischen 1933 und 1945 erfolgte unter bestimmten Aspekten durch Eugen Kogon (Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. 1946), der als Gegner der Nazis selbst im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert war, und durch Alexander Mitscherlich (Medizin ohne Menschlichkeit. 1949), der als Berichterstatter am Nürnberger Prozess gegen NS-Ärzte teilnahm. Die Situation der Menschen mit Behinderungen unter der Nazi-Herrschaft und deren Verfolgung bis hin zur Ermordung im Zuge der Euthanasie-Aktionen wurde u.a. von Klee (1985) anhand von Quellen untersucht. Brill (1994) hat die Verstrickungen der Krüppelfürsorge und ihrer führenden Vertreter in die NS-Rassenpolitik aufgezeigt. Zu einzelnen sonderpädagogischen Fachrichtungen liegen historische Analysen zur NS-Zeit vor; so etwa zur »Hilfsschulpädagogik im Dritten Reich« (Höck 1979). Von Fuchs (2001, 106–163) liegt eine Untersuchung vor, in der sie u.a. auf die Krüppelfürsorge im Nationalsozialismus und den »Sonderschulzwang« für körperbehinderte Kinder eingeht. Die spezifische Situation der Körperbehindertenpädagogik hat Puschmann (2002, 75–90) anhand von Beiträgen in den damals maßgeblichen Fachzeitschriften aufgezeigt; seine Analysen werden

im Folgenden weitergeführt. Antor und Bleidick (2000) haben sich mit »der Geschichte der Bewertung behinderten Lebens« befasst und auch die entsprechenden Quellen aus der Nazi-Zeit dokumentiert.

## 1. Krüppelfürsorge in der Zeit des Nationalsozialismus

Seine Gedanken zur »Vernichtung lebensunwerten Lebens« hatte Adolf Hitler mehrfach formuliert und auch auf dem Reichsparteitag seiner »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) 1929 in Nürnberg unmissverständlich öffentlich verkündet: Durch Pflege der Kranken und Schwachen werde der natürliche Ausleseprozess in einer Bevölkerung abgeschnitten. Die Krüppelfürsorge geriet deshalb spätestens mit der Machtübernahme Hitlers verstärkt in die Kritik. Bereits im Juli 1933 wurde das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« (GzVeN) verabschiedet, sodass deutlich wurde, wie konsequent Hitler mit Hilfe des staatlichen Machtapparats seine Ziele umsetzen wollte. Das GzVeN ist in derselben Sitzung der Reichsregierung verabschiedet worden, in der auch das Konkordat mit der katholischen Kirche gebilligt wurde. Um den Abschluss dieses Kirchenvertrags nicht zu gefährden, wurde das GzVeN (Sterilisierungsgesetz) erst zwei Wochen später bekannt gemacht. Es stand in eindeutigem Widerspruch zur päpstlichen Enzyklika »Casti connubii«, einem Rundschreiben über die traditionelle katholische Lehre von der christlichen Ehe, und musste deshalb auf den Widerstand der katholischen Bischöfe treffen. Im Gegensatz zum Entwurf eines Preußischen Gesetzes von 1932, in dem die Einwilligung des zu Sterilisierenden unabdingbare Voraussetzung war, hatten die Opfer nun keine Möglichkeit mehr, einer einmal beschlossenen Sterilisierung zu entgehen (Klee 1985, 36). Eine »schwere körperliche Missbildung« galt u.a. als Indikation für die zwangsweise Durchführung. In einer Ausführungsverordnung wurden darunter »sichtbare stationäre, bleibende, auffällige, angeborene oder sich im Laufe des jugendlichen Lebens entwickelnde erbliche und mehr oder weniger stark funktionsbehindernde Abweichungen von der Norm« verstanden. Allerdings ließ diese Erläuterung den Wirkungsrahmen des Gesetzes gegen Körperbehinderte weitgehend offen (Thomann 1994, 208).

Als Begründung für diese Form des Sozialdarwinismus waren Kosten-Nutzen-Rechnungen beliebt. So äußerte sich der von der NSDAP gestellte Reichsinnenminister Wilhelm Frick 1933 wie folgt: »Wie sehr die Ausgaben für Minderwertige und Asoziale, Kranke, Schwachsinnige, Geisteskranke, Krüppel und Verbrecher heute das Maß dessen überschreiten, was wir unserer schwer um ihre Existenz ringenden Bevölkerung zumuten dürfen, ersehen wir aus den Kosten, die heute vom Reich, von den Ländern und den Kommunen zu ihrer Versorgung aufgebracht werden müssen. Dafür nur einige Beispiele: Es kostet der Geisteskranke etwa 4 RM. den Tag, der Verbrecher 3,50 RM., der Krüppel und Taubstumme 5 bis 6 RM., während der ungelernte Arbeiter nur etwa 2,51 RM., der

Angestellte 3,60 RM., der untere Beamte etwa 4 RM. den Tag zur Verfügung haben. Das sind die Folgen einer übertriebenen Fürsorge für das Einzelindividuum, die den Arbeitswillen der Gesunden ertöten und das Volk zu Rentenempfängern erziehen muß.« (Zit. n. Thomann 1994, 208)

Als Reaktion auf diese Vorhaltungen suchten die Einrichtungen der Krüppelfürsorge ihre Ausgaben wo immer möglich zu reduzieren und die NS-Regierung vom wirtschaftlichen Nutzen der Körperbehinderten zu überzeugen. Eine dazu durchgeführte Untersuchung für den Zeitraum 1926–1933 kam zu dem Ergebnis, dass den Ausgaben in der Krüppelfürsorge ein beachtlicher finanzieller Gewinn gegenüberstand. Er kam zu Stande, weil man bei der Kosten-Nutzen-Rechnung den für Behinderte aufzubringenden Sozialausgaben die Einnahmen der sonst brachliegenden Arbeitsleistung gegenüberstellte. Dieses Ergebnis bezog sich nur auf den Personenkreis der Körperbehinderten; die Argumentation verschärfte aber das Problem der Aufteilung in produktive Körperbehinderte und sieche Krüppel, denn je bedeutender für den Staat Menschen mit Körperbehinderungen waren, desto »minderwertiger« waren die von geistigen und seelischen Beeinträchtigungen sowie von Schwerstbehinderungen Betroffenen. In der Untersuchung hatte sich außerdem ergeben, dass 75–80% der Körperbehinderungen erworben und nicht angeboren waren (Thomann 1994, 212). Damit konnte auch der Argumentation der Nazis bezüglich der Vererbung körperlicher Beeinträchtigungen widersprochen werden, die möglichst viele »Krüppel« der Sterilisation nach dem GzVeN unterwerfen wollten, weil es nun Belege dafür gab, dass der Großteil der Körperbehinderungen offensichtlich nicht »erbbedingt« ist. Man hoffte überdies, dass auf Grund günstiger Kosten-Nutzen-Vergleiche auch wieder mehr finanzielle Mittel in die öffentliche Krüppelfürsorge fließen würden.

### 1.1 *Das »Sterilisierungsgesetz« und die Sonderschulen*

In der Ideologie des Nationalsozialismus hängt die Stärke des gesamten Volkes von der Gesundheit und Stärke des Einzelnen ab. Der völkische Staat muss demnach an gesunden, kräftigen und leistungsfähigen Menschen interessiert sein und darf dagegen die Schwachen und Gebrechlichen nicht übermäßig fördern, weil sie letztlich »unproduktiv« sind. Mit dem am 1.1.1934 in Kraft getretenen »Sterilisierungsgesetz« (GzVeN) sollten die rassistischen Ziele des NS-Staates erreicht werden. Bestimmte Personengruppen sollten sich nicht fortpflanzen dürfen, um die so genannten »Ballastexistenzen« ausmerzen zu können. Erbkrank im Sinne des Gesetzes waren Menschen, die von folgenden Krankheiten und Behinderungen betroffen waren: 1. angeborener Schwachsinn, 2. Schizophrenie, 3. zirkulärem (manisch-depressivem) Irresein, 4. erblicher Fallsucht, 5. erblicher Veitstanz (Huntingtonsche Chorea), 6. erblicher Blindheit, 7. erblicher Taubheit, 8. schwerer körperlicher Missbildung und weiterhin, wer an schwerem Alkoholismus litt. Der »angeborene« Schwachsinn wurde später noch um den »moralischen« er-

weitert, um so auch Arbeits- und Obdachlose mit dem Gesetz erfassen zu können (Landeswohlfahrtverband Hessen 1994, 46). Bei 96% der Sterilisierten wurden »Schwachsinn«, Schizophrenie, Epilepsie und »manisch-depressives Irresein« diagnostiziert. Um den »angeborenen Schwachsinn« einer Person beurteilen und attestieren zu können, wurden Intelligenzprüfungen, die »Lebensbewährung« und die Familienanamnese herangezogen (Schmuhl 1987, 156).

Der Antrag zur Sterilisation konnte von der betroffenen Person selbst, deren gesetzlichem Vertreter, einem Arzt oder dem Leiter einer Kranken-, Heil- oder Pflegeanstalt bei einem der 220 Erbgesundheitsgerichte gestellt werden. Dort wurde er dann in einer nicht-öffentlichen Sitzung von einem Gremium beraten, das sich aus einem Amtsrichter als Vorsitzendem, einem beamteten Arzt und einem weiteren Arzt, der mit der Erbgesundheitslehre vertraut sein musste, zusammensetzte. Wenn das Erbgesundheitsgericht sich für eine Sterilisation aussprach, konnten die betroffene Person oder deren Angehörige gegen diesen Beschluss binnen einer Frist von 14 Tagen nach § 9 GzVeN Beschwerde einlegen. Dies war aber wohl nur ein »Pseudoparagraph«, denn es sind kaum Fälle bekannt, in denen ein Sterilisationsbeschluss aufgehoben wurde (Köbsell 1987, 24).

Mit Beginn der Nazi-Herrschaft wurde versucht, durch Aufsätze in Fachzeitschriften und Vorträge vor Pädagogen die Neuausrichtung der Sonderpädagogik durchzusetzen. Man wandte sich aber auch direkt an die Betroffenen. So äußerte sich 1935 der Leiter des »Rassenpolitischen Amtes der NSDAP«, Parteigenosse Dr. Groß, beim Reichsbund der Körperbehinderten unmissverständlich. Sein Vortrag wurde 1936 in der »Zeitschrift für Krüppelfürsorge« publiziert, dem Organ der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge, das nach wie vor von K. Schlüter, Direktor der Josefs-Gesellschaft für Krüppelfürsorge in Köln, und von Pastor D.H. Vietor, Leiter der Krüppelanstalten Johanna-Helenen-Heim Volmarstein, Westfalen, also zwei Vertretern der kirchlichen Krüppelfürsorge, mitherausgegeben wurde.

Groß (1936, 5–6 – Hervorhebungen im Original) führt u.a. aus: *»Es dreht sich hier vor allem um die Frage, ob und inwieweit die nationalsozialistische Forderung nach einem gesunden und insgesamt rassisch gesunden und tüchtigen Volk eigentlich noch vereinbar ist mit der Sorge dieses gleichen Staates für diejenigen Volksgenossen in ihm, denen das Schicksal selbst oder irgendein unglücklicher Zufall einen Teil ihrer Gesundheit genommen hat.«* Er wollte Antwort geben auf Zweifel und Sorgen von Seiten der Betroffenen, und fährt fort: *»Und daraus ergibt sich zwangsläufig, daß (der Staat) überall dort, wo diese ideale Gesundheit nicht erreicht ist, wo irgendwo durch Krankheit, Unfall, durch Zufälle irgendwelcher Art Behinderungen in dieser vollen Leistungsfähigkeit vorliegen, es selbstverständlich nationalsozialistische Pflicht ist, die Träger solcher Behinderungen mit allen menschenmöglichen Mitteln über den Defekt hinwegzubringen, der ja nicht durch ihre Schuld, sondern durch höhere Gewalt an ihnen hängt.«* Es sei Aufgabe der Gemeinschaft, durch »Erziehung, Ausbildung, durch ärztliche Kunst usw.« den »körperlichen

Defekt« auszugleichen, um auch bei diesen Menschen »soviel an Leistung herauszuholen, wie es eben nur möglich ist«.

Damit täuschte er aber über die wahren Absichten des NS-Staates hinweg, denn Groß (1936, 7) formulierte dann als »die zweite und ernste große nationalsozialistische Forderung: *»So weit das menschenmöglich ist, wollen wir in Zukunft die Entstehung von solchen schweren Leiden und Gebrechen zu verhüten suchen. Auch das ist eine selbstverständliche Forderung doppelter Art, einmal eines echten wohlverstandenen Mitleids, zum anderen aber einer zielbewußten Staatsführung, die ja die Leistungssteigerung für die Zukunft für die Nation anstrebt.«*

Die Sonderschulen galten als »Sammelbecken für Erbkrank«e. Im Sinne des GzVeN sollte die Schulerziehung von rassenhygienischem Verantwortungsbewusstsein geprägt sein. Die Pädagogen, hier die Sonderschullehrer für Taubstumme (Maeße 1935, 162–163), sollten mithelfen, »daß schulentlassene Erbkrank«e sterilisiert werden«. Auch der Taubstummen-Oberlehrer Weinert (1934, 660) sah die pädagogische Aufgabe in der »Erziehung der uns anvertrauten Kinder zu rassenhygienischem Verantwortungsbewußtsein« und führte weiter aus: »Unsere Jugendlichen müssen bei der Schulentlassung wissen, daß geschädigtes Erbgut nicht auf die Nachkommen weitergegeben werden soll. Es muß ihnen eine Selbstverständlichkeit sein, daß sie keine Kinder haben dürfen, falls ihr Leiden erblich ist. (...) Die pädagogische Aufgabe muß für uns im Vordergrund stehen. Die anderen Arbeiten, wie Ausfüllung von Schüler- und Elternfragebogen, Familienaufnahmen und Gutachten für die Erbgesundheitsgerichte usw., verlieren dadurch nichts an Wichtigkeit ... von ausschlaggebender Bedeutung für die Eindämmung des krankhaften Erbstroms aber ist unsere pädagogische Tätigkeit.«

Die geschädigten Kinder und Jugendlichen und deren Angehörige sollten durch Schulungen und Vorträge, durch Zeitschriften, Elternabende und Einzelbesprechungen von der Notwendigkeit einer Sterilisation überzeugt werden. Die Vorbehalte wurden als »liberalistische« und »einseitig-überhumanitäre« Anschauungen abgewertet (Maeße 1935, 161). Die pädagogische Aufgabe war nicht eine Schärfung des moralischen und ethischen Verantwortungsbewusstseins oder gar die Frage, ob denn die Sterilisierungen rechtens seien, sondern der Unterricht in Erbgesundheitslehre und die Aufklärung über den Zweck der Eheberatungsstellen und der Erbgesundheitsgerichte.

## 1.2 Das Reichsschulpflichtgesetz und die Sonderschulpflicht

Für die NSDAP war die Erziehung die wichtigste Äußerung des völkischen und politischen Lebens. Im Programm der Partei war vorgesehen, »jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung zu ermöglichen und ... zu diesem Zwecke für einen gründlichen Ausbau des gesamten Volksbildungswesens sowie für eine Anpassung der Lehrpläne aller Bildungsanstalten an die Bedürfnisse des praktischen Lebens zu sorgen« (Galandi 1939, 607). Der vertikale

Schulaufbau wurde kritisiert; die verschiedenen Schultypen sollten zu einer horizontalen Gliederung zusammengefasst werden, der dann auch das Sonderschulwesen anzupassen war. Um eine einheitliche Regelung für die Schulpflicht zu treffen, wurde am 6. Juli 1938 das »Gesetz über die Schulpflicht im Deutschen Reich«, das so genannte »Reichsschulpflichtgesetz« erlassen. Hier wurde der Besuch der Volksschule auf acht Jahre festgelegt, und der Sonderschulbesuch für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen wurde als verpflichtend bestimmt. Für die körperbehinderten Schüler waren vor allem die Paragraphen 6, 7 und 11 von Bedeutung. So behandelt § 6 die »Schulpflicht für geistig und körperlich behinderte Kinder«; dort heißt es u.a.: »Für Kinder, die wegen geistiger Schwäche oder wegen körperlicher Mängel dem allgemeinen Bildungsweg der Volksschule nicht oder nicht mit genügendem Erfolge zu folgen vermögen, besteht die Pflicht zum Besuch der für sie geeigneten Sonderschulen oder des für sie geeigneten Sonderunterrichts (Hilfsschulen, Schulen für Krüppel, Blinde, Taubstumme u.ä.). Darüber, ob diese Verpflichtung im einzelnen Falle besteht, und darüber, welche Sonderschule diese Kinder zu besuchen oder an welchem Sonderunterricht sie teilzunehmen haben, entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.« (Reichsministerium des Inneren 1938, 799) In vielen Fällen war auf Grund des Einzugsgebietes die Sonderschule viel zu weit entfernt, als dass die Schüler hätten täglich dorthin fahren können. Dieses Problem sollte mit dem § 7 gelöst werden, in dem eine Heimunterbringung vorgegeben wurde: »Wenn es die Durchführung der Schulpflicht für die im § 6 bezeichneten Kinder erfordert, kann ihre Unterbringung in geeigneten Anstalten und Heimen oder in geeignete Familienpflege angeordnet werden. Hierüber entscheidet die Schulaufsichtsbehörde gemeinsam mit der zuständigen Fürsorgebehörde.«

Im nationalsozialistischen Deutschland sollte die Sonderschule zunächst die Aufgabe haben, »die im Wege der Auslese – oder richtiger Aussonderung – aus dem normalen Schulbetrieb Ausgeschiedenen oder sonst nicht Erfassbaren dadurch gemeinschaftstüchtig zu machen, daß sie ihre Eingliederung in den schaffenden Volkskörper ermöglicht. Der Sicherung dieser Aufgabe dient die Sonderschulpflicht, sie ist daher der Volksschulpflicht engstens verwandt.« (Galandi 1939, 609) Durch ein Auswahlverfahren wurde entschieden, welche Schüler zum Besuch der Sonderschule verpflichtet wurden. Die Schulaufsichtsbehörde hatte einen Sonderschulfachmann, den Schularzt und im Einzelfall auch einen Facharzt bei ihrer Entscheidungsfindung einzubeziehen, wobei auch die »endgültige Ausschulung wegen Bildungsunfähigkeit« erfolgen konnte. Zur möglichen Sterilisation heißt es bei Galandi (1939, 612): »Daß in dem Auswahlverfahren überall an geeigneter Stelle auch die Erbgesundheitsbehörden einzuschalten sind, ergibt sich aus der Natur der Sache.« Durch die Trennung der Schulpflicht in Volksschul- und Sonderschulbesuch realisierte der NS-Staat einen Teil seiner Ideologie, weil damit eine Aufteilung der Schülerschaft in »Erbgesunde« und »Erbkranke« möglich wurde. Auch wurde so den Vorstellungen einer positiven Euge-



nik entsprochen, mit der eine »Verbesserung der Rasse durch Förderung der Produktivität der Geeigneten« und die »gesunde Aufzucht der Kinder« (Baader 1993, 23) angestrebt wurde.

Von besonderer Bedeutung war der § 11, der die Ausgrenzung von so genannten »Bildungsunfähigen« beinhaltete. Er besagte: »Bildungsunfähige Kinder und Jugendliche sind von der Schulpflicht befreit.« (Reichsministerium des Inneren 1938, 800) Diese Bestimmung galt sinngemäß in den Ländern der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die Siebzigerjahre und auch in der ehemaligen DDR bis 1990 weiter. Ungeklärt blieb von Anfang an, welche Schüler überhaupt als bildungsunfähig galten, sodass sie von der Schulpflicht auch willkürlich befreit und als bildungsunfähig erklärt werden konnten.

### *1.3 Die Schulpädagogik für Körperbehinderte*

Der Unterricht an den Krüppel-Sonderschulen orientierte sich an den Lehrplänen der Volksschule (Meßner 1938, 695), deren wichtigste Inhalte nachfolgend aufgezeigt werden. Außerdem werden Vorbehalte gegen die Sonderschulen sowie heilpädagogische Aufgaben, Ziele und Methoden thematisiert.

#### **1.3.1 Lehrpläne und Richtlinien der Volksschule**

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Bildungsbereich hatte Auswirkungen auf sechs politisch-pädagogische Entscheidungsfelder (Flessau 1977, 14): 1. die Reduzierung der Typen und Formenvielfalt der Schulen, 2. die Veränderung der Lehrerbildung, 3. neue Richtlinien und Lehrpläne, 4. die Revidierung der Stundenpläne, 5. die Einschränkung der Pluralität der Bildungsmächte und 6. die Einführung von Rassismus und Antisemitismus in den Schulen. Diese Neuausrichtung galt auch für die Sonderschulen.

Bis 1937 gab es im Schulwesen nur vereinzelte Erlasse und Anweisungen für die Änderung der Lehrinhalte. Dies änderte sich am 10. April 1937 mit den »Richtlinien für den Unterricht in den vier unteren Jahrgängen der Volksschule«, die vom Reichserziehungsminister erlassen wurden. Die Volksschule hatte nun das Ziel, mit den anderen Schularten und neben den Gliederungen der Partei, dem Arbeitsdienst und dem Heer die deutsche Jugend zum vollen Einsatz für »Führer und Nation« zu erziehen. Weitere Ziele waren die Schaffung eines reichseinheitlichen Schulwesens und die Erziehung zum »brauchbaren Staatsbürger«, der auch unter Einsatz seines Lebens für die Volksgemeinschaft kämpft. Zwei Jahre später, am 15. Dezember 1939, folgte ein zweiter Erlass, der alle Jahrgänge der Volksschule betraf (Flessau 1977, 53–54).

Der Rassengedanke hatte großen Einfluss auf die Fächer Deutsch, Geschichte, Erdkunde und Biologie. Drei Lehrbereiche waren besonders von der Lehrplanrevision betroffen: die historischen und naturwissenschaftlichen Fächer und der muttersprachliche Unterricht. Zu den historischen Fächern zählten sowohl

Kunst- und Musikgeschichte, als auch die politische und nationalsozialistische Geschichte, die Geopolitik und die Wehr- und Militärgeschichte. Diese verschiedenen geschichtlichen Unterrichtsbereiche hatten die Aufgabe der politischen Indoktrination. Es sollten keine sachlichen Informationen vermittelt, sondern vielmehr Gefühle hervorgerufen werden, die das Handeln bestimmen. Die Geschichte sollte auf heroische Kämpfe der Vorfahren reduziert werden und dazu dienen, den Machtanspruch der Herrschenden mit ihrer Hilfe zu rechtfertigen. Zu den naturwissenschaftlichen Fächern gehörten Mathematik, Physik, Chemie und Biologie; der Biologie wurde die Rassenkunde und Vererbungslehre aufgetragen. Mit dem Fach Deutsch und dem muttersprachlichen Unterricht sollten den Schülern die deutsche Sprache und Dichtung als lebendiger Ausdruck des Volkstums erschlossen und überdies Ehrfurcht vor deren Gestaltungskraft sowie Stolz auf die »deutsche Art« wachgerufen werden (Flessau 1977, 19–20, 58–59).

### 1.3.2 Vorbehalte gegen die Sonderschulen

Mit der Machtübernahme der NSDAP in Staat und Gesellschaft wurden die Vorbehalte gegen die pädagogische Arbeit der Sonderschulen und ihre Zielsetzungen nun offen artikuliert. Sie richteten sich sowohl gegen die Formen und Inhalte der Heilerziehung als auch gegen die Einflüsse der Reformpädagogik, wie sie gerade auch in der »Krüppelpädagogik« wirksam geworden waren (siehe Kap. V.2.6.3).

Dies kam in Beiträgen in der Zeitschrift »Die deutsche Sonderschule« der Reichsfachschaft V Sonderschulen im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) klar zum Ausdruck. Der Hauptschriftleiter, Karl Tornow, schreibt dazu schon 1934: »Mit der nationalsozialistischen Revolution, die aus den Tiefen der deutschen Volksseele hervorbrach und von weltanschaulich fundierten Kräften getragen wurde, vollzog sich eine Umgestaltung und Umformung im Sinne einer kopernikanischen Wende auf allen Ebenen unseres völkischen, staatlichen, wirtschaftlichen und sonstigen kulturellen Lebens. (...) Diese Entwicklung, die sich unter dem Primat des Politischen vollzieht, hat auch unser gesamtes Bildungs- und Erziehungswesen erfaßt und damit auch das Gebiet der Sonderschulen und der Heilerziehung ergriffen. Auch hier macht sich die kopernikanische Wendung geltend, nicht nur dadurch, daß der Sonderschule von der rassenhygienischen Seite her ein neuer tiefer Sinn und damit ihre eigentliche Bedeutung gegeben worden ist, sondern auch durch die Neuausrichtung aller erzieherischen, heilerzieherischen und unterrichtlichen Maßnahmen innerhalb des heilerzieherischen Bildungsgeschehens, die nun unter ganzheitlichen Gesichtspunkten vom Völkischen und Volksganzen her gestaltet und bewertet werden.« (Tornow 1934, 170–171 – Hervorhebung im Original) Heftig wandte Tornow (1934, 171, 173) sich auch gegen den »Subjektivismus«, die »rousseauisch-liberalistische Pädagogik des Wachslassens« und die »Pädagogik des nur vom Kinde aus«, denn damit würde der

Sinn wahrer Bildung und Erziehung verkannt. Er sieht die »Gefahr des Psychologismus in der Heilerziehung«; der Heilerzieher müsse zwar psychologische und psychopathologische Tatbestände und Gesetzmäßigkeiten des einzelnen Zöglings kennen und methodisch berücksichtigen, es sei aber unhaltbar, sie »als Werte an sich« hinzustellen. Die Entwicklung psychischer Kräfte oder Funktionen für sich allein führe zu »Ziellosigkeit, Formalismus, Individualismus und damit Auflösung, Zerfall und Zersetzung«, was »das Ergebnis der marxistisch-liberalistisch ausgerichteten Erziehung war«. Für ihn lag der pädagogische Sinn in »den von der völkischen Kulturgemeinschaft geschaffenen Kulturgütern (als immanenten Bildungs- und Erziehungswerten«.

### 1.3.3 Heilpädagogische Aufgaben und Ziele

Die kulturelle Aufgabe des nationalsozialistischen Staates war mit der politischen gleichzusetzen; die Erziehung genoss daher einen großen Stellenwert. Hitler sah in der Erziehungsarbeit das Ziel einer »Aufartung des Volkes«. Mensling (1934, 62) zitierte aus Hitlers Buch »Mein Kampf« über die Jugend erziehung: »... der völkische Staat braucht eine charakterfeste, an Geist und Körper kerngesunde Jugend, die, erfüllt von Willens- und Entschlußkraft, erzogen zu Verantwortungsfreudigkeit und ausgestattet mit gediegener wissenschaftlicher Schulung, auch in schwieriger Lage den Kampf fürs Vaterland führen kann.« Ähnlich wie Hitler plädierte auch Meßner (1938, 695–697) für eine Erziehung zum Verantwortungsbewusstsein gegenüber sich selbst, gegenüber dem deutschen Volk und dem »Führer«. Durch die Schul- und Berufsausbildung sollten die körperbehinderten Schüler in die Lage versetzt werden, ihr Geld selbst zu verdienen, sodass sie nicht auf Hilfeleistungen vom Staat angewiesen waren.

Nach Mensling (1934, 62–63) sollten »Umfang und Art der Heilpädagogik« durch die Erziehungsaufgabe bestimmt sein, »die sich der nationalsozialistische Staat für seinen gesunden und lebenskräftigen Nachwuchs gestellt hat. (...) Heilung und Erziehung der körperlich Gebrechlichen ist Aufgabe der Krüppelfürsorge. Ihre produktive Form befaßt sich in der Hauptsache mit den Krüppeln, deren erbgesunde Anlagen dazu ausreichen, dem Volksganzen mit seinen nicht unerheblichen Kräften zu dienen, d.h. also mit Körperbehinderten, die ihr Leiden durch Infektion oder Unfall erworben haben und deshalb nach wie vor eugenischen Wert behalten. (...) mehr noch als bisher (wird der völkische Staat) Auslese nach dem Gesichtspunkte der Bildungsmöglichkeit und späteren Berufs- und Arbeitsfähigkeit treffen müssen. Nur da wo dieses Ziel erreicht werden kann, ist die Krüppelfürsorge »produktiv« und hat nach wie vor Sinn und Daseinberechtigung. Im anderen Falle kann und darf sie nur Pflege und Bewahrung sein.«

Die wichtigsten Erziehungsziele bestanden in der Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten, welche für einen guten Schulabschluss und für einen besseren Start ins Berufsleben sorgen sollten (Mensling 1934, 63). Eine solche Erzie-

hung sollte die Minderwertigkeitsgefühle der behinderten Schüler verringern oder ganz beseitigen. Gerade diese Kinder und Jugendliche, die motorische Schädigungen aufwiesen, wollten einen »normalen«, ungehemmten und unkomplizierten Umgang mit ihrer Umwelt und ein Teil der Gemeinschaft sein. So waren nicht selten körperbehinderte Mädchen und Jungen auch in der »Hitlerjugend« (HJ) oder im »Bund Deutscher Mädel« (BDM) zu finden (Meßner 1938, 695).

Die Sonderschule hatte das Ziel, ihren Schülern den Schulabschluss auf dem Niveau der Volksschule zu vermitteln. Dies ließ sich auf Grund der oft zu späten Einschulung oder der langwierigen orthopädischen Behandlung nicht realisieren. Bezugnehmend auf den Schülerkreis, der die Sonderschule besucht, wurden verschiedene Einteilungen vorgenommen. Mensling (1934, 63) nahm drei Gruppenunterteilungen von schulpflichtigen Kindern vor: »1. Fälle, bei denen die Anstaltsschule die volle Vertretung der öffentlichen Volksschule hat: Lähmungen, Knochen- und Gelenktuberkulose; 2. Fälle, die in der öffentlichen Volksschule infolge ihrer auf Gesunde bezogenen Methoden nicht sachgemäße Beschulung erfahren können: Linkshänder, Handdeformitäten usw.; 3. Fälle, bei denen aus örtlichen und sozialen Verhältnissen heraus ein Anstaltsbesuch bedingt ist.« Büsching (1939, 28–29) teilt die »Krüppelkinder« in zwei Gruppen. Zum einen die Schüler, die auf Grund orthopädischer Behandlungen in die der Schule angegliederte Klinik eingewiesen wurden, und zum anderen die Schüler, die wegen ihrer Behinderung keinen Unterricht besuchen konnten, da ihre »Art des Leidens ein Verweilen oder Fortkommen in der Normalschule unmöglich« machte.

Nach Meßner (1938, 695) sollten die »Siechen in den Verwahranstalten beschult werden, um ihre geringen Fähigkeiten nutzbringend zu gestalten, um sie innerhalb der Anstalt beschäftigen zu können«. Gastpar (1934, 569) war dagegen der Meinung, dass die Sonderschule nicht die Funktion einer »Verwahranstalt« für »Bildungsunfähige« übernehmen solle; bezüglich der »Hilfsschulkinder« vertrat er die Auffassung, dass etwa die Hälfte unter den »Begriff der Erbkrankheit« falle.

#### 1.3.4 Heilpädagogische Methoden

Heuler (1938, 440) äußerte sich zur »Erziehungsarbeit am Krüppelkind« und zur »Krüppelbildungsanstalt« und verwies zunächst darauf, dass das Krüppelheim keine scharfe Trennung von orthopädischer Krüppelheilstätte, schulischer und beruflicher Krüppelbildungsanstalt und Krüppelpflegeanstalt kenne. Er sprach sich für eine »prophylaktische« Erziehung aus, die zwar keine körperliche Züchtigung, aber auch kein falsches Mitleid zeigen sollte. Stattdessen plädierte er im Rahmen des Unterrichts und der Erziehung für eine »straffe Zucht«, durch die Mädchen und Jungen zur Selbstständigkeit und zur Entwicklung des Gemeinschaftsgefühls geführt werden sollen. Die aus dieser Auffassung resultierenden Ziele hatten jedoch Priorität vor der »Nützlichkeitsüberlegung«, also der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit. Er sah in dieser Art und Weise der Erziehung

einen Ersatz für den Arbeits- und Wehrdienst, den die Schüler sonst, wenn keine körperliche Schädigung vorhanden wäre, absolvieren würden. Diese Pädagogik stelle die Berechtigung für die Existenz der »Krüppelanstalten« dar, nämlich eine »harte Schule deutscher Jungmänner und Maiden zu sein, denen ein hartes Schicksal den anderen Dienst fürs Volk verwehrt«.

Diese Ansicht Heulers (1938), eines Direktors einer Berufslehranstalt für Krüppelhafte, war offensichtlich von der NS-Ideologie geprägt. Sie fand aber auch Unterstützung bei Pastor Behr, dem Direktor des Marienstifts in Arnstadt, das der Inneren Mission angehörte. Er argumentierte wie folgt: »In dem Augenblick, wo die nationalsozialistische Bewegung wagte, an die Menschen und gerade an die Jugendlichen Forderungen zu stellen und nicht mehr nur von Rechten, sondern von Pflichten redete, war diese ganze Erziehungsproblematik wie weggeblasen. Das ist das tiefe Geheimnis der militärischen Erziehung und ihre Bedeutung für das Volkstum, das unser Volk instinktiv spürte, wenn es sagte: Die Jungens müssen wieder beim Militär sein.« Bei der Erziehungsordnung müsse unerbittlich darauf gesehen werden, dass von allem Anfang an »von dem Verkrüppelten, auch von dem verkrüppelten Kinde, nach dem Maß seiner Kräfte und lieber über das Maß seiner Kräfte hinaus als unter dem Maß seiner Kräfte Dienste« verlangt werden. Er hielt es überdies für gefährlich »von einer Krüppelpsychologie zu reden und eine besondere Krüppelpädagogik zu schaffen« (Behr 1936, 22).

Der methodische Bereich der Körperbehindertenpädagogik wurde auf zwei verschiedenen Wegen umgesetzt. Der erste Zugang entsprach mehr den nationalsozialistischen Vorstellungen. Es galt das Unterrichtsprinzip der Mehrdarbietung, in welcher eine selbstständige Lernauslese stattfand. Diese Form der Darbietung und der Erarbeitung sollte vom Sinn der inneren »Werthaftigkeit« beeinflusst werden. Nach Tornow (1934, 172) muss die notwendige methodische Gestaltung »stets dem Sinngefüge des gesamten Bildungsgeschehens, also auch seiner inhaltlichen Ausrichtung entsprechen«.

Die zweite Vorgehensweise war zu großen Teilen durch reformpädagogische Gedanken beeinflusst, gegen die die NS-Pädagogik bekanntlich Vorbehalte hatte. Körber (1936) berichtete von methodischen Maßnahmen der Körperbehindertenschule in Essen. Dort wurde individuelle Betreuung statt Frontalunterricht und Leistungsdifferenzierung praktiziert. Daneben wurden unter anderem die Prinzipien »vom Nahen zum Entfernten« und »vom Bekannten zum Unbekannten« beachtet. Er berichtet auch von der »Kernschen Ganzheitsmethode«, die im Anfangsunterricht für den Schriftspracherwerb eingesetzt wurde. Mit Hilfe eines individuell zusammengeschnittenen Kartenlesebuches für jedes Kind, das mit Bildmaterialien aus Fibeln und illustrierten Zeitungen gestaltet war, sollte das Interesse des Kindes geweckt werden. Folglich wurde das Kind permanent zum Erlernen der nächsten Lesen- und Schreibenlernschritte motiviert. Zur Veranschaulichung im Lernprozess wurden weitere Medien eingesetzt. Viegner (1936,

139) fordert für die Krüppelheimschulen eine reichliche Versorgung mit Lehr- und Lernmitteln wie Kinoapparate, Epidiaskope, Bildtafeln, Modelle und Bildersammlungen, Zeitschriften und Bücher.

#### 1.4 Der Lehrer an den Sonderschulen für Krüppelkinder

Eschweiler (1928, 150), Rektor einer »Sonderschule für Krüppelkinder«, hatte sich in der Weimarer Republik noch wie folgt über den »Lehrer der Krüppelschule« geäußert: »Wie der Unterricht im einzelnen einzurichten ist, hängt wesentlich von der persönlichen Eigenart des Lehrers ab. Liebe zum Beruf und treue Pflichterfüllung sind die Grundlagen einer erfolgreichen Arbeit. Sie allein aber genügen nicht. (...) Neben besonderer Anpassungsfähigkeit an die Individualität des einzelnen Schülers und unterrichtlichem Geschick ist Vertrautheit mit der Eigenart des Krüppelkindes und der dadurch bedingten Einrichtung der Krüppelschule erforderlich. Rastlose Weiterbildung durch Benutzung einschlägiger Literatur, Besuch anderer Krüppelschulen und mündlichen Austausch der Erfahrungen in regelmäßigen Schulkonferenzen helfen das Ziel erreichen. (...) Unbedingt erforderlich ... ist die Kenntnis der seelischen Schwachzustände des Kindesalters (Psychopathologie) wie überhaupt der Sondereinrichtungen für Schwachsinnige (Hilfsschulen, Idiotenanstalten), damit er in der Lage ist, gesunde und schwachsinnige Kinder genau zu unterscheiden.« Der Lehrer müsse seine »ganze Kraft dem großen Werk der Nächstenliebe« widmen.

Im NS-Staat sollte nun die Erziehung im nationalsozialistischen Sinne erfolgen. Dazu musste die Lehrerschaft als Glied im pädagogischen Prozess überzeugt werden, denn nur ein aufgeschlossener Lehrer konnte die jungen Menschen zu »guten und richtigen« Nationalsozialisten erziehen. Die Lehrer sollten von der Annahme ausgehen, dass Erbkrankte wieder erbkrankte Nachkommen zeugen und dass somit die ganze pädagogische Arbeit nur als »halbe« Arbeit anzusehen sei. Die Umsetzung des Sterilisierungsgesetzes (GzVeN) sollte als Gewinn für das Volk betrachtet werden, »weil die Erbkranken ihr Leiden nicht mehr in das Volk weitergeben können« (Maeße 1935, 159). Bartsch (1934, 563 – Hervorhebung im Original) forderte von den Sonderschullehrern: »*Sichert als Amtswalter des nationalsozialistischen Staates durch Auslese und Ausmerze in eurer Schülerschaft das Gesamtschicksal unseres Volkes.*« Das Sonderschulwesen sollte dort regelrecht »bekehrt« werden, wo es durch »Individualismus« und »liberalistische Wissenschaftlichkeit« geprägt war. Diese Bekehrung konnte zum größten Teil nur durch Lehrpersonen erfolgen, die vorher mit der politisch-nationalsozialistischen Ideologie indoktriniert worden sind.

Die Vermittlung der künftigen Zielsetzungen innerhalb der Sonderpädagogik erfolgte aber nicht in Universitätsinstituten, sondern im engen Beisammensein des »Lagers und an den Arbeitsstätten in Schulen und Anstalten«. Dort sollte die Flamme der Lehrbegeisterung weiter geschürt werden. Das theoretisch-wissen-

schaftliche und problematische Fachwissen wurde durch die völkische Fachschaftsarbeit ersetzt. Das erste Schulungslager für Lehrer fand bereits im Oktober 1934 statt und wurde von der Fachschaft V, Sonderschulen im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), veranstaltet. In diesen Schulungen sollte u.a. auch über die praktische Eingliederung der Schülerschaft und der deutschen Jugend in die Lebensformen des Dritten Reiches entschieden werden. Im Vordergrund stand also nicht eine Erörterung zu Theorien der Heilpädagogik, zur Erbgesundheit, zu den Jugendbünden und zum Arbeitsdienst, sondern das praktische Handeln (Bartsch 1934, 561).

Die bisherigen Ausbildungsstätten an Hochschulen und Universitäten schienen trotz der politischen Gleichschaltung noch den liberalistischen Gedanken der Vergangenheit verfallen zu sein, weshalb die Umerziehung der Lehrerschaft außerhalb erfolgen musste. Bartsch (1934, 565 – Hervorhebungen im Original) führt weitere Argumente an: »Nicht die schon bestehende, rückschauende, oft festgefrorene, leicht eingestaubte oder gar eingesargte Sachlichkeit und Fachlichkeit unserer bisherigen Arbeit ist das Entscheidende, sondern allein zwingend ist die Sicht, auf welchem Wege die Kameraden gleicher Arbeit aus nationalsozialistischem Lebenssinne heraus ihre tägliche Berufsarbeit gestalten und weiterentwickeln. Wenn wir uns also im Lager und in der Kolonne zusammenfinden, nicht aber in Universitäten und ähnlichen Instituten, dann suchen wir das Eine: *Wir wollen im Kreise engster Berufskameraden täglich und stündlich die Bestätigung dessen erhalten, was als festgefügtter sieghafter Glaube in uns lebt, nämlich Bekenntnis zum Führer und seinem Wollen in unserer Berufsarbeit und aus unserer Berufsarbeit heraus.*«

Tornow (1934) hatte schon zu Beginn der NS-Herrschaft den Sonderschullehrern die Erwartungen des neuen Staates vermittelt. Weinert (1934) befasste sich mit der Frage: Welche Aufgaben stellt das Sterilisierungsgesetz der Sonderschule?, und plädierte für eine konsequente Umsetzung seiner Ziele. Neben der engen Zusammenarbeit mit dem Arzt der Schule, waren vom Lehrer Familienanamnesen zu beurteilen und Gutachten über Schüler für die Erbgesundheitsgerichte zu erstellen. Bei Elternabenden sollte das Verständnis der Eltern für rasenhygienische Ziele und Maßnahmen geweckt werden. Nach Gastpar (1934, 568–569) durfte die Sonderschule auch »keine Bewahranstalt für Bildungsunfähige« sein.

Heuler (1938, 441) zeigte als Direktor einer Berufslehranstalt für Krüppelhafte die »Erziehungsarbeit am Krüppelkind« auf. Die Hausordnung und der Lebensstil einer »Krüppelbildungsanstalt« sollten von folgenden Grundsätzen ausgehen: a) höchstmögliche Selbstständigkeit der Zöglinge, b) möglichst ausgedehnte Allgemeinbildung, c) weltoffene, lebensnahe Einstellung, d) innere und äußere Zucht und Sauberkeit, wobei er hier auf »militärische Zucht und Ordnung« verweist. Der »Krüppelerzieher« müsse mit der »Natur der körperlichen Behinderungen und mit den inneren Hemmungen« vertraut sein. Auch Büsching (1939, 27)

geht speziell auf die »Beschulung körperbehinderter Kinder« ein. Er begrüßte es, dass der »berechtigte Wunsch aller Krüppel-Pädagogen nach einer klaren gesetzlichen Regelung der Schulpflicht für körperbehinderte Kinder« mit dem Reichsschulpflichtgesetz von 1938 in Erfüllung ging.

Nach der Meinung des damaligen geistlichen Direktors des katholischen Josefsheims in Bigge, J. Viegner (siehe auch 3.3.1), sollte der Pädagoge zusätzlich die Rolle eines »Ersatzvaters« für die Heimschüler einnehmen. Es wurde erwartet, dass er auf persönliche Freizeit verzichtet, damit er am Gemeinschaftsleben der Mädchen und Jungen aktiv teilnehmen konnte. Viegner (1936, 130, 134) berichtete, wie sich die Lehrerkollegien der »Krüppelheimschulen« zusammensetzten: »1. Personen aus den Schwesternschaften, 2. nebenamtliche Lehrkräfte, 3. vom Staat oder örtlichen Schulverbänden angestellte Lehrer und Lehrerinnen (Aachen, München), 4. kranke, pensionierte oder aus anderen Gründen aus dem Staatsdienst ausgeschiedene Lehrer und Lehrerinnen, 5. Junglehrer und Lehrerinnen.« Er kritisierte diese Situation und forderte die Anerkennung der Lehrkräfte an Krüppelheimschulen als Staatsbedienstete mit gleichen Rechten, Pflichten und der gleichen Besoldung wie die der Volksschullehrer, um so auch dem Kollegium eine berufliche Homogenität zu geben. Damit könne der »Unruhe und dem Wechsel« in den Schulen der Krüppelheime entgegengewirkt werden.

## **2. Zwanzig Jahre Preußisches Krüppelfürsorgegesetz: 1920 bis 1940**

Die eingangs angesprochene strukturelle und personelle Kontinuität zeigte sich auch in den gesetzlichen Regelungen zur staatlichen Fürsorge. Am 6. Mai 1940 jährte sich zum zwanzigsten Male der Tag, an dem das Preußische Gesetz betr. die öffentliche Krüppelfürsorge verabschiedet wurde (siehe Kap. V, 2.4). Es brachte zwar nicht die ersten Regelungen der staatlichen Fürsorge für Körperbehinderte, galt aber als umfassende und gut organisierte Krüppelhilfe, wie sie von den Vertretern der Orthopädie und der Krüppelheime gefordert und in der Weimarer Republik mit dem Gesetz erreicht worden war. Die gesetzliche Grundlage für die Krüppelfürsorge wurde dann durch die Verordnung über die Fürsorgepflicht und die dazu ergangenen Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge von 1924 reichseinheitlich geregelt. Sie gingen insofern über das Preußische Gesetz hinaus, als nun alle körperbehinderten Minderjährigen, also die unter 21-Jährigen, und nicht mehr nur die Gebrechlichen unter 18 Jahren Anspruch auf eine Erwerbsbefähigung hatten, die in den Krüppelheimen vermittelt werden sollte.

### *2.1 Eine kritische Würdigung durch P.J. Briefs*

Von P. J. Briefs (1940), dem damaligen geistlichen Leiter des katholischen Antoniusheims in Hochheim am Main, liegt eine eingehende Würdigung der beiden



Jahrzehnte der Krüppelfürsorge zwischen 1920 und 1940 vor. Sie gibt auch Einblick in seine Positionen zur politischen Entwicklung und zum Problem des Umgangs mit den »Siechen«. Briefs ablehnende Haltung gegenüber der NS-Ideologie wurde bereits aufgezeigt (siehe Kap. IV.4.2). Aufschlussreich ist, wie er sich im ersten Jahr des Zweiten Weltkriegs zur Entwicklung äußerte.

»Das Moment, das die öffentliche Gebrechlichenfürsorge innerhalb des zweiten Jahrzehnts ihres Bestehens auf das stärkste beeindruckte, war der epochale und in seiner ganzen Auswirkung nicht zu überschätzende macht- und kulturpolitische Umbruch des Jahres 1933. Zwar blieb dabei die formalrechtliche Grundlage der öffentlichen Krüppelfürsorge im Reich unberührt. Ein eigenes »Reichsgesetz zur Bekämpfung des Krüppeltums« wurde zwar beraten und verfaßt, aber bis heute nicht in Kraft gesetzt. Rechtliche Grundlage für die Ausübung der öffentlichen Krüppelfürsorge im Reich sind nach wie vor die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13.II.1924 und die Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4.XII.1924.« (39–40) Briefs sprach damit die rechtliche Kontinuität zwischen Weimarer Republik und »völkischem Staat« der Nazi-Zeit an und fährt fort: »Ging so äußerlich die öffentliche Gebrechlichenfürsorge in Deutschland ruhig ihren Weg, so zeitigte der umfassende kulturpolitische Umbruch des Jahres 1933 doch bald Wirkungen. (...) Zu erwähnen sind natürlich in diesem Zusammenhange die gesetzlichen Bestimmungen über die Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.VII.1933. (...) Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten auch für Personen, die an »schwerer, erblicher, körperlicher Mißbildung leiden«. Weil es sich jedoch bei den Krüppelleiden in 80% der Fälle um nichterbliche Leiden, sondern um solche handelt, die erst im Laufe des Lebens erworben werden, so sind es verhältnismäßig nur wenige und verhältnismäßig seltene Krüppelleiden, die als Erbkrankheiten im Sinne des Gesetzes ... bezeichnet werden können. Aus diesem Grund fand eine stärkere Beeinflussung der öffentlichen Krüppelfürsorge durch die Bestimmungen des genannten Gesetzes nicht statt.« (Briefs 1940, 40–41)

Der epochale, macht- und kulturpolitische Umbruch von 1933, den Briefs erwähnte, war folgenreich, da er die Errichtung der Nazi-Diktatur einleitete. Hitler hatte überdies im Oktober 1939 seine »Euthanasie-Ermächtigung« an Reichsleiter Bouhler und seinen Leibarzt Brandt gegeben (Klee 1985, 100), die auch zur »Kinder-Euthanasie« führte und die Heime und Anstalten für Behinderte erfasste. Einen Bezug dazu oder einen Protest findet man in diesem Zusammenhang bei Briefs aber nicht. Von katholischer Seite kam dieser öffentlich erst im August 1941 mit der Predigt des Münsteraner Bischofs Graf von Galen und dessen Strafanzeige wegen der Krankenmorde. Briefs Äußerungen zum »völkischen Staat« sind zwar der herrschenden »Sprachregelung« angepasst, aber im Gegensatz zu Äußerungen anderer Repräsentanten der konfessionellen Krüppelfürsorge – wie etwa die des evangelischen Pastors Behr (1936) – zurückhaltend, sachbezogen und keineswegs euphorisch.

Sein Interesse galt dagegen einem ihm am Herzen liegenden »Teilgebiet der Körperbehindertenfürsorge«, nämlich der berufspädagogischen Arbeit in der »Ertüchtigung der Gebrechlichen«. Hierzu hatte der NS-Staat neue gesetzliche Regelungen erlassen, die sich auf die Pflicht selbstständiger Handwerker zur Organisation in ihrer Innung und in strengeren Befähigungsnachweisen (Handwerkskarte, Meisterbrief) niederschlugen. Briefs (1940, 42) stellt dazu fest: »Die Gebrechlichen und die Körperbehindertenfürsorge haben den Beweis geliefert, daß auch sie den neuen Anforderungen eines hochstrebenden Handwerks gewachsen sind.« Er belegte dies mit den Gesellenprüfungen, die männliche und weibliche Jugendliche vor den zuständigen Handwerkskammern erfolgreich ablegten, und mit der wachsenden Zahl von Meisterprüfungen Körperbehinderter im Handwerk.

## 2.2 Die Beschulung der »siechen Gebrechlichen«

Einen kritischen Ansatz kann man dann erkennen, wenn Briefs (1940, 45–49) auf die »siechen Gebrechlichen« eingeht. Er nimmt zunächst zur Bedeutung der »schulischen Betreuung der körperbehinderten Kinder« im zweiten Jahrzehnt öffentlicher Gebrechlichenfürsorge, also zwischen 1930 und 1940, Stellung und geht auf das Reichsschulpflichtgesetz ein: »Der § 6 dieses Gesetzes spricht klar die Schulpflicht für alle körperbehinderten Kinder aus, die bis dahin formalrechtlich nicht bestanden hatte. ... Bezgl. der Durchführung der im § 6 ausgesprochenen Schulpflicht bestimmt der § 7 des Gesetzes, daß für die körperbehinderten Kinder die Unterbringung in Anstalten und Heimen oder in geeigneter Familienpflege angeordnet werden kann ... (die) Entscheidung ist der Schulaufsichtsbehörde überlassen.« (45) Zum § 11, der »Bildungsunfähige« von der Schulpflicht »befreit«, was faktisch eine Verweigerung von Erziehung und Unterricht bedeutete, äußert sich Briefs nicht.

Indirekt kam Briefs dann aber auf diesen Personenkreis, indem er nun das Preußische Krüppelfürsorgegesetz doch kritisierte: »Es hatte ausdrücklich die Erwerbsbefähigung als das eigentliche Ziel der gesamten Fürsorge am Gebrechlichen bezeichnet. Die Wirkung dieser Auffassung ist zuletzt das Ausscheiden aller derjenigen Körperbehinderten aus der Fürsorge, die nicht erwerbsfähig werden können. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Staat die Reichweite und den Umfang seines Gesetzes in diesem Sinne beschränken kann. Auch unter diesen Umständen ist und bleibt die Krüppelfürsorge für eine große Gruppe hilfsbedürftiger Menschen eine Wohltat und verdient die vorbehaltlose Anerkennung aller Volksgenossen. Es steht auch fest, daß für die Körperbehinderten die Pflicht des Einsatzes ihrer Arbeitskraft – und wäre diese noch so gering – im Dienste des Volkes besteht. Zumal in heroischen Zeiten, wo an die Volksgenossen heldische Anforderungen gestellt und von ihnen geleistet werden müssen, besteht die Pflicht des heroischen Arbeitseinsatzes auch für die Gebrechlichen.« (46–47)

Hier erweist Briefs der Tatsache Referenz, dass während des Krieges die »Wehrkraft« auch an der »Heimatfront« gestärkt werden musste.

Nun macht Briefs eine inhaltliche Wendung: »Aber schon am Ende des ersten Jahrzehnts öffentlicher Krüppelfürsorge mußte festgestellt werden, dass dieser Grundsatz im Verfolg des damals herrschenden Materialismus doch in manchen Fällen zu einer Vernachlässigung des Geistigen und Seelischen im Körperbehinderten und damit zu seiner Minderbewertung als Mensch geführt hatte. Man erinnert sich in den Kreisen der Fürsorger noch der so verletzenden Einteilung der Gebrechlichen in Vollwertige, Teilwertige und Unwertige, einer Gruppierung, die nur die dem Körperbehinderten noch verbliebene Arbeitskraft sah. Die letzten Jahre bringen stellenweise eine ähnliche Auffassung.« Damit konnten nur die Verantwortlichen des NS-Staates gemeint sein, die er damit kritisierte: »Für manche Volksgenossen ist der Gebrechliche nur die so oder so zu bewertende körperliche Arbeitskraft, die im Ganzen der Volkswirtschaft hier und dort am nutzbringendsten einzusetzen ist.« (Briefs 1940, 47)

### 2.3 *Die »Werthaftigkeit« der Gebrechlichen*

Für Briefs (1940, 47–48) ist der Gebrechliche ein mit Geist und Seele ausgestatteter Volksgenosse, »der um seine Anerkennung als vollwertiger Mensch ... ringt und entschlossen ist, seine Werthaftigkeit unter Beweis zu stellen durch seine berufliche Leistung« (47). Aber er wendet sich dagegen, dass die »Siechen, die zu einer Arbeitsleistung nicht mehr fähig sind, oder dazu befähigt werden können, aus der staatlichen Krüppelfürsorge ausscheiden (sollen). Gerade in den letzten Jahren wurde dieser Grundsatz betont.« (48) Er formulierte damit wiederum einen Vorwurf an den NS-Staat, aber blieb auch hier übervorsichtig, wenn er schrieb: »Eine angemessene – aber verbilligte Fürsorge soll den Siechen selbstverständlich zuteil werden. Das hat durchaus seine Berechtigung, weil es sich bei den siechen Gebrechlichen meist um die Volksgenossen handelt, die erbgesund sind und ohne eigenes Verschulden ihr Siechtum übernehmen mußten. Ein starkes Volk kann nicht an diesen leidenden Volksgenossen vorbeisehen und sie vernachlässigen, schon wegen der geistigen und seelischen Werte, die in diesen leistungsunfähigen Menschen verkörpert sind.« (48)

Man mag es bedauern, dass Briefs sich so überaus vorsichtig äußert und seine Überlegungen auf die »Erbgesunden« beschränkt. Deutlich wird aber mehrfach, dass er im Körperbehinderten »den Menschen mit Leib, Seele und Geist« sieht, der in der Schule zu einer »sittlich-religiösen Persönlichkeit« erzogen werden soll. Die Trennung zwischen »produktiven« Körperbehinderten und »siechen Krüppeln« lehnt er insofern ab, als er für Letztere die Krüppelfürsorge offen halten und damit ihr Lebensrecht sichern wollte.

Auch an anderer Stelle hatte Briefs (1938, 62) seine Auffassungen von »Ziel und Aufgabe der katholischen Gebrechlichenpädagogik« dargelegt: »Auch der

schwerstgehemmte Krüppel hat die Möglichkeit einer erfolgreichen Willensübung und einer starken Willensbetätigung. (...) Die katholische Auffassung des Krüppelproblems kennt also keinen Unterschied zwischen erziehbaren und unerziehbaren Körperbehinderten, ebenso wenig wie sie die Unterscheidung zwischen wirtschaftlich hoch- und tiefwertigen Gebrechlichen gelten lassen kann.« Allerdings kommt dann eine massive Einschränkung: »Dabei macht sie natürlich die Voraussetzung, daß unter dem Begriff Krüppeltum eben nur die körperliche Gebrechlichkeit, nicht etwa auch der Schwachsinn und geistige Erkrankung verstanden wird.« So wurde dann in der Behindertenpädagogik die Ausgrenzung der »Mehrfach- und Schwerstbehinderten« als »Bildungsunfähige« möglich, sofern bei ihnen »Schwachsinn« – im heutigen Verständnis »geistige Behinderung« – diagnostiziert wurde. Erst in den Siebzigerjahren wurde ihnen schulische Bildung zugestanden.

### 3. Personelle und strukturelle Kontinuitäten in der Nachkriegszeit

Wie in der allgemeinen Pädagogik und in den verschiedenen Fachrichtungen der Sonderpädagogik sind auch in der Körperbehindertenpädagogik der Nachkriegszeit organisatorische, inhaltliche und personelle Kontinuitäten zur Nazi-Zeit erkennbar.

#### 3.1 *Kriegsende, Besetzung und Entnazifizierung*

Der Zweite Weltkrieg endete für Deutschland mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 7. und 8. Mai 1945. Die Sieger- und Besatzungsmächte USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich übernahmen die Regierungsgewalt im Deutschen Reich, womit auch die Herrschaft der Nationalsozialisten zu Ende ging. Nach dem Sieg über die Deutsche Wehrmacht und der Besetzung des ganzen Reichsgebiets trafen sich die Vertreter der drei Großmächte im Juli und August 1945 zur Konferenz von Potsdam.

Auf der Konferenz in Jalta auf der Krim im Februar hatten sich F.D. Roosevelt, J. Stalin und W. Churchill bereits auf die Grundzüge ihrer Politik gegenüber Deutschland geeinigt: Entwaffnung, Entnazifizierung, Einteilung in Besatzungszonen mit alliierter Kontrollrat, Reparationen, territoriale Entschädigung Polens durch deutsche Ostgebiete. Im Potsdamer Abkommen legten sie ihre gemeinsame Politik in Europa fest und bestimmten im Einzelnen über die Besetzung und Kontrolle des besiegten Deutschlands, das in vier Besatzungszonen aufgeteilt und von Militärregierungen verwaltet wurde. Die Gebiete östlich von Oder und Neiße wurden der Sowjetunion und Polen zur vorläufigen Verwaltung unterstellt. Die einheitliche Durchführung des Abkommens wurde dem Alliierten Kontrollrat als zentralem Organ übertragen, in welches auch Frankreich berufen wurde und das seinen Sitz in Berlin hatte.

In seiner Direktive Nr. 54 von 1947 bestimmte der Kontrollrat »Grundprinzipien für die Demokratisierung des Bildungswesens in Deutschland«; darin heißt es u.a.: »4. Alle Schulen für den Zeitraum der Pflichtschulzeit sollten ein zusammenhängendes Bildungssystem (comprehensive educational system) darstellen. (...) 5. Alle Schulen sollten Nachdruck legen auf die Erziehung zu staatsbürgerlicher Verantwortung und demokratischem Lebensstil (democratic way of life) vermittelt des Lehrplans, der Lehrbücher und Lehrmittel und der Organisation der Schule selbst.« (Zit. n. Michael/Schepp 1974, 234) Die Bestrebungen zur äußeren Schulreform stießen auf den Widerstand der deutschen Verantwortlichen für das Schulwesen. Man beharrte auf der gegliederten Schulstruktur mit Volksschulen, Realschulen, Gymnasien, Berufsschulen und Sonderschulen, so dass die Überführung in eine Einheitsschule im Sinne eines differenzierten und für alle Kinder gemeinsamen Schulsystems scheiterte, worin man durchaus eine verpasste Chance für den Beginn einer Integration Behinderter in ein neu geordnetes Schulwesen sehen kann.

War man sich unter den Alliierten noch über das Ziel einig, das deutsche Volk zur Friedensbereitschaft zu erziehen, so zeigten sich schon im Demokratieverständnis Unterschiede. Bald trat der Gegensatz zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion offen zu Tage. Es kam zur Vertreibung der in den Ostgebieten und in den östlichen Nachbarstaaten ansässigen deutschen Bevölkerung und schließlich zur Spaltung Deutschlands. Aus den West-Zonen entstand 1949 die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und aus der sowjetischen Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik (DDR).

Der Alliierte Kontrollrat hatte auch Direktiven zur »Entnazifizierung« erlassen; sie richteten sich gegen ehemalige NSDAP-Mitglieder, »Militaristen« und Kriegsverbrecher, die bestraft und möglichst aus allen staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Stellungen entfernt werden sollten. Allerdings wurde die Entnazifizierung von den Besatzungsmächten unterschiedlich gehandhabt. In Verfahren vor Spruchkammern und Berufungskammern wurde in fünf Kategorien eingestuft, nämlich in I. Hauptbeschuldigte, II. Belastete, III. Minderbelastete, IV. Mitläufer und V. Entlastete. Es wurden dann je nach Schwere der Schuld Sühnemaßnahmen verhängt, die auch ein Berufsverbot und bei Beamten eine Entfernung aus dem öffentlichen Dienst beinhalten konnten. Da gerade auch Lehrer in großer Zahl der NSDAP angehört und engagiert deren Politik vertreten hatten, wurden viele aus dem Schuldienst entfernt. So erklären sich der Lehrermangel und die ungünstigen Lehrer-Schüler-Relationen der Nachkriegsjahre, die vor allem an den Volks- und Sonderschulen häufig anzutreffen waren. Schichtunterricht oder nicht mehr als zwei Stunden Unterricht am Tag kennzeichneten die Situation.

Materielle, organisatorische und personelle Probleme behinderten einen Neuanfang im Schulwesen. Es dauerte noch Jahre, bis neue Konzepte zum sozialen Lernen und zu demokratischem Verhalten entwickelt und umgesetzt wurden.

### 3.2 *Niedergang und »Weitermachen« in der Heilpädagogik*

Die Mehrzahl der Deutschen erlebte das Ende des Zweiten Weltkriegs wohl primär als militärische Niederlage, die viele längst erwartet hatten, denn als eine Befreiung von der Nazi-Diktatur. Offenen Widerstand gegen das Regime gab es selten, weil er zur Gefährdung des eigenen Lebens werden konnte, wie zuletzt das Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 und der brutale Umgang mit den Beteiligten zeigte. Wer eigene Opfer zu beklagen hatte, erkannte zwar die Hohlheit vom »Dank des Vaterlandes« für die im Krieg gefallenen Söhne, Ehegatten und Väter, war aber zunächst mit dem eigenen Leid beschäftigt. Das Kriegsende bedeutete auch nicht die »Erlösung« von Angst und Gefahr, da die militärische Besetzung und die Aufnahme der Vertriebenen neue Notlagen brachten. So ist auch die Diskussion erst spät entbrannt, inwieweit der 8. Mai 1945 eine Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur war. Erst die Ansprache des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der selbst Offizier der Deutschen Wehrmacht war, zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag brachte diese Betrachtung ins Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit; er sagte u.a.: »Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wach zu halten. Wir wollen ihnen helfen, sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne Einseitigkeit einzulassen, ohne Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit.« (Zit. in Josefs-Gesellschaft 2001, 6)

Auch in der Historiographie der Sonderpädagogik wurde die Frage erörtert, ob es eine »Stunde null« gegeben habe. Bleidick (1998) zeigt anhand der Geschichte des »Verbandes Deutscher Hilfsschulen« (VHD), wie dieser Verband auf die Bildungspolitik von 1948 bis 1998 einwirkte. Der VHD war 1949 gegründet worden, nannte sich 1955 in »Verband Deutscher Sonderschulen« (VDS) um und stand in der Tradition des 1933 aufgelösten »Verbandes der Hilfsschulen Deutschlands« (VdHD). Die Auseinandersetzung mit der Weimarer Tradition und dem nationalsozialistischen Erbe wird anhand von Berichten und Beiträgen in der Fachzeitschrift des Verbandes behandelt. Der VDS legte eine Schrift zu 100 Jahren Verbandsgeschichte unter dem Titel »Erfolg, Niedergang, Neuanfang« (Möckel 1998) vor. Die Nazi-Zeit wurde als Niedergang der Heilpädagogik nach den vorangegangenen Erfolgen beim Aufbau des Hilfsschulwesens begriffen; zu einem Neuanfang kam es dann aber erst in den Sechzigerjahren.

Im ersten Heft der »Heilpädagogischen Blätter« vom Dezember 1949, die ab 1951 als »Zeitschrift für Heilpädagogik« vom VHD bzw. VDS herausgegeben wurde und noch wird, heißt es: »Zeiten des Übergangs und des Neuwerdens legen die Verpflichtung nahe, die Fundamente nachzuprüfen, auf denen man bisher baute. Wenn die Hilfsschulpädagogik heute daran geht, sich auf ihre ureigenste Aufgabe zu besinnen, so kann sie nicht vorübergehen an dem, was war. Die deut-

sche Hilfsschulpädagogik hat eine gute Tradition gehabt bis 1932. Sie hatte als tragendes Fundament eine echte heilpädagogische Gesinnung und edelmenschliche Verpflichtung aus dem Wertereich des Religiösen, Karitativen, Humanen und Sozialen erkannt.« (Zit. n. Bleidick 1998, 97)

Nach Bleidick (1998, 97) fand eine belegbare Überprüfung der »Fundamente« aber keineswegs statt; er sieht vielmehr »Proklamationen«, die »sich im rhetorischen Gestus des christlichen Abendlandes, der philosophischen Anthropologie und der geisteswissenschaftlichen Pädagogik bewegen«. Immerhin impliziere die Berufung auf die »gute Tradition« bis 1932 eine Distanzierung von der nachfolgenden Zeit des Nationalsozialismus. Er konstatiert aber: »Wenn dies einerseits zugestanden wird, dann ist jedoch offenkundig, dass eine bewusste Stellungnahme zu den Verbrechen der Nazis unterblieb. Es gibt bis 1989 – dem Auftreten des australischen »Bioethikers« Singer und dem Öffentlichwerden der neuen Euthanasie – keine offizielle Verlautbarung des Verbandes, mit der er sich zum unumschränkten Lebensrecht behinderter Menschen bekannt hätte. (...) Weder die Eugenik noch die Euthanasie gehören zum Sprachschatz der Behindertenpädagogik in der Nachkriegszeit.«

In der personellen Kontinuität sieht Bleidick (1998, 98) ein mitentscheidendes Motiv für die Verdrängung der Nazizeit, was nicht zuletzt an der Person von Gustav Lesemann deutlich wird, der von 1959 bis zu seinem Tode 1973 Ehrenvorsitzender des VDS war. Nachdem Lesemanns Verstrickung in den Nationalsozialismus durch quellengeschichtliche Studien nachgewiesen war, wurde ihm 1995 der Ehrenvorsitz postum aberkannt. Im Entnazifizierungsverfahren wurde Lesemann 1947 zunächst in Kategorie III eingestuft und seines Amtes enthoben; er legte Berufung ein, und wurde in Kategorie IV »ohne Auflagen und Beschränkungen« eingestuft, weshalb er nun als »Mitläufer« galt, der erneut ein öffentliches Amt bekleiden konnte. Aus Gesundheitsgründen stellte er 1949 einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand, dem entsprochen wurde. Lesemann war demnach nach Kriegsende nicht mehr im öffentlichen Dienst tätig. Trotzdem entfaltete er seine Aktivitäten im neu gegründeten Hilfsschulverband und war Schriftleiter der Zeitschrift für Heilpädagogik von 1949 bis 1967 (Ellger-Rüttgardt 1998, 79–84).

### 3.2.1 Verdrängung der Nazi-Verbrechen

Die unvorstellbaren Zerstörungen des Krieges führten zu einem Zusammenbruch des Verkehrswesens und des Wirtschaftslebens. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Kleidung und Wohnraum sowie die Sicherung des Gesundheitswesens wurden immer schwieriger, sodass es zunächst um das Überleben ging. Wie das allgemeine Schulwesen war auch das Sonderschulwesen von kriegsbedingten Zerstörungen und einem Mangel an qualifiziertem Fachpersonal beeinträchtigt. Möckel (2001, 181) äußert sich zur allgemeinen Lage wie folgt: »Die Anfänge nach 1945, auch die des Schulwesens einschließlich der Hilfs-

schule, waren von materieller Not geprägt. (...) Trümmer mussten beseitigt, halbzerrstörte Wohnungen bewohnbar gemacht, Verwaltungsräume und Schulräume beschafft und beheizt, Kinder von der Straße weggebracht und zum Schulbesuch angehalten werden.«

Eine Auseinandersetzung mit der Ideologie der NSDAP und dem grausamen Umgang mit dem so genannten »lebensunwerten Leben« kam so zunächst nicht zu Stande. Dies mag auch mit der Entnazifizierung in Zusammenhang gestanden haben; Möckel (2001, 182) berichtet dazu: »In der amerikanischen Besatzungszone musste sich jeder Deutsche vor einer Spruchkammer rechtfertigen. Wer während der Zeit des Nationalsozialismus Rektor oder Direktor und Parteimitglied gewesen war, brauchte, um wieder im Schuldienst tätig sein zu können, eine Entlastung. Viele von denen, die zwar betroffen waren, nach dem Spruchkammerbescheid jedoch offiziell als »minder belastet« oder »nicht betroffen« galten, stürzten sich wieder wie alle anderen in die Arbeit.« Verharmlosungen, Beschönigungen und eine jahrelange Tabuisierung des Verhaltens von Sonderpädagogen während des »Dritten Reichs« führten später zu einer vielfach pauschalen Anprangerung und Verurteilung der gesamten Berufsgruppe (Ellger-Rüttgardt 1998, 88).

Von der Bevölkerung und auch von der Lehrerschaft wurde die Wahrheit über die Verbrechen der Nazi-Herrschaft und deren Art und Ausmaß erst zur Kenntnis genommen, nachdem das Internationale Militärtribunal in Nürnberg die Führungselite des »Dritten Reiches« angeklagt und zu einem großen Teil auch verurteilt hatte. Die wieder entstandene freie Presse berichtete ausführlich, sodass die Öffentlichkeit nicht mehr uninformatiert war. Viele Menschen zeigten nun Gefühle der Scham und erkannten ihre moralische Schuld oder wenigstens ihre Mitschuld.

Möckel (2001, 182) kommt zu dem Schluss: »Obgleich die Erschütterung der Heimkehrer und der Überlebenden der Bombenangriffe groß war, fand eine öffentliche, tiefer gehende, kritische und selbstkritische Besinnung auf Grundlagen der Erziehung und die Ziele der Schulpolitik ... nicht statt. Die Schulpolitik knüpfte daher wie selbstverständlich an den Verhältnissen vor 1933 an, – auch in der Heilerziehung.« Eindeutige Stellungnahmen zu den Verbrechen der Nazis unterblieben. Ellger-Rüttgardt (1998, 87) stellt dazu fest: »Die Mehrheit der historischen Arbeiten in der Sonderpädagogik bis weit in die siebziger Jahre zeichnete sich dadurch aus, dass die Rolle von Verband und Hilfsschullehrerschaft weitgehend unkritisch-apolgetisch dargestellt wird. ...« Auch das Ausmaß der Untaten an Menschen mit Behinderungen und die Verstrickung der Sonderpädagogik in Eugenik und Euthanasie wurden bis dahin nicht offen thematisiert.

### **3.2.2 Kontinuität in der Lehrerbildung und im Schulrecht**

Speck (1988, 52–54) äußerte sich kritisch zu der Möglichkeit eines Neuanfangs in der Heilpädagogik. Zum einen hätte ein solcher mit Lehrern und Hochschullehrern geschehen müssen, die schon während der NS-Zeit an Sonderschulen



und in der Lehrerausbildung tätig waren. Zum anderen verweist Speck auch auf die Nähe zwischen NS-Ideologie und heilpädagogischen Theorien, die schon vor 1933 entwickelt wurden. Er schreibt dazu: »In meiner eigenen Hilfsschullehrerausbildung 1951 waren Dozenten tätig, die bereits in den beiden Heilpädagogischen Ausbildungslehrgängen tätig waren, die während der Nazizeit, also unter dem Diktat des ›Dritten Reiches‹ stattfanden. Als Studienmaterial erhielten wird u.a. das Referat eines Dozenten, das als Artikel in einer Lehrerzeitschrift 1943 erschienen war, wobei lediglich die Passagen eliminiert waren, die sich auf das Vokabular des ›Dritten Reiches‹ bezogen. Wir erhielten weiterhin ›Richtlinien für Erziehung und Unterricht in der Hilfsschule‹ ausgehändigt, die 1942, also von einem Kultusministerium der Nazizeit erlassen worden waren.« (Speck 1988, 52) Die Hilfsschule sei zwischen 1933 und 1945 offensichtlich eine Art »Reservat« gewesen, die ihre Tradition fortsetzen konnte ohne in einen totalen Gegensatz zur NS-Ideologie zu geraten. Dafür spreche das Vokabular, das von namhaften Vertretern der Heilpädagogik schon vor 1933 verwendet wurde, wie minderwertiges Schülermaterial, Geisteskrüppel, Denk- und Moralkrüppel, Volksschädlingbekämpfung, belastender Bodensatz. Schon 1913 habe einer der namhaften Heilpädagogen festgestellt, dass es unrichtig sei, das »unheilbar minderwertige Massenmaterial«, also die Hilfsschüler, »wieder dem öffentlichen Leben« zurückzugeben. Diese Legitimationsargumente seien nach 1945 mit aller Selbstverständlichkeit seitens des Hilfsschulverbandes wiederholt worden. Speck erwähnt auch das »Entlastungsmoment«: die Hilfsschule zu fördern bedeute, die Volksschule zu entlasten. Es sei bis in die 60er- und 70er-Jahre hinein jenseits aller Verbindung zur Nazi-Vergangenheit immer wieder vertreten worden.

Bedeutsam ist auch Specks (1988, 53) Verweis auf die »Konsistenz der Normen vor 1933 und nach 1945« bezüglich der Begriffe »Bildungsunfähigkeit« und »Schulbefreiung«: »Durchgehend wurde die Hilfsschule als Leistungsschule vertreten, die eine Einbeziehung der ›Schwachsinnigen‹ oder ›Idioten‹ nicht duldete. Der entsprechende Paragraph aus dem Reichsschulpflichtgesetz von 1938 wurde nach dem Krieg gleichlautend in die Gesetze der Länder übernommen. Auch in der DDR wurden die ›bildungsunfähigen Schwachsinnigen‹ aus den Hilfsschulen ferngehalten und den Anstalten zur Pflege überlassen.« Entsprechendes gilt auch für die »siechen Krüppel«, die nicht in Schulen für Körperbehinderte aufgenommen wurden, und in der BRD erst seit den 70er-Jahren als »Mehrfach- und Schwerstbehinderte« eine schulische Förderung erfahren.

### 3.3 *Verstrickungen in den Nationalsozialismus*

Die Pädagogik der Körperbehinderten und Kranken war bis in die Nachkriegszeit stark eingebunden in kirchlich getragene Einrichtungen einerseits und in die Krankenversorgung andererseits. Sie waren aus den konfessionellen und

überkonfessionellen Einrichtungen der Krüppelfürsorge hervorgegangen (siehe Kap. V).

Die für die »Krüppelfürsorge« einflussreiche »Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e.V.«, die 1909 als »Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge« gegründet wurde, legte zum 90-jährigen Bestehen eine Schrift vor, in der Pastor Rudolf Lotze über die gesamte Entwicklung und Klaus-Peter Becker »Zur Geschichte der Gesellschaft für Rehabilitation der Deutschen Demokratischen Republik« berichteten. Lotze erwähnt »kontroverse Diskussionen« innerhalb der Vereinigung bezüglich der nationalsozialistischen Ideologie und stellt fest: »Manche konnten sich der Nützlichkeitsorientierung des Menschenbildes (nützlich für die ›Volksgemeinschaft‹) nicht entziehen und betonten den Gedanken der strengen Konzentration auf die ›Besserungsfähigen‹ und die ›Erwerbsaussicht‹ (›Berufsverwendung‹) als Kriterium für oder gegen alle Leistungen, z.T. auch in Veröffentlichungen. Vielfach wurde verkannt, dass die aus epidemiologischer Sicht weit überschätzten und zum gesundheits- und sozialpolitischen Dogma erklärten Präventionsstrategien der Nazidiktatur eine Gefährdung für Menschen mit Behinderungen bedeuteten. Diese Argumente gewannen innerhalb der Vereinigung zwar nie die Oberhand, dennoch erzeugten sie ein Klima, in dem sich der notwendige sozialetische Diskurs unter den Mitgliedern und Funktionsträgern der Vereinigung nicht entwickelte.« Dies stellt eine wohl wollende Beschreibung dar, der dann die Bewertung folgt: »Der Vorwurf des Versagens trifft weite Bereiche des damaligen Rechtswesens, in der Wissenschaft, im Gesundheits- und Sozialbereich, in den gesellschaftlichen Organisationen – und auch die Deutsche Vereinigung. Dies muß im Bewußtsein bleiben.« (Lotze in Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter 1999, 16–17) Bei den vielen, die mitschuldig geworden sind, war demnach die Deutsche Vereinigung in »guter Gesellschaft«. Sierck (1992, 23–33) zeigt am Beispiel von Pastor Hans Vietor, der Leiter der Volmarsteiner Anstalten in Hagen und des Deutschen Verbandes Evangelischer Krüppelanstalten sowie Mitglied im Vorstand der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge war, die Verstrickungen mit dem NS-Regime kritischer auf.

Eine selbstkritische Auseinandersetzung mit den Verstrickungen in die NS-Ideologie findet sich in den Beiträgen zu einem Katalog unter dem Titel »Die Macht der Nächstenliebe«, die von Röper und Jüllig (1998) im Auftrag des Deutschen Historischen Museums und des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland zu »Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998« herausgegeben wurde. Schonungslos werden von Thierfelder (1998) und Nowack (1998) die Beziehungen zum NS-Staat, die Durchdringung im Personal und das Verhalten einzelner Verantwortlicher zu Eugenik, Zwangssterilisation und Euthanasie aufgezeigt. Dagegen ist die Aufarbeitung bei Pape (1998) bezüglich des Verbandes Evangelischer Einrichtungen für die Rehabilitation Behinderter weniger eindeutig und primär eine chronologische Darstellung

der Ereignisse. Große Träger von Rehabilitationseinrichtungen für Körperbehinderte, wie das Annastift (Hachmeister 1997) und die Josefs-Gesellschaft (2001) haben inzwischen ebenfalls zu ihren Verstrickungen in den Nationalsozialismus Stellung genommen.

Aus heutiger Sicht ist zu fragen, warum nach dem totalen Zusammenbruch des »Dritten Reiches« im Bereich der Sonderpädagogik kein Neuanfang stattfand. Merckens (1988, 89) fasst die Ausgangslage wie folgt zusammen: »Das Scheitern der Weimarer Republik, hohe Arbeitslosigkeit und die allgemeine Notlage während der Weltwirtschaftskrise ermöglichten der nationalsozialistischen Machtpolitik 1933 die Machtergreifung. Hitlers Vorstellungen von der deutschen Jugend, die hart, herrisch, gewalttätig und unerschrocken sein sollte ..., waren Ausdruck darwinistischer Rassenideologie des Dritten Reiches, die allein dem Starken das Recht auf Leben und Überleben zubilligte. Dem Einzelnen sprach der Nationalsozialismus jegliche Mündigkeit und Urteilsfähigkeit ab. (...) Kollegiale Verwaltung wurde durch das Führerprinzip ersetzt. Uniformierung und Gleichschritt entsprachen dem hierarchisch strukturierten Totalitätsanspruch.« Die Auswirkungen zeigten sich auch in den Einrichtungen für Behinderte; auch dort suchte man das Führerprinzip durchzusetzen und die traditionellen Leitungsstrukturen zu verändern. In den kirchlichen Krüppelheimen ergaben sich dabei Probleme, weil sie meist von Geistlichen geleitet wurden. Trotzdem gibt es zahlreiche Belege für das Eindringen nationalsozialistischer Vorstellungen.

### **3.3.1 Verhalten in Einrichtungen der Josefs-Gesellschaft**

Eine selbstkritische Schrift veröffentlichte die Josefs-Gesellschaft (2001), ein 1904 gegründeter katholischer Träger der Krüppelfürsorge (siehe Kap. IV), unter dem Titel »Zwischen Fürsorge und NS-Ideologie«, in der auch behinderte Menschen als Zeitzeugen berichten, wie sie die Nazi-Zeit erlebten. In seinem Beitrag »Zwischen Fürsorge und Kriegswirtschaft« zeigt Wollasch (2001, 88–126) schonungslos den unmittelbaren Einfluss der NS-Ideologie auf deren Einrichtungen auf. Er stellt dazu fest: »Die verschiedenen Einrichtungen der Josefs-Gesellschaft – vor allem das Josefsheim Bigge, das Vinzenz-Heim Aachen, das Antoniusheim Hochheim, das Josefshaus Lipperode, die Einrichtung in Maria Veen bei Reken mit dem Benediktus- und Bernardushof und das Heinrich-Haus Engers passten sich nach 1933 bisweilen rasch und offensichtlich nicht immer nur äußerlich der neuen politischen Lage an. Diese Beobachtung beschränkt sich nicht auf die Leitungen, sondern gilt insbesondere für das beschäftigte Personal und teilweise auch für die Bewohner.« (Wollasch 2001, 94) Das »Mitmachen« und die Anpassung an die NS-Ideologie gehen aus den referierten Jahresberichten der einzelnen Einrichtungen konkret hervor. Bei Gedenkfeiern für Nazi-Größen und zu nationalen Anlässen wie der Volksabstimmung im Saargebiet 1935 oder beim Anschluss Österreichs 1938 sprachen neben NSDAP-Kreisleitern auch katholi-

sche Geistliche. Bereiche der Werkstätten waren mit Hakenkreuzen und Schildern mit der Aufschrift »Kommst Du als Deutscher hier herein, soll Dein Gruß Heil Hitler sein« versehen. Über das Josefsheim, die Gründungseinrichtung von 1904, schreibt Wollasch (2001, 96): »Besonders eng gestalteten sich die Beziehungen zwischen Anstaltsleben und Nationalsozialismus im Josefsheim Bigge. Hier zählten der Kreispropagandaleiter, der Kreispresseamtsleiter, der Kreisjugendleiter und der Pressewart der NSDAP zu den Mitarbeitern im Heim, welches wohl nicht zuletzt wegen dieser personellen Konstellation sogar als Parteizentrale der NSDAP fungierte! (...) 1933 traten die Beschäftigten des Josefsheims der Deutschen Arbeitsfront bzw. der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) bei und reihten sich damit nach eigenen Worten »in das schaffende Volk ... ein«. Dass der geistliche Leiter Johannes Viegner selbst dieses Vorgehen allen – behinderten wie nichtbehinderten – Beschäftigten nahegelegt hatte, lässt unterschiedliche Deutungen zu, die von innerer Überzeugung über Opportunismus bis zu defensiven Überlegungen reichen, im braunen Alltag Nazideutschlands nicht unnötig aufzufallen.« Berichtet wird aber auch, dass »Schutzbefohlene vor NS-Krankenmorden bewahrt« wurden – »von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen«, wobei auf die positive Rolle von Dr. Christian Joisten, des medizinischen Leiters des Heinrich-Hauses in Engers, verwiesen wird (Josefs-Gesellschaft 2001, 21).

Dass man sich auch noch 1954 nicht mit der NS-Herrschaft und ihren Auswirkungen auf die Einrichtungen, auf die dort lebenden Menschen und das Personal befassen wollte, zeigt die Schrift »50 Jahre Josefs-Gesellschaft für Krüppelfürsorge 1904 – 15. August – 1954«. Es wird kontinuierlich über die verschiedenen Standorte wie das Josefsheim in Bigge an der Ruhr oder den Benediktushof und Bernardushof in Maria Veen, die Gebäude und ihren Zustand, die Schülerzahlen und das Lehr- und Mitarbeiterpersonal berichtet, aber nicht auf die Folgen der NS-Herrschaft eingegangen. Dies lag sicher am Personal, das kein Interesse daran hatte, die eigene »braune Vergangenheit« und auch nicht die der Einrichtungen offen zu legen. Über die »schwere Nachkriegszeit« heißt es dann: »Mit der am 8. Mai 1945 erfolgten deutschen Kapitulation hörte der Krieg auf, aber nicht die schwere Zeit, in der das besiegte deutsche Volk unter den Kriegsfolgen stark zu leiden hatte. Die Warenknappheit, insbesondere die große Ernährungsnot stiegen ständig, der Wert des Geldes sank in katastrophaler Weise. Von dieser allgemeinen deutschen Not blieben auch die Anstalten der Josefs-Gesellschaft nicht verschont. Nur sehr schwierig konnte die Verpflegung beschafft werden. Die Reparaturarbeiten in den nur leicht beschädigten Anstalten wurden verhältnismäßig rasch geleistet, aber die Wiederaufbauarbeiten an dem schwerbeschädigten Vinzenzheim in Aachen konnten durch den Mangel an Arbeitskräften ernsthaft nicht in Angriff genommen werden.« (Josefs-Gesellschaft 1954, 24)

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Nazi-Zeit wird nicht erkennbar, wenn man von folgender Äußerung absieht: »Unterdessen erschwerte die *politi-*

sche Entwicklung nach 1933 mit ihren weltanschaulichen Tendenzen bereits in zunehmendem Maße die Arbeit der Josefs-Gesellschaft. Nicht nur, daß sie als caritative Einrichtung der allgemeinen kirchenfeindlichen Haltung ausgesetzt war und ihre christliche Persönlichkeitsbildung auf starke Widerstände stoßen mußte, auch die Körperbehindertenfürsorge als solche mußte in einer Zeit des hochgezüchteten ›Rassenmenschentums‹ und der Euthanasie der ›Lebensuntüchtigen‹ als widersinnig und der staatlichen Aufwendungen unwert gelten. Wenn die Josefs-Gesellschaft in diesen schwersten Jahren ihrer Geschichte dem *Grundsatz vom unabdingbaren Recht der Person auch im ärmsten Menschenbilde* treu blieb, wenn sie entgegen allen Schwierigkeiten und Hemmnissen die Behandlung und Pflege sowie die berufliche und sittliche Ertüchtigung der Körperbehinderten weiterführte und weiterführen durfte, so bewies sie damit nur, daß sie den Geist und das Erbe ihres Gründers bewahrt hatte.« (Josefs-Gesellschaft 1954, 69 – Hervorhebungen im Original) Offensichtlich hatte man durchaus Schuldgefühle, die aber nicht eingestanden, sondern kaschiert wurden. Zu viele der in der Nazi-Zeit aktiven Parteigenossen, die in den Einrichtungen damals und jetzt tätig waren, wollten sich ihrer Verantwortung nicht stellen.

### 3.3.2 Verhalten in Einrichtungen der Inneren Mission

Thierfelder (1998) hat die Verstrickungen der Inneren Mission in die NS-Ideologie zwischen 1933 und 1945 als Schwanken zwischen »Anpassung und Selbstbehauptung« aufgezeigt. Er resümiert wie folgt: »In einzelnen Einrichtungen der Inneren Mission wurde die politische Wende vielfach euphorisch begrüßt. Mit ›Und ein neuer Frühling folgt dem Winter nach‹ überschrieb das ›Nickelblättchen‹ der Heil- und Pflegeanstalt Kork (Baden) einen Artikel, in dem es die Freude der Anstaltsbewohner über das Kommen des ›Dritten Reichs‹ zum Ausdruck brachte. In Diakonieanstalten wie der Karlshöhe in Ludwigsburg entstanden SA-Trupps und Jungvolkzüge. Der traurige Höhepunkt der Arbeit von Diakonen in der SA war die Entsendung von vier Ausbildungsbrüdern des Stephansstifts in Hannover als Wachmänner der SA in die Gefangenenlager im Emsland.« (Thierfelder 1998, 226) Über die Anstalt »Karlshöhe« in Ludwigsburg, eine Internatsschule für Körperbehinderte, fügt Thierfelder auch Bilder mit Diakonen in SA-Uniform und einen Jungzug der Hitler-Jugend bei.

Die Lage in Einrichtungen der Inneren Mission wurde auch dadurch bestimmt, dass es Bestrebungen gab, Nationalsozialismus und evangelisches Christentum miteinander zu verbinden. Seit Januar 1933 bestand im ganzen Reich eine »Glaubensbewegung Deutsche Christen«, die eine große Anziehungskraft auch auf Mitarbeiter der Inneren Mission ausübte. Thierfelder (1998, 226) äußert dazu: »In den Leitungsgremien der Inneren Mission saßen auf Reichsebene nicht wenige Deutsche Christen und Parteigenossen. Vertreter der Inneren Mission übernahmen Positionen bei den Deutschen Christen, wie beispielsweise der Vorsteher des ›Rauhen Hauses‹ von Hamburg, Pastor Fritz En-

gelke (1878–1956), der später unter Reichsbischof Ludwig Müller (1883–1945) Reichsvikar wurde. Eine besondere Begeisterung für das neue Reich war auf dem 9. Deutschen Diakonentag im September 1933 in Hamburg zu spüren. Da wurde ›dem Führer unseres Volkes und Retter unseres Vaterlandes‹ von 1.000 Diakonen ein Telegramm geschickt mit dem ›Gelöbniß alter deutscher Mannestreue und des Einsatzes aller Kräfte für den Aufbau und die Vollendung des Dritten Reiches‹. Der Einfluss der NS-Ideologie auf die Erziehungs- und Behindertenhilfe war über die Mitarbeiter gesichert, die der NSDAP angehörten oder ihr nahe standen.

Über das Annastift im »Dritten Reich« berichtet Hachmeister (1997) in einer Schrift zum 100-jährigen Jubiläum (Szagun 1997). Die Anpassung und Einbindung in den NS-Staat wird ebenso thematisiert wie die Entlassung der »nichtarischen Ärzte«, wobei auch die Person des bekannten Orthopäden Bruno Valentin (1885–1969) zur Sprache kommt. Er war seit 1924 Oberarzt an der Klinik und wurde 1936 auf Grund seiner jüdischen Herkunft aus dem Annastift entlassen. Durch seine »Geschichte der Orthopädie« und seine Schriften zu Leben und Wirken von J.A. Venel wurde er auch für die Körperbehindertenpädagogik bedeutsam (siehe Kap. I).

### 3.4 *Von der Nazi-Zeit beeinflusste Biografien*

Es geht aus heutiger Sicht nicht um eine Verurteilung von Personen, sondern um das Verstehen ihres Handelns, denn die personelle Kontinuität in den Einrichtungen der Krüppelfürsorge ist unübersehbar. Auf Gustav Lesenmann und seine Rolle in der Hilfsschulpädagogik wurde schon verwiesen. Hier sollen noch zwei Personen aus der »Krüppelfürsorge« bzw. der »Körperbehindertenhilfe« angesprochen werden, deren persönliche Entwicklung und berufliches Wirken vom Kaiserreich, über die NS-Zeit bis in die Nachkriegszeit und in die BRD reichten, nämlich Pastor Werner Dicke (1908–1969) und Rektor Dr. Wilhelm Bläsig (1916–1995).

Dabei kommt Bläsig eine besondere Bedeutung zu, da er erst nach dem Krieg in der Sonderpädagogik tätig wurde, insofern also »unbelastet« war, sich andererseits aber offen über seine Jugend in Nazi-Deutschland äußerte. Er kann überdies durch seine schulpraktische Arbeit und seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen als maßgeblicher Vertreter der schulischen und beruflichen Rehabilitation der Körperbehinderten gelten. Bleidick (1998, 110) schreibt über Bläsigs Mitarbeit im VDS: »Die langjährige Beratungstätigkeit des Verbandes bei der Verabschiedung und Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) – des zur damaligen Zeit wichtigsten Rehabilitationsgesetzes – geht weitgehend auf die Initiative und Vermittlung von Wilhelm Bläsig zurück, der als Leiter der Schule für Körperbehinderte Hannover und als Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter langjähriger Referent des Verbandes für Körperbehinderten- und Krankenhausschulen war.«

Hachmeister (1997, 126–129) geht in seiner Erörterung der Geschichte des Annastifts auch auf Leben und Wirken von Pastor Werner Dicke ein, der zum Namensgeber der dortigen Schule für Körperbehinderte wurde. Dicke steht für personelle Kontinuität insofern, dass er zunächst Mitglied der NSDAP war, dann austrat und sich der »Bekennenden Kirche«, einer das NS-Regime ablehnenden Gruppe von evangelischen Geistlichen und Gläubigen, anschloss, dann aber doch der NS-Politik nahe stand. Er war von 1941 an Vorsteher des Annastifts und wirkte dort auch nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu seinem Tode 1969 weiter. Wilhelm Bläsig ermöglichte er »einen unentgeltlichen zweijährigen Probeauftrag – bis 1949 – als Lehrer am Krankenbett« (Brönnecke 1997, 223) und schließlich eine Anstellung an der Bettenschule, nachdem dieser wegen seiner Körperbehinderung vom öffentlichen Schuldienst abgewiesen worden war.

In seiner Autobiografie »In der Behinderung lebendig« (1987, 25–33) geht Bläsig auch auf seine persönlichen Erfahrungen in der NS-Zeit ein. Er betitelt sie wie folgt: »erinnern und verstehen und damit versuchen zu bewältigen«. Selbstkritisch und rückhaltlos berichtet er über seinen Weg vom Eintritt in die Hitlerjugend und seiner Tätigkeit als HJ-Führer, seiner Teilnahme an einem Jugendlager bei den Olympischen Spielen 1936 in Berlin, seiner ungefragten Übernahme in die NSDAP 1937, bis zu seiner Kriegszeit und seinen Verwundungen. Seine erste Prüfung für das Lehramt an Volksschulen hatte er noch im September 1939 abgelegt, seine zweite Prüfung dann erst 1951. Auch er durchlief die Entnazifizierung und wurde als »Mitläufer« in Gruppe V eingestuft. Nach einer Zeit als Mälerhilfsarbeiter stand dann seine Wiedereinstellung in den öffentlichen Schuldienst an. Am gleichen Tag trat bei ihm eine Erkrankung an Poliomyelitis (spinale Kinderlähmung) auf, die ihn sein weiteres Leben infolge der eintretenden Lähmungen auf den Rollstuhl verwies. Die Übernahme in den Schuldienst traf nun auf große Schwierigkeiten; Bläsig gab aber nicht auf und wurde schließlich an der privaten Schule für Körperbehinderte am Annastift in Hannover beschäftigt. Nach einem sonderpädagogischen Zusatzstudium am Heilpädagogischen Institut in Hannover 1954/55 wurde er 1956 Leiter der Schule am Annastift. Abschließend zitiert Bläsig (1987, 33) den amerikanischen Historiker Fritz Stern, der anlässlich einer Internationalen Konferenz zur Machtübernahme der Nazis meinte: Es sei nichts ausgelassen worden, »außer den wirklichen Menschen, die damals gelebt haben, mit ihren ungeheuren Hoffnungen und Verzweiflungen, ihren Demütigungen, ihrem ohnmächtigen Groll und Ressentiments«. Das habe ihm Mut gemacht, auch über seine Erfahrungen und sein Verhalten zu berichten. Wohl unter dem Eindruck der teilweise schmerzlichen Kritik an denen, die dabei gewesen sind und mitgemacht haben, zitiert er den französischen Politikwissenschaftler Raymond Aaron: »Die Diktatur organisiert den Enthusiasmus, die Demokratie die Kritik.« Da er erst in der Nachkriegszeit in den Sonderschuldienst eintrat, erfolgte in seiner Autobiografie keine Auseinandersetzung mit der Sonderpädagogik in der Nazi-Zeit.

In seinem Beitrag zur Geschichte der Körperbehinderten- und Krankenhaus-schulen hatte sich Bläsig (1966, 109 – Hervorhebungen im Original) aber schon wie folgt geäußert: »Im Deutschland des ›Dritten Reichs‹, in den Jahren 1933 bis 1945, wäre eine nach außen auffallende Aktivität zum Wohle der körperbehinderten Jugendlichen für sie zum Schaden geworden. In den Heimen und Schulen wurde gearbeitet, ohne daß die Öffentlichkeit viel davon erfuhr. Aus dieser Zeit sei auf das *Reichsschulpflichtgesetz* von 6.7.1938 verwiesen. Darin lag fest, daß Eltern, deren Kinder, die auf Grund körperlicher Schäden nicht oder nur begrenzt fähig waren, dem Ablauf der Volksschule zu folgen, verpflichtet waren, sie in geeignete Sonderschulen zu schicken.«

Bläsig verkannte, dass in § 11 des Reichsschulpflichtgesetzes auch bestimmt wurde: »Bildungsunfähige Kinder und Jugendliche sind von der Schulpflicht befreit.« Bei Kindern mit schweren Auswirkungen einer frühkindlichen Hirnschädigung führte dies noch bis in die Sechzigerjahre zum Ausschluss vom Schulbesuch. Er geht auf die Nachkriegszeit nur knapp ein: »Nach der Kapitulation von 1945 und der Teilung Deutschlands wurde in allen Einrichtungen für Körperbehinderte versucht, die *Arbeit fortzusetzen*. Zerstörungen durch den Bombenkrieg und Räumungen von Schulen für Lazarettzwecke unterbrachen vielfach die Unterrichtsarbeit.« Erst in seiner Autobiografie von 1987 blickte Bläsig auf die »Kontinuitäten« zurück, die er in der Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg selbst »durchlebt« hatte.

#### 4. Resümee

Auch in den »Krüppelheimen« wurde versucht, die jungen Menschen an den NS-Staat anzupassen. Nachdem die Hitler-Jugend als Staatsjugend die bündischen Jugendorganisationen abgelöst hatte und die kirchliche Jugendarbeit ebenfalls zurückgedrängt worden war, konnte die nationalsozialistische Erziehung und Bildung konsequent umgesetzt werden. Sie basierte auf den Vorstellungen von einem Zucht- und Ausleseverfahren, das den »Herrenmenschen« hervorbringen sollte, um die »Welt zu beherrschen«, wobei der soldatische Mensch zum Leitbild wurde. Obwohl für junge Menschen mit Behinderungen in einem solchen Menschenbild wenig Raum war, suchte man sie einzubeziehen. Adolf Hitlers »Erziehungsgrundsätze des völkischen Staates« (in: Michael/Schepp 1974, 185–194), die er bereits 1925 in seinem Buch »Mein Kampf« unmissverständlich beschrieben hatte, ließen an dessen Haltung gegenüber »Behinderten« keine Zweifel.

Merkens (1988, 89) schreibt dazu: »In fanatischem Glauben an die Überlegenheit der germanischen Rasse und blindem Gehorsam gegenüber der politischen Führung wurde die Jugend durch pseudoreligiöse Veranstaltungen und Überbetonung körperlicher Ertüchtigung militärischen Zwecken verfügbar gemacht.« Der Führungsnachwuchs wurde in eigenen Erziehungsanstalten (Adolf-Hitler-Schulen, Nationalpolitische Erziehungsanstalten) zu Gehorsam, Kamerad-



schaft, Härte und Wehrtauglichkeit erzogen. Die Familie diene nur noch der Hervorbringung erbgesunden Nachwuchses. Dass überzeugte NSDAP-Mitglieder in Einrichtungen für Körperbehinderte wie im Josefsheim in Bigge sich diesen Zielen verpflichtet fühlten und sie zu erreichen suchten, ist anzunehmen. Die Berichte der Zeitzeugen lassen aber erkennen, dass die Umsetzung an Grenzen stieß (Josefs-Gesellschaft 2001). Da vieles schon vor dem Auftreten von Hitler und dem Nationalsozialismus »vorgedacht« war, wurde das »Dritte Reich« auch zum Vollstrecker einer bis dahin unvorstellbaren Enthumanisierung im Umgang mit Schwachen und Andersartigen. Die Erfassung behinderter Kinder seit 1939 und die anschließenden Tötungsaktionen in Landes-Heil- und Pfleganstalten wie Hadamar bei Limburg an der Lahn sprechen eine deutliche Sprache (Klee 1985). Besonders nahe gehend sind Berichte über Einzelfälle; so erinnerte Valentin Frank in einer Dokumentation an seinen Bruder: »Als mein Bruder in Hadamar ermordet wurde: Paul Hans Frank – Opfer der NS-»Euthanasie« – mit Fotos und Dokumenten« (herausgegeben vom Antifaschistischen Seminar/Arbeitskreis Steinwache. Dortmund, 1994).

Zum Umgang mit der NS-Zeit resümiert Merckens (1988, 90) wie folgt: »Das Entsetzen über das Ausmaß der nationalsozialistischen Barbarei und die extreme Notlage nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs ließen bis etwa 1950 lediglich das Bemühen um Überleben und Neuorientierung zu. (...) Sonderpädagogische Einrichtungen, die den Krieg überlebt hatten, wurden organisatorisch und methodisch nach bewährten Erfahrungen weitergeführt.« In der Körperbehindertenpädagogik kam es dann erst in den Siebzigerjahren zu einem Neuanfang.

## Literaturverzeichnis

- Antor, G./Bleidick, U.: Behindertenpädagogik als angewandte Ethik. Stuttgart 2000.
- Baader, G.: Rassenhygiene und Eugenik. Vorbedingungen für die Vernichtungsstrategien gegen sogenannte »Minderwertige« im Nationalsozialismus. In: Bleker, J./Jachertz, N. (Hrsg.): Medizin im Dritten Reich. Köln 1993.
- Bartsch, P.: Sonderschullehrer auf dem Marsche. In: Die deutsche Sonderschule 1 (1934), 561–565.
- Behr, F.: Erziehungsaufgaben in der Krüppelfürsorge. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 29 (1936), 18–24.
- Bläsig, W.: Körperbehinderten- und Krankenhausschulen. In: Lesemann, G. (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte und Entwicklung des deutschen Sonderschulwesens. Berlin 1966.
- Bläsig, W.: In der Behinderung lebendig. Hannover 1987.
- Bleidick, U.: Der Verband und die Bildungspolitik 1948 bis 1998. In: Möckel a.a.O. 1998, 96–163.
- Briefs, P. J.: Ziele und Aufgaben der katholischen Gebrechlichenpädagogik. In: Der Krüppelführer 11 (1938), 57–89.

- Briefs, P. J.: Zwanzig Jahre Preußisches Krüppelfürsorge-Gesetz. In: Der Krüppelführer 13 (1940), 37–49.
- Brill, W.: Pädagogik im Spannungsfeld von Eugenik und Euthanasie. Die »Euthanasie« – Diskussion in der Weimarer Republik und zu Beginn der neunziger Jahre. St. Ingbert 1994.
- Brönnecke, D.: Die Sonderschule im Annastift. In: Szagun a.a.O. 1997, 223–238.
- Büsching, H.: Zur Beschulung körperbehinderter Kinder. In: Der Krüppelführer 12 (1939), 27–30.
- Deutsche Vereinigung zur Bekämpfung des Krüppeltums (Hrsg.): Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte 1956. Heidelberg 1956.
- Deutsche Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter e.V. DVfR (Hrsg.): Von der »Krüppelfürsorge« zur Rehabilitation von Menschen mit Behinderung. Heidelberg 1999.
- Ellger-Rüttgardt, S.: Der Verband der Hilfsschulen Deutschlands auf dem Weg von der Weimarer Republik in das »Dritte Reich«. In: Möckel a.a.O. 1998, 50–95.
- Eschweiler, W.: Die Sonderschule für Krüppelkinder. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 21 (1928), 139–150.
- Flessau, K.-I.: Schule der Diktatur. Lehrpläne und Schulbücher des Nationalsozialismus. München 1977.
- Fuchs, P.: »Körperbehinderte« zwischen Selbstaufgabe und Emanzipation. Selbsthilfe – Integration – Aussonderung. Neuwied/Berlin 2001.
- Galandi, R.: Das Reichsschulpflichtgesetz und die Sonderschulen. In: Die deutsche Sonderschule (1939), 605–617.
- Gastpar, A.: Die Aufgabe der Sonderschulen im nationalsozialistischen Staate vom rassenhygienischen Standpunkt aus. In: Die deutsche Sonderschule (1934), 566–571.
- Groß, W.: Das Rassenpolitische Amt der NSDAP über die Aufgaben des Reichsbundes der Körperbehinderten. In: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 29 (1936), 5–13.
- Hachmeister, G.: Die Geschichte des Annastifts. In: Szagun a.a.O. 1997, 15–158.
- Heuler, R.: Die Erziehungsarbeit am Krüppelkind und die Krüppelbildungsanstalt. In: Die deutsche Sonderschule 5 (1938), 431–442.
- Höck, M.: Die Hilfsschule im Dritten Reich. Berlin 1979.
- Josefs-Gesellschaft (Hrsg.): 50 Jahre Josefs-Gesellschaft für Krüppelfürsorge 1904 – 15. August – 1954. Bigge 1954.
- Josefs-Gesellschaft (Hrsg.): Zwischen Fürsorge und NS-Ideologie. Einrichtungen der Josefs-Gesellschaft in der Zeit der Euthanasie. Münster 2001.
- Klee, E.: »Euthanasie« im NS-Staat. Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«. Frankfurt/M. 1985, 1986.
- Köbsell, S.: Eingriffe. Zwangssterilisation geistig behinderter Frauen. München 1987.
- Körber, W.: Aus der Arbeit der »Schule für Körperbehinderte in den Städtischen Krankenanstalten« zu Essen. In: Die deutsche Sonderschule 3 (1936), 612–617.
- Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hrsg.): Verlegt nach Hadamar. Die Geschichte einer NS-»Euthanasie«-Anstalt. Kassel 1994.
- Maeße, H.: Betrachtungen zum Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. In: Die deutsche Sonderschule (1935), 158–163.
- Mensling, P.: Krüppelerziehung im nationalsozialistischen Staat. In: Die deutsche Sonderschule 1 (1934), 61–64.

- Merkens, L.: Einführung in die historische Entwicklung der Behindertenpädagogik in Deutschland unter integrativem Aspekt. München 1988.
- Meßner, L.: Ist eine Sonderbeschulung Körperbehinderter heute noch notwendig und vertretbar? In: Die Deutsche Sonderschule 5 (1938), 693–697.
- Michael, B./Schepp, H.H. (Hrsg.): Politik und Schule von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. Eine Quellensammlung zum Verhältnis von Gesellschaft, Schule und Staat im 19. und 20. Jahrhundert. Band 2: Von der Weimarer Republik bis zur BRD/DDR. Frankfurt/M. 1974.
- Möckel, A. (Hrsg.): Erfolg – Niedergang – Neuanfang. 100 Jahre Verband Deutscher Sonderschulen – Fachverband für Behindertenpädagogik. München 1998.
- Möckel, A.: Geschichte der besonderen Grund- und Hauptschule. 4. Aufl. Heidelberg 2001.
- Nowack, K: Eugenik, Zwangssterilisation und »Euthanasie«: In: Röper/Jüllig a.a.O. 1998, 224–247.
- Pape, F.-W. (Hrsg.): Ein Jahrhundert für Menschen mit Behinderungen. Die Geschichte des Verbandes Evangelischer Einrichtungen für die Rehabilitation Behinderter e.V. 1901–1997. Reutlingen 1998.
- Puschmann, M.: Die Entwicklung der Schulpädagogik für Körperbehinderte – aufgezeigt im Zeitraum vom Beginn der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik Deutschland. Hausarbeit zur 1. Staatsprüfung für das Lehramt Sonderpädagogik. Universität Dortmund, Fakultät Rehabilitationswissenschaften (unveröffentlicht) 2002.
- Reichsministerium des Inneren (Hrsg.): Gesetz über die Schulpflicht im Deutschen Reich (Reichsschulpflichtgesetz) vom 6. Juli 1938. Reichsgesetzblatt Teil I. Berlin 1938.
- Röper, U./Jüllig, C. (Hrsg.): Die Macht der Nächstenliebe. Einhundertfünfzig Jahre Innere Mission und Diakonie 1848–1998. Berlin 1998.
- Schmuhl, H.-W.: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Göttingen 1987.
- Sierck, U.: Arbeit ist die beste Medizin. Zur Geschichte der Rehabilitationspolitik. Hamburg 1992.
- Speck, O: System Heilpädagogik. Eine ökologisch reflexive Grundlegung. München 1988.
- Szagan, G. (Hrsg.): Annastift (1897–1997) 100 Jahre Kompetenz und Nächstenliebe. Hannover 1997.
- Thierfelder, J.: Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung. In: Röper/Jüllig a.a.O. 1998, 224–247.
- Thomann, K.-D.: »Krüppel sind nicht minderwertig«. Körperbehinderte im Nationalsozialismus. In: Meinel, C./Voswinckel, P. (Hrsg.): Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Stuttgart 1994, 208–220.
- Tornow, K.: Der Einfluss ganzheitlicher Auffassung und des inhaltlich festgelegten Erziehungs- und Bildungszieles auf die methodische Gestaltung des heilerzieherischen Unterrichts. In: Die deutsche Sonderschule 1 (1934), 170–182.
- Viegener, J.: Die Sicherstellung der Lehrpersonen in den Krüppel-Sonderschulen. In: Der Krüppelführer 9 (1936), 129–140.
- Weinert, H.: Welche Aufgaben stellt das Sterilisierungsgesetz der Sonderschule? In: Die deutsche Sonderschule 1 (1934), 659–660.
- Wollasch, A.: Zwischen Fürsorge und Kriegswirtschaft. Die Einrichtungen der Josefs-Gesellschaft in der NS-Zeit. In: Josefs-Gesellschaft a.a.O. 2001, 88–126.

## Übungsaufgaben

### 1. Krüppelfürsorge in der Zeit des Nationalsozialismus

- Was bedeutete das »Sterilisierungsgesetz« für die Sonderschulen?
- Welche Regelungen brachte das Reichsschulpflichtgesetz von 1938 für die Sonderschulpflicht der »Krüppel«?
- Was wurde bezüglich der »Bildungsunfähigen« bestimmt und welche längerfristige Wirkung hatte diese Regelung?
- Erörtern Sie Aspekte der Schulpädagogik für Körperbehinderte!
- Welche Änderungen gab es in den Lehrplänen der Volksschule?
- Wie äußerten sich die Vorbehalte gegen die Sonderschulen?
- Welche heilpädagogischen Aufgaben und Ziele wurden formuliert und welche Methoden wurden praktiziert?
- Welche Rolle sollten die Sonderschullehrer allgemein und speziell die Lehrer für Krüppelkinder übernehmen?
- Wie waren die Lehrerkollegien an den »Krüppelheimschulen« zusammengesetzt, was wurde daran kritisiert und welche berufspolitischen Forderungen wurden erhoben?

### 2. Zwanzig Jahre Preußisches Krüppelfürsorgegesetz

- Wie beurteilte der katholische Pädagoge P. J. Briefs die Entwicklung zwischen 1920 und 1940?
- Inwiefern »kaschierte« er seine Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus?
- Wie äußerte er sich zur Beschulung der »siechen Gebrechlichen«?
- Was beinhaltet sein Begriff von der »Werthaftigkeit« der Gebrechlichen?

### 3. Kontinuitäten in der Nachkriegszeit

- Inwiefern kann man vom Niedergang und »Weitermachen« in der Heilpädagogik sprechen?
- Wie kam es zur Verdrängung der Nazi-Verbrechen?
- Worin bestanden die Kontinuitäten in der Lehrerbildung und im Schulrecht?
- Welche Verstrickungen in den Nationalsozialismus sind erkennbar und wie können sie bewertet werden?
- Wie lassen sich von der Nazi-Zeit beeinflusste Biografien beurteilen?

Hans Stadler

## VIII. Von der Fürsorge zur Rehabilitation bei Körperbehinderung

### Vorbemerkung

- 1. Zur Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg**
  - 1.1 Konzeptionelle und strukturelle Kontinuität in den Heimschulen
  - 1.2 Zur Situation in den »Krüppel-Schulen« der Josefs-Gesellschaft
  - 1.3 Neue Rechtsgrundlagen für die Körperbehindertenfürsorge
  - 1.4 Die Denkschrift zum Ausbau des heilpädagogischen Sonderschulwesens
    - 1.4.1 Schulen für Körperbehinderte und Krankenhauschulen
    - 1.4.2 Aufbau eines eigenständigen Sonderschulwesens
  - 1.5 Weiterentwicklung und Neugründungen von Heimschulen
  - 1.6 Neugründungen von Tagesschulen für Körperbehinderte
  - 1.7 Die berufliche Rehabilitation Körperbehinderter
- 2. Das KMK-Gutachten zur Ordnung des Sonderschulwesens von 1960**
  - 2.1 Zu den Intentionen und zur Bewertung
  - 2.2 Die Körperbehindertenschule
  - 2.3 Die Krankenschule und der Hausunterricht
  - 2.4 Die Ausbildung der Sonderschullehrer
- 3. Der verspätete Neuanfang in der Körperbehindertenpädagogik**
  - 3.1 Umgang mit den »siechen Gebrechlichen«
  - 3.2 Initiativen von Eltern und ein Schulversuch
  - 3.3 Strukturwandel in der Schule für Körperbehinderte
- 4. Bestrebungen zur Schulreform und Widerstand der KMK**
  - 4.1 Die KMK-Empfehlungen zur Ordnung des Sonderschulwesens von 1972
  - 4.2 Reformvorschläge des Deutschen Bildungsrats von 1973
  - 4.3 Das Gutachten zur schulischen Situation Körperbehinderter von 1974
  - 4.4 Die KMK-Empfehlungen für die Schule für Körperbehinderte von 1983
- 5. Rückblick und Ausblick**

### Literaturverzeichnis

### Übungsaufgaben

## Vorbemerkung

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die Körperbehindertenfürsorge, die bis dahin noch stark von der Heimpädagogik und von konfessionellen Einflüssen geprägt war, zur Rehabilitation der Körperbehinderten. Bläsig (1967, 9) beschrieb den Wandel wie folgt: »Während die Fürsorge zur Behebung individueller Notlagen und Gefährdungen eintritt, ist die gesundheitliche, schulische, berufliche, soziale, gesellschaftliche und personale Wiederherstellung und Eingliederung Aufgabe der Rehabilitation.« Diese Sichtweise wurde zur Programmatik der weiteren Entwicklung, weshalb auch die berufliche Bildung zu thematisieren ist, die insbesondere in den Siebzigerjahren eine Neuausrichtung und Ausweitung erfuhr (Luig 1976).

Mit den Bestrebungen zur Schulreform in den 60er-Jahren des 20. Jh., durch die das separierte Sonderschulwesen in Frage gestellt und die schulische Integration Behinderter zum bildungspolitischen Thema wurde, änderte sich auch das Selbstverständnis der Körperbehindertenpädagogik. Der gemeinsame Unterricht von körperbehinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen in allgemeinen und beruflichen Schulen wurde als Aufgabe in Theorie und Praxis erkannt. Es wurden Modelle der integrativen Erziehung (Haupt/Jansen 1983) beschrieben und die Erfahrungen in Schulversuchen erörtert. Trotzdem wurde bis in die Siebzigerjahre mit den überkommenen Konzepten weitergearbeitet, die sich an den »normalbegabten Körperbehinderten« orientierten, wobei allerdings die Heimschulen ihre beherrschende Stellung bereits an die Tagesschulen verloren hatten (Stadler 1998, 2000).

Von einem »verspäteten Neuanfang« in der Körperbehindertenpädagogik kann insofern gesprochen werden, als die »siechen Gebrechlichen« erst spät in die Schulen – und dann vorrangig in die Schulen für Körperbehinderte – aufgenommen wurden, weil man ihnen die »Bildungsfähigkeit« weitgehend abgesprochen, sie für »schulbildungsunfähig« erklärt und vielfach durch die Schulbehörden das »Ruhen der Schulpflicht« verfügt hatte. Schließlich traten Vereinigungen von Eltern massiv für ihre Aufnahme in die Schulen ein und forderten generell verbesserte Bedingungen der Förderung, des Unterrichts und der Berufsbildung dieser mehrfach- und schwerstbehinderten Kinder. Zu ihrer Förderung wurden Konzepte einer »Pädagogik bei schwerster Behinderung« (Fröhlich 1991) entwickelt und erprobt.

Die Quellen zur staatlichen Bildungspolitik sind für die BRD auf Grund der Kulturhoheit der Bundesländer zahlreich, sodass nur die berücksichtigt werden, die von Seiten der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Deutschen Bildungsrats (DBR) veröffentlicht wurden. Da sie allgemein zugänglich sind, werden keine Quellen-Texte beigelegt.

## 1. Zur Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Struktur der pädagogischen Einrichtungen für Körperbehinderte hatte sich im 19. Jh. aus der kirchlichen Fürsorge für Krüppelkinder entwickelt, sodass die Heimschulen bis in die Nachkriegszeit vorherrschten. Im Sinne der »Vollkrüppelheime« boten sie Erziehung, Versorgung, Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung vielfach im Verbund, was notwendigerweise zu einer Absonderung aus dem gesellschaftlichen Leben außerhalb des Heims führte. In den Großstädten wie Hamburg und Berlin gab es zwar auch schon Tagesschulen, die in den Zwanzigerjahren des 20. Jh. diskutierten und ansatzweise vorhandenen »ambulanten Krüppelschulen« hatten sich aber nicht durchsetzen können. Insofern kennzeichneten dann die Heimschulen, die noch überwiegend in kirchlicher Trägerschaft waren, die Ausgangslage.

Zur historischen Entwicklung und der »besonderen Bedrohung wie im Dritten Reich« äußerte sich Schöbel (1985, 7): »Erst nach 1945, genauer am Wechsel der fünfziger zu den sechziger Jahren begannen Initiativen, die aus der Gesellschaft selbst herauswuchsen. Es sammelten sich betroffene Eltern und ihre Freunde, um Vereine, Stiftungen, also sog. freigemeinnützige Selbsthilfeorganisationen zu gründen, die zunächst im Zusammenschluß mit Gleichgesinnten Kraft und Hoffnung schöpften.« Man habe noch ein überwiegend medizinisches bzw. orthopädisches Bild von körperbehinderten Kindern gehabt, weil es an Diagnostik, aber auch an Förderkonzepten und Hilfsmitteln mangelte. Er führte weiter aus: »Viele Einrichtungen waren einschließlich Drittem Reich meist in kirchlicher Trägerschaft der Caritas und des Diakonischen Werkes wie z.B. in Ursberg bei Augsburg und Hannover (Anna-Stift), wo heute noch Mitarbeiter tätig sind, die die Verfolgung des »lebensunwerten Lebens« ertragen mußten und in den Jahren 1933–45 ihren christlich-humanen Dienst zum Schutze der Verfolgten oftmals mit List gegenüber den Machthabern leisteten. Bis auf Kinder mit Spina bifida, die damals nach der Geburt starben, gab es alle anderen Behinderungsbilder wie heute auch: Hirngeschädigte (Athetotiker, Spastiker, Ataktiker), Muskeldystrophiker und Querschnittsgelähmte, um die wichtigsten zu nennen. Noch nach 1945 und insbesondere die Jahrzehnte und Jahrhunderte vorher wurden viele – z.B. die oft gut begabten Athetotiker – als idiotische, dummliche, bemitleidenswerte Krüppel bezeichnet, nur weil deren Bewegungen im Gesicht und am Körper grimassierend und ungesteuert waren.« Erst in den 60er-Jahren sei es dann zu einem differenzierten Sonderschulwesen gekommen.

Kunert (1986, 15–16) verweist darauf, dass in der Nachkriegszeit die Zahl der schulpflichtigen Körperbehinderten relativ gering gewesen sei. Sie führt dies auf die Maßnahmen gegenüber Behinderten in der NS-Zeit zurück, als »weniger Kinder mit einer Körperbehinderung geboren wurden« und nennt das »Sterilisierungsgesetz«, aber nicht die »Kindereuthanasie«. Bei der Wiederöffnung der Schulen nach 1945 seien »kaum körperbehinderte Kinder vorhanden (gewesen),

– vielleicht auch nicht bekannt, weil verborgen: Die Angst der Eltern, die noch bis Ende der 50er Jahre andauerte, war verständlicherweise groß.« Die Skepsis in der allgemeinen Pädagogik gegen eine Erziehung nichtbehinderter Kinder im Heim habe sich auf die Situation körperlich behinderter Kinder übertragen, so dass »der Ruf nach der elternnahen Schule« unüberhörbar wurde. Dabei spielte auch die Situation in den Nachbarländern eine Rolle, die bereits eine gewachsene Tradition der flächendeckend verfügbaren Tagesschulen für Körperbehinderte hatten.

Auch ein Wandel im Erscheinungsbild von Körperbehinderungen und chronischen Erkrankungen wurde in der Nachkriegszeit (Wilken 1983, 222) beobachtet: Während die Zahl der von Knochen- und Gelenktuberkulose Betroffenen nach zeitweiligem Anstieg zurückging und auch die Erkrankungen an Osteomyelitis (Knochenmarksentzündung), an Rachitis (Vitamin-Mangel-Erkrankung) sowie an spinaler Kinderlähmung infolge verbesserter Medikamente, Schutzimpfungen und des wachsenden Lebensstandards abnahmen, wuchs nun die Zahl der Unfallopfer. Auch medizinisch behandelbare Schädigungen wie Spina bifida (offener Rücken) und chronische Erkrankungen wie Diabetes (Zuckerkrankheit) und Zöliakie (Stoffwechselerkrankung) wurden vermehrt beobachtet. Sie bildeten nun mit den in den 60er-Jahren auftretenden Dismylien (Gliedermaßenfehlbildungen) bei Congenital-Opfern (Schönberger 1971) größere Gruppen junger Menschen, für die schulisch gesorgt werden musste.

Die ständig verbesserte medizinische Behandlung führte außerdem zum Überleben vieler Kleinkinder, die aber häufig »mehrfach- und schwerstbehindert« blieben und eigene Förder- und Bildungsangebote notwendig machten. Erst Ende der 50er-Jahre kam es auf Grund von Initiativen der Eltern zu Neugründungen von Tagesschulen, die es den körperbehinderten Kindern und Jugendlichen ersparten, in ein Heim aufgenommen zu werden. Sie wurden als Tagesstätten und Ganztageschulen geführt und brachten wegen des meist regionalen Einzugsbereichs lange Fahrzeiten für die Schüler mit sich. Jubiläumsschriften geben Hinweise auf die Motive, aber auch auf die Schwierigkeiten, die bei den Gründungen auftraten.

### *1.1 Konzeptionelle und strukturelle Kontinuität in den Heimschulen*

Eine konzeptionelle und strukturelle Kontinuität zeigte sich nicht zuletzt im Festhalten an der Heimerziehung. Sie galt für die Vertreter der traditionellen Gebrechlichenfürsorge als Mittel, die körperbehinderten Schüler von den negativen Einflüssen der Umwelt fern zu halten und von den erwarteten positiven Auswirkungen des Heimlebens zu profitieren. Die Erziehung im Heim bot nach Briefs (1955) individuelle Förderbedingungen und sollte vom Leistungsprinzip, von einer Hinführung zu Beruf und Familie, aber auch von der Selbstverwirklichung geprägt sein. Als geistlicher Leiter des katholischen Antoniushauses in Hochheim



am Main wollte er die »siechen Gebrechlichen« nicht ausgrenzen. Nach den Wirren der letzten Kriegswochen, als das Antoniushaus geräumt werden musste und die dort lebenden körperbehinderten Mädchen in einem Kloster der Dominikanerinnen sowie in Kinder- und Mädchenheimen im Spessart unterkamen (Josefs-Gesellschaft 1954, 22), wurde die Arbeit in den traditionellen Bahnen fortgeführt.

Nach Briefs 1955 (269) sollte das Leben im Heim allerdings keinen Schonraum darstellen und die Kinder bezüglich Nahrung, Kleidung und Wohnung nicht realitätsfremd erziehen. Er fasste seine Überlegungen wie folgt zusammen: »Das Heim kann ... nicht eine Zufluchtsstätte wehleidiger, empfindlicher, den Lebenskampf scheuender Menschen werden. Auch in der Heimgemeinschaft muß der junge Mensch die Nöte des Lebens unbedingt empfinden. Auch hier müssen an ihn Forderungen gestellt werden, denen er nicht ausweichen kann. Nur dann erfüllt die Sonderumwelt ›Heim‹ ihre Aufgabe, für das wirkliche Leben zu erziehen.« Die Sexualpädagogik sollte einen Teil der Schüler dazu ermutigen, eine Familie zu gründen, und den anderen Teil der Körperbehinderten zum »Zölibat im Sinne der freiwilligen Sublimierung des Triebes« hinführen. Beides stellten Leistungen im Dienste der Gemeinschaft – und letztlich »im Dienste Gottes und seines Reiches« – dar, die zur Überwindung von Minderwertigkeitsgefühlen führen sollten (Briefs 1955, 272–273). Mit dieser »Ermutigungs-Pädagogik« zielte er aber vor allem auf schulische und berufliche Qualifizierung, um die Voraussetzungen für eine sinnerfüllte Lebensführung zu schaffen, in die auch die »Siechen« einbezogen sein sollten.

Auch die Schule im Annastift in Hannover war zunächst eine reine Heimschule, die sich aber zur Internats- und Tagesschule wandelte, nachdem sie eine wachsende Zahl externer Schüler aufnahm. Zur historischen Entwicklung berichtet Hachmeister (1997, 98–100), dass 1927 im Annastift vier staatlich geprüfte Lehrerinnen ungefähr 90 Kinder in drei Klassen nach dem Lehrplan der Volksschule unterrichteten. Es gab eine »Hilfsklasse« für die »Schwachbegabten«. Über ein Bildungsangebot für die »siechen Krüppel« wird nicht berichtet; der Plan, eine eigenständige »Siechenstation« zu errichten, wurde nicht realisiert. Auch Brönnecke (1997, 224–226) gibt einen Rückblick auf die Sonderschule im Annastift und kennzeichnet die Nachkriegssituation wie folgt: »Der Unterricht am Krankenbett für die schulpflichtigen Patienten in der Klinik blieb daneben aber immer bestehen, denn nicht alle waren in der Lage, täglich aus den Krankenzimmern mit ihren Betten oder Hilfsgeräten in die Schule transportiert zu werden oder selbst zu gehen. Die Klassen umfaßten damals etwa vierzig Schülerinnen und Schüler, von denen mehrere in Krankbetten lagen. (...) Ausschließlich Lehrerinnen und Lehrer arbeiteten an der Schule; Hilfskräfte gab es keine. (...) Dringend notwendig war die krankengymnastische und bewegungserzieherische Behandlung ... Als Novum in der Schulgeschichte wurde deshalb für diese Aufgabe eine Krankengymnastin als Mitarbeiterin angestellt. Erst viel später konn-

ten dann auch nötige Beschäftigungs- und Sprachtherapeuten, sowie weitere Krankengymnastinnen hinzukommen. (...)« Der Bildungsgang in den Heim- und Krankenhausschulen ging über den Abschluss der Volksschule nicht hinaus. Die heute in Schulen für Körperbehinderte selbstverständliche Zusammenarbeit von Pädagogen und weiteren Fachkräften aus der Krankengymnastik, der Ergotherapie und der Logopädie bahnte sich erst an.

## 1.2 Zur Situation in den »Krüppel-Schulen« der Josefs-Gesellschaft

In der Jubiläumsschrift der Josefs-Gesellschaft (1954, 41–61) wird über die damalige Schulausbildung in den »Krüppelheimen« berichtet. Über die Schulen heißt es u.a.: »Die verschiedenen Schulformen, die die Josefs-Gesellschaft im Laufe ihres fünfzigjährigen Bestehens entwickelt und ausgebaut hat, sind den allgemeinen Schulen zwar weitgehend angeglichen, ihre Sonderstellung als Schulen für Körperbehinderte erfordert aber doch eine kurze Charakterisierung. Die *Volksschulen* sind wenig gegliedert, weil die Bettenzahl der einzelnen Krüppelheime, in denen die Kinder internatsmäßig untergebracht sind, die Aufnahmemöglichkeit beschränkt. Der ursprüngliche Plan ..., wenige, dafür aber größere Heime zu errichten, wurde bald aufgegeben. Stattdessen baute oder erwarb die Josefs-Gesellschaft in allen Teilen Westdeutschlands kleinere Häuser. Diese Umstellung ermöglichte einerseits die Unterbringung der Körperbehinderten im Bereich der näheren Heimat, sie wahrte vor allem den internen Charakter der Heime, durch die eine echte Erziehungsarbeit innerhalb einer gut übersehbaren Gemeinschaft ermöglicht wurde. (...) Wegen der größeren unterrichtlichen und erzieherischen Schwierigkeiten umfassen die einzelnen Klassen weniger Schüler als in der Normal-Volksschule, die Höchstzahl ist fünfundzwanzig, wie das in allen Sonderschulen der Fall ist.«

Eingegangen wird dann auch auf didaktisch-methodische Fragen: »Der Unterrichtsablauf bekommt durch die zu spät eingeschulten Schüler eine besondere Note. Der Lehrer muß sich mit diesen Schülern besonders befassen. Die Klassengemeinschaft wird aufgelockert, teilweise erteilt der Lehrer ausgesprochenen Einzelunterricht. Der Schüler erreicht dadurch, daß er die unteren Jahrgänge schnell durchheilt. Der Lehrer bringt nur die wichtigsten Stoffe an ihn heran und versetzt ihn, sobald die Reife für eine höhere Klasse einigermaßen erreicht ist. Daß dabei Lücken im Wissen und Können bleiben, ist selbstverständlich. Auf diese Weise erreicht der Schüler aber die oberen Jahrgänge und bekommt auch in den Realfächern noch eine gewisse Übersicht. (...) Erreicht ein Schüler bis zum Termin der Schulentlassung trotz besonderer Förderung aber doch nicht die Reife für eine Berufsausbildung, so wird die Schulzeit für ihn verlängert. In einzelnen Fällen geschieht das sogar über ein Jahr hinaus. Dann wird aber versucht, die Berufsausbildung trotzdem schon jetzt zu beginnen: der Schüler besucht am Vormittag die Schule, nachmittags arbeitet er schon in der Werkstatt. (...) Die Volks-

schulen der Josefs-Gesellschaft sind den öffentlichen Volksschulen in jeder Hinsicht gleichgestellt. Die Schüler genügen hier der Volksschulpflicht ohne jede Einschränkung. Die Lehrer sind nicht privat sondern staatlich angestellt.«

Schließlich wird auch zu organisatorischen Gegebenheiten Stellung genommen: »Ein besonderer Zweig der Sonder-Volksschule ist der sogenannte Bettenunterricht, der eigentlich ›Klinikunterricht‹ heißen müßte. Hier werden jene Schüler erziehlisch und unterrichtlich betreut, die für längere Zeit zur ärztlichen Behandlung in einer Klinik bleiben. (...) In einzelnen Krüppelheimen sind auch *Hilfsschulklassen* eingerichtet. Hier werden jene Schüler erfaßt, die aus bekannten Gründen nicht am üblichen Volksschulunterricht teilnehmen können. In diesen Klassen sind die Schüler aller Jahrgänge zusammengefaßt. Das erschwert die Arbeit; es ist aber bei der geringen Schülerzahl in einzelnen Heimen nicht möglich, eine stufenweise Aufgliederung vorzunehmen. (...) Bei der Häufigkeit der Sprachbehinderungen, die Folge oder Begleiterscheinung eines Krüppelleidens sind, wurde es notwendig, auch diesen Schülern eine besondere Hilfe zu geben. Deshalb richtete die Josefs-Gesellschaft in den einzelnen Heimen *Sprachheilkurse* ein. (...) Besonders wichtig ist dieser Unterricht für die vielen Jugendlichen mit spasmodischen (krampfartigen) Lähmungen (Halbseitenlähmung und Little'sche Krankheit).« (Josefs-Gesellschaft 1954, 45–48 – Hervorhebungen im Original)

In den Heimschulen der Nachkriegszeit gab es also Klassenstärken, die aus heutiger Sicht extrem groß waren. So wird in Einrichtungen der Josefs-Gesellschaft von 25 Schüler pro Klasse und im Annastift gar von 40 Schüler pro Klasse berichtet. Die Öffnung nach außen führte zunehmend mehr Tagesschüler in die Heimschulen, was neue Strukturen herausforderte und der sozialen Integration entgegenkam. Die pädagogischen Ziele der Heimpädagogik für junge Körperbehinderte wurden außerhalb nicht mehr uneingeschränkt geteilt. Dort orientierte man sich an der allgemeinen Pädagogik, die auf Emanzipation und vermehrte Bildungs- und Berufschancen gerichtet war.

### 1.3 Neue Rechtsgrundlagen für die Körperbehindertenfürsorge

Die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge legte 1950 einen Entwurf für ein neues Körperbehindertengesetz vor. Es sollte das Preußische Krüppelfürsorge-Gesetz von 1920, die gesetzlichen Regelungen für das Deutsche Reich sowie die weiter geltenden Bestimmungen in den Ländern der BRD ablösen und damit die Fürsorge für Körperbehinderte vereinheitlichen. Auch die während der NS-Herrschaft eingetretenen Verschlechterungen der rechtlichen Lage Behinderter sollten damit überwunden werden. Erst 1957 verabschiedete dann der Deutsche Bundestag das »Gesetz über die Fürsorge für Körperbehinderte und von Körperbehinderung bedrohte Personen« (abgedruckt in: Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte 1957, 135–140). Es brachte eine Veränderung der begrifflichen Fassung des Personenkreises der Körperbehinderten; so lautete sein § 1: »Kör-

perbehinderte sind Personen, die durch Fehlfunktionen des Stütz- und Bewegungssystems oder durch Spaltbildungen des Gesichts oder des Rumpfes dauernd in ihrer Erwerbsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt sind oder in Zukunft voraussichtlich sein werden.« Damit war der Begriff »Krüppel« durch den vorurteilsfreieren Terminus »Körperbehinderter« auch gesetzlich abgelöst. Neben dem Anspruch auf vorbeugende Hilfen bei drohenden Körperschäden (Prophylaxe) wurde ein differenziertes Angebot der beruflichen Rehabilitation eingeräumt. So heißt es in § 2: »Aufgabe der Fürsorge für Körperbehinderte nach diesem Gesetz ist, drohende Körperbehinderung durch rechtzeitiges Einschreiten zu verhüten, vorhandene zu beseitigen, insbesondere die Eingliederung der Körperbehinderten in das Erwerbsleben durch Erwerbsbefähigung oder eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung vorzubereiten oder, falls dies nicht mehr möglich ist, ihnen ihr Leiden durch Gewährung angemessener Bildung und Pflege zu erleichtern.« Damit hatte nun auch der Personenkreis der »siechen Gebrechlichen« einen Bildungsanspruch, der erst allmählich durch Aufnahme in Schulen realisiert wurde.

Aber dieses »Körperbehindertenfürsorgegesetz« hatte nicht lange Bestand, denn schon 1961 wurden seine wesentlichen Bestimmungen in das neu geschaffene Bundessozialhilfegesetz (BSHG) übernommen. Bedeutsam war, dass die Hilfen für eine angemessene Schulbildung nun auch über das volksschulpflichtige Alter hinaus zugesichert wurden, womit weiterführende Bildungsgänge mit Abschluss einer Realschule und der verschiedenen Formen des Gymnasiums sowie der Fachschulen (Handels- bzw. Wirtschaftsschulen) möglich wurden. Im BSHG verankert wurde das Prinzip der »Hilfe zur Selbsthilfe«; das Gesetz regelte die »Eingliederungshilfe für behinderte Menschen« und definierte in einer gesonderten »Eingliederungshilfe-Verordnung« auch den Personenkreis der »körperlich wesentlich Behinderten«. In § 40 BSHG wurde die »Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung, vor allem im Rahmen der Schulpflicht und zum Besuch weiterführender Schulen« festgeschrieben. Bläsig (1967, 13–25) gibt einen Überblick über die Rechtsgrundlagen einschließlich der Schulgesetze bis in die 60er-Jahre und über die damalige Verteilung der körperlichen Schädigungen im Schulalter.

#### 1.4 *Die Denkschrift zum Ausbau des heilpädagogischen Sonderschulwesens*

Der Verband Deutscher Hilfsschulen (VDH) erweiterte 1953 sein Aufgabengebiet auf die gesamte Heilpädagogik und nannte sich 1955 in Verband Deutscher Sonderschulen (VDS) um, sodass nun auch die Körperbehinderten- und Krankenpädagogik als sonderpädagogische Fachrichtung von ihm vertreten wurde. Die Erweiterung der Aufgabenstellung wird mit schulorganisatorischen Erfordernissen begründet, da man nun den Aufbau des gesamten Sonderschulwesens im Blick hatte. Noch als VDH legte er 1954 eine »Denkschrift zu dem Ausbau des

heilpädagogischen Sonderschulwesens« dem Deutschen Städtetag vor (Verband Deutscher Hilfsschulen 1955, 1–43). Man wollte erreichen, dass alle »hilfsschulbedürftigen Kinder« auch tatsächlich der Hilfsschule zugewiesen wurden, wobei man von 3,5 bis 4% der Gesamtzahl der schulpflichtigen Kinder ausging (ebd., 10). In Bezug auf die Nazi-Zeit vermied man eine selbstkritische Rückschau: »Die Zeit nach 1933 und der Zweite Weltkrieg schlugen dem Hilfsschulwesen tiefe Wunden und bedrohten es sogar in seiner Existenz, da das Menschentum in den gehemmten Kindern einfach verneint wurde. Trotzdem aber konnte der Gedanke der Hilfe für die von Natur nur kärglich bedachten Kinder nicht zerstört werden, und nach 1945 zeigte es sich, dass bei allen für das Schulwesen entscheidenden Stellen ein durch die Not und die Gefahren der vorausgegangenen Jahre sogar geschärftes Verantwortungsgefühl geblieben war.« (Ebd., 7) Es waren aber nicht zuletzt Sonderschullehrer, die an den »tiefen Wunden« und den »Existenzbedrohungen« gegenüber behinderten Menschen durch die Übernahme der NS-Ideologie zumindest in der Theorie und teilweise auch praktisch mitgewirkt haben (siehe Kap. VII). Betont wurde, »dass die Überweisung in eine Hilfsschule keine Strafmaßnahme bedeutet, sondern lediglich der bestmöglichen Entwicklung des Kindes dient und eine wirkliche Hilfe für die Kinder darstellt« (ebd., 1). Die Eltern sollten aufgeklärt und von der »segsreichen Einrichtung der Hilfsschule« überzeugt werden. Offensichtlich waren die Eltern misstrauisch auf Grund der eigenen Erfahrungen in der Nazi-Zeit oder durch Berichte über den Umgang mit weniger Leistungsfähigen und die Ermordung »unheilbar Kranker«.

In einer ergänzenden »Denkschrift zu einem Gesetz über das heilpädagogische Sonderschulwesen« (ebd., 41–55), die auch den Kultusministerien der Länder zugeleitet wurde, wurde die angestrebte gesetzliche Regelung dargelegt. Im Zentrum stand die Hilfsschule; strukturell gegliedert wurde außerdem in die Sprachheilschule, die Schwerhörigenschule, die Sehbehindertenschule, die Schule für gemeinschaftsschwierige Kinder, die Schule für schwer erziehbare Kinder (als Heimschule), die Schule für körperbehinderte Kinder und die Krankenhauschule (ebd., 45). Die Heimschulen für Taubstumme, Blinde und Körperbehinderte wurden nicht erwähnt.

#### 1.4.1 Schulen für Körperbehinderte und Krankenhausschulen

Zu den einzelnen Schulen wurden auch »Richtlinien« vorgelegt. Sie wurden u.a. im »Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte 1956«, veröffentlicht, das von der »Deutsche Vereinigung zur Bekämpfung des Krüppeltums e.V.« herausgegeben wurde und als Verbandsorgan die »Zeitschrift für Krüppelfürsorge« fortsetzte, die von 1907 bis in den Zweiten Weltkrieg erschienen war.

Für die Schulen für Körperbehinderte heißt es u.a. (Jahrbuch 1956, 175–177): Sie sind »heilpädagogische Sonderschulen für solche Kinder, die durch die Art ihres Körperschadens und die dadurch bedingten seelischen Belastungen eines

besonderen heilpädagogischen, individuellen, psychologischen Unterrichtes bedürfen oder bei denen durch die jeweils vorhandene Krankheit eine heilpädagogische Sonderbeschulung notwendig ist«. Es folgen dann nähere Umschreibungen der Schädigungsformen. Weiter heißt es: »Immer ist entscheidend, daß durch das Leiden eine Bewegungsbehinderung eintritt, die die gesamte Lebenshaltung tiefgehend beeinträchtigt. Trotzdem ist das körperbehinderte Kind nicht eine Verzerrung des Gesunden, sondern es bildet sich in ihm durch Wechselwirkung der verbliebenen Kräfte eine neue, anders geartete, aber doch wieder in sich geschlossene leiblich-seelische Einheit.« Deutlich angesprochen wird die begrenzte Notwendigkeit der Sonderbeschulung: Wenn eine Körperbehinderung so weit gebessert ist, dass die Schüler ohne körperlich oder seelisch Schaden zu nehmen am Unterricht der Normalschule teilnehmen können, sollen sie dorthin überwiesen werden. Leichter behinderte Kinder sollten ohnedies in der Normalschule verbleiben, sofern nicht »psychologische oder familiäre Gründe eine Einweisung in die Schule für körperbehinderte Kinder erforderlich machen«.

Ausdrücklich wird festgestellt: »Die geistige Struktur des körperbehinderten Kindes ist vielfach andersartig als die des Gesunden. Sie ist aber keineswegs krankhaft oder abnorm zu nennen, sondern unterliegt den allgemeinen Gesetzen der Psychologie.« Offensichtlich hatte man aus der Diskussion um eine »Krüppel-Seele« gelernt (siehe Kap. V.3.2) und wollte keine fragwürdigen Persönlichkeitsmerkmale mehr zuschreiben. Anklänge finden sich aber noch, denn weiter heißt es dann: »Die in der Entwicklung stehenden körperbehinderten Kinder sind durch falsches Verhalten der Umwelt oftmals gemeinschaftskrank oder seelisch notleidend geworden.« Vollständig konnte man sich nicht von alten Deutungen und Etikettierungen lösen, was auch hier eine begriffliche Kontinuität anzeigt. Wie hartnäckig sich die »Krüppelpsychologie« hielt, zeigte sich dann bei Bläsig (1967, 148–151), der die Konzeption der »Krüppelseele« nach Würtz der ablehnenden Auffassung von Briefs gegenüberstellte. Briefs ging davon aus, dass das Anderssein des Körperbehinderten sich als Fehlreaktion allein aus dem falschen Verhalten der sozialen Umwelt herleitet und kein kausaler Zusammenhang zwischen Körperschaden und Psyche besteht. Bläsig neigte offensichtlich mehr der Erklärung von Würtz zu.

Als Organisationsformen werden in den Richtlinien dann die Heimschule und die Tagesschule genannt. Sie sollen jeweils mit einer orthopädischen Heilanstalt oder Klinik verbunden sein. Und auch die Dominanz der Medizin wird fortgeschrieben, wenn es heißt: »Die Überwachung der Tagesschule durch einen Facharzt für Orthopädie, der Erfahrungen in der Körperbehindertenfürsorge hat, ist unbedingt sicherzustellen.« Für die Heimschulen war dies sowieso selbstverständlich.

Die Krankenhausschulen werden ebenfalls in ihren Aufgaben, Zielen und Methoden beschrieben. Einleitend heißt es (Jahrbuch 1956, 177–179): »Krankenhaus- und Heilstättenschulen sind heilpädagogische Sonderschulen für sol-

che Kinder, die sich ihres Leidens wegen in klinischer Behandlung befinden. Da die Behandlungsdauer oft mehrere Monate, manchmal auch Jahre in Anspruch nimmt, ist eine schulische Betreuung dieser Kinder und eine speziell ausgerichtete Erziehung, die ihr vom normalen abweichendes Seelenleben berücksichtigt, unbedingt erforderlich, wenn sie nicht geistig verkümmern und charakterlich zugrunde gehen sollen.« Eine wohl etwas übertriebene und begrifflich eigenwillige Sicht der psychischen Gefährdung.

Für die Unterrichts- und Erziehungsarbeit werden ebenfalls Grundsätze formuliert; sie zielen: – auf sorgfältige Beobachtung und verständnisvolle Einfühlung in den Gesundheitszustand des Schülers, – auf das Vermeiden von Überanstrengung, – auf Ausnutzen des Lerneifers und der Wissbegier in Zeiten des »Hochgefühls«. Schließlich werden die Lehrkräfte wie folgt angesprochen: »Die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit muß geleistet werden mit fröhlichem Herzen, erfüllt von tiefer Liebe, sich nicht ergehend in falscher Bemitleidung, sondern stützend, aufrichtend, Menschen formend, die sich als vollgültig in der Gesellschaft fühlen und zu behaupten verstehen.«

#### **1.4.2 Aufbau eines eigenständigen Sonderschulwesens**

Angestrebt wurde eine rechtliche Verankerung des Sonderschulwesens in separaten Schulgesetzen der Länder als eine selbstständige Säule im Aufbau des Bildungswesens. Es kam zu der an die Institutionen gebundenen Schulpflicht: In Sonderschulen erfüllen die Kinder ihre Schulpflicht, die für den normalen Unterricht »nicht geeignet« sind. Man bildete den Begriff »Sonderschulbedürftigkeit«, der erst in den Neunzigerjahren durch den Begriff »Sonderpädagogischer Förderbedarf« abgelöst wurde (KMK 1994, 2). Zu einem erkennbaren Neuanfang in der schulischen Förderung führte die Denkschrift nicht.

In den Bundesländern wurden in den folgenden Jahren gesetzliche Regelungen für das Sonderschulwesen erlassen, sodass die Zahl der Sonderschulen und der sie besuchenden Schüler stark anstieg. Es wurden nun »Schätzanteile als Soll-Quoten sonderschulbedürftiger Kinder errechnet. Die Gemeinden und der Staat eiferten geradezu, nun endlich – nach dem längst angelaufenen Wirtschaftswunder – auch etwas für »die Ärmsten unserer Kinder« tun zu können« (Speck 1988, 21). Es kam zu einer »Binnenkonsolidierung« der Sonderschulen, die aber »pädagogisch neuralgische Komplexe« aufwies: Das »Behinderungsspezifische«, also die Frage, wer behindert ist und wo beschult werden sollte, blieb ungeklärt. Schule und schulische Erziehung wurden überbetont, woraus eine »Hypertrophierung von Unterricht und im übrigen eine separierte sogenannte außerschulische Heilpädagogik« resultierte. Es bildete sich ein »Zweikammersystem«: Entweder Normal- oder Sonderschule. Zwischenstufen fehlten, aber die allgemeine Schule wurde – wie gewünscht – entlastet. Die soziale Diskriminierung konnte durch den »sozialen Schonraum« Sonderschule nicht neutralisiert werden. Infolge des Hervorhebens der »Behindertenspezifität« trat das Phänomen der Mehr-

fachbehinderung in den Hintergrund (Speck 1988, 21–22), was sich für die Pädagogik der Körperbehinderten mit komplexen Auswirkungen der Schädigung ungünstig auswirkte. Angemessene schulische Förderangebote für die »Schwerstbehinderten« wurden dann erst in den Siebzigerjahren entwickelt und erprobt und schlugen sich später in KMK-Empfehlungen (1983, 1998) für die Schule für Körperbehinderte nieder.

### 1.5 Weiterentwicklung und Neugründungen von Heimschulen

Die Feststellung von Wolfgart (1976, 62) zu den »Überregionalen Schulen mit Internat (heimverbundene Schulen)« erstaunt. »Die frühere Form ..., die nur von Kindern des angeschlossenen Internats besucht wurde, scheint heute nicht mehr zu existieren ...« Hatte doch Bläsig (1967, 159–162) in seiner Übersicht über Bildungseinrichtungen für körperbehinderte und kranke Kinder in der Bundesrepublik und Berlin (West) noch die Namen und Anschriften sowie die Anzahl der Kinder von 28 Internatsschulen, 50 Tagesschulen und 56 Krankenhausschulen aufgeführt. Als überregionale Bildungszentren überlebten die »Heimsonderschulen« an einzelnen Standorten wie etwa in München die Landesschule für Körperbehinderte (siehe Kap. II).

Wolfgart (1976, 63) verweist auch auf eine »Gesamtschule für Körperbehinderte«, die für 800–1.000 Schüler geplant sei und deshalb die »Gefahr einer Gettoisierung« bestehe. Es handelte sich um die Neugründung eines Südwestdeutschen Rehabilitationszentrums für Kinder und Jugendliche (RZN), das 1974 in Neckargemünd bei Heidelberg die Arbeit aufnahm. Hervorgegangen war das RZN aus dem »Victor-Lenel-Stift«, einer staatlichen Heimsonderschule für Körperbehinderte. Privater Träger wurde nun aber die Stiftung Rehabilitation Heidelberg (heute SRH-Gruppe als Holdinggesellschaft). Das RZN wurde als überregionale Heimsonderschule für Körperbehinderte konzipiert und mit einer Fachklinik und einem Berufsbildungswerk (BBW) auf gleichem Areal verbunden. Inzwischen wurden Schule, BBW und Klinik in eigenständige gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung (gGmbH) umgewandelt, deren Alleingesellschafter jeweils die SRH-Holding ist.

In der Jubiläumsschrift zum 25-jährigen Bestehen der Schule, die sich nun »Stephen-Hawking-Schule« nennt (o.J.), werden die Motive zur Schaffung dieser Einrichtung und die Entwicklung seit den Siebzigerjahren aufgezeigt. Ziel war die bestmögliche Vorbereitung auf die berufliche und soziale Eingliederung, die sich am Konzept der differenzierten Gesamtschule orientieren sollte (ebd., 19–20). Zunächst wurden nur die Bildungsgänge von der Grundschule, über die Hauptschule, die Realschule bis zur gymnasialen Oberstufe angeboten. Hinzugekommen sind dann Bildungsgänge zum Abschluss der Schule für Lernbehinderte, der Wirtschaftsschule und des Wirtschaftsgymnasiums. Als Teil der beruflichen Vorbereitung nach Abschluss der Pflichtschulzeit kann in einem Berufsvor-



bereitungsjahr (BVJ) inzwischen auch noch der Hauptschulabschluss erworben werden. Bemerkenswert ist ein Schulversuch zur »umgekehrten« Integration; damit ist gemeint, dass in den Zweigen der Realschule und des Gymnasiums dieser »Heimonderschule« auch Nichtbehinderte aufgenommen und gemeinsam mit Behinderten zu entsprechenden Schulabschlüssen geführt werden (ebd., 64–71). Die bereits in den Siebzigerjahren einsetzende Entwicklung zur Aufnahme von »Externen« wurde damit verstärkt, sodass die Schule heute sowohl Ganztages- als auch Internatsschule ist.

Zur Neugründung von Heimschulen kam es auch an neurologischen Rehabilitationszentren (z.B. in Gailingen am Hochrhein und in Geesthacht bei Hamburg), sowie an Fachkliniken für Kinder und Jugendliche mit chronischen Erkrankungen wie Asthma bronchiale (z.B. in Berchtesgaden). Die dortigen Schulen für Kranke arbeiten nach den Richtlinien der KMK (1982, 1998) für diese Schulart.

### 1.6 *Neugründungen von Tagesschulen für Körperbehinderte*

Die traditionelle Beschulungsform für Körperbehinderte war die Heimschule; nach den gesetzlichen Neuregelungen durch das Körperbehindertenfürsorgegesetz von 1957 und das Bundessozialhilfegesetz von 1961 konnten nun auch andere Schulangebote geschaffen werden. Nach Bläsing (1966, 109–113) bestanden nach 1945 keine Tagesschulen für Körperbehinderte mehr; erst in den Fünfzigerjahren kam es zur Schaffung solcher schulischer Angebote. Er nennt West-Berlin als Beispiel für die Einrichtung von Tagesschulen und das Annastift in Hannover, das ab 1954/55 einen entsprechenden Schulzweig eröffnete (siehe 1.1).

Die erste eigenständige Schule war die »Spastikerschule an der Eppendorfer Landstraße« in Hamburg, die auf eine bereits 1911 gegründete Tagesschule am Mühlendamm zurückgeht. In einer Jubiläumsschrift des Schulvereins (o.J.): »25 Jahre Schule Tegelweg, ehemals Eppendorfer Landstraße. Erste staatliche Schule für Körperbehinderte in der Bundesrepublik Deutschland 1958–1983« wird darauf verwiesen, dass bereits 1926 der Bau eines staatlichen Krüppelheims in Hamburg mit Klinik, Schule und Erziehungsabteilung, Werkstätten zur Berufsausbildung und einer »Siechenabteilung« geplant war, der aber wegen der Krise in den Staatsfinanzen nicht verwirklicht wurde. Es heißt dann: »Nach dem 2. Weltkrieg waren zunächst für körperbehinderte Kinder und Jugendliche keine besonderen Schulen vorhanden.« (Ebd., 6)

In einer Jubiläumsschrift der Westfälischen Schule für Körperbehinderte in Bochum-Langendreer (o.J.) zum 30-jährigen Bestehen 1989 heißt es zur Schulgeschichte: »Anfang 1958 taten sich interessierte Männer zusammen und suchten Mittel und Wege, um spastisch gelähmten Kindern in Bochum und Umgebung zu helfen. Bisher wurden diese kranken Kinder nur in Heimen der verschiedenen Religionsgemeinschaften betreut. Man ging nun in die Familien, wo spastisch ge-

lähmte Kinder vermutet wurden und gar bald hatten sich viele Eltern für das geplante Vorhaben gefunden. (...) In mühevoller Kleinarbeit kam es zur Gründung eines Vereins. (...) Geeignete Räume fanden sich in Bochum-Wiemelhausen. (...) Am 11. Oktober 1959 trafen die ersten Kinder ein. In Kleinbussen und Privatautos wurden die Kinder morgens von zu Hause geholt und nachmittags nach Hause gebracht. Die ersten schulischen Kenntnisse vermittelte Sonderschulrektor i.R. Herr Heinrich Boetzel. Er übernahm auch den gesamten Sprachheilunterricht. (...)«

Bläsig (1967, 52, 55) geht 1966 von 28 Internatsschulen aus, in denen »wenigstens 1.800 körperbehinderte Schulpflichtige gefördert« wurden. Über die Tagesschulen äußerte er: »1966 wurden in Westdeutschland und in Berlin (West) in 50 Bildungsstätten mehr als 2.600 körperbehinderte Vorschul- und Schulpflichtige therapeutisch und schulisch betreut.« Trotzdem war die Versorgung mit Schulplätzen noch unzureichend, denn Bläsig verwies auf etwa 60.000 Körperbehinderte im schulpflichtigen Alter, von denen »31.200 sonderschulbedürftig« seien. Er fuhr dann fort: »In den Krankenhaus-, Internats- und Tagesschulen können aber nur 5.600 Kinder betreut und beschult werden. So sind in den Volksschulen volksschulfähige Körperbehinderte, aber auch mehr als 20.000, die als sonderschulbedürftig keine Aufnahme in Bildungseinrichtungen für Körperbehinderte finden, weil es eben zu wenig solcher Schulen gibt. Andere Körperbehinderte – es muß befürchtet werden, daß die Anzahl groß ist – leben unbeschult im Elternhaus.« Damit war die Expansion des separierten Schulwesens für Körperbehinderte vorgezeichnet. Indirekt sprach Bläsig aber auch das Problem der »siechen Gebrechlichen« an, die im Elternhaus oder in Pflegeeinrichtungen lebten und für die noch keine schulische Förderung gegeben war. Unterstützt wurden die Bestrebungen zu mehr Schulplätzen für Körperbehinderte durch den VDS und die KMK. Aber auch der DBR (1973, 20), der die traditionelle Separierung aufbrechen wollte und den Gemeinsamen Unterricht anregte, ging von einem Fehlbedarf von 65% der notwendigen Sonderschulplätze für Körperbehinderte aus.

Aus den statistischen Angaben von Bläsig geht hervor, dass schon bis dahin körperbehinderte Schulpflichtige in großer Zahl gemeinsam mit nichtbehinderten in allgemeinen Schulen unterrichtet wurden – als Notlösung einerseits, aber auch als akzeptable Beschulung, wenn auf Grund der individuellen Voraussetzungen zielgleiches Lernen und entsprechende Schulabschlüsse möglich waren. Mit den Bestrebungen der KMK zur Vereinheitlichung und zum Ausbau des Sonderschulwesens und auch als Folge der »Contergan-Katastrophe« (Schönberger 1971) wurde das schulische Angebot ausgeweitet. Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands 1990 wuchs die Anzahl der schulischen Einrichtungen für Körperbehinderte auf 129; an ihnen wurden 13.116 körperbehinderte Schüler unterrichtet. Die »Behindertenquote« als Anteil der Schüler in sonderschulischen Einrichtungen an der Gesamtzahl der Schüler im Alter der Vollzeitschulpflicht lag

bei 0,21. Hinzu kamen 139 Einrichtungen für Kranke, an denen 6.861 Schüler unterrichtet wurden; die »Behindertenquote« lag hier bei 0,11 (KMK 1991).

### *1.7 Die berufliche Rehabilitation Körperbehinderter*

In der Jubiläumsschrift der Josefs-Gesellschaft (1954, 62–103) werden »50 Jahre Berufsbildung von Körperbehinderten« innerhalb dieser Trägereinrichtung aufgezeigt. Angeknüpft wird an das religiös geprägte Verständnis, wenn einleitend festgestellt wird: »Und doch heißt ›Beruf‹ auch heute noch in seinem letzten und tiefsten Sinn ›berufen werden‹, an- und aufgerufen werden zu einer bestimmten Lebensaufgabe und Lebensbindung, in der sich die Persönlichkeit mit all ihren Beziehungen zur Gemeinschaft entfalten und erfüllen kann.« Luig (1976) hat dann als Direktor der Josefs-Gesellschaft die Veränderungen aufgezeigt und die Situation nach den Reformen im Berufsbildungs- und Sozialrecht durch das Berufsbildungsgesetz und das Arbeitsförderungsgesetz von 1969 und das Schwerbehindertengesetz von 1974 beschrieben. Er verweist auf eine über 100-jährige geschichtliche Entwicklung und konstatiert: »Als das in den anglo-amerikanischen und skandinavischen Ländern gewonnene Ideengut der Rehabilitation nach dem Zweiten Weltkrieg auch in die Bundesrepublik Deutschland gelangte, traf es hier keineswegs auf einen leeren Raum, sondern fand ein vielfältig aufgebautes, traditionsreiches System ähnlicher sozialrechtlicher Hilfen zur Eingliederung und Wiedereingliederung behinderter Personen vor.« (Ebd., 130) Er unterscheidet drei Phasen der Entwicklung: 1. Die rein handwerkliche Ausbildung angelehnt an die dreijährige Lehrzeit mit abschließender Gesellenprüfung und Möglichkeit zum Meisterdiplom. 2. Nach dem Ersten Weltkrieg der Einstieg in die berufliche Rehabilitation durch neue Fürsorgengesetze. 3. Nach dem Zweiten Weltkrieg die Ausweitung auf Industriebetriebe und die Ausbildung für den freien Arbeitsmarkt.

Aus der Sicht der Sonderschule für Körperbehinderte (Bläsig 1971, 42) wurden nachgehende Hilfen als notwendig erachtet, weil nur so die »soziale Behinderung« abzubauen sei. Dem behinderten Jugendlichen, der »unauffällig integriert« werden wolle, sollte zu einer positiven Lebenshaltung verholfen werden. In einer empirischen Studie hat Bläsig (1980, 1–2) dann die Berufsfindung und berufliche Eingliederung körperbehinderter Jugendlicher analysiert. Danach konnten noch bis 1974 Jugendliche mit einer »Behinderung mittleren Grades« eine Ausbildung in der freien Wirtschaft finden, wogegen die Schwerbehinderten in Einrichtungen für Körperbehinderte ausgebildet wurden. Die gesetzliche Umstrukturierung sehe nun Folgendes vor: 1. Körperbehinderte, die später in der freien Wirtschaft über den Arbeitsmarkt vermittelbar und von ständiger Pflege unabhängig sind, sollen in Berufsbildungswerken (BBW) ausgebildet werden. 2. Körperbehinderte, die wenigstens ein Drittel der Arbeitsleistung eines Nichtbehinderten erbringen, sollen Aufnahme in der Werkstatt für Behinderte (WfB)

finden. 3. Für die, die so schwer behindert sind, dass sie das geforderte Drittel an Arbeitsleistung nicht erfüllen können, wurde keine Förderung vorgesehen.

Bläsig (1980, 196) schlug deshalb für diese Schwerstkörperbehinderten »Beschäftigungswerkstätten« vor, deren Schwerpunkt nicht auf Produktivität in der Arbeit, sondern im Freizeitbereich liegen sollte. Wer arbeiten kann und will, müsste es im »Schonraum« tun dürfen. Er forderte für diesen Personenkreis, der sich wohl weitgehend mit dem der »siechen Gebrechlichen« (Bläsig 1967, 122–124) deckte, aber auch die Chance, bei Befähigung und auf Wunsch in die WfB wechseln zu können.

Das BBW zur beruflichen Erstausbildung körperbehinderter Jugendlicher und die WfB, die aber nicht nach Behinderungsformen differenzieren, sondern neben Geistigbehinderten und Körperbehinderten auch allen übrigen Behinderten offen stehen sollte, prägten dann die weitere Entwicklung. Zur Schaffung von »Beschäftigungswerkstätten« für Schwerstbehinderte kam es nicht; an ihrer Stelle entstanden aber Tagesförderstätten mit Beschäftigungs- und Therapieangeboten, die teilweise an eine WfB angegliedert wurden. Nach einem Netz-Plan des Bundesministeriums für Arbeits- und Sozialordnung wurden entsprechende Einrichtungen in der ganzen BRD geschaffen. Das BBW wurde nach dem dualen System der Berufsbildung konzipiert, das die Lernorte Betrieb und Berufsschule verbindet. Durch das dem BBW in der Regel angeschlossene Internat konnte auch an die Tradition der »Erwerbsbefähigung« in den »Krüppelheimen« angeknüpft werden. Die weitere Entwicklung der BBW zu »sozialen Lernorten für Behinderte« für die verschiedenen Formen der Behinderung wurde von Dreisbach (1986) aufgezeigt.

## **2. Das KMK-Gutachten zur Ordnung des Sonderschulwesens von 1960**

Auf Grund des föderalen Systems der BRD und der Kulturhoheit der Bundesländer wurde es notwendig, die Konzepte und Organisationsformen der schulischen Förderung Behinderter abzustimmen. Durch Abkommen, Empfehlungen und Gutachten, mit jeweils geringerem Grad der Verbindlichkeit, suchte und sucht man das zu erreichen. Ein Sachverständigen-Ausschuss der KMK legte nach mehrjähriger Vorarbeit dem Schulausschuss im Frühjahr 1959 sein Gutachten zum Sonderschulwesen vor, das nach eingehenden Beratungen im März 1960 veröffentlicht wurde. Es gliedert sich in zwei Teile: Die Allgemeinen Richtlinien beinhalten die Bereiche Terminologie, Unterrichts- und Erziehungsziele, Ausbildung der Lehrkräfte, Einschulungen und Überweisungen an die allgemeinen Schulen, Klassenzahlen und Unterrichtsstunden sowie die Beziehungen zwischen Sonderschule, Elternhaus und Öffentlichkeit. Der zweite Teil umfasst Richtlinien für die einzelnen Sonderschultypen.

## 2.1 *Zu den Intentionen und zur Bewertung*

In der Einleitung wird darauf verwiesen, dass sich das Sonderschulwesen in den Bundesländern unterschiedlich entwickelt hat. Während über Aufgaben, Methoden, Mittel und Maßnahmen der Sonderschulen Einigkeit bestand, wurde in einigen Punkten Abstimmungsbedarf konstatiert, um Unsicherheiten in der Öffentlichkeit sowie in der Eltern- und Lehrerschaft zu beseitigen, die dem Ansehen der Sonderschulen schaden. So sollten Abstimmungen erfolgen über: 1. Bestimmungen über die Aufnahme von Schülern in Sonderschulen; 2. das Verhältnis der Sonderschulen untereinander; 3. das Verhältnis der Sonderschulen zu allgemeinen Schulen. Die Gesetzgebung der Länder zum Sonderschulwesen sollte dadurch angeglichen und eine »gesunde Weiterentwicklung der Heilerziehung in Deutschland« ermöglicht werden.

Besonders betont wird die Rolle der Sonderschule als eigenständige Bildungs- und Erziehungseinrichtung. Selbst wenn aus bestimmten Gründen nur einzelne Klassen für Sonderschüler eingerichtet werden, soll ihre Eigenständigkeit und Zugehörigkeit zum Sonderschulwesen gesichert sein. Ein Verbleib »sonderschulbedürftiger« Schüler in allgemeinen Schulen müsse für sie selbst und für ihre Mitschüler einen »pädagogischen Gewinn« darstellen. Andererseits ist die Rückführung von der Sonderschule in die allgemeine Schule ausdrücklich vorgesehen. Für den ländlichen Raum wurde neben der Errichtung von Mittelpunktschulen, Tagesheimschulen und Schulen mit angeschlossenen Schülerwohnheimen auch der Einsatz von »Wanderlehrern« in Erwägung gezogen, die sonderschulbedürftige Kinder in allgemeinen Schulen betreuen sollten. Die Weiterführung der bis dahin entstandenen zwölf Sonderschultypen wird nicht in Frage gestellt, wenn gleich die Gefahr der Aussonderung gesehen wird. So soll beständig darauf geachtet werden, dass es nicht zu »einer ungesunden Absonderung« der Sonderschüler kommt, die sie hindert und unfähig macht, später den Anschluss an das Leben zu finden. Das Gutachten zählt die Pflege der Gemeinsamkeit zwischen den Schülern der Sonderschule und der allgemeinen Schule ausdrücklich zu den allgemeinen Erziehungs- und Unterrichtszielen.

Die wohnortnahe Beschulung von Kindern mit einer Körperbehinderung steht unter dem Vorbehalt der Möglichkeit eines täglichen Transports; ein gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung wird kritisch gesehen, da bei körperbehinderten Kindern »Lebensmut und Selbstvertrauen in der Gemeinschaft mit körperlich Gesunden leiden« könnten. Muth (1986, 19) kritisiert diese Tendenz im Gutachten der KMK von 1960 als eine Bündelung von »Vorurteilen hinsichtlich der Gemeingefährlichkeit der Behinderten«. Er erkennt andererseits an, dass die behinderten Kinder und Jugendlichen durch den Ausbau des separierten Sonderschulwesens eine nie gekannte öffentliche Zuwendung erfahren. Die Entlastung der allgemeinen Schulen mache diese aber zu »Leistungsschulen« und verstärke deren »Selektionsmechanismus«.

Das Gutachten enthält in seiner Einführung auch Aussagen zum »historischen Erbe« aus der Zeit des Nationalsozialismus. Im Einzelnen heißt es dazu: »Das deutsche Volk hat gegenüber den Menschen, die durch Leiden oder Gebrechen benachteiligt sind, eine geschichtliche Schuld abzutragen. Sie dürfen nicht als weniger wertvoll betrachtet und behandelt werden. Das deutsche Volk muß die Aufgabe wieder ernst nehmen, allen Kindern und Jugendlichen, die die allgemeine Schule nicht mit Erfolg besuchen können, den Weg zu einem sinnerfüllten Leben zu bereiten ... Die Richtlinien gehen von der Überzeugung aus, daß die Sorge um die Sonderschulen eine Pflicht der Allgemeinheit darstellt. Der ernste Wille eines Volkes, die Achtung vor der Menschenwürde zum Grundsatz seiner Lebensordnung zu erheben, und seine Kulturhöhe beweisen sich auch in der Sorge um diejenigen, die auf die Hilfe ihrer Mitmenschen angewiesen sind.« (KMK 1960, 7–8)

Bleidick (1998, 98) sieht in diesem Nachkriegsdokument zur Sonderpädagogik den »Duktus einer Bemäntelung des verbrecherischen Geschehens« und fragt: Waren die Verbrechen der Nazis an den Behinderten, waren Diskriminierung, Zwangssterilisation und Tötung so Schrecken erregend, dass es den Verfassern noch Jahrzehnte nach dem Ende der Diktatur die Sprache verschlagen hat? Oder lenkte die bittere Not der Nachkriegszeit davon ab, auch noch die Belastungen der zurückliegenden Zeit aufarbeiten zu können? Für die auch in diesem Dokument erkennbare Verdrängung einer offenen Auseinandersetzung mit der Nazizeit sieht Bleidick als mitentscheidendes Motiv die personelle Kontinuität, wie sie in den Schulen, den Schulverwaltungen und Kultusministerien offenbar damals noch gegeben war (siehe Kap. VII). Neben den ethischen und historischen Begründungen für den Ausbau der Sonderschulen werden aber auch wirtschaftliche Gründe angeführt, wenn darauf verwiesen wird, dass eine angemessene Förderung in den Sonderschulen später einmal Geld für Unterstützung, Gefängnisse und Heilanstalten einsparen könne. Die Kosten-Nutzen-Argumentation, die in der Weimarer Republik und in der Nazi-Zeit üblich war, um den finanziellen Aufwand für die Fürsorge und die Schulbildung Behinderter zu begründen, war also noch keineswegs überwunden.

## 2.2 *Die Körperbehindertenschule*

Die sich bereits mit den Vorschlägen des VDS von 1955 abzeichnende Struktur von Tagesschulen, Heim- und Klinikschulen wird in den Richtlinien der KMK (1960, 25–26) festgeschrieben. Im Einzelnen heißt es: »Die Körperbehindertenschule nimmt körperlich gebrechliche Kinder und Jugendliche auf, denen die übrigen Schulen nicht gerecht werden können oder deren Lebensmut und Selbstvertrauen in der Gemeinschaft mit körperlich Gesunden leiden. Körperbehindertenschulen können Heimen, Heilstätten oder Kliniken angeschlossen sein oder auch außerhalb dieser Einrichtungen als Schulen oder Klassen bestehen,

wenn den Schülern der tägliche Schulweg ermöglicht und zugemutet werden kann. Kinder und Jugendliche, deren Behinderung hirnorganisch bedingt ist, bedürfen aus psychologischen, pädagogischen und medizinisch-therapeutischen Gründen einer entsprechenden Sonderbetreuung bzw. -einrichtung.«

Die Bildungsaufgabe der Körperbehindertenschule wird wie folgt bestimmt: »Der Arbeit der Körperbehindertenschule wird der Bildungsplan der allgemeinen Schule zugrunde gelegt. Um individuelle Besonderheiten der Schüler hinreichend berücksichtigen zu können, dem heilpädagogischen Auftrag der Schule genügend Raum zu geben und um Zeit zu gewinnen für fachärztlich gewünschte Übungen, ist eine Auswahl des Bildungsgutes der allgemeinen Schule vorzunehmen. Sie ist nach heilpädagogischen Gesichtspunkten und im Hinblick auf das spätere Berufsleben zu treffen. Die heilpädagogische Aufgabe der Körperbehindertenschule besteht darin, in Zusammenarbeit mit dem Facharzt die den Schülern verbliebenen Anlagen und Fähigkeiten zu erhalten und zu entwickeln. Die Körperbehindertenschule soll ihnen dabei behilflich sein, daß sie lernen, sich mit der gegebenen Behinderung abzufinden, Ausfälle zu ersetzen und in gesunder Trotzdem-Haltung zu der ihnen möglichen Leistung, zu Selbstvertrauen und Lebensmut zu gelangen.« Die Orientierung an den »Bezugs-Lehrplänen« der allgemeinen Schulen ist bis heute geblieben; hinzugenommen wurden dann noch die Lehrpläne der Schulen für Lernbehinderte und für Geistigbehinderte.

Zur Einschulung wird bestimmt: »Die Aufnahme in die Körperbehindertenschule wird von den Eltern, von Fachärzten oder von der Schule beantragt. Das gemeldete Kind wird vom Amts- bzw. Schularzt untersucht. Das Ergebnis wird der Körperbehindertenschule zugeleitet. Sie prüft das Kind auf die heilpädagogischen Möglichkeiten hin und legt der Schulbehörde ihre Stellungnahme zur Entscheidung vor. Für die Mitwirkung der Eltern bei der Einschulung gelten sinngemäß die allgemeinen Bestimmungen über die Einschulung.« Die Konzeption beinhaltete eine Schule für Normalbegabte mit Körperbehinderung, klammerte aber die »Siechen« aus. Gegenüber den Vorschlägen des VDS von 1955 wurde die Überwachung durch einen Facharzt für Orthopädie fallen gelassen.

Es wurde jetzt von 12 Kindern je Klasse ausgegangen; dies bedeutete eine wesentliche Verbesserung gegenüber den bis dahin vorhandenen Klassenstärken und gilt im Übrigen bis heute als Durchschnittswert. Wie gezeigt, waren in der Nachkriegszeit Klassenstärken von 25 und 40 Schülern an Heimschulen für Körperbehinderte nicht ungewöhnlich.

### *2.3 Die Krankenschule und der Hausunterricht*

Es wird erkennbar, dass auch hierzu die Vorschläge des VDS von 1955 aufgegriffen werden. Im Einzelnen heißt es in den Richtlinien der KMK (1960, 26–27): »Die Krankenschule unterrichtet Kinder und Jugendliche, die aus gesundheitlichen Gründen in Krankenhäusern, Kliniken oder Heilstätten untergebracht und

so am Besuch der zuständigen Schule verhindert sind. Sie erfaßt Schüler, die sich auf Grund eines anerkannten ärztlichen Befundes bereits in Heimen für Körperbehinderte befinden; die Schüler gelten als Körperbehinderte in diesem Sinne. Für den Schulbesuch dieser Kinder ist die Schulbehörde verantwortlich. Die Krankenschule erfaßt auch solche Schüler, die zwar ambulant behandelt werden, für die aber der Besuch der zuständigen Schule zeitlich nicht möglich oder eine nicht tragbare Belastung bedeuten würde.« Auch der Hausunterricht wird angesprochen: »Schüler, die auf Grund eines amtsärztlichen Gutachtens die Schule für längere Zeit nicht besuchen können, aber unterrichtsfähig sind, sollen Hausunterricht erhalten, soweit ihnen oder den Familien nicht zugemutet werden kann, die entstehenden Bildungslücken durch Selbsthilfe zu schließen. Um einem kranken Kinde das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Schule zu geben und es vor einer völligen Vereinzelung zu bewahren, wird eine Schule bestimmt, die für dieses Kind und seinen Hausunterricht zuständig ist. Ferner ist dafür zu sorgen, daß in geeigneter Form die Verbundenheit mit dem Leben der Schule erhalten oder hergestellt wird.«

Die Bildungsaufgabe wird wie folgt bestimmt: »Der Arbeit der Schulen in Krankenhäusern, Kliniken und Heilstätten werden die Bildungspläne der jeweils für die einzelnen Kinder oder Jugendlichen zuständigen Schulart zugrunde gelegt. Sie soll den Erkrankten, soweit nach ärztlichem Urteil keine Bedenken bestehen, den bisher erreichten Bildungsstand erhalten, sie weiter fördern oder erforderlichenfalls auf andere Bildungswege führen.«

Zu den pädagogischen Zielen heißt es weiter: »Die besondere heilpädagogische Aufgabe der Krankenschule besteht darin, bei den Erkrankten zu erreichen, daß die sich aus der längeren Erkrankung ergebenden Gefahren für die seelische Haltung abgewendet werden, daß sie nicht zu einem falschen Mitleid mit sich selbst und zu einem falschen Gesundheitsgewissen kommen, daß sie lernen, sich selbst zu helfen, die Selbsthilfe höher zu schätzen als die Hilfe durch andere und den Willen zur Gesundung wichtiger zu nehmen als ihren Krankheitszustand. Dabei kommt es darauf an, schwer Erkrankte und Leidende dahin zu führen, daß sie die ihnen verbliebenen Kräfte und Fähigkeiten entwickeln, sich mit Behinderungen abzufinden, Ausfälle zu ersetzen und in gesunder Trotzdem-Haltung zu der ihnen möglichen Leistung, zu Selbstvertrauen und Lebensmut gelangen.«

Die Aussagen zu den Aufgaben und Zielen erweisen sich als traditionsgebunden und rückwärts gewandt. Neue Konzepte zur pädagogischen Förderung und psychosozialen Betreuung kranker Kinder, die spezifische Bedingungen des Lebensalters berücksichtigen und auf Gefährdungen durch psychische Traumatisierungen infolge der Trennung vom Elternhaus sowie auf anthropologische Dimensionen von Krankheit und Tod eingehen, wurden erst später entwickelt (Wienhues 1979).



## 2.4 Die Ausbildung der Sonderschullehrer

Die KMK (1960, 10) hat auch Regelungen für die Zulassung und die Ausbildung der Lehrkräfte für die Sonderschulen vereinbart. Sie gehen von einem Aufbaustudium der Volksschullehrer aus, die ihre Erste und Zweite Lehrerprüfung abgelegt, sich im Schuldienst bewährt und die Arbeit in einer Sonderschule kennen gelernt haben müssen. Während der Ausbildung sollten sie unter Fortzahlung der Bezüge vom Schuldienst befreit werden. Voraussetzung für eine Zulassung war die fachliche und menschliche Eignung, die von einem sachverständigen Lehrer der Sonderschulart, in der eine Lehrbefähigung angestrebt wurde, und einem Schulaufsichtsbeamten zu beurteilen war. Das Studium an Hochschulen sollte nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführt werden. Um die aufzuwendenden Mittel wirkungsvoll einzusetzen, wurde vorgeschlagen, Studium und Ausbildung wenigen Hochschulen länderübergreifend zu übertragen und Schwerpunkte nach sonderpädagogischen Fachrichtungen zu setzen. Es wird zwar ein »mehrsemestriges Studium« für notwendig erachtet, aber keine Studiendauer festgelegt.

Das Aufbaustudium in Sonderpädagogik der verschiedenen Fachrichtungen durch Freistellung und Weiterzahlung der Bezüge wurde bis in die 70er-Jahre praktiziert, wobei die Studiendauer zwischen zwei und vier Semestern variierte. Es bestand und besteht zwar formal weiter, wurde aber weniger wahrgenommen, weil die Freistellung und Fortzahlung der Bezüge inzwischen wegfiel. Das grundsätzliche Studium wurde dann parallel ermöglicht, aber auch hinsichtlich der fehlenden Erfahrungen der Studierenden in allgemeinen Schulen und wegen des zu geringen Praxisbezugs sowie der Aufspaltung in eine erste Phase an der Hochschule und eine zweite am Studienseminar kritisiert.

Die spezifische Ausbildung von Lehrkräften für die Schulpädagogik bei Körperbehinderung setzte im Vergleich zu anderen Schulen für Behinderte erst spät ein. Dies mag mit der komplexen Situation der Einrichtungen zusammenhängen, die sowohl Körperbehinderte als auch Kranke schulpädagogisch förderten (Bläsig 1966), ist aber auch in der verspäteten Konstituierung einer eigenständigen Fachdisziplin begründet. Bläsig (1969) verweist darauf, dass die Wegbereiter der Körperbehindertenpädagogik um und nach 1900 – er nennt Würtz, Herold und Jaschke – Volksschullehrer waren, die sich als Autodidakten in die Pädagogik und Psychologie bei Körperbehinderung sowie in relevante medizinische Bereiche eingearbeitet haben.

Für die alten Bundesländer der BRD gibt es tabellarische Übersichten zur Sonderschullehrerausbildung mit den Studienangeboten von 1955 (von Bach, dokumentiert in Möckel 1998, 359–361) und zu den Sonderpädagogischen Studienstätten von 1973 (von Hofmann, dokumentiert in Möckel 1998, 362). Die darin enthaltenen Angaben sind bezüglich des Beginns der Ausbildung von Lehrkräften für Schulen für Körperbehinderte unklar. Nach Hofmann begann Hamburg schon 1948, wogegen Bach für 1955 nur Berlin/West nennt. Nord-

rhein-Westfalen soll 1956 und Hessen 1957 mit der Ausbildung begonnen haben. Mitte bis Ende der 60er-Jahre gab es dann in allen Bundesländer außer in Bremen und dem Saarland entsprechende Studienangebote.

### **3. Der verspätete Neuanfang in der Körperbehindertenpädagogik**

Es stellt sich die Frage, warum es in den 50er- und 60er-Jahren nicht zu einem Neuanfang kam. Einige Gründe dafür seien genannt: Sowohl die Konzepte in der Denkschrift zum Ausbau des heilpädagogischen Sonderschulwesens als auch die Gutachten und Empfehlungen der KMK orientierten sich an den traditionellen Strukturen. Die Schulen für Körperbehinderte und die für Kranke richteten sich in ihrem Bildungsangebot an die »schulbildungsfähigen« Kinder und Jugendlichen. Für sie wurde Unterricht nach den Bildungsplänen der Volksschulen und der Hilfsschulen angeboten. Ihre berufliche Eingliederung war in den »Heimschulen« ebenfalls Aufgabenstellung. Die aufkommenden Tagesschulen hatten hier zunächst keine Lösung; erst mit der Schaffung der Berufsbildungswerke (Dreisbach 1986, 17–44) seit den 70er-Jahren änderte sich das.

#### **3.1 Umgang mit den »siechen Gebrechlichen«**

Weitgehend ausgeklammert von Überlegungen zum weiteren Ausbau der Schulen für Körperbehinderte blieben die »siechen Gebrechlichen«. Für sie, die auch als »sichere Krüppel« bezeichnet wurden, war nach dem Preussischen Krüppelfürsorgegesetz von 1920 weder eine krüppelärztliche Behandlung noch eine Ausbildung vorgesehen. Man brachte sie in Landesarmenhäusern und Heil- und Pflegeanstalten unter. Nur etwa ein Drittel der Krüppelheime soll sich den Siechen angenommen haben (Hachmeister 1997, 99). Briefs (1940, 45–49) setzte sich in der NS-Zeit mit den »siechen Gebrechlichen« und ihrer angemessenen Beschulung nur sehr vorsichtig auseinander (siehe Kap. VII.1.5.2). Auch Bläsing (1967, 122–124) spricht noch von der »Siechenpflege« und fragt, wo der »Sieche« in der Wirtschaftsgesellschaft stehe, die den Wert des Menschen an seiner Arbeitskraft messe und nur die berufliche Einordnung kenne. Die Eltern forderten die Aufnahme ihrer schwerstbehinderten Kinder in die Schulen für Körperbehinderte, auch wenn eine spätere berufliche Eingliederung nicht absehbar war. Bläsing bringt dazu Beispiele: »Vereinzelt können gute Schüler der Abschlußklassen von Normal- und Körperbehindertenschulen nicht in einen Beruf vermittelt werden. Sie sind zwar intelligent, fleißig, seelisch geordnet, aber ihre körperlichen Kräfte sind so gering, daß sie nicht mehr die Hand zu heben vermögen (fortschreitender Muskelschwund) oder eine totale Versteifung der Gelenke schränkt ihre Bewegungsfähigkeit stark ein (chronisches Gelenkrheuma). Auch Querschnittsgelähmte, manche Spastiker und andere Mehrfach- oder Schwerstbehinderte gehören in den Kreis der jugendlichen Siechen.« (Ebd., 122–123)

Da sich die Schule für Körperbehinderte immer noch als Schule für »Normalbegabte« verstand, die wenigstens noch in den »Hilfsschulklassen« zu unterrichten waren, wies sie nach wie vor diejenigen zurück, die intellektuell stark beeinträchtigt waren oder deren Intelligenz wegen gestörter sprachlicher Kommunikation (Dys- und Anarthrie) nicht erkannt wurde. Wie notwendig es aber war, für den »jugendlichen Siechen« neue Konzepte zu entwickeln, zeigen die Ausführungen von Bläsig (1967, 123–124) zu den didaktischen und methodischen Maßnahmen: »Fröhliche Menschen sollen ihn pflegen, Fachärzte erarbeiten letzte Möglichkeiten der Behandlung; Beschäftigungstherapeuten lenken ihn durch manuelles Tun oder in Arbeitsgemeinschaften von seinem körperlichen Gebrechen ab; Krankengymnasten stützen seine körperlichen Kräfte ...« Bläsig sieht den Siechen in einen »Leidens-Beruf« gestellt, »den zu leben die höchste Kraft vom Menschen fordert. (...) Er lebt uns vor, wie viel Leid ein Mensch ertragen muß und kann. Was der Sieche damit dem Mitmenschen gibt, rechtfertigt die ihm zuteil werdende Lebenshilfe.« Auch Briefs (1955, 72–74) hatte sich mit einem »Leidensberuf« für Gebrechliche auseinander gesetzt, die nicht erwerbsfähig sein können (siehe Kap. IV.4.1.2). Die Gemeinsamkeit zwischen Vertretern von evangelischen (Bläsig im Annastift Hannover) und katholischen (Briefs im Antoniusheim Hochheim) Einrichtungen der Körperbehindertenfürsorge ist auch Ausdruck des noch wirksamen Einflusses der Theologie auf die Pädagogik.

### 3.2 *Initiativen von Eltern und ein Schulversuch*

Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg wurde nicht zuletzt durch Elterninitiativen bestimmt (siehe Kap. VI.3.1). Mühl (1991) verweist in der Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Förderung schwerstbehinderter Menschen darauf, dass besonders von der Gründung der Bundesvereinigung »Lebenshilfe für das geistigbehinderte Kind e.V.« innovative Impulse zur Förderung ausgingen. Nachdem diese in ihren privaten Einrichtungen die Schul- und Bildungsfähigkeit der Geistigbehinderten unter Beweis gestellt hatte, wurde schließlich deren Schulpflicht in allen Bundesländern durchgesetzt und ein Netz von Sonderschulen für Geistigbehinderte aufgebaut.

In der Jubiläumsschrift des Schulvereins der Schule am Tegelweg in Hamburg (o.J., 28) wird auch über die »Schwerst- und Mehrfachbehinderten« berichtet, für die erst 1975 eigene Klassen – so genannte Mf-Klassen – eingerichtet wurden. Dazu heißt es: »Mit dem Ablauf der 60er Jahre wurden in Hamburg dank eines ausgedehnten Sonderschulwesens nahezu alle schulpflichtigen Kinder beschult. Übrig blieben lediglich die Kinder, die aufgrund der Schwere ihrer geistigen und zusätzlich ihrer körperlichen und/oder Sinnesbehinderung besonders intensive Förderung und Zuwendung bedürfen. Sie wurden lediglich durch caritative Träger zu Hause überwiegend pflegerisch betreut, weil ihnen jegliche Bildbarkeit abgesprochen wurde.«

Private Initiative war also notwendig, um das Bildungsrecht durchzusetzen; eine staatliche und kommunale Planung zur Schaffung von Schulen für den Personenkreis der Mehrfach- und Schwerstbehinderten gab es noch nicht. Der Weg zur Tagesschule ging vielfach über Tagesbildungsstätten bzw. Tagesförderstätten, die Elterninitiativen insbesondere für mehrfachbehinderte Kinder einrichteten; der massive Druck von Eltern führte dann bis 1960 zu 22 Tagesschulen für Körperbehinderte. Die Anzahl der Schulen für Körperbehinderte stieg zügig an und hatte sich bis 1971 schon auf 79 mehr als verdreifacht, wobei bei den statistischen Angaben nicht mehr zwischen Tages- und Heimschulen getrennt wurde.

Immer noch konnte aber ein »Ruhens der Schulpflicht« für diejenigen verfügt werden, die selbst am schulischen Bildungsangebot der Geistigbehindertenschulen nur bedingt teilnehmen konnten. Vor allem bei hohem Pflegebedarf und Mehrfachbehinderung wurde ihnen Schulunterricht nur ausnahmsweise zugestanden. Lokale und regionale Elternvereinigungen, die sich Ende der Fünfziger- und Anfang der Sechzigerjahre für wohnortnahe Schulen für Körperbehinderte einsetzten, da ihre körperbehinderten Kinder in den Volksschulen nicht angemessen gefördert oder erst gar nicht aufgenommen wurden, gründeten einen »Bundesverband für spastisch Gelähmte und andere Körperbehinderte e.V.«, der sich nicht zuletzt auch für die pädagogische Förderung der Schwerstbehinderten einsetzte. Die Schulen für Körperbehinderte verfügten zwar über Therapie- und Pflegeangebote für Mehrfach- und Schwerstbehinderte, sahen aber noch bis in die Siebzigerjahre ihre Aufgabe nicht in deren Beschulung.

Erst der Schulversuch zur Förderung schwerstkörperbehinderter Kinder im Rehabilitationszentrum Westpfalz in Landstuhl/Pfalz (Haupt/Fröhlich 1982, 1983), der 1976 begann, brachte eine Wende: Die Förderung der Schwerstbehinderten wurde in den Bildungsauftrag der Schule für Körperbehinderte einbezogen. Lange Zeit wurden die Mehrfach- und Schwerstbehinderten aber in eigenen Klassen und Gruppen gefördert. Die Bildung von »Spezialklassen« wurde dann in den Achtzigerjahren als Tendenz zur Aussonderung selbst an Schulen für Körperbehinderte heftig kritisiert und als skandalös bezeichnet (Eckmann 1985, 367). Inzwischen gibt es aber an vielen Schulen das Bemühen, die so genannten Schwerstbehinderten in heterogen zusammengesetzten Klassen einzubeziehen und sie aus ihrer Rand- und Sonderstellung zu befreien.

### 3.3 *Strukturwandel in der Schule für Körperbehinderte*

Wolfgang (1976) gab Mitte der Siebzigerjahre einen umfassenden Überblick über die Pädagogik für »körperlich Behinderte«. Bei seiner Situationsanalyse und Zielformulierung greift er auf soziologische und sozialpsychologische Kategorien der Marginalisierung von Randgruppen zurück und zitiert Schmeichel (1973, 398, 410), der feststellte: »Körperbehinderte bilden an sich weder eine soziale Randgruppe noch eine unterprivilegierte Schicht«, aber »das Bild der Körperbe-

hinderung irritiert die Ordnungs- und Wertvorstellungen der Gesellschaft«. Trotzdem provozieren viele Körperbehinderte »aufgrund ihrer physischen, psychisch-intellektuellen und vor allem ihrer sozialen Bedürftigkeit sowohl die Zuwendung des Einzelmenschen als auch die der Gesellschaft. Somit werden sie zu Adressaten »sozialer Dienste.« (Wolfgang 1976, 4) Die Zielvorstellung eines sinnerfüllten Lebens sieht Wolfgang einerseits in den Begriffen »berufliche und gesellschaftliche Integration und Rehabilitation« ausgedrückt, die im Rahmen sozialer Dienste angestrebt werden. Durch Interaktionsprozesse müsse andererseits aber auch der Körperbehinderte selbst in seinen speziellen Lebensproblematiken als Kind, Jugendlicher und Erwachsener aktiviert werden.

Den Wandel in der Aufgabenstellung und im Selbstverständnis der Körperbehindertenschulen thematisiert Haupt (1979, 446). Sie setzt den Beginn der Veränderungen, die teils durch gesellschaftliche Prozesse, teils durch besondere Förderbedürfnisse neu hinzugekommener Schülergruppen bedingt waren, auf die Mitte der Sechzigerjahre an. Zunächst hätten überwiegend schwerbehinderte Kinder mit cerebralen Bewegungsstörungen die Körperbehindertenschulen besucht; dazu seien dann Schüler mit leichteren Beeinträchtigungen aufgenommen worden, die in den Grund- und Hauptschulen wegen Störungen der sozial-emotionalen Entwicklung und wegen Lern- und Leistungsstörungen auf Grund der Bewegungsbeeinträchtigung versagten. Ziel sei eine adäquate Schulbildung und ein gleichwertiger Schulabschluss des Regelbereichs gewesen. Systematische psychologisch-sonderpädagogische Untersuchungen hätten dann aber die besonderen Förderbedürfnisse gezeigt, denen man nur mit einem differenzierten Förderangebot gerecht werden konnte. Weitere Differenzierungen der Förderkonzepte seien durch neu hinzugekommene Kindergruppen notwendig geworden: ab 1965 Kinder mit Dismylien infolge Thalidomidembryopathie, ab 1972 durch die wachsende Zahl von Kindern mit Spina bifida infolge der weiterentwickelten medizinischen Behandlung. Danach sei eine Zunahme von minimal cerebralen Bewegungsgestörten (sog. MCD-Kinder) einerseits und von extrem schwer behinderten Kindern mit Sonderförderbedürfnissen in mehreren Entwicklungsbereichen andererseits zu verzeichnen gewesen.

Die Veränderungen der Schülerstruktur an den Schulen für Körperbehinderte hat Haupt (1982, 98) dann in einer empirischen Studie in Rheinland-Pfalz aufgewiesen. Deutlich wurde »der hohe Prozentsatz der mehrfachbehinderten Schüler (körperbehinderte Schüler mit Lernstörungen, Behinderungen der kognitiven Entwicklung, der Sprache, des Sprechens, der Wahrnehmung, des Verhaltens)«. Der Anteil der schwerstbehinderten Schüler lag bei 7%, durch vermehrte Aufnahme dieser Gruppe war aber ein Anteil von 15 bis 20% zu erwarten. Die Probleme mit der Zuordnung zu Abteilungen und Lerngruppen sowie die damit notwendig werdenden Unterrichts- und Förderkonzepte führten zum Strukturwandel der Schule. Haupt (1982, 175) nennt als organisatorische Gliederung: Grund- und Hauptschulabteilung, Lernbehindertenabteilung, Geistigbehindertenabteilung, Schwerstbehindertengruppen.

Der Wandel der Förderziele und Organisationsformen der Schule für Körperbehinderte wurde auch von Schulpraktikern beschrieben (Schöbel 1985). Dabei wurde nun vor allem auf »Aspekte der Förderung schwerstbehinderter Kinder in der Schule«, aber auch auf die organisatorische Gliederung, die Zusammenarbeit mit anderen Fachkräften und Einrichtungen, die veränderte Lehrerrolle und den berufsorientierenden Unterricht eingegangen.

#### **4. Bestrebungen zur Schulreform und Widerstand der KMK**

Ansätze zur Reform des Schulwesens mit dem Ziel einer Überwindung der starren Gliederung in die drei Säulen der Haupt- und Realschule sowie des Gymnasiums, die auf der gemeinsamen vierjährigen Grundschule (Ausnahme Berlin/West mit sechs Grundschuljahren) aufbauen, und die Überlegungen zur Einführung einer Orientierungsstufe brachten Bewegung in die Diskussion um die Struktur des öffentlichen Schulwesens. Durch die Empfehlungen des DBR (1969) »Zur Einrichtung von Schulversuchen mit integrierten und differenzierten Gesamtschulen« wurde die Frage akut, was mit der Sonderpädagogik geschehen sollte. Es gab aber gerade aus den Lehrerverbänden Stimmen, die ein Festhalten an der Separierung der Behinderten in eigenen Schulen vertraten. Die entstehenden Gesamtschulen selbst waren ebenfalls zurückhaltend und wollten die Sonderpädagogik »vorläufig« ausklammern.

Die KMK (1972) stellte dann mit ihrer »Empfehlung zur Ordnung des Sonderschulwesens« die Weichen für die weitere Eigenständigkeit der Sonderschulen. Deren Aufgaben wurden wie folgt beschrieben: »Die Sonderschulen sollen das Recht des behinderten Menschen auf eine seiner Begabung und Eigenart entsprechenden Bildung und Erziehung verwirklichen. Sie sind Stätten der Habilitation und Rehabilitation in Familie, Wirtschaft und Gesellschaft. Eine der individuellen Eigenart der Schüler gemäße Bildung soll sie zu sozialer und beruflicher Eingliederung führen und ihnen zu einem erfüllten Leben verhelfen.« Die Bestrebungen, in die Schulreform auch die Sonderschulen einzubeziehen, trafen auf den Widerstand der KMK, die an deren traditioneller Aufgabenstellung festhalten wollte.

##### *4.1 Die KMK-Empfehlungen zur Ordnung des Sonderschulwesens von 1972*

Nachdem das Gutachten der KMK von 1960 zu einer starken Vermehrung der Schulplätze in Sonderschulen geführt hatte, sollten die neuen Empfehlungen primär eine koordinierte Weiterentwicklung und keine Veränderungen bringen. Die Vereinheitlichung und der Ausbau der bestehenden und die Schaffung weiterer Einrichtungen standen im Vordergrund. Geändert wurden die Bezeichnungen einzelner Sonderschultypen; so wurde die Hilfsschule zur Schule für Lernbehinderte, die Erziehungsschwierigenschule zur Schule für Verhaltensgestörte und

die Sprachheilschule zur Schule für Sprachbehinderte. Neu hinzugekommen war die Schule für Geistigbehinderte, nachdem die zahlreichen Gründungen durch die »Lebenshilfe für das geistigbehinderte Kind« an vielen Standorten aus der privaten in die kommunale und staatliche Trägerschaft übernommen worden waren. Bezüglich der Schüler mit Körperbehinderungen wurde jetzt betont, dass sie die Erfahrung machen sollen, eine sinnvolle Aufgabe in der Gesellschaft erfüllen zu können. Damit war die eigenwillige Formulierung aus dem Gutachten von 1960, wonach sie zu »einer gesunden Trotzdem-Haltung« gelangen sollten, überwunden.

Angeregt durch die Vorschläge des DBR zu Reformen im Bildungswesen finden sich auch Ausführungen zu Fragen, ob und inwieweit die Sonderschule in die Gesamtschule einbezogen werden könnte. War doch das Ziel der Gesamtschule eine neue Schulstruktur, die durch mehr innere Differenzierung die bei behinderten Kindern notwendige Individualisierung ermöglicht. Allerdings blieb man vorsichtig: Erstens hänge es vom Grad der Behinderung ab, ob eine Integration überhaupt sinnvoll sei. Es gebe leichter und schwerer zu integrierende Schüler. Zweitens müsse man möglichst viele Schüler einer Behinderungsart für eine Gesamtschule zusammenfassen, damit ein ausreichend differenziertes Angebot gemacht werden könne. Als Argument für das eigenständige Sonderschulwesen wird nach wie vor die Entlastung der allgemeinen Schulen angeführt.

#### 4.2 *Reformvorschläge des Deutschen Bildungsrats von 1973*

Das fast zeitgleich vom DBR (1973) verabschiedete Gutachten »Zur pädagogischen Förderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher« beinhaltet eine neue Sicht des schulischen Orts der sonderpädagogischen Förderung. Als maßgeblich für die schulische Förderung Behinderter galt die Prämisse: »nur noch soviel Separierung wie nötig, aber soviel Integration wie möglich«. Da es nur eine Äußerung des Ausschusses Sonderpädagogik des Deutschen Bildungsrats war, hatte es gegenüber der KMK-Empfehlung geringe Wirkung, und man beschränkte sich auf Schulversuche. Schulpolitik wurde von den Kultusministern und ihrer Schulbürokratie und nicht von einem Beratergremium gemacht, das eine Abkehr von der bisherigen Struktur des Sonderschulwesens verlangte. Der DBR (1973, 128) hatte sich auch dezidiert zur Vorbereitung und Rolle der Lehrer für die Aufgaben des Gemeinsamen Unterrichts geäußert; so sollten nicht mehr nur die Sonderschullehrer auf ihre spezifischen Aufgaben vorbereitet werden, sondern auch die Lehrer der Primarstufe. Diesen sollten sonderpädagogisch relevante Studien- und Ausbildungsinhalte in der ersten und zweiten Phase mit etwa einem Zehntel Umfang der Regelstudienzeit vermittelt werden.

Das Bewusstsein der Lehrer sollte primär nicht mehr auf Aussonderung, sondern auf schulische Integrierung Behinderter disponiert werden.

### 4.3 *Das Gutachten zur schulischen Situation Körperbehinderter von 1974*

Einen besonderen Beitrag zur Körperbehindertenpädagogik bildete das Gutachten von Schönberger (1974), das er im Auftrag der Bildungskommission des DBR erstellte. Als Teil der Schul- und Bildungsreform sollte auch der schulische Ort der Sonderpädagogik neu bestimmt werden. Aus seiner Sicht führt »kein Organisationsmodell quasi zwangsläufig zur Synthese optimaler schulischer Bildung und maximaler sozialer Eingliederung« (ebd., 244). Schönberger setzte sich mit dem Organisationsmodell der Gesamtschule auseinander, plädierte aber für regionale Mittelpunktschulen für Körperbehinderte mit Eingangs-, Primar-, Orientierungs- und Sekundarstufe I.

Das Gutachten diente primär der Analyse der damaligen schulischen Situation der Körperbehinderten und wollte sie verbessern. Dabei war eine Auseinandersetzung mit anderen Wissenschaftsdisziplinen notwendig. So wandte sich Schönberger gegen die bis dahin starke Einflussnahme der Medizin, insbesondere der Orthopädie, was sich nicht zuletzt in der inhaltlichen Bestimmung des Begriffs Körperbehinderung ausdrückte. Die Definition im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ging davon aus, dass jene Personen körperbehindert sind, die in ihrer Bewegungsfähigkeit durch eine Beeinträchtigung ihres Stütz- und Bewegungssystems nicht nur vorübergehend wesentlich behindert sind oder bei denen wesentliche Spaltbildungen des Gesichts und des Rumpfes bestehen. Schönberger kritisierte die Tautologie, dass körperbehindert sei, wer behindert ist, und meinte, dass eine rein somatische Definition der Körperbehinderung für die Praxis der Rehabilitation kaum mehr als den vagen Schluss erlaube, welche Fachärzte sich mit den betroffenen Personen befassen müssen. Er strebte eine Definition an, die neben der somatischen auch der psycho-sozialen Realität eines Menschen mit Körperbehinderung gerecht wird. Seine Fassung wollte sich von einer Bestimmung der Sonderschulbedürftigkeit bei Körperbehinderung abheben und lautet: »Körperbehindert ist, wer infolge einer Schädigung der Stütz- und Bewegungsorgane in seiner Daseinsgestaltung so stark beeinträchtigt ist, daß er jene Verhaltensweisen, die von Mitgliedern seiner wichtigsten Bezugsgruppen in der Regel erwartet werden, nicht oder nur unter außergewöhnlichen individuellen und sozialen Bedingungen erlernen bzw. zeigen kann und daher zu einer langfristigen schädigungsspezifisch-individuellen Interpretation wichtiger sozialer Rollen finden muß.« (Schönberger 1974, 209)

Dieser Versuch einer Realdefinition war vor allem deshalb fruchtbar, weil nun die Person als Träger sozialer Rollen beachtet wurde. Pädagogik orientiert sich zwar an den aktuellen Bedürfnissen der Lernenden, will aber immer auch für soziale und berufliche Rollen des Erwachsenenlebens qualifizieren.



#### 4.4 *Die KMK-Empfehlungen für die Schule für Körperbehinderte von 1983*

Die Aussagen zu den einzelnen Sonderschultypen sind in den Empfehlungen der KMK notwendigerweise jeweils auf wesentliche organisatorische und inhaltliche Fragen beschränkt. So kam es Anfang der Siebzigerjahre dann auch zu einer Diskussion, ob sie länderübergreifend und wie konkret Rahmenrichtlinien für die Sonderschultypen erarbeitet werden sollten. Der Schulausschuss der KMK nahm das Anliegen auf und setzte Fachkommissionen ein. Die zuständige Kommission legte dann »Empfehlungen für den Unterricht in der Schule für Körperbehinderte« vor, die im September 1983 von der KMK beschlossen und 1984 veröffentlicht wurden. Obwohl sich die Empfehlungen im Wesentlichen auf den Unterricht in der Schule für Körperbehinderte konzentrieren, findet sich auch eine Aussage zur Unterrichtung körperbehinderter Schüler in allgemeinen Schulen; für sie können eine Beratungsfunktion und Förderaufgaben übernommen werden, »wenn diese Schüler im Lernen und sozialen Verhalten auffällig sind« (KMK 1983, 9). Eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit war damit weder konkret vorgesehen, noch hat sich dies in der Praxis ergeben. Es kam aber zu einer Mitarbeit von Lehrkräften aus Schulen für Körperbehinderte in Schulversuchen zum »Gemeinsamen Unterricht« von körperbehinderten, anders behinderten und nicht behinderten Schülern in allgemeinen Schulen.

Die Ziele und Aufgaben der Schule für Körperbehinderte wurden fortgeschrieben, wenn bestimmt wird: Sie hat »ihre Schüler unter Beachtung der Lernvoraussetzungen zu den Abschlüssen der allgemeinen Schulen zu führen, die ihnen aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit erreichbar sind. Bei körperbehinderten Schülern, die zugleich lernbehindert bzw. geistigbehindert sind, werden die Bildungs- und Erziehungsziele der entsprechenden Sonderschultypen zugrunde gelegt.« (KMK 1983, 4)

Bemerkenswert war der Versuch, die Körperbehinderung unter pädagogischem Aspekt zu bestimmen. Danach soll vom allgemeinen Sprachgebrauch, der Körperbehinderung mit Bewegungsbeeinträchtigung und bestimmten organischen Schäden gleichsetzt, und auch von medizinischen Fachbegriffen abgegangen werden. Es heißt dazu: »Für die Förderung ist vielmehr von Bedeutung, ob die Bewegungsbeeinträchtigung, der Organschaden oder die ästhetischen Entstellungen auch Auswirkungen auf die psychomotorische, emotionale, sozial-kommunikative und kognitive Entwicklung haben, wobei Wechselwirkungen besonders zu beachten sind.« (KMK 1983, 3)

Erstmals wurde auch der pädagogische Auftrag »bei schwer beeinträchtigten Schülern mit besonders hohem Förderbedarf« umschrieben, für die es »bisher nur Ansätze von erprobten Förderkonzepten« gab (KMK 1983, 14–15). Der seit den Siebzigerjahren in Schulen für Körperbehinderte und für Geistigbehinderte praktizierten Aufnahme der »siechen Gebrechlichen«, für die sich die Umschreibung »Mehrfach- und Schwerstbehinderte« durchsetzte, wurde damit Rechnung

getragen. Die Ausführungen zum Personal, zur Organisation sowie zu einzelnen Förder- und Bildungszielen (Bewegungsförderung, Sprachförderung, Vorbereitung auf die Berufswahl und die Arbeitswelt) sowie zu den diagnostischen Aufgaben und zur Leistungsbeurteilung wurden um Hinweise zu den pädagogischen Aufgaben bei Schülern mit begrenzter Lebenserwartung ergänzt. Damit trugen diese Empfehlungen dazu bei, den Wandel in der Struktur der Schülerschaft durch didaktische Anregungen zu begleiten.

## **5. Rückblick und Ausblick**

Die Pädagogik für Körperbehinderte und Kranke konnte sich als Teil des Sonderschulwesens von der Medizin ablösen und aus der Dominanz durch die Theologie befreien, die durch die konfessionellen Krüppelheime und deren schul- und berufspädagogische Bereiche entstanden war. Durch die Unterstellung der Schulen für Körperbehinderte und für Kranke unter die staatliche Schulaufsicht kam es zur Klärung des Verhältnisses zu den Ärzten – insbesondere zu den Orthopäden, die in der »Krüppelfürsorge« maßgebend waren. Mit der Einbeziehung von pädagogisch-therapeutischen Fachkräften aus den Bereichen Krankengymnastik, Beschäftigungstherapie und Logopädie in das Arbeitsteam der Schulen gelang eine Spezialisierung der Förderung und Bildung für körperbehinderte und kranke Menschen im Kindes- und Jugendalter.

Zusammenfassend stellt Wilken (1983, 253) zur Entwicklung in der Nachkriegszeit fest: »Mit zunehmendem Nachweis erfolgreicher orthopädischer, unterrichtlich-erzieherischer und beruflicher Rehabilitationsinitiativen erfolgte eine gewisse Öffnung der Förderbemühungen für körperlich Schwerbehinderte, deren intellektueller Status sich auf dem Niveau der Lernbehinderung bewegt. Bis in die Gegenwart hinein reicht jedoch die konsequente Verweigerung, Vorenthaltung und Reduzierung mehrdimensionaler Erziehung und Förderung für jene Gruppe mit schweren geistigen und zugleich körperlichen Beeinträchtigungen, deren biologische Existenz zwar durch den Fortschritt der Medizin relativ gesichert erscheint, deren pädagogische Rehabilitationsbedürftigkeit aber eine bedingungslose Erziehungswirklichkeit voraussetzt.«

Das Gutachten des DBR (1973) hatte eine Abkehr vom Konzept der separierten Sonderschule zum Ziel und bewirkte schließlich, dass die KMK (1994) die Aufgabe der Sonderpädagogik neu definierte. Sonderpädagogische Förderung wurde jetzt als personbezogen und individualisiert und nicht mehr vorrangig als institutionsbezogen verstanden. Die Bildung und Ausbildung junger Menschen mit Behinderungen gilt damit als gemeinsame Aufgabe des gesamten Schulwesens, also sowohl der Sonderschulen als auch der allgemeinen und beruflichen Schulen. Diese neue Sicht der Sonderpädagogik drückt auch ein verändertes Verständnis vom Umgang mit behinderten Menschen aus, deren Bedürfnis nach Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eine größere Akzeptanz findet. Bereits im

Kindes- und Jugendalter soll die Gemeinsamkeit erfahren und gelebt werden. Die Entwicklung von Konzepten zur gemeinsamen Erziehung in Kindergärten und in Schulen und die Berichte über positive Erfahrungen damit haben ebenfalls zum Umdenken beigetragen. Allerdings schränken sowohl die neuen Empfehlungen der KMK (1998) als auch einzelne Schulgesetze der Länder den gemeinsamen Unterricht dahingehend ein, dass er nur dort stattfinden kann, wo die personellen, räumlichen und organisatorischen Voraussetzungen gegeben sind.

## **Literaturverzeichnis**

- Bläsig, W.: Körperbehinderten- und Krankenhausschulen. In: Lesemann, G. (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte und Entwicklung des deutschen Sonderschulwesens. Berlin 1966, 102–128.
- Bläsig, W.: Die Rehabilitation der Körperbehinderten. München 1967.
- Bläsig, W.: Ausbildung der Lehrer an Körperbehinderten- und Krankenhausschulen. 1. BRD. In: Heese, G./Wegener, H. (Hrsg.): Enzyklopädisches Handbuch der Sonderpädagogik und ihrer Grenzgebiete. Bd. 1. Berlin 1969, 204–205.
- Bläsig, W.: Vorbereitung und Durchführung nachgehender Hilfe für Körperbehinderte aus der Sicht der Sonderschule für Körperbehinderte. In: Beiträge zur Körperbehindertenfürsorge 29. Herausgeber: Verband katholischer Anstalten für Körperbehinderte in Deutschland. Köln 1971, 35–56.
- Bläsig, W.: Berufsfindung und berufliche Eingliederung körperbehinderter Jugendlicher. Berlin 1979, 2. Aufl. 1980.
- Bleidick, U.: Der Verband und die Bildungspolitik 1948 bis 1998. In: Möckel, A. (Hrsg.): Erfolg, Niedergang, Neuanfang. 100 Jahre Verband Deutscher Sonderschulen. München 1998, 96–163.
- Briefs, P.J.: Zwanzig Jahre Preußisches Krüppelfürsorge-Gesetz. In: Der Krüppelführer (1940), 37–49.
- Briefs, P. J.: Körperbehindertenfürsorge im Geiste der Caritas. Bigge 1955.
- Brönnecke, D.: Die Sonderschule im Annastift. In: Szagun, G. (Hrsg.): Annastift (1897–1997) 100 Jahre Kompetenz und Nächstenliebe. Hannover (Eigenverlag) 1997, 223–238.
- DBR – Deutscher Bildungsrat – Empfehlungen der Bildungskommission: Zur Einrichtung von Schulversuchen mit integrierten und differenzierten Gesamtschulen. Bonn 1969 – Zur pädagogischen Förderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher. Bonn 1973.
- Dreisbach, D.: Berufsbildungswerke. Sozialer Lernort für Behinderte. Freiburg i.B. 1986.
- Eckmann, Th.: Selbstsein unter seinesgleichen? Identitätsförderung Körperbehinderter an der Schule für Körperbehinderte. Berlin 1985.
- Fröhlich, A. (Hrsg.): Pädagogik bei schwerster Behinderung. Handbuch der Sonderpädagogik. Bd. 12. Berlin 1991.
- Hachmeister, G.: Die Geschichte des Annastifts. In: Szagun, G. (Hrsg.): Annastift (1897–1997) 100 Jahre Kompetenz und Nächstenliebe. Hannover 1997, 15–158.
- Haupt, U.: Schulische Förderung Körperbehinderter. In: Dennerlein, H./Schramm, K. (Hrsg.): Handbuch der Behindertenpädagogik. Bd. 2. München 1979, 440–448.

- Haupt, U.: Veränderungen in der Schülerschaft der Körperbehindertenschulen – Notwendigkeit der Entwicklung von neuen Konzepten. In: *Sonderpädagogik* 12 (1982), 97–102, 174–180.
- Haupt, U./Fröhlich, A.: Entwicklungsförderung schwerstbehinderter Kinder. Bericht über einen Schulversuch. Teil I. Mainz 1982.
- Haupt, U./Fröhlich, A.: Integriertes Lernen mit schwerstbehinderten Kindern. Bericht über einen Schulversuch. Teil II. Mainz 1983.
- Haupt, U./Jansen, G.W.: Modelle der integrativen Erziehung von körperbehinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen. In: Haupt, U./Jansen, G.W. (Hrsg.): *Pädagogik der Körperbehinderten. Handbuch der Sonderpädagogik*. Bd. 8. Berlin 1983, 83–102.
- Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte 1956. Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung zur Bekämpfung des Krüppeltums e.V. Heidelberg 1956.
- Jahrbuch der Fürsorge für Körperbehinderte 1957. Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung zur Bekämpfung des Krüppeltums e.V. Heidelberg 1957.
- Josefs-Gesellschaft (Hrsg.): 50 Jahre Josefs-Gesellschaft für Krüppelfürsorge 1904 – 15. August – 1954. Bigge 1954.
- Jubiläumsschrift: Schulverein der Schule Tegelweg (Hrsg.): 25 Jahre Schule Tegelweg, ehemals Eppendorfer Landstraße. Erste staatliche Schule für Körperbehinderte in der Bundesrepublik Deutschland 1958–1983. Hamburg, o.J.
- Jubiläumsschrift: Westfälische Schule für Körperbehinderte Bochum: Schrift zum 30jährigen Jubiläum 1989. Bochum-Langendreer, o.J.
- Jubiläumsschrift: Zukunft braucht Geschichte. 25 Jahre Stephen-Hawking-Schule. Neckargemünd gGmbH, o.J.
- KMK – Kultusministerkonferenz: Gutachten zur Ordnung des Sonderschulwesens. Bonn 1960 – Empfehlung zur Ordnung des Sonderschulwesens. Bonn 1972 – Empfehlungen für den Unterricht für kranke Schüler. Bonn 1982 – Empfehlungen für den Unterricht in der Schule für Körperbehinderte (Sonderschule). Bonn 1983 – Sonderschulen in der bundeseinheitlichen Schulstatistik 1980–1990. Bonn 1991 – Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung in den Schulen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1994 – Empfehlungen zum Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung. Bonn 1998 – Empfehlungen zum Förderschwerpunkt Unterricht für kranke Schüler. Bonn 1998.
- Kunert, S.: Körperbehindertenschulen – Rückblick auf eine 25jährige Entwicklung. In: Forschungsgemeinschaft »Das körperbehinderte Kind« e.V. (Hrsg.): *Entwicklung und Förderung Körperbehinderter*. Heidelberg 1986, 15–30.
- Luig, Th.: Die berufliche Bildung Körperbehinderter. In: In: Wolfgart, H./Luig, Th.: *Soziale Dienste für Körperbehinderte in Schule und Beruf*. Bonn 1976, 91–196.
- Mühl, H.: Zur geschichtlichen Entwicklung der Förderung schwerstbehinderter Menschen. In: Fröhlich, A. (Hrsg.): *Pädagogik bei schwerster Behinderung*. Berlin 1991, 126–138.
- Muth, J.: *Integration von Behinderten. Über die Gemeinsamkeit im Bildungssystem*. Essen 1986.
- Schmeichel, M.: Die Schule für Körperbehinderte. In: *Zeitschrift für Heilpädagogik* 23 (1973), 398–413.

- Schöbel, H.: Körperbehindert heute und morgen. In: Schöbel, H. (Hrsg.): Die Schule für Körperbehinderte im Wandel. Erlangen 1985.
- Schönberger, F.: Die sogenannten Contergankinder. München 1971.
- Schönberger, F.: Körperbehinderungen – Ein Gutachten zur schulischen Situation körperbehinderter Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. In: Deutscher Bildungsrat – Gutachten und Studien der Bildungskommission – Sonderpädagogik 4: Verhaltensgestörte, Sprachbehinderte, Körperbehinderte. Stuttgart 1974, 199–279.
- Speck, O.: System Heilpädagogik. Eine ökologisch reflexive Grundlegung. München 1988.
- Stadler, H.: Rehabilitation bei Körperbehinderung. Stuttgart 1998.
- Stadler, H.: Die schulische Förderung junger Menschen mit Körperbehinderung und chronischer Erkrankung zwischen Segregation und Integration. In: Sonderpädagogik 30 (2000), 88–101.
- Verband Deutscher Hilfsschulen (VDH): Denkschrift zu dem Ausbau des heilpädagogischen Sonderschulwesens«, dem Deutschen Städtetag ergebenst überreicht! In: Zeitschrift für Heilpädagogik 6 (1955), 1–55.
- Wienhues, J.: Die Schule für Kranke – ihre Aufgabe in der pädagogischen und psychosozialen Betreuung kranker Kinder. Rheinstetten 1979.
- Wilken, U.: Körperbehindertenpädagogik. In: Solarová, S. (Hrsg.): Geschichte der Sonderpädagogik. Stuttgart 1983, 212–259.
- Wolfgang, H.: Körperlich Behinderte – unter besonderer Berücksichtigung schulischer Belange. In: Wolfgang, H./Luig, Th.: Soziale Dienste für Körperbehinderte in Schule und Beruf. Bonn 1976, 1–89.

## Übungsaufgaben

### 1. Zur Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

- Inwiefern kann von konzeptioneller, struktureller und wohl auch personeller Kontinuität gesprochen werden?
- Welche neuen gesetzlichen Regelungen wurden geschaffen und welche wurden damit abgelöst?
- Wer erarbeitete die Denkschrift zum Ausbau des heilpädagogischen Sonderschulwesens und welche Aussagen finden sich darin zu den Schulen für Körperbehinderte und für Kranke?
- Wie kam es zu Neugründungen von Heimschulen und Tagesschulen und welche Motive waren dabei bestimmend?
- Wie entwickelte sich die berufliche Rehabilitation Körperbehinderter weiter?

### 2. Das KMK-Gutachten zur Ordnung des Sonderschulwesens von 1960

- Welche Motive werden für einen weiteren Auf- und Ausbau des Sonderschulwesens angegeben? Wie sind sie zu bewerten?
- Worin sind neue Anstöße für die Schulen für Körperbehinderte und für Kranke zu sehen?
- Wie sollte die Ausbildung der Sonderschullehrer gestaltet werden?

### **3. Der verspätete Neuanfang in der Körperbehindertenpädagogik**

- Inwiefern kann von einem verspäteten Neuanfang gesprochen werden?
- Wie war bis in die Siebzigerjahre der Umgang mit den »siechen Gebrechlichen«?
- Welche Initiativen von Eltern führten zu neuen Tagesschulen für Körperbehinderte?
- Inwiefern hat der Schulversuch zur schulischen Förderung »Schwerstbehinderter« den Strukturwandel in der Schule für Körperbehinderte eingeleitet?

### **4. Bestrebungen zur Schulreform und Widerstand der Kultusministerkonferenz**

- Was beabsichtigte die KMK mit ihrer Empfehlung zur Ordnung des Sonderschulwesens von 1972?
- Inwiefern standen die Reformvorschläge des Deutschen Bildungsrats von 1973 im Gegensatz zur KMK-Empfehlung von 1972?
- Welche neue Sicht von »Körperbehinderung« findet sich im Gutachten von F. Schönberger zur schulischen Situation von 1974? Wie wird sie begründet und welche Bedeutung kommt ihr zu?
- Welche weiterführenden Anstöße enthalten die KMK-Empfehlungen für die Schulen für Körperbehinderte von 1983?

